



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

DAS POLNISCHE PARTEIENSPEKTRUM IN
GALIZIEN VOR 1914.
EINE BESTANDSAUFNAHME DER BEMÜHUNGEN
UM DIE DEMOKRATISIERUNG DES LANDES.

Verfasserin

Mag. phil. Teresa Stochel-Nabielska

angestrebter akademischer Grad

Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, im März 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 312

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Ao.-Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt

Meinem Mann Andrzej gewidmet
(1962-2006)

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
I. „Bene nati et possessionati“ – Die konservativen Kreise an der Macht in Galizien.	9
A. Das Ringen um eine konstitutionelle Verfassung und Autonomie Galiziens.	9
B. Die Krakauer Konservativen.	20
II. „Wir schreien, also sind wir?“ Oder das Dilemma der liberalen Demokraten	34
A. Emanzipationsversuche vom Einfluss der Konservativen und Probleme der Organisation.	34
B. Die Demokraten und moderne Massenparteien.	41
1. Das Verhältnis zu den volkstümlichen Gruppierungen.	41
2. Abgrenzung von den "Elementen des Ungestüms".....	47
3. Zwei Arten von Patriotismus. Liberalismus contra Nationalismus.	52
III. Vom „nicht-nationalen Element“ zum politischen Akteur – Die Entwicklung der Bauernbewegung.	59
A. Die Wegbereiter der Bauernbewegung und ihre Visionen.	59
B. Auf dem Weg zur politischen Emanzipation.....	67
C. Im Sammelbecken der Oppositionsparteien. Die Suche der bäuerlichen Partei nach einem politischen Profil.	76
IV. Die christlichsoziale Richtung in der galizischen Politik. Die Anfänge des Katholischen Zentrums.	87
A. Politische und kirchliche Organisationen im Dienste der „christlichen Demokratie“...87	
B. Die Verschmelzung der christlich-volkstümlichen Elemente unter der Ägide der Zentrums-Partei.....	97
V. Die Polnische Sozialdemokratische Partei - Ihre Rolle in der polnischen Arbeiterbewegung, ihre Stellung innerhalb der österreichischen Gesamtpartei und ihr Verhältnis zu den anderen Parteien im politischen Spektrum Galiziens.	106
A. Zwei Strömungen in der polnischen Arbeiterbewegung und ihre Auswirkung auf den Charakter der sozialdemokratischen Fraktion Galiziens in den Anfängen der Parteibildung.	106
B. Nationalisierung des Sozialismus.....	115
1. Polnische Sozialdemokratie innerhalb der österreichischen Gesamtpartei.....	115
2. Das Prinzip des Internationalismus auf dem Prüfstein der politischen Praxis - Turbulenzen in der ruthenischen Sozialdemokratie.	120
3. Die PPSD angesichts des jüdischen Separatismus.	128
C. Zur Bilanz der Taktik der PPSD.....	133
VI. „Politische Überspanntheit“ oder maßgebender Faktor? – Zur politischen Weltanschauung der Nationaldemokraten.	143
A. Zwischen Freiheitsromantik und Realpolitik.	143
B. Auf dem Weg zu einer politischen Organisation.....	160
VII. Die Reichsratswahlen von 1907 – Ein Umschwung in der politischen Landschaft Galiziens	168

A. Rada Narodowa – eine Nachfolgeorganisation des alten Zentralen Wahlkomitees und die Positionierung der galizischen Parteien am Vorabend der demokratischen Wahlen in den Reichsrat.	168
B. Wahlbilanz und der neue Polenklub im Reichsrat.	177
VIII. Alte Ziele – neue Wege. Das konservative Lager auf dem Weg der	
Konsolidierung.	195
A. Die Ultrakonservativen in Ostgalizien.	195
B. Ideologisch gefestigt – „modern“ eingestellt? Die Neokonservativen und ihre Versuche zur Stärkung des rechten Parteienspektrums.	202
IX. In Wechselstimmung zwischen Aufbruch und Skepsis – Der galizische Landtag des Jahres 1908.	222
A. Die Physiognomie des Landtags des Jahres 1908.	222
B. Die ruthenische Frage und die Politik des neuen Statthalters Bobrzyński.	237
X. Nutznießer und Verlierer des Kompromisses von 1908.	248
A. Zwischen wirtschaftlichen Zugewinnen und programmatischen Einbußen – ein Balanceakt der Volkspartei.	248
B. Allein gegen alle – die „Sturm- und Drangperiode“ der Nationaldemokraten. Interne Opposition in der Volkspartei.	261
XI. Bündnisse und andere Arrangements oder der galizische Machiavellismus des Jahres 1911.	274
A. Spannungen zwischen den polnischen Parteien. Statthalterblock contra „Antiblock“. 274	
B. Zurück zur konservativen Führung im Polenklub.	284
XII. Der lange Weg zur Reform der Wahlordnung für den Landtag.	302
A. „Casus belli“, Übereinstimmungen, Resultate der Verhandlungen. Das Ende der Ära Bobrzyński.	302
B. Kräfteverschiebung nach den Landtagswahlen und der Beschluss der neuen Wahlordnung für den Landtag.	319
XIII. Die politischen Hintergründe der Długosz-Stapiński-Affäre. Spaltung in der Bauernpartei und die Krise bei den Krakauer Konservativen.	336
Zusammenfassung.	357
Quellen- und Literaturverzeichnis.	359

Einleitung

Die Idee zur Forschung über das polnische Parteiwesen in Galizien entstand nach einem Geschichtsseminar, das sich mit den Skandalen im alten Österreich befasste. Eine intensive Beschäftigung mit der Stapiński-Długosz-Affäre, welche die Hintergründe der Spaltung in der polnischen Volkspartei 1913 bildete, war der Anstoß dafür, gewisse Prozesse und politische Entscheidungen anhand eines Blicks hinter die Kulissen der großen Politik zu beleuchten und so zum besseren Verständnis der Vorgänge auf der parlamentarischen Arena beizutragen. Die Geschichte der bauerlichen Partei, die eine zentrale Rolle in diesem politischen Reigen spielte, von ihren Emanzipationsversuchen aus den Einflüssen des Großgrundbesitzes und des Klerus, über ihre Position als Zünglein an der Waage bei wichtigen Weichenstellungen und als begehrtes Objekt in so manchem Kalkül der anderen politischen Akteure bis hin zu ihrer Spaltung, mit all ihren Auswirkungen auf das gesamte Parteienspektrum wird sich auch wie ein roter Faden durch diesen Versuch einer Rekonstruktion der politischen Stimmung im östlichsten Kronland der österreichischen Monarchie ziehen – zu einer Zeit, als moderne Masseparteien den Vertretern des Großgrundbesitzes die Alleinherrschaft streitig machten und den Anstoß einem Demokratisierungsprozess gaben.

Die Arbeit ist so konzipiert, dass sich ihre erste Hälfte dem Werden der politischen Gruppierungen und Parteien widmet – außer den Ultrakonservativen, die von der Themengliederung her besser im zweiten Teil angesiedelt sind –, angefangen mit den Visionen der „Chefideologen“ und ihren programmatischen Zielen bis hin zu ihrer praktischen Umsetzung und taktischen Überlegungen. Da es zum besseren Verständnis des Charakters der einzelnen Parteien meistens notwendig war, bei ihrer Entstehungsgeschichte zeitlich etwas weiter zurückzugehen, reicht dieser Teil von den Anfängen der konstitutionellen Ära bis zum Jahre 1906. Von den thematischen Schwerpunkten werden hier neben dem Verhältnis der Parteien zueinander auch ihre Vorstellungen über das Ausmaß der gewünschten Demokratisierung – Sonderstellung oder nur Ausdehnung des herrschenden Wahlrechts – abzulesen sein samt ihrer Haltungen in der Frage der Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit.

Der zweite Abschnitt beginnt mit den ersten allgemeinen Reichsratswahlen von 1907, die nicht nur einen Umschwung im Polenklub, sondern auch in den galizischen Verhältnissen mit sich brachten. Von nun an greifen die Entwicklungen und Ereignisse innerhalb der einzelnen politischen Formationen, interne Spannungen, welche oft in Spaltungen münden, Bündnisse und Kursänderungen sowie daraus resultierende Kräfteverschiebungen im politischen

Spektrum ineinander und zeigen das Machtspiel in Galizien in seiner ganzen Komplexität. Hier wird sowohl der Einfluss der sogenannten „Orientierungsfrage“ – die zwei unterschiedliche Konzepte zur Lösung der polnischen Frage widerspiegelte – auf die Haltung der Parteien als auch ihre Auffassungen in den lokalen galizischen Angelegenheiten – der ruthenischen Frage - in Erscheinung treten und auch so manches Verhalten der galizischen Vertreter im Abgeordnetenhaus aus der Perspektive ihrer parteispezifischen Nöte erklären. Gerade da über die Polen die Meinung herrschte, sie würden jede österreichische Regierung unterstützen – egal, ob diese zentralistisch oder föderalistisch orientiert war - , ist es wichtig aufzuzeigen, dass es sich hier keineswegs um einstimmige Entscheidungen handelte.

Ausgangspunkt bei der Recherche über das polnische Parteispektrum waren Arbeiten, die sich allgemein den politischen Hauptproblemen Galiziens im österreichischen Staatsgebilde widmeten (Konstanty Grzybowski, Henryk Wereszycki, Stanisław Grodziski), insbesondere der Problematik des galizischen Dorfes (u.a. Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Walentyna Najdus, Józef Buszko, Stanisław Szczepański). Als erste Orientierungshilfe zur Entstehung der politischen Lager diente die Arbeit von Wilhelm Feldman, die chronologisch allerdings nur bis 1906 reicht, nicht frei von subjektiven Empfindungen ist und sich wie auch viele spätere Werke aus den 50er Jahren des 20. Jh. einer marxistischen Methodik bedient.

Einblicke sowohl in das soziale Leben Galiziens als auch wichtige Informationen über die politischen Hauptformationen und ihre Führungskräfte liefern zahlreiche Erinnerungen und Tagebücher. Darunter befinden sich sehr unterschiedliche Darstellungen – um hier nur einige aufzuzählen – von unmittelbar nach der Beendigung der aktiven politischen Tätigkeit verfassten und ausschließlich auf das politische Leben Galiziens bezogenen Eindrücken, in welche auch Verwaltungsakten und wichtige Korrespondenz eingebunden wurden (Bobrzyński), über Aufzeichnungen, die aus der Sicht der Zeitgenossen niedergeschrieben wurden und sich sowohl dem politischen Leben des Landes als auch der parlamentarischen Tätigkeit im Wiener Abgeordnetenhaus widmen (Głębiński), Erinnerungen, welche die Chronologie missachten und sich auf gewisse Bereiche konzentrieren (Stapiński) bis hin zu einer ganz leichten Lektüre, gehalten im Plauderton (Bojko, Chłędowski).

Von einigen politischen Lagern besitzen wir politische Schriften – hier allen voran von den Krakauer Konservativen und den Nationaldemokraten –, welche die jeweiligen Weltanschauungen literarisch untermauern. Bei den Stańczyken handelt es sich um Abhandlungen von Stanisław Tarnowski, Józef Szujski, Walerian Kalinka und historische Arbeiten von Michał Bobrzyński, bei den Nationaldemokraten um politische Schriften von Roman Dmowski, Zygmunt Balicki, Zygmunt Miłkowski und Jan Ludwik Popławski. Quellen dieser Art und persönliche Erinnerungen fehlen ganz bei den Konservativen Ostgaliziens.

Zum Teil sind Materialien, die sich in privater Hand befanden, verloren gegangen. Die literarischen Werke von Wojciech Graf Dzieduszycki – einem Visionär mit Weitblick und einer der wohl berühmtesten Persönlichkeiten aus diesem politischen Lager – reichen allerdings nicht aus, um die in der Historiographie verbreitete These, die Podolier wären „weniger klug“ als die Krakauer Konservativen, zu entschärfen. Nichtsdestotrotz wagte sich in der letzten Zeit Adam Wątor auf dieses Terrain und beleuchtete ein wenig die Silhouette eines anderen Politikers aus dem Kreis der ostgalizischen Großgrundbesitzer – den langjährigen Obmann der galizischen Wahlkommission, Tadeusz Cieński.

Die galizischen Wahlen sind ein gutes Stichwort, um bei einer weiteren wichtigen Quelle Station zu machen, auf welche sich diese Arbeit zum Großteil stützt, nämlich den Zeitungsberichten. Neben den Polizeiberichten und Dokumenten der Staatsverwaltung lassen sich hier die Stimmungen während der Wahlkampagnen und auch in der Zeit des zähen Ringens um die Reform der Wahlordnung für den Landtag am besten ablesen. Da es sich bei dem sehr umfangreichen Pressewesen Galiziens allerdings meistens um Parteiorgane handelt, gilt bei der Auswertung der hier enthaltenen Informationen dieselbe Vorsicht, wie bei anderen Quellen mit subjektiver Färbung. Trotz etwa der Differenzen bei den Mandatsverteilungen lassen sich mit Hilfe der Presseberichte so manche Lücken schließen und Unklarheiten, die oft aus widersprüchlichen Angaben – so wie sie zum Teil zwischen den Erinnerungen Bobrzyńskis und Głabińskis oder zwischen den Angaben Bobrzyńskis und den Polizeiberichten auftreten - bereinigen.

Unter den Archivmaterialien beachtenswert sind die Sammlungen der Handschriftenabteilung der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau (Korrespondenz Bobrzyńskis), der Bibliothek und des Archivs der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Nachlaß Lasockis und Zielińskis), der Bibliothek der Familie Czartoryski ebenfalls in Krakau und der Bibliothek Ossolineum in Breslau. Verwertet wurden Dokumente der Archive in Krakau, Warschau und Wien. Eine Abrundung gaben den Recherchen schließlich die stenographischen Protokolle über die Sitzungen des galizischen Landtags und des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates.

Neben der Sekundärliteratur etwas älteren Datums wurden auch Arbeiten der letzten Jahre berücksichtigt, die einige Aspekte der Geschichte Galiziens weiterführen bzw. auf die politischen Lager näher eingehen. Hier wären neben den polnischen Publikationen (u.a. von Adam Wątor, Zbigniew Fras, Michał Jaskólski, Waldemar Łazuga, Andrzej Jaszczuk, Maciej Janowski) einige Publikationen zu erwähnen, die in deutscher Sprache veröffentlicht wurden, wie etwa die Arbeit von Harald Binder *Galizien in Wien*, die das Verhältnis zwischen Galizien

und Wien thematisiert , und von Klaus Bachmann *Ein Herd der Feindschaft gegen Russland. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Russland (1907-1914)*.

Es bleibt noch zu bemerken, dass in dieser Arbeit bei den Ortsnamen – außer der zwei Hauptstädte Lemberg und Krakau – ausschließlich die polnischen Benennungen gebraucht werden. Auch bei den ruthenischen Personennamen wurde die in der polnischen Historiographie verbreitete Schreibweise benutzt.

I. „Bene nati et possessionati“ – Die konservativen Kreise an der Macht in Galizien.

A. *Das Ringen um eine konstitutionelle Verfassung und Autonomie Galiziens.*

Nach dem Sieg der konservativen Kräfte über den „Völkerfrühling“ wurden in Österreich die Bestimmungen des März 1848 rückgängig gemacht und mit dem ein Jahrzehnt dauernden Verwaltungssystem des Innenminister Bach, das sich auf eine ausgeweitete Bürokratie stützte, war ein wirksames Instrument zur Unterdrückung der nationalen Bestrebungen der Völker der Monarchie geschaffen. Auch Galizien, wo die Polen während der Revolutionswelle des Jahres 1848 den Traum von der Rolle des Landes als polnisches Piemont träumten - und das auch einige Freiheitskämpfer hervorgebracht hatte, die europaweit in Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich unter dem Motto „für Eure und unsere Freiheit“ um nationale Unabhängigkeit und die der anderen unterdrückten Nationen kämpften -, bekam die Belastung der militärischen Einsätze Österreichs während der Niederwerfung des Aufstands in Ungarn und später während des Krimkrieges zu spüren (fiskalische Lasten, Rekrutierung) und erlebte Anfang der 50er Jahre des 19. Jh. eine Phase der verstärkten Germanisierung.

Nichtsdestotrotz steckte sich der langjährige Gouverneur für Galizien, Agenor Graf Gołuchowski (der Ältere) (1849, 1850-59, 1866-68, 1871-75), der in Wien als ultraloyaler Bürokrat galt, die Übernahme der Landesverwaltung durch polnische Beamten – vorwiegend aus den Reihen der Schlachta – als Ziel seiner Bemühungen.¹ Reale Chancen dafür zeichneten sich zu Beginn der 60er Jahre des 19. Jh. ab. Es waren verlorene Schlachten Österreichs bei Magenta und Solferino und die leeren Staatskassen, die zusammen mit dem steigenden Druck der Nationalitäten der Monarchie den Kaiser zu Überlegungen über eine Verfassung zwangen.

Von den zwei sich abzeichnenden Regierungskonzeptionen, einer zentralistischen, von dem deutschen Bevölkerungsteil befürwortet, und einer föderalistischen, vertreten vor allem von den Tschechen, Polen und Slowenen, die betonten, Österreich sei ein Verband historischer Individualitäten zusammengefügt zu einer politischen Einheit, setzte sich am 20.

¹ AGENOR GRAF GOŁUCHOWSKI (1812-1875) – der ostgalizische Konservative, der sich dem Kampf gegen die österreichische Bürokratie verschrieben hatte, blieb selbst von deren Einfluss nicht verschont. Das Machtgefühl und autoritäre Angewohnheiten entwickelten bei ihm mit der Zeit eine Abneigung gegenüber Leuten, die in ihrem Tun eine gewisse Unabhängigkeit bewahren konnten. Seine Missgunst richtete sich vor allem gegen den alten polnischen Geschlechtsadel aus Krakau. Siehe STANISŁAW KOŹMIAN, *Pisma polityczne* [Politische Schriften], Kraków 1903, S. 82f.

Oktober 1860 – in der Zeit, in der gerade ein polnischer Staatsmann, Agenor Graf Gołuchowski die österreichische Innenpolitik leitete – die föderalistische durch. Das „Oktoberdiplom“ war aber an Dürftigkeit nicht zu übertreffen. Dem Reichsrat, der aus einer Kammer bestehen sollte, war nur eine beratende Funktion zugestanden. Diese Verfassung, die die feudale Reaktion begünstigte, fand zwar die Zustimmung der polnischen konservativen und liberalen Kreise, wurde aber nicht rechtskräftig und scheiterte an der Opposition der Magyaren und der Deutschliberalen. In der Amtszeit Gołuchowskis als Ministerpräsident und Innenminister kam die Angelegenheit der Sprachengebrauchs bei den Behörden der Kronländer zur Sprache, mit der der Pole das Bach'sche System aufzulockern versuchte. Die Idee der Einführung der Landessprachen als Amtssprache fand allerdings schon in dem Präses des obersten Gerichtshofes, Kraus, einen harten Widersacher. 1860 wurde eine Regelung eingeführt, dass alle an die Gerichte gerichteten Eingaben in der deutschen Sprache abgefasst sein und zusätzlich als Beilage den Text in der Landessprache enthalten sollten.²

Mit einem neuen Mann an der Spitze der Regierung, dem unbeliebten Anton Ritter von Schmerling, kam 1861 in Sachen Verfassung ein zentralistisches Experiment. Das „Februarpatent“ ließ aber auch alle Merkmale einer echten Konstitution vermissen - es fehlte die Gewaltentrennung, einzig die legislative Seite wurde behandelt. Der vorgesehene engere Reichsrat, der aus Delegierten der nichtungarischen Länder bestand, besaß nur einen recht eingeschränkten Wirkungsbereich, wobei der weitere Reichsrat alleine das Budget votieren und die Verfassung ändern konnte.³ Im Unterschied zum „Oktoberdiplom“, um dessen Durchführung man sich mit dem „Februarpatent“ eigentlich bemühte, wurde die Kompetenz der Landtage stark beschnitten.

Die Gesetze, die 1861 beschlossen wurden, bildeten die Grundlagen der galizischen Autonomie. Wie auch andere Länder mit Kreiseinteilung bekam Galizien eine doppelte Landesregierung; eine durch den vom Kaiser ernannten Statthalter repräsentierte und den Landesausschuss (Wydział Krajowy) als Organ der Exekutive für autonome Fragen mit dem vom Kaiser nominierten Landmarschall an der Spitze (siehe Grafik S. 33).

Der galizische Landtag (Sejm), der 38 Abgeordnete in den Wiener Reichsrat schicken sollte, setzte sich aus 9 virilen Vertretern (Erzbischöfe und Bischöfe drei verschiedener Konfessionen und zwei Rektoren der Krakauer und Lemberger Universitäten) und 141 in vier nach den Landesstatuten von 1861 nach dem Steuerzensus aufgeteilten Wahlkurien

² Vgl. Gazeta Narodowa 29(5.02.1868)

³ Vgl. WOJCIECH DZIEDUSZYCKI, Das Programm der Autonomisten-Partei, Lemberg 1897, S.7.

gewählten Abgeordneten.⁴ In der I. Kurie wählten 2000 Großgrundbesitzer, Vertreter des polnischen Adels mit dem Steuerzensus von 100 Zł. jährlich, ihre 44 Abgeordneten. Die Senioren der einflussreichsten polnischen Aristokratenfamilien wurden vom Kaiser zu Mitgliedern des Herrenhauses ernannt (erbliche Mitglieder), darunter solche Familien wie Baworowski, Gołuchowski, Lankoroński, Lewicki, Potocki, Sapieha und Sanguszkowski. Unter den Mitgliedern des Herrenhauses auf Lebensdauer überwogen zwar auch aristokratische Namen wie Badeni, Czartoryski, Dzieduszycki, Jabłonowski, Krasicki, Stadnicki, Starzeński, Wodzicki, fanden sich aber auch Persönlichkeiten mit besonderen Verdiensten in der Wissenschaft wie z.B. Michał Bobrzyński, Józef Dietl, Julian Dunajewski, Józef Majer, Antoni Malecki, Franciszek Smolka, Józef Szujski, Florian Ziemiałkowski, Fryderyk Zoll und Mikołaj Zybkiewicz.⁵

Indirekt verliefen die Wahlen in der Kurie der Handelskammern, die in Lemberg, Krakau und Brody ihren Sitz hatten. Hier wurden 3 Vertreter gewählt. Auch indirekt wählte das städtische Bürgertum in der III. Kurie ursprünglich 23 Abgeordnete.⁶ Wahlberechtigt war das erste 2/3 der Stadteinwohner, die direkte Steuer zahlten von den höchst besteuerten angefangen. Der Steuerzensus war variabel, niedriger in den weniger wohlhabenden Orten, höher in den Städten mit einer großen Zahl von Vermögenden. Unabhängig von der Steuerhöhe nahmen an der Wahl Personen teil, die bei den Gemeinderatswahlen mitbestimmen durften sowie Absolventen technischer Hochschulen.

Die letzte Kurie bildeten die Bauern und Bewohner der Kleinstädte, die nicht in der Gruppe der Städte wählten und Grundbesitzer, die weniger als 100 Zł. jährliche Steuern zahlten. Wahlberechtigt waren die ersten 2/3 der Steuerzahler, die direkte Gemeindesteuer leisteten, weiter Bürger mit dem Stimmrecht bei den Gemeindewahlen und mit technischer Ausbildung. Gewählt wurde öffentlich - mit Ausnahme der Grundbesitzer mit dem Steuerzensus über 25 Złr. – und indirekt über die Wahlmänner.⁷

Diese Wahlordnung zeigte krass, dass die Verteilung der Mandate bei den einzelnen nicht-virilen Interessengruppen nicht nach dem Prinzip der Gleichheit erfolgte. Den Bauern fiel nur die Hälfte der Mandate zu, die sie verhältnismäßig zur Zahl der Wahlberechtigten in dieser Wahlkurie hätten

⁴ Seit 1900 ging in den galizischen Landtag zusätzlich von Amts wegen auch der Präses der Akademie der Wissenschaften in Krakau und der Rektor der Lemberger Hochschule (Gesetz vom 18.03.1900, das den §3 des Landesstatuts von 1861 änderte).

⁵ STANISŁAW GRODZISKI, Stanisław Tarnowski w Sejmie Krajowym Galicyjskim, W: Stanisław Tarnowski 1837-1917. Materiały posiedzenia naukowego PAU w dniu 14.11.1997 [Stanisław Tarnowski im Galizischen Landtag, In: Stanisław Tarnowski 1837-1917. Beiträge vom wissenschaftlichen Symposium der Polnischen Akademie der Wissenschaften am 14.11.1997], Kraków 1999, S. 28f.

⁶ Seit 1896 wurden hier 26, seit 1900 31 Abgeordnete gewählt. Vgl. KONSTANTY GRZYBOWSKI Historia państwa i prawa Polski (Verfassung- und Rechtsgeschichte Polens), Warszawa 1982, Bd. IV., S. 275.

⁷ GRZYBOWSKI, Historia..., Bd.IV, S. 275f.

bekommen sollen (500.000 Wähler wählten nur 74 Abgeordneten). Trotz der Aufhebung der Leibeigenschaft konnte sich der Großgrundbesitz in Österreich nicht nur erhalten, er spielte bis zum Zerfall der Donaumonarchie 1918 eine führende Rolle in der Gesellschaft. Von den 7,848.183 ha Gesamtfläche Galiziens gehörte den Großgrundbesitzern 2,916.630 ha (37,2%): Im Westen des Landes, das 2,315.646 ha umfasste, gehörte 687.161 (29,7%) ha dieser gesellschaftlichen Schicht, im östlichen Teil lag in ihrer Hand 2,229.469 ha (40,3%) des Landes von der Gesamtfläche von 5,533.537 ha.⁸ Ganz nach der Überzeugung der konservativen Kräfte alten Schlages, wo es hieß, die Stimmen solle man nicht zählen, sondern wiegen, weil nicht alle gesellschaftliche Schichten reif wären für politische Mitentscheidung, fielen auf die Kurie des Großgrundbesitzes, der in Galizien 0,4% der Gesamtbevölkerung ausmachte, etwa 60 Mandate mehr, als ihm verhältnismäßig zustand (28,4% - 1861). Der öffentliche Wahlmodus und die Praktiken des Verwaltungsapparats (die Palette der Wahlbetrügereien reichte von den berühmten Bestechungen mit Wodka und Wurst, Stimmenkauf gegen Scheine auf eine kostenlose Baumrodung in den Wäldern, über Verteilen von Wahlzetteln mit schon gedruckten Namen der Abgeordneten, Einsetzung der Namen von Verstorbenen auf die Wahllisten bis zu Terror und Erpressung) sicherten dem Großgrundbesitz die Mehrheit im Landtag.⁹

Im Jahre 1863 demonstrierte die polnische Nation erneut, dass sie nicht aufgehört hatte zu existieren. Nationale Unabhängigkeit war „Obsession, Pflicht, Mythos“¹⁰, für sie stellten jahrzehntelang Schriftsteller ihre Feder zur Verfügung, für die polnische Frage setzte man sich auch außerhalb der Grenzen ein (u.a. Garibaldi, Marx, Papst Pius IX.). Der Januaraufstand war die letzte und längste Unabhängigkeitsbewegung, die in den polnischen Gebieten im 19. Jh. stattfand. Zwar war das russische Annexionsgebiet der Hauptplatz des Geschehens, die Kampfstimmung riss aber auch Posen, Schlesien, Galizien und Pommern mit. Galizien schickte nicht nur Hilfstruppen in das Kampfgeschehen, das polnische Element hier pochte zwar friedlich aber entschlossen auf die nationale Emanzipation. Aus

⁸ In Galizien, wo sich größere Landbesitzungen aus einzelnen, meist im ganzen Land zerstreuten Landgütern zusammensetzten, kann man von keinen Latifundien sprechen. Insgesamt gehörten diese Ländereien einundzwanzig Personen an, darunter: Jan Graf Liebig 62 Landgüter (66.746ha), Roman Graf Potocki 104(49.874 ha), Erzherzog Karl Stefan 53(44.079 ha), Wilhelm Schmidt 20(33.516 ha), Graf Popper de Podrady 28(33.421 ha), Graf Jakub und Maria Potocki 34(25.586 ha), Stanisław Graf Badeni 16(22.761 ha), Karol Graf Lancoroński 38(20.077 ha), Wilhelm Adam und W.F. Schmidt 13(19.722 ha), Andrzej Graf Potocki 39(18.996 ha), Graf O. und M. Ressegnier 10(15.452 ha), Graf Siemieński 23(14.303 ha), Erben von Eustachy Fürst Sanguszko 42(13.490 ha), Fürst H. Lubomirski 24(13.179 ha), Erben von Fürst K. Poniński 16(12.502 ha), Tadeusz Graf Dzieduszycki 22(12.470 ha), Maria Cieńska 16(12.367 ha), Władysław Fürst Sapieha 21(11.065 ha), Adam Fürst Czartoryski 17(10.989 ha), Kazimierz Graf Badeni 17(10.663 ha), Władysław Graf Baworowski 13(10.342 ha). Vgl. *Słowo Polskie* 589(20.12.1905).

⁹ IGNACY DASZYŃSKI, *Pamiętniki* [Tagebücher], Kraków 1925. Bd.I., S. 98-100.

¹⁰ ADAM MICHNIK, *Im Schatten des Sokrates. Nationale Identität und moderne Gesellschaft*, In: *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*, Hrsg. von Michael Jeismann und Henning Ritter, Leipzig 1993, S. 63.

Protest gegen die zentralistische Politik Wiens schlossen sich die Polen 1863 den Tschechen an und verließen für drei Jahre den Reichsrat. Das Land wurde in Wien einzig von den ruthenischen Bauern repräsentiert.

Der Zusammenbruch des Aufstands ließ die Polen nochmals die Härte der fremden Verwaltung spüren, besonders in Russisch-Polen. In Galizien wurde der Belagerungszustand verhängt, das Standrecht eingeführt, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Freiheit der Presse aufgehoben. Eine Resignationsstimmung breitete sich in der Gesellschaft aus und mit ihr mehrten sich Stimmen, die Aufstandsideen verurteilten. Besonders präsent war diese Stimmung unter den Großgrundbesitzern, die sich von dem Trauma der Bauernrevolution des Jahres 1846 nur schwer erholt haben.

Einen neuen Spielraum für das Anbringen nationaler Anliegen eröffneten den Polen in Galizien die Ereignisse des Jahres 1865 und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen nahm an der Regierungsspitze in Wien wieder ein föderalistisch orientierter Ministerpräsident Platz, was an eine Lockerung des Systems in Richtung Autonomie Galiziens hoffen ließ. Zum zweiten sahen die Polen eine große Chance, ihre nationale Freiheit durch die Wirren eines internationalen Konflikts, in dem die Teilungsmächte verstrickt wären, erlangen zu können. Eine solche Konstellation bot der sich abzeichnende Konflikt zwischen Österreich und Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland, noch dazu bei der Berücksichtigung der Tatsache, dass Russland Preußen im Augenblick wohlwollend gesinnt war. Bei einer solchen Kräfteverteilung – an der einen Seite zwei Mächte, die das polnische Volk die Repressalien nach dem letzten Aufstand spüren ließen, an der anderen Österreich mit dem Versprechen einer Verfassung und einem Ansatz von Autonomie für seine Völker – wurde die Donaumonarchie von den Polen als ein möglicher Verbündete angesehen. So lautete zumindest der Tenor der polnischen Emigration, deren Sprachrohr das 1843 in Paris von Fürst Adam Czartoryski gegründete „Hotel Lambert“ war, eine Art politischer Schule, von der aus alle diplomatischen Missionen in der polnischen Frage geleitet wurden. Ausdruck einer solchen Haltung in Galizien war die Adresse vom 10. Dezember 1866, die der Landtag „ohne Befürchtung, auf den nationalen Gedanken verzichten zu müssen und in dem Glauben an die Mission Österreichs“ an den Kaiser richtete und mit den Worten „bei Dir Allergnädigster Herr stehen wir und wollen wir stehen“ die künftige Loyalitätspolitik der Polen dem österreichischen Kaiser gegenüber bekundete.¹¹ Für manche Unterzeichner dieser Adresse

¹¹ Auf die 126 anwesenden Abgeordneten stimmten der Adresse 84 zu, 40 lehnten sie ab, 2 enthielten sich der Stimme (Dr. Zygmunt Rodakowski und Kost Łepkaluk), siehe STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA SEJMU KRAJOWEGO KRÓLESTWA GALICJI I LODOMERII IV. sesji, 13. posiedzenia z 10.12.1866, S. 170.; In der polnischen Delegation, welche die Adresse an dem Kaiser überreicht hatte, waren anwesend: Landmarschall Adam Fürst

auf der Seite der Krakauer Konservativen war dieser Akt mehr „ein Mittel zu weiteren, im Moment nicht näher präzisierten Zielen“. Was wichtig erschien, war, sich Europa in Erinnerung zu bringen.¹²

Alles zu unterstützen, „was zur Macht Österreichs beiträgt, unabhängig von internen Streitigkeiten und Kämpfen“¹³ – wie es in dem politischen Credo der polnischen Konservativen hieß – war leichter gesagt als getan. Für Zündstoff sorgte die Neuordnung des Reiches infolge des österreichisch-ungarischen Dualismus 1867 und die Verfassung, die das zentralistische System Österreichs mit der beschränkten Autonomie der Kronländer in Einklang zu bringen versuchte. Für die Verständigung zwischen Wien und Pest, die 1865 noch unter Belcredi begann, um die Position Österreichs gegen Preußen zu stärken, und die unter seinem Nachfolger Beust im Dualismus endete, wurde das „Februarpatent“ geopfert. Der Ausgleich 1867 ließ ein Staatsgebilde entstehen, in dem die polnischen Politiker das Gleichgewicht zwischen den Anhängern der Länderautonomie und den zentralistischen Gelüsten Wiens gestört sahen. Außerdem hatten die Polen in Galizien mit dem Dualismus, auf den sich schon die Organisation der Landesverwaltung stützte – angefangen mit der Landesregierung, wo die Macht zwischen dem Statthalter und dem Landesausschuss geteilt war, bis in die Gemeindeorganisation, wo die fehlende exekutive Gewalt den Kreisräten

Sapieha, Alfred Graf Potocki, Dr.Józef Dietl, Kazimierz Grocholski, Maurycy Kraiński, der Geistliche Ludwik Ruczka, Bielewicz. Siehe Beigabe zu *Czas* 286(16.12.1866); Über die Mission Österreichs, die von manchen polnischen Politikern als Kontinuität der Jagiellonischen Idee angesehen war, äußerte sich Wojciech Graf Dzieduszycki folgendermaßen: „Der denkende Politiker weiß, dass der Bestand und die Macht Österreichs ein Bedürfnis für die europäische Culturwelt ist, und dabei denkt er nicht an die alten, ziemlich abgenützten Redensarten von dem Gleichgewichte der Mächte, er ist sich dessen bewusst, das sie allein unter den Staaten dieses Welttheiles berufen ist, die Aufgabe zu lösen, wie alte, historische, sprachliche und in ihrer eventuellen Eigenart verschiedene Völker friedlich und brüderlich nebeneinander und miteinander leben und bei gegenseitiger Achtung ihres Volkstums für hohe gemeinschaftliche Zwecke gemeinschaftlich arbeiten konnten.“ Vgl. DZIEDUSZYCKI, Das Programm..., S. 12; Kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges sprach ein anderer Konservative, Czaykowski, im ähnlichen Ton über das Verhältnis der Polen zu Österreich: „Die Großmachtstellung Österreichs-Ungarn ist für alle Völker der Monarchie, speziell aber für uns Polen eine Frage von höchster Wichtigkeit, denn wir wünschen und wollen, dass dieser einziger Staat, in welchem uns die Bedingungen der nationalen Entwicklung geboten werden, stark bleibt und den ihm gebührenden Platz in Europa einnimmt.“ Siehe STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES HAUSES DER ABGEORDNETEN DES ÖSTERREICHISCHEN RECHSRATHES 3. Sitzung, 48. Session vom 11.12. 1913, S. 69.

¹² STANISŁAW KOŹMIAN, *Pisma* ..., S. 477.

¹³ MICHAŁ BOBRZYŃSKI, WŁADYSŁAW LEOPOLD JAWORSKI, JÓZEF MILEWSKI, *Z dziejów odrodzenia politycznego Galicji 1859-1873*[Aus der Geschichte der politischen Erneuerung Galiziens], Warszawa 1905, S.14.

einzig die Beschäftigung mit öffentlichen Arbeiten erlaubte – ihre eigenen unliebsamen Erfahrungen.¹⁴

Der galizische Landtag, der nach einer zweijähriger Pause im Februar 1867 seine Arbeit wieder aufgenommen hatte, beschäftigte sich mit zwei Angelegenheiten: Es sollte über eine Adresse der Ruthenen an den Thron diskutiert und eine Delegation in den Reichsrat gewählt werden, wo der Ausgleich samt der neuen Verfassung von beiden Häusern angenommen werden und die kaiserliche Sanktion erhalten sollte. Aber in Galizien klafften die Meinungen auseinander und verliefen mehr oder weniger entlang der Grenze, welche die zwei Teile des Landes voneinander trennte. Das Lager der „Utilitaristen“, - auch „Mameluken“ genannt – darunter konservative Elemente aus Ostgalizien mit Gołuchowski an der Spitze und ein Teil der liberalen Intelligenz unter der Führung Florian Ziemiałkowskis (u.a. Antoni Graf Golejewski, Piotr Gross, Stanisław Polanowski, Julian Ławrowski) –, das sich von der Regierungstreue mehr Vorteile für das Land erhoffte, warnte vor einem harten Gang in die Opposition.¹⁵ Nicht ohne Einfluss auf diese Haltung war die momentane Zusammensetzung des Landtags. Eine wesentlich kleinere Zahl der Bauern, die soziale Antagonismen entfachten, ließ auf ungestörte, konstruktive Arbeit an der Hebung des Landes von seiner Rückständigkeit hoffen, die Nicht-Beschickung des Reichsrates dagegen bedeutete Auflösung des Landtags.¹⁶ Die Krakauer Abgeordneten rund um Adam Graf Potocki, den Autor der Adresse von 1866 und Herr im Palais „Zu den Widdern“ in Krakau - der ersten Adresse der dortigen adligen Gesellschaft -, empfahlen eine etwas härtere Gangart gegenüber Wien. Einige Abgeordnete aus diesem Lager (Stanisław Tarnowski, Ludwik und Henryk Wodzicki), die eine föderalistische Linie vertraten, legten als Zeichen ihres Protests gegen die Dezemberverfassung ihre Mandate im Reichsrat nieder. In der Gruppe der Gegner der Beschickung des Parlaments fand sich auch Kornel Krzeczunowicz, der seiner politischen Orientierung nach zu den Lemberger Konservativen neigte. Nicht zu übersehen bei allen Auseinandersetzungen waren galizische Politiker, die durch ihre Individualität herausragten, nicht zuletzt wegen der Abneigung gegen die „Parteipolitik“, die im

¹⁴ Vgl. *Czas* 297(25.12.1867) und 102(2.05.1868).

¹⁵ Die „Mameluken“ gaben von 1869 bis 1878 das Blatt *Dziennik Polski* aus. Nach der Übernahme des Blattes durch Adam Fürst Sapieha 1878 spielten die „Mameluken“ keine größere politische Rolle mehr. Siehe RYSZARD SADAJ, *Kto był kim w Galicji i Lodomerii* [Wer war wer in Galizien und Lodomerien], Kraków 1993, S. 172; FLORIAN ZIEMIAŁKOWSKI (1873-1888) – Vorsitzender des Polenklubs 1867, Präsident der Stadt Lemberg 1871-73, Minister für Galizien 1874; Über Ziemiałkowski siehe ZBIGNIEW FRAS, *Florian Ziemiałkowski (1817-1900). Biografia polityczna* [Florian Ziemiałkowski. Eine politische Biographie], Wrocław 1991.

¹⁶ Vgl. KAZIMIERZ BARTOSZEWICZ, *Dzieje Galicji. Jej stan przed wojną i „wyodrębnienie”* [Geschichte Galiziens. Seine Lage vor dem Krieg und „Sonderstellung“], Kraków 1917, S. 158.

konservativen elitären Lager sowohl im Krakauer Flügel als auch im ostgalizischen, bei den Podoliern, so präsent war. Einer von ihnen war Adam Fürst Sapieha, der - selbst ein Krakauer Abgeordnete - genauso wenig Sympathie für die Krakauer Konservativen zeigte wie für die „Mameluken“. In den Mandataren Zygmunt Kozłowski und Włodzimierz Niezabitowski gewann dieser Einzelgänger, der wegen seiner liberalen Gesinnung auch „der rote Fürst“ genannt war, seine eigenen treuen Anhänger.¹⁷

Worum es wirklich in diesem Schlagabtausch zwischen den „Utilitaristen“ und den Krakauer Konservativen ging, war im Landtag kaum zu erkennen, dafür aber auf dem Forum des Reichsrats. Die Krakauer Herren wollten nicht am Gängelband der Deutschliberalen geführt werden, sondern sich mit Feudalherren und den Klerikalen verbinden und mit den Tschechen gute Kontakte pflegen. Die Insider der galizischen gesellschaftlichen Verhältnisse Abseits der politischen Polemik wussten außerdem, dass diese Auseinandersetzung auch ein Indikator für die herrschende tiefe Abneigung der Geschlechtsaristokratie, darunter der Häuser Potocki (außer Alfred Potocki), Sapieha, Sanguszkos und Lubomirski, gegen die jüngere war, der außer Gołuchowski auch Adelige wie Baworowski, Badeni oder Borkowski angehörten.¹⁸

Im Endeffekt setzten sich in diesem Ringen, das die galizischen Herren zusätzlich in einen Gewissenskonflikt stürzte - Solidarität mit dem Slawentum oder Befriedigung eigener nationalen Interessen, die gerade gegen ein solches Zusammengehen sprach -, die „Utilitaristen“ durch mit der Stimmenmehrheit 94:34, obwohl die Zahl derjenigen, die gegen die Beschickung des Reichsrates stimmten, wesentlich anstieg, nachdem die im zentralistischen Ton verfasste Adresse der Ruthenen an den Thron zu Fall gebracht wurde.¹⁹ In Wien verhandelten die Polen allerdings weiter, als sie bemerkten, dass der Regierung viel daran lag, die Verfassung möglichst einstimmig zu verabschieden.²⁰ Aufgrund der Bestimmungen vom 22. Juni 1867 wurde in Galizien der Landesschulrat (Rada Szkolna

¹⁷ Siehe KAZIMIERZ CHŁĘDOWSKI, *Pamiętniki 1843-1880, 1881-1901*, Kraków 1957, Bd. I., S. 271; Adam Fürst Sapieha (1828-1903) schrieb man die Anführer-Gelüste Ostgaliziens gegen den Westen des Landes zu. In der letzten Etappe seines Lebens kehrte der Fürst, der mit der demokratischen Intelligenz sympathisierte, zu seinen konservativen Wurzeln zurück. Vgl. dazu KOŹMIAN, *Pisma...*, S. 84f.

¹⁸ Vgl. CHŁĘDOWSKI, Bd. I, S. 231.

¹⁹ Das Projekt der ruthenischen Adresse an den Thron wurde von dem Geistlichen Teofil Pawlikow vorgelegt. Siehe STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO KRÓLESTWA GALICJI I LODOMERII 10. posiedzenia, I. sesji, II. periodu z 2.03.1867, S. 150.

²⁰ In die gemeinsamen Delegationen wurden im Dezember 1867 vom galizischen Landtag folgende Deputierten entsendet: Florian Ziemiałkowski, Adam Potocki, Piotr Gross, Mikołaj Zyblikiewicz, Czajkowski, Zbyszewski und Henryk Wodzicki. Siehe *Czas* 297(25.12.1867).

Krajowa), die höchste Institution für Schulwesen, ins Leben gerufen und die polnische Sprache in Volks- und Mittelschulen eingeführt als Konzession für die Zustimmung der polnischen Abgeordneten zu den Dezemberbeschlüssen.

Diese Errungenschaften konnten aber darüber nicht hinwegtäuschen, dass man in Galizien keine Freude mit einer Konstitution hatte, welche die Wünsche des Landes in keiner Weise berücksichtigte. „Der Wiener Liberalismus ist wie ein rätselhaftes Gewächs, ausgebrütet in den Köpfen von ein paar Doktrinären zur Zeit günstiger Verhältnisse, der sich ausbreitet zum einfachen Despotismus“ – schrieb die konservative Zeitschrift *Czas*²¹. Die Palette der Empfindungen bei den polnischen Konservativen angesichts der ungarischen Politik reichte von totaler Verzweiflung (Jerzy Fürst Lubomirski), über Ohnmachtgefühle, den Verlauf der Geschehnisse in dieser Angelegenheit ändern zu können (Leon Fürst Sapieha), bis zu stiller Anerkennung und Lob für die Taktik der Ungarn (Adam Fürst Sapieha).²²

Die Enttäuschung der polnischen Parlamentarier fand bald ihren Niederschlag in einer Resolution mit der Forderung nach einer Sonderstellung für Galizien, die eine Landtagskommission ausgearbeitet hatte. Mit Einstimmigkeit konnte man aber auch in dieser Angelegenheit nicht rechnen. Gołuchowski und die Anhänger seiner politischen Linie, die dieses Konzept schon wegen der Reaktion Russlands und Preußens als unrealistisch empfanden, versuchten diese Resolution zu Fall zu bringen. Aus der Argumentation Ziemiałkowskis ragte die Sorge um die wilde Agitation hervor, die nach der Auflösung des Landtags um sich greifen und die sich gerade herauskristallisierenden gesellschaftlichen Strukturen destabilisieren würde. Abgeordnete wie Adam Potocki oder Ludwik Wodzicki schlugen vor, die Forderungen etwas einzuschränken, während Grocholski, Zyblikiewicz und Chrzanowski das Projekt der Landtagskommission befürworteten. Stanisław Smolka²³, ein glühender 48er Demokrat, ein politischer Einzelgänger und Gegner der

²¹ Ebda, 102(2.05.1868).

²² Siehe Leon Sapieha an seine Frau Jadwiga Sapieha geb. Zamoyska vom 1.05.1867, Muzeum Narodowe Kraków, Biblioteka Czartoryskich [später MNK] 1158; Adam Sapieha drückte Ende 1865 seine Empfindungen so aus: „Es bricht einem das Herz, wenn man dem überlegten und würdevollen Verhalten der Ungarn zusieht. Mit einer solchen Haltung müssen sie die Wertschätzung des Monarchen und der Regierung gewinnen, mit einem solchen Vorgehen dienen sie ihrer eigenen Sache und der der Monarchie und mit einer solchen Haltung werden sie wahrscheinlich mehr erreichen, weil man immer schneller Zugeständnisse denjenigen macht, die mit Würde fordern, als denen, die sich schändlich verbinden“. Siehe Adam Sapieha an seine Mutter Jadwiga Sapieha vom 18.11.1865, MNK 1160, S. 192.

²³ Die entgegengesetzten Positionen in der Resolutionsfrage entzweiten die früheren politischen Freunde Smolka und Ziemiałkowski, die in den Jahren 1834-36 der so genannten Militärverschwörung gegen die Fremdherrschaft angehörten und beide zum Tode verurteilt wurden. Die Strafe wurde damals in eine langjährige Freiheitsstrafe umgewandelt.

Dezemberverfassung, legte neben dem Vorschlag der Nicht-Beschickung des Reichsrats quasi als Pendant zur Resolution ein föderalistisches Projekt mit voller Autonomie für Galizien und einem dem Landtag verantwortlichen Statthalter vor, was dem Bruch mit der österreichischen Regierung gleich kam.²⁴

Während Smolka den Antrag der Landtagskommission wegen der fehlenden Bestimmung über das gewünschte politische System der Monarchie kritisierte, meldete sich in dieser Diskussion wiederum der Individualist Adam Fürst Sapieha zu Wort – allerdings weder aus der Position eines Föderalisten noch eines Autonomisten, sondern einzig und allein als Pole, „dem es zuteil wurde, aufgrund politischer Ereignisse und Niederlagen der Monarchie anzugehören“. Sapieha gehörte ähnlich wie Grocholski, Krzeczunowicz, Czerkawski oder Zyblikiewicz zu den „Resolutionisten“, die mit ihrer Forderung der Sonderstellung für Galizien zwischen den Föderalisten (Smolka) und den „Mameluken“ (Gołuchowski, Ziemiałkowski) standen. Ihn interessierte vielmehr die Taktik des galizischen Landtags, falls die polnischen Forderungen – egal wie sie schlussendlich ausfallen - von Wien nicht befriedigt werden sollten.²⁵

Eine durchaus berechtigte Frage, denn es war der Klub der „Resolutionisten“, der sich in diesem Tauziehen schließlich durchgesetzt hatte. Der Beschluss des galizischen Landtags, der trotz Drohungen aus Wien am 24. September 1868 erfolgte, zog Konsequenzen nach sich: Das kaiserliche Paar sagte sein Besuch in Lemberg ab, Gołuchowski, der gerade diese Visite als Bestätigung seiner Politik angesehen hatte, trat als Statthalter für Galizien zurück, und auch Florian Ziemiałkowski legte seine Funktion als Vorsitzender des Polenklubs im Wiener Abgeordnetenhaus nieder. Als sein Nachfolger wurde Kazimierz Grocholski gewählt. Die Verstimmung zwischen Wien und Lemberg versuchte man auf der polnischen Seite zwar auf dem privaten Wege, durch Kontakte zu den Regierungskreisen, abzuschwächen, bald aber glätteten sich die Wogen durch die Erfordernisse der Tagespolitik. Mit der Budgetdebatte für das Militär, für die man im Abgeordnetenhaus die polnischen Stimmen benötigte, kam die Angelegenheit der Polonisierung der Verwaltungsbehörden und Gerichte in Galizien in die Endphase.

All die erreichten Zugeständnisse waren aber für die Polen nach wie vor nur Teilerrungenschaften, die den Forderungen der von ihnen verfassten Resolution nicht entsprachen. Eine neue Krise zeichnete sich bereits ab, als der Vorschlag Smolkas 1869 immer mehr Anhänger fand (54:57 dagegen), und die Nicht-Beschickung des Reichsrats von

²⁴ Vgl. STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA SEJMU KRAJOWEGO KRÓLESTWA GALICJI I LODOMERII 19. posiedzenia, II. sesji, II. periodu 21.09. 1868, S. 360-371.

²⁵ Ebda, S. 374.

Seiten der polnischen Parlamentarier wieder drohte. Die Abgeordneten aus Galizien, die nur unter der Androhung der Auflösung des Landtags ihre Delegierten nach Wien schickten, trugen aber bald dazu bei, das sich ein weiteres Kabinett nach einer kurzen Tätigkeit wieder verabschieden musste, selbst wenn man bemüht war, durch den kaiserlichen Beschluss vom 30. April 1871 über die Einführung des Polnischen in der Krakauer Universität die Polen für die Politik der Regierung zu gewinnen. Zum einen wollten die galizischen Mandatare nicht als ein Mittel zur Brechung des tschechischen Widerstands ausgenutzt werden, zum zweiten protestierten die Polen gegen die geplante Einführung der direkten Wahlen in den Reichsrat, womit den Landtagen wieder ein Stückchen Entscheidungsgewalt weggenommen werden würde. Einige der polnischen Abgeordneten bewachten das Tauschgeschäft, Zugeständnisse der Regierung gegen den Verzicht auf die Absenz im Reichsrat, mit einer gehörigen Portion an Skepsis. Denn es bestand keine Garantie, dass einmal gewonnene Rechte nicht wieder entzogen werden würden, wie das schon die wechselnden Verfassungen zeigten. Eine viel wünschenswertere Variante für einige unter den Polen (z.B. Adam Sapieha) wäre die Bildung einer Majorität aus Autonomisten. Dazu war allerdings der Verzicht der Tschechen auf eine passive Opposition nötig und eine andere Haltung der Klerikalen gegenüber der Regierung, was in beiden Fällen nicht gegeben war und die Letzteren kündigten bereits ihre Bereitschaft zur Unterstützung des Projekts der Einführung direkter Wahlen in den Reichsrat an.²⁶

Aber auch das Beharren der Polen auf ihrer Resolution fand ein jähes Ende, denn unter dem Ministerium Adolf Auerspergs, einem Kabinett dessen *spiritus movens* Lasser war - einst die rechte Hand Bachs im Ministerium des Inneren -, wurde im April 1873, trotz Protesten der Autonomisten, die erforderliche Mehrheit im Abgeordnetenhaus gefunden und die neue Wahlordnung beschlossen.²⁷ Neben der Absenz der Tschechen war die Taktik des damaligen Vorsitzenden des Polenklubs, Grocholski, die darin bestand, sich aus Protest von den Debatten und Abstimmungen fernzuhalten, nicht ohne Schuld an diesem Verlauf der Dinge. Es ist ihm nicht gelungen, für diese zentralistische Änderung im „Tauschweg“ eine Sonderstellung Galiziens zu erkämpfen. Obwohl auch der Polenklub im galizischen Landtag im Mai 1873 die Teilnahme der polnischen Abgeordneten an den Reichsratswahlen mit der Stimmenmehrheit 73:53 beschlossen hatte²⁸, versuchte später noch Fürst Jerzy Czartoryski

²⁶ Adam Sapieha an seine Mutter Jadwiga vom 3.02.1873, MNK 1160, S. 247.

²⁷ Vgl. Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien, Ministerratsprotokolle [später AVA, MRProt.] 10, 7.2.1873 (Nr. 17).

²⁸ CzaS 289(17.12.1873); Aufgrund des neuen Wahlrechts bekam Galizien statt bisher 38 Mandate jetzt 63, von denen nach den ersten direkten Wahlen in den Reichsrat 1873 49 Sitze auf die Polen und 14 auf die zentralistisch eingestellten Ruthenen fielen.

in Lemberg gegen die Art und Weise, in der die neue Wahlordnung eingeführt wurde, zu protestieren. Diese Wortmeldung war aber nichts mehr als ein „Symbol eines moralischen Mutes des galizischen Landtags gegenüber der zentralistischen Übermacht, die aufgrund der neuen Wahlverhältnisse zustande kam“. ²⁹

Mit der Durchsetzung der polnischen Sprache als Amtssprache, der Aufhebung der Verwaltungsaufteilung in Ost- und Westgalizien, der Wiederherstellung des Ministeriums für Galizien 1871 und der Gründung der Akademie der Wissenschaften 1872/73, durch welche Krakau zum Zentrum der Wissenschaft nicht nur für Galizien wurde, endete der Kampf um die Autonomie des Landes. Der stille Pakt zwischen dem österreichischen Kaiser und den Polen von 1866 und die Zentrums-Position der Konservativen, welche die Kompromissresolution vom 24. Dezember 1867 möglich machte und damit die polnische Opposition gegen die Regierung zu Fall brachte, sicherte den konservativen Kreisen in Galizien Macht und Einfluss für fast vierzig Jahre oder wie böse Zungen behaupteten, machte aus diesem Land „ein an die polnische Schlachta verpachtetes Vorwerk“. ³⁰

B. Die Krakauer Konservativen.

Obwohl unter den Polen Galiziens von einer einheitlichen Verurteilung der Aufstandstradition keine Rede sein konnte – diese wurde in der polnischen Kunst und Malerei oft festgehalten –, gewann der Selbsterhaltungstrieb der konservativen Kreise die Oberhand über die nationalen Gefühle. Die Niedergeschlagenheit nach der letzten niedergeworfenen Erhebung der Polen gegen die Fremdherrschaft war so groß, dass sich selbst einst aktive Aufstandskämpfer unter den Konservativen von dieser Art Unabhängigkeitsbestrebung zunehmend distanzierten und der Aussöhnungspolitik beipflichteten (u.a. Stanisław Tarnowski). Allerdings konnte man im Kreis der Krakauer Konservativen zwei Verhaltensmuster orten, die in der Auseinandersetzung über die Haltung der Konservativen Galiziens zur Unabhängigkeitsfrage eine große Rolle spielten. Während die ältere Generation zunehmend in Resignation versank und die nationale Sache in den

²⁹ Czas 284(11.12.1873); Czartoryski berief sich auf §16 des Landesstatuts, in welchem dem Landtag das Recht der Wahl seiner Kandidaten in den Wiener Reichsrat garantiert wurde. In der Diskussion über den Antrag Czartoryskis sprachen sich 52 Abgeordneten für die Verweisung an eine neunköpfige Sonderkommission zur näheren Untersuchung, 73 der Landtagsabgeordneten jedoch dagegen. Siehe STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA SEJMU KRAJOWEGO KRÓLESTWA GALICJI I LODOMERII 10. posiedzenia, IV. sesji, III. periodu vom 17.12.1873, S. 114.

³⁰ CHŁĘDOWSKI, Pamiętniki, Bd. II, S. 26.

Spalten ihres Sprachrohrs, der Zeitschrift *Czas*, zur leeren Phrase schrumpfen ließ, versuchten die jüngeren Vertreter dieser politischen Orientierung, versammelt um das seit 1866 herausgegebene Blatt *Przegląd Polski* (Polnische Rundschau)³¹, konkrete Alternativen zum bisherigen Weg der illegalen Untergrundsarbeit und des bewaffneten Kampfs zu finden. „Organische Aufbauarbeit“ lautete die Devise, d.h. eine sukzessive Erlangung politischer Freiheiten in Anlehnung an die Österreichische Monarchie im Bereich der Landesgesetzgebung und Verwaltung sowie Aktivitäten auf ökonomischer und kultureller Ebene.

Diese Grundsätze standen am Anfang der so genannten „Krakauer Schule“. Ihre Hauptideologen, die Historiker Józef Szujski, Walerian Kalinka, der Literaturhistoriker Stanisław Tarnowski, und der Publizist Stanisław Koźmian gaben 1869 – zur Zeit der aktivsten Bemühungen um die Autonomie Galiziens – ein politisches Pamphlet „Teka Stańczyka“ (Die Mappe des Stańczyks) heraus, in dem sie ihr Loyalitätsprogramm begründeten. Der Titel dieser provokanten Schrift knüpfte an eine mittelalterlichen Gestalt aus der Geschichte Polens an, den gefährlichsten Politiker – den Satiriker. So wie der kluge Stańczyk mit der Narrenkappe am Hofe des Königs Sigismund I. im 16. Jh. mit seiner beißenden Ironie und Satire politische Entscheidungen kommentierte, versuchten die Vertreter der Krakauer Schule durch die revisionistische Sicht der polnischen Vergangenheit und ihre kritische Betrachtung die Gesellschaft zu warnen und zu belehren. Es schien, als würden die Krakauer Konservativen dem Ruf des polnischen Schriftstellers Mikołaj Rey nach mehr solchen Stańczyken im öffentlichen Leben folgen wollen.³² Die Ursachen für den Untergang Polens sah man in den nationalen Charakterfehlern der Polen, besonders aber im Fehlen einer starken Regierung. Umfangreiche Schriften der Krakauer Schule, u.a. Arbeiten von Michał Bobrzyński, darunter eine bittere Analyse und Kritik der polnischen Geschichte „*Dzieje Polski*“ (Geschichte Polens) aus dem Jahre 1877, sollten als Richtlinie einer neuen polnischen Politik dienen.³³ Die Teilnahme am politischen Leben Österreichs sah der Jurist

³¹ Interessant ist, dass das Vorwort zu der ersten Nummer der Zeitschrift ausgerechnet von einem Demokraten, Florian Ziemiałkowski, stammt. Das lässt sich wohl damit erklären, dass die Stańczyken in dieser ersten Etappe ihrer ideologischen Entwicklung gegen den Kastenegoismus und für Liberalismus und Demokratie plädierten (Stanisław Tarnowski etwa kritisierte Schmerlings Kuriensystem, Szujski sprach über die Notwendigkeit der Regelung der Servitutenfrage, sowie über die Gleichberechtigung der Juden).

³² Stańczyk. Odczyt publiczny Michała Bobrzyńskiego w Krakowie [Öffentliche Lesung von Michał Bobrzyński in Krakau], Kraków, 1883, S. 25.

³³ Vgl. JÓZEF SZUJSKI, *Pisma polityczne* [Politische Schriften], Bd.I, Kraków 1885 und Bd. II, III, Kraków 1894; PAWEŁ POPIEL, *Pisma* [Schriften], Kraków 1893; STANISŁAW KOŹMIAN, *Pisma polityczne* [Politische Schriften], Kraków 1903; Die Verfasser des Pamphlets „Teka Stańczyka“, die im konservativen Lager in den Vordergrund

und ausgezeichnete Kenner auf dem Gebiet des Staatsrechts als Möglichkeit zur Ausbildung einer eigenen Beamtenschaft als einer Vorbereitung zum Wiederaufbau einer eigenen Staatlichkeit an. Allerdings erwies sich dieses krampfhaftes Festhalten an der Idee einer starken Regierung als nicht immer vorteilhaft für die polnische Sache. Gerade in der Haltung Bobrzyńskis kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges konnte man sehen, wie eine starke Fixierung auf Österreich und ein jahrzehntelanges Verbleiben im fremden Staatsgebilde eine nationale Abnabelung selbst im günstigen Moment schwierig machte. Wir wollen aber nicht zu weit vorgreifen. Bobrzyński wird uns noch an anderen Stellen beschäftigen.

All das, was von der Krakauer Schule als „überlegte, voraussehende Politik voll bürgerlicher Disziplin“ bezeichnet wurde, sahen Kritiker und politische Widersacher der konservativen Politik schlicht und einfach als „Anpassung an die Anforderungen des Polizeiapparates der drei Teilungsmächte für den Preis einer besseren sozialen Stellung, die von den Konservativen fälschlicherweise mit der nationalen verwechselt wurde“. Den Kritikern der Konservativen liefert schon das Fehlen eines universalen konservativen Programms Munition. Der konservative Gedanke wird nämlich auf eine reaktionäre Haltung reduziert.³⁴ Die galizischen Konservativen schienen noch mehr in der Krise zu stecken. Als die anfänglichen Unterschiede zwischen dem rechten Flügel des konservativen Lagers und der Gruppe rund um das Blatt *Przegląd Polski* zunehmend verschwammen und die zwei politischen Ausrichtungen zu einem Lager verschmolzen³⁵, entbrannte in der Gesellschaft die Frage nach der Haltung der Konservativen zur Unabhängigkeit Polens. Waren die, die an den Schalthebeln der Macht in Galizien saßen, mit ihrer Loyalitätspolitik bloß servile Elemente, die auf eigene Staatlichkeit verzichteten und den Freiheitsgeist in der Bevölkerung zu dämpfen versuchten, oder passten sie sich der gegebenen Situation an und die nationale Frage verschwand in den Wirren der politischen Ereignisse zwar aus ihrem Programm aber nicht aus den Tiefen ihres Bewusstseins? Eine klare Antwort auf diese Frage geben nicht mal die zahlreichen Schriften der Stańczyken.³⁶

traten, vertraten in den sozialen Fragen eine fortschrittliche Richtung.

³⁴ ROGER SCRUTON, *Co znaczy konserwatyzm* [The Meaning of Conservatism], Poznań 2002., S. 17.

³⁵ Der kleine Unterschied zwischen dem Lager rund um *Przegląd Polski* und dem um das Blatt *Czas* verschwand, nachdem Adam Potocki 1870 eine Gesellschaft zur Rettung von *Czas* gründete und dieser sich die meisten Stańczyken anschlossen, als die Zeitschrift nach der Hinfälligkeit ihres früheren Besitzers, Wincenty Kirchmayer, in Schwierigkeiten steckte. Siehe Koźmian, *Pisma...*, S. 494. Schlussendlich übernahm Koźmian 1877 die Führung des Blattes.

³⁶ Vgl. RETT R. LUDWIKOWSKI, *Szkice na temat galicyjskich ruchów i myśli politycznych (1848-1892)* [Eine Skizze zur galizischen politischen Ideen und Bewegungen], *Zeszyty naukowe UJ* [Wissenschaftliche Hefte der Jagiellonischen Universität], Kraków 1980, S. 177f.; HALINA KOZŁOWSKA-SABATOWSKA, *Stańczycy a problem niepodległości* [Stańczyken und die Unabhängigkeitsfrage], *Zeszyty naukowe UJ*, Nr. 78, Kraków 1986, S. 261-

Ein wichtiger Bestandteil der konservativen Ideologie ist die Tradition, „die Quintessenz einer gescheiterten Handlung vieler durch die kulturellen Bande verbundenen Generationen, die dem Sturm der Umwandlungen die Stirn bieten sollen“.³⁷ Da die „Kontinuität der Geschichte“ durch die Teilungen Polens unterbrochen wurde und angesichts dieser Tatsache auch die berechtigte Frage auftauchte, was hier zu „konservieren“ wäre, stieß die konservative Ethik auf heftigen Widerwillen der Gesellschaft. Die Adelstraditionen (auch des Adels aus der Zeit vor den Teilungen Polens, der das Land in einen Anarchiezustand brachte), die mit dem Patronat über das Polentum identifiziert wurden, waren Stein des Anstoßes zwischen den Stańczyken und anderen politischen Gruppierungen in Galizien, die den Konservativen ihre gesellschaftliche Vormachtstellung und politische Führungsansprüche streitig machten.

Wie die Mehrheit der Polen sahen die Stańczyken die einzige Möglichkeit, die polnische Frage ins Rollen zu bringen in einem Konflikt zwischen Österreich und Russland. Einen kleinen Hoffnungsschimmer brachte der preußisch-französische Krieg 1870. Da Österreich mit Napoleon III. im Bündnis stand und auch Russland unruhig das Kriegsgeschehen verfolgte, sah man hier eine Chance, dass beide in eine Auseinandersetzung hineinschlitterten. Der galizische Landtag betonte in einer Adresse an den österreichischen Kaiser die Opferbereitschaft und Unterstützung der Polen und versprach sich als Gegenleistung die Sonderstellung für Galizien. Das hatte aber nicht sein sollen. Die Niederlage Frankreichs machte all diese Pläne zunichte und der Triumph Preußens führte eine Wende in der Geschichte Europas herbei. Österreich ging von dem Vorhaben ab, sich bei Preußen für Königgrätz revanchieren zu wollen. Das Treffen der drei Kaiser in Berlin 1872 besiegelte ihre Solidarität. Die Stabilität der europäischen Politik untergrub die polnischen Hoffnungen.

Die Welle des Pessimismus, die nach den misslungenen Aufständen von 1830 und 1863 breite Gesellschaftsschichten umfasste, weitete sich nach dem Berliner Kongress von 1878, wo die polnische Frage in keiner Weise zu Sprache kam, aus. Die Stańczyken fühlten sich in ihrer Taktik der Anlehnung an Österreich bestätigt. Die Konservativen hatten auch keinen Grund sich zu beklagen. Sie verfügten über alle Mandate aus der ersten Kurie, einen Teil der Mandate aus der Kurie der Städte und mehr als 3/4 aus der vierten Kurie. Die Einrichtung des Zentralen Wahlkomitees und die schon erwähnten Druckmittel des Verwaltungsapparats verdrängten schließlich die bäuerlichen Vertreter aus dem Landtag (1877-1889). Die Konservativen – darunter vorwiegend die Stańczyken, die im Lager der Krakauer Konservativen seit den späten 70er Jahren des 19. Jh. eine immer größere Rolle spielten -

272.

³⁷ ROMAN TOKARCZYK, *Współczesne doktryny polityczne* [Politische Doktrinen der Gegenwart], Lublin 1984, S. 316.

bekleideten alle wichtigen Ämter und hatten Funktionen in der Landesverwaltung von den Gemeinderäten, über die Führung der Höheren Schulen und der Akademie der Wissenschaften (ihr erster Präses wurde 1872 Józef Majer), bis zum Amt des Statthalters. Auch im Polenklub in Wien gaben sie den Ton an (hier ragte Kazimierz Grocholski aus dem Lager der ostgalizischen Konservativen heraus, der in diesem Gremium mit kurzer Unterbrechung von 1868-88 Vorsitzender war, sowie Apolinary Jaworski) und bekleideten hohe Ämter in der Regierung (Agenor Gołuchowski der Ältere leitete 1859 die Innenpolitik, Alfred Potocki war Ackerbauminister im Bürgerministerium von Karl Auersperg und übernahm später das Amt des Ministerpräsidenten nach dem gescheiterten Hasner, Stanisław Madeyski³⁸ war 1893-95 Minister für Kultur und Unterricht, dasselbe Portefeuille leitete Edward Rittner im Provisorium von Kielmansegg, mehrere Male leitete ein polnischer Konservativer das Finanzministerium, z.B. Julian Dunajewski 1880-91³⁹, Leon Biliński 1895-97 und 1909-11 oder Wacław Zaleski 1911-13).

Oft erwiesen sich die Polen als Stabilitätsfaktor in der Politik der Regierung, wie etwa im Kabinett Taaffe II. (1879-1893), wo sie dem „Eisernen Ring“ zur Mehrheit verhalfen.⁴⁰ Ein anderer Mal löste eine starke Präsenz der galizischen Politiker an der Regierungsbank – den Höhepunkt der polnischen Einflüsse stellte das Ministerium von Kazimierz Badeni dar (1895-97) – gemischte Gefühle in der österreichischen Bevölkerung aus. Ein Pole an der Spitze der Regierung mit seinen unpopulären Sprachverordnungen, der den deutsch-tschechischen

³⁸ JOANNA RADZYNER, Stanisław Madeyski 1841-1910. Ein austro-polnischer Staatsmann im Spannungsfeld der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie), Wien 1983.

³⁹ JULIAN DUNAJEWSKI (1822-1907) konservativer Politiker. Studierte in Lemberg, Wien und Krakau Rechtswissenschaften. Professor an der Jagiellonischen Universität in Krakau, 1855-59 auch in Pressburg. Im September 1870 hielt seine erste Rede im galizischen Landtag. Seit 1873 Abgeordneter im Wiener Abgeordnetenhaus, gewählt in der Kurie der Städte im Kreis Nowy-Sącz-Biała. Einer der besten Redner, ragte im Parlament durch sein sachliches und ruhiges Wesen heraus. 1880-1891 Finanzminister im Kabinett Taaffe. Ein Gegner der deutschliberalen zentralistischen Linken, Vertreter der autonomen Richtung, die damals von den slawischen und deutschen Klerikalen und der feudalen Schlachta vertreten war und auf dem rechten Flügel im Parlament stand. Über Dunajewski siehe STANISŁAW GLĄBIŃSKI, Dunajewski Julian; In: POLSKI SŁOWNIK BIOGRAFICZNY [Polnisches Biographisches Wörterbuch], Bd. V, S. 465; Nachruf in *Czas* 299(30.12.1907).

⁴⁰ Vgl. dazu LOTHAR HÖBELT, Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat; In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Verfassung und Parlamentarismus, Bd. VII, Wien 2000; Ders., Die Konservativen Altösterreichs: Politik und Parteien 1848-1918; In: Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute, Hrsg. Von Ulrich E. Zellenberg und Robert Rill, Graz 1999; JAKUB FORST-BATTAGLIA, Die polnischen Konservativen Galiziens und die Slawen 1866-1879, phil. Diss., Wien 1975.

Nationalitätenstreit beilegen sollte, und weitere Landsleute des Ministerpräsidenten in den Ministerien (Leon Biliński - Finanzen, Gołuchowski der Jüngere – Amt des Äußeren, Edward Rittner seit Januar 1896 Minister für Galizien), zusammen mit einem Polenklub, der unter der Führung von Apolinary Jaworski zum stärksten Klub im Abgeordnetenhaus wurde, lösten Ängste vor der „Polonisierung Österreichs“ aus.⁴¹

Keine ernst zu nehmende Konkurrenz stellten für die Alleinherrschaft der Konservativen in Galizien die liberalen Demokraten dar. Es fehlte in diesem Lager nicht an konstruktiven Vorschlägen, z.B. hinsichtlich der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes, sie scheiterten jedoch an der Diskrepanz zwischen Wunsch, Hoffnung und Möglichkeiten der Durchsetzung dieser Ideen. Das Problem bei den Demokraten war, dass diese Aktionen nur in Einzelfällen zum Vorschein kamen. Das Gros der Tätigkeiten der liberalen Kräfte beschränkte sich auf die Veranstaltung von Gedenkfeierlichkeiten oder artete in symbolische Manifestationen aus, wie z.B. 1878 als drei polnische demokratische Abgeordneten den Polenklub in Wien verließen, um auf diese Weise (gemeinsam mit den deutschen Liberalen) gegen die Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn zu protestieren.

Die Konservativen fühlten sich auch von Seite des Großbürgertums nicht bedroht. Die Schwäche dieser Kreise war vor allem auf die geringe zahlenmäßige Vertretung in der Gesellschaft zurückzuführen. Die Unterentwicklung der Städte, fehlende Kredithilfe, und der Mangel an einer aktiven Wirtschaftspolitik des Landes machten das einheimische Großbürgertum ökonomisch schwach, zwangen es, dem bourgeoisen deutschen und jüdischen Kreisen, deren Großteil ihre nationale Eigenart aufrechterhalten konnte, Platz zu machen, und trieben es eher zur Anlehnung an den Großgrundbesitz.

Es hieß zwar, dass die Konservativen seit 1869 die polnische Politik in Galizien leiteten, die Verdienste der Stańczyken für die polnischen Interessen sahen in den Augen ihrer Kritiker aber eher mager aus. Die Idee, dass man in Galizien auf die Autonomie des Landes hin arbeiten sollte, kam nicht ausschließlich von den Stańczyken. Die wichtigen sprachlichen Errungenschaften des Jahres 1869 in Bereich der Schulen, Ämter und Gerichte waren Resultate der Bemühungen Gołuchowskis und Ziemiańskis, nicht des Klubs der Stańczyken. Die politische Tätigkeit im Rahmen der Monarchie musste die Realitäten berücksichtigen, aber Loyalität dem österreichischen Kaiser gegenüber unter allen Umständen hatte keine Begründung. Sie vertiefte einzig die Überzeugung, dass sogar zentralistische, den Slawen abgeneigte Regierungen, mit der Unterstützung der Polen

⁴¹ Graf Casimir Badeni und das neue Ministerium. Was erwarten und hoffen die kaisertreuen konservativen Katholiken Österreichs von der Regierung des „eisernen Grafen“? Eine politische Studie von JUSTUS AUSTRIACUS, Wien 1895.

rechnen konnten. Als unter dem Vertreter der Deutschliberalen, Fürst Adolf Auersperg 1873 die direkten Wahlen in den Reichsrat durchgesetzt wurden und den Landtagen ihre bedeutende Rolle entzogen wurde, warnten die Stańczyken vor einer Opposition in Galizien. Zu sehr hielt man sich in diesen Kreisen an die Überzeugung, das ein *liberum veto* schon einmal den Polen zum Verhängnis wurde.⁴² Unter diesen Umständen hatte es die österreichische Regierung nicht nur leichter, die polnischen Wünsche zu ignorieren, man versuchte auch die bestehenden (halb)autonomen Rechte zu beschneiden.⁴³

Die Ideologie der Stańczyken ließ in Galizien eine Politik zu, welche die verklungene Ständestruktur aufrechterhielt. Wer Macht besaß und Einfluss im Verwaltungsapparat hatte, nutzte diese Position für eigene Interessen aus. Beeinflusst wurde die Bildung und Steuerpolitik. Besonders gelitten hat die Bildung unter den niedrigsten gesellschaftlichen Schichten. Der Ausbau der Schulen wurde eingeschränkt, so dass Galizien Anfang der 90er Jahre auf die traurige Bilanz von 2/3 Analphabeten kam und unter 3814 Schulen nur 5% aufweisen konnte, die mehr als eine Schulklasse hatten. Der galizische Landtag schmiedete ständische Gesetze. Die Steuerlast für die Straßen- und Schulenerhaltung trugen die Gemeinden, die Gutshöfe blieben bei dieser Regelung entlastet.

Die 80er und 90er Jahre des 19. Jh. verliefen unter dem Motto der Verteidigung und Beibehaltung dieser privilegierten Stellung. Kritiker eines solchen Zustands konnten selbst der geschickten Steuer- und Zollpolitik von Julian Dunajewski, der elf Jahre lang (1880-91) das Portefeuille der Finanzen innehatte und das katastrophale Budget der Monarchie sanierte, keine Vorteile für Galizien abgewinnen.⁴⁴ Wiesen die Konservativen auf Verdienste des

⁴² Vgl., HENRYK WERESZYCKI, *Historia polityczna Polski (1864-1918)* [Politische Geschichte Polens 1864-1918], Paris 1979.

⁴³ Lasser versuchte die Rechte des Landesschulrates (Wydział Szkolny Krajowy) zu beschneiden. Dazu vgl. TADEUSZ ROMANOWICZ, *Polityka Stańczyków*, Kraków 1882.

⁴⁴ Bei der Stabilisierung der Finanzen spielte die Länderbank keine geringe Rolle. Nicht zuletzt erwiesen sich für Dunajewski auch gute Beziehungen zu LUDWIK WODZICKI (1834-1894), der seit 1880 Gouverneur dieser Bank war, vom Vorteil. Die Länderbank räumte dem Landesausschuss in Galizien ein Kredit von einer halben Million z.l.r. ein mit dem Zinssatz von 4,1% ohne Sicherstellung für die Zeit von 25 Jahre. Die Bank baute u.a. auf eigene Kosten die Eisenbahn von Kołomyja bis Peczeniżyn, um den Transport von Petroleum aus dieser Gegend zu erleichtern (Vgl. KOŹMIAN, *Pisma...*, S. 546); Ludwik Wodzicki, der im Lager der Krakauer Konservativen sehr geschätzt war, machte eine Bilderbuchkarriere. Seit 1865 Landtagsabgeordneter, gewählt im Kreis Krakau in der Kurie des Großgrundbesitzes; Als Reichsratsabgeordneter Sprecher seitens des Polenklubs in der Budgetdebatte 1867; Lehnte im Oktober 1871 das Amt eines Ministers ohne Portefeuille in Galizien im Kabinett Adolf Auerspergs ab. Wodzicki war Verfechter der nationalen Rechte und verlangte Garantien für die Rechte der Landtage, die von den direkten Wahlen in den Reichsrat gefährdet waren. Außerdem war der Weg des Kampfes mit der Kirche, den die Regierung einschlug, mit den Prinzipien eines überzeugten Katholiken nicht vereinbar; Seit 8. August 1877 Landesmarschall (in diese Zeit fiel der Bau des Landtagsgebäudes in Galizien) und seit 19. Dezember 1877 vom

Finanzministern beim Ausbau der Eisenbahn in Galizien seit 1884, bei der Schaffung eines Meliorationskredits und der Erwirtschaftung größerer Geldsummen für den Bau der Kanäle hin, so sprach man auf der Seite der Kritiker von Bevorzugung der Schlachta, der die Banken des Landes offen standen, und von negativen Auswirkungen auf die Petroleumindustrie, die Holzbranche und die Landwirtschaft.⁴⁵

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Galiziens lag zwar nicht im Interesse der besitzenden Kreise, es wäre aber falsch, alle Abgeordneten des konservativen Lagers als Bremse für die Industrialisierung des Landes zu sehen. Der bürgerliche Konservative und Ex-Präsident von Krakau Mikołaj Zyblikiewicz, dessen Einsatz für öffentliche Angelegenheiten bekannt war – im Abgeordnetenhaus wurde er „Brecher der bürokratischen chinesischen Mauer“ genannt –, musste für sein Programm der Industrialisierung Galiziens mit seiner Funktion als Landesmarschall (1881-1886) bezahlen. Das war wohl das krasseste Beispiel dafür, dass die Stańczyken, für die der gebürtige Ruthene und Plebejer ein wenig als Aushängerschild fungierte, um die verbreitete Meinung zu widerlegen, ihr Klub wäre eine geschlossene, einzig für die polnische Schlachta vorgesehene Clique, doch mit der „Verjüngungskur“ ihres politischen Lagers Probleme hatten.⁴⁶ Alleingänge wie die von Zyblikiewicz, aber auch Stimmen, die in der nationalen Frage eine andere Position als die der „Teka Stańczyka“ vertraten (u.a. Boczkowski, Lipczyński, Chrzanowski), deuteten auf eine Opposition gegen die Stańczyken auch in ihrer Hochburg Krakau hin und daher ist die Identifikation aller Krakauer Konservativen mit den Stańczyken zwar verbreitet, aber nicht korrekt.⁴⁷

Die Klientel der Konservativen, den Großgrundbesitz, verband neben dem Anspruch auf die Führungsrolle in der Gesellschaft und unabhängig von der Form des Wirtschaftens, die regionale Unterschiede aufwies (in Großpolen, Pommern und teilweise in Kongresspolen trugen die Ländereien kapitalistische Züge, während man in Galizien und im Großteil Kongresspolens mit veralteten Methoden arbeitete), die Angst vor dem sozialen Radikalismus. In Galizien waren die Erinnerungen an

Kaiser auf Lebzeiten ernannter Mitglied des Herrenhauses. Die Heiratsverbindung mit dem Hause Zamoyski und dadurch gute gesellschaftliche Kontakte hoben zusätzlich Wodzickis Chancen, im Lager der Stańczyken als potenzieller Statthalterkandidat angesehen zu werden. Vgl. WALDEMAR ŁAZUGA, „Rzady polskie” w Austrii. Gabinet Kazimierza hrabiego Badeniego 1895-97[„Polnische Regierung” in Österreich. Das Kabinett des Kazimierz Graf Badeni 1895-97]], Poznań 1991, S. 29.; CHŁĘDOWSKI, *Pamiętniki*, Bd. I, S. 268; KOŹMIAN, *Pisma...*, S. 459-559.

⁴⁵ MICHAŁ BOBRZYŃSKI, Julian Dunajewski. Charakterystyka historyczna [Julian Dunajewski. Eine historische Charakteristik.], Kraków 1908, S. 16f; WILHELM FELDMAN, *Stronictwa i programy polityczne w Galicji 1846-1906* [Politische Parteien und Programme in Galizien 1846-1906], Kraków 1907, S. 208f.

⁴⁶ Vgl. KOŹMIAN, *Pisma...*, S. 140; Zyblikiewicz legte mit dem Statut für den Polenklub, das diesem Gremium Disziplin und Solidarität als Prinzipien auferlegte, den Grundstein für seine starke Position im Abgeordnetenhaus.

⁴⁷ Vgl. ROMANOWICZ, *Polityka ...*, S. 9; Siehe auch FELDMAN, *Stronictwa...*, Bd. I, S. 105.

die Bauernaufstände der Jahre 1846-1849 immer noch lebendig. Die sich verschlechternde ökonomische Lage des Landes trug aber in sich Keime sozialer Unruhen. Das Land war vom Ackerbau mit geringer Ertragsfähigkeit, extensiver Wirtschaft dominiert. Das Sturmjahr 1848 brachte zwar eine wichtige Reform, die Aufhebung der Leibeigenschaft, löste jedoch nicht alle Probleme der Bauern. Ungelöst blieb die Angelegenheit der Servitute (Wälder- und Weidenutzung), aber auch andere feudale Relikte, wie z.B. das Jagd- und Schankrecht beschäftigten noch lange das Forum des Landtags. Der Bauer konnte mit der neu erworbenen Freiheit des Wirtschaftens auf dem eigenen Stück Land nicht so richtig umgehen, es fehlten ihm auch die finanziellen Mittel für die wirtschaftliche Produktion. Vor allem die Lage der Kleinbauern war katastrophal. Das Gros der Bauerngüter war zersplittert, für den Ankauf von Grundstücken reichten die Finanzen nicht aus, so dass innerhalb von vierzig Jahren nur 3% des Landes in bäuerliche Hände überging.

Den Überschuss der Arbeitskräfte aus dem Dorf konnten auch die Städte nicht aufnehmen. Die schwach entwickelte Industrie (kleine Bergwerke, Gruben, und kleine Betriebe) hatte mit eigenen Problemen zu kämpfen. Starke tschechische, deutsch-österreichische, und tarifmäßig bevorzugte deutsche Konkurrenz brachten in den 70er Jahren des 19. Jh. die polnische Industrie zum Stillstand. Die Wiener Kartelle drosselten dagegen die galizische Zuckerindustrie, so dass nur große Betriebe in Przeworsk und Chodorów überleben konnten. Bewegung zeigte sich in der Petroleum-Branche, wo im Spekulationsrausch auch Fremdkapital auftrat.⁴⁸ Die Bauern, die ihre Wirtschaft verloren, und arbeitlose Landarbeiter sahen eine Chance auf Verbesserung ihrer Situation oft in der Emigration, vor allem nach Amerika und Brasilien. In den Jahren 1870-1914 verließen die polnischen Gebiete ca. 3,5 Millionen Menschen, davon eine Million aus Galizien. Die Emigrations- und Schifffahrtsgesellschaften nutzten wiederum diese Entwicklung aus, und machten saftige Geschäfte. In Verruf geriet dabei auch der Anführer der Bauernpartei, Jan Stapiński, dem angeblich die Provisionen von den Annoncen der Reedereien in der Zeitschrift der Bauernpartei zufließen.

Obwohl die Aufklärungsarbeit unter den Bauern schon in den 70er Jahren des 19. Jh. präsent war, schien die rege Bewegung innerhalb dieser Schicht, besonders der 80er und 90er Jahre, die Konservativen völlig unvorbereitet vorzufinden. Gründe dafür gab es viele. Durch die Trennung der Gemeinden von den Gutshöfen ging der direkte Kontakt der Grundbesitzer mit den Bauern verloren. Den durchgesickerten äußeren Anzeichen einer sozialen Bewegung hatte man entweder wenig Bedeutung beigemessen oder sie falsch interpretiert. Falsch war es, das Pochen der bisher stummen Mehrheit in der Gesellschaft auf Anteilnahme am politischen Leben Galiziens als eine künstliche, durch Agitation entfachte

⁴⁸ Vgl., MARIAN KUKIEL; *Dzieje Polski porozbiorowe 1795-1921* [Geschichte Polens nach den Teilungen 1795-1921], Paris 1983.

Erscheinung zu sehen. Mittlerweile war es eine naturhafte, denn die steigende Bedeutung der konservativen Kräfte in einer Gesellschaft hat in der Regel eine Zuspitzung der sozialen Auseinandersetzungen als Folge. Man bediente sich zwar ständig des Begriffs „Volk“, hatte sich aber nie wirklich damit beschäftigt, welche Elemente dahinter steckten. Inzwischen machte dieses Volk niemand anders als der Bauer aus den galizischen Gemeinden und Kreisen aus, mit seinen schlechten ökonomischen Verhältnissen und der schrumpfenden Hoffnung auf eine Agrarreform.

Dieses Nicht-Verstehen bzw. Nicht-Verstehen-Wollen der Tiefe der Bauernbewegung hatte eine falsche Taktik der Stańczyken zur Folge. Der Bauer wurde für ein sozial unerfahrenes Element gehalten (nicht nur von den Konservativen, sondern auch von den liberalen Demokraten). Die Einbindung dieser Schicht in die hierarchisch aufgebaute Gesellschaft - zusammengesetzt aus Bestandteilen, die miteinander verbunden waren nach dem Schema eines lebendigen Organismus - sollte die Vormundschaft der Konservativen und des Klerus ermöglichen. Dieser moralische Einfluss sollte die soziale Solidarität formen mit Hilfe der dazu vorgesehenen Wirtschaftlichen Gesellschaften (Towarzystwa Gospodarcze) in Lemberg und Krakau.⁴⁹

Die Beachtung des „Volkes“ als ein Material und die Lenkung der Bauernbewegung in die Richtung positiver ökonomischer Arbeit auf der Basis praktischer Reformen blieb eine vertane Möglichkeit der Stańczyken. Ihre Passivität erweckte bei den Bauern zu Recht das Gefühl, dass bei dem konservativen Lager für sie nichts zu holen sei.⁵⁰ Die Oberflächlichkeit mit der die Konservativen die Bewegung unter den Bauern und Arbeitern betrachteten, sprach nur den konservativen Selbsterhaltungsinstinkt an, und führte zur Überzeugung, dass man hier den Besitzenden etwas wegnehmen wolle. Die erstarrte Ideologie und Politik der Konservativen verlangte in dem sich ändernden sozialen Umfeld nach Erneuerung, aber gerade darin lag das Dilemma des Konservatismus. Das ständige Zurückbleiben hinter den Fortschrittskonzeptionen machte ein solches Erneuerungsprogramm unwahrscheinlich.

Sich den radikalen Strömungen entgegenzusetzen, stellte sich bei den Konservativen schon aufgrund der Art, in der die Elemente des Lagers miteinander verbunden waren, als schwierig heraus. Wie alle konservativen Gruppierungen war die galizische eine elitäre Erscheinung, deren Bestandteile - hier besonders die aus dem Osten des Landes - wegen des stark ausgeprägten Individualismus lange Zeit nur in Form eines politischen Klubs eine Einheit zu bilden versuchten. "Stańczycy - schrieb einer der Autoren der "Teka Stańczyka" -

⁴⁹ LUDWIKOWSKI RETT, R., Szkice ..., S. 128f.

⁵⁰ Vgl. STARZEWSKI TADEUSZ, Sursum corda! Partia konserwatywna a ruch ludowy [Sursum corda! Die konservative Partei und die Bauernbewegung], Kraków 1899.

sind ein Bund von Leuten, die sich einzig auf die geistige Gedankenverknüpfung verlassen und zusammen über etwas entscheiden, ohne sich vorher untereinander verständigt zu haben, ohne es zur Debatte zu stellen".⁵¹

War ein gewisser Zusammenhalt des konservativen Lagers im Polenklub und im galizischen Landtag vorhanden, so fehlte er auf der Ebene der einzelnen Gemeinden und Kreise. Der ultrakonservative Flügel in Ostgalizien, der als Schutzpatron des polnischen Besitzstandes jegliche Zugeständnisse an die polnischen und vor allem an die ruthenischen Bauern ablehnte, blockte alle liberalen Vorschläge des Krakauer Flügels ab. Im Gegensatz zu den Konservativen älteren Datums, die nicht mal die Bauernvertreter im Landtag gern sahen, strebte die jüngere Generation der Krakauer Konservativen – selbst auf Kosten einiger politischen Zugeständnisse – eine Annäherung der gesellschaftlichen Schichten an, vor allem die Beseitigung der langen Auseinandersetzung zwischen den Bauern und den Gutshöfen, sowie die Abschaffung der archaischen Überbleibseln wie etwa das Schankrecht. Ein Paradebeispiel war ein Konzept der Zusammenziehung der Gemeinden mit den Gutshöfen zu einer gemeinsamen Verwaltungseinheit, das die Stańczyken – auch Partei der Verwaltungsreformen genannt – im Landtag 1865 vorschlugen und 1881 auf Initiative Dunajewskis wieder als Thema aufnahmen. Einen Kompromiss zwischen den Klubs zu erzielen, stellte sich nicht nur aufgrund der Zusammensetzung des Landtags als schwierig heraus. Auch im Klub der Stańczyken gab man fehlerhafte Taktik beim Eingehen auf dieses Thema zu, man machte es nicht zum Leitanliegen.⁵² Kurz vor der Landtagsitzung einigte man sich in Krakau (allerdings bei einer geringen Beteiligung der Mandatare an dieser Zusammenkunft), dass der "Verwaltungsriß für Galizien" in einer der ersten Sessionen des Landtags behandelt werden solle. Im größeren Rahmen verlor dieses Thema seine Priorität und wurde von einer Sitzung zur anderen verschoben. Der Grundriss fand als Ganzes zwar Zustimmung, jedoch keine Einstimmigkeit.

Im Tauziehen um die Durchsetzung einiger Reformen rechneten die Stańczyken mit dem jungen Flügel der ostgalizischen Konservativen und den fortschrittlichen Demokraten. Diese Hoffnungen blieben jedoch meistens unerfüllt. Die jungen Podolier bemühten sich nämlich rastlos, bei der Suche nach ihrer politischen Linie ihre Eigenart zu betonen, und waren mehr daran interessiert, alle Unterschiede zu den Stańczyken aufzuzählen, als wirklich einen Konsens zu finden. Von dieser Seite kam ein Vorschlag, dass die Kreisräte über das Recht verfügen sollten, dort die Gemeinden und Gutshöfe zu gemeinsamen Verwaltungsbezirken zu verbinden, wo sie es für richtig hielten. Dabei

⁵¹ JÓZEF SZUJSKI, List otwarty z ostatniej sesji sejmiku galicyjskiego [Offener Brief von der letzten Session des galizischen Landtags], Kraków 1882, S.10.

⁵² Ebda, S.38.

wusste man, dass dieses Konzept einer doppelten Exekutive auch keine Zustimmung der österreichischen Regierung hätte bekommen können.⁵³ Im Endeffekt zogen sich die Stańczyken oft von seinen Vorschlägen zurück, um das Bündnis mit dem ostgalizischen Flügel der Konservativen nicht aufs Spiel zu setzen.

Dennoch zeigte sich bei den Krakauer Konservativen so etwas wie eine Avantgarde, welche die erstarrte Politik auf andere Wege lenken wollte. Man versuchte sich von einigen Anachronismen, wie z.B. der Idee einer historischen Führungsschicht zu verabschieden. Die politischen "Erneuerer" haben eingesehen, dass der Unwille der Konservativen für die Industrialisierung des Landes, Bevorzugung einer zersplitterten Bauernwirtschaft, Verweigerung des Zugangs zur Weiterbildung bei der Dorfjugend zwar Wege waren, die den Großgrundbesitz begünstigten, auf weite Sicht aber die Modernisierung der Landwirtschaft unmöglich machten.⁵⁴ Anders als bei den Traditionalisten, die allen Reformversuchen skeptisch und ablehnend gegenüberstanden, wurde bei den Neokonservativen der Kompromiss zum wichtigen Instrument bei der Lösung schwieriger Materien. Der Kompromiss, sei es beim Versuch der Einbindung der Bauern in die politische Arbeit auf der Ebene der Gemeinden, sei es in der schwierigen Frage des polnisch-ruthenischen Verhältnisses, machte den Eindruck, dass "die konservative Evolution außer Kritik des Radikalismus auch ein positives Programm repräsentiere".⁵⁵

Die Realitätsverweigerung der Ultrakonservativen und ein bedingungsloses Ablehnen jedes Fortschritts war nicht die richtige Strategie im Kampf mit demokratischen Umwandlungen. Der Konservatismus konnte gewisse Entwicklungen, deren Galizien im Laufe der Zeit unterlag, nicht aufhalten. Trotz der Tatsache, dass dieses Kronland wirtschaftlich nach wie vor der rückständigste Teil der Monarchie war, zeigte sich auch hier ein gewisser Fortschritt z.B. im Straßenbau, Flussregulierung, Melioration. Große Verschuldung der Bauern versuchten die gegründeten Spar- und seit 1880 Raiffeisenkassen (später Stefczyk-Kassen genannt) zu lindern. Aber auch die Versuche der Neokonservativen dem Volk näher treten zu wollen, die sich in einigen Reformvorschlägen widerspiegeln (gedrängt wurde z.B. auf die Ausarbeitung eines Schankgesetzes und eines Gesetzes gegen den Wucher⁵⁶), kamen zu spät. Auf der politischen Arena in Galizien tauchten andere Akteure auf, Persönlichkeiten aus anderen Lagern, die mit demokratischen Parolen um diese Klientel warben. Der in seiner Haltung konservative und vor allem allen gegenüber misstrauisch gewordene Bauer (von den Gutshöfen ausgebeutet, vom österreichischen Kaiser gegen die polnischen Herren

⁵³ SZUJSKI, List otwarty..., S. 38f.

⁵⁴ MARCIN KRÓL, Stańczycy. Antologia myśli społecznej i politycznej konserwatystów krakowskich [DieStańczyken.Anthologie der sozialen und politischen Idee der Krakauer Konservativen], Warszawa 1982, S. 34

⁵⁵ LUDWIKOWSKI, Szkice..., S. 65

⁵⁶ Vgl. SZUJSKI, List otwarty..., S. 38.

ausgespielt, nach Aufhebung der Leibeigenschaft von allen feudalen Lasten noch immer nicht befreit) begann sich zu emanzipieren. Widerstand leistete die Arbeiterwelt. Auch die städtische Intelligenz, die von den Konservativen lange unterschätzt wurde, trat zunehmend als Bollwerk des Polentums in Erscheinung und schien die historische Führungsschicht in dieser Funktion ablösen zu wollen.⁵⁷ Die Optik war eindeutig: Die Krakauer Konservativen standen wegen des verkrampften Verhältnisses zu dem ostgalizischen Flügel des Lagers den politischen Umwälzungen ziemlich alleine gegenüber.

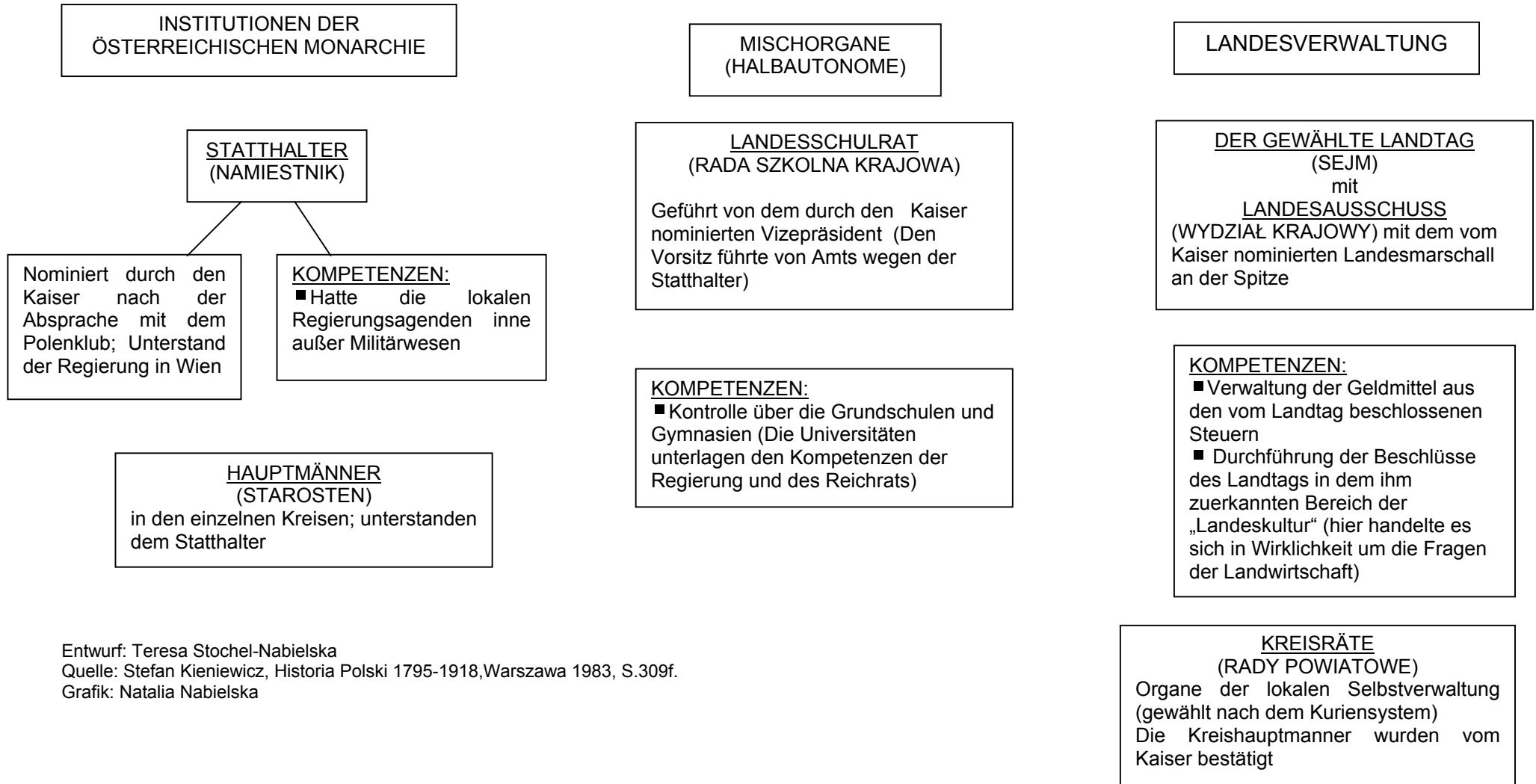
Einer der Brennpunkte war der polnisch-ruthenische Nationalitätenkonflikt in Ostgalizien. Die Ruthenen, die in diesem Landesteil 62,5% der Bevölkerung ausmachten, drängten auf größere Vertretung in den parlamentarischen Institutionen, die ihrem zahlenmäßigen Anteil entsprechen würde. Die Strategie Wiens, das die Polen und Ruthenen in Galizien gegeneinander ausspielte, um auf keine dieser Nationalitäten ausschließlich angewiesen zu sein, verlieh der Situation zusätzliche Brisanz. Auch die anfangs so wohlwollende Haltung des Klerus den Konservativen gegenüber geriet infolge der politischen Wirren zunehmend ins Schwanken. Zwei Faktoren spielten dabei eine Rolle. Die höhere Kirchenhierarchie, die im politischen Leben Galiziens großes Ansehen genoss, stand der Bauernbewegung feindlich gegenüber, was im zahlreichen publizistischen Schaffen der Bischöfe seinen lebendigen Ausdruck fand. Wenn es hieß, dass die Konservativen und der Klerus das Volk unter ihre Kuratel nehmen sollten, so interpretierten beide diese Aufgabe unterschiedlich. Der Klerus war interessiert an der Gründung einer klerikalen Partei, auf die er mehr direkten Einfluss hätte ausüben können.⁵⁸ Experimente wie die Einbindung der Bauern in die Regierungsverantwortung, waren - wie die spätere Geschichte zeigte - unter solchen Umständen ein gefährliches Unterfangen für die Krakauer Konservativen. Zum Interessenkonflikt zwischen dem Klerus und den Stańczyken trug außerdem die Tatsache bei, dass die Kirche im Besitz großer Landgüter in Ostgalizien war. Jeder Vorschlag eines Zugeständnisses an die ruthenische Bevölkerung machte die Kirche fast automatisch zum Verbündeten der Podolier.

Einer der Gründe für eine gewisse Unbeholfenheit beim Eingehen auf die Herausforderungen, die das letzte Jahrzehnt des 19. Jh. den Konservativen brachte, lag nicht selten an den einzelnen Persönlichkeiten im Lager, bei denen sich manchmal das Gemüt eines Wissenschaftlers mit dem Temperament eines Politikers schwer vereinbaren ließ.

⁵⁷ KRÓL, Stańczycy..., S. 34.

⁵⁸ Vgl. MICHAŁ BOBRZYŃSKI, Z moich pamiętników [Aus meinen Tagebüchern], Wrocław 1957, S. 187.

VERWALTUNGSINSTITUTIONEN IN GALIZIEN UND IHRE KOMPETENZEN



Entwurf: Teresa Stochel-Nabielska

Quelle: Stefan Kieniewicz, Historia Polski 1795-1918, Warszawa 1983, S.309f.

Grafik: Natalia Nabielska

II. „Wir schreien, also sind wir?“ Oder das Dilemma der liberalen Demokraten.

„Die Erneuerungskraft ist das Maß der Dauerhaftigkeit einer Partei“ -, schrieb im August 1900 die Zeitschrift der polnischen Demokraten in Galizien *Nowa Reforma*. Im Hinblick auf das politische Vermächtnis des liberalen Lagers seit 1870 steckte in diesen Worten mehr ein frommer Wunsch als eine Feststellung. Die Zeiten, als die Demokraten auf ihre Verdienste im Kampf um prinzipielle Fragen (Entscheidungen: Zentralismus oder Föderalismus, Fragen der Autonomie Galiziens, Festlegung, ob mit der Regierung oder ohne, sowie wichtige Entscheidungen im Bereich der nationalen Rechte) hinweisen konnten, gehörten der Vergangenheit an.⁵⁹

Das Lager, das sich auf fortschrittliche Intelligenz und Kleinbürgertum stützte, erlebte eine Veränderung, aber nicht im Sinne einer Festigung der liberalen Kräfte. Kaum eine andere Fraktion wurde bei jedem Versuch, in dem es um eine klare Definition der politischen Ziele und Strategien ging, so von Krisen erschüttert, kaum eine erlebte so oft Sezessionen. Die Versuche, ihr Programm an die sich in Galizien seit Ende der 80er Jahre ändernden Verhältnisse anzupassen - ohne auf die Kernprinzipien verzichten zu müssen -, fielen bei den Demokraten schwach aus. Trotz der Anwesenheit herausragender Persönlichkeiten - einiger Schüler Smolkas -, hinterließen die Vorkommnisse im liberalen Lager den Eindruck, es sei auch einem geistigen Schrumpfungsprozess ausgesetzt. Hier war nicht nur das Fehlen einer natürlichen Basis, die die schwach entwickelten Städte nicht bieten konnten, entscheidend, sondern Probleme der Organisation. Nicht nur die Konfrontation mit den aufkommenden Massenparteien wurde für die Partei zu einer Zerreißprobe. Den Keim der Zwietracht und eine Art Teilung in Links und Rechts trug das demokratische Lager vom Anfang seines Bestehens in sich an, als es aus zwei Formationen hervorging - den Anhängern Smolkas und den Ziemiałkowskis. Von dieser schweren Bürde konnten sich die Demokraten im Laufe ihrer politischen Tätigkeit nicht befreien, die Suche nach ihrem Platz im vergrößerten Parteienspektrum Galiziens verdeutlichte nur das Dilemma der liberalen Demokratie und ließ sie nicht als eine reale Kraft erscheinen, sondern zu einem Symbol, einer Stimmung verkommen.

A. Emanzipationsversuche vom Einfluss der Konservativen und Probleme der Organisation.

Das Verhältnis zwischen den liberalen Demokraten und den Konservativen stellte eine sonderbare Beziehung dar. Einerseits wurde das demokratische Lager durch seine Zugehörigkeit zum Polenklub im Wiener Abgeordnetenhaus durch die konservative Majorität unbeweglich gemacht, andererseits konnte man nur im Vergleich mit der Tätigkeit und

⁵⁹ ZBIGNIEW FRAS, *Demokracy w życiu politycznym Galicji 1848-1873*, Wrocław 1997.

politischen Orientierung der Stańczyken in dem von Zeit zu Zeit zum Vorschein kommenden Tatendrang der Demokraten ohne Bedenken von einer demokratischen Politik sprechen.

Eines der Gebiete, wo die Liberalen ihre eigene Linie zu demonstrieren versuchten, war die Frage der Unabhängigkeit Polens. Als eine nationale Partei und Nachkommen der Generation des Jahres 1863 hielten die Demokraten an der Tradition dieser Zeit fest. Loyalität den Teilungsmächten gegenüber empfanden sie als Erfordernis der Stunde - wovon auch der Vertragscharakter der Sympathie dem österreichischen Kaiser gegenüber Zeugnis ablegte⁶⁰ -, im Inneren hegten sie die Hoffnung auf eigene Staatlichkeit und bewahrten den Traum einer nationalen Wiedergeburt, die alle Gebiete Polens umfassen würde. Eine solche polnische Politik stellte sich für die Demokraten nicht nur durch ihre Gebundenheit an das Solidaritätsprinzip im Polenklub als schwierig heraus. Der Antagonismus zwischen Smolka und Ziemiałkowski 1870 hinterließ einen tiefen Riss im liberalen Lager und spaltete seine Mitglieder und Sympathisanten. Unter dem Einfluss Ziemiałkowskis passten sich die anfänglich liberal-fortschrittlichen Tendenzen an die herrschenden politischen Verhältnisse an, d.h. die konservative Dominanz in der Zentral- und Landesregierung. Die opportunistische Politik ließ den Demokratischen Klub im Wiener Abgeordnetenhaus quasi zum linken Flügel des konservativen Lagers verkommen. Das Verwischen der Eigenart des demokratischen Gedankens versuchte man wiederum mit den Geboten des Polenklubs zu rechtfertigen.

Elemente, die eine selbständige Linie bevorzugten, meldeten sich ab und zu mit mehr oder minder erfolgreichen Aktionen zu Wort, wie etwa Otto Hausner oder Ludwik Wolski 1878. Aus den berühmten Reden Hausners im November dieses Jahres (darunter Rede gegen die Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich und gegen Kompromisse mit Russland), die nach seiner Sezession aus dem Polenklub folgten, konnte man erst vernehmen, welch begabte Oratoren und Talente auch dieses politische Lager in seinen Reihen barg.⁶¹ In den 70er Jahren des 19. Jh. ragten in der publizistischen Diskussion junge Demokraten aus Lemberg, Jan Dobrzański, Jan Lam, Henryk Rewakowicz, Tadeusz Romanowicz und Agaton Giller hervor. Solche Momente bestätigten aber auch, dass bei den Demokraten eine große Uneinigkeit und Unentschlossenheit herrschte. Während das radikalpatriotische Lemberger Bürgertum die Aktion Hausners enthusiastisch begrüßte, missbilligten es die Wähler aus der ersten Wahlkurie, was im Endeffekt die Sezessionisten zur Rückkehr zum Polenklub veranlasste. Meinungsunterschiede und Rückzieher dieser Art werden sich im demokratischen Lager noch einige Male wiederholen, immer dann, wenn es hätte interessant werden können.

Das Jahr 1878 bildete für die Liberalen eine Zäsur. Mit dem Berliner Kongress ermatteten ihre Hoffnungen, die polnische Frage an eine internationale Aktion anknüpfen zu können. Die

⁶⁰ Nowa Reforma 201(4.09.1889), 5(6.01.1905), 557(2.12.1908).

⁶¹ FELDMAN, Stronictwa....., S.16.

Übergabe einer Adresse durch Dobrzański, die die nationale Angelegenheit berührte, stand auch symbolisch für den Abschluss einer romantischen Episode in der Tätigkeit der Demokraten. Von nun an gingen sie von einer breiten, ganz Polen umfassenden Vision ab und konzentrierten sich auf die regionalen Interessen Galiziens. Die Verbundenheit mit anderen Gebieten Polens fand einzig auf der geistigen Ebene statt.

Aber selbst in der regionalen Politik seinen Ansichten und Überzeugungen Profil zu verleihen, war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Der Fortschrittliche Demokratische Klub im Landtag manifestierte zwar 1879 mit einigen Postulaten seinen Protest gegen das von Tarnowski 1878 verfasste "Resignationsprogramm" und den Vorschlag einer "moralischen Autonomie" der Stańczyken, das Programm beinhaltete aber außer ein paar praktischen Forderungen, wie z.B. der Senkung der direkten Steuern, der Lohnerhöhung für Beamte, der Vergrößerung der Gelder für Ankurbelung der Wirtschaft oder der Abschaffung des Stempels für Journalisten, kaum konkrete Vorstellungen. Was die Forderungen an die Zentralregierung anging, fanden sich hier Wünsche nach weitreichender Selbstverwaltung Galiziens durch Abschaffung der dualistischen Verwaltungsform, Änderung und Milderung der Verordnungen im Bereich des Heerwesens, Aufstockung der Abgeordnetenzahl aus der Kurie der Städte, Besetzung der Ämter Galiziens nur mit Polen und Ruthenen wie auch Aufstockung ihrer Vertreter in Wien. Unter den sozial-ökonomischen Postulaten fand sich die in einem Atemzug geäußerte Empfehlung einer polnischen Tracht und die Unterstützung der heimischen Industrie. Für die Hebung der Bildung und des Wohlstands des Volkes postulierten die Demokraten eine Aussöhnung zwischen Pfarrhaus und Gutshof.⁶²

Die Diskrepanz zwischen den Bestrebungen der liberalen Demokraten und den realen Möglichkeit ihrer Umsetzung unter den gegebenen Rahmenbedingungen drängte sie zusehends in eine Position, in der man nur verbal oder in Form von Feiern nationaler Gedenktage eigenes Dasein manifestierte und drückte ihnen den Beinamen „Tromtadrate“, die Lärmmacher auf.⁶³

Warum sich der Klub der fortschrittlichen Demokraten im Landtag, der 1876-1882 nicht klein war - hier versammelten sich die Abgeordneten der Städte und aus patriotischen Gründen auch viele Adelige -, nicht zu einem selbständigen politischen Gebilde entwickeln konnte, lag nicht nur an dem fehlenden liberalen Programm, das breite Bevölkerungsteile ansprechen würde.⁶⁴ Die Aufstellung einheitlicher Richtlinien setzte eine genaue Bestimmung voraus, auf welche gesellschaftlichen Elemente sich die Fraktion stützen sollte. Darin aber schien das tatsächliche Dilemma der liberalen Demokratie zu liegen. Als eine nationale Partei, für die sich die Demokraten hielten, konnten sie nicht die Bauern außer Acht lassen. Eine Angelegenheit, mit der diese Fraktion so ihre Probleme hatte und worauf noch detaillierter eingegangen wird. Um eine bürgerliche Partei zu sein, musste man sich mehr den politisch-ökonomischen Anliegen der städtischen Bevölkerung widmen, d.h. der Schaffung einer Basis für die Entwicklung der Industrie.

⁶² Ebda, S.23f.

⁶³ TADEUSZ BOY-ŻELEŃSKI, *Znasz li ten kraj*. W: Pisma, Warszawa 1956, Bd. II, S. 189-195.

⁶⁴ STANISŁAW SZCZEPANOWSKI, *Pisma i przemówienia*[Schriften und Reden], Lwów 1912, Bd. III, S.11

Die Interessen des Volkes und der Industrie den Interessen des Grundbesitzes im herrschenden System, das sich auf die Agrarwirtschaft stützte, entgegenzusetzen, war kein leichtes Unterfangen noch dazu bei dem Umstand, dass das demokratische Lager einem Sammelbecken von kleinen gesellschaftlichen Zirkeln ähnelte. Hier klafften etwa die Interessen der Lemberger und der Krakauer Gruppierungen auseinander. Nicht selten machte der Wettstreit um Mandate und Posten aus Parteifreunden politische Konkurrenten. Die Städte waren im Landtag und im Reichsrat hauptsächlich durch Bürgermeister vertreten, weil sie Einfluss hatten und sich bei den Wahlen des Magistratsapparates bedienen konnten. Die Tatsache, dass viele dieser Repräsentanten dem Stańczyken-Klub angehörten, der Agrarierinteressen vertrat, und trotzdem von den Wählern der Kurie der Städte toleriert wurden, streifte an politischen Widersinn.

In den Städten agierten die Demokraten bis zum letzten Jahrzehnt des 19. Jh. unter dem Kleinbürgertum und den Gewerbetreibenden. Der Sektor Handel lag in jüdischen Händen. Ein Teil dieser Kaufleute neigte zum Liberalismus, das Gros jedoch zum Konservatismus. In Krakau existierten zwei demokratische Gruppierungen: Polnische Demokratische Fraktion (Stronnictwo Demokratyczne Polskie), die Beamte um sich versammelte, und Bürgerliche Demokratische Fraktion (Stronnictwo Mieszczańsko-Demokratyczne) der Kaufleute, der Gewerbetreibenden, der Fabrikanten und Zinshäuserbesitzer. Selbst innerhalb der Letzteren herrschten Spannungen. Die zum Konservatismus tendierenden Juden (u.a. Horowitz, Laudon, Bares) wollten keine Verbindung mit den Unabhängigen, die der bürgerlichen Gruppierung angehörten.⁶⁵ Den Demokraten gelang es nicht, die Spannungen innerhalb der jüdischen Bevölkerungsschichten - die Bewegung gegen die in der Kurie der Städte einflussreichen konservativen Juden - zum eigenen Vorteil zu nutzen. Die Kunst des Ausspielens politischer Kontrahenten gegeneinander beherrschten dagegen die Stańczyken meisterhaft. Sie unterstützten Juden genauso wie die Antisemiten - je nachdem wie es die politische Situation verlangte -, die Ersten gegen die erstarkende Opposition im Lande, die Zweiten falls die Gewinnung der Juden für eigene Zwecke sich als schwierig erweisen sollte.

Die Führungskräfte der Demokraten rekrutierten sich aus der Intelligenz. Über diese lästerte 1904 Adolf Nowaczyński: "Jeder polnische Demokrat hat einen Grafen, den er anbetet" und auch Roman Dmowski spielte 1896 auf die soziokulturelle Struktur der polnischen Intelligenz an.⁶⁶ Beides sind Beispiele dafür, wie lange in der Gesellschaft die falsche Überzeugung spukte, die Existenz der Intelligenz würde sich im Umfeld der so genannten "guten Gesellschaft" abspielen. Zweifellos entstammte ein großer Teil dieser gesellschaftlichen Schicht dem Kleinadel und ein weiterer der verarmten Schlachta, die zu Berufen fand, welche Bildung erforderten. Diese Elemente vermischten sich allerdings mit bürgerlichen Söhnen, die die Reihen der Berufszintelligenz und Beamten füllten. Mit der Zeit

⁶⁵ Es ging u.a. um die Interessen der Zeitschrift *Nowiny*, die sich als Ziel setzte, ein Organ der ganzen Gruppierung SM-D zu werden. Im Falle eines Bündnisses wären ihre Chancen gering.

⁶⁶ Zitiert nach JÓZEF CHAŁASIŃSKI, *Przeszłość i przyszłość inteligencji polskiej* [Vergangenheit und Zukunft der polnischen Intelligenz], Warszawa 1997, S. 49.

verbanden diese Intelligenz keine gemeinsamen Interessen mit dem Grundbesitz außer den allgemein nationalen.⁶⁷

Die relativ ruhigen 80er Jahre des 19. Jh. verliefen in Galizien im Zeichen der Kritik der Demokraten an der Loyalitätspolitik und dem Servilismus der Stańczyken der österreichischen Monarchie gegenüber. Mit dem Umzug Romanowiczs - dem unermüdlichen Kämpfer gegen die konservativen "Totengräber der eigenen Staatlichkeit"⁶⁸ - von Lemberg nach Krakau und der Gründung der Zeitschrift *Nowa Reforma* 1882, um die sich u.a. Adam Asnyk, Tadeusz Rutowski, Bolesław L. Lutostański und Mieczysław Pawlikowski versammelten, erfuhr die Polemik eine Belebung.⁶⁹ In seiner Kritik knüpfte Romanowicz an das berühmte Referat von Leon Biliński an, der nicht die Richtung, sondern die Mittel kritisierte, die sein eigenes, konservatives Lager in der Landes- und Nationalpolitik einsetzte.⁷⁰

Anstrengungen zur politischen Selbständigkeit der Demokraten waren aber nicht nur im Bereich der Publizistik sichtbar (seit 1883 wurde in Lemberg das Blatt *Kurjer Lwowski* herausgegeben, bis Mitte der 90er Jahre des 19. Jh. eine der radikalsten Tageszeitungen Galiziens). Es tauchten im liberalen Lager Persönlichkeiten mit wesentlich besserer sozioökonomischer Bildung und Vorstellungen von der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Landes auf. Einige Ideen zum Thema Industrialisierung Galiziens stammten von Romanowicz, der Erfahrungen mit der ökonomischen Theorie von Schultze-Delisch machte. Im Gegensatz zu Romanowicz, der als Befürworter der kleinen Mittel eher Kleinindustrie und Handwerk im Auge hatte, sah Tadeusz Rutowski den Staat als Stifter und Faktor der Industrie und wollte mit der Behauptung brechen, Galizien wäre zu einem Nicht-Industrie-Gebiet verdammt. Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen gelang es ihm, während seiner Tätigkeit als Landtags- und Reichsratsabgeordneter, einige Ideen in die Praxis umzusetzen. Dazu gehörten Steuerbegünstigungen für neugegründete Betriebe und die Gründung einer Landeskommission für Gewerbeangelegenheiten mit einem Budget von über einer Million Kronen.⁷¹

Am weitesten ging in seiner Vision Stanisław Szczepanowski, Weltmann mit polnischen Seele, der viele Jahre in England verbrachte. Der Pionier der polnischen Petroleumindustrie (Entdecker der Erdölfelder in Sloboda bei Kołomyja und Schodnica im Kreis Drohobycz) versuchte seinen Plan einer Investitionspolitik für Galizien zu verwirklichen. Konsequente

⁶⁷ Über den kulturellen Wandel der polnischen Gesellschaft und Bildung der Intelligenz siehe MARIAN KUKIEL, *Dzieje...*, S. 218f.

⁶⁸ Wie sehr Romanowicz im Jahr 1863 verankert war, zeigte die Trauer, von der das Familienhaus selbst drei Jahre nach der Niederschlagung des Aufstands voll war - samt der schwarzen Kleidung der Mutter und Schwester. Darüber siehe KAZIMIERZ CHŁĘDOWSKI, *Pamiętniki*, Bd. I, S. 173.

⁶⁹ RETT R. LUDWIKOWSKI, *Główne nurty polskiej myśli politycznej 1885-1890* [Hauptströmungen der polnischen politischen Idee], Warszawa 1982, S. 316.

⁷⁰ LEON BILIŃSKI, *Znamiona polityki krajowej narodowej tzw. Stańczyków*, Lwów 1882, auch gedruckt in *Nowa Reforma* (20-23.04.1882); Antwort Romanowiczs, in: *Nowa Reforma* (28.04.1882).

⁷¹ FELDMAN, Bd.I., S. 26.

Arbeit an der Vergrößerung der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Landes bei erweiterter Autonomie sollte der Entwicklung des polnischen Individualismus dienen. Mit der Hebung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus Galiziens dachte Szczepanowski eine so hohe Stufe der ökonomischen Entwicklung sowie des sozialen und politischen Bewusstseins des Volkes zu erreichen, dass die Frage der nationalen Unabhängigkeit sich im Wesentlichen von selbst lösen würde.⁷² Der Visionär unterschätzte aber den Einfluss der Politik dabei. Er scheiterte an den Durchsetzungsmöglichkeiten, welche die verarmte Provinz nicht bieten konnte. Die Gewinnung der Regierung, deren Unterstützung bei diesem Konzept nötig war, gelang Szczepanowski nicht.⁷³ Der Pionier der neuen Wege, der in seinem erschütternden Buch *"Armut Galiziens in Zahlen"* (1888) und später in dem von ihm mitbegründeten Blatt der Demokraten *Słowo Polskie* auf die Probleme des Landes aufmerksam machte, blieb in seinem Engagement relativ allein. Das städtische Kleinbürgertum, das überwiegend Beamtenposten in der Verwaltung, im Gerichts- und Schulwesen besetzte, trug deutlich das Gepräge dieser Profession - es zeigte wenig Unternehmergeist. Unter diesen Umständen wurde Szczepanowski, der durch seinen Einsatz seine privaten Geschäfte in der Erdölbranche vernachlässigte und 1899 Bankrott machte, zur tragischen Gestalt der ebenso traurigen Geschichte der bürgerlichen Demokratie der Jahre 1889-1895.⁷⁴

Die Feststellung „*clamo ergo sum*“, mit welcher der Konservative Stanisław Tarnowski das Verhalten der liberalen Opposition im Wiener Abgeordnetenhaus beschrieb, konnte man auch für die galizischen Demokraten verwenden. Dass ihr Durchsetzungsvermögen sich in der konservativen Umarmung deutlich abschwächte und ihre glühenden Glossen für Fortschritt, sowie der Aufschrei gegen die Politik der Stańczyken eher zu einem Verzweiflungsseufzer wurden, belegen zahllose Aussagen und Indizien. Die von Romanowicz als Reichsratskandidat für Lemberg gehaltene Rede im März 1883 enthielt einzig einen Appell an den Polenklub um mehr Entschlossenheit gegenüber der Regierung. Die Landtagswahlen desselben Jahres brachten eine Dezimierung des liberalen Lagers auf 14 Mandate. Die Bemühungen Romanowiczs, die Demokraten auf die Bahnen der Selbständigkeit zu lenken, wurden von den Konservativen systematisch torpediert. Seine Kandidatur ins Wiener Parlament 1886 wurde Opfer der Badenischen Wahlverletzungen, Romanowiczs Oppositionsrede zwei Jahre später (16.10.1888), die mit einer schwachen Feststellung - "das Land ist unzufrieden" - endete, ein Zeichen des schwindenden Optimismus im demokratischen Lager.⁷⁵ Der in der spezifischen Situation der galizischen Autonomie entstandene Demoliberalismus war mehr an der konkreten Arbeit (Hebung des sozialen und politischen Bewusstseins von unten) als an der Aufstellung irgendwelcher Theorien

⁷² JANUSZ WOJTASIK, *Idea walki zbrojnej o niepodległość Polski 1864-1907* [Die Idee des bewaffneten Kampfes um die Unabhängigkeit Polens 1864-1907], Warszawa 1987, S. 151.

⁷³ Hier dachte man an Steuerbegünstigungen, Maßnahmen im Zollsystem, Infrastruktur. Dazu J. KOWALIK, *Historia ekonomii w Polsce 1864-1950*, Wrocław 1992, S. 38-49

⁷⁴ Nachruf an Szczepanowski, In: *Nowa Reforma* 101 und 102 (26., 27.04. 1902); CHŁĘDOWSKI, *Pamiętniki*, Bd. II, S. 141-143.

⁷⁵ FELDMAN, *Stronnictwa...*, S. 30.

interessiert⁷⁶. Am meisten litt dabei die Organisation - ein Zustand, der den Demokraten die Bezeichnung "Stab ohne Armee" einbrachte.

Neue Impulse konnte man bei den Demokraten im Frühjahr 1889 vernehmen. Ende April fand in Lemberg eine geheime Sitzung der Repräsentanten der Städte statt, die über die Vorbereitungen für die Landtagswahlen beriet, insbesondere die Schaffung einer Wahlorganisation in den Städten (hier zog das Zentrale Wahlkomitee ein, obwohl in den Städten keine "nationale Gefahr" drohte).⁷⁷ Das Programm, das hier formuliert wurde, sollte alle ansprechen, die Ausdehnung der Selbstverwaltung Galiziens im Sinne der Resolution von 1868 fordern, nationale Bestrebungen der ruthenischen Bevölkerung unterstützen, Reformen im Bereich der Gemeinden, des Schulwesens, sowie eine Aufstockung der Zahl der Städterepräsentanten anstreben.⁷⁸ Auf dieses Programm und auf den Wahlauf Ruf bei den Reichsratswahlen 1891 stützte sich der 1889 gegründete Klub der Landtags-Linken, der allerdings von konservativen Spuren auch nicht frei war. Den Vorsitz führte hier Euzebiusz Czerkowski, der im Reichsrat zum konservativen Klub gehörte. Doch auch diesem Selbständigkeitsstoß konnte keine Parteiorganisation entspringen, es folgte auch keine große Agitationswelle, wie es bei der Bauernbewegung schon der Fall war. Die Konzentration auf nur eine Interessengruppe, die Wahlkurie der Städte, besiegelte ihren eingeschränkten Einflussbereich und führte zu groben Versäumnissen beim Anknüpfen einer Verbindung mit den sich politisch emanzipierenden Bauern.

Der sehr emotionell manifestierte Patriotismus der Demokraten, mit dem man früher die Massen auf die Straße führen wollte, hatte freie Bahn in der realen Politik der Jahre 1889-1895 in zwei den Liberalen vertrauten Betätigungsfeldern: Bildung und Kultur (Druckausübung im Landtag, Stiftung der Volksschulen, Gründung von Turnvereinen und Freiwilligen Feuerwehren). Politische Kraftlosigkeit jedoch und mühsame Arbeit schreckte viele ab, bis sich schließlich das Gros des demokratischen Lagers - sei es angezogen durch die Reize der Macht, über welche die Konservativen verfügten, sei es in der Hoffnung auf Realisierung der angestrebten Ziele, die sich in einigen wenigen Punkten zumindest im verbalen Bereich mit denen der Stańczyken deckten - vor den Landtagswahlen 1895 unter das Kommando des Zentralen Wahlkomitees stellte. Im Gegensatz zu den hochtönenden Prämissen "einer unabhängigen Stellung gegenüber der Regierung und des verstärkten Nachdrucks auf die Interessen des Landes" aus dem Programm von 1889 war es niemand anderer als die Demokraten, die durch diese politische Mesalliance dazu beitrugen, dass der

⁷⁶ ANDRZEJ JASZCZUK, *Liberalna Atlantyda. Główne nurty liberalizmu polskiego 1870-1939* [Die liberale Atlantyda. Hauptströmungen des polnischen Liberalismus 1870-1939], Warszawa 1999, S. 35 und MACIEJ JANOWSKI, *Główne tendencje polskiego liberalizmu 1815-1914*. In: *Tradycje liberalne w Polsce (Symposium historyczne)* Warszawa 1993 [Haupttendenzen des polnischen Liberalismus 1815-1914, In: Liberale Traditionen in Polen (Historisches Symposium)], S. 1-13.

⁷⁷ Über die Erstverhandlungen im September 1888 siehe Handschriften Ossolineum [weiter Ossol.] 4575-III (MfBN 28515) Akte Romanowicz, t. 8, S. 81-83 und 97; *Nowa Reforma* 206(8.09.1888) und 213(18.09.1888).

⁷⁸ *Gazeta Narodowa* 99(30.04.1889).

Schwerpunkt in den Fragen Galiziens nach Wien verschoben wurde (Szczepanowski war in der Amtszeit Badenis Sprecher der Budgetkommission im Reichsrat).

B. Die Demokraten und moderne Massenparteien.

1. Das Verhältnis zu den volkstümlichen Gruppierungen.

Bei dem apolitischen Wesen, das den galizischen Liberalismus kennzeichnete, und seiner lockeren Struktur, die jener der konservativen Gruppierung ähnelte, erlebte diese politische Orientierung beim Aufkommen neuer Massenparteien im letzten Jahrzehnt des 19. Jh. eine geistige Krise. Die gesellschaftlich-politischen Umwandlungen überholten das Programm der Demokraten. Vor allem Entwicklungen in der Bauernbewegung stellten das liberale Lager vor eine neuen Aufgabe.

Nach den Landtagswahlen 1895 änderte der Klub der Linken seinen Namen auf Polnischer Demokratischer Klub (Klub Demokratyczny Polski) mit Ferdynand Weigel an der Spitze (Vizepräsidenten wurden Dworski und Romanowicz, Sekretäre Dr. Goldmann, Dr. Jahl, der Parlamentskommission traten Rayski und Szczepanowski bei) und leitete eine Aktion für die Wahlreform ein. Die selbst festgelegten Ziele führten allerdings bald zu einem Richtungsstreit und ließen die gerade geglätteten Wogen im demokratischen Lager - nach einem Schlagabtausch zwischen der seit Mitte der 90er Jahre radikaler gewordenen Krakauer Gruppe um *Nowa Reforma* (u.a. Jan Rotter) und dem von Szczepanowski, Lewicki und Rutowski 1894 in Wien gegründeten Blatt *Przełom* (Die Bresche), das gemäßigte Ideen verbreitete - wieder hoch steigen. Stein des Anstoßes wurde der Antrag Weigels über die Änderung der Wahlordnung für den Landtag mit vier Forderungen: 1). Gleichstellung des Wahlrechts im Reichsrat mit denen der Landtage, d.h. Einführung der Kurie des allgemeinen Wahlrechts, 2). Vergrößerung der Abgeordnetenzahl aus der Kurie der Städte um zehn, 3). Regulierung der Virilstimmen der Universitäten und Höheren Technischen Schulen, 4). Gründung einer Kommission für Wahlfragen.⁷⁹ Während *Dziennik Krakowski* den Demokraten für dieses "minimale Programm" einen Rüffel erteilte (der Klub raffte sich nicht zur Formulierung eines Gesetzesantrags auf, sondern übergab ihn dem Landesausschuss /Wydział Krajowy/), waren diese Forderungen einem anderen Teil des Lagers zu radikal. Die Gruppe um den Bürgermeister von Rzeszów, Stanisław Jabłoński, die das Volk für solche Veränderungen für zu wenig reif hielt, stellte ihren eigenen Antrag in dieser Angelegenheit,

⁷⁹ Diesen Antrag unterzeichneten: Dworski, Szczepanowski, Romanowicz, Rotter, Soleski, Klemensiewicz, Olpiński, Fruchtmann, Małachowski, Michalski, Vayhinger, Rehman, Loewenstein, Słotwiński, Jahl, Żardecki, Goldmann *Nowa Reforma* 12(16.01.1898).

der mit konservativer "Bearbeitung" (Dzieduszycki) ein Jahr später umgesetzt wurde (die Kurie der Städte wurde um fünf Sitze vergrößert).⁸⁰

Die Sezession von sechs Abgeordneten (Rayski, d'Aboucourt, Jakliński, Wiśniewski, Jabłoński, Merunowicz), die im Februar 1898 den demokratischen Klub im Landtag sprengte, war für das auch sonst an Problemen nicht arme liberale Lager quantitativ ein Verlust, andererseits schien es aber von der Stimmung her, als würde man mit der opportunistischen Duldung jener Elemente brechen, die eher bereit waren, unglückliche Kompromisse mit dem Regierungslager einzugehen, als sich dem offenen Kampf um demokratische Prinzipien - von derer Richtigkeit man überzeugt war - zu stellen.⁸¹

Nach einem weiteren Rückschlag - diesmal war es der Bankrott der Galizischen Sparkasse 1899, bei dem zwei Demokraten, Franciszek Zima und Stanisław Szczepanowski, der Veruntreuung beschuldigt wurden -, nahmen die Liberalen einen neuen Anlauf in Richtung Konsolidierung der Kräfte und Erarbeitung einer neuen Taktik.

Auf der linken Seite des politischen Spektrums in Galizien zeichnete sich 1900 ein Bedürfnis nach einem Schulterschluss der fortschrittlichen Elemente ab, quasi als Antwort auf einige reaktionäre Anträge im Landtag (u.a. von Urbański, Hupka, Dunajewski) und im Reichsrat (lex Falkenhayn). Daszyński unterbreitete den Vorschlag, eine "Partei der Reformen" zu bilden.⁸² Die Demokraten gingen ein Bündnis mit Abgeordneten der Volkspartei ein, eine Verständigung in Angelegenheiten von öffentlicher Bedeutung bei Beibehaltung der Selbständigkeit der Klubs. Die beiden standen einander zwar schon deshalb nahe, weil viele Kleinstädte der Wahlkurie des Landgemeinden angehörten, ein offenes Verhältnis war nicht immer eine Selbstverständlichkeit.

Die von den Stańczyken als "Partei des Umsturzes, der Demagogie und der sozialen Revolution"⁸³ beschriebenen Demokraten führten seit dem Aufkommen anderer politischer Gruppierungen einen Zwei-Fronten-Krieg: Nach rechts gegen die Stańczyken, indem sie ihr demokratisches fortschrittliches Wesen dem versteinerten, konservativen entgegensetzten. Hier ist festzuhalten, dass ihr Verhältnis zu den Podoliern ein wesentlich besseres war, zumindest was die Unabhängigkeits-Bestrebungen betraf.⁸⁴ Für Spannungen sorgte die Mitwirkung der ostgalizischen Konservativen (Cieński, Jan Potocki) im Komitee der auf Initiative Romanowicz im Juni 1903 einberufenen nationalen Volksversammlung, in der Resolutionen vorgelegt wurden, die zum Ziel hatten, nationale Solidarität in wichtigen Fragen

⁸⁰ Dziennik Krakowski 323(29.01.1897); Jabłoński untermauerte seine Ansichten mit den Vorfällen in Komarno, wo sich der Unmut der Wähler aus der V. Kurie gegen Jakliński richtete. Vgl. Nowa Reforma 24(30.01.1898).

⁸¹ Nowa Reforma 189(21.08.1900).

⁸² Daszyńskis zwei Broschüren, *"Der Bankrott der galizischen Demokratie"* (1895) und *"Schlachta und Erneuerung Galiziens"* (1899) waren eine Art Aufforderung an die Opposition zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Konservativen.

⁸³ Czas 143(25.06.1889).

⁸⁴ Nowa Reforma 148 (2.07.1895).

zu erzielen ohne Vormachtstellung einer Partei dabei.⁸⁵ Das störte nicht nur die "Parteisolidarität" der Konservativen, sondern gefährdete auch die ganze Idee der "moralischen Regierung", mit der die Stańczyken das Privileg einer staatserhaltenden Kraft für sich allein beanspruchten. Da diese Aktion in Gremien stattfand, in denen die Krakauer Konservativen über keine Mehrheit verfügten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Bedeutung dieser Zusammenkunft herunterzuspielen. Bobrzyński warf den Demokraten auch mangelnde Kompromissbereitschaft bei der Durchsetzung sozialer und politischer Reformen im Lande vor. Im Gegensatz zu den Podoliern, die als Reformmuffel galten, beharrte das liberale Lager wiederum auf zu radikalen Forderungen, was schlussendlich zu einem Stillstand führte.⁸⁶

Den linken Gruppierungen gegenüber traten die Demokraten gemäßigt und moralisierend auf. Aufklärung und Mitarbeit bei der Organisation der Bauernbewegung, die schon 1868 von Smolka angekündigt wurde, blieb aus. Man wusste nicht so genau mit dieser Materie umzugehen. Gewisse Berührungsängste resultierten aus dem Festhalten der Bauern an der Romantik des Klassenkampfes. Die Demokraten hielten diese gesellschaftliche Schicht für ein unreifes Element, deren nationales und politisches Bewusstsein gehoben werden musste, und stellten sie unter die Vormundschaft der elitären Gruppen - womit sie nur den besitzenden Kreisen einen Dienst erwiesen. Im Gegensatz zu den Liberalen nämlich verstanden die *beati possidentes* eine solche Kuratel nicht als eine Übergangslösung, sondern als Dauerzustand. So kam es, dass Hilfe bei der Formierung der bäuerlichen Bewegung andere Aktivisten anboten, Stojałowski, Wysłouch, einen Namen als politische Institution gaben ihr andere Demokraten (Lewakowski) rund um *Kurjer Lwowski*. Leute wie Romanowicz, die in der Atmosphäre der ostgalizischen Städte aufwuchsen und mit dem einfachen Volk wenig in Kontakt traten, nahmen es als Bestandteil der Nation erst wahr, als es selbst politische Rechte forderte und die Zentralregierung sogar der Arbeiterschicht mit der Einführung der V. Wahlkurie mehr Mitspracherecht einräumte.⁸⁷

Das differenzierte Verhältnis der verschiedenen demokratischen Schattierungen zur Bauernbewegung reichte von einer neutralen Haltung (*Trybuna* - Organ der radikalen Demokraten in Lemberg u.a. mit Dr. Grek), über die Anerkennung der Bauern als Teil der Demokraten, der allerdings Unterschiede im Temperament und Taktik aufwies (Gruppe um Romanowicz und *Nowa Reforma*), bis zur harten Kritik (Zeitung *Przełom* herausgegeben durch Demokraten aus dem Polenklub in Wien).⁸⁸

⁸⁵ *Nowa Reforma* 126(5.06.1903).

⁸⁶ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 177.

⁸⁷ An den elitären Charakter der Intelligenz und die daraus resultierte gesellschaftliche Kluft zwischen dieser und dem einfachen Volk, welche selbst ein massenhafter Gymnasienbesuch der bäuerlichen Jugend nicht zu lindern vermag, spielte WOJCIECH DZIEDUSZYCKI an In: *Listy ze wsi* [Briefe aus dem Dorf] Lwów 1889-90, Bd. I, S.88; Tadeusz Rutowski über das Erwachen des nationalen Bewusstseins bei den Bauern, In: *Przełom* 1(25.05.1895).

⁸⁸ Ein Plädoyer für die Volkspartei In: *Nowa Reforma* 41(20.02.1897).

Nichtsdestotrotz stellte die Verständigung und Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien einen zentralen Passus im revidierten Programm dar, das der demokratische Klub der Versammlung der Abgeordneten und Vertrauensmänner am 22. August 1900 in Lemberg vorlegte. Das Programm war nicht wirklich neu. In dem Resümee aus der dreißigjährigen Tätigkeit der Liberalen wurde mehr die soziale Komponente hervorgehoben - soziale Gerechtigkeit den ökonomisch schwachen Gesellschaftsschichten gegenüber und Betonung der nationalen Frage, was auch den Anforderungen der Zeit entsprach. Das einzig Neue und Radikale darin war die zukünftige Wahltaktik: Dem Zentralwahlkomitee wurde der Kampf angesagt.

Während die Delegierten große Weichenstellungen für den Kurs der Partei vorzunehmen versuchten und man sich in der Frage der Zusammensetzung des Vorstands dieser einigte (10 Mitglieder aus den Abgeordneten und 10 Vertrauensmänner zur Hälfte aus Lemberg und zur Hälfte aus Krakauer Kreisen, sowie das Präsidium der demokratischen Klubs im Reichsrat und im Landtag), taten sich im demokratischen Lager an einer anderen Stelle bereits Risse auf. Die Abwesenheit der Repräsentanten des Lemberger Bürgertums, das noch bei den Vorbereitungen vertreten war (Małachowski, Michalski), war ein Vorbote neuer Erschütterungen, die auf die Partei zukamen. In einer lebhaften Diskussion wurde auf den Widerspruch zwischen der Forderung nach einem Bruch mit dem Wahlkomitee, das unter der Leitung der Konservativen stand, und der nationalen Solidarität der Abgeordneten im Polenklub hingewiesen. In einer solchen Konstellation mussten auch die außerhalb des Komitees gewählten Abgeordneten so oder so sich dem geltenden Prinzip unterwerfen und damit auch den Konservativen. Daher war der allgemeine Tenor gegen die als Dogma hingestellte unbedingte Solidarität der polnischen Repräsentanz im Reichsrat und für eine Änderung der Statute des Klubs. Als Basis für weitere Gespräche am 3. Oktober 1900, in denen das Verhältnis der demokratischen Gruppierungen verschiedener Schattierung zueinander beleuchtet werden sollte, dienten drei Resolutionen, vorgelegt durch den Abgeordneten Rayski aus dem linken Zentrum: 1). Ein "ja" zur Beibehaltung des Solidaritätsprinzips im Polenklub aus nationalen und taktischen Gründen, aber Änderung der Statuten, 2). Reorganisation des Zentralwahlkomitees (es sollte alle Parteien und Gruppierungen umfassen, die auf nationaler Grundlage stehen und Unterstützung für Wahlkandidaten leisten unabhängig von deren politischer Überzeugung)⁸⁹, 3). Kontakt und Bündnisse mit anderen Gruppierungen, die nationale Interessen verfolgen. Die Opposition in den Kreisen des Lemberger Bürgertums, die sich von Anfang der Versammlung an abzeichnete, mündete im Oktober unter dem Druck des von der Landtags-Linken erlassenen Wahlaufrufs

⁸⁹ Zusammensetzung des Zentralkomitees nach neuem Berechnungsschlüssel: Zu den am 3.10.1900 durch den Polenklub im Landtag gewählten 12 Mitgliedern kamen 10 weitere hinzu, gewählt durch die Delegierten der Kreise und Städte Galiziens. Die Letzteren nahmen 22 neue Mitglieder durch Kooptierung. Vgl. *Gazeta Narodowa* 290(20.10.1900).

- der nicht besonders radikal war und den ursprünglich auch alle Mitglieder unterzeichneten - in zwei Sezessionen aus dem demokratischen Klub. Unter den ersten Abtrünnigen, für die der Polenklub das war, was für die Deutschen ihre "Gemeinbürgerschaft", standen neben Merunowicz - der unter Einfluss Abrahamowiczs stand - andere Namen erklärter Konservativen wie Wilhelm Binder, Karol Graf Dzieduszycki, Hofrat Ludwik Ćwikliński, sowie der Krakauer Abgeordnete August Sokołowski.⁹⁰ Auf diese Sezession folgte am 22. Oktober eine weitere um die Achse Małachowski-Byk-Dulęba, für die nicht nur das Infragestellen der nationalen Solidarität untragbar war, sondern auch die angesprochene Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten.⁹¹

Der plötzliche Sinneswandel im bürgerlichen Lager in Lemberg gab Anlass zu Spekulationen. Aufschlussreich bei der Suche nach möglichen Motiven für diesen politischen „Verrat“ war ein Brief des früheren Statthalters Zaleski an den Vorsitzenden des Polenklubs Jaworski vom 29. September 1900, der zufällig in die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitschrift *Naprzód* (Vorwärts) gelangte.⁹² Die darin zum Ausdruck gebrachte Freude über die Uneinigkeit bei den Demokraten und die Hoffnung der Konservativen auf Profite daraus bei den kommenden Wahlen ließ vermuten, dass diese ihren Beitrag zur letzten Sezession im Lager der Liberalen geleistet hatten. Laut politischer Beobachter sollte die vom Piniński ausgestoßene Drohung der Auflösung des Lemberger Stadtrats und Einsetzung eines Regierungskommissars den Rückzieher der Demokraten aus der Stadtverwaltung bewirken, was in Anbetracht der Schwierigkeiten, mit denen die Gemeindevirtschaft gerade konfrontiert war (Skandale rund um ein neues Theater in Lemberg und das städtische Schlachthaus), sehr plausibel erschien.

Das Verhältnis zum Polenklub spaltete nicht nur die Demokraten selbst, die seitdem in zwei separate Klubs geteilt waren: gemäßigte Landtagslinke, die sich der Unterstützung des früheren Statthalters Piniński erfreute (Byk, Ćwikliński, Jabłoński, Królikowski, Merunowicz, Niementowski, Pipes-Poratyński, Piętak, Roszkowski, Seinfeld - anstelle Ćwiklińskis, der ins Bildungsministerium berufen wurde, wurde Dulęba gewählt), und Klub der "Konzentrierten", der der Regierung gegenüber eine unabhängige Position einnahm (Romanowicz, Rotter, Weigel, Dobrzyński, Stwiertnia, Grek, Danielak, Kolischer, Michejda - anstelle von Weigel kam später Petelencz, anstelle Romanowiczs, der in den Landesausschuss kam, folgte Głabiński). Diese Frage sorgte für Irritationen in der Bündnispolitik mit anderen Gruppierungen. Nach der Devise "*viribus unitis*" gelang es den „Konzentrierten“ nur teilweise, die Opposition gegen die konservative Dominanz zu vereinen. Das Bündnis mit der bäuerlichen Partei machte sich eben durch die unterschiedliche Haltung der beiden zum Polenklub Anfang 1901 noch wenig kund. Durch die wohlwollende Stellung der demokratischen Presse

⁹⁰ Die Erklärung vom 16.09.1900 unterzeichneten weiter: A. Rayski, Dr. J. Bednarski, Wł. Górka, Dr. S. Jabłoński, S. Schätzkel, L. Wiśniewski, Dr. L. Jakliński.

⁹¹ Dieser Gruppe gehörten weiter an: M. Michalski, J. Pipes-Poratyński, Dr. G. Roszkowski.

⁹² *Naprzód* 187(7.10.1900).

gegenüber der Volkspartei gewannen die Liberalen in ländlichen Kreisen an Popularität. Die Bauernpartei folgte diesem Beispiel, was den Streit zwischen den Parteien und die persönlichen Animositäten für einige Zeit verstummen ließ. Manchmal zog man sich von der gemeinsamen Wahlaktion zurück, wie es die Volkspartei z.B. in Lemberg während der Reichsratswahlen 1902 tat. Die galizische Hauptstadt entschied im Kampf um Mandate - der eigentlich ein Tauziehen zwischen den Befürwortern und Gegnern des Solidaritätsprinzips im Polenklub widerspiegelte - die Wahl mit einer schmalen Mehrheit für die nationale Geschlossenheit und den Abgeordneten Głabiński, der in seiner unglücklichen Kandidatenrede der Bauernpartei einen Rüffel für ihr "antinationales" Verhalten erteilte.⁹³ Auch später wird das Verhältnis zwischen den beiden Parteien ambivalent bleiben. 1907 verband den radikaleren Teil der Demokraten und die bäuerliche Fraktion ein Wahlabkommen (Polski Związek Wyborczy). Laut diesem wurde allen Wahlkandidaten, die sich dem Zentralen Wahlkomitee unterwarfen, jegliche Unterstützung untersagt. Während die „Konzentrierten“ die anfänglich ablehnende Haltung der Volkspartei hinsichtlich des Beitritts zum Polenklub bedauerten⁹⁴, löste die Kompromisspolitik Stapińskis mit den Stańczyken in der Amtszeit Bobrzyńskis wiederum heftige Kritik aus⁹⁵, bis schließlich die Zusammenarbeit der bäuerlichen Partei und des gemäßigten Teils der Demokraten (Landtagslinke) innerhalb des Statthalterblocks die selbständige Politik der Liberalen schwächte.

Für ihre Uneinigkeit und die Vernachlässigung der Wahlaktion (außer in Lemberg und Krakau) mussten die Demokraten bei den Reichsratswahlen 1900 mit Stimmenverlusten bezahlen (kein Mitglied der „Konzentrierten“ schaffte den Einzug ins Parlament), die Absicht, die Fraktion Stojalowskis zur Zusammenarbeit zu bewegen, brachte ihnen einen Gegner mehr. Die Parole der Lemberger „Konzentrierten“ - "mit der Stojalowski-Gruppe aber ohne Stojalowski" - legte der Anführer der Christlich-Volkstümlichen als Versuch der Zerschlagung seiner Fraktion in Stańczyken-Manier aus und veranlasste den Parteivorstand am 3. September 1900 zum Beschluss einer klaren Absage an die Umwerbungen der Liberalen. Der Geistliche, der seither keine Gelegenheit verfehlte, den Demokraten seine Feindschaft zu bekunden, hielt an der Unvereinbarkeit der Gegensätze in zwei wesentlichen Punkten fest: 1). Die Intelligenz (Bükratie) als Bestandteil des demokratischen Lagers wurde von Stojalowski als Volksfeind eingestuft, 2). Den Demokraten wurde Gleichgültigkeit gegenüber dem christlichen Glauben vorgeworfen.⁹⁶

Dass die Kirche in demokratischen Kreisen für einen wichtigen Faktor der Politik gehalten wurde (die Unterstützung der Bischöfe und Geistlichen war für manche Mandatare sehr

⁹³ Słowo Polskie 132(15.05.1902).

⁹⁴ Nowa Reforma 257(7.06.1907).

⁹⁵ Ebda, 10(8.01.1908), 12(9.01.1908), 419(14.09.1909).

⁹⁶ Naprzód 139(19.08.1900).

wichtig, z.B. für Rutowski), und ein offener Kampf mit ihr gemieden wurde (der beste Beweis dafür war das ruhige Verhalten der Liberalen in der schwierigen Situation nach dem Vorgehen der galizischen Bischöfe gegen Bobrzyński 1913), war eine unumstößliche Tatsache. Viele jedoch unter den Abgeordneten hielten die Kirche nur für einen Bestandteil der polnischen Traditionen und Bräuche und machten aus ihrem persönlichen Unglauben kein Hehl (z.B. Srokowski).⁹⁷ Worum es Stojalowski bei seinem Vorwurf ging, schien mehr der Kontakt mancher Demokraten mit den Juden und die in den Raum gestellte Annäherung an die Sozialdemokraten zu sein.⁹⁸ Für die letztere Befürchtung bestand allerdings kein wirklicher Anlass, denn das gegenseitige Verhältnis zwischen den liberalen Demokraten und den Sozialdemokraten wies mehr Trennendes als Verbindendes auf.

2. Abgrenzung von den "Elementen des Ungestüms".

Konnte sich das Wesen der Demokraten im Vergleich mit der konservativen Weltanschauung noch deutlich als fortschrittlich abheben, so waren spätestens die Entwicklungen innerhalb der Arbeiterschaft Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre des 19. Jh. dazu angetan, sie an einem solchen (Selbst-)Bild zweifeln zu lassen. Die rege sozialistische Bewegung wuchs in Galizien zu einem Faktor, das ernst genommen werden musste und zwar an beiden Enden des politischen Spektrums. Für die Demokraten war diese Konkurrenz um so bedrohlicher, da sie all das besaß, woran es den Liberalen mangelte: Organisation und Parteidisziplin, Ausdauer und Agitation, ein kühnes Verkünden der Grundsätze und treffsichere Argumentation. Die Tatsache, dass die sozialistische Bewegung trotz der geringen Dichte der Arbeiter in Galizien auf breite Kreise der Bevölkerung eine starke Anziehungskraft ausübte, schien selbst die Kritik der Demokraten an der Aussöhnungspolitik der Konservativen auf den zweiten Platz zu verweisen.⁹⁹

In der politischen Auseinandersetzung ernteten die Sozialisten nicht nur wegen ihrer kosmopolitischen Haltung Kritik. Obwohl die verbreitete Theorie über das Inbesitznahme der Produktionsmittel durch die Arbeiter und die Lenkung dieser zum Vorteil der ganzen Gesellschaft für eine Utopie gehalten wurde, sah man in solchen revolutionären Parolen bei Berücksichtigung des Bildungsgrades der Bevölkerung eine Gefahr für die Gesellschaftsordnung. Die Aktion der Sozialdemokraten gleich zu Beginn ihrer parlamentarischen Tätigkeit 1897 (Anteil an der Obstruktion zusammen mit deutschen

⁹⁷ Vgl. MACIEJ JANOWSKI, *Inteligencja wobec wyzwań nowoczesności. Dylematy polskiej demokracji liberalnej w Galicji 1889-1914* [Die Intelligenz und die Herausforderungen der Neuzeit. Das Dilemma der polnischen liberalen Demokratie in Galizien 1889-1914], Warszawa 1996, S.208.

⁹⁸ *Gazeta Narodowa* 249(9.09.1900).

⁹⁹ *Nowa Reforma* 40(19.02.1897).

Nationalisten unter Schönerer) machte die Vorstellung über das Ausmaß des Radikalismus bei der Machtergreifung dieser politischen Elemente gespenstisch.¹⁰⁰

Nicht gerade eine Wende im gegenseitigen Verhältnis zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten, vielmehr ein zaghafter Versuch, über gewisse Gemeinsamkeiten - sei es nur im taktischen Bereich als Gegengewicht zu den Konservativen - nachzudenken, begann um die Jahrhundertwende. Faktoren und Entwicklungen, die für ein mögliches Näherrücken der beiden fördernd sein konnten, waren auf vier Ebenen zu finden: 1). Beide Richtungen charakterisierte eine Denkweise, die auf der Tradition der Aufklärung fußte (Rationalismus), beide bedienten sich mit Vorliebe Argumenten aus den Bereichen der Ökonomie und Soziologie und bildeten so einen Gegensatz zu nationalen, konservativen, und christlich-sozialen Orientierungen¹⁰¹, 2). Die Bestrebungen beider Parteien liefen auf Industrialisierung und Schaffung einer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft hinaus, 3). Die langsame Abkehr der Sozialisten von revolutionären Zielsetzungen und der Versuch, auf parlamentarischen Wegen Reformen zu erzielen, 4). Die Übernahme sozialer Postulate durch die Liberalen in ihre Programme.¹⁰²

Trotzdem hinterließen die Debatten bei der Versammlung der Delegierten in Lemberg im Spätsommer 1900 den Eindruck, als würde man die Frage nach dem Verhältnis zu den Sozialdemokraten meiden. Beschäftigen müssen mit dieser Materie hatte man sich erst nach einer Anfrage des Abgeordneten Bujwid, der u.a. mit Petelencz und Klemensiewicz der Gruppierung "Krakauer Demokratische Gesellschaft" (Krakowskie Towarzystwo Demokratyczne), einem den Sozialdemokraten freundlicher gesinnten Flügel der Liberalen angehörte. Eine deutlich prosozialistische Stimmung lässt sich außerdem aus den Zeitschriften *Krytyka* oder *Dziennik Krakowski* vernehmen.¹⁰³ Die Letztere und *Kurjer Lwowski* wurden zum Sprachrohr der jüngeren Generation der Intelligenz, die wegen der Schwäche der galizischen Städte als politischer Faktor (und daher auch des liberalen Lagers) ihre politische Heimat entweder bei der Bauern- oder Arbeiterbewegung fand.

Die Palette der Empfindungen anderer Delegierten in dem seltsamen Konglomerat, welches das demokratische Lager bildete, reichte von feindlich gesonnen (Małachowski, Jugendfein), über Befürchtungen eines politischen Selbstmordes im Falle eines Bündnisses (Byk), der Meinung, dass ein dauerhafter Kontakt selbst von den Sozialdemokraten nicht erwünscht wäre (Lewicki) – daher eine Verständigung nur in bestimmten Fragen anzupeilen sei, wo die Ansichten gleich sind -, bis zur Überzeugung von der Unvereinbarkeit der Interessen (Bujnowski). Der Abgeordnete Dulęba warf Romanowicz, Lewicki und Rutowski ein Doppelspiel vor. Es handelte sich um die Empörung, die *Nowa Reforma* zum Ausdruck brachte, als im Juli 1898 *Słowo Polskie* zwei Artikel von Daszyński druckte,

¹⁰⁰ Ebda, 46(26.02.1897), 50(7.03.1897).

¹⁰¹ JANOWSKI, *Inteligencja...*, S. 212.

¹⁰² B. SOBOLEWSKA, M. SOBOLEWSKI, *Myśl polityczna XIX i XX w.*, W: *Liberalizm* [Der politische Gedanke des 19. und 20. Jh., In: *Liberalismus*], Warszawa 1978, S. 16f.

¹⁰³ Vgl. *Dziennik Krakowski* 354(7.03.1897).

während dieselbe Zeitung später bei den Ergänzungswahlen in den Landtag 1900 (es ging um das Mandat des verstorbenen Smolka) für die Unterstützung des sozialdemokratischen Parteichefs, Daszyński, im Kampf mit der konservativen Kandidatur (Piętak) warb.¹⁰⁴

Waren 1900 die Standpunkte unter den Demokraten verschiedener Schattierungen zu verschieden und die Bereitschaft zur gegenseitigen Toleranz zu gering - was in einen Bruch mündete -, so änderte sich die Situation unerwartet 1902. Am 18. Mai fand eine Zusammenkunft der Landtags- und Reichsratsabgeordneten statt, die dem Polnischen Demokratischen Klub und dem Klub der Landtags-Linken angehörten, in der die Fusion beider Gruppierungen vollzogen wurde (im Reichsrat blieb der demokratische Klub weiterhin geteilt und zählte 10 „Konzentrierte“ und 12 Linke).¹⁰⁵ Die Zeitschrift *Kurjer Lwowski*, die diese Verbindung mit Ironie als "Transfusion", d.h. Einverleibung der Lemberger „Konzentration“ durch die Sezessionistengruppe unter der Führung Jabłonskis und Rayskis bezeichnete, irrte mit ihrer Einschätzung nicht. Man brauchte nur die Abstriche anzuschauen, die die „Konzentrierten“ ihrerseits machten, um zu sehen, dass man sich hier erneut von dem Glauben hinreißen ließ, dass es alleine von der Manifestation der Einigkeit abhängen, erfolgreich zu sein. Der Lemberger Flügel der „Konzentration“ um Romanowicz und Rutowski, der noch vor kurzem die Einführung der V. Wahlkurie forderte, gab sich zufrieden mit der allgemeinen Formulierung über die Notwendigkeit der Reform des Wahlsystems für den Landtag.¹⁰⁶ Die Reform der Statuten des Polenklubs, die zu einer Bedingung des Eintritts in die nationale Repräsentanz gemacht wurde, wurde nicht ganz zu ihrer Zufriedenheit durchgeführt und auch in der Frage der Haltung zu den Sozialdemokraten erzielte man eine Einigung im Sinne der Landtags-Linken - ein dauerhaftes Bündnis wurde ausgeschlossen. Einzig in der Angelegenheit des Zentralwahlkomitees ließ man den Mitgliedern der beiden demokratischen Klubs freie Hand.¹⁰⁷ Es lässt sich nicht sagen, ob die sechs Mandatare aus dem Klub der „Konzentrierten“, die wegen der Ratswahl in Krakau verhindert waren, den Charakter und die Richtung dieser Aktion durch ihre Anwesenheit beeinflussen hätten könnten. Die Tatsache allerdings, dass einige von ihnen ihre schriftliche Zustimmung für diesen Fusionsbeschluss gaben, lassen eine solche Möglichkeit eher unwahrscheinlich erscheinen.

Seinem politischen Credo treu - dieses spiegelte sich in dem Programm der Demokraten aus dem Jahr 1900 wider - und daher diesem Bündnis fern blieb der Krakauer Flügel der „Konzentrierten“.¹⁰⁸ Der Abgeordnete Rotter und seine Parteifreunde, u.a. Petelencz, Grek, Stwiernia, versammelt um die Zeitschrift *Nowa Reforma*, betonten ihre Eigenständigkeit und bemühten sich im Namen des Fortschritts und der nationalen Einheit um die Milderung der sozialen Antagonismen. Im Kampf mit den Stańczyken scheuten sie nicht vor Bündnissen mit den Radikalen zurück. Diese "liberal-radikale" Etappe in der Entwicklung der Demokraten unter Rotter, der die Führung in der Fraktion nach dem Tod Romanowiczs

¹⁰⁴ *Gazeta Narodowa* 274(4.10.1900).

¹⁰⁵ Ausschnitte aus den Papieren Rutkowski aus den Jahren 1883-1914, Ossol. 13389/III, S. 229-230 und 427-434; *Czas* 119(27.05.1902).

¹⁰⁶ Die Demokraten verweigerten ihre Unterschrift unter den Antrag Stapińskis mit der Forderung der Wahlreform, der identisch mit dem früheren Vorschlag der „Konzentration“ war.

¹⁰⁷ *Nowa Reforma* 114(21.05.1902); *Kurjer Lwowski* 139(21.05.1902).

¹⁰⁸ Erklärung Rotters über sein Verhältnis zum Demokratischen Klub siehe *Kurjer Lwowski* 181(2.07.1902).

1904 übernahm, begann jedoch 1906 wieder zu verblassen. Mehr noch, die Liberalen machten nicht zum ersten Mal einen Schritt nach links und zwei nach rechts. Die gemäßigten Tendenzen, die nach dem Tod Rotters auch in dem Blatt *Nowa Reforma* die Oberhand gewannen, wirkten sich negativ aus auf die guten Beziehungen mit der Partei der Unabhängigen Juden und Adolf Gross, der zu einer Annäherung an die Sozialdemokraten tendierte.¹⁰⁹ Indirekt richtete sich die Bündnispolitik mit der Volkspartei nach 1906 gegen die Sozialdemokraten. Diese Wahlkoalition wurde nämlich von Seite der bäuerlichen Partei vom rechten Flügel angetrieben, der sich von den Sozialdemokraten abzugrenzen versuchte.

Anfang 1907 schien es als würde man sich von der Vogel-Strauß-Politik, die von der demokratischen Gruppierung unter Rotter betrieben wurde, verabschieden.¹¹⁰ Von der Position, in der man versuchte die Sozialdemokraten nicht mit bloßer Negation zu bekämpfen, gingen die Liberalen zum Lager der entschiedenen Gegner der Arbeiterpartei über. Trotz gewisser Sympathie für ihre Freiheitsideen und ihre kritische, oppositionelle Haltung zu den politisch dominierenden Elementen, bildete der Kollektivismus - einer der Prinzipien der Sozialdemokratie - ein großes Hindernis in den gegenseitigen Beziehungen. Mit zunehmender Härte im taktischen Vorgehen auf Seite der Arbeiterpartei, für das die Demokraten sogar den Terminus "Terrorismus" verwendeten, und im Bewusstsein eigener Defizite sahen sich die Liberalen vor die Notwendigkeit gestellt, sich von diesen Elementen zu distanzieren. "Wir können nicht unter dem Vorwurf einer Komplizenschaft mit den Sozialisten stehen, wenn wir unseren Kopf in der nationalen Sache nicht aufs Spiel setzen wollen"¹¹¹ - lautete der Tenor und es schien, als würde man sich im demokratischen Lager auf die von den Konservativen so oft wiederholte Warnung vor der "schiefen Ebene, die mit Liberalismus und Demokratie beginnt, und im Sozialismus und Anarchie endet", besinnen.¹¹²

Die Entscheidung, eine klare Demarkationslinie zwischen den Fraktionen zu ziehen, beschleunigten die Reichsratswahlen 1907. Bei der ersten Abstimmung nach dem allgemeinen Wahlrecht erwartete man den Vorstoß der Massenparteien. Der Schwächung der polnischen Repräsentanz durch Kandidaturen der Verfechter des Weltbürgertums versuchte man in Galizien mit allen Maßnahmen entgegenzuarbeiten. Für die Demokraten, die um ihre nationale Idee besorgt waren, galt der Wahlkampf in Krakau jetzt als Prüfstein für politische Gewandtheit. Und um so neugieriger blickte man auf die westgalizische Metropole, da sich dort im Mai 1907 ein neues politisches Verhältnis herauskristallisierte. In den abwechselnd stattfindenden Wahlen, in den Reichsrat, den galizischen Landtag und den Gemeinderat, konzentrierten sich in Krakau die politischen Kräfte im klassischen Dreieck: Konservative, Demokraten, Sozialdemokraten. Um die Stadt nicht zu einer sozialistischen Hochburg werden zu lassen - eine solche Entwicklung war durch die neue Wahlordnung im

¹⁰⁹ Über Kontakte der Gruppe um *Nowa Reforma* mit unabhängigen Juden siehe *Nowa Reforma* 222(27.09.1901).

¹¹⁰ FELDMAN, *Stronnictwa...*, S. 48.

¹¹¹ *Nowa Reforma* 98(28.02.1907) und 208(6.05.1907).

¹¹² *Słowo Polskie* 167(10.04.1907).

Allgemeinen und durch die Aufteilung Krakaus in Wahlkreise im Besonderen begünstigt -, kam es hier zu einer Annäherung zwischen dem Demokratischen Klub und dem Bürgerlichen Klub (Repräsentanten der früheren konservativen Mehrheit im Gemeinderat mit Leo und Fedorowicz an der Spitze). Politische Beobachter spekulierten lange, ob diese Verbindung eine Eigeninitiative des Abgeordneten Leo war, oder Effekt der konservativen Politik unter Mitwirkung des Statthalters Potocki. Der Inhalt des Briefes Leos an Bobrzyński vom 11. Januar 1907 spricht für die erstere Variante.¹¹³ Die Tatsache, dass das konservative Blatt *Czas* diese Aktion nicht verurteilte, ließ vermuten, dass sie mit Zustimmung der konservativen Führungskräfte erfolgte. Solche Manöver waren in diesem politischen Lager nichts Ungewöhnliches und fanden schon früher statt (z.B. wechselte Prof. Czerkawski zum Zentrum, und auch W.L. Jaworski schwankte zwischen dem konservativen Klub und Zentrum)¹¹⁴ immer dann, wenn man den Kandidaten der Rechtsparteien die Unterstützung der Wähler sichern wollte.

Die Wahl des machtpolitisch einfacheren Weges und vor allem das Übergehen des Oberrats des demokratischen Klubs bei diesem Bündnis gingen nicht ohne Widerstand über die politische Bühne. Die Austrittserklärung aus dem demokratischen Klub des Abgeordneten Dr. Nathan Oberländer, gerichtet an den Ratsvorsitzenden, Dr. Ernest Bandrowski, führte den Demokraten die Dimension dieser Entscheidung vor Augen: "Für zwei unsichere Mandate wurde ein Grundsatz geopfert, aus Rücksicht auf den Krakauer Utilitarismus - richtigen oder nicht, was die Verhältnisse im Krakauer Stadtrat anging - wurde die Landespolitik geopfert."¹¹⁵ Der Schulterschluss gegen die Sozialdemokraten in Krakau, der Reminiszenzen an die Taktik liberal-demokratischer Fraktionen in Deutschland und zwei Jahre zuvor im italienischen Abgeordnetenhaus hervorrief, erreichte das beabsichtigte Ziel: Es setzten sich die Kompromisskandidaten Staniszewski, Zieleniewski, Petelenz, Sikorski und Gross durch. Alle vier sozialdemokratische Kandidaten, Daszyński, Marek, Misiólek und Englisch, wurden zu Fall gebracht.¹¹⁶ Der Sturz Daszyńskis, der als "politisches Meisterstück" bezeichnet wurde, brachte Leo besonderes Lob der Konservativen ein.¹¹⁷

Vier Monate später allerdings schaute es so aus, als würden die Beweggründe für den Schachzug vom Mai 1907 tiefer liegen, zumindest für Leo. Die Niederlage der Konservativen bei den Reichsratswahlen zwang dieses politische Lager zur Suche nach Unterstützung in der Mittelschicht. Da sich das mit der rückschrittlich-aristokratischen Gesinnung der *Stańczyken* schwer vereinbaren ließ, verließ Leo, der als Bürgermeister von Krakau sich der

¹¹³ Leo an Bobrzyński vom 11.01.1907, BJ, 8089III, S. 303; *Czas* 11 (14.01.1907).

¹¹⁴ Jaworski an Bobrzyński vom 17.01.1907 und 1.05.1907, BJ, 8089, S. 266 und 296.

¹¹⁵ Da *Nowa Reforma* dieses Schreiben nicht annehmen wollte, wurde es in *Naprzód* 124(17.05.1907) gedruckt.

¹¹⁶ Einzig in Ostgalizien gingen dank dem Bündnis mit Zionisten und Ruthenen Sozialdemokraten siegreich aus den Wahlen: Hudec und Diamand in Lemberg, Liebermann in Przemyśl und Moraczewski in Stryj.

¹¹⁷ CELINA BĄK-KOCZARSKA, Juliusz Leo. Twórca wielkiego Krakowa [Juliusz Leo. Der Gründer des großen Krakaus]. Wrocław-Warszawa Kraków-Gdańsk-Lódź, 1986, S. 43.

Notwendigkeit einer anderen, selbständigen Politik der Städte in der neuen Situation, hervorgerufen durch das allgemeine Wahlrecht bewusst sein musste, den konservativen Klub zuerst auf der Ebene der Gemeinde, dann im Landtag und schließlich im Reichsrat. Als geeigneter Grund zur Inszenierung eines Konflikts mit seinem bisherigen politischen Lager bot sich für den schlaunen Politiker, dem man in galizischen Kreisen oft Karrierismus nachsagte, Bobrzyńskis Entwurf der Wahlreform in den Landtag.¹¹⁸

Am 24. September 1907 traten Leo und die Mandatäre Staniszewski, Fedorowicz und Sare dem Demokratischen Klub im Landtag bei und stärkten die Gruppe der sog. "alten Demokraten" mit Rutowski, Małachowski und Maryewski, die zahlenmäßig auf 21 Mitglieder kam. Die zweite Gruppe an diesem Ende des politischen Spektrums bildeten die Nationaldemokraten mit Głąbiński an der Spitze (10 Mandatäre). Zusammen mit den Demokraten alten Schlages bildeten sie ein ungleiches Paar, das selbst in einem taktischen Bündnis, das beiden Seiten Vorteile brachte, in einem gespannten Verhältnis zueinander stand.

3. Zwei Arten von Patriotismus. Liberalismus contra Nationalismus.

Bedurften die Bauern aus der Sicht der Demokraten einer Kuratel der elitären Gruppen, um als Teil der Nation anerkannt zu werden, und lastete auf der Arbeiterpartei das Odium des Nicht-National-Seins, so geriet die liberale Demokratie mit der Entwicklung nationalistischer Bewegungen selbst unter Druck und bekam eine Lektion in Sachen Patriotismus. Bevor es aber zum offenen Konflikt mit den Allpolen kam, empfanden die alten Demokraten die nationaldemokratische Fraktion als einen Teil der eigenen politischen Richtung. Schließlich vereinte die Kritik an der Aussöhnungspolitik der Konservativen und der manifestierte Patriotismus beide Orientierungen. Auch die gleiche politische Vergangenheit mancher Demokraten - Tätigkeit in der Polnischen Liga (z. B. Romanowicz) - trug zu diesem Zusammengehörigkeitsgefühl bei.

Diese natürliche Verbindung mit den alten Demokraten, "der kleinen, vom bürokratischen Formalismus durchdrungenen Gruppe" - wie die Allpolen zu sagen pflegten - war als "Sprungbrett" in die Position eines maßgebenden Faktors zu schwach und begann sich in dem Maß aufzulösen, in dem die nationalen Elemente ihre Prinzipien zu Gunsten der praktischen Politik opferten. Die Zuspitzung der ruthenischen Frage und der Ausbruch der Agrarstreiks in Ostgalizien 1901/02 wurde von den Allpolen genutzt, um die neue Bewegung schnell ins politische Spiel zu bringen und zwar möglichst nahe auf der Seite der Regierungspartei. Nur so konnte man sich das Liebäugeln mit den Konservativen erklären, genauso wie die Haltung der nationaldemokratischen Presse, die den Statthalter vor den Attacken der Opposition in Schutz nahm und die gleiche Position zu den Geschehnissen wie die ostgalizischen Konservativen annahm.

¹¹⁸ Czas 119(27.05.1907).

Die Metamorphose der Allpolen hinsichtlich ihrer Haltung zu Österreich, d.h. das Zügeln ihres Separatismus wurde durch die Revolutionsbewegungen in Russland und Russisch-Polen, die die besitzenden Schichten beunruhigten, verursacht.¹¹⁹ Daraus resultierte der Spagat in der Politik der Nationaldemokraten: Ihre abwartende Haltung und prorussische Orientierung einerseits und ihre Loyalitätsbekundungen gegenüber der Donaumonarchie andererseits. Die anfängliche Zurückhaltung der liberalen Demokraten bei der Analyse der polnisch-russischen Angelegenheiten in *Słowo Polskie* machte bald schärferen Tönen gegen die Orientierung der Allpolen Platz, was das gegenseitige Verhältnis trübte und schließlich zur Übernahme der Zeitschrift durch die Nationaldemokraten im März 1902 führte.¹²⁰

Der Konflikt zwischen der beiden Fraktionen verschärfte sich 1903, obwohl alle demokratischen Abgeordneten (19) im Polenklub in Wien im Juni 1903 zur Sicherung einer einheitlichen Politik durch eine Verständigung gebunden waren und dadurch die stärkste Gruppe in diesem Gremium bildeten.¹²¹ Die Initiative bei der Organisation einer nationalen Volksversammlung durch die Liberalen im Sommer dieses Jahres war in der praktischen Politik ein Versuch, ihre Position vor den erstarkenden Nationaldemokraten zu verteidigen. Ein weiterer Schlagabtausch spielte sich in der Publizistik ab. Die Polemik wurde durch das frisch erschienene Werk Dmowskis *"Myśli nowoczesnego Polaka"* (Gedanken eines modernen Polen) ausgelöst, ein Buch, das zugleich das politische Credo der Allpolen war und eine Sammlung von Vorwürfen an die liberale Demokratie darstellte. In dem von Dmowski angeführten Vergleich prallten zwei Patriotismen aufeinander: Der alte, der den nationalen Kampf nur als Unabhängigkeitsbestrebungen auffasste und in dieser Idee auch die nicht-polnischen Elemente der Gesellschaft nicht ausgrenzte (Postulate sozialer, politischer und ökonomischer Gleichstellung der Juden, Unterstützung nationaler Bestrebungen der Ruthenen), und der moderne, der sich als "nationaler Egoismus" verstand und seine Kampfspitze nicht nur gegen den äußeren Feind - die Teilungsmächte -, sondern auch gegen den inneren - die nicht bodenständig polnische Bevölkerung - richtete. Die Nationaldemokraten hielten die liberalen Tendenzen im Programm der alten Demokraten für eine reine Nachahmung der westeuropäischen Demokratie und für galizische Verhältnisse völlig ungeeignet. Für Dmowski, der die Parteien in zwei Gruppen teilte - liberale(fortschrittliche) und nationale(konservative) -, standen die Grundsätze des Liberalismus im krassen Widerspruch zum Wesen einer nationalen Partei, deren Ziel es sein sollte, die Pflichten und Opfer eines jeden Einzelnen zu Gunsten des Staates und der Nation zu erweitern, statt sie einzuschränken.¹²² Diesen Vorwurf zu wenig für die Nation zu tun, wies Romanowicz zurück in der berühmten "Antwort eines alten Demokraten", indem er u.a. auf den Einsatz der Liberalen bei der Durchsetzung des Schulprogramms für Galizien hinwies, auf ihre Bemüh-

¹¹⁹ Vgl. WALENTYNA NAJDUS, *Szkice z historii Galicji* [Skizzen aus der Geschichte Galiziens], Warszawa 1960, Bd.I, S. 60.

¹²⁰ SCRIPTOR (Erazm Piltz), *Nasze stronnictwa skrajne* [Unsere Parteien der Extreme], Kraków 1903, S. 121f.

¹²¹ Eine gemeinsame Kommission wurde gewählt: Byk, Doboszyński, Dulęba, Głabiński, Rotter, Stwiernia. Vgl. *Nowa Reforma* 138(20.06.1903).

¹²² ROMAN DMOWSKI, *Myśli nowoczesnego Polaka* [Gedanken eines modernen Polen], Lwów 1907, S. 176.

ungen um eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen dem Gutshof und Gemeinde, sowie auf ihr Programm hinsichtlich der Konversion der Schulden.¹²³

Allen Kritikern zum Trotz, die behaupteten, die Allpolen hätten kein Programm, außer eines Allerweltsprogramms, gelang es den Nationaldemokraten dennoch einen neuen Typus von Aktivisten zu schaffen und den alten Demokraten einige Sympathisanten auszuspannen. Trotz programmatischer Unterschiede, Differenzen im Hinblick auf die Zukunft Galiziens (die Allpolen plädierten für eine Sonderstellung des Landes mit Beibehaltung des Kuriensystems, die liberalen Demokraten strebten zuerst die Änderung des Wahlgesetzes an und dann den Ausbau der Autonomie), und persönlichen Animositäten zwischen den führenden Persönlichkeiten beider politischer Lager, stellten die Liberalen die mildeste Opposition gegen den Nationalismus dar. Den ersten Hinweis dafür, dass die Demokraten ihre alten Bande zu den Allpolen nicht abreißen lassen wollten, lieferte die Haltung Rotters während der Diskussionen rund um die Änderung des Wahlgesetzes 1905/06. Die Nationaldemokraten machten kein Hehl daraus, dass sie die "Herrschaft einer Oligarchie genauso ablehnten, wie die der Straße" (allerdings die Letztere deutlich mehr), und daher die Einführung der V. Wahlkurie für zu weitreichend hielten.¹²⁴ Sie waren für die III. Kurie der Städte und IV. der Landgemeinden unter Ausschluss der Analphabeten und schlugen eine Klausel vor, die auch eine mündliche Abstimmung möglich machte und damit auch Druck und Erpressung. Die liberalen Demokraten standen wieder vor einem Dilemma. Eine deutliche Unterstützung der Bestrebungen breiterer Gesellschaftsmassen würde die Popularität der Partei steigern, andererseits wollte man die Verbindung zu den Allpolen nicht ganz abbrechen. Daher versuchte Rotter in seinen Ausführungen einen Spagat zu machen. Er sprach sich im Namen der Fraktion für den Antrag Stapińskis von der Volkspartei aus, der die Einführung eines gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht forderte, gab aber im Anschluss daran seine persönliche Präferenz dem Projekt der ukrainischen Nationaldemokraten (vorgelegt von Oleśnicki), der die Einführung der V. Kurie befürwortete, aber nur für diejenigen, die über kein Wahlrecht in den ersten vier Kurien verfügten.¹²⁵

Nicht nur Konservative und Allpolen, sondern auch die liberalen Demokraten taten sich schwer mit dem Prinzip der Gleichheit und signalisierten eine Bereitschaft zur Modifizierung, wenn nicht zum Verzicht auf diese Forderung.¹²⁶ Ebenso interessant war ihre Argumentation gegenüber dem Postulat des allgemeinen Wahlrechts. Man ging dabei nicht vom Interesse des Volkes aus, sondern fasste es als Präventivmaßnahme auf, ein "Sicherheitsventil" in der von Emotionen aufgeheizten Atmosphäre sozialer Spannungen. Das alles hinderte die alten Demokraten nicht daran, die demokratische Wahlreform - wohl im Hinblick auf kommende Wahlen - als Hauptziel in ihrem revidierten Programm zu

¹²³ Nowa Reforma 197(30.08.1903).

¹²⁴ Rede Głabińskis, SPRAWOZDANIA STENOGRAFICZNE Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO KRÓLESTWA GALICJI I LODOMERII 2. sesji VIII. periodu (1905), Bd. II, S. 3478.

¹²⁵ Oleśnicki betonte explizit, dass sein Vorschlag ein Kompromissprojekt sei und in den veränderten Situation nach 1905 angesichts der Bestrebungen der Massen nach einer demokratischen Reform kaum Chance auf Realisierung hätte. Später unterstützte auch Oleśnicki den Antrag Stapińskis. Siehe Ebda, S.3482-3492.

¹²⁶ Ebda, S. 3507-3510.

platzieren. Auch in diesem Programm vom Februar 1907 wiesen manche Postulate eine für den galizischen Liberalismus typische Halbherzigkeit auf. Die frühere Unterstützung nationaler Bestrebungen der Ruthenen wurde ein wenig relativiert. Man war bereit, ihnen eine uneingeschränkte kulturelle Entwicklung zu gewähren, aber "ohne Schaden für den polnischen Besitzstand". Nicht ohne Einfluss auf diese Haltung waren die separatistischen Tendenzen einiger ukrainischen Gruppierungen, die ein autonomes Territorium anstrebten.¹²⁷

Ähnlich wie der nationale Besitzstand lag den beiden demokratischen Lagern die Hebung der Bedeutung und des Ansehens des Polenklubs im Abgeordnetenhaus am Herzen. Um die polnische Repräsentanz nicht noch mehr zu verringern, als es die unglücklichen Doppelwahlkreise für die Polen in Ostgalizien ihrer Ansicht nach bereits taten, unterstützten die Demokraten die allpolnischen Kandidaten während der Reichsratswahlen 1907 gegen die Sozialdemokraten (Battaglia in Tarnów gegen Drobner, und German in Nowy Sącz gegen Koczarski). Die Übermacht, die die demokratischen Elemente bei den ersten Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht gewannen, knüpfte die Bande enger, was am 23. Oktober 1907 in einer demokratischen Union mündete.¹²⁸ Dieser politische Zug änderte nicht die bisherige Linie der polnischen Politik, was sich auch symbolisch darin widerspiegelte, dass anfänglich der konservative Abrahamowicz an der Spitze des Klubs stand (erst im November 1907 erfolgte eine Umbesetzung der Obmannstelle durch Głabiński und seine Vertreter Pastor und Dulęba)¹²⁹. Auch diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse machte aus der polnischen Repräsentanz noch nicht die stärkstmögliche nationale Vertretung im Reichsrat - dazu benötigte man die Gewinnung der Volkspartei für dieses Gremium. Dieses politische Coup gelang allerdings 1908 den in die Defensive gedrängten Stańczyken und bildete ein Gegengewicht zur demokratischen Mehrheit.

Die demokratische Union im Polenklub hatte nur bis zum 10. Januar 1909 Bestand.¹³⁰ In Galizien zeichnete sich der Bruch kaum ab, denn bis 1912 waren beide Gruppierungen in der Landtags-Linken vereint. In der Publizistik markierte die 1909 neugegründete Zeitschrift *Rzeczpospolita* diese "ideologische" Spaltung. Die Union zerbrach weniger an den internen Allüren als an der Bündnispolitik, die diese Verbindung zwischen den Allpolen und den liberalen Demokraten nach sich zog. Die von zwei Themen - dem polnisch-ruthenischen Ausgleich und der Wahlreform in den Landtag - völlig beherrschte Politik brachte zuerst das Bündnis der Stańczyken mit der Volkspartei mit sich und dann die Abwerbung der liberalen Demokraten unter Leo aus der Verbindung mit den Allpolen durch die Krakauer Konservativen. In dieser Zeit wurde Władysław Dulęba zum Minister für Galizien ernannt (1909-10). Es war das höchste Amt, das ein Demokrat je erlangte, allerdings blieb das ohne Einfluss auf die Politik dieses politischen Lagers. Als dritte Koalition kam in der Folge die der Nationaldemokraten mit

¹²⁷ NAJDUS, Szkice..., Bd. II, S. 499.

¹²⁸ *Słowo Polskie* 488(25.10.1907).

¹²⁹ GŁABIŃSKI, Wspomnienia..., S. 84-86.

¹³⁰ *Kurjer Lwowski* 16(11.01.1909).

der Stojałowski-Gruppe zustande und schließlich eine enge Zusammenarbeit der Allpolen mit den ostgalizischen Konservativen, eine Verbindung zwei Nationalismen, eines feudalen und eines modernen, die auf der gemeinsamen Abneigung gegen die ukrainische national-freiheitliche Bewegung und gewisse prorussische Sympathien beruhte.

Diese Umgruppierungen der politischen Lager wurden von internen Spannungen im Klub der Nationaldemokraten wie auch von organisatorischen Problemen bei den Liberalen begleitet. Die Niederlage Dmowskis im Kongresspolen trug dazu bei, dass in Galizien die politischen Werte der Allpolen im Kurs fielen, und dass sich ein Wandel von der milden Politik Głabińskis zur harten Linie Grabskis abzuzeichnen begann.¹³¹ Die polnischen Demokraten dagegen hatten es nicht geschafft, ihre strukturell-organisatorischen Mängel auszumerzen. Neue Versuche zur Vereinheitlichung der Gruppierung, die bei der Generalversammlung der Demokraten am 23. März 1912 in Lemberg unternommen wurden (an der Spitze der Fraktion stand zu dieser Zeit W. Jahl) - u.a. Überlegungen über Mechanismen, die weitere Spaltungen der Partei auf lokaler Ebene verhindern würden -, brachten nicht ganz die erwünschten Resultate. Zwar wurde die Demokratische Gesellschaft in Krakau (Krakowskie Towarzystwo Demokratyczne) aufgelöst und in die gesamte Polnische Demokratische Partei (PSD) aufgenommen, ein halbes Jahr später jedoch war das Verhältnis der kleinen Gruppierung zur demokratischen Fraktion wieder nicht so klar definiert.¹³² Auch den Bemühungen um eine Vereinigung des Bürgerlichen Klubs (Repräsentanz der früheren konservativen Mehrheit im Krakauer Stadtrat) mit dem Demokratischen Klub (hier waren polnische Demokraten, unabhängige Juden und Nationaldemokraten) wurde kein Glück beschieden.¹³³

Eigene Wege ging die 1910 ins Leben gerufene Fortschrittliche Partei mit Michał Janik, Hipolit Śliwiński und Aleksander Lisiewicz an der Spitze mit ihrem Blatt *Wiek Nowy* (Das neue Jahrhundert) - in der Einschätzung der Stańczyken die radikalste unter den demokratischen Gruppierungen in jeder Beziehung. Auf der nationalen Ebene zeigte sie sich ein Mal zu Allianzen bereit, ein anderes Mal von der kämpferischen Seite. Die Partei sprach sich unmissverständlich für die Trennung zwischen Staat und Kirche aus und erörterte das Thema Scheidung. In der ruthenischen Frage lehnten die Fortschrittlichen die Politik des Ausspielens der einen ruthenischen Orientierung gegen die andere ab, vielmehr befürworteten sie eine Konsolidierung der Ruthenen in einem politischen Lager.¹³⁴

Seitdem die Nationaldemokraten ihre verschärfte Opposition gegen Bobrzyński starteten, bekam auch die liberale Demokratie den Vorwurf zu wenig national zu sein wieder stärker zu spüren. Der Zorn der Allpolen über "die Vernichtung aller Posten der polnischen Vormacht in

¹³¹ Über Isolation Głabiński im Polenklub siehe *Wiek Nowy* 2653(12.05.1910) und 2675(9.06.1910).

¹³² Vgl. *Nowa Reforma* 139(26.03.1912) und 141(27.03.1912).

¹³³ Bei Zulassung der Liberalen zur Mitregierung drohte den Bürgerlichen Wegschiebung von der Macht. Deshalb konsolidierten sich diese Elemente in einer separaten Partei (Polskie Stronnictwo Mieszczańsko-Demokratyczne). Vgl. BĄK-KOCZARSKA, Juliusz Leo..., S.120 sowie *Tygodnik* (Zeitschrift der Unabhängigen Juden) 13(29.03.1912).

¹³⁴ *Czas* 139(26.03.1912).

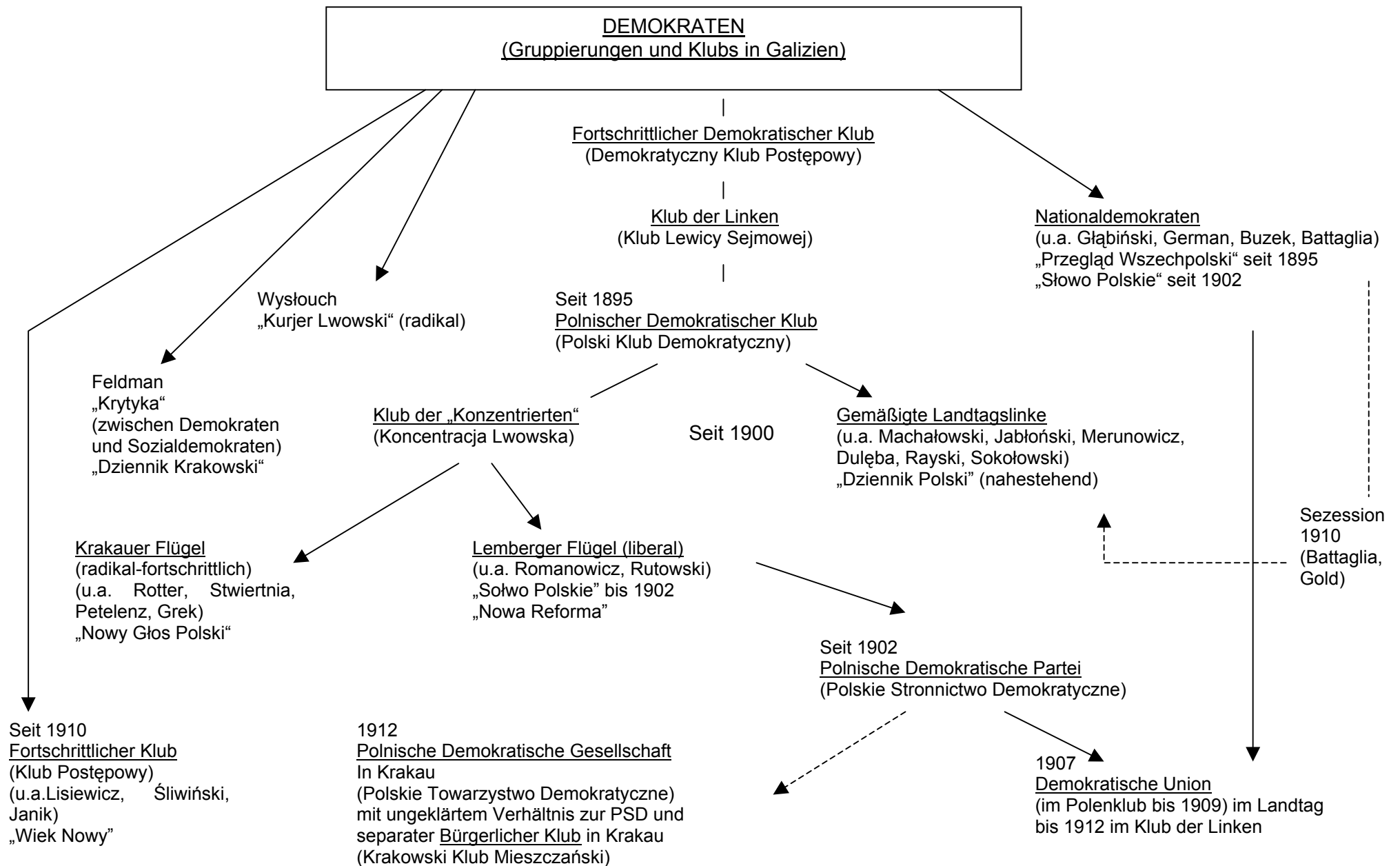
Galizien" traf vor allem den Vorsitzenden des Polenklubs, Leo (Obmann seit 4.04.1912). Man konnte dem früheren Anführer der liberalen Demokraten nicht verzeihen, dass er selbst die Regierung auf die Idee brachte, keine Entscheidungen in galizischen Fragen ohne Zustimmung der Polen und Ruthenen zu treffen.¹³⁵

Im Mai 1914 sprach der Obmann der demokratischen Fraktion, Rutowski, von einer neuen Ära in Galizien und von neuen Aufgaben für die Liberalen.¹³⁶ Im Gegensatz dazu gaben die Zeitschriften dieses politischen Lagers unterschiedliche Kommentare zur Lage der liberalen Demokratie ab. Während das Blatt des Krakauer Flügels, *Gazeta Wieczorna* (Abendzeitung) sich selbstbewusst und im Kurs bestätigt zeigte, konnte man in *Nowa Reforma* wieder die Absicht einer Opposition gegen die Regierung vernehmen, die den schwächer werdenden Einfluss der Demokraten retten sollte. Eine Entscheidung, die allerdings schwer fiel. Man war sich nämlich dessen bewußt, dass ohne die Unterstützung der Regierung manche Mandate nicht zu halten waren.

Trotz großer Fortschritte auf dem Weg der Konsolidierung der liberalen Kräfte von der Abgeordnetenvereinigung zur Polnischen Demokratischen Partei bewahrte das Lager bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges seine Vielfalt, die sich in einer genauso großen Vielfalt an Zeitschriften und Blättern widerspiegelte und war - wie jemand sagte - Opposition und Regierungspartei, liberal und antisemitisch, fortschrittlich und in der Vergangenheit befangen zugleich, und manchmal nichts mehr und nichts weniger als Mandatsjäger.

¹³⁵ *Słowo Polskie* 231(3.06.1914).

¹³⁶ Handschriften Ossol. 13389/III, S. 269-287.



III. Vom „nicht-nationalen Element“ zum politischen Akteur – Die Entwicklung der Bauernbewegung.

A. Die Wegbereiter der Bauernbewegung und ihre Visionen.

Die Entwicklung der polnischen Bauernbewegung war ein langer Prozess. Die einzelnen politischen Gruppierungen, die sich mit der bäuerlichen Problematik befassten - im geteilten Polen wie auch in der späteren Geschichte -, unterschieden sich voneinander sowohl im Hinblick auf ihre programmatischen Thesen als auch in der Auswahl der Mittel, die zur Umsetzung der Ziele führen sollten. Die Forschung stellt sich die Frage warum ausgerechnet Galizien, das rückschrittlichste Gebiet des geteilten Polens, zur Wiege der größten Bauernbewegung wurde. Viele weisen auf gewisse Freiheiten hin, welche die Autonomie diesem Raum ermöglichte, aber wenn wir bedenken, wie viele politische Organisationen und Bewegungen im Untergrund entstanden, erscheint dieser Faktor nicht völlig unbedeutend aber auf jeden Fall nicht ausschlaggebend. Es handelte sich neben der schon erwähnten wirtschaftlich-sozialen Realität im Lande vielmehr um eine Verflechtung politischer und psychologischer Faktoren. Im politischen Umfeld wichtig waren die Wechselwirkungen zwischen der Entwicklung der Bauernbewegung und den programmatischen Thesen anderer galizischen Parteien und Gruppierungen. Die Emanzipation der Dorfbevölkerung war ein Effekt der Gleichgültigkeit der führenden politischen Kräfte gegenüber der Problematik der ländlichen Regionen, die spätere Volkspartei "ein Kind der Misshelligkeit, entstanden im Sumpf der Gutshöfe und dem Anarchiezustand der Gemeinden".¹³⁷

Ginge es nach den Machthabern in Galizien, würden die Bauern noch lange nicht die nötige Reife erreichen, um als vollwertiges Element der Gesellschaft, das soziale Verantwortung trägt, anerkannt zu werden. Einerseits sprach man von der Notwendigkeit der Hebung des nationalen und politischen Bewusstseins unter der Landbevölkerung, andererseits schob man diesen Prozess auf die lange Bank aus Angst vor dem Verlust des Machtmonopols. Die adlig-konservative Politik der Ignoranz ging lange Zeit gut. In den Anfängen der konstitutionellen Ära in Österreich besaß das galizische Dorf zwar formale parlamentarische Berechtigung, wurde aber systematisch durch Wahlmissbrauch und Druckmittel seitens des konservativen Lagers abgeblockt.¹³⁸

¹³⁷ POLONUS, Psychologia sejmii galicyjskiego [Die Psychologie des Galizischen Landtags], Kraków 1910, S. 51.

¹³⁸ Nach den Wahlen vom 14.03.1861 wurden die galizischen Bauern durch folgende Abgeordneten vertreten: Bętkowski Nikodem/Wieliczka, Bielewicz Walenty/Przemyśl, Błaz Antoni/Brzozów, Czechura Maciej/Mielec, Drozd Tomasz/Bochnia, Hebda Piotr/Brzesko, Kmietowicz Michał/Nowy Sącz, Kobylarz Jan/Tarnobrzeg, Krawczyk Franciszek/Biała, Leśniak Michał/Myślenice, Liszcz Józef/Rzeszów, Poniach Wawrzyniec/Łańcut, Przybyło Jan/Pilzno, Pudło Maciej/Krosno, Rogowski Karol/Gorlice, Siwiec Jan/Żywiec, Szpunar Wawrzyniec/Przeworsk,

Die Kluft zwischen den "Herren" und den Bauern (Herkunft, Bildung, Tradition) war einerseits unüberbrückbar, andererseits ließ die Natur der beruflichen Interessen einen theoretischen Verständigungsrahmen zu. Diese Möglichkeit wurde von dem politischen Arm des Großgrundbesitzes, den Stańczyken, nicht ausgenutzt und die nachbarschaftlichen Beziehungen reduzierten sich schließlich auf gegenseitiges Misstrauen. Diese Hybris änderte sich auch nicht, als das Volk zunehmend auf seine Problematik aufmerksam machte und auf seine Rechte pochte. Anstelle eines Verständigungsansatzes seitens der Machthaber folgte ein Bemühen, anhand der speziell für die bäuerliche Bevölkerung herausgegebenen Blätter eigene konservative Ideen zu verbreiten. Parolen des sozialen Solidarismus, um die Bauern von der Wahl von Vertretern aus den eigenen Reihen in die parlamentarischen Institutionen abzubringen und das Werben für eine zentrale Wahlleitung gehörten zum Standard solcher Zeitschriften wie z.B. *Nowiny ze Świata*, einer Halbmonatsschrift herausgegeben in Krakau in den Jahren 1863-68 in der Redaktion des konservativen Presseorgans *Czas*.¹³⁹ Der Landtag schmiedete nur ständische Gesetze, ohne auf die brennenden Fragen der Bauern einzugehen, und schließlich wurden die Vertreter des Landvolkes mit der Gründung eines zentralen Wahlkomitees aus dem galizischen Landtag verdrängt (1877-1889).¹⁴⁰

In einem Agrarland war eine solche Politik früher oder später zum Scheitern verurteilt - was auch den Stańczyken bewusst war -, die Eskalation einer Protestbewegung eine natürliche Folge. Andererseits aber hatte auch die Verdrängung der Realität durch die führende politische Kraft, die sich aus der Furcht vor dem Erstarken der Volksaktivitäten herleitete, eine plausible Erklärung. Die Ursachen dafür hatten in der jüngsten Vergangenheit ihren Ursprung, nämlich in den Ereignissen der Jahre 1864-69, die bei den Großgrundbesitzern ein schweres Trauma hinterließen. Die recht geschickte Taktik der österreichischen Bürokratie dabei, die die polnischen Bauern gegen den polnischen "Herren" ausspielte, blieb für die Konservativen ein Urgespenst. Die Bauern erwiesen sich als ein manipulierbarer Faktor, der bei jeglichem Ungestüm von Seiten des polnischen Adels von der fremden Macht eingesetzt und bei der Durchsetzung politischer Ziele ausgenutzt werden konnte. Diese Taktik trug allerdings (mehr ungewollt als gewollt) zum Klima der "Aufwertung"

Trochanowski Szymon/Nowy Sącz, Witalis Michał/ Tuchów, Zelek Wojciech/ Limanowa, Żebracki Michał/Jasło . Vgl. STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 1861, S. 3-25.)

¹³⁹ 1882 erschien *Macierz Polska* (Das Mutterland) unterstützt vom Großgrundbesitz und den Geistlichen; 1869-78 wurde die Halbmonatsschrift *Włościanin* (Der Bauer) herausgegeben; Über das Zeitungswesen in Galizien siehe KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ, *Czasopiśmiennictwo ludowe w Galicji* [Bäuerliches Zeitschriftenwesen in Galizien], Wrocław 1952.

¹⁴⁰ Die Bauern wehrten sich gegenüber einem Arbeitsverhältnis auf der Basis der Vermietung, kämpften um die Änderung des Straßen- und Jagdgesetzes. Die Anträge der bäuerlichen Abgeordneten unter der Führung von Jan Siwiec 1861 hinsichtlich der Servitute lösten einen jahrelangen Kampf aus.

der Bauern bei und zum sich immer mehr verstärkenden Gefühl, dass die Dominanz der besitzenden gesellschaftlichen Schichten auch nicht uneingeschränkt war, was auch die Neokonservativen eingesehen haben und auf die Notwendigkeit der Unterstützung "vernünftiger" Initiativen im Bereich der Gemeinden hinwiesen. Die Wiener Zentralregierung übte auf beide Seiten Druck aus und gab auch den Bauern zu verstehen, dass ihre fehlende Zustimmung hinsichtlich des Umfangs der Autonomie für Galizien einen für sie ungünstigen Ausgang in der Servitutenfrage haben könnte. Im Endeffekt wurde aber diese brennende Angelegenheit nicht im Sinne der Kleinbauern gelöst und auch der Kampf um die Autonomie des Landes geriet ins Stocken.¹⁴¹

Die Gleichgültigkeit des führenden politischen Lagers in Galizien gegenüber der Situation des Dorfes eröffnete ein potentes Tätigkeitsgebiet für den zweiten mächtigen Faktor im Lande - den Klerus, der hier nicht zuletzt auch dank des wohlwollenden Verhältnisses zu den Konservativen fast uneingeschränkt in seinem Tun war. In Wirklichkeit vermochte aber nicht mal die religiöse Gesinnung oder die Überzeugung von einer patriarchalischen Gesellschaftsordnung, die den Geistlichen und den Bauern gemeinsam waren, dem gegenseitigen Verhältnis einen Partnerstatus aufzudrücken. Im Gegenteil, in dem sich zuspitzenden sozial-politischen Spannungsfeld tendierte die Kirche zur konservativen Seite. Die an die bäuerlichen Leser gerichteten Schriften der Geistlichen gingen mit Absicht auf die politische Problematik nicht ein und sind als Bremse für das politische Reifen der untersten gesellschaftlichen Schichten zu sehen.¹⁴²

Einer aus diesen Kreisen, der sich der Dorfproblematik angenommen hatte und die erste Etappe einer jahrzehntelang dauernden Bauernbewegung einleitete, war der Jesuit und spätere Laienpriester Stanisław Stojałowski (1845-1911). Diese facettenreiche Persönlichkeit adliger Herkunft geriet während der Tätigkeit in Galizien oft auf Irrwege, schwankte zwischen den Extremen und löste heftige Kontroversen in allen politischen Lagern aus. Der ausgeprägte Tatendrang des Geistlichen ließ sich nicht nur mit dem auf den Fundament des Gehorsams errichteten Ordensleben schwer vereinbaren. Auch Stojałowskis Interesse für die Bauern, die ihn als "Erscheinung" faszinierten, war eher seiner rebellischen Natur zuzuschreiben als einer festen Überzeugung.¹⁴³ Die Art der Realisierung seiner Ideen brachte dem Ex-Jesuiten einen Ruf in der öffentlichen Meinung ein, der sich zwischen einem "neuen Messias" und einem "rücksichtslosen Rebellen" einordnen ließ.

Die Phase der Aktivierung der bäuerlichen Kreise führte Stojałowski auf verschiedenen Ebenen. Die Benachteiligung des Dorfes hinsichtlich der Bildung in Galizien (83% Analphabeten) war eine wesentliche Hürde auf dem Weg zur sozial-politischen Emanzipation der Bauern.¹⁴⁴ Das gedruckte

¹⁴¹ Die Servitutenfrage wurde erst 1900 geregelt, allerdings bekamen die Bauern nur 6% der gesamten Waldfläche und beim Ankauf der Servitutenrechte wurden sie auch benachteiligt.

¹⁴² In den Jahren 1867-1878 erschien u.a. die klerikale Wochenzeitschrift *Tygodnik Niedzielny* (Sonntagsblatt).

¹⁴³ Vgl. ROMUALD BAUDOUIN DE COURTENAY, *Sylwetki polityczne* [Politische Silhouetten], Kraków 1897, S. 6.; Siehe dazu auch „Testament X. Stojałowskiego“ In: *Czas* 152(5.06.1896); WINCENTY WITOS, *Moje wspomnienia* [Meine Erinnerungen], Paris 1964, Bd. I, S. 240-246.

¹⁴⁴ Im Vergleich dazu gab es in Mähren 10% und in Böhmen 8% Analphabeten. Siehe A. MYTKOWICZ, *Oświata w życiu*

Wort in den von Stojałowski seit 1875 herausgegebenen Zeitschriften *Wieniec* (Der Kranz) und *Pszczółka* (Bienchen) leitete die Bildungsarbeit unter der ländlichen Bevölkerung ein.¹⁴⁵ Dem Beispiel der Region Großpolen folgend machte der Geistliche mittels Volksversammlungen die Bauern mit der politischen Problemen der Epoche vertraut und widmete sich der Gründung landwirtschaftlicher Gesellschaften, die jedoch 1892 unter die Aufsicht des Großgrundbesitzes kamen.

Das Engagement des Pfarrers im Kampf um die Teilnahme des Volkes am politischen Leben Galiziens ging nicht von einem Wunsch nach politischer Emanzipation der Bauern aus. Dazu traute der Geistliche dieser gesellschaftlichen Schicht nicht das nötige Quantum an politischer Kraft zu, wovon auch die gemäßigten Aussagen über die Wahl von bäuerlichen Kandidaten in den Reichsrat und den galizischen Landtag Zeugnis ablegten, wie auch die verbreitete Meinung des Pfarrers man möge besser die Repräsentanten des Dorfes unter den Großgrundbesitzern oder Geistlichen ihres Vertrauens suchen.¹⁴⁶ Vielmehr war es Stojałowski ein Anliegen, die bäuerliche Schicht aus dem gesellschaftlichen Abseits herauszuführen und sie von ihren gemeinsamen Interessen mit anderen sozialen Gruppen zu überzeugen, oder wie er zu sagen pflegte "den Bauer so zum Aufruhr zu bringen, bis er spürt, dass er ein Pole ist".¹⁴⁷

Die Politisierung der Bauern sollte also im Rahmen des herrschenden Systems stattfinden. Die Idee Stojałowskis stützte sich auf das Prinzip des gesellschaftlichen Solidarismus. Das Ziel der Aussöhnung des Gutshofs mit dem Dorf manifestierte sich deutlich in dem Motto seiner Zeitschriften - "Mit der polnischen Schlachta das polnische Volk". Das Gewinnen der Bauern für den Katholizismus betrachtete der Geistliche als eine wichtige Voraussetzung im Kampf gegen den Liberalismus und den Sozialismus. Die Frage des unabhängigen Polen in den Grenzen von 1772 war für den Volkstribunen, zumindest in seiner nach außen manifestierten Haltung, untrennbar mit der Loyalitätspolitik der Polen gegenüber der Habsburgermonarchie verbunden. Den entscheidenden Moment für die Realisierung des nationalen Programms sah Stojałowski - wie viele andere - bei einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Österreich und Russland gegeben.¹⁴⁸

Trotz all Übereinstimmungen mit dem konservativen Lager - das Programm des gesellschaftlichen Solidarismus maskierte in Wirklichkeit Gruppeninteressen des Großgrundbesitzes und der Bourgeoisie - und der verbreiteten klerikalen Parolen bekam der Geistliche den Ingrimm der besitzenden Kreise, denen die Bildung der untersten sozialen Schichten nicht zu ihren alten feudalen Praktiken passte, wie auch des Klerus schmerzhaft zu spüren. Der Aufruf des Pfarrers an die Bauern 1887

gospodarczym [Bildung im wirtschaftlichen Leben] In: *Oświata Ludowa* Nr. 1, S. 6.

¹⁴⁵ Stojałowskis Zeitschrift für die Bauern hieß seit 1875 *Wieniec*, seit 1895 *Nowy Wieniec* und ab 1900 *Wieniec-Pszczółka*.

¹⁴⁶ Vgl. *Wieniec* 10(1875) und 17(1876), *Wieniec* vom 30.05.1879 und 14.12.1882, sowie *Kurjer Lwowski* 303(1.11.1900).

¹⁴⁷ ALICJA DYBKOWSKA, JAN ŻARYN, MAŁGORZATA ŻARYN, *Dzieje Polsk* [Geschichte Polens], Warszawa 1996, S. 208.

¹⁴⁸ Über das Unabhängigkeitsprogramm Stojałowskis siehe STANISŁAW STOJAŁOWSKI (Warszawiak), *Kiedy będzie Polska?* (Wann wird es Polen geben?), Lwów 1878, sowie ders. *Czy będzie Polska?* (Wird es Polen geben?), Lwów 1877-78.

Kandidaten aus den eigenen Reihen in den Landtag zu wählen, den Stojałowski in einer neuen Aufwallung der Leidenschaft machte, brachte das Fass zum Überlaufen. Auf Anordnung Badenis, der die Wahl des Geistlichen zum Abgeordneten verhindern wollte, wurde Stojałowski verhaftet. Den Repressalien schlossen sich später auch die Bischöfe an. 1896 wurde der rebellische Pfarrer mit dem kirchlichen Bann belegt.¹⁴⁹ All die Maßnahmen taten allerdings Stojałowski, der es ausgezeichnet verstand mit dem Zauber der Soutane und feurigen Reden das Volk mitzureisen, wenig Abbruch. Er gewann in der Bevölkerung zunehmend den Nimbus eines Märtyrers.

Seit 1886 bemühte sich eine andere Persönlichkeit um die Übernahme des Patronats über das volkstümliche Element. Bolesław Wysłouch, der in den 80er Jahren des 19. Jh. dem Sozialistenkreis in Sankt Petersburg angehörte, knüpfte in Galizien an die Bildungsbewegung Stojałowskis an, ging aber in seiner Vision weiter. Er glaubte nicht an eine Interessengemeinschaft zwischen den Bauern - sie wurden jedoch fälschlicherweise als ein homogenes Ganzes ohne soziale Untergruppierung betrachtet - und dem Großgrundbesitz, sowie einen dauerhaften Kompromiss zwischen den beiden sozialen Gruppen und zog den Weg der völligen Emanzipation der Bauernschaft aus den Einflüssen der Besitzenden und des Klerus vor. Wysłouch brachte auch mehr als Stojałowski die Frage der Unabhängigkeit Polens zur Sprache, obwohl auch seine Vision keine klare Vorgangsweise beinhaltete, wie diese erlangt werden sollte.¹⁵⁰ In seiner Auseinandersetzung mit verschiedenen Konzeptionen für ein gemeinnationales Programm lehnte Wysłouch die Loyalitätspolitik der Stańczyken genauso ab, wie die auf nur einen Lebensbereich beschränkte „Kleinarbeit“. Auch die Idee des Ausgleichs mit Russland, die die Zukunft Polens von der Gnade des Zaren abhängig machte, war keine, auf welche der Demokrat adliger Herkunft bauen wollte. Die Konzeption Wysłouchs, der als der wahre "Vater der Bauernbewegung" anzusehen ist, stand in dieser Frage in einer engen Beziehung mit der "Einbürgerung" der Bauern in die Gesellschaft. Die Interessen der als Stütze der Nation angesehenen volkstümlichen Elemente sollten gewahrt werden (u.a. die Beseitigung der krassen sozialen Gegensätze) als Bedingung für einen erfolgreichen Prozess der nationalen Erneuerung.¹⁵¹

Eine große Rolle spielte die publizistische Tätigkeit des Ehepaars Maria und Bolesław Wysłouch. Der unter dem starken Einfluss Ferdinand Lassalles, Bolesław Limanowskis und der russischen Narodniki stehende Redakteur der *Przegląd Społeczny* (Soziale Rundschau

¹⁴⁹ Siehe Rundschreiben des Galizischen Episkopats vom 16.03.1896 in *Czas* 72(27.03.1896).

¹⁵⁰ JAUSZ WOJTASIK, *Idea walki zbrojnej o niepodległość Polski* [Die Idee eines Kampfes um die Unabhängigkeit Polens], Warszawa 1987, S. 149.

¹⁵¹ Vgl. BOLESŁAW WYSŁOUCH, *Szkice programowe* [Probammatische Skizzen], In: *Programy stronnictw ludowych* [Programme der Bauernparteien], Hsg. Von S. Lato und W. Stankiewicz, Warszawa 1969.

1886-1887) verbreitete die Idee des wissenschaftlichen Sozialismus und schaffte es - trotz des kurzen Bestehens der Zeitschrift - Mitarbeiter aus verschiedenen politischen Richtungen (Sozialisten, spätere Nationaldemokraten, Zionisten) um sich zu versammeln und auch das Interesse der jüngeren Generation zu gewinnen. Außer der Kritik an der Politik der Stańczyken war es Waslouch ein Anliegen die bisherige Assoziation Polens mit der Schlachta zu beenden. Er setzte sich auch für die Anerkennung der nationalen Bestrebungen aller Nationalitäten ein, die auf dem polnischen Gebiet lebten (Ukrainer, Weißrussen, Litauer).

Seit 1887 wurde die Zeitschrift *Kurjer Lwowski* dreißig Jahre lang Wyslouchs Sprachrohr, aber auch auf eine direkte Einwirkung auf die Bauern legte man Wert. Den Kampf gegen die Feudalrelikte nahm die neugegründete Zeitschrift *Przyjaciół Ludu* (Der Volksfreund) auf, die gleich in ihrem Gründungsjahr 1889 die Bauern zur Wahl eigener Vertreter in den Landtag aufrief und zur Bildung eigener politischen Organisation animierte.¹⁵² In der von Wyslouch eingeleiteten Sensibilisierungsphase der volkstümlichen Bewegung, wo man bemüht war, das nationale Bewusstsein und den Ehrgeiz der Bauern zur Inanspruchnahme ihrer bürgerlichen Rechte zu wecken, lag das Hauptgewicht der Aktivitäten bei der städtischen Intelligenz. Die Kader der jungen Bewegung entstammte der Generation, die der Zeit nach dem Aufstand des Jahres 1863 folgte. Unterstützung bekam Wyslouch von berühmten Demokraten wie Karol Lewakowski, Henryk Rewakowicz und Tadeusz Romanowicz.

Im Jahre 1889 wurden wichtige Landtagswahlen geschlagen. Gegen die Machthaber in Galizien rüstete eine Opposition aus Demokraten und Bauern zum Kampf – allerdings unabhängig voneinander. Auf der in Lemberg zusammengerufenen „Volksversammlung der Städte und Kleinstädte“ erhoben die Demokraten ihre Stimme gegen die Politik „der Greise, die einmal Vertrauen gewonnen nur die Luft der Tradition atmeten und fortschrittliche Reformen verzögerten“. Der Unmut richtete sich gegen die Vertreter der Schlachta, die sich selbst zur „moralischen Regierung“ erklärten, außer persönlichen Karrieren aber in ihrem Abgeordneten-Dasein kaum Verdienste für das Land vorweisen konnten. Man prangerte Vetternwirtschaft und Wahlkorruption an.¹⁵³ Die Wichtigkeit der historischen Mission wollte

¹⁵² *Przyjaciół Ludu* erschien 1889-1902 in Lemberg anfänglich jede zweite Woche, ab 1900 wöchentlich. In den Jahren 1903-1914 und 1919-1933 wurde das Blatt in Krakau herausgegeben (seit 1902 unter der Leitung Stapińskis). Ab 1895 Organ der Volkspartei, nach der Spaltung dieser 1913 das Blatt der PSL-Linken.

¹⁵³ Dorn im Auge waren dem fortschrittlichen Lager z. B. die Kandidaturen der Länderbank in Lemberg. Frisch in Erinnerung war die Affäre des Jahres 1883, wo eine Summe von einer Million zlr. an Bestechungs- und Schmiergeldern im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Transversalbahnunternehmens das Gericht beschäftigte. Laut Untersuchungsprotokoll beschenkte der Gouverneur der Bank, Dr. Ludwik Graf Wodzicki, den damaligen Abgeordneten und Referenten der Eisenbahn Kozłowski mit einer Geldsumme von 60.000 zlr.

Ein geschädigter Ruf war aber in Galizien kein großes Hindernis bei den Wahlen. Wodzicki wechselte den alten Wahlkreis Tyszyń-Strzyżów gegen Stare Miasto, wo er ein Landgut besaß, in der Hoffnung auf ruthenische Stimmen. Manche mutete allerdings die Tatsache, dass einer, der auf seinem Gut nur ausländische Kräfte beschäftigte und sich bei den Wahlen trotzdem das Vertrauen der einheimischen Bevölkerung erhoffte, seltsam

man der Schlachta nicht absprechen, schließlich hatte die demokratische Idee hier ihren Ursprung, und auch die Freiheitsbestrebungen in diesen Kreisen durften nicht vergessen werden. Dass Galizien sich aber der bedingungsloser Vorherrschaft einer kleinen Gruppe und ihren Interessen blind unterwerfen sollte, lehnten die Demokraten strikt ab.

Die Konservativen konterten mit dem Vorwurf der politischen Unehrllichkeit bei der Forderung der Ausdehnung der Selbstverwaltung für Galizien, welche die Demokraten in den Raum stellten, obwohl es allgemein bekannt war, dass diese kaum Aussichten auf Realisierung hatte. In dem Schlagabtausch zwischen beiden politischen Orientierungen spiegelte sich das unterschiedliche Verständnis dessen wider, was das fortschrittliche Lager als Unabhängigkeit von der Zentralregierung auffasste. Während die Konservativen diese Unabhängigkeit mit der Opposition des Polenklubs gegenüber der Führung in Wien gleichsetzten, ging es den liberalen Demokraten um ein Auftreten in einer Mehrheit für ein Programm, eine politische Richtung, anstatt einer Unterstützung für die Machthaber, nur weil diese mit einem antizentralistischen System identifiziert wurden wie etwa das Kabinett Taaffe.

Vielmehr Besorgnis jedoch erregte in den konservativen Kreisen die Art der Agitation bei den Bauern, die unter der Parole eines moralischen Aufstands und politischer Selbständigkeit stand. Dass dieser erste emanzipatorische Aufruf der ländlichen Bevölkerung gerade auf einem geschichtsträchtigen Boden erfolgte, nämlich in der Gegend von Jasło, von wo Jakub Szela 1846 die bäuerlichen Aufständischen gegen die polnischen Herren anführte, verlieh der Situation zusätzliche Brisanz. Dem Manifest folgten die Kreise Krosno, Gorlice, Nowy Sącz, Ropczyce, Limanowa, Myślenice, Łańcut, Biała, Brzesko, Wieliczka, wo bäuerliche Wahlkomitees der Zentralwahlleitung Konkurrenz machten. Obwohl ohne formelle bäuerliche Wahlkomitees, war eine selbständige Bewegung auch in Chrzanów, Krakau, Mielec, Żywiec, Tarnów und Wadowice zu beobachten.

Die Agitation im bäuerlichen Lager zeigte ihre Wirkung. Trotz des Fehlens einer einheitlicher Führung und der berühmten Wahlpraktiken der Konservativen, schafften die volkstümlichen Elemente 1889 den Einzug in den Landtag. Der Sieg war nicht so imposant bezüglich der Mandateszahl, schließlich wurden nur fünf Abgeordnete gewählt - F. Kramarczyk/Biała, S. Potoczek/Nowy Sącz, W. Strękowski/Ropczyce, B. Żardecki/Łańcut, W. Jachym/Nisko (der Letztere legte jedoch sein Mandat aus Angst vor Repressalien gleich nieder), aber er stellte eine Zäsur in den galizischen Verhältnissen dar. In der Gesellschaft fand eine innere Transformation statt. Die Konservativen wollten sich selbst nicht zugestehen, dass der bäuerliche Separatismus eine Folge ihrer eigenen Machtarroganz war, um hier als Beispiel der reaktionären Politik nur die Situation der Jahre 1883-89 zu erwähnen. In den Wahlen von 1883 gingen an die Bauern nur 4,6% der gesamten Stimmenzahl. Darunter befanden sich keine charismatischen Persönlichkeiten und selbst die herausragendsten unter ihnen stellten sich unter das

an. Siehe *Kurjer Lwowski* 129(10.05.1889).

Kommando der Stańczyken (z.B. der Abgeordnete Olechowski, gewählt im Kreis Bochnia-Brzesko). In der Sitzungsperiode 1883-89 befand sich im Landtag zwar ein Klub der Abgeordneten, die in der IV. Kurie gewählt wurden, seine Tätigkeit ging aber nie über Projektvorschläge hinaus, die in der Praxis nicht umgesetzt wurden.¹⁵⁴

Nach den Wahlen von 1889 blieb die bisherige konservative Mehrheit im galizischen Landtag zwar erhalten, aber auf die politische Arena trat außer einer kleinen Gruppe bäuerlicher Vertreter, von denen man nichts anderes erwartete als nur Protest gegen alles, was von der konservativen Seite an Vorschlägen kam, auch eine Schar deklarerter Anhänger der griechisch-katholischen Kirche im ruthenischen Lager, die auf Konfrontation mit den Polen steuerten.¹⁵⁵ Nicht leicht zu akzeptieren war die Tatsache, dass im ultrakonservativen Krakau drei Demokraten zu den Mandaten kamen, Dr. Ferdynand Weigel, Leon Chrzanowski und Adam Asnyk, von denen der Letztere ohne politische Vergangenheit die konservative Spitzenkandidatur von Józef Majer zu Fall brachte. Als ein kleines Trostpflaster konnte das führende politische Lager die Tatsache empfinden, dass von den zwei zerstrittenen Demokraten, deren Kandidaturen in Lemberg aufgestellt wurden (Michalski und Rewakowicz), sich schließlich der offizielle Kandidat des zentralen Wahlkomitees Michalski durchsetzen konnte. Anhand der Wahlergebnisse in Krakau zeigten sich die Konservativen als schlechte Verlierer. Den Sieg des Literaten Adam Asnyk mit einem Rückschritt zu den Traditionen von 1846 und 1848 zu vergleichen und diesen sogar als einen Schritt zu einer möglichen Reaktion im zentralistischen Sinne zu bezeichnen, war eine glatte Übertreibung.¹⁵⁶

¹⁵⁴ Vgl. KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ, *Czasopismienictwo...*, S. 47.

¹⁵⁵ In dem am 10. Oktober 1889 eröffneten Landtag konstituierte sich der Klub der polnischen Landtags-Linken (21 Demokraten), der zwar zahlenmäßig nicht die Kraft besaß, seine Anträge erfolgreich verteidigen zu können, der aber in einigen Fragen auf die Unterstützung der ganzen Sejm-Linken, der wilden Abgeordneten (etwa 10 Mandatare) und sogar der fortschrittlichen Elemente aus dem Klub „der Mitte“ zählen konnte. Eine selbständige Gruppe – allerdings der demokratischen Linken nahe stehend – bildeten die bäuerlichen Abgeordneten.

Die Ruthenen gruppierten sich in zwei Klubs. Die Jungruthenen führten einen verbitterten Kampf gegen die Herrschaft der Schlachta und bildeten eine Stütze für die polnischen Radikalen. Ein großes Anliegen war dieser Gruppierung die ökonomische Hebung der Dorfbevölkerung. Der Unmut der Jungruthenen richtete sich genauso gegen das Polentum wie auch gegen die zweite ruthenische Fraktion – die Altruthenen, die sich zum Russland hingezogen fühlten.

Was die soziale Zugehörigkeit der Abgeordneten anging, waren im neuen Sejm folgende gesellschaftliche Schichten repräsentiert: Großgrundbesitzer (81), kleine Besitzer (6), Geistliche (14), Universitätsprofessoren (8), Lehrer (3), Advokaten (9), Gerichtsbeamten (6), Notare (3), Verwaltungsbeamten (5), Techniker (3), Ärzte (5), Apotheker (1), Industrielle und Handwerker (3). Unter den Mandataren waren 52 völlig neu. Die meisten von ihnen kamen aus der Kurie der Landgemeinden (34), aus den Handelskammern (10) und aus dem Großgrundbesitz (8). Siehe *Czas* 157(12.07.1889).

¹⁵⁶ Vgl. *Nowa Reforma* 153(7.07.1889).

Der scharfe Verweis, den die Opposition der Landesregierung in den Wahlen 1889 erteilte, löste selbst im konservativen Lager Polemiken aus. Während Stanisław Tarnowski in seiner Broschüre *„Die Proben der Zerrüttung“* von gefährlichen Tendenzen und unheilvollen Praktiken sprach, war die publizistische Wortmeldung Bobrzyńskis eher eine Abrechnung mit den konservativen Elementen, die selbst an ihren Niederlagen schuld wären. Bobrzyński, der aufgrund seiner nicht-adeligen Abstammung vielleicht weniger mit den Schlachta-Allüren belastet war, hatte kein Problem mit der Anwesenheit einer kleinen bäuerlichen Vertretung im Landtag. Hier nannte er als Beispiel einer gesunden Organisation für volkstümliche Abgeordnete die deutschen Klubs im Reichsrat. Der Anführer der Stańczyken brachte gleichzeitig sein Bedauern zum Ausdruck, im Landtag fehlen geistliche Abgeordnete, welche die Führung im volkstümlichen Lager übernehmen und damit eine natürliche Brücke zwischen diesen und den Besitzern größerer Landstücke bilden würden. Obwohl auch bei Bobrzyński der Grundtenor nicht zu überhören war, dass zur Zeit die Bauern ihren Mandat mehr erfahrenen und besser gebildeten Elementen der Gesellschaft anvertrauen sollten, fühlten sich einige seiner Klubfreunde als wären sie „nach der Niederlage des Söldnerfußvolkes jetzt noch durch die eigene Kavallerie zertrampelt“.¹⁵⁷ Dabei war es dem Nestor der Stańczyken ein großes Anliegen, die kleinen Klubs und Fraktionen auf der rechten Seite des Landtags in einem großen Block zu vereinen.

Noch im Juli lagen die Wünsche der Konservativen rund um die Zeitschrift *Czas* und der Gruppe um die *Gazeta Narodowa* was solche Pläne anbelangte weit auseinander. Die Letzteren überlegten die Gründung einer Zentrums-Partei, die viel elastischer gewesen wäre als der Klub der Stańczyken, sich weniger von ihren Leidenschaften hinreißen ließe und attraktiv für diejenigen Elemente wäre, die fest auf der nationalen Grundlage in der Landespolitik stünden. Die Erfahrungen der letzten Wahlen aber brachten die konservativen Elemente doch näher zusammen. Mit der am 19. Oktober 1889 konstituierten konservativen Landtagsmehrheit unter Eustachy Fürst Sanguszko wurde zur Freude der Stańczyken auch die Idee der Bildung einer „Partei der Mitte“ im Landtag vorläufig gebannt.¹⁵⁸ Die Übernahme der Obmannstelle des Polenklubs im Landtag durch den bisherigen Präses der nationalen Vertretung der Polen im Reichsrat, Apolinary Jaworski, sollte für mehr Einklang zwischen beiden Organisationen sorgen.

B. Auf dem Weg zur politischen Emanzipation.

¹⁵⁷ Offener Brief Koźmians an Bobrzyński. In: *Nowa Reforma* 207(10.09.1889).

¹⁵⁸ Zu den Statuten der Landtagsrechten siehe *Czas* 244(23.10.1889).

Die wachsende soziale und politische Polarisierung der Gesellschaft, welche die 80er Jahre des 19. Jh. begleitete, fand am Anfang der 90er Jahre ihren Niederschlag im Entstehen neuer Massenparteien und noch stärkerer Gegensätze.

Stojałowski startete nach seiner Gefängnisstrafe einen neuen Versuch die volkstümlichen Elemente in einer organisierten Form zu konzentrieren. Mit diesem Vorhaben stand er nicht allein. Die Wyslouch-Gruppe, die das zweite Machtzentrum der Bauernbewegung bildete, bot dem Geistlichen 1892 zwar ein Bündnis an, die Basis für ein gemeinsames Vorgehen konnte aber nicht gefunden werden. Nicht nur ideologische Unterschiede standen sich unversöhnlich gegenüber, es war auch die klerikale Gesinnung Stojałowskis und sein ausgeprägter Individualismus, welche die Verständigung zu Fall brachte. Mehr Gehör erhoffte sich der Verfechter des gesellschaftlichen Solidarismus in dem von ihm und den Gebrüdern Potoczek aus den 1889 in den Landtag gewählten volkstümlichen Elementen am 3. August 1893 gegründeten *Związek Stronnictwa Chłopskiego* (Bund der Bauernpartei).¹⁵⁹ Trotz der hier verbreiteten Parole der Gleichstellung aller gesellschaftlichen Schichten in ihren Pflichten und Rechten, konnte man oft den Eindruck gewinnen, die Partei tendiere zum Klassenseparatismus.¹⁶⁰ Auch der rebellische Pfarrer Stojałowski verweilte nicht lange in den Reihen des Bauernbundes. Auf Drängen des Bischofs Jan Łobos wurde der von seinen Ausritten gegen die höhere Kirchenhierarchie bekannte Geistliche 1893/94 von dem Parteirat aus der Fraktion, die ihre Loyalität gegenüber diesen Kreisen demonstrierte, ausgeschlossen. Die Organisation unter der Leitung Potoczeks mit ihrem Blatt *Związek Chłopski* konzentrierte sich auf die Interessen der reicheren Bauern und ging nicht über ihren lokalen Wirkungsbereich (Raum Nowy Sącz) hinaus. Stojałowski hingegen bekam nach dem Unmut der galizischen Bischöfe auch eine ablehnende Haltung der Statthalterei zu spüren, als er sich seit Juni 1894 um eine Bewilligung für die Statuten einer Christlich-Volkstümlichen Gesellschaft (*Towarzystwo Chrześcijańsko –Ludowe*) bemühte.

Den Grundstein für eine eigenständige Bauernpartei legte die im Mai 1894 ins Leben gerufene *Towarzystwo Demokratyczne Polskie* (Polnische Demokratische Gesellschaft). Die hinter dieser Gesellschaft stehende Gruppe fortschrittlicher Intelligenz, die sich um die Zeitschriften *Kurjer Lwowski* (1883-1926) und *Przyjaciel Ludu* (mit Unterbrechungen 1889-1933) versammelte, stand mit ihrem Programm für die Ausdehnung des bestehenden

¹⁵⁹ In den Parteivorstand wurden gewählt: Präses-Stanisław Potoczek, Mitglieder: Józef Chrzanowski, Tomasz Ciągło, Józef Maciuszek, Jan Myjak, Jan Potoczek, Stanisław Stojałowski, Stanisław Uryga; Siehe Statut i program Związku Stronnictwa Chłopskiego oraz regulamin zgrupowań Towarzystwa [Statut und Programm des Bundes der Bauernpartei sowie Ordnung der Zusammenkünfte der Gesellschaft], Gródek, 1894; JAN KONEFAŁ, *Parlamentarna działalność posłów chłopskich Jana i Stanisława Potoczków (1889-1922)* [Parlamentarische Tätigkeit der bäuerlichen Abgeordneten Jan und Stanisław Potoczek (1889-1922)], *Roczniki Historyczne*, t. XXIX, Z. 2, S. 223-242.

¹⁶⁰ JAN KONEFAŁ, *Katolicko-ludowe organizacje polityczne w zaborze austriackim*, W: *Chłopi, naród, kultura* [Katholisch-volkstümliche politische Organisationen im österreichischen Teilungsgebiet, In: *Bauern, Nation, Kultur*], Hsg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, Bd.II, S. 37.

Wahlrechts und setzte sich als Ziel die Schaffung gleicher Rechte für alle sozialen Schichten.¹⁶¹

Die bevorstehenden Landtagswahlen von 1895 waren ein guter Anlass für die Konzentration bäuerlicher Kräfte in einer eigener Partei, die auf dem Kongress der Delegierten der Bauernwahlkomitees der einzelnen Kreise in Rzeszów gegründet wurde. Für das Exekutivkomitee wurden am 28. Juli 1895 berufen: Dr. Karol Lewakowski (Vorsitzender)¹⁶², Henryk Rewakowicz und Jakub Bojko (Vertreter); Mitglieder waren: Wojciech Stręk, Florian Obwiński, Jan Orzechowski, Edmund Łoziński, Stanisław Stefanowski, Tomasz Szajer, Jan Furmanek, Błażej Pirog, als Vertreter: Stanisław Stojalowski, Jan Stapiński, Józef Jaegerman, Tadeusz Dwernicki, Roman Kulczycki, Jan Nowakowski, Maciej Bargiel, Jan Olszewski, Ernest Adam, Józef Gutowski.¹⁶³

In die heiße Phase des Ringens um die Mandate gingen die Bauernvertreter mit einem Wahlauftritt, der zugleich ein bescheidenes Programm der jungen Partei bildete. Gefordert wurde die Änderung des Wahlrechts - allerdings fehlte das Postulat der Einführung des allgemeinen Wahlrechts -, Presse- und Versammlungsfreiheit. In den ökonomischen Forderungen spiegelte sich dagegen das bäuerliche Demokratieverständnis wider, wo es hauptsächlich um die "gerechte Verteilung" ging. Es waren kleine, lokale Angelegenheiten angesprochen, Dinge aus dem bäuerlichen Alltag, wie gleiche Verteilung der Steuerlast, die Benachteiligungen durch das Jagd-, und Straßengesetz, Kredite für Kleinbauern, Kampf gegen den Wucher.¹⁶⁴ Das Programm trug noch die Handschrift des linken Flügels der

¹⁶¹ *Przyjaciół Ludu* 10 (1894).

¹⁶² KAROL LEWAKOWSKI (1836-1912) - Teilnehmer des Januar-Aufstandes von 1863 und einer der Gründer der TDP (Towarzystwo Demokratyczne Polskie); Einer der Initiatoren des *Skarb Narodowy*; Kämpfte gegen die Liga Narodowa (Nationale Liga), deren Mitglied er anfänglich selbst war, weil diese Organisation auf nationalistische Bahnen abwich und fortschrittliche Bewegungen bekämpfte; Als erster Abgeordneter verstieß gegen §11 und 14 des Statuts des Polenklubs und brach damit die Solidarität der polnischen Repräsentanz als er am 9.03.1896 für einen Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Gessmann im Abgeordnetenhaus stimmte (es ging darin um den Schutz des Versammlungsrechts).

¹⁶³ *Nowa Reforma* 127(1895); Sehr wenige Historiker machen darauf aufmerksam, dass die Gründungsversammlung des Bauernbundes 1893 weit mehr Teilnehmer hatte als der Kongress der Volkspartei 1895. Józef Ryszard Szaflik, der sich auf die Informationen der Statthalterei beruft, spricht von 250 Mitgliedern im ersten Fall (darunter 200 Bauern) und 84 Teilnehmende (darunter nur 30 Bauern) im zweiten Fall. Vgl. JÓZEF RYSZARD SZAFLIK, *Książd Stanisław Stojalowski – prekursor ruchu ludowego* [Pfarrer Stanisław Stojalowski – Vorläufer der Bauernbewegung], In: *Chłopi, naród, kultura*, Hrsg. Von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, Bd. II, S. 17; Über den Kongress der TDP am 28. 07. 1895 siehe auch MARIA EWA OŻÓG, *Powstanie Stronnictwa Ludowego* [Die Gründung der Volkspartei], In: *Chłopi, naród, kultura*, Bd. II, S. 23-32; Bericht vom Gründungskongress der Volkspartei, In: *Materiały źródłowe do historii polskiego ruchu ludowego* [Quellenmaterialien zur Geschichte der polnischen Bauernbewegung], Hrsg. von Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Stanisław Kowalczyk, Jan Molenda, Witold Stankiewicz, Warszawa 1966, Bd. I (1864-1918), S. 61-64.

¹⁶⁴ *Przyjaciół Ludu* 18(1895) sowie *Kurjer Lwowski* 224 (4.04.1895).

Lemberger Demokraten, aus dem bäuerlichen Milieu konnten sich höchstens die mittelgroßen Landwirtschaften damit identifizieren. Die Probleme des ländlichen und städtischen Proletariats blieben unberücksichtigt, was die galizischen Sozialdemokraten zur scharfen Kritik an der Volkspartei veranlasste.¹⁶⁵ Die Sozialisten und eine eigene nationale Partei der Juden waren übrigens Elemente, die zum ersten Mal auf der politischen Arena auftauchten. In dem jüdischen Organ *Przyszłość* (Zukunft) erschien das Manifest der gerade gegründeten „Politischen Gesellschaft der Juden Galiziens und Bukowinas“.

In der Aufbauphase der Volkspartei gebührte eine große Rolle engagierten Aktivisten, deren Herkunft sich direkt aus den bäuerlichen Kreisen herleitete und die als Vermittler zwischen der Parteispitze und dem Volk arbeiteten. Unter ihnen ragten besonders hervor der Publizist und Idealist Jakub Bojko (1857-1943) und Jan Stapiński (1867-1946), ein Agitationstalent, der der Bauernbewegung eine enorme Dynamik verlieh. Stapińskis Interesse für die Bauernsorgen leiteten sich aus der Tradition des Elternhauses her. In seiner Jugendzeit war er in patriotischen Jugendorganisationen "Orzeł Biały", "Liga Narodowa" und "Żuawi" aktiv. Stapińskis publizistische Tätigkeit in der Redaktion von *Wieniec-Pszczółka* und später *Przyjaciół Ludu* war sein Beitrag zur Bildungsarbeit unter der ländlichen Bevölkerung. Den Kontakten mit der fortschrittlichen Intelligenz und Wysłouch während seiner Studienzeit folgte die Arbeit in "Towarzystwo Przyjaciół Oświaty" (Gesellschaft der Bildungsfreunde) und anschließend die Tätigkeit als Sekretär im Zentralausschuss der TDP. Die Erwerbstätigkeit als Vertreter einer Versicherungsgesellschaft "Concordia" und später einer Kunstdüngerfabrik ermöglichte Stapiński den nahen Kontakt zu der Basis in jedem Winkel des galizischen Dorfes und machte ihn zum Kenner der dort herrschenden Verhältnisse. Sein Sinn für symbolische Gesten – die Bauern wurden von ihm persönlich begrüßt und umarmt – machte dieses Verhältnis zum Volk noch inniger. Die pragmatische Veranlagung des Aktivisten, die theoretischen Überlegungen wenig Platz einräumte, fand ihren Niederschlag in der hohen Zahl der organisierten Volksversammlungen. Nach Angaben Stapińskis gingen 12.000 auf sein Konto. Die große Überraschung, welche die Landtagswahlen von 1895 der galizischen Politikwelt bescherten, war auch Verdienst Stapińskis, der die Wahlaktion leitete und sich sichtbar zur führenden Kraft in der bäuerlichen Partei entwickelte.

Trotz der Bemühungen des Klerus - seine Feindseligkeit der Volkspartei gegenüber war durch die Aussagen der bäuerlichen Vertreter gegen jegliche Einmischung der Kirche in die Politik hervorgerufen und äußerte sich im gegenseitigen Schlagabtausch in der Publizistik - und der Bemühungen der Stańczyken, musste das Zentralwahlkomitee eine schwere Niederlage hinnehmen.¹⁶⁶ In Dąbrowa verlor der Präses des Wahlkomitees Józef Męciński gegen Bojko (53:99

¹⁶⁵ Vgl. *Naprzód* 31 und 33 (1895).

¹⁶⁶ Den Unmut der galizischen Bischöfe bekamen neben dem Presseorgan der Volkspartei *Przyjaciół Ludu* auch *Wieniec*, *Dzwon* und *Naprzód* zu spüren. Siehe dazu auch Stapiński an Średniawski vom 10.04.1895, AZHRL, ZAŚ-I/1.

Stimmen), in Wadowice musste sich das Mitglied des Herrenhauses in Wien, Dr. Fryderyk Zoll, gegen Antoni Styła geschlagen geben (64:141 Stimmen), in Myślenice verlor Popowski gegen Andrzej Średniawski, in Krakau Dr. Parzkowski gegen F. Wójcik, in Mielec W. Rey gegen F. Krempa, in Brzesko wurde Szymon Bernadzikowski gewählt, in Łańcut B. Żardecki, in Biała Kramarczyk, in Jasło Data, in Nowy Sącz Stanisław Potoczek, in Pilzno Warzecha, in Żywiec Szwed und in Przemyśl Nowakowski. Zu den erfolgreichsten Wahlregionen der Bauernpartei zählten Ropczyce, Rzeszów, Chrzanów, Tarnów. In Gorlice, Krosno, Grzybów, Tarnobrzeg und Wieliczka trennten die Bauern nur einige Stimmen von der Stimmenmehrheit.¹⁶⁷ Neun Mandatare der Volkspartei zogen in den galizischen Landtag ein. Am 28. Dezember 1895 fand die erste Sitzung des Landtagsklubs der Partei unter dem Vorsitz von Jakub Bojko statt.¹⁶⁸

Die erste Bewährungsprobe hat die Bauernpartei zwar bestanden, eine klare ideologische Linie der Partei steckte noch in den Kinderschuhen. Stapiński, der zu den radikalsten Funktionären gehörte, suchte Kontakt mit dem Bund der Bauernpartei, wogegen der gekränkte Stojałowski heftig protestierte. Die Gruppierung rund um die Gebrüder Potoczek kündigte ihre Bereitschaft an sich der Wahlaktion der PSL anzuschließen und auf diese Weise die Solidarität der volkstümlichen Elemente der Solidarität des Polenklubs entgegenzusetzen.¹⁶⁹ Da die Volkspartei auf das Prädikat "christlich" in ihrem Namen verzichtete und Stojałowskis Gelüsten auf die Parteiführung eine klare Absage erteilt wurde, ging der Geistliche getrennte Wege und stellte sich mit seiner eigenen Gruppierung, die sich an den Christlichsozialen unter Lueger in Wien orientierte, auf die Seite ihrer Gegner.

Eine neue Zäsur in den sozial-politischen Verhältnissen Galiziens brachte das Jahr 1896. Der Kampf um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Reichsrat rückte auf den ersten Platz im politischen Geschehen Österreichs. Obwohl keine der im Wiener Abgeordnetenhaus bisher maßgebenden Parteien an der Änderung der Wahlordnung interessiert war, sei es wegen der Angst vor radikalen Strömungen, sei es aus Sorge vor dem Verlust der gewohnten Position, schien der Polenklub am meisten zerrissen zu sein in einem Balanceakt zwischen der traditionellen Unterstützung der Regierung - diesmal zusätzlich verstärkt durch die Solidarität mit ihrem Landsmann Badeni - und der Ablehnung des Wahlprojekts. „In Galizien empfinden wir am wenigsten die Notwendigkeit einer Wahlreform“, ließ Andrzej Graf Potocki im Namen wohl aller Konservativen ihre Stellung zu den beabsichtigten Plänen verlauten.¹⁷⁰ Er wies dabei auf die Tatsache hin, dass die gesellschaftliche Entwicklung in Galizien wesentlich hinter derer der anderen Länder der Monarchie zurückblieb. Darüber hinaus war der Wahlzensus in den Landgemeinden in dem

¹⁶⁷ Siehe Kurjer Lwowski 267(26.09.1895) und 190(11.07.1901).

¹⁶⁸ Przyjaciół Ludu 1(1896).

¹⁶⁹ Nowa Reforma 20(26.01.1897).

¹⁷⁰ Vgl. Beilage zu Czas 45(24.02.1896).

östlichsten Teil Österreichs viel niedriger und es fehlte hier an einem größeren organisierten Arbeiterstand. Aus den Debatten rund um die Änderung der Wahlordnung sprach im Polenklub das Bedauern, dass die zwei wichtigen Faktoren, auf die bei allen Gesetzen geachtet wurde, nämlich der Grundsatz der Interessenvertretung und das Prinzip der Individualität der jeweiligen Kronländer nicht Hand in Hand ging.

Das Regierungsprojekt war bereits im Dezember fertig, aber Badeni wollte sich in einer so delikaten Angelegenheit zuerst Unterstützung sichern. Diese fand er bei den Jungtschechen, auch Gespräche mit Kaizl, Engel und Dipauli wurden geführt, bevor die endgültige Fassung am 15. Februar 1896 vorgestellt wurde. Das neue System hielt man im Polenklub für schlecht und halbherzig aber im Moment für den einzigen Ausweg. Schließlich bedeuteten allgemeine Wahlen noch lange nicht „gleiche“. Ob sie direkt oder indirekt erfolgen sollten, darüber wollte man die Landtage entscheiden lassen. Aber schon die Kräfteverteilung im galizischen ließ keinen Zweifel offen, dass an der indirekten Abstimmung nicht zu rütteln war. Der Polenklub versuchte noch mittels zwei Anträgen zu erreichen, dass die Aufteilung der für die V. Kurie vorgesehenen Mandate nach dem Bevölkerungsanteil der jeweiligen Länder erfolge und dass Galizien mehr Sitze bekäme. Beide Versuche wurden jedoch in der Wahlkommission abgelehnt (mit der Stimmmehrheit 18:8 und 14:9).¹⁷¹ Die V. Kurie der allgemeinen Wählerklasse sollte 72 Abgeordnete wählen (353 insgesamt), davon 15 aus Galizien (auf 78 Vertreter im Parlament aus diesem Kronland). Über die Halbherzigkeit des Projekts Badenis hatten sich allerdings nicht die polnischen Konservativen zu beklagen, sondern die Parteien und Fraktionen auf der harten Oppositionsbank.¹⁷² Die Wahlreform von 1896 war nur dem Anschein nach demokratisch. Ein Mandat in der Kurie des Großgrundbesitzes fiel auf 110 Wähler, während es in den anderen Kurien 30.000 Stimmbürger waren.¹⁷³ Außerdem waren die Wahlkreise sehr umfangreich, was die Agitation und die Verbindung der Mandatare zu den Wählern erschwerte.

Der glänzende Sieg der Bauernpartei von 1895 wiederholte sich nicht bei den Reichsratswahlen 1897 und konnte sich auch nicht wiederholen aufgrund der eingeschlagenen Taktik und der Uneinigkeit in der Fraktion (zu Mandaten kamen nur Bojko, Krempa und Wróblewski). Die Situation war anders als in dem Erfolgjahr, wo die Volkspartei im Großen und Ganzen als eine Einheit auftrat. Jetzt tauchten andere Oppositionsparteien (auch volkstümlichen Charakters) auf, die um Einflüsse im galizischen Dorf warben. Wie tief der Graben zwischen der Volkspartei und Stojalowski war, spiegelten die Worte Stapińskis

¹⁷¹ Vgl. Beilage zu Czas 51(2.03.1896).

¹⁷² STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATHES 1895, S. 22645, 22653, 22657.

¹⁷³ Siehe MICHAŁ SZANIECKI, Powszechna historia państwa i prawa [Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte], Warszawa 1979, S. 501.

wider, die der Obmann an seinen Parteifreund Andrzej Średniawski im November 1896 richtete: „Es gib keine Annäherung oder Einstellung des Kampfes gegen ihn [Stojałowski-Anm. T.S-N]. Seine Perfidie wird ihn selbst schlagen“. ¹⁷⁴

Als Kardinalfehler erwies sich, dass es nicht gelungen war, ein klares programmatisches Profil der Fraktion zu entwickeln. Die Kritik am Großgrundbesitz, welche die Partei bei ihren Anfängen so populär machte, und der Leitspruch Stapińskis "den Volksfeind bekämpfen, wo und wie es nur möglich ist" ¹⁷⁵, konnten dieses Defizit nicht ersetzen. Die Schwerpunkte, um welche die bäuerlichen Bemühungen kreisten, lagen überwiegend im ökonomischen Bereich. Dazu gehörten: Abschaffung des Protektionismus, Steuerreform, Flussregulierung, Erhöhung der Zahl der Schulen, Herabsetzung der Dauer der Militärpflicht, Abschaffung der Zahlenlotterie sowie Aufhebung des Journalistenstempels. ¹⁷⁶ Die viel besseren Wahlergebnisse bei der christlich-volkstümlichen Fraktion unter der Führung Stojałowskis waren eben auf ihr Parteiprogramm zurückzuführen.

Während die radikale Stimme innerhalb der Volkspartei kaum über eine verbale Kampfansage an die Unterdrücker des Volkes hinausging, nahmen einige Funktionäre der Fraktion (Lewakowski, Mikołajski) die Gunst der Stunde nicht wahr und appellierten nur an die wohlhabenden bzw. mittleren Bauern. Viele Kleinbauern und vor allem das Dorfproletariat lehnten sich unter diesen Umständen an die Sozialdemokraten an und standen unter dem Einfluss ihrer Zeitschrift *Prawo Ludu* (Das Recht des Volkes). Einigen unter den Abgeordneten der Volkspartei fehlte die politische Reife, der Sinn für eine echte politische Opposition oder schlicht und einfach das feine Sensorium für den richtigen Moment (so kündigte der Mandatar Bernadzikowski 1897 im Landtag den Beitritt der Volkspartei zum Polenklub an, wenn die kommenden Wahlen legal durchgeführt würden ¹⁷⁷). Die Darstellung der Sozialdemokraten in der Agitation als Schreckensbild entfachte nur den religiösen Fanatismus gegen Daszyński.

Der Wahlkampf des Jahres 1897 spielte sich in Galizien in der Kurie des allgemeinen Wahlrechts ab und in der Kurie der Landgemeinden, welche die klerikal-konservativen Gruppierungen für sich entdeckten – hier war für sie die Existenz der Wahlmänner und die Unkenntnis der Rechte beim Volk vom Vorteil –, nachdem ihnen die Kurie des Großgrundbesitzes zu eng wurde, und während sie bereits ihre Ex-Minister in der Kurie der

¹⁷⁴ Stapiński an Średniawski vom 11.11.1896, Archiwum Zakładu Historii Ruchu Ludowego-Zespół Andrzeja Średniawskiego [Archivum des Instituts für Geschichte der Bauernbewegung - Sammlung Andrzej Średniawskis] [später AZHRL-ZAŚ]-I/2, Warszawa.

¹⁷⁵ Brief Stapińskis an Karol Lewakowski vom 27.12.1898, AZHRL- ZL-11; Dass Stapiński keinen großen Wert auf die Ausarbeitung eines Programms zu diesem Zeitpunkt legte, sprach aus seinem Brief an Karol Lewakowski vom 17.12.1899, AZHRL, ZL-11.

¹⁷⁶ Vgl. *Nowa Reforma* 49(2.03.1897).

¹⁷⁷ Vgl. WILHELM FELDMANN, *Stronnictwa...*, Bd. II, S. 70.

Städte untergebracht hatten. In der V. Kurie, die in Galizien am 11. März 1897 ihre Vertreter zum Wiener Reichsrat wählte, endete die Abstimmung nur in sieben von den insgesamt dreizehn (außer Krakau und Lemberg) im ersten Urnengang. In weiteren sechs Kreisen waren engere Wahlen notwendig. Mit Spannung verfolgten die Konservativen den Wahlverlauf bei den Sozialdemokraten, die in Lemberg ihren Spitzenkandidaten Kozakiewicz durchsetzen konnten und in Krakau Daszyński. In der IV. Kurie gehörten in Ostgalizien die ruthenischen Radikalen zu den Hauptgegnern der Machthaber, im Westen des Landes die Volkspartei und die Stojałowski-Gruppe. Die achtbaren Erfolge des zentralen Wahlkomitees im Osten – hier erhielten alle aufgestellten Kandidaten Mandate (außer im Wahlkreis Jarosław-Cieszanów, wo sich Robert Cena von der Fraktion Stojałowskis durchsetzte) und auch in den Kreisen, die von den ruthenischen Radikalen und der Anhängerschaft Romanczuks¹⁷⁸ bedroht waren (hier besonders Tarnopol-Zbaraż-Skałat und Lemberg-Gródek-Jaworów), konnten polnische Kandidaten die Wahl für sich entscheiden – wurden von den Niederlagen in Westgalizien, in den Kreisen Wadowice, Myślenice, Krakau, überstrahlt.

Trotz der Niederlage der fortschrittlichen Fraktionen in der V. Kurie und insbesondere eines allgemeinen schwachen Wahlergebnisses der jungen bäuerlichen Fraktion – zwei Mandate holte sie sich in der Kurie der Landgemeinden (Bojko/Tarnów, Krempa/Ropczyce) und eines in der V. Kurie (Kubik/Wadowice) – erschütterten die Reichsratswahlen 1897 die Bastion der Reaktion. Zum ersten Mal in der Geschichte des österreichischen Parlaments stand eine Gruppe polnischer Abgeordneten – zusammengesetzt aus Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Stojałowski-Gruppe – außerhalb des Polenklubs.¹⁷⁹ Die Wichtigkeit dieser Situation erkannte allerdings nur Daszyński.

Die Uneinigkeit und die fehlende ideologische Untermauerung in der Volkspartei waren Erscheinungen, die auch weitere Jahre prägten und sich auch auf die kommenden Wahlen negativ auswirkten. Die Anfänge der Bauernpartei waren von Kämpfen an allen Fronten gekennzeichnet: gegen die Großgrundbesitzer und ihre politischen Repräsentanten – die Konservativen, gegen den Klerus, die Nationaldemokraten und die Christlichsozialen. Die

¹⁷⁸ Die Kandidatur Romanczuks, die auf den Wahllisten in vier Kreisen aufgestellt wurde – in Brzeżany, Stanisławów, Kałusk und Buczac –, konnte zu Fall gebracht werden. Von den ruthenischen Parteien gingen aus den Wahlen in der IV. Kurie fünf Mandate an die Gemäßigten (Karatnicki/Sambor, Wachnianin/Żółkiew Barwinski/Brody, Ochrymowicz/Stryj, der Geistliche Mandyczewski/Stanisławów), ein Mandat an die Gruppierung Romanczuks (der Geistliche Taniackiewicz/Złoczów) und eines an die Radikalen (Okuniewski/Kołomyja). So viele Mandate hatte nämlich den Ruthenen hier das zentrale Wahlkomitee eingeräumt.

¹⁷⁹ Von den 78 Abgeordneten, die Galizien in den Wiener Reichsrat wählte, stammten 15 aus der V. Kurie, 27 aus der Kurie der Landgemeinden, 13 aus den Städten, 3 aus den Handelskammern und 20 aus der Kurie des Großgrundbesitzes. Davon wurden 1897 gewählt: 58 Kandidaten des zentralen Wahlkomitees, 6 aus der Stojałowski-Gruppe, 3 Mandatäre der Volkspartei, 2 Sozialdemokraten, 6 ruthenische Gemäßigte, 2 Abgeordnete aus der Romanczuk-Fraktion und 1 ruthenischer Radikale. Vgl. *Gazeta Narodowa* 83(24.03.1897).

Haltung der Volkspartei gegenüber den Sozialisten schwankte.¹⁸⁰ Das Einwirken der sozialistischen Bewegung auf den ländlichen Bereich Galiziens war relativ unbedeutend. Die Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Teschener Schlesiens (PPSD) war reformistisch und mit dem Flair des Internationalismus belastet, was für die radikalen Elemente der Bauernbewegung keine verlässliche Stütze sein konnte. Alles, was die beiden politischen Lager verband, war der Kampf gegen die feudalen Überbleibsel und Missstände in Galizien. Es war aber kein gezieltes Zusammenwirken. In den Zeiten, wo die Sozialdemokraten (hauptsächlich in der Umgebung Krakaus) stärker auf das ländliche Proletariat einzuwirken versuchten, erlitt das gegenseitige Verhältnis eine sichtbare Verschlechterung. Auch in der Wahlkampagne zu den Reichsratswahlen 1897 nahmen die beiden Parteien an entgegengesetzten Polen Platz. Die Postulate der Arbeiterfraktion, die die Kerninhalte des Sozialismus widerspiegelten, wie etwa die Abschaffung des Privatbesitzes, Verstaatlichung der Grundstücke, der acht Stunden-Tag auch in der Landwirtschaft, Solidarität mit den Juden, Abschaffung der nationalen Privilegien (hier sprach sich die Volkspartei für die Bevorzugung der polnischen Bevölkerung bei der Durchführung großer Unternehmungen und Arbeiten im Lande aus) wurden von den Bauern abgelehnt. Während die Sozialdemokraten für die Abschaffung aller indirekten Steuern plädierten, gaben sich die Bauern mit der Aufhebung der Abgaben für notwendige Bedarfsartikel zufrieden. Eine ähnliche Position der beiden politischen Ausrichtungen zeichnete sich auch im Hinblick auf das herrschende Wahlsystem ab. Auch hier sprach die bäuerliche Vertretung von der Gleichstellung aller Berufsgruppen und von einer gerechten Mandatsverteilung, anstatt eine völlige Abschaffung des ungerechten Kurienaufteilung zu fordern.

Manchmal trugen gewisse Ereignisse dazu bei, dass sich das Verhältnis der beiden Parteien zueinander ein wenig entspannte, z.B. antisemitische Ausschreitungen in einigen Regionen Galiziens. Nachdem 1898 in 33 Kreisen der Ausnahmezustand ausgerufen worden war, wurden beide Parteien zu Leidgenossen, die von dem eingeführten Versammlungsverbot in gleichem Maß betroffen waren.¹⁸¹ Bei manchen Wahlen trat man zwar nicht in einem offenen Bündnis auf, aber man verhält sich loyal zueinander, wie etwa bei den Reichsratswahlen 1900.

Obwohl von den programmatischen Zielen her völlig verschieden, zeigte dagegen der rebellische Geistliche Stojalowski deutlich weniger Berührungsängste zu den Sozialdemokraten. Sein Wahlbündnis mit den Arbeitervetretern 1897 leitete sich aus der

¹⁸⁰ Es ist festzuhalten, dass auch die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber der Volkspartei nicht einheitlich war. Schon bei der Gründung der bäuerlichen Partei stand etwa der kritische Kommentar des Blattes *Naprzód* im krassen Unterschied zu der vom Herman Lieberman herausgegebenen Zeitung *Postęp*. Vgl. *Naprzód* 33(15.08.1895) und *Postęp* 3(1895).

¹⁸¹ Gegen diese Regelung stellte Daszyński 1898 einen Dringlichkeitsantrag im Reichsrat, wonach der Ausnahmezustand in zehn Kreisen Galiziens aufgehoben wurde.

momentanen Notlage des verfolgten Pfarrers her, der ein Mandat benötigte, um in den Genuss der Immunität zu kommen. Auch die Spitze der sozialdemokratischen Partei verfolgte hier ihre eigenen Ziele; man wollte die enorme Wirkung des Geistlichen auf die ländliche Bevölkerung und seine Popularität, welche der große Redner Karl Lueger der verführerischen Redensart des Pfarrers zuschrieb, in der Wahlkampagne ausnutzen.¹⁸² Bei der Wahlversammlung im ungarischen Exil, der auch der Arbeiterführer Daszyński beiwohnte, wurde beschlossen, in der V. Kurie die Sozialdemokraten und in der IV. die Volkspartei zu unterstützen. Das Kalkül Stojałowskis lief dabei darauf hinaus, dass die Sozialdemokraten mit ihren unpopulären Parolen ein bequemerer Partner waren, um aus diesem Zweckbündnis jederzeit wieder aussteigen zu können.

C. Im Sammelbecken der Oppositionsparteien. Die Suche der bäuerlichen Partei nach einem politischen Profil.

Die fehlende Präzisierung der politischen Ziele der Volkspartei bedeutete einen Nachteil. Die Ergänzungswahlen in den Wiener Reichsrat am 23. Juni 1898 brachten Stapiński, dem ein Sieg gerade in seinem Heimatwahlkreis Jasło-Krosno-Brzozów-Sambor-Lesko-Dobromil sehr wichtig war¹⁸³, zwar das ersehnte Mandat die anschließende Arbeit als Vorsitzender des Parlamentsklubs der Volkspartei bis 1900 allerdings beraubte das galizische Dorf seines leidenschaftlichsten Agitators und zwar zur Zeit, wo örtliche Organisationen der Fraktion ausgebaut gehörten und politische Erziehungsarbeit auf breiterer Ebene von Nöten war. Wer Volksparteiler war, zeigte einzig die Zahl der Leser des Blattes *Przyjaciół Ludu*.

Im Vorfeld der Landtagswahlen von 1900 erwartete man von der bäuerlichen Partei, dass sie angesichts des Zerfalls der volkstümlichen Kräfte in viele kleine Gruppierungen, die nicht bereit waren miteinander Kompromisse zu schließen, sich als tragende Säule der Bauernbewegung profilieren würde. Das Stimmungsbarometer deutete auf einen lebhaften Wahlkampf in den westlichen Teilen Galiziens hin, denn hier trafen alle Parteien aufeinander: die Sozialdemokraten, die Stojałowski-Gruppe, welche mit ihrer Kandidatenaufstellung mehr zur Zerschlagung des fortschrittlichen Lagers beitrug als zu dessen Konsolidierung, der kleine von Stojałowski abgesprungene christlich-volkstümliche Flügel Danielaks, der Bund der Bauernpartei, der einst im Landtag mit der Volkspartei eine Union bildend jetzt in der V. Kurie in Tarnów eigene Kandidaten gegen den Vorschlag der bäuerlichen Partei (Dr.

¹⁸² Über das Verhältnis der Sozialdemokraten zu Stojałowski vgl. IGNACY DASZYŃSKI, *Pamiętniki* [Tagebücher], Bd. I, S. 118f.

¹⁸³ Als zweiter aussichtsreichster Kandidat zu dem Mandat nach dem verstorbenen Abgeordneten Stanisław Wysocki war neben Stapiński der Abgeordnete W. Lewicki gehandelt, für den Stojałowski die Agitationskampagne startete. Über Befürchtungen, die mit dieser Wahl verbunden waren, siehe Brief Stapińskis an Karol Lewakowski vom 25.03.1898, AZHRL, ZL-11.

Winkowski) aufstellte, die Volkspartei, die katholisch-nationale Gruppierung unter der Führung des Geistlichen Michał Żyguliński, die Nationaldemokraten, die Stańczyken, gemäßigte Demokraten, die in ihrem endlosen Gezeter über den Polenklub auf das gemeinsame Programm vergaßen und vor einer Abspaltung standen, und schließlich die Parteilosen.

Mit der politischen Praxis bestens vertraut nutzten die konservativen Elemente in der politischen Auseinandersetzung jegliche ideologische Unsicherheitsmomente besonders bei jungen, noch unerfahrenen Gruppierungen aus. Gegenüber der Volkspartei nutzte man lange Zeit den Vorwurf der fehlenden nationalen Färbung. Und wenn wir bedenken, dass das nationale Bewusstsein der Bauern etwa in Großpolen sich bereits 1848 und bei denen im russischen Teilungsgebiet im Januaraufstand manifestierte, hatte dieser Vorwurf auch seine Berechtigung. Mittlerweile zielten die Konservativen auf die Niederlage Stapińskis hin als Revanche für dessen hartnäckiges Auftreten gegen den Polenklubbeitritt seiner Fraktion und bestimmten für dieses Vorhaben ihre ganzen Wahlgelder.¹⁸⁴ Der Gegenkandidat in der V. Kurie, den das zentrale Wahlkomitee unterstützte, war Jabłoński.

Im Gegensatz zum Stand der Dinge zu Ende der 80er Jahre, als die städtische Intelligenz mit ihrer skeptischen Haltung den bäuerlichen Mandaten gegenüber Wysłouch irritierte, missbilligten jetzt auch die Demokraten die Pläne der Konservativen, welche die Widerwahl der Spitzenkandidaten der Volkspartei Stapiński und Dr. Winkowski zu verhindern suchten. Zur nationalen Keule griffen die Konservativen, die paradoxerweise selbst am meisten eine Tendenz zur Aussöhnungspolitik mit den Teilungsmächten in ihrer Haltung erkennen ließen, aber auch im Verhältnis zu den liberalen Demokraten. Den Grund zur verschärften Kritik am demokratischen Lager lieferte die programmatische Revision, auf welche ein Teil der Partei im Frühjahr 1900 die Öffentlichkeit aufmerksam machte, und der darin in Erwägung gezogene Schwenk dieser Gruppe mehr nach links. Im Zusammenhang mit der sich im Lager der fortschrittlichen Demokraten abzeichnenden Richtungsdiskussion und der beabsichtigten Veränderung des Verhältnisses zu anderen Parteien, die von den Verfechtern einer „demokratischen Konzentration“ ins Visier genommen wurde (eine Annäherung an die Volkspartei war geplant, ein Bündnis mit der Stojałowski-Gruppe, allerdings am besten ohne deren Anführer, und sogar die Sozialdemokraten wurden nicht übergangen, obwohl aufgrund der programmatischen Unterschiede hier vielleicht nur ein taktisches Bündnis in Frage käme) und der Kritik an dem Zentralwahlkomitee, die in den Städten Kołomyja, Rzeszów, Nowy Sącz, Tarnopol, Kraków, Przemyśl und Sambor auf Resonanz stieß, fürchtete die Landesregierung ein Bündnis der Linksparteien mit katastrophalen Folgen für das konservative Lager.

¹⁸⁴ Vgl. Kurjer Lwowski 316(14.11.1900); Czas 270(3.12.1900).

Trotz der unterbreiteten Bereitschaft der so genannten „Sezessionisten“ unter der Führung des Abgeordneten Rayski zur „Reorganisation“ des zentralen Wahlkomitees, durch welche alle polnischen Fraktionen unabhängig von ihrer Färbung auf die Unterstützung dieser Wahlorganisation zählen könnten und welche möglicherweise eine der „politischen Schismen“ im Lande beenden würde, lief der Aufruhr im demokratischen Lager bereits auf eine Spaltung hin. Die Machthaber in Galizien liebäugelten mit diesen mehr nach rechts orientierten Elementen und boten für ein klares Bekenntnis zum zentralen Wahlkomitee und zur Solidarität des Polenklubs, die für die führende Kraft im Lande ein unantastbares *palladium* darstellte, mehr Chancen auf Mandate und damit die Fortsetzung der parlamentarischen Tätigkeit, die aufgrund der Entwicklungen in den eigenen Reihen nicht sicher war.

Im Moment aber spielte den Konservativen nicht nur der fehlende Schulterschluss der demokratischen Kräfte in die Hände. In Zeiten der hitzigen Wahlkampagnen erinnerte man sich in den reaktionären Kreisen nicht ohne eine gewisse Nostalgie an all die Ausnahmestände, in denen man einfach Volksversammlungen verbot und die bürgerlichen Freiheiten einschränkte. Oft wusste man sich mit Krankheiten zu helfen, die Galizien heimsuchten (das *Neue Wiener Journal* betitelte einst einen seiner Artikel "Galizien - ein Seuchenherd"). Typhus und Pocken lieferten einen willkommenen Anlass, der politischen Schikane den Anschein der Gesetzmäßigkeit zu geben. Aus Gesundheits- und Hygienegründen wurden auf diese Weise auch 1900 etwa Zusammenkünfte im Kreis Nadworna verboten.¹⁸⁵

Die große Zahl kleiner politischen Gruppierungen fand ihren Niederschlag in einem enormen Andrang der Wahlkandidaten. Selbst innerhalb der einzelnen Formationen ist es vorgekommen, dass Unzufriedene der Parteidisziplin den Rücken kehrten und auf eigene Faust um Mandate kämpften. Vor dieser Entwicklung konnten sich nicht einmal die Sozialdemokraten schützen, die am solidesten organisiert waren. Anders als bei den Wahlen in den Wiener Reichsrat konnte es bei einer solchen Stimmenzersplitterung bei den Landtagswahlen zu einer Verständigung der Kandidaten nach der ersten Abstimmung kommen und so einem Kompromisskandidaten der Sieg beim zweiten Urnengang garantiert werden, wobei sich in der Regel bei der engeren Wahl meist der reaktionäre durchsetzte.¹⁸⁶

Die Aufstellung etlicher Kandidaturen in den einzelnen Kreisen konnte man auch auf Seiten der Ruthenen beobachten. Einzig in den mittleren Teilen Galiziens, wo die Bevölkerung am stärksten vermischt war, zeichneten sich Wahlkompromisse zwischen der

¹⁸⁵ Kurjer Lwowski 337(5.12.1900).

¹⁸⁶ In der IV. Kurie wurde von den einzelnen Parteien und Gruppierungen folgende Zahl der Kandidaten aufgestellt: Stańczyken und Demokraten(21), Volkspartei(10), Stojalowski-Gruppe(10), Danielak-Flügel(5), Bund der Bauernpartei(3), Sozialdemokraten(2).

polnischen Volkspartei und den ruthenischen Bauern ab, „zwei unterdrückten Heloten“, wie jemand sagte. Dieser außergewöhnliche Umstand war im Osten des Landes, wo die Spannungen zwischen den beiden Nationalitäten gärten, natürlich nicht zu erwarten. Die demokratische Zeitschrift *Nowa Reforma* nahm dabei die Methoden des zentralen Wahlkomitees ins Kreuzfeuer der Kritik, das hier vor allem in der IV. und V. Wahlkurie Kandidaten unterstützte, die über wenig politische Erfahrung verfügten, und damit die Ruthenen unnötig provozierte.¹⁸⁷

Mit großem Interesse verfolgte man das Geschehen in den Wahlkreisen, wo die neuen Fraktionen ihr Glück versuchten. Die klerikale Bewegung unter der Führung des Geistlichen Żyguliński, die unter dem Mantel der katholischen und nationalen Ethik die Linie der Stańczyken verfolgte, expandierte über Krakau und Lemberg hinaus in die benachbarten Regionen der Kreise Tarnów, Pilzno, Busko. Die Aktionen der Gruppierung richteten sich gegen die Sozialdemokraten, die ihr in Krakau und Lemberg Paroli boten (heftige Angriffe in der Zeitschrift *Łączność*/ Verbundenheit/) und die Kandidaturen der Volkspartei, Winkowski und Bojko (*Kurjer Dąbrowski*). Die kleine Fraktion, die in ihrem Wahlauftritt gegen die Opposition auftrat und für eine bedingungslose Solidarität im Polenklub warb, rief andere Parteien zur Zusammenarbeit mit der katholisch-nationalen Gruppierung auf, wobei sie - bekannt als eine antisemitische Partei – nicht Halt gemacht hatte davor den Juden klarzumachen, dass sie bei ihr besser aufgehoben wären als bei den Sozialdemokraten. Die klerikale Publizistik rührte verstärkt die Trommel für ihre Propaganda. In dieselbe Kerbe wie das Blatt des katholisch-nationalen Flügels schlug die Zeitschrift *Prawda* (Wahrheit), die nach einem Jahr Pause wieder aktiv in das Tagesgeschehen eingriff, und sogar das Frauenblatt *Niewiasta*, das bisher keinerlei Interesse an der Politik zeigte.¹⁸⁸ Die galizischen Klerikalen, die im Abgeordnetenhaus in Wien so sehr die Obstruktion verurteilten, griffen während der Wahlkampagne selbst zu diesem Instrument. Der Geistliche Żyguliński, der auf der Volksversammlung in Trzemeśnia als Erster das Wort ergriff, sprach ein paar Stunden bis der letzte Hörer den Saal verließ, um den Auftritt Stojałowskis zu verhindern. Dasselbe Schicksal erlitt Stapiński 1900 auch in Tarnów.¹⁸⁹

Die zweite unter den neuen polnischen Gruppierungen des galizischen Parteienspektrums waren die ehemaligen Mitglieder der Stojałowski-Gruppe, die sich nach internen Spannungen mit dem Parteiobmann unter der Führung Danielaks und Lewickis (dazu gehörten auch der Geistliche Szponder, Ehrenberg, Ptak, Wojtyga) abspalteten und als eine

¹⁸⁷ Unter den Kandidaten, die von dem zentralen Wahlkomitee unterstützt wurden, stand im Kreis Borszczów der Bruder des Statthalters von Galizien Mieczysław Piniński.

¹⁸⁸ Einer der Mitgründer des Blattes *Prawda*, das seit 1895 gegen die Bauernbewegung gerichtet war, war der Bischof von Przemyśl Józef Pelczar.

¹⁸⁹ *Kurjer Lwowski* 301(29.10.1900)

antisemitische Formation ihren Wirkungsbereich auf die Kreise Krakau, Biała, Wieliczka und Nowy Sącz ausdehnten.¹⁹⁰

Das Ziel der Sozialdemokraten war es, das Mandat in der V. Kurie in Krakau für sich zu behalten. Dabei mussten sie mit dem Widerstand der Stojałowski-Gruppe rechnen, die nach dem Vorstoß des Jahres 1897 sich noch mehr Erfolg versprach und jetzt ihre ganze Kraft im Raum Biała, Żywiec, Chrzanów, Wadowice, Myślenice und Wieliczka konzentrierte. In diesem Wahlkreis lag ein Mandat in der V. und drei in der IV. Kurie in ihrer Reichweite, allerdings nicht ohne Druck der Sozialisten - die sich diesmal von dem Geistlichen distanzierten -, besonders in Umkreis von Biała, Żywiec und zum Teil Chrzanów. Von Krakau, Wieliczka und Myślenice drohte den katholisch-volkstümlichen Elementen ein Frontalangriff der Volkspartei, zum Teil der Partei Potoczeks, mit Sicherheit aber der Gruppe unter der Führung Danielaks und des katholisch-nationalen Flügels. Im Kreis Nowy Sącz, dem Heimatland des Bundes der Bauernpartei war mit dem Schlagabtausch zwischen den Potoczeks, der Stojałowski-Fraktion und den Sozialdemokraten zu rechnen. In Krakau selbst sollten Stańczyken, die Katholisch-Nationalen und Demokraten ihre Lanzen brechen.

Was konnte von den Zielen – vor allem von Seiten der Oppositionsparteien – erreicht werden? Der indirekte Wahlmodus (außer in Krakau und Lemberg) und der Druck der Verwaltung (in Stry Sambor wurde Rewakowicz verhaftet, in Wieliczka der Abgeordnete Wójcik) trugen zu den Erfolgen der konservativen Kräfte in der IV. und V. Wahlkurie bei. Mit der Niederlage der Volkspartei in der V. Kurie, wo die bäuerlichen Vertreter die Kreise Sanok (Stapiński) und Tarnów (Winkowski) verloren, war das Hauptziel der Konservativen erreicht. Die Bauernpartei konnte ihren Einfluss allein in der Kurie der Landgemeinden in Tarnów und Ropczyce verteidigen und gewann ein Mandat im Kreis Bochnia (Bojko, Krempa, Olszewski).

Der Polenklub konnte in der Kurie des allgemeinen Wahlrechts seine bisherige Position in neun Kreisen beibehalten, von den drei verlorenen gingen Rzeszów und Jarosław an die Stojałowski-Gruppe und Stryj an die ruthenischen Radikalen (Abgeordneter Kos). Zu den Zugewinnen zählten dagegen Sanok (von der Volkspartei), Borszczów (hier verlor der ruthenische Sozialdemokrat Jarosiewicz) und Tarnów (Stapiński). Zu dem zweiten großen Wurf der Konservativen gehörten Kreise, die dem Polenklub in der Kurie der Landgemeinden von der Stojałowski-Gruppe in den Schoß fielen – Łańcut, Krakau, Wadowice, Jarosław. Zur Niederlage des Geistlichen, der in Łańcut und Wadowice kandidierte, trug sein ehemaliger Parteikollege Szponder bei, der in Wadowice auf die eigene Kandidatur verzichtete und mit seiner ganzen Kraft den Bürgermeister Dr. Opydo unterstützte. Die Anhänger des

¹⁹⁰ Danielak und Lewicki erlebten in ihrem politischen Werdegang zahlreiche Metamorphosen. Beide waren vorher Demokraten, Mitglieder der Volkspartei, Anhänger der Stojałowski-Gruppe und schließlich bezeichneten sich als „nationale Antisemiten“, wobei Danielak sich vier Jahre früher als Judenfreund deklarierte. Siehe Kurjer Lwowski 301(30.10.1900).

unbequemen Pfarrers konnten einzig in der IV. Kurie in Biała und Rzeszów Erfolge verbuchen. Bevor allerdings der Volkstribun Stojalowski in zwei Wahlkreisen zu Fall gebracht wurde, ließ er mit originellen Vorschlägen zur Parteiorganisation aufhorchen. Laut seinem "Mandatstarif" sollte ein Abgeordnete nur sechs Jahre im Besitz eines Mandats bleiben und nach dieser Frist den Platz für andere räumen. Abgeordnete des Reichsrats sollten nicht gleichzeitig Landtagsmandatare sein, damit "das Volk mehr Verteidiger habe". Außerdem schlug Stojalowski vor, ein Zehntel der Tagegelder von Abgeordneten in der Klubkasse zu deponieren (300 zlr. in jährlichen Raten) und so einen Fonds zu schaffen für die Unterstützung all derjenigen, die Verfolgt wären oder durch Prozesse Schaden erleiden würden. Wohl in Anbetracht der kürzlich gemachten schmerzlichen Erfahrung sollte es auch eine Art Schutz vor Verrat und Abfall von Parteimitgliedern sein.¹⁹¹

Die ruthenischen Mandate wurden insgesamt um eins verringert. Die gemäßigten Elemente gingen aus den Wahlen geschwächt hervor (Verlust der Wahlkreise Sambor, Stryj an den Polenklub, Żółkiew an die ruthenische demokratische Konzentration). Brody, Stanisławów und Tarnopol konnten erfolgreich verteidigt werden, als Zugewinn zählte Kołomyja. Die oppositionellen Ruthenen erlitten eine Niederlage in Złoczów und Kołomyja, die demokratische Konsolidierung gewann Mandate in den Kreisen Kałusz und Brzeżany (bisher im Besitz des Polenklubs) sowie in Żółkiew, wo bisher ein Gemäßigter gewählt wurde.¹⁹²

Mandate der polnischen Opposition 1900 im Vergleich zu den letzten Reichsratswahlen:

	1897	1900
Sozialdemokraten	3	1
Stojalowski-Gruppe	7	5
Volkspartei	4	3
	14	9

Die Zeit zwischen den Parlaments- und Landtagswahlen 1900/1901 brachte eine Annäherung zwischen der Volkspartei und ihrem bisherigen Gegner Stojalowski mit sich. Es war ein gemeinsamer Anlauf für die Konsolidierung der Kräfte im volkstümlichen Lager, gleichzeitig aber ein Zeichen von Orientierungslosigkeit und fehlender Konsequenz seitens der Bauernpartei.¹⁹³ Stapiński, der zu diesem Zeitpunkt nur die Funktion des Sekretärs in der

¹⁹¹ Kurjer Lwowski 281(10.10.1900).

¹⁹² Vgl. Czas 304(14.12.1900) und 307(18.12.1900).

¹⁹³ Da sich in den Briefen Stapińskis zwischen dem 17.12.1899 und dem 14.09.1902 keine Eintragungen

bäuerlichen Formation ausübte, bekam von dem Parteivorsitzenden Henryk Rewakowicz freie Hand was die Politik und Organisation der Partei anging. Die Union der Parteien, die ihren nationalen, fortschrittlichen und antikirchlichen Charakter betonten und in ihrem gemeinsamen Programm das demokratische Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Institutionen und Organen der Verwaltung forderten, scheiterte aber Anfang Juni 1901 gerade in dem Moment, wo Stapiński zum Schulterschluss aller Unterdrückten aufrief und die Unterstützung des Geistlichen in der Wahlkampagne erwartete.¹⁹⁴ Trotz der Überraschung der breiten Öffentlichkeit erfolgte der Schwenk des unberechenbaren Geistlichen nach rechts nicht so unerwartet. Über die Absicht des Beitritts der vier Abgeordneten der Stojałowski-Gruppe (Bomba, Fijak, Szajer, Wilk) zum Polenklub waren nämlich die Abgeordneten Bojko und Krempa von der Volkspartei nicht nur unterrichtet, sie nahmen an der Sitzung der Fraktion des Pfarrers teil. Laut seinen Parteikollegen war der Polenklub auch für Bojko ein „ersehnter Hafen“.¹⁹⁵

Stojałowski verteidigte seinen Entschluss mit zwei Argumenten. In der Regelung des Rentenguts, mit der sich die letzte Landtagssession beschäftigte, schien der Geistliche den Einstieg der Regierungspartei auf den Weg der gesellschaftlichen und sozialen Reformen zugunsten der Arbeiterschaft und zwar ganz im Sinne der großen Enzyklika des Papstes Leon XIII. zu erblicken.¹⁹⁶ Außerdem hielt Stojałowski es für besser, auf den Polenklub von Innen einzuwirken und durch diesen auf die Änderung des Systems in Österreich Einfluss auszuüben.

Was bedeutete dieser Richtungswechsel Stojałowskis für die vor kurzem eingegangene Fusion mit der Volkspartei? Am 30. Juni tagte der Kongress der bäuerlichen Partei, wo es hieß, der Schritt des Geistlichen würde die Union zwar nicht sprengen, aber eine gemeinsame Arbeit unmöglich machen. Die Abgeordneten der Volkspartei ihrerseits einigten sich darauf, dem Polenklub nicht beizutreten.

Die Periode der herben Botschaften für die Volkspartei wollte nicht enden. Die herrschende Ohnmacht im fortschrittlichen Lager bestätigten die Landtagswahlen im September 1901, obwohl sich Stapiński ursprünglich optimistisch zeigte.¹⁹⁷ An die

befinden, kann man wohl davon ausgehen, dass die Parteiführung selbst auf diesen Deal mit dem Pfarrer - nach dem häufigen Entsagen einer solchen Zusammenarbeit - nicht stolz war.

¹⁹⁴ *Przyjyciel Ludu* 24(8.06.1901).

¹⁹⁵ Siehe WITOS, *Moje...*, Bd.I, S. 310.

¹⁹⁶ Unter dem Namen „Rentengut“ verstand man Landwirtschaften, die im Grundbuch als unteilbar fungierten und mit einem Kredit belastet waren, das in jährlichen „Rente“ zurückgezahlt werden sollte. Es waren Landwirtschaften mit der Fläche 3-60 ha, die jährlich einen Katastergewinn von nicht weniger als 50 und nicht mehr als 1000 Kronen einbrachten.

¹⁹⁷ Stapiński machte sich eher Sorgen um die Finanzen der Partei als um den Wahlausgang. Dazu siehe Brief Stapiński an Karol Lewakowski vom 25.03.1898, AZHL, ZL-11

bäuerliche Partei gingen nur drei Mandate (Bojko, Krempa, Stapiński). Die Wahlschlappe gab Anlass zur Polemik. Die Bilanz der Kritiker ließ sich in einer knappen Feststellung zusammenfassen - die volkstümlichen Fraktionen seien eine Armee ohne Offiziere, die liberal-demokratischen dagegen bestünden nur aus Offizieren und verfügten über keine Parteibasis.¹⁹⁸

Obwohl Stojalowski, ähnlich wie andere Oppositionsparteien, in seinem politischen Programm die Notwendigkeit der Änderung der bisherigen Wahlordnung für den Landtag und in andere Landesorganisationen (das geheime, allgemeine und direkte Wahlrecht), die Reform der Gemeindeordnung, gesetzliche Hilfe für die Bauernschaft, sowie Verbesserungen des Dienstverhältnisses für die Lehrer betonte, so bedeutete sein Rollenwechsel durch die Mitgliedschaft im Polenklub den Verzicht auf seine gewohnte radikale Linie und wurde als Verrat am Volk gedeutet. Diese Situation eröffnete eine neue Chance für die Volkspartei, sich als Anwalt der Unterprivilegierten zu profilieren, und das Ansehen der Fraktion unter den Bauern zu verbessern.

Eine neue Taktik verlangte ein neues Impressum. Stapiński, der 1902 Redakteur der bäuerlichen Zeitschrift *Przyjacieł Ludu* wurde, setzte jetzt auf verstärkte politische Propaganda. Von der sichtbaren Radikalisierung des Blattes legte die verschärfte Zensur Zeugnis ab. Allein im Jahre 1902 wurden fünfzehn Nummern konfisziert, hauptsächlich nach Artikeln, die sich mit der Kritik am Klerus befassten.¹⁹⁹ Es folgte der Organisationsausbau und die Arbeit am Programm. Die Basis der Volkspartei bildete das Dorf West- und Mittelgaliziens, viele Sympathisanten fand sie auch bei der Intelligenz der Städte, dem Kleinbürgertum und unter der akademischen Jugend.

Am 27. Februar 1903 wurde das neue alte Programm der bäuerlichen Partei präsentiert (Revision des Programms von 1895). Es war umfangreicher, um einiges klarer präzisiert. Neu war das Postulat der Sonderstellung für Galizien in dem Ausmaß, wie sie Ungarn seit 1867 genoss. Innerhalb des zentralistischen Systems wurde die Ausdehnung der Autonomie des Landes gefordert und Reformen der Verwaltung im demokratischen Sinne.²⁰⁰ Wie schon

¹⁹⁸ Kommentar zum Artikel eines unter dem Pseudonym Vigilax schreibenden Publizisten in der Zeitschrift *Kraj*, In: *Czas* 224(30.09.1901); Der neue Landtag setzte sich aus 161 Abgeordneten zusammen (12 Virilstimmen und 149 gewählte Abgeordnete). Davon wurden 101 Mandatare wiedergewählt: 39 aus den Landgemeinden, 20 aus der Kurie der Städte und 31 aus der Kurie des Großgrundbesitzes. Unter den neuen Mandataren stammten 35 aus der Kurie der Landgemeinden, 8 aus den Städten, 1 aus den Handelskammern und 4 aus dem Großgrundbesitz. Das 2/3 der Mandate des galizischen Landtags gehörte den Konservativen. In das Amt des Landesmarschalls wurde der Konservative Andrzej Graf Potocki berufen. Vgl. *Nowa Reforma* vom 20.09.1901.

¹⁹⁹ Siehe KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ, *Czasopiśmiennictwo...*, S. 178.

²⁰⁰ Man schrieb diese Forderung dem Einfluss des Nationalisten Władysław Studnicki zu, der schon bei anderen Parteien seine Erfahrungen machte; Zum Programm der Volkspartei siehe *Materiały źródłowe...*, S. 73-85.

bei anderen Angelegenheiten setzte sich der gemäßigte Flügel der Volkspartei auch im Verhältnis zum Klerus durch. Scharfe Attacken Stapińskis geschleudert gegen die hohe Geistlichkeit nahmen dem Radikalen andere Parteimitglieder (u.a. Bojko), die hier eine mildere Linie bevorzugten, übel.²⁰¹ Ein Symptom, das sich bei manchen Anlässen noch wiederholen wird - eine Trennlinie, entlang welcher die Interessen in der bäuerlichen Partei auseinander klaffen und schwerwiegende Folgen für ihr Bestehen bringen werden. Die in dem Programm von 1903 präzierte Stellung gegenüber dem Klerus richtete sich nicht gegen die Kirche als solche, denn die meisten Funktionäre waren tiefgläubige Menschen, sondern gegen ihr Eingreifen in die Politik, besonders als ein Faktor, der "auf Seiten der Unterdrückenden steht".²⁰²

Im September 1903 setzte der Bischof von Tarnów, Walęga, in seinen Bemühungen um die Einschränkung der Aktivitäten der Volkspartei seine stärkste Waffe ein. Er verhängte über ihr Presseorgan ein Leseverbot und drohte im Falle der Nichtbefolgung dieser Anordnung mit der Verweigerung der Absolution bei der Beichte.²⁰³ Das Verbot schien aber die Lust am Lesen noch zu steigern, denn nach einer kurzen Distanz vieler Abonnenten zum Blatt gewann es noch an Popularität. Allerdings bemühte man sich im bäuerlichen Lager unnötige Provokationen zu vermeiden.²⁰⁴

Die politische Emanzipation des Volkes und die Selbständigkeit des Landes Galizien sah man in einer engen Verbindung mit dem ökonomischen Fortschritt. Unter den Postulaten des Programms der Bauernpartei überwogen Forderungen ökonomischen und sozialen Charakters; Reform der Verwaltung (Forderung der Eingliederung der Gutshöfe in die Landgemeinden bei voller Beibehaltung der Autonomie der Letzteren), Industrialisierung des Landes, Steuerreform, Begünstigung der Erwerbsemigration, Begünstigungen für die Bauern bei der Landverteilung. In den kulturellen Angelegenheiten forderte die Partei freien Zugang zu den Schulen aller Art. An die Stelle der bisher geforderten bloßen Erweiterung des bestehenden Wahlgesetzes trat ein klarer Wunsch nach dem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrecht in den Reichsrat und den Landtag.

In den sozialwirtschaftlichen Angelegenheiten spiegelte sich die Interessenvertretung der reicheren Bauernschaft wieder. Es fehlte das Verlangen einer Agrarreform und damit die Befriedigung der Wünsche der ärmsten Schichten in der Hierarchie der ländlichen

²⁰¹ Siehe Briefe Jakub Bojkos an Karol Lewakowski, Hrsg. von Juliusz Albin und Józef Ryszard Szaflik, "Ze skarbca kultury", Z.27(1976), S. 103, 105 u.a.

²⁰² S. LATO, W. STANKIEWICZ, Programy stronnictw ludowych[Programme der volkstümlichen Parteien], Warszawa 1969, S.73.

²⁰³ Auf die Polemik der Volkspartei antwortete zuerst die klerikale Zeitschrift *Prawda* (siehe u.a.35(1.12.1896) ; Rundschreiben XVII des Bischofs vom 24.September 1903.

²⁰⁴ *Przyjacieł Ludu* antwortete auf das Rundschreiben des Bischofs am 23.01.1904; In der Ausgabe des Parteiblattes vom 17.01.1904 erfolgte ein Aufruf der Volkspartei zur Ruhebewahrung.

Bevölkerung. Die Gesellschaft im galizischen Dorf war nämlich alles andere als eine homogene Einheit, für welche so manche an der Spitze der Volkspartei sie halten wollten. Der Beginn des 20. Jh. brachte eine starke Polarisierung zwischen den einzelnen Berufsgruppen - hervorgerufen durch den Geldzufluss aus der Erwerbsemigration und den Erwerb von Grundstücken aus der Parzellierung der Gutshöfe - und damit eine Verschiebung der Interessen. Die wachsende Radikalisierung unter den Unzufriedenen fand ihren Ausdruck in den folgenden Agrarstreiks. Einzelne Proteste sind in Galizien ab 1899 zu datieren, in den Jahren 1902/03 nahmen die Streiks Massencharakter an.²⁰⁵

Die Revolution des Jahres 1905 im russischen Imperium berührte nicht nur Kongresspolen, sondern färbte auf die anderen polnischen Teilungsgebiete ab. Die politische Belebung in Galizien äußerte sich in der verstärkten Bestrebung des städtischen und ländlichen Proletariats nach der Verbesserung seiner gesellschaftlichen und ökonomischen Lage. In Ostgalizien kam diese Tendenz in den 1906 ausgebrochenen Agrarstreiks zum Vorschein. Solidarität mit den protestierenden ruthenischen Bauern zeigte die polnische Volkspartei in den Spalten ihrer Zeitschrift. Die anfängliche Sympathie wurde allerdings von zwei Faktoren getrübt. Zum einen waren es die nationalistischen Bewegungen, deren Spuren in dem verbesserten Programm der bäuerlichen Fraktion in zwei Punkten zu erkennen sind: 1) Es wurde das Vorrecht der polnischen Bevölkerung beim Erwerb von Grundstücken im Rahmen der Landverteilung gefordert, 2) Die Volkspartei sprach sich zwar für eine freie Entwicklung der verschiedenen Nationalitäten im Lande aus und forderte Glaubensfreiheit für alle Konfessionen, betonte aber zugleich die besondere Rolle des katholischen Glaubens.

Der zweite Faktor, der einem engeren Zusammenwirken zwischen den polnischen und ruthenischen Bauern im Wege stand, war die Tatsache, dass die Ambitionen der Bauernpartei - besonders ihres gemäßigten Teils - von Anfang an nicht in die Richtung einer Agrarrevolution in Galizien tendierten. Deshalb ging die Unterstützung der Aktivitäten, die damit verbunden waren, nicht über den Rahmen der Legalität hinaus.

Der Hauptkern der politischen Bewegung, welche die revolutionäre Welle aus Russland auslöste, konzentrierte sich in Österreich auf den Kampf um das allgemeine Wahlrecht in den Reichsrat. In der demokratischen Wahlreform sah man in Galizien den Weg zur Durchführung der langersehnten Agrarreform und zur Beseitigung der restlichen feudalen Relikte. Vor der Volkspartei stand eine schwierige Aufgabe. Sie hatte zu sorgen für einen Übergang von der politischen Phrase, die bekanntlich nur eine kurze Zeit eine berauschende Wirkung auf die Massen hatte, zu handfesten Errungenschaften.

²⁰⁵ „Der Streik der Bauern im Osten war nur eine spontane Reaktion der vom Feudalismus gequälten Massen, war nur ein klarer Protest gegen die unbegrenzte physische und moralische Macht der feudalen Schlachta“, klagte Semen Wityk über den Bauernstreik des Jahres 1902. Zitiert nach KIENIEWICZ, Galicja..., S. 336 aus SEMEN WITYK, Precz z Rusinami! Za San z Polakami ! [Weg mit den Russen! Hinter San mit den Polen!], Lwów 1903.

IV. Die christlichsoziale Richtung in der galizischen Politik. Die Anfänge des Katholischen Zentrums.

A. Politische und kirchliche Organisationen im Dienste der „christlichen Demokratie“.

Nachdem der katholische Bauernbund unter der Führung der Gebrüder Potoczek den von Stojałowski aufgenommenen Kampf gegen die kirchliche Oberschicht nicht teilen wollte und sich in politischer Hinsicht für einen seltsamen Spagat zwischen einer oppositionellen Kraft und einer die Regierung unterstützenden Partei entschieden hatte, die Volkspartei dagegen auf christliche Züge in ihrem Wesen verzichtete, konzentrierten sich die Bemühungen des Ex-Jesuiten auf die Gründung einer eigenen politischen Organisation.²⁰⁶ Mit der ihm eigenen Hingabe widmete sich Stojałowski der sozialen Frage, welche die Verantwortlichen in den europäischen Regierungen nach 1881 verstärkt zu erfassen und zu lösen versuchten. Dem Beispiel der katholischen Arbeit in Deutschland, Frankreich und Belgien folgend, die eine Antwort auf die Theorie *laissez faire, laissez aller* der liberalen Schule in der politischen Ökonomie sein sollte, schloss sich der Geistliche mit der von ihm zu Anfang des Jahres 1896 ins Leben gerufenen „Christlichen Volkspartei“ (Stronnictwo Chrześcijańsko-Ludowe) der christlichsozialen Bewegung an. Der Kongress der österreichischen Christlichsozialen im selben Jahr mit den führenden Köpfen wie Lueger, Lichtenstein, Gessmann fasste eine Reihe von Beschlüssen, die den Grundstein für die neue Bewegung legen sollten. Im Angesicht der näher rückenden Reichsratswahlen und der Angst vor der angekündigten Kurie des allgemeinen Wahlrechts wollte man gewisse Themen, wie etwa Schutz der Lehrlinge, Gründung von Vereinen für Meister und Gesellen oder Bau der Arbeiterhäuser, anschnitten, um die Arbeiterkreise für sich zu gewinnen.

Parallel zu den Anstrengungen der Politikwelt hinsichtlich der neuen Herausforderungen der Zeit gingen die Bemühungen der Kirche um Lösungen für die aktuellen sozialen Probleme. Angeregt durch Impulse von der höchsten katholischen Instanz, der im Mai 1891 veröffentlichten Enzyklika des Papstes Leon XIII. „*Rerum novarum*“, wurde die Soziallehre vor allem von den Jesuiten getragen. In Galizien riefen die Geistlichen Jan Gnatowski und T.J. Ledóchowski zur Beteiligung von Kirchenmännern an der sozialen Arbeit auf. Während Stojałowski mit seinem im Sommer formulierten christlichsozialen Programm auf den Wählerfang unter Arbeitern, Bauern und Kleinbürgertum ging²⁰⁷, suchten die Vertreter der

²⁰⁶ Stojałowski bevorzugte im Namen der Partei statt „bäuerliche“ die Bezeichnung „volkstümliche“, war für ein kürzeres Statut und hatte Vorbehalte gegen vier Verwandte der Potoczeks im Vorstand der Partei. Vgl. *Wieniec Polski* 1(4.12.1894); Über die endgültige Benennung der bäuerlichen Partei entschied in Lemberg am 2.01.1895 ein dreizehnköpfiges Gremium.

²⁰⁷ Detailliertes Programm siehe *Wieniec Polski* 4(Februar 1896), 5,6 (März 1896).

offiziellen Kirche, die zunehmend auf den sozialistischen Versammlungen auftauchten (u.a. Jan Badeni, Michał Żyguliński, Sopuch, Łobaj), die Arbeiter in Vereinen zu organisieren. Die erfolgreichsten entstanden in Krakau („Przyjaźń“/Freundschaft), Lemberg („Jedność“/Einigkeit), Tarnów („Praca“/Arbeit), („Gwiazda“/Stern). Auch eine Schar weltlicher Aktivisten, darunter verdiente Personen aus der Wissenschaft wie der Krakauer Universitätsprofessor Dr. Milewski und sein Lemberger Kollege Prof. M. Thullie, sowie J. Przygodzki und Tadeusz Cieński, schloss sich der katholischen Bewegung an.

Die christlichsoziale Politik, die soziale Missstände auf der Grundlage christlicher Wertvorstellungen zu lösen versuchte, war gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie gerichtet. Der Klerus warf der traditionellen Arbeitervertretung vor, sie sei, trotz der Kritik am Kapitalismus, an großen ökonomischen Reformen, sprich Regelung der Besitzverhältnisse, nicht interessiert. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten würden durch die fortschreitende Pauperisierung der Gesellschaft an Basis gewinnen.²⁰⁸ Trotz dieser entgegengesetzten Anschauungen überdauerte der taktische Kompromiss Stojalowskis mit dem Anführer der galizischen Sozialdemokraten den Aufenthalt des Pfarrers im ungarischen Exil, seine Gefangenschaft in Pest und späteren Aufenthalt in Böhmen und kam während der Reichsratswahlen zur Geltung.²⁰⁹

Dem Wahlauftritt Stojalowskis 1897 war eine beträchtliche Resonanz beschieden. Obwohl in den Postulaten sicher auch viel Demagogie steckte, klangen sie radikaler und kamen sichtbar besser bei den Wählern an als etwa die der Volkspartei. Die Postulate bezogen sich auf den Bildungssektor, umfassten den religiösen, sozialen, politischen, nationalen und ökonomischen Bereich.²¹⁰ Gefordert wurde u.a. kostenlose Bildung in allen Schularten, Befreiung des Schulwesens vom Einfluss des Staates, demokratisches Wahlrecht, Freiheit der Presse, Abschaffung besonderer Privilegien für bestimmte Gruppen und Berufe (Schlachta, Kapitalisten, Beamte, Heerwesen). In dem Programm durften natürlich Lösungen in der Bauernfrage nicht fehlen wie Revision der Indemnitäts- und Servitutenfrage, Einführung selbstverwaltender landwirtschaftlicher Genossenschaften, Schutz der Bauern vor dem Wucher, Erleichterung bei der Rückzahlung der Schulden, die beim Ankauf der Grundstücke aus der Parzellierung entstanden, Abschaffung der Ungleichheit in der Besteuerung sowie die Änderung des Jagd- und Fischfanggesetzes. Stojalowskis Programm beinhaltete die Förderung der Entwicklung

²⁰⁸ Vgl. MICHAŁ ŻYGULIŃSKI, Kilka myśli z kwestii socjalnej na tle encykliki „Rerum novarum” [Ein paar Ideen zur sozialen Frage auf Grund der Enzyklika „Rerum novarum“], Tarnów 1899, S. 37; Das Presseorgan der Sozialdemokraten *Naprzód* kritisierte seinerseits u.a. den von den Geistlichen ins Leben gerufenen Verband der handwerklichen Jugend „Praca“. Vgl. *Praca* 1(4.06.1893).

²⁰⁹ Bevor Stojalowski Galizien verließ, übergab er seine Zeitschrift und die Druckerei in die Obhut Daszyńskis. Siehe *Naprzód* 46(1895).

²¹⁰ *Wieniec Polski* 2(Februar 1897).

der Gesetzgebung für Arbeiter (u.a. die achtstündige Arbeitszeit, Schutz der Frauen und Kinder vor der Arbeitsüberlastung), Lösung der Fragen innerhalb der Fabrikindustrie und des Handgewerbes.

Die Reichsratswahlen 1897 sprachen Bände und waren ein Denkmäler für die Bauernpartei, die schmerzhaft erfahren musste, dass die Attacken auf den Polenklub allein für die Konsolidierung der bäuerlichen Kräfte nicht ausreichend waren. Obwohl die Volkspartei ähnlich wie 1895 ein Wahlbündnis mit dem Bauernbund der Gebrüder Potoczec verband und Stojałowski mit der hohen Geistlichkeit im Streit lag, fiel die Zahl der gewonnenen Mandate bei den Christlichsozialen doppelt so groß aus (Robert Cena, Michał Danielak, Jan Kubik, Andrzej Szponder, Tomasz Szajer, Jan Zabuda).²¹¹ Das taktische Wahlbündnis des Pfarrers und der Arbeiterpartei, das eine Antwort auf das Liebäugeln der Potoczeks mit den Stańczyken und die Verständigung des Bauernbundes mit der Volkspartei war, trug seine Früchte. Die Stimmen der Christlichvolkstümlichen verhalfen Daszyński in Krakau und Piotr Cingr in Schlesien zum Sieg, der Kandidat der Stojałowski-Partei, Kubik, dagegen wurde von den Sozialdemokraten im Kreis Chrzanów erfolgreich unterstützt.

Allerdings war die neue Situation, der sich die Konservativen gegenübersehen, nämlich, dass eine Oppositionsgruppe außerhalb des Polenklubs stand, nur von kurzer Dauer. Die Karten wurden neu gemischt als Stojałowski gerade am Höhepunkt seiner Politik plötzlich seine Taktik änderte. Der Geistliche befand sich in einer ungünstigen Position. Zum Exil verdammt, konnte er selbst nicht kandidieren. Stojałowski war fest davon überzeugt, dass Stapiński die Führung in der bäuerlichen Bewegung für sich beanspruchen und das Programm von Rzeszów durchbringen konnte, weil er selbst sich zu dieser Zeit nicht auf freiem Fuß befand. Der Pfarrer zeigte sich versöhnlich, ging nach Rom und bekam am 8. September 1897 seine Begnadigung. In der Öffentlichkeit dementierte Stojałowski, dass das kein Kanossagang sei, seinem Bündnispartner Daszyński dagegen stellte er alles als ein politisches Manöver dar.²¹² Als Nächstes folgte aber eine Annäherung Stojałowskis an die Konservativen bei einem slawischen Bankett in Krakau und schließlich die Abstimmung für Badeni am 14. November 1897 während der Spannungen im Parlament.

Die Turbulenzen im Wiener Abgeordnetenhaus wurden durch Badenische Sprachverordnungen für Böhmen und Mähren ausgelöst, gegen welche die deutschen Liberalen Sturm liefen. An diesen Protest knüpfte man zugleich einen Antrag, alle unter dieser Verordnung unterzeichneten Minister unter Anklage zu stellen. Als sich gegen die Regierung des polnischen Ministerpräsidenten die ganze Linke von den Liberalen bis zu den Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus stellte, wurden die oppositionellen polnischen Parteien vor eine schwere Entscheidung gestellt – gegen das verhasste Badenische System des Drucks und der Repressalien oder für eine slawische Politik? Stojałowski und vier

²¹¹ *Wieniec Polski* 4 (März 1897).

²¹² Laut Zeitungsberichten suchte Stojałowski durch die angebliche Vermittlung der Gräfin Potocka einen Kontakt mit dem Lemberger Erzbischof Seweryn Morawski, der seinerzeit die Herausgabe der Zeitschrift *Wieniec* zu verhindern suchte. Siehe *Kurjer Lwowski* 148(29.05.1898).

Abgeordnete seiner Gruppe (Cena, Szajer, Zabuda) entschieden sich – diesmal auf derselben Linie wie der von ihnen so kritisierte Polenklub - für die zweite Variante, mit der Begründung - die eigentlich ein Wunschdenken war - Badenis Politik würde Österreich auf neue Gleise lenken und einen deutsch geprägten Staat in einen mit slawischen Merkmalen versehenen umwandeln.²¹³

Mit diesem Schritt erreichte der leidenschaftliche Politiker Stojałowski allerdings einen Pyrrhussieg. Er wurde zwar vom kirchlichen Bann befreit, durch seine Aussöhnung mit der Regierung aber, die ab dem 3. Februar 1898 ihren Niederschlag in der Tätigkeit des Geistlichen auf dem parlamentarischen Boden fand, entledigte sich der Christlichsoziale seiner politischen Selbständigkeit. Die Tatsache, dass Stojałowski bei der Aussöhnung mit der Zentralregierung von Badeni - demselben Badeni, den er so oft für sein „Wachen“ über den Verlauf der Wahlen in Galizien kritisierte - auch Geld bekam, diskreditierte den hitzigen Politiker bei anderen Parteien.²¹⁴ Obwohl Beobachter der politischen Szene nicht zum ersten Mal von Stojałowski einem Wechselbad der Gefühle ausgesetzt wurden, fiel die Front gegen den unberechenbaren Geistlichen diesmal besonders hart aus. Zuerst kündigten ihm die Sozialdemokraten die Freundschaft und starteten eine regelmäßige Berichterstattung über die Tätigkeit des "politischen Betrügers" in ihrer Zeitschrift *Naprzód*.²¹⁵ Einen lauten Widerhall fanden die von Daszyński in London gedruckten persönlichen Briefe Stojałowskis an den Anführer der Sozialdemokraten und seine Partei unter dem Titel „Pfarrer Stojałowski anhand eigener Briefe und Schriften“ u. a. mit dem berühmten Bekenntnis des Geistlichen „schon immer ein Sozialist gewesen zu sein“.²¹⁶

Erklärungsbedürftig war das Verhältnis des Obmanns der Christlichsozialen zu den Juden. Einerseits gab er sich als ein Antisemit aus, der auf Konfessionsschulen in Galizien bestand und während der größten Agitationen gegen die jüdischen Mitbürger gerade in Nisko und Łańcut (sein Parteifreund Lewicki in Krosno) - Orte mit den meisten Ausschreitungen - als Regierungskandidat zur Wahl schritt. Andererseits konnte man Stojałowski allem voran während der Verfolgungszeit seitens der Regierung und der Bischöfe 1895-96 enge Kontakte zu den Politikern Leser, Adler, Czaki, Feldman, Zipser und der Redaktion der Zeitschrift *Zeit* nachweisen. Bände sprachen auch die Wahlakten, laut welchen Juden zu den Wählern des Christlichsozialen zählten.

Die patriotische Saite im Lande berührend musste der Geistliche zu den Vorwürfen der Nähe zu den Moskalophilen gerade stehen. Stein des Anstoßes - nicht nur bei der politischen Konkurrenz,

²¹³ *Kurier Lwowski* 22(Nov. 1897); *Wieniec Polski* 22, 23(November 1897); Der Rest der Christlich-volkstümlichen (Danielak, Szponder und Kubik) enthielten sich der Stimme gemeinsam mit der Mehrheit der deutsch-katholischen Bauernparteien, den Ruthenen (außer dem Abgeordneten Lupul), den Kroaten und Slowenen.

²¹⁴ *Przyjacieł Ludu* 32(10.11.1898) erwähnt eine Summe von 1000złr; Aus Stojałowskis Sicht war das von ihm angenommene Geld eine Art Entschädigung für jahrelange Verfolgung, Gefangenschaft, und zahlreiche Prozesse.

²¹⁵ *Naprzód* 50(Dez. 1897).

²¹⁶ In dem Artikel „Denuntianten“ des Presseorgans *Wieniec Polski* 14(10.05.1898) machte Stojałowski seiner Enttäuschung über Daszyński Luft.

sondern auch in eigenen Reihen - waren die Kontakte des Geistlichen mit der russischen Botschaft in Wien, dem russischen General Brok und die Verbreitung moskalophiler Propaganda in den von Stojałowski verfassten Artikeln in der russischen Presse. Die hier zur Schau getragenen Überzeugungen des Pfarrers was die nationale Haltung Russland gegenüber betraf, stimmten nicht mit denen überein, zu welchen sich die christlichsoziale Partei in ihrem Programm bekannte.

War feindliche Haltung den Tschechen gegenüber einst von Stojałowski selbst dem Polenklub vorgeworfen worden - dieser plädierte seinerzeit für die Einführung des Belagerungszustands in Prag und behielt für sich während des deutsch-tschechischen Streits um die Sprachverordnung aus Sorge um das Schicksal der Stańczyken bei den kommenden Wahlen die Politik „der freien Hand“ vor, was mit anderen Worten eine Absage an die tschechische Obstruktion und Lahmlegung der parlamentarischen Arbeit bedeutete -, so wurde dem Geistlichen jetzt ein Zickzack Kurs in derselben Angelegenheit zur Last gelegt. Gemeint war seine Propaganda und die u.a. während der Versammlung der Stojałowskis-Gruppe am 25-26. März 1898 in Krakau in den Raum gestellte Sorge um den wachsenden Einfluss der Tschechen in Schlesien.

Während bei den Christlichsozialen Rufe laut wurden, dass die Äußerungen des Parteiobmannes die Organisation um politische Freunde im Parlament bringen würde²¹⁷, versuchte die Volkspartei politisches Kleingeld aus dieser Kampagne für sich zu schlagen. Nicht nur, dass die bäuerliche Fraktion deutlich zwischen dem Anführer der Christlichsozialen mit seinem fragwürdigen Polit-Stil und seiner Gruppierung differenzierte, die durchaus als bündnisfähig empfunden wurde.²¹⁸ Die Führung der Bauernpartei versuchte dem in Teschener Schlesien engagierten Stojałowski Konkurrenz zu machen, indem sie Kontakte mit Franciszek Friedl, dem Organisator der dortigen polnisch-nationalen Bewegung, knüpfte.²¹⁹

Die Enthüllungen über Stojałowski erschwerten die Wahlkampagne der Christlichvolkstümlichen.²²⁰ Der Unmut des Volkes war bei den Volksversammlungen zu spüren, wie etwa in Lutowiska, wo die Wähler gegen die Kandidatur Dr. Lewickis heftig opponierten oder in Ustrzyki, wo Schwierigkeiten mit der Vermietung des Saals für eine Wahlversammlung auftauchten. Die Unentschlossenheit in der Judenfrage, die prorussischen Äußerungen, die labile Position gegenüber den Tschechen, die Willkür des Parteiobmanns was seine Rechtfertigung für all diese Vorwürfe betraf, führten zu Misshelligkeiten in der Partei. Im Juni 1898 munkelte man bereits, dass die beiden Aktivisten, Danielak (seit 1897 Reichsratsabgeordneter aus dem Kreis Krakau-Wieliczka-Chrzanów) und Szponder (gewählt in

²¹⁷ Obrona Ludu 1(26.11.1898).

²¹⁸ Stapiński an Wysłouch vom 10.10.1898, Ossol. 7183, S. 167-170.

²¹⁹ Stapiński an Wysłouch vom 22.10.1898 und 27.10.1898, Ossol. 7183, S. 199-201 und 203-205.

²²⁰ Es folgte auch eine Reihe von Prozessen, die Stojałowski gegen den Redakteur der Zeitung Dziennik Polski, gegen Kurjer Lwowski, gegen den Herausgeber des Blattes Przegląd Wszechpolski, und gegen den Sozialdemokraten Marek für seinen Artikel in Naprzód wegen Verleumdung führte. Die Urteile in allen Fällen fielen für den Obmann der Christlichsozialen ungünstig aus.

demselben Jahr im Kreis Wadowice-Myślenice) einen Alleingang ohne Stojałowski planen, aber nicht das nötige politische Gewicht und Charisma hätten, um die Wähler mitzureißen. In zweierlei Hinsicht hatte diese Vermutung ihre Richtigkeit. Am 20. Oktober 1898 verkündete der Abgeordnete Lewicki seinen Rücktritt aus dem Klub der Christlichsozialen und kurz darauf am 4. November kam es zur Abwendung der Mandatare Danielak, Szponder und Zabuda von Stojałowskis Führung.²²¹ Die Abtrünnigen mit ihrem Presseorgan *Obrona Ludu* (Volksschutz), das sich bei jeder Gelegenheit von Stojałowski distanzierte, führten im Grunde genommen ein Schattendasein - hatten sie ja dasselbe politische Programm und was die Haltung den jüdischen Mitbürgern gegenüber betraf auch den gleichen Stil.

Politische Schlachten gehörten eindeutig zum natürlichen Element des Geistlichen. Trotz der Aussöhnung mit Rom ging das Ringen mit den Bischöfen, die weiterhin auf ihrem Leseverbot für *Wieniec-Pszczółka* beharrten, weiter allerdings weniger stürmisch. Eine Zielscheibe blieben nach wie vor die Stańczyken, verstärkt konzentrierte sich Stojałowski auf die Sozialdemokraten und alle, die seiner Meinung nach für die Zersplitterung der volkstümlichen Bewegung verantwortlich waren. Als Parlamentarier verlor Stojałowski an Autorität im galizischen Dorf, der Zauber der Soutane verflog damit aber nicht ganz. Der Geistliche verlagerte seine Agitation nach Biała, zu den Bauern, die zusätzlich in den Fabriken arbeiteten, und konnte hier - ähnlich wie der Geistliche Żyguliński in Tarnów - eine Schar von Anhängern für seine politische Ideen mobilisieren.

Noch im Juni 1900 beschloss der Rat der Christlichsozialen bei seiner Zusammenkunft in Krakau - wohl nach den schmerzhaften Erfahrungen mit den Sozialdemokraten - keine Wahlbündnisse mit anderen Gruppierungen einzugehen. Prinzipien und politische Programme schienen ein unüberwindbares Hindernis zu sein. Selbst mit der Entscheidung wem sollte man die Vorzugsstimme geben im Falle einer engeren Wahl zwischen zwei Gegnern der Christlichvolkstümlichen, tat man sich schwer.²²² Obwohl Stojałowski das Wahlbündnis zwischen den städtischen Demokraten und der Volkspartei Stapińskis wegen der unterschiedlichen Einstellung der beiden Parteien zum Polenklub ein „schändliches“ nannte - diese Verbindung kam im politischen Alltag tatsächlich alleine in einer wohlwollenden Haltung der demokratischen Presse der Bauernpartei gegenüber zum Ausdruck -, war auch ihm bewusst, dass gegen die Politik der Konservativen, die auf die Zerschlagung der fortschrittlichen Kräfte ausgerichtet war, nur eine Linie „*viribus unitis*“ eine wirksame sein

²²¹ Vgl. Kurjer Lwowski 304(2.11.1898), 314(12.11.1898).

²²² In der Region um Sędziszów bei Krakau hat man sich für die Unterstützung des Kandidaten Bomba in der V. Kurie und Krempa in der Kurie der Landgemeinden geeinigt, unter der Bedingung, dass der Letztere dem Klub der Christlichsozialen beitreten und die darin geltenden Linien annehmen würde. Im Bezirk Pilzno dagegen beschloss man im Falle einer engeren Wahl den Kandidaten der Volkspartei, Dr. Winkowski, gegen den Geistlichen Żyguliński von der katholisch-nationalen Gruppierung zu unterstützen. Vgl. *Wieniec-Pszczółka* 43(4.11.1900).

konnte. Zeigten doch die jüngsten Ereignisse in Teschen, wo sich in der Wahlversammlung im Oktober 1900 unterschiedliche Gruppierungen (katholisch-nationale Partei, evangelisch-nationale und tschechische) auf eine gemeinsame Linie einigen konnten, um gegen die Deutschen wirksam aufzutreten, dass solche Experimente unter Umständen durchaus erfolgreich sein konnten. Bekräftigt wurden Stojalowskis Überlegungen durch die Erfolge des Zentralwahlkomitees in fünfzehn Bezirken Galiziens in der Kurie der Landgemeinden (Giżowski, Włazowski, Potoczek, Komorowski, Pastor, Weisel, Tyszkowski, A. Gołuchowski, Jan Potocki, Błażowski, Merunowicz, Opydo, Chamiec, Karol Graf Dzieduszycki, Wojtyga)²²³ und den Wahlverlauf in der Kurie des allgemeinen Wahlrechts, der zum Teil die Grenzen der Legalität überschritt und schließlich in Straßenkrawallen mündete. Obwohl der Geistliche wieder seine vitale Kraft demonstrierte und seine Fähigkeit die bäuerliche Mentalität für sich zu nutzen unter Beweis stellte, seine Partei sich als die straffeste und disziplinierteste aller volkstümlichen Gruppierungen zeigte, war der Fall der Frontmänner Stojalowski und Stapiński doch eine schmerzhaft Erfahrung für die Bauernbewegung. Die Christlichsozialen konnten von zehn aufgestellten Kandidaten in der IV. Kurie nur zwei und in der V. Kurie drei durchbringen (Maciej Fijak/Wadowice, Antoni Bomba/Rzeszów, Andrzej Wilk/Jarosław).

Die Zersplitterung der Bauernbewegung - selbst die Gruppierungen christlicher Prägung waren durch Differenzen auch persönlicher Natur getrennt, wie z.B. durch den Kampf zwischen Potoczek und Kramarczyk um die Führung im Bund der Bauernpartei (ZSCh) - bot dem Volk nicht gerade eine Orientierungshilfe, was nur den Stańczyken von Nutzen war. Diese bildeten bereits mit ihrem ostgalizischen Partner - zumindest nach außen hin - eine Einheit, während die Oppositionskräfte auf sechs Klubs aufgeteilt waren: die liberalen Demokraten, deren Sezession, die bereits zu den Stańczyken aufschaute, die Christlichsozialen, die Volkspartei und zwei ruthenische Klubs: die Gemäßigten und Radikalen. Unterschiede in religiöser Hinsicht (der Bund der Bauernpartei war zwar eine katholische Organisation, verhielt sich für Stojalowski allerdings zu loyal den mächtigen Kirchenmännern gegenüber, die Volkspartei unterschied deutlich zwischen der Politik und der Religion und die Sozialdemokraten hielten die Glaubensfrage für eine Privatsache) ebneten dagegen den Weg für die Bischöfe und ihre katholisch-nationale Organisation, die zwar die Parole der "Harmonie der Stände" verbreitete, aber sich mit der Gleichstellung der Bauern und der Arbeiter darin schwer tat.

Als Gegengewicht zu den zwei gesellschaftlichen Kräften, „die an der Verminderung der Bürgerrechte beteiligt waren“ - den Konservativen und den katholisch-nationalen Gruppierungen - erzielten Stojalowski und die bäuerliche Partei nach den Reichsratswahlen von 1900 eine neuerliche Verständigung. Jede der Parteien in diesem taktischen Bündnis, das noch bis vor kurzem kaum vorstellbar erschien, behielt ihre eigenständigen Programme

²²³ Słowo Polskie 588(18.12.1900).

und separaten Vorstände. In allen Angelegenheiten, die nicht umstritten waren, und hinsichtlich der Taktik sollte ein gemeinsamer Ausschuss entscheiden. In dem am 28. Dezember 1900 verkündeten Aufruf der „Vereinigten Volksparteien“ wurde das herrschende System kritisiert und die Besserung der sozialen Verhältnisse gefordert, darin vor allem Hilfestellungen für die Landwirtschaft und das Handwerk und das demokratische Wahlrecht. Außerdem wurde das Recht des Volkes auf die nationale Selbständigkeit und der Wunsch nach Gleichberechtigung beider Nationalitäten Galiziens betont. Im Januar 1901 tagte der Ausschuss der beiden volkstümlichen Parteien in Lemberg mit Beteiligung der Landtagsabgeordneten und einigte sich auf die Bildung eines eigenständigen Klubs im Parlament. Die Sitze für die acht Abgeordneten (fünf der Christlichsozialen und drei der Volkspartei) wurden auf der rechten Seite des Zentrums gewählt in der Nähe der Plätze der Tschechen und Südslawen. Präses bei den Christlichsozialen wurde Tomasz Szajer, bei der Volkspartei Jakub Bojko.

Trotz der unmissverständlichen Haltung der „Vereinigten Volksparteien“ zum Polenklub - ein Beitritt der beiden war an zwei Bedingungen geknüpft a). konsequentes Vorgehen der polnischen Vertretung im Wiener Abgeordnetenhaus gegen Abgeordnete, die auf einem bedenklichen Wege zu ihren Mandaten gelangten, und b). die Änderung der Statuten des Polenklubs und zwar so, dass sich hier auch Klubs volkstümlicher Prägung betätigen konnten, ohne auf ihre politischen Prinzipien verzichten zu müssen -, löste die neue Verbindung bei den anderen galizischen Parteien und Gruppierungen heftige Kritik aus. Der Bauernbund etwa sah in ihr ein Wahlkartell, das einigen Parteikandidaten den Gewinn eines Mandats erleichtern sollte (konkret waren hier Stojałowski, Stapiński, Bardel, Bernadzikowski, Mikołajski, Szaflarski, Lewicki, Dobija, Rewakowicz, Wysłouch, Skołyszewski, Gorączko, und Winkowski gemeint).²²⁴ Fassungslos über diesen Schulterschluss zweier Kräfte, die sich bis dato so scharf bekämpft hatten, zeigten sich die Stańczyken. Die Volkspartei vertrat nämlich bis vor kurzem die Position, dass von einer Aussöhnung mit Stojałowski, einer Annäherung oder einem Ende des Kampfes gegen den Geistlichen nicht die Rede sein könne.²²⁵

Die politische Praxis lehrte, nach Verbündeten Ausschau zu halten, um eigenen Projekten eine bessere Chance auf Umsetzung bieten zu können. Die Unkenntnis der deutschen Sprache bei den Abgeordneten der Volkspartei bekräftigte den Geistlichen in seinem Vorhaben. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückten bei Stojałowski die vier ruthenischen Abgeordneten und der polnische Radikale Ernest Breiter, mit denen eine potenzielle Opposition im Parlament, die außerhalb des Polenklubs stand, auf dreizehn Stimmen wachsen würde. Diese Option wurde jedoch von dem Koalitionspartner, der mit dem

²²⁴ Wieniec-Pszczółka 4(2.02.1901).

²²⁵ Siehe Brief Stapińskis an Średniawski vom 11.01.1896, AZHRL, ZAŚ-I/2.

polnischen Radikalen seine unliebsamen Erfahrungen machte, abgelehnt. Nachdem der Obmann der Christlichsozialen die Haltung der Volkspartei mit einem fehlenden Sinn der bäuerlichen Mandatare für richtige Politik abgetan hatte, richtete er sein Augenmerk auf die österreichischen Christdemokraten. Die Chancen jedoch hier eigene nationale Ziele verfolgen zu können, waren äußerst gering, da die Partei Luegers unter starkem Einfluss der Deutschnationalen stand. Auch die Überlegung sich an die Jungtschechen anzulehnen, machte wenig Sinn angesichts der Tatsache, dass diese keinen Ärger mit dem Polenklub wünschten. Was dem Geistlichen noch blieb, war eine Verbindung mit dem „Slawischen Zentrum“. Hier waren auch die Gemeinsamkeiten um einiges deutlicher: Die Bestandteile der Verbindung stützten sich auf christliche Grundsätze, waren auf die Probleme der Bauern ausgerichtet, achteten auf die nationalen Rechte. Das slawische Zentrum, das jetzt 21 Abgeordnete zählte, zeigte sich außerdem bereit, die Partei Stojałowskis in ihrem Kampf gegen den Wahl- und Machtmissbrauch der Beamten in Galizien zu unterstützen.

Auch diese neue Kooperation des Geistlichen wurde von den galizischen Parteien und Gruppierungen ausgenutzt, um einen Keil zwischen die Christlichsozialen und die polnische Volkspartei zu treiben. Die Vertreter der Intelligenz aus den Reihen der liberalen Demokraten stifteten Stapiński und Bojko an Stojałowski einem Patriotismusexamen zu unterziehen.²²⁶ Diese Kritik bezog sich nicht nur auf die jüngsten Vorkommnisse, sondern war auch eine Art Rückblende auf den ersten Auftritt des Pfarrers als Abgeordneter des Reichsrats 1898. Diese Wortmeldung hinterließ nämlich bei vielen polnischen Mandataren einen unangenehmen Eindruck, weil Stojałowski die berühmte „jagiellonische Idee“ nicht als einen Wunsch der Polen nach einem eigenem nationalen Staat auslegte, sondern als Idee der christlichen Gerechtigkeit und der Solidarität der Slawen.²²⁷ Dabei ist an dieser Stelle festzuhalten, dass der Geistliche die Vision des unabhängigen Polen um 1900 viel deutlicher als in den Anfängen seiner politischen Tätigkeit schilderte. Arbeit an der Bildung des Volkes und der Hebung des Wohlstands - selbst wenn diese „50 oder 100 Jahre dauern sollte“ -, schrittweise Erlangung der bürgerlichen Freiheiten und der Selbständigkeit in jedem der drei Teilungsgebiete und schließlich Einigung des Volkes - lauteten die einzelnen Stationen bis zur völligen Unabhängigkeit.²²⁸

An die Attacken der katholisch-nationalen Gruppierung und des abtrünnigen Flügels unter Danielak, die die Stimmung zwischen den Partnern der „Vereinigten Volksparteien“ zu trüben versuchten, schlossen sich die Sozialdemokraten an allerdings unter einem anderen Gesichtspunkt. Die Zeitung der Arbeiterpartei ergriff Partei für den in Ungnade gefallenen Abgeordneten

²²⁶Wieniec-Pszczółka 11(24.03.1901).

²²⁷Kurjer Lwowski 96(6.04.1898).

²²⁸Wieniec-Pszczółka 37(23.09.1900).

Kubik, der für eine die christlichen Grundsätze verletzende Interpellation Schönerers stimmte und damit die internen Turbulenzen in der Partei Stojałowskis vertiefte.²²⁹

Was die breite Front der politischen Widersacher nicht zu schaffen vermochte, nämlich das Bündnis der Christdemokraten mit der Volkspartei zu sprengen, schafften die Paktpartner selbst. Im Mai 1901 reifte in der Partei Stojałowskis die Absicht des Beitritts zum Polenklub. Überzeugt von einer Beteiligung der bäuerlichen Fraktion an diesem Vorhaben - solche Signale waren zumindest bei ihren zwei Abgeordneten im Klub der „Vereinigten Volksparteien“ im Reichsrat, Bojko und Krempa, zu vernehmen - leiteten die Christlichsozialen den Beitritt in die Wege. Die offizielle Volkspartei ließ jedoch schnell verlauten, dass ihre Sicht der Dinge - was die gewünschten Veränderungen im Wesen des Polenklubs anging - eine andere war als die des Bündnispartners. Als positiv war zu bewerten, dass die Klubstatuten der nationalen Repräsentanz der Polen im Wiener Abgeordnetenhaus so geändert wurden, dass bereits fünfzehn Unterschriften ausreichten, um eine Interpellation einzubringen. Rein rechnerisch hob das bei der geänderten Zusammensetzung des Polenklubs die Chancen der volkstümlichen Kräfte auf die Umsetzung ihrer Anliegen. Es stimmte auch in der Argumentation Stojałowskis, dass die Polen aus ihrer früheren führenden Position im Parlament längst von den Tschechen und Deutschen verdrängt worden waren, was den Polen einen verstärkten nationalen Schulterschlusses abverlangte. Während aber die Führung der Christlichsozialen ein deutliches Zurückgehen des Misstrauens gegenüber den „Herren“ unter den Bauern und einen steigenden Gemeinschaftssinn in der Bevölkerung registrierte, die sich auch künftig positiv auf die Landespolitik auswirken würden, machte die Volkspartei die nationale Solidarität im Polenklub von vorherigen Veränderungen in Galizien abhängig. Alles andere war für sie Betrug am Volk.

Offenbar wollte auch Stojałowski, der sich als Speerspitze der volkstümlichen Opposition gegen die Landesregierung verstand, verhindern, dass dem Beitritt die Optik einer Bitte bei den Konservativen um Aufnahme anhafte. Mit der Übergabe der Beitrittserklärung an den Polenklub wurde im Namen der Christlichvolkstümlichen der Abgeordnete Niementowski betraut, ein neuer, in die Ränkespiele gegen Stojałowski nicht verstrickter Parlamentarier. Das Vorhaben des Geistlichen ging aber nicht ganz auf. Nach einer regen Betriebsamkeit und aufgetretenen Missverständnissen hinter den Kulissen musste die Partei doch selbst bei dem Vorsitzenden des Polenklubs, Jaworski, vorsprechen - was nicht ohne Zaudern bei den Christlichsozialen über die Bühne ging -, so dass der offizielle Beitritt erst am 8. Juni 1901 erfolgte.²³⁰

Trotz der Beteuerung der Parteiführung, dieser Schritt hätte keinerlei Einfluss auf den weiteren Fortbestand der „Vereinigten Volksparteien“, fühlte sich die Volkspartei von dem Geistlichen übergangen. Das sich rapide verschlechternde Verhältnis zwischen den Parteien erreichte bald seinen Höhepunkt als der Abgeordnete Kubik in der Bauernpartei seine neue politische Heimat fand. Da von der Aufnahme des ehemaligen Christdemokraten in die Volkspartei am 5. Juni 1901 der Bündnispartner nicht unterrichtet wurde, sah Stojałowski darin den Vertragsbruch und gab Stapiński die Schuld am Scheitern der Koalition.

²²⁹ Naprzód 75(17.03.1901).

²³⁰ Vgl. Wieniec-Pszczółka 24(16.06.1901).

Von da an lief zwischen den volkstümlichen Parteien wieder alles auf Konfrontation hinaus und das kurz vor den Landtagswahlen.

Den politischen Beobachtern drängte sich die Frage auf, ob der Polenklub - geprägt von den konservativen Kräften - der richtige Platz war, von dem aus künftig Volksverbundenheit manifestiert werden konnte. Ob der Schritt Stojałowskis nicht ein klarer Fall von Interessenkonflikt sei. Schon die Tatsache, dass die Kandidaten der Christlichsozialen in ihren Hochburgen vom Zentralkomitee bestätigt werden sollten und der Kampf gegen den Wahlmissbrauch der Machthaber sich aus der neuen Position viel schwerer führen ließ, sprach dagegen.²³¹ Die sozialdemokratischen Blätter waren nicht nur fest überzeugt, dass sich die Christlichsozialen damit ihrer oppositionellen Stimme entledigten. Auch Spekulationen über vermeintliche Verhandlungen hinsichtlich einer Koalition aus katholischen Elementen unter der Obhut der Landesregierung und der Stańczyken, die eventuell bei den Landtagswahlen gegen die Volkspartei auftreten sollte, falls diese dem Polenklub nicht ebenfalls beitreten sollte, machten die Runde.²³² Dementsprechend scharf fiel das Echo in den Zeitschriften anderer fortschrittlicher Parteien aus. Die Sozialdemokraten trafen mit ihrer Beschreibung der entstandenen politischen Situation den Nagel auf den Kopf: "Der Sarg des Polenklubs in Wien, in dem die ganze Generation der Demokraten verschimmelte, öffnete wieder seinen Deckel. Der Chor der Anhänger sang ein Requiem in Begleitung der Stańczyken-Presse. Jaworski hielt die Beisetzungsrede und ein Totenmal, bei dem Wodka und Zigaretten nicht fehlen durften, beendete die Feier. Und die Schlachta hatte allen Grund sich zu freuen, denn der Pfarrer Stojałowski grub eigenhändig ein Grab dem Volk, das ihm wie ein Kind sein Vertrauen schenkte und sein Schicksal anvertraute."²³³

B. Die Verschmelzung der christlich-volkstümlichen Elemente unter der Ägide der Zentrums-Partei.

Zwar gewann der Polenklub mit dem Beitritt der vier Abgeordneten aus dem christlich-volkstümlichen Lager weder moralisch noch zahlenmäßig sehr viel an Kraft, doch unter dem Gesichtspunkt der nationalen Solidarität war es für manche Fraktionen, wie etwa die der ostgalizischen Konservativen oder der Nationaldemokraten, ein freudiges Ereignis. Solche positive Erscheinungen wie deutlich weniger Schwierigkeiten mit den Behörden bei der Abhaltung der Volksversammlungen, eine Abnahme der Zahl der konfiszierten volkstümlichen Zeitschriften, weniger Repressalien seitens der Kirche oder ein besserer Umgang der Beamten mit bäuerlichen Petenten führte Stojałowski auf die neue Taktik seiner Partei zurück.

²³¹ Kurjer Lwowski 169(20.06.1901).

²³² Ebda 161(12.06.1901).

²³³ Zitat aus Naprzód, In: Kurjer Lwowski 162(13.06.1901).

Anders lagen die Empfindungen bei dem Durchschnittswähler in Galizien und den politischen Widersachern des Geistlichen, die bei ihrer bedingungslosen Opposition gegenüber der Landesregierung blieben. Die Versöhnung Stojałowski mit den Regierungsparteien, die Zickzack Taktik der kleinen Gruppierung "Związek Chłopski" (Bund der Bauernpartei), die sich in den Artikeln ihres Presseorgans mal von einer radikalen, mal von einer kompromissbereiten Seite zeigte, verwirrte die Bauernkreise. Die Obstruktion im Wiener Reichsrat, die lange Zeit die Bürger beschäftigte, die lange Session des Parlaments mit allen Überraschungen und schließlich die letzte Sitzung des Landtags vor den Wahlen trugen zu einer allgemeinen Politikverdrossenheit in Galizien bei. Die fortschreitende Dekadenz des Landtags, seine eingeschränkte Kompetenz und Geringschätzung von Seite der Zentralregierung waren die größte Sorge (der Landtag wurde erst am Jahresende zusammenberufen für kurze, zwei-, dreitägige Sitzungen zwecks der Verabschiedung eines provisorischen Budgets, so dass Notbehelfe statt eine Ausnahme zu sein zur Regel wurden). Zahlreiche Beschlüsse des galizischen Landtags wurden von Wien nicht akzeptiert. In der Steuerfrage wurde die Kompetenz des Landtags beanstandet. In manchen Fällen wurde die Immunität der Landtagsabgeordneten aufgehoben (z.B. Nowakowski wurde verhaftet, dem Mandatar Wójcik wurde verboten Berichte von seiner parlamentarischen Tätigkeit zu erstatten). Alle Interpellationen, die an den Landtagspräsidenten gerichtet waren, mussten schriftlich verfasst und von fünfzehn Abgeordneten unterschrieben werden.²³⁴ Schon einige Zahlen aus der Statistik stimmten nachdenklich. In dem Zeitraum 1861-1903 wurden 813 Sitzungen abgehalten (1.434 Tage). In den Jahren 1862, 1864, 1879 und 1891 trat der Landtag überhaupt nicht zusammen. Am längsten waren seine Sitzungen im Jahre 1865/6 (80 an der Zahl, d.h. 156 Tage).²³⁵ Blickte man auf die Bilanz der Errungenschaften des galizischen Landtags in den letzten Jahren, so sahen sie mager aus. In allen beschlossenen Gesetzen (1895-Regierungsgesetz über die kirchliche Konkurrenz, 1896-Jagd- und Straßengesetz, 1898 - Wahlreform (fünf Mandate mehr für die Städte, gleichzeitig aber Vergrößerung der Virilstimmen), Gesetz über die Verteilung der Waiden und Zusammensetzung der Grundstücke, Baugesetz, Regelung in der Frage der Raiffeisenkassen, 1901 Gesetz über Rentengut) fanden sich Stellen, mit denen man unzufrieden waren.

Stojałowski konnte schon oft - selbst aus der Position eines scheinbaren Verlierers - seine politischen Widersacher überraschen und zur Hochform auflaufen. Diesmal ließ seine nüchterne Beurteilung der Ausgangsposition jedoch keinen Optimismus aufkommen. Den Anfang auf der langen Liste ungünstiger Umstände machte schon der Zeitpunkt, in dem die Landtagswahlen von 1901 stattfinden sollten. Im September galt die Aufmerksamkeit der

²³⁴ Siehe Kurjer Lwowski 194(15.07.1901).

²³⁵ Słowo Polskie 358(3.08.1903).

Bauern nämlich den landwirtschaftlichen Arbeiten. Eine geringe Wählerbeteiligung bei den Vorwahlen in den Gemeinden erleichterte den Wahlmännern die Arbeit dermaßen, dass sich diese sprichwörtlich die Wähler aussuchen konnten. Die Bruchlinie, die sich zwischen den Christlichsozialen und der Volkspartei wieder aufgetan hatte, und Rachegelüste führten zu einem Andrang der volkstümlichen Kandidaten, die sich im Endeffekt gegenseitig behinderten. Warb die Partei Stojałowskis um Stammwähler und stellte die Kandidaten in ihrem traditionellen Reservoir auf - hier gehörten die Kreise Biała, Wadowice, Żywiec, Wieliczka, Bochnia, Rzeszów, Nisko, Jarosław, Kolbuszowa, Chrzanów, Ropczyce, Pilzno - , so wollte ihnen die Volkspartei nicht nachstehen und ließ sich in 23 Kreisen vertreten. Die Aufstellung der Kandidaten der Bauernpartei in den Kreisen Bochnia und Bielitz, wo Stojałowski sich persönlich um ein Mandat bemühte, wurde von dem Geistlichen als Fehdehandschuh betrachtet. Im Gegenzug rüsteten die Christlichvolkstümlichen im Raum Brzesko gegen Dr. Bernadzikowski (hier wurde Wincenty Pilch auf die Kandidatenliste gesetzt) und in Dąbrowa gegen Bojko.²³⁶ Ein fehlendes einheitliches Vorgehen und persönliche Streitigkeiten bei den Christlichsozialen, besonders in den Kreisen Ropczyce, Kolbuszowa und Pilzno, zählten wiederum zu den internen Schwächen.

Der Wahlausgang in der Kurie der Landgemeinden - im Unterschied zu den Reichsratswahlen, wo volkstümliche Kräfte auch in der V. Kurie des allgemeinen Wahlrechts ihre Stimme abgeben konnten - fiel für die Partei des Geistlichen noch schlimmer aus, als ihre Führung es befürchtete. Nicht mal die selbst ohnehin niedrig gelegte Latte von sechs Mandaten konnte erreicht werden. Allein in den Kreisen Wadowice/Stojałowski, Wieliczka/Skolyszewski, und Rzeszów/Szajer konnten Erfolge verbucht werden. In Biała wurde die Kandidatur von Dobija von Kramarczyk aus dem Bund der Bauernpartei zu Fall gebracht, in Żywiec verlor Bogucki gegen Szwed, in Jarosław konnte Cena vor allem nicht mit dem finanziellen Wahlaufgebot des Fürsten Czartoryski mithalten, in Nisko musste sich Bis verabschieden, der gegen Kostheim unterlag.²³⁷

Auch die anfänglich so rege Aktion der kirchlichen Organisationen, die sich allem voran auf die Bereiche Religion, Bildung, karitative Tätigkeit konzentrierte und welche in der Gründung einer Anzahl von Bauern- und Arbeitervereinen gipfelte, erlebte zu Beginn der 90er Jahre des 19. Jh. eine Verlangsamung. Eine gewisse Vorsicht bei der Verwirklichung der Prinzipien der „christlichen Demokratie“ sprach selbst aus der 1901 erschienenen Enzyklika „Graves de communi re“ heraus. Mit der Gründung des „Związek Katolicko-Społeczny“ (Katholisch-Sozialer Verband) 1904 auf Initiative der kirchlichen Oberhäupter Galiziens, des Lemberger Erzbischof Bilczewski und des Bischofs von Przemyśl Pelczar, wurde ein neuer Anlauf zu einer gemeinsamen Arbeit nach den katholischen und nationalen Richtlinien unter Ausschluss der Politik unternommen.²³⁸ Der für den 18.-19. Mai 1904 einberufene Kongress der Vertreter der

²³⁶ *Wienniec-Pszczółka* 32(11.08.1901).

²³⁷ *Ebda* 36(8.09.1901).

²³⁸ JÓZEF BILCZEWSKI, Die heutige soziale Notlage und die Mittel zu ihrer Heilung. Hirtenbrief des röm.-kath.

katholischen Organisationen, engagierter Aktivisten und Abgeordneten der christlich-sozialen Richtung befasste sich neben den brennenden Problemen der Organisation der Bewegung mit den zentralen Themen wie Berufsvertretung für Arbeiter, Emigration, Ausbau der bürgerlichen Rechte, Schutz der sozial Schwachen. Neben den Kursen zur Hebung der beruflichen Qualifikation der Arbeiter, die u.a. schon 1896 in Krakau organisiert wurden, startete man auch Kurse zu den aktuellen sozialen Schwerpunkten für die Geistlichen. 1905 nahmen in Lemberg etwa 150 Kirchenmänner aus ganz Galizien an solchen Kursen teil.

Im Grunde genommen hinterließ aber auch diese Aktion der Kirche keine dauerhaften Spuren. Die Ursachen für diesen Zustand führte man auf das allgemeine Unverständnis der Idee eines aktiven Katholizismus in der Bevölkerung zurück. Auch interne Probleme wie Zersplitterung der Kräfte und fehlende einheitliche Methode trugen nicht gerade zur Durchschlagskraft der Bewegung bei. Die soziale Frage, die sich auf Verbesserung des materiellen Wohlbefindens der Arbeiterschicht konzentrierte, stimmte zwar mit der Theorie des modernen Fortschritts überein, mit der Kirchenlehre, die nicht auf das Diesseits ausgerichtet war, ließ sie sich nicht so leicht vereinbaren. Es war vielleicht einer der Gründe, weshalb nicht alle Geistlichen einer sozialen Aktion im großen Ausmaß gleich beipflichteten. Einer unter den Skeptikern war Kardinal Jan Puzyna, der vielmehr der religiösen und moralischen Hebung der Gesellschaft Priorität einräumte. Wenig beeindruckt zeigte sich Puzyna von der christlichsozialen Partei Luegers in Wien. Ihn verwunderte die merkwürdige Verflechtung zwischen dem liberalen Geist Wiens und dem plötzlichen Vorhandensein einer so beträchtlichen christlichen Überzeugung dort. Der kirchliche Würdenträger schrieb diese Entwicklung einzig der Person Luegers zu und hielt die Bewegung für künstlich und unbeständig.²³⁹

Bei der Kräftermobolisierung berührte man die religiösen Saiten und Themen, die Emotionen schürten. Eine aufgeheizte Stimmung gegen die jüdischen Mitbürger, Schuldzuweisungen für jeden einzelnen Bankrott, jedes Steigen der Preise ging auch von den obersten Kirchenmännern aus. Kardinal Puzyna hielt selbst den Antisemitismus für einen Gefallen für die Juden, weil er ihnen einen Grund für die Verteidigung gebe und zahlreiche Konzessionen von Seite der Regierung sichere. Er befürwortete vielmehr den Asemitismus, die totale Ignoranz und Isolierung der jüdischen Bevölkerung, den sog. "stillen Antisemitismus", zu dem auch Stojałowski in seiner Zeitschrift *Wieniec-Pszczółka* seine Leser animierte. Der Eigendynamik dieser Haltung fiel die klerikale Publizistik selbst zum Opfer, als die Landesregierung im Zuge der Einführung des Belagerungszustands in einigen Kreisen Galiziens 1898 auch die Zensur verschärfte.

Trotz Demagogie und einigen zugkräftigen Themen (u.a. Forderung nach einem Lohnminimum und einem Maximum der Arbeitsdauer in einigen Industriebereichen)

Erzbischofs und Metropolit von Lemberg. Czernowitz 1903; Vgl. *Głos Narodu* 146(27.05.1904); An der Spitze des Verbands stand Tadeusz Cieński, vertreten von Prof. Maksymilian Thulie und Michał Rostworowski.

²³⁹ EDWARD KOMAR, Kardynał Puzyna [Der Kardinal Puzyna], Kraków 1912, S.55.

verfehlten die Bemühungen oft ihr Ziel. Kritische Beobachter glaubten die Stauung in dem Kern der katholischen Idee, der im Laufe der Jahre keine Veränderung erfuhr, zu sehen. Der ideologische Gedanke würde sich nicht aus der Notwendigkeit der Aufklärung der Gesellschaft in Richtung der Emanzipation herleiten, sondern aus den Vorbehalten bestimmten sozialen Gruppen gegenüber. Viele politische Beobachter waren nämlich von dem apolitischen Wesen des Verbands - das von seinen Gründern so gerne betont wurde - wenig überzeugt. Zu sehr ließ sich bei den Aussagen der Bischöfe das Bedauern heraushören, die Sozialdemokraten und die Radikalen wären den katholischen Organisationen in allen größeren Städten Galiziens zuvorgekommen. Die Absicht des Verbands die „Verbreiter des Unglaubens“ - wie die offiziellen Arbeitervertreter genannt wurden - wenigstens in den kleineren Städten und am Lande zu überholen und den Arbeitern eine auf der kirchlichen Lehre basierende Alternative zu bieten, trug schon den Keim eines Wettbewerbs in sich. Das spürten auch die Arbeiterkreise und schenken einem Programm, das in einem klaren Widerspruch zur Praxis des Alltags stand, wenig Vertrauen. So waren auch Zeitschriften wie das täglich herausgegebene Blatt *Ruch katolicki* (Katholische Bewegung), das 1898-1900 in Lemberg unter der Leitung des Bischofs Teodorowicz erschien, und der gegründete Arbeiterverband, der praktisch ohne Beteiligung der Arbeiter existierte, nur eine kurze Dauer beschieden.

Die Wahlanalyse im Lager der Christlichsozialen im Jahre 1901 zeigte, dass in den Vermutungen der Sozialdemokraten über einen möglichen Schulterschluss der Partei Stojałowski mit anderen klerikalen Gruppierungen doch viel Wahrheit steckte. Stojałowski machte sich nicht nur Hoffnungen, dass die Partei bald einen Zuwachs von zwei Abgeordneten bekommen würde, Żardecki und Szponder, die schon früher ihre Absicht signalisierten den Christlichsozialen beitreten zu wollen, sondern zählte in der positiven Bilanz auch die Mandate der Abgeordneten Szwed, Kramarczyk, Potoczek, Wilczkiewicz und Krementowski, die anderen klerikalen Gruppierungen angehörten, zusammen als Gewinne der christlich-volkstümlichen Kräfte. Das Potenzial von neun Mandaten ließ sich im Vergleich zu dem mageren Ergebnis bei dem Erzfeind, der Volkspartei, mit ihren zwei Mandaten viel besser sehen. Ohne Zweifel war das Liebäugeln der Bauernpartei mit den Sozialdemokraten und auch der offene Brief des Mandatars Kubik an die Wähler, der sich mit Stojałowski politischer Tätigkeit kritisch auseinandersetzte, nicht ohne Einfluss auf die Entscheidungen im Lager der christlichen Kräfte geblieben. Ohne auf ihre eigenständige Programme zu verzichten, schlossen sich am 30. November 1901 im Polenklub zwei Gruppierungen christlicher Prägung, die Stojałowski-Partei und der katholisch-nationale Flügel zu einer Zentrums-Partei unter der Führung des Geistlichen Leon Pastor zusammen (darunter Michał Żyguliński, Tomasz Włazowski, Jan Wojtyga, Jan Potoczek, Tomasz Szajer, Michał Fijak, Antoni Bomba, Andrzej Wilk). Eine gerechte Wahlreform sowohl für den Reichsrat als auch

für den Landtag, Gemeindereform, steuerliche Erleichterungen, Kampf gegen den Missbrauch der Verwaltung wurden als Schwerpunkte der gemeinsamen Arbeit in Angriff genommen. Die nicht geringe zahlenmäßige Kraft des Zentrums (bald stießen hier auch zwei weitere Abgeordnete hinzu, Dr. Opydo und Jan Graf Potocki) spielte bald nicht nur eine wesentliche Rolle bei der im Polenklub präsenten Rivalität zwischen den Konservativen und den Nationaldemokraten. Die Zentrums-Partei hatte auch einen Anspruch auf Mitgliedschaft in der so genannten „parlamentarischen Kommission“, was der neuen Formation durch den Einblick in alle behandelten Angelegenheiten - noch bevor diese fertig zur Diskussion im Parlament vorgelegt wurden - mehr politisches Gewicht einräumte.

Eine gemeinsame Aktion der katholischen Elemente sollte sich nicht nur auf das Terrain des Wiener Abgeordnetenhauses beschränken. Mehr Wirksamkeit durch Vereinigung der Kräfte strebte man auch im Landtag an, wo die Zersplitterung der volkstümlichen Elemente noch sichtbarer war. Die Verständigung der Zentrums-Abgeordneten aus dem Polenklub in Wien mit den Landtagsabgeordneten christlicher Prägung im Januar 1902 scheiterte vorerst zum Teil an der Unterordnung der geistlichen Parlamentarier ihren kirchlichen Vorgesetzten gegenüber (Krementowski) und zum Teil an der Kritik mancher Vertreter des Bauernbundes an einigen Punkten der im November 1901 in Wien verfassten Erklärung der Zentrums-Partei. Eine Kommission unter dem Vorsitz des Geistlichen Krementowski sollte ein detailliertes Programm und ein Reglement der Union ausarbeiten, wo sich die Ansichten der Vertragspartner - hier ging es eher um Unterschiede in politischer Hinsicht, wie z.B. Ausdehnung des Wahlrechts oder Solidarität des Polenklubs - in einer gemeinsamen Erklärung treffen konnten.²⁴⁰ Es hat allerdings einige Zeit in Anspruch genommen, bis es schließlich auch im Landtag im Dezember 1905 zu einer Verschmelzung der siebzehn Abgeordneten christlicher Orientierung kam. Es ist zu bemerken, dass ein Teil der Abgeordneten der katholisch-volkstümlichen Gruppierung (Bund der Bauernpartei) seit November 1904 mit den Mandataren der Volkspartei im Landtag eine Union bildeten.²⁴¹ Mehr Bewegung im Einigungsprozess der katholischen Elemente unter der Ägide der Zentrums-Partei kam eindeutig durch die Anwesenheit der Abgeordneten Pastor und Żyguliński (dieser löste den Geistlichen Krementowski ab) im Landtag. Vorerst einigte man sich darauf, kein neues Presseorgan herauszugeben. Es wurde einzig an die Redakteure der zahlreichen katholischen Blätter, darunter *Prawda*, *Postęp*, *Związek Chłopski*, *Wieniec-Pszczółka*, *Gazeta Niedzielną* und *Kurjer Lwowski*, appelliert, untereinander nicht zu konkurrieren. Dem Einigungswerk wurde am 3. März 1906 mit dem verkündeten Programm unter dem Motto „für den Glauben und das Vaterland“ die Krone aufgesetzt. Damit wurde offiziell der lange, zwölf Jahre lang dauernde Streit im christlichen Lager beendet.

²⁴⁰ Anwesend bei der Zusammenkunft Ende Dezember 1901 waren siebzehn Abgeordnete, darunter Reichsratsabgeordnete der Zentrums-Partei, drei Landtagsmandatare (Stojałowski, Szponder, Skolyszewski), sowie drei Delegierte des Bundes der Bauernpartei (Sikorski, Marszałkiewicz, Macioszek). Siehe *Wieniec-Pszczółka* 50(15.12.1901).

²⁴¹ Dieser Verbindung gehörten die Mandatare Stapiński, Bojko, Krempa, Włodek, Kaczmarczyk, Szwed und Potoczek an. Nicht beigetreten waren zwei Abgeordnete aus dem Bund der Bauernpartei Żardecki und Wilczkiewicz.

Es sei am Rande vermerkt, dass der Vorsitzende der Programmkommission, der Geistliche und Krakauer Universitätsprofessor Stanisław Spis, einen erheblichen Anteil daran hatte, die Tätigkeit des neugegründeten Zentrum auch über die Grenzen der parlamentarischen Körperschaften auszudehnen.²⁴²

Obwohl sich das Presseorgan der Stańczyken, *Czas*, besonders wortkarg hinsichtlich der Schaffung einer neuen politischen Formation im galizischen Parteienspektrum gab und an die Öffentlichkeit eher eine Kritik am Programm des Zentrum, das „egoistisch das Bauern- und Arbeitervolk hervorhob“, durchsickerte, schlossen sich der Partei auch katholische Elemente aus diesem Lager der Konservativen an. Manche konnten eben aufgrund des Schwenks Stojałowskis in seiner Politik, sprich des Polenklubbeitritts, ihre alten Vorbehalte abbauen. Von der Agitationsarbeit des Zentrum im ländlichen Raum versprach sich so mancher Stańczyke, dass die bäuerliche Bewegung unter dem klerikalen Einfluss in eine von den Konservativen gewünschte Richtung gelenkt werden könne.

Das Zentrum war nicht arm an geistigen Kapazitäten. Unter den Mitgliedern fanden sich auch Professoren der Krakauer Universität (u.a. Czerkowski), der Zustrom aus den Intelligenzkreisen verstärkte sich mit jedem Zeichen von Zögern bei den Konservativen was die Reform der Wahlordnung auch für den Landtag anging. Was die letztere Angelegenheit betraf, entschied sich die Zentrums-Partei das allgemeine, direkte und geheime Stimmrecht zu unterstützen. Zum Prinzip der Gleichheit gab es nämlich unterschiedliche Ansichten. Manchen schwebte die Zuerkennung von zwei Stimmen vor, etwa den Besitzern größerer Landwirtschaften oder verheirateten männlichen Bürgern. Die Partei formulierte ihren Vorschlag zur Wahlreform, der bei der Beibehaltung des Kuriensystems eine Vergrößerung der Mandatzahl in der IV. Kurie und die Einräumung von 24 Mandaten der V. Kurie vorsah. Da dieses Projekt in dieser Form keine Zustimmung im Landtag gefunden hätte (man rechnete mit nur 25-30 Stimmen), wurde der Kern dieses Vorschlags schließlich an den Entwurf der Landtagsmehrheit gekoppelt.²⁴³

Im Programm des Zentrums, in dem die Verschmelzung verschiedener katholischer Richtungen ihren Niederschlag fand, spiegelten sich die Unterschiede zum Programm Stojałowskis von 1896/97 wider. Hier war nicht nur das Plädoyer des Geistlichen für das gleiche Wahlrecht zu vermerken, sondern auch das Verständnis eines „nationalen Grundsatzes“, auf den sich die Zentrums-Partei stützen wollte. Man tat sich als Beobachter etwas schwer was dieses Prinzip anging, aufgrund der klar präzisierten pro russischen

²⁴² Spis, Czerkowski, Rostworowski und Baupre waren Repräsentanten Krakaus im provisorischen Vorstand der Partei, Pastor, Stojałowski, Skołyszewski, Wojtyga und Kramarczyk von Seite der parlamentarischen Kommission. Siehe *Wieniec-Pszczółka* 10(11.03.1906).

²⁴³ *Wieniec-Pszczółka* 48(3.12.1905).

Haltung Stojałowskis, der die Einigung der geteilten polnischen Gebiete vom Zarenreich abhängig und als Bestandteil Russlands sah.²⁴⁴

In den politisch-ökonomischen Fragen stand das Zentrum für die Ausdehnung der Autonomie für Galizien, Zusammenlegung der Gutshöfe mit den Gemeinden und setzte sich für eine Reform der Verwaltung im Sinne der Selbstverwaltung ein.²⁴⁵ Obwohl die Exekutive der Zentrums-Partei beschlossen hatte, die Angelegenheit der Sonderstellung Galiziens zu unterstützen und Stojałowski dieser Causa sogar den Vortritt vor der Wahlreform gab, verließen die Abgeordneten der Fraktion aus taktischen Gründen den Saal während der Abstimmung im Parlament und zogen für dieses politische Debüt die Kritik anderer polnischer Parteien auf sich, darunter der ostgalizischen Konservativen.²⁴⁶ Zwei Motive waren treibende Kraft hier eine besondere Vorsicht walten zu lassen. Zum einen war das Zentrum bemüht, seine eigenständige Politik zu manifestieren und nicht den Eindruck zu hinterlassen, die neue Partei stünde im Dienste der Konservativen. Es ist zu bemerken, dass bereits Gerüchte im Umlauf waren, der Einfluss der klerikalen Elemente auf die volkstümliche Bewegung sollte mit der Unterstützung einiger Geistlicher bei den Wahlen in der IV. Kurie von dem Regierungslager belohnt werden.

Die Diskussion um die Bezeichnungen „katholisch“, „national“, „volkstümlich“ in den Namen der Gruppierungen, die sowohl in der Stojałowski-Partei als auch bei dem katholisch-nationalen Flügel stattgefunden hatte²⁴⁷, schien in den Vorbereitungen der Zentrums-Partei zur Wahlkampagne des Jahres 1906 ihren Niederschlag zu finden. Unter den dreißig Kandidaten, die gegen die Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Juden rüsten wollten - in der Diktion der Partei war das politische Denken dieser Elemente auf die rationale Kategorie des Klassenkampfes eingestellt und sowohl für die nationalen als auch religiösen Interessen schädlich -, waren sehr wenige Geistliche vorgesehen, daher aber ein paar Vertreter der Schlachta, einige Bauern und Arbeiter und möglichst viele Fachleute verschiedener Berufe aus den Reihen der Intelligenz. Ein deutliches Zeichen die Parteipforten einem breiten gesellschaftlichen Spektrum öffnen zu wollen. Als signifikant für die Absicht eine breite Front christlich-nationaler Färbung zu bilden, kann auch die erste Stellungnahme Stojałowskis zu der sich in Galizien in einer politischen Organisation formierenden Nationaldemokratie angesehen werden. Während sich die Politikwelt die Frage stellte, ob Galizien eine neue Partei brauche, versuchte der Geistliche den neuen politischen Konkurrenten - in der nationalen Hinsicht galten beide als diejenigen, die das nationale

²⁴⁴ Vgl. *Wieniec-Pszczółka* 25(10.07.1904), 27(24.07.1904), 16,17(16.04.1905).

²⁴⁵ Vorschläge Stojałowskis zur Verwaltungsreform siehe *Wieniec-Pszczółka* 44(3.11.1901).

²⁴⁶ Vgl. *Gazeta Narodowa* 74(6.04.1906).

²⁴⁷ Vgl. *Wieniec-Pszczółka* 38(17.09.1905); *Kurjer Lwowski* 265(29.09.1906).

Bewusstsein des Volkes wachrüttelten - zur Einigung aufzurufen und gegen den gemeinsamen Gegner, die Sozialdemokraten, zu rüsten.²⁴⁸

Die Gründung des christlichsozialen Zentrum verschob nicht nur die Verhältnisse innerhalb der katholischen Elemente. Durch das Zusammenrücken verschiedener Schattierungen wurde derselbe Kardinal Puzyna, der Stojałowski einst für einen Unterwühler des katholischen Glaubens und Regierungsgegner hielt, zum Förderer seiner Einflüsse in Galizien und zu einem engen Verbündeten im Kampf gegen die Juden. Es war schwer für Stojałowski den Abgang von seinen früheren Prämissen zu rechtfertigen und den Vorwurf zurückzuweisen das Zentrum sei nur eine Avantgarde der Stańczyken.²⁴⁹ Mit der Erklärung, die Politik im Lande wäre jetzt eine ganz andere, die Bischöfe, unter denen sich der Konflikt zwischen dem Klerus und dem Pfarrer zugespitzt hatte, nicht mehr im Amt, gab man sich nicht zufrieden. Auch die Tatsache, dass die Zentrums-Partei 1907 unter der Ägide der zentralen Wahlkomitees in die Wahlen ging, um keinen Konflikt mit der Landesregierung zu provozieren, bestätigte politische Gegner in ihren Bedenken.

Mit dem Auftauchen der Zentrums-Partei auf dem breiteren parlamentarischen Boden sorgten die Christlichsozialen auf alle Fälle für Bewegung im politischen Spektrum Galiziens. Auf ihre Agitation setzten die konservativen Kreise ihre Hoffnungen. Ein neuer Schub klerikaler Kräfte in den ländlichen Bereichen könnte nämlich ein Fels in der Brandung sein für die adligen Elemente, die bei der Durchführung der Wahlreform für den Landtag mit Stimmverlusten rechnen mussten. Immer klarer zeichneten sich Überlegungen ab - zumindest bei Stojałowski - über die Zusammenarbeit mit den Nationaldemokraten. Der Pfarrer war der Meinung, die beiden Lager sollten aufgrund der programmatischen Übereinstimmungen eine Aufteilung der Tätigkeitsbereiche in Erwägung ziehen, um miteinander nicht zu kollidieren. Spannung war angesagt bei der Volkspartei. Sie bekam eine starke, bisher nicht vorhandene Konkurrenz. Zusätzliche Brisanz bekam diese Situation mit der zunehmenden Bedeutung des rechten Flügels in der Bauernpartei, der das Kriegsbeil mit der Kirche endlich begraben sehen wollte.

²⁴⁸ Vgl. *Wieniec-Pszczółka* 2(14.01.1906) und 3(21.01.1906).

²⁴⁹ Die uneinheitliche Linie des Zentrums in der Frage der Wahlreform führte im September 1906 während einer Volksversammlung in Błażowa im Kreis Rzeszów zu einem Handgemenge zwischen dem Abgeordneten Bomba und Stojałowski. Siehe *Kurjer Lwowski* 265(29.09.1906).

V. Die Polnische Sozialdemokratische Partei - Ihre Rolle in der polnischen Arbeiterbewegung, ihre Stellung innerhalb der österreichischen Gesamtpartei und ihr Verhältnis zu den anderen Parteien im politischen Spektrum Galiziens.

A. Zwei Strömungen in der polnischen Arbeiterbewegung und ihre Auswirkung auf den Charakter der sozialdemokratischen Fraktion Galiziens in den Anfängen der Parteibildung.

Trotz der Behauptung, die sozialdemokratische Ideologie und der Gedanke der nationalen Emanzipation seien bei den Polen Galiziens auf das engste miteinander verknüpft²⁵⁰, wurden die Vertreter des Proletariats von Seiten anderer polnischen Parteien und Gruppierungen (Stańczyken, Nationaldemokraten, Christlichsoziale) lange mit dem Vorwurf des Nicht-Patriotismus konfrontiert. Ließ sich mit diesem Vorwurf politisches Kleingeld münzen, ließ sich der innenpolitische Gegner bestens diffamieren, oder gab es berechtigte Gründe für solche Behauptungen? Oder hatte der Sozialismus bei den Polen Galiziens von vornherein eine nationale Färbung?

Es ist nicht möglich, von den Entwicklungen im sozialdemokratischen Lager Galiziens zu sprechen, ohne wenigstens in großen Umrissen die polnische Arbeiterbewegung als ganzes, d.h. auch in anderen Teilungsgebieten zu betrachten. Der politische Rahmen, in denen sich die Bewegungen abspielten, der Umfang der konstitutionellen Freiheiten prägten schließlich ihren Charakter.

Bevor der Sozialismus (auch) in Galizien verstanden hatte, dass das Streben nach der nationalen Unabhängigkeit und eine Umwandlung in Richtung eines demokratischen sozialistischen Systems im polnischen Fall in einem engen Zusammenhang zu betrachten waren, erlebte die gesamte polnische Arbeiterbewegung eine Spaltung. Seit Mitte der 70er Jahre des 19. Jh. prallten zwei Strömungen aneinander. Die erste war die revolutionäre, marxistische, die radikale Vertreterin des Klassenkampfes mit ihrem Weltbürgertum und dem Bekenntnis zur Solidarität des Proletariats unabhängig von der Nationalität. An dieser Stelle ist die erste Arbeiterpartei Polens „Proletariat“ (1882-1886) mit Ludwik Waryński an der Spitze in Russisch-Polen zu nennen, wo die Einflüsse des russischen radikal-volkstümlichen „Narodnitschestwo“ und anderer revolutionären Organisationen wie „Zjemlja i Wolja“ oder „Narodnaja Wolja“ zu spüren waren. Noch entschiedener bei dem Dilemma - nationale Unabhängigkeit oder soziale Revolution - ging die Redaktion des Blattes *Przedświt*(Morgenröte) in Genf vor, die das Sprachrohr eines Teils der dort angesiedelten

²⁵⁰ HANS MOMMSEN, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburgischen Vielvölkerstaat Wien 1963, S. 238.

polnischen sozialistischen Emigration war. Die Zeitschrift reduzierte die Ziele des Sozialismus ausschließlich auf die ökonomische Frage.

Zur Befürworterin der Orientierung, die Klasseninteressen über die nationalen stellte, zählte später auch die 1893 aus der Taufe gehobene Sozialdemokratie des Königreichs Polen (ab 1900-1918 unter dem Namen Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens SDKPiL). Allerdings tauchten hier bei den Diskussionen über das nationale Moment Differenzen auf zwischen der Hauptideologin Rosa Luxemburg, welche die Unabhängigkeit Polens vor dem Sieg der sozialen Revolution für eine Utopie hielt, und denjenigen führenden Aktivisten der Partei (Julian Marchlewski, Cezaryna Wojnarowska, Stanisław Trusiewicz), die nicht prinzipiell, sondern nur in der gegebenen Situation keine Chance auf die Umsetzung dieser Frage sahen.

Während sich die Arbeiterbewegung in der ersten Phase ihrer Entwicklung auf den ökonomischen Kampf konzentrierte - mit den materialistischen Prämissen stand hier oft ein tiefer Idealismus der Aktivisten im krassen Widerspruch - vollzog sich Anfang der 90er Jahre des 19. Jh. eine tiefgreifende Wendung. Politische und nationale Aspirationen machten sich im polnischen Sozialismus bemerkbar. Diese überlebten in sozialistischen Gruppierungen in der Emigration – „Lud Polski“ in Genf, Nationalsozialistische Gemeinde „Pobudka“. *Spiritus movens* dieser zweiten Strömung in der polnischen Arbeiterbewegung war der Historiker, Soziologe und Publizist Bolesław Limanowski, der die Philosophie von August Comte mit wissenschaftlichem Sozialismus, Marxismus und den Ideen von Ferdinand Lassalle verband.²⁵¹ Der Sozialistische Verband „Lud Polski“, wo auch Limanowski agierte, fügte die Unabhängigkeitsidee eng mit dem Sozialismus zusammen, knüpfte an die Tradition der Freiheitskämpfe an, hauptsächlich der Januarerhebung des Jahres 1863, die in der Geschichte des polnischen Patriotismus einen nahezu mythischen Rang erlangte. Allerdings zeigten sich auch hier Divergenzen bezüglich der künftigen Grenzen des unabhängigen Polens (z.B. Zygmunt Balicki sah es in ethnischen Rahmen, Gebiete umfassend, wo die Polen überwogen, d.h. Westgalizien, Teschener Schlesien, gewisse Gebiete Ostgaliziens, andere in historischen Grenzen, Limanowski selbst sah Polen als einen Föderativstaat in dem Umfang vor 1772).²⁵²

Die nationale Frage war ein Spaltpilz nicht nur innerhalb der sozialistischen Emigration, die in der Diskussion zwischen Limanowski und Waryński auf dem Sozialistenkongress in Chur 1881 zum Ausdruck kam.²⁵³ Diese zwei Strömungen beeinflussten auch die

²⁵¹ BOLESŁAW LIMANOWSKI, *Polityczna a społeczna rewolucja*, Genf 1883; Zu Limanowski siehe M. ŻYCHOWSKI, *Bolesław Limanowski 1835-1935*, Warszawa 1971 und BOLESŁAW LIMANOWSKI, *Pamiętniki 1870-1907*, Warszawa 1958.

²⁵² Siehe JANUSZ WOJTASIK, *Idea...*, S. 112.

²⁵³ *Przedświt*, 5(1891); LIMANOWSKI, *Pamiętniki*, Bd. II., S. 271f.

Entwicklungen in Galizien. Trotz des Fehlens der Industrie, ist der Anfang der Arbeiterbewegung - vor allem in Lemberg - relativ früh, mit 1867 zu datieren. Zwischen 1868 und 1871 äußerte sich diese in der Streikbewegung der Drucker, Bergbauleute, Eisenbahner und Handwerker, die diese kleine Arbeiterschicht repräsentierten. Lemberg war der Entstehungsort des wohl revolutionärsten Liedes „Czerwony Sztandar“ (Rote Fahne), hier fanden die ersten Sozialistenprozesse statt. Mit der Gründung der ersten sozialistischen Zeitschrift *Praca* (Arbeit 1878-1892) wurde in der Hauptstadt Ostgaliziens der Grundstein für eine politische Organisation gelegt. Neben den Druckern Józef Daniluk und Antoni Mańkowski, die als Initiatoren des Blattes fungierten, fanden hier auch ruthenische Sozialisten wie Michal Pawlik und Ivan Franko ihre publizistische Plattform. Der Letztere zusammen mit Ludwik Inlaender verfasste 1880/81 das erste „Programm der polnischen und ruthenischen Sozialisten Ostgaliziens“, in dem ein autonomer und föderativer Standpunkt vertreten wurden.²⁵⁴

Lemberg setzte auf legale Tätigkeit. Konspirative Aktivitäten, die hier der vor Repressalien in Russisch-Polen untergetauchte Waryński einzuführen versuchte (Bildung geheimer sozialistischer Zirkel), haben keine Schule gemacht. Der Übergang von den Volksversammlungen zur organisierten politischen Plattform war aber steinig, denn an einem sozialistischen Verein hatten vorerst die galizischen Behörden etwas auszusetzen. Was entstand, waren Arbeiterbildungsvereine - in Lemberg „Siła“ (Die Kraft) unter der Führung von Antoni Mańkowski, und „Praca“ in Stanisławów.

Etwas anders verlief die Arbeiterbewegung in Krakau. Die Hauptstadt Westgaliziens mit nicht mehr als zwei bis drei Fabriken, in denen die Zahl der Beschäftigten kaum hundert Arbeiter überschritt, war Zentrum des Kleinhandwerks. Die Entlohnung der Arbeiter war miserabel, die Arbeitszeit uneingeschränkt. Die Berufsverbände mussten bis 1891 warten, bis sie mit ihrer Tätigkeit beginnen konnten.²⁵⁵ Im selben Jahr entstand hier der Arbeiterbildungsverein „Siła“ mit Szczepan Kurowski an der Spitze. Die Untergrundarbeit, angeführt u. a. von Waryński, der aus Lemberg flüchten musste, wurde durch Verfolgungen und Prozesse unterbrochen. Erst 1893 wurde im Zentrum Westgaliziens das erste legale Blatt *Robotnik* (Der Arbeiter), unter der Redaktion von Jan Schmiedhausen und Antoni Mańkowski aus der Taufe gehoben, das jedoch nach nur vier Ausgaben im Februar 1893 wegen seiner revolutionären Haltung eingestellt wurde. Von Krakau aus knüpfte sich langsam ein lockeres Organisationsnetz, das nach Nowy Sącz, Tarnów und Biała reichte.

²⁵⁴ Die zweite Fassung des Programms, die im Mai 1881 publiziert wurde, enthielt das Postulat des allgemeinen Wahlrechts. Vgl. WALENTYNA NAJDUS, *Kwestia narodowa w ujęciu PPSD Galicji i Śląska* [Die Frage der Nation], In: *Kwartalnik Historyczny* 89(1982), S. 276.

²⁵⁵ *Naprzód* 4(15.02.1892).

Die Differenzen zwischen Lemberg und Krakau offenbarten sich auch an einer anderen Stelle. Die Schar, die sich um das Blatt *Praca* versammelte, war bunt zusammengewürfelt. Da fanden sich zusammen Vertreter der ersten Gesellenorganisationen, Studenten, Vertreter der Intelligenz (u. a. Gozdecki, Gebrüder Inlaender)²⁵⁶, Schriftsteller, Journalisten (Spausta, Czerwieński), Mitglieder, die unterschiedliche Strategien und Taktik in ihrer Tätigkeit bevorzugten, darunter Anhänger der konspirativen Arbeit (Jan Kozakiewicz), diejenigen, die eine solche völlig ablehnten (A. Mańkowski), wie auch solche, die beide Vorgangsweisen akzeptierten (Daniluk). In einem solchen Konglomerat waren interne Spannungen an der Tagesordnung. Es zeichneten sich Meinungsunterschiede nicht nur im Redaktionskomitee der Zeitschrift *Praca* ab, die in den Auszug von Pawlik und Franko mündeten.²⁵⁷ Auch die feinen Unterschiede in der Auffassung der nationalen Frage zwischen den Blättern *Praca* und *Robotnik* kamen zutage. Dabei kam der halbkonspirative Hauch, der *Praca* anhaftete, zum Vorschein, wobei *Robotnik* sich klar der legalen Arbeit verschrieb, konform mit den Rechtsgrundlagen der österreichischen Staatlichkeit. In einem Punkt blieben die beiden aber einig – in der Kritik an den sogenannten „Sozialpatrioten“, die von der Emigration aus angeführt waren durch Zygmunt Miłkowski, den späteren Nationaldemokraten Zygmunt Balicki sowie Bolesław Limanowski, der 1878 von Badeni als „lästiger Ausländer“ aus Lemberg verbannt wurde. Dem Krakauer Zirkel der Jugend, die unter dem Einfluss einer Strömung stand, die sozialistische Postulate mit demokratisch-patriotischen verband, gehörten u. a. Franciszek Nowicki, der Poet Ludwik Janikowski, Gabriel Górski, Jan Homolnicki, Szuszkiewicz an, seit 1888 ließ sich in diesen Kreisen auch Wilhelm Feldman blicken.²⁵⁸ „Sie lehnten den Klassenkampf ab, blieben der Arbeiterklasse fern. Es war eine revolutionäre Bauernschwärmerei, erfüllt von einer sonderbaren Polenliebe und Liebe zum polnischen Volk“ – äußerte sich später über diese Gruppierung Ignacy Daszyński in seinen Erinnerungen.²⁵⁹

Die Attacken dieser Elemente im sozialistischen Lager, die die Interessen der Arbeiter über die nationalen stellten, auf die „Sozialpatrioten“ waren durchaus verständlich. In Lemberg, Borysław, Stanisławów war das nationale Anliegen heikel, weil es die Linken entzweite, außerdem musste man auch die Zensur beachten. Das Verhältnis des

²⁵⁶ Siehe JERZY MYŚLIŃSKI, *Inteligencja w polskim ruchu socjalistycznym w okresie zaborów* [Intelligenz in der polnischen sozialistischen Bewegung zur Zeit der polnischen Teilungen] . In: *Z pola walki* 3-4(1982), S. 39-54.

²⁵⁷ Die beiden wollten das Blatt zweisprachig führen und mehr die Bauern als Arbeiter ansprechen. Vgl. NAJDUS, *Kwestia...*, S. 276.

²⁵⁸ An der Spitze der Organisation in Krakau stand Aleksander Zawadzki, in Lemberg führte sie Zygmunt Balicki an. Vgl. JÓZEF BUSZKO, *Dzieje ruchu robotniczego w Galicji Zachodniej 1848-1918* [Geschichte der Arbeiterbewegung in Westgalizien 1848-1918], Kraków 1986, S. 112.; IGNACY DASZYŃSKI, *Pamiętniki*, Warszawa 1957, Bd. I, S. 5.

²⁵⁹ DASZYŃSKI, *Pamiętniki*, Bd. I, S. 55.

Sozialismus zum Patriotismus bekam eine feindliche Färbung, weil sich die Parole der nationalen Solidarität, verbreitet von den „Sozialpatrioten“, schwer mit den Grundprinzipien der sozialdemokratischen Weltanschauung vereinbaren ließ. Die Huldigung an einen Patriotismus, der verstanden wurde als nationaler Zusammenhalt nach innen und außen ohne jeglichen revolutionären Charakter, wäre mit Verzicht auf den Klassenkampf gleichzusetzen und würde sich kontraproduktiv auf die Ausbreitung des Klassenbewusstseins unter der Arbeiterwelt auswirken.²⁶⁰

Mit Patriotismus versuchten politische Konkurrenten den Sozialismus im Keim zu ersticken, mit der Phrase „z Genewy i znad Newy“ (von Genf und von der Neva) wollte man ihn als „importierte Seuche“ abtun.²⁶¹ Was für junge Sozialdemokraten ein „Akt des Heroismus und messianischen Kultus“ war²⁶², empfanden etwa die Stańczyken als „Jugendfieber“, von der jemand sagte - „wer sie in jungen Jahren nicht durchmacht, der hat kein Herz - wer aus ihr nicht herauswächst, hat kein Verstand“.²⁶³ Diese Behauptung resultierte aus der Tatsache, dass viele Politiker verschiedener politischer Orientierung ihre ersten Erfahrungen im sozialistischen Lager machten. Unter den galizischen Bauernparteien wäre hier Wysłouch zu nennen, der in Russland wegen Sozialismus verhaftet wurde, Stapiński, der seine Lehrjahre bei den Sozialisten absolvierte, Stojalowski, der sich seinerzeit selbst einen Sozialisten nannte, oder Bojko, in dessen lobender Einschätzung ausgerechnet dieses politische Lager sich im Kampf mit der Schlachta am meisten engagierte.²⁶⁴ Aus den Reihen der polnischen Nationaldemokraten kamen der oben genannte Balicki und Stanisław Grabski mit der Lehre des Sozialismus in Berührung.

Der Patriotismus bot eine Angriffsfläche, selbst wenn die galizischen Sozialdemokraten mit der Zeit an nationalen Gedenktagen wie dem des 3. Mai teilnahmen, die Arbeiterbewegung war aber nicht aufzuhalten. Die erfolgreiche Feier des 1. Mai 1890 war ein Zeichen, dass sich diese in eine politische Kraft umwandelte.²⁶⁵ Mit der Schaffung eines gemeinsamen Redaktionskomitees der beiden Blätter *Praca* und *Robotnik* wurde im November 1890 eine geordnete Organisation ins Leben gerufen unter dem Namen *Galicyjska Partia Robotnicza* (Galizische Arbeiterpartei)²⁶⁶

²⁶⁰ A.W., Kwestia niepodległości w programach socjalistów, In: *Krytyka*, März 1901, S. 171.

²⁶¹ *Czas* 32 (10.02.1892).

²⁶² HERMAN LIEBERMAN, *Pamiętniki*, Warszawa 1996, S. 13.

²⁶³ *Czas* 33(11.02.1892).

²⁶⁴ *Prawo Ludu* 18 (21.09.1897).

²⁶⁵ Über die heiße Atmosphäre bei dieser Feier in Galizien siehe Rundschreiben Badenis an die Starosteien im Kreis Kraków-Chrzanów am 27.04.1890, APKr St.GKr.187, V-Arch.22, sowie JĘDRZEJ MORACZEWSKI, *Wspomnienia*[Erinnerungen], AZHP Warszawa, 71/III-1, S. 45.

²⁶⁶ Fälschlicherweise wird in den Quellen oft das Jahr 1892, in dem der erste Kongress der Partei stattgefunden hatte, als das Gründungsjahr angegeben.

Das kommende Jahr war an Ereignissen reich, die für die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung im Allgemeinen von großer Wichtigkeit waren, und die auch den Prozess, in dem der galizische Sozialismus einen Massencharakter anzunehmen begann, deutlich beschleunigte. Da war es der Brüsseler Kongress der 1889 in Paris gegründeten II. Sozialistischen Internationale, auf dem sich die polnische Sozialdemokratie aus drei Teilungsgebieten und dem Exil einig in ihren Zielen zeigte und durch eine eigene Delegation vertreten war. Im Juni 1891 fand der Wiener Sozialistenkongress statt. Eine wichtige Errungenschaft für die Sozialdemokratie war der Fall des Sozialistengesetzes in Deutschland und die Aufhebung des Ausnahmezustands in Wien. An den Reichsratswahlen 1891 nahmen zum ersten Mal auch Vertreter der Arbeiter teil und machten auf das ungerechte Wahlsystem aufmerksam.²⁶⁷

Wie rege sich die Arbeiterbewegung in Österreich-Ungarn entwickelte, konnte man an der Zahl der entstandenen Blätter und ihrer Leser ablesen. Waren es um die Jahreswende 1888/89 in der ganzen Monarchie 11 Zeitschriften, um die sich 25 500 Abonnenten versammelten, stieg die Zahl der Blätter im Mai 1891 auf 41 und der Leser auf 130 000 an.²⁶⁸ Auch die Zahl der gegründeten Arbeiterverbände und ihrer Mitglieder vergrößerte sich um das Dreifache.²⁶⁹

Die Sozialdemokraten Galiziens erkannten das Hainfelder Programm der österreichischen Partei von 1888/89 an, das „der gesamten Arbeiterbewegung Selbstbewusstsein gab“²⁷⁰ und bekannte sich zu einer Zusammenarbeit mit der österreichischen Partei. Auf dem I. Kongress der galizischen Fraktion, der vom 31. Januar 1891 bis zum 2. Februar 1892 in Lemberg tagte, wandte man sich der Vereinheitlichung des theoretischen und praktischen Programms zu (Anpassung der Lehren und Erkenntnisse des Marxismus an die gegebenen ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen) und versuchte, die Haltung der Partei in prinzipiellen Fragen zu erfassen. Ein wesentlicher Punkt, der zu klären war, bezog sich auf die Rolle der Proletariatsintelligenz in der Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung. Anders als etwa in Deutschland oder Belgien, wo die Frage oft erörtert wurde, aber in keine konkreten Beschlüsse mündete, gelang es dem Lemberger Kongress diese Angelegenheit, zumindest teilweise zu entscheiden. Man nahm eine typische Klassenhaltung ein, betonte die Gleichwertigkeit der proletarischen Intelligenz mit der Arbeiterklasse, aber sprach ihnen

²⁶⁷ In diesen Wahlen gewann die Sozialdemokratie in der IV. Kurie kein Mandat.

²⁶⁸ 1899 gab es in ganz Österreich-Ungarn 98 Periodika sozialdemokratischen Inhalts. Sie waren folgendermaßen auf die Kronländer verteilt: 60 deutschsprachige (36 Periodika und 24 Fachzeitschriften), 29 tschechische (9 Periodika und 20 Fachzeitschriften), 5 polnische, 2 italienische, 1 slowenische und 1 im jüdischen Jargon. Vgl. Głos Wiedeński 9(1.10.1899).

²⁶⁹ Naprzód 3(1.02.1892); Im August 1891 zählte das Fachverband „Siła“ in Lemberg ca. 800 Mitglieder (APKr. St.G.Kr.260).

²⁷⁰ PETER PELINKA, Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1988, S. 22.

das Recht ab, aufgrund ihres theoretischen Wissens eine Führungsrolle in der Bewegung zu spielen.²⁷¹

Im Hinblick auf die Struktur der Partei ist zu betonen, dass ihre Organisation auf dem III. Österreichischen Kongress 1892 genauer bestimmt wurde. Galizien wurde in zwei Bezirke - den östlichen und westlichen mit Schlesien - geteilt. Die Sozialdemokratie, versammelt rund um Lokal- und Agitationskomitees, wählte in den einzelnen Berufsgruppen ihre Vertrauensmänner, die auf den Landes- und Zentralkongressen zusammentrafen. Diese politische Struktur zusammen mit den entstehenden kulturellen und beruflichen Arbeiterorganisationen und Selbsthilfevereinen gaben der Partei einen gefestigten Charakter.²⁷² Vorerst unterstrich die junge Partei in ihrer Haltung den Klassencharakter und betonte den Unterschied zwischen der nationalen Idee in der Auffassung der bürgerlichen Fraktionen und der der Sozialdemokratie. Die Letztere fasste sie als ökonomische und soziale Emanzipation der Arbeiterwelt auf, die man als das „Volk“, die „Nation“ verstand. Damit Visionen Wirklichkeit werden konnten, benötigte man zuerst die politische Emanzipation. Mit dem Postulat aus dem Hainfelder Programm jedoch, wonach der Kampf gegen die ökonomische Ausbeutung des Proletariats international geführt werden sollte, bewegte sich die Sozialdemokratie wieder auf dem Feld der heiklen nationalen Frage.

Wie gern der Internationalismus der Sozialdemokraten europaweit zum beliebten Kritikobjekt der politischen Konkurrenz wurde, zeigte etwa die Affäre Gustave Hervé in Frankreich. Die Eröffnung des Mitgliedes des Parteikomitees, die Nationen hätten im Falle des Sieges der sozialen Revolution keine Zukunft mehr, löste eine Diskussion in der ganzen II. Internationale aus und bot Gelegenheit, Betrachtungen über ihr Verhältnis zum Patriotismus anzustellen. Der innere Gegner - die bürgerliche Presse - versuchte seinerseits daraus politisches Kleingeld zu münzen, indem er die Ausführungen Hervés als Propagandadeklaration der gesamten sozialdemokratischen Partei publizierte.²⁷³ In Frankreich trat gegen Hervé der ausgezeichnete Rhetoriker Jaurès mit der These an, es würde einen „freien Bund selbstbestimmter und brüderlicher Vaterländer“ geben, und nahm der Sache damit ein wenig an Schärfe.²⁷⁴ In dem ideologisch-politisch uneinheitlichen Gebilde aus einzelnen sozialistischen Parteien verschiedener Prägung (von marxistischen, über revisionistische, bis zu länderspezifischen wie z. B. der französische Possibilismus), welche die II. Internationale darstellte, war die nationale Frage bis 1900 viel zu komplex, als dass sie gleich hätte gelöst werden können. Anders betrachtete man dieses Thema in der

²⁷¹ *Naprzód* 4(15.02.1892); *Czas* vom 11.02.1892.

²⁷² BUSZKO, Dzieje, S.133.

²⁷³ *Naprzód* 151(4.06.1905) und 167(21.06.1905).

²⁷⁴ Zitiert nach MARTIN MAYER, Drei Konzeptionen von Frankreichs Rolle in der Welt, In: 1900: Zukunftsvisionen der Großmächte, Hrsg. von Sönke Neitzel, Paderborn, München, Wien, Zürich 2002, S. 115.

deutschen Sozialdemokratie, wo die nicht-deutsche Bevölkerung in der Minderheit war, anders in der österreichischen. Das nationale Moment entzweite das deutsche sozialdemokratische Lager (Konflikt zwischen Rosa Luxemburg und Georg Ledebour) genauso wie den linken Flügel der II. Internationale (Differenzen Lenin-Luxemburg).²⁷⁵

Ein Einklang in den politischen Maßnahmen auf internationalem Boden setzte für die meisten Sozialdemokraten Galiziens eine Verbindung mit polnischen Brüderparteien anderer Teilungsgebiete voraus.²⁷⁶ Dieses Vorhaben in die Realität umzusetzen war schwierig aufgrund der Besonderheiten im Bereich der Taktik und Organisation sowie der Rechtsgrundlagen der Gebiete. Einen kleinen Schritt in diese Richtung konnte die polnische Sozialdemokratie allerdings noch vor dem Pariser Kongress 1892 setzen, als verschiedene sozialistische Gruppierungen - darunter die Gruppe um das Blatt *Przegląd Socialistyczny* (Sozialistische Rundschau), *Przedświt*, Gmina Narodowo-Socjalistyczna (Nationalsozialistische Gemeinde), Zjednoczenie Robotnicze (Arbeiterverband), Związek Robotników Polskich (Verband der Polnischen Arbeiter) - eine gemeinsame ideologisch-politische Plattform fanden und auf dem Kongress 1892 durch eine gemeinsame Delegation vertreten waren. Im Namen des auf diesem Kongress ins Leben gerufenen Verbandes der Polnischen Exilsozialisten (Związek Zagraniczny Socjalistów Polskich) nahm Stanisław Mendelson in Russisch-Polen die endgültige Einigung des Verbandes der Polnischen Arbeiter und des 1888 gegründeten „II. Proletariats“ im Rahmen der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna PPS) vor, die zu ihrem obersten Ziel die Wiederherstellung der polnischen Unabhängigkeit erklärte.²⁷⁷ Dieser Haltung schloss sich auch die polnische Sozialdemokratie Galiziens an.

Nirgends ging der Patriotismus mit dem Sozialismus enger zusammen als in Frankreich, aber auch Galizien hatte seinen Jaurès, zumindest was die ausgezeichnete Rhetorik anging. Es war Ignacy Daszyński, der das künftige Bild der dortigen Sozialdemokratie prägte. So wie sich die ideologischen Umwandlungen in der sozialistischen Bewegung vollzogen, fand im Laufe der Zeit auch der Frontmann der galizischen Sozialdemokratie zu neuen Sichtweisen. Daszyńskis politische Tätigkeit begann mit einer stürmischen Phase. Schon als Gymnasiast im zarten Alter von vierzehn Jahren zeigte sich der im ostgalizischen Zbaraż geborene Sozialdemokrat von seiner rebellischen Seite, als er patriotische Literatur - gerichtet gegen Österreich - unter den Mitschülern verteilte und Büsten von Franz Joseph zum Objekt seiner jugendlichen Streiche machte. Die Folgen seiner konspirativen Aktivitäten, einer Phase, in der Daszyński den Traum von einer „slawischen Gemeinde auf den Trümmern der drei

²⁷⁵ Vgl. FELIKS TYCH, *Druga Międzynarodówka 1889-1914 wobec kwestii narodowej* [II. Internationale 1889-1914 und die nationale Frage], In: *Kwartalnik Historyczny* 89(1982), S. 251-270.

²⁷⁶ Daszyński an Mendelson vom 5.06.1891, CA KC PZPR, 305/VII/44, Nr.19 und vom 8.01.1892, ebda, 54.

²⁷⁷ Aus den Elementen, die diese Meinung nicht teilten, entstand 1893 die SDKPi L mit Rosa Luxemburg an der Spitze.

Teilungsmächte“ träumte²⁷⁸, waren Schulverweise und zahlreiche spätere Prozesse.²⁷⁹ Das Herumziehen durch das Land nach dem Beispiel wandernder Gesellen erlaubte dem Sozialdemokraten das gesellschaftliche Milieu zu ergründen und sich zu einem Kenner der Arbeiterwelt zu entwickeln und zwar einem, der „die Seelen der Proletarier so beherrschte wie ein ausgezeichneter Virtuose sein Instrument“.²⁸⁰ Den Rest in seiner Weltanschauung formten seine privaten Erfahrungen mit der Armut.²⁸¹

Daszyński's natürliches Element war eindeutig die praktische Politik. Wenn Viktor Adler einmal kryptisch sagte: „Daszyński, ein fast genialer Politiker im Parlament, der aber vom Sozialismus nur das Kolorit hat“²⁸², bezog sich das weniger auf die adeligen Spuren im Familienstammbaum, denn mit der Schlachta hat er längst gebrochen. In diesen Worten steckte vielmehr eine Anspielung auf Daszyński's Mängel auf dem theoretischen Gebiet der Lehre des Sozialismus. Mit der Zeit war dem überzeugten Marxisten das sklavisches Festhalten an der Doktrin in der politischen Praxis eng geworden. Die Kunst des Kompromisses und des Taktierens lockerte zusehends die doktrinaire Haltung, was sich in diversen Kurzbündnissen und strategischen Partnerschaften mit politischen Kontrahenten im Lande und polenfeindlichen Elementen auf dem parlamentarischen Boden niederschlug – alles im Interesse der Arbeiter wohlbermerkt. Der Glaube und die Hoffnung, die Daszyński in den Parlamentarismus setzte, waren ein Hinweis, dass die revolutionären Konzeptionen des Sozialismus dem Wahlzettel Platz machten.²⁸³

Die noch schwache Sozialdemokratie Galiziens brauchte einerseits die Unterstützung der österreichischen Gesamtpartei, vor allem was die Gewerkschaften anging, andererseits wollte sie sich nicht so fest an diese binden, wegen der Zusammenarbeit mit anderen polnischen Fraktionen sozialistischer Färbung in anderen Teilungsgebieten, was Daszyński auf dem Kongress der Sozialdemokraten in Wien am 5. – 9. Juni 1892 betonte. Wie aber hat die österreichische Gesamtpartei der Tatsache Rechnung getragen, dass nach den Tschechen, die sich auf dem Pariser Kongress der Internationalen Sozialdemokratie eine eigene Vertretung sicherten, bereits die zweite Partei im Begriff war, ihre eigene Konzeption zu verfolgen?

²⁷⁸ Zitiert nach WALENTYNA NAJDUS, Ignacy Daszyński (1866-1936), Warszawa 1988, S. 20.

²⁷⁹ Daszyński musste die Reifeprüfung als Externer ablegen. Im Alter von 27 Jahren hatte der Sozialdemokrat bereits 30 Prozesse hinter sich.

²⁸⁰ LIEBERMAN, Pamiętniki, S. 65.

²⁸¹ DASZYŃSKI, Pamiętniki, S. 44.

²⁸² Adler an Karl Kautsky vom 18.11.1901, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, S. 378.

²⁸³ Daszyński über den Parlamentarismus, In: MICHAŁ ŚLIWA, Ignacy Daszyński o państwie, demokracji i parlamentaryzmie [Ignacy Daszyński über Staat, Demokratie und Parlamentarismus], Warszawa 1997, S. 57.

B. Nationalisierung des Sozialismus.

1. Polnische Sozialdemokratie innerhalb der österreichischen Gesamtpartei.

Obwohl der polnische Gedanke des Wiederaufbaus der eigenen Staatlichkeit im deutlichen Widerspruch zur Überzeugung auch der österreichischen Sozialdemokratie von der Notwendigkeit der Beibehaltung der territorialen Einheit der Monarchie stand, verliefen die gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden Parteien ohne größere Reibereien. Gründe dafür gab es mehrere. Zum einen glaubte von der österreichischen Seite wohl niemand an eine rasche Verwirklichung der polnischen Ziele und solange sich dieses Vorhaben im theoretischen Bereich aufhielt, stellte es für die Führung der Gesamtpartei keine unmittelbare Gefahr dar. Gegner des polnischen Separatismus wie Ignaz Auer versuchten Viktor Adler, Otto Bauer und Engelbert Pernerstorfer zu beruhigen. Die Meinung des Letzteren allerdings, der Internationalismus habe den Nationalismus als Voraussetzung, löste Kontroversen aus.²⁸⁴

Auch auf der polnischen Seite gab es Anhänger eines übernationalen Kurses, die der Idee Daszyńskis kritisch gegenüberstanden, und auch solche, die den zentralistischen Gelüsten Wiens keine Chance geben wollten (Mendelson) und die Legalität der galizischen Partei überhaupt ablehnten. 1893 kamen in Lemberg Stimmungen hoch, die schon 1890 um das Blatt *Praca* brodelten.²⁸⁵ Eine Sezession unter der Führung von Ernest Breiter missachtete die Parteilinie und strebte die Gründung einer politischer Organisation der „Unabhängigen“ Sozialisten an nach dem Beispiel ähnlicher Gruppierungen in Wien und Berlin.²⁸⁶ Um den negativen Trend umzukehren, übersiedelte Daszyński 1893 von Krakau nach Lemberg. Als Gegengewicht zu der von den „Unabhängigen“ dominierten *Praca* wurde das Blatt *Słowa* gegründet. Die Abwesenheit Daszyńskis in Krakau ließ jedoch die Leser der hier seit 1892 herausgegebenen Zeitschrift *Naprzód* (Vorwärts) ihren gewohnten Ton vermissen.²⁸⁷

Es ist nicht gelungen, die parteiinterne Opposition zu beruhigen.²⁸⁸ So wie die österreichische Partei von den linken radikalen Elementen Abstand nahm, so distanzierte sich auch die polnische von der Breiter-Gruppe wie früher von den sozialpatriotischen

²⁸⁴ JOSEF STRASSER, Nationalismus und Sozialismus In: *Der Kampf*, Dez.(1911), S. 109-112.

²⁸⁵ Daszyński an Mendelson vom 29.10.1891, CA KC PZPR305/ VII/44, Nr. 40; NAJDUS, Daszyński, S. 85

²⁸⁶ In Wien zählte zu diesen Elementen die „Volkspresse“(1889-1892) mit Rudolf Hauser und Adolf Heimaier an der Spitze.

²⁸⁷ Die geheime Sitzung, bei der die Gründung des Blattes beschlossen wurde, fand in Krakau am 20.12.1892 statt. Über den neuen Führungsstil unter Tadeusz Reger siehe Bericht der Polizeidirektion Krakau an die Statthalterei vom 21.12.1892, APKr St.GKr. 59, V-Arch.22.

²⁸⁸ Auch die Gründung des Verbandes der Exilsozialisten auf dem Pariser Kongress war ein Zeichen, dass die Idee Daszyńskis die Emigration der Landesorganisation unterzuordnen missglückte.

„Pobudka“. Lemberg verlor seine führende Rolle in der polnischen Arbeiterbewegung Galiziens zugunsten Krakaus. Im Jahre 1894 wurde von Breiter der Arbeiterverein „Sztandar“ (Das Banner) gegründet und eine neue Partei mit Józef Daniluk an der Spitze ins Leben gerufen. Das von dem „roten Radikalen“ - wie Breiter genannt wurde - ab 1894 herausgegebene Blatt „Monitor“ richtete bis 1914 seine Spitze gegen den Machtmissbrauch der galizischen Landesverwaltung und der Regierung. Als Anwalt der ausgebeuteten Arbeiter und Bauern ragte der „Unabhängige“ oft durch persönliche Untergriffe hervor.²⁸⁹

Der zweite Wesenszug der polnischen Sozialdemokratie, der auf die österreichische Gesamtpartei beruhigend wirkte, war die Tatsache, dass diese in der nationalen Frage die polnisch-österreichische Lösung bevorzugte. In ihrer Überzeugung, dass Russland der Hauptunterdrücker der Polen wäre, nahmen die Sozialdemokraten Galiziens an, dass nach dem Sieg gegen das Zarenland aus den Gebieten, die nach den polnischen Teilungen an Russland und an Österreich gingen, ein polnischer Staat eng verbunden mit der Habsburger Monarchie errichtet werden würde.²⁹⁰ Daher lässt sich bei den polnischen Sozialdemokraten bei aller Unterstützung der Unabhängigkeitsidee das Postulat der Abtrennung Galiziens von der Monarchie als *causa prima* nicht spüren. Die Arbeitervertreter fürchteten bei der Selbständigkeit des Landes die Willkür der Schlachta, Einstellung des Demokratisierungsprozesses sowie eine Germanisierung und Tschechisierung Schlesiens.

Das Fernbleiben der tschechischen Delegation beim III. Kongress der Österreichischen Sozialdemokratie (geschickt wurden nur vier Beobachter) spielte den Polen in die Hände. Um nicht auch ihre Abneigung auf sich zu ziehen, zeigte sich die Gesamtpartei tolerant hinsichtlich des polnischen Wunsches nach einer lockeren Verbindung zwischen den beiden Fraktionen. Das wiederum wie auch die Tatsache, dass die polnischen Proletariatsvertreter finanzielle Hilfe aus Wien benötigten, brachte der österreichischen Partei die Unterstützung der Polen bei der Verhinderung der tschechischen Absicht einer Föderalisierung der Partei. Das war jedoch nur ein kurzer Aufschub des Problems, das 1896 wieder auftauchte. Da sich die Unterdrückung der tschechischen Arbeiter in den Ländern der Wenzelskrone und in Niederösterreich oft mit der nationalen Unterdrückung deckte, betonten die tschechischen Sozialdemokraten auf den Kongressen der österreichischen Gesamtpartei 1896 und 1897 die Wichtigkeit einer selbständigen Entscheidung in der nationalen Frage.²⁹¹ Diesmal stießen

²⁸⁹ STANISŁAW BRANDOWSKI, Ernst Breiter. Biographische Skizze, Lemberg 1910. ; Siehe auch FELIKS TYCH, Słownik biograficzny działaczy polskiego ruchu robotniczego[Biografisches Wörterbuch der Aktivisten der polnischen Arbeiterbewegung], Bd. I., S. 305f.

²⁹⁰ Anfang des 20. Jh. wurde diese Position konkretisiert. Eine trialistische Lösung Österreich-Ungarn-Polen wurde von der Sozialdemokratie angestrebt.

²⁹¹ Vgl. JANUSZ GRUCHAŁA, PPSD a socjaliści czescy i niemiecko-austriaccy[PPSD und die tschechischen sowie die deutsch-österreichischen Sozialisten]. In: Z pola walki 25(1982), S. 28f.

die tschechischen Bestrebungen auch auf die Unterstützung der polnischen Fraktion, bei der die Absicht der Umwandlung der territorialen galizischen Partei in eine polnische reifte.

Der Vorstoß Daszyńskis in der nationalen Frage zog einerseits scharfe Kritik der Hauptideologin der SDKPiL, Rosa Luxemburg, nach sich, die diese Richtung als eine „sozialpatriotische“ bezeichnete, andererseits wich die Lemberger Parteispitze (Kozakiewicz, Hudec) ein wenig von ihrer übernationalen Linie ab und trug eine Resolution mit, die die Unabhängigkeit Polens zum gemeinsamen Ziel der internationalen Arbeiterbewegung erklären sollte auf dem Londoner Kongress der II. Internationale im Sommer 1896.²⁹²

Die Presseorgane anderer polnischen Parteien und Gruppierungen in Galizien belächelten diesen Patriotismus in der sozialdemokratischen Ausgabe (*Nowa Reforma*), warfen den Genossen Heuchelei vor (*Przegląd Wszechpolski*, *Kurjer Lwowski*), oder zogen über sie her, weil sie darin eine Gefährdung eines möglichen Ausgleichs mit den Teilungsmächten sahen (*Dziennik Krakowski*).²⁹³ In Wien zeigte man sich mehr über den Artikel der „doktrinären Gans“ Rosa Luxemburg unter dem Titel „*Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Österreich*“ verärgert, der die polnische Resolution unnötig zu einer Affäre aufbauschte, als über deren als „harmlos“ eingestuften Inhalt.²⁹⁴ Adler fürchtete vielmehr um Daszyński, der all diesen Attacken standhalten musste, und war bemüht, dem Vorsitzenden der galizischen Sozialdemokratie in seinem Spagat zwischen einem maßvollen Nationalismus - die Lösung der sozialen Probleme der Arbeiter stand bei Daszyński immerhin an oberster Stelle - und dem Internationalismus tatkräftig zu unterstützen. Artikel von Luxemburg wurden in der sozialistischen Fachpresse nicht gedruckt und man versuchte anhand eigener Aufsätze die Angelegenheit aus eigener Sicht zu beleuchten.²⁹⁵

Der Kongress der II. Sozialistischen Internationale in London brachte für die Polen nicht die gewünschten Ergebnisse, außer einem nicht näher konkretisierten „Selbstbestimmungsrecht aller Nationen“. Obwohl die Idee eines unabhängigen Polen bei solchen Größen im internationalen sozialistischen Lager wie Liebknecht, Plechanov, Labriola

²⁹² Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses in London vom 27. 07. bis 1.08.1896, Berlin 1896, S. 10.; KERSTIN JOBST, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien 1890-1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich, Hamburg 1996, S. 73f.; NAJDUS, Kwestia..., S. 281.

²⁹³ *Naprzód* 34(20.08.1896).

²⁹⁴ ROSA LUXEMBURG, Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Österreich. In: *Die Neue Zeit* 14(1895) 96,6, S. 181.; Adler an Kautsky vom 13.05.1896, Briefwechsel, S. 207.

²⁹⁵ Adler an Kautsky vom 25.05.1896, Briefwechsel, S. 208.

oder Kautsky Befürworter fand, war die Befürchtung, die nationale Frage könnte das wichtigste Ziel der Arbeiterbewegung auf den zweiten Platz verdrängen, doch größer.²⁹⁶

Die polnische Proletariatsvertretung zog sich nicht in den Schmollwinkel des Unverstandenseins zurück. Die Wahlreform Badenis, die für Galizien bescheidene fünfzehn Mandate vorgesehen hatte, und die Erwerbung von zwei Abgeordnetensitzen durch die polnischen Sozialdemokraten bei den Reichsratswahlen im März 1897 eröffnete Daszyński die Pforten des Parlaments, wo er zehn Jahre lang praktisch als einziger polnischer Abgeordnete seiner Fraktion aktiv war (Jan Kozakiewicz, der sein Mandat in Lemberg bekam, stand wegen seiner mangelnder Deutschkenntnisse im Schatten Daszyńskis).²⁹⁷ Mit seinen glänzenden und mit der Zeit sehr gefürchteten Reden schrieb der jüngste unter den Politikern des Abgeordnetenhauses Parlamentsgeschichte. In Ermangelung echter kapitalistischer Verhältnisse in Galizien konnte der Gegensatz Kapitalismus - Proletariat nicht zur Geltung kommen, daher mutierte die Oligarchie der Schlachta zum wichtigsten Objekt der Kritik der galizischen Sozialdemokraten, die als Anwalt der Unerdrückten und Unzufriedenen die gesellschaftlichen Missstände im Lande anprangerten. Daszyński, der zwanzig Jahre lang um „saubere“ Wahlen gekämpft hatte, ließ seinen Unmut den Grafen Dzieduszycki spüren, indem er ihn in einem offenen Brief „Präses des zentralen Wahlkomitees für Wahlverbrechen“ nannte.²⁹⁸ Der „beredte Ignaz“ - wie der polnische Sozialdemokrat unter den Abgeordneten genannt wurde - wagte es auch, seine Meinungen im Parlament vorzutragen. Als Dzieduszycki versucht hatte, die Wahlungereimtheiten mit „Rücksicht auf die nationale Frage“ zu rechtfertigen, schrie ihm Daszyński entgegen: „Waschen Sie sich zuerst das Blut von den Händen, Herr Graf!“²⁹⁹

Als unermüdlicher Sisyphus zeigte sich der Anführer der galizischen sozialdemokratischen Partei im Kampf gegen das Notverordnungsrecht, das seit 1897 zur Regierungsgrundlage geworden war.³⁰⁰ Wie viel Anerkennung Daszyńskis Einsatz ihm

²⁹⁶ Vgl. Artikel von Wilhelm Liebknecht, Sozialdemokraten über Polen, gedruckt in *Vorwärts*, zitiert in *Kurjer Przemyski*, 38(16.05.1897).

²⁹⁷ Die Statthalterei versuchte die Wahl Daszyńskis zu verhindern und ließ die Wahl auf eventuelle Manipulationen untersuchen. Siehe Antwort der Polizeidirektion in Krakau vom 17.03.1897, APKr StGrKr.427, die diesen Verdacht widerlegte.; Über Kozakiewicz im Parlament siehe DASZYŃSKI, *Pamiętniki*, Bd. I., S. 157.

²⁹⁸ *Naprzód* 280(12.10.1905).

²⁹⁹ DASZYŃSKI, *Pamiętniki*, Bd. I., S. 155.; Siehe auch IGNACY DASZYŃSKI, *Wybory galicyjskie przed sądem parlamentu* [Die galizischen Wahlen vor dem Gericht des Parlaments], Kraków 1897, sowie Daszyńskis Anträge auf die Untersuchung der Wahlen In: STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN RECHSRATHES XII. Session vom 30.03., 7.04, 8.04. 1896, S. 26,28-30, 136-140, 202-213.

³⁰⁰ Dringlichkeitsantrag Daszyńskis gegen § 14 zum ersten Mal am 21.03.1898. Siehe STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN RECHSRATHES 14. Session, 1. Sitzung; Siehe auch ebda, 16. Session vom 18.10.1899.

brachte, drückte am besten Viktor Adler aus: „Wenn wir ihn im Parlament nicht hätten, würden wir böse abschneiden“.³⁰¹ Dieser Wertschätzung und dem tschechisch-deutschen Konflikt verdankte der Parteiobermann das Amt des Vorsitzenden eines fünfzehnköpfigen sozialdemokratischen Abgeordnetenverbands im Reichsrat.³⁰²

Die gegen Willkür und Verfassungsbrüche der Regierung sehr empfindlichen Arbeitervertreter sahen sich im April 1897 herausgefordert zu handeln, als Badeni versuchte, auf dem außerparlamentarischen Wege Sprachverordnungen für Böhmen und Mähren durchzusetzen. Notgedrungen stellten sich auch die polnischen Sozialdemokraten auf die Seite der erzürnten Deutschen, die zur Obstruktion griffen, obwohl der letzte Schlagabtausch zwischen dem stolzen Daszyński und Wolf im Abgeordnetenhaus wegen polenfeindlichen Aussagen des Deutschnationalen noch sehr frisch in Erinnerung war³⁰³ und - was noch wichtiger war - obwohl die Sozialdemokraten die Obstruktion als solche ablehnten, da solche Aktionen gerade das auf den Plan riefen, was die Arbeiterpartei so bekämpfte, nämlich den § 14. Die auf den ersten Blick unterschiedlichen Gründe, aus welchen der Schulterschluss zwischen den polnischen Sozialdemokraten und den Deutschnationalen zustande kam (die Deutschen wollten die Sprachregelungen nicht akzeptieren, die Polen waren von der Missachtung der Verfassung durch die Regierung vor den Kopf gestoßen), waren gar nicht so different, denn auch die polnischen Proletariatsvertreter fürchteten sich vor den Konsequenzen einer Sprachverordnung. Diese würde nämlich in der Bastion der polnischen Arbeiterklasse, in Teschener Schlesien, eine mögliche Tschechisierung der Behörden mit sich bringen.³⁰⁴

Die Vorkommnisse im Frühjahr 1897 lösten eine Lawine aus: polizeiliche Intervention im Abgeordnetenhaus, Sturz Badenis, Kritik an den polnischen Sozialdemokraten wegen des ungewöhnlichen Bündnisses seitens der politischen Gegner im Lande, Aktion der Regierung gegen sozialdemokratische Organisationen, eine antisemitische Hetze und schließlich ein Ausnahmezustand in Galizien. Unterbindung offener Diskussionen, Stillhaltetaktik Adlers und abwartende Haltung konnten auf die Dauer keine Lösung sein angesichts der wachsenden Konflikte zwischen den Nationalitäten der Habsburgermonarchie, die sich auch unter den sozialdemokratischen Fraktionen breit machten.³⁰⁵ Die österreichische Partei war gefordert,

³⁰¹ Adler an Bebel vom 30.11.1899, Briefwechsel, S. 334.

³⁰² Der Klub setzte sich aus 2 Polen, 6 Tschechen und 7 Deutschen zusammen. Als Gast ließ sich hier auch der Ruthene Dr. Jarosiewicz blicken. Siehe DASZYŃSKI, Pamiętniki, Bd. I., S. 151f.

³⁰³ STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATHES XII. Session vom 8.04.1897, S. 202-213 und vom 8.11.1898, S. 1074f, 1304f.

³⁰⁴ GRUCHAŁA, PPSD..., S. 30.

³⁰⁵ Viktor Adler umschrieb die Situation im Sommer 1897: „Unsere politische Lage ist so gotterbärmlich im Dreck, dass einem alle Lust fehlt, überhaupt davon zu reden. Die nationalen Geschichten sind so obenauf, dass wir gar nicht durchgreifen können, sondern abwarten müssen, bis sich der Strom verlaufen.“ Siehe Adler an Bebel vom

in der nationalen Frage Position zu beziehen. Auf dem Brünner Parteitag im September 1899 wurde ein Programm herausgearbeitet, das die Umgestaltung der Monarchie in einen demokratischen Föderativstaat und Aufteilung der Kronländer in nationale Bezirke vorsah. Jedoch auch dieser Spagat zwischen „Selbständigkeit der Nationen“ und dem „Nationalstaatsgedanken“ legte den Zwist zwischen den sozialdemokratischen Fraktionen nicht bei. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen im politischen Alltag in den einzelnen Kronländern verlor der Internationalismus für diese Parteien oft an Bedeutung. Nachdem die sozialen Lösungen nicht mehr vom Sieg des revolutionären Sozialismus abhingen - die Weichenstellungen dafür wurden mit der Revision des Programms 1901 gelegt -, sondern von den parlamentarischen Erfolgen der Proletariatsvertretung erwartet wurden, mussten auch die jeweiligen Arbeiterparteien an die Stärkung ihrer Positionen innerhalb des Parteienspektrums ihrer Länder denken. Mehr als die polnische Sozialdemokratie bekam diese Notwendigkeit die tschechische zu spüren, die sich zu einer der führenden politischen Kräfte in den Ländern der Wenzelkrone entwickelte.

An ihrer Stellungnahme zu den aufs Neue ausbrechenden Spannungen zwischen der tschechischen und der deutsch-österreichischen Arbeiterpartei ließ sich auch das Verhältnis der polnischen Sozialdemokratie in Galizien zur Wiener Partei ablesen. Da, wo die tschechisch-österreichischen Beziehungen empfindlich gestört waren - sei es hinsichtlich der Kampftaktik um das allgemeine Wahlrecht, sei es in der Frage der Schulen für Minderheiten, in der Frage der Gewerkschaften oder der Positionierung hinsichtlich der internationalen Lage in Europa - deckten sich aus verschiedenen Gründen die Ansichten zwischen Krakau und Wien, was natürlich für ein paar veritable Krisen zwischen den galizischen und den tschechischen Genossen sorgte. Bevor jedoch die Sozialdemokratie Galiziens zu den Höhepunkten des tschechisch-deutschen Konflikts der letzten Vorkriegsjahre Stellung nahm, musste sie ihre eigenen nationalen Probleme lösen.

2. Das Prinzip des Internationalismus auf dem Prüfstein der politischen Praxis - Turbulenzen in der ruthenischen Sozialdemokratie.

Die Umwandlung der österreichischen Sozialdemokratie in eine Föderation national-territorialer Fraktionen 1897 erleichterte wesentlich den Prozess der Umbenennung der galizischen Partei in eine polnische. Was zum Abschluss der Bemühungen um den nationalen Charakter der Fraktion allerdings noch fehlte, war die Lösung des Ruthenenproblems.

2.08.1897, Briefwechsel, S. 235.; Über die Vorfälle im Reichsrat und Räumung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus der V. Kurie durch die Polizei siehe Daszyński an Michał Grek vom 4.12.1897, PANK, t. 7740, S. 3, 4.; Siehe auch Ausschnitte aus *Głos Narodu* 272(27.11.1897); APKr St.GKr. Zb. Kl. 9, S. 133.

Die ruthenischen Sozialdemokraten gehörten entweder der galizischen Sozialdemokratie an oder sie bildeten den linken Flügel der ruthenischen Radikalen. Die Fraktion der Radikalen war nicht minder differenziert in ihrer Zusammensetzung als die galizische sozialdemokratische Partei. Mit einem programmatischen Spagat versuchte man verschiedene Orientierungen zusammenzuhalten (Wunsch nach einem sozialistischen System verbunden mit Postulaten eines Bauernsozialismus, Forderung einer Föderalisierung des Staates, Postulat der Autonomie für die Ukraine und Erweiterung der Bürgerrechte).³⁰⁶ Das Blatt *Narod* war mit seiner Vielfalt an behandelten Themen das Spiegelbild dieser unterschiedlichen Richtungen.

Die „Alten“ unter den Radikalen sahen mit Argwohn den polnischen Bestrebungen einer Nationalisierung der galizischen Sozialdemokratischen Partei zu. Kritisiert wurde die Teilnahme der polnischen Genossen an nationalen Gedenktagen und ihre Distanz zu den „Unabhängigen“ Breiters. In der ersten Reaktion auf diese Entwicklungen überlegte der II. Parteitag der Ruthenischen Radikalen (3.-5. Oktober 1891) die Herausgabe einer eigener ukrainischen Zeitschrift und die Gründung eines Bildungsvereines in Lemberg zur Verbreitung des Klassen- und Nationalbewusstseins unter dem städtischen Proletariat. Vorerst ging man jedoch nicht über diese Absicht hinaus, denn trotz aller Vorbehalte standen die polnischen Sozialdemokraten als Partner für eine Zusammenarbeit den Radikalen am nächsten.³⁰⁷ Das rührte nicht zuletzt daher, dass gute Kontakte zwischen den „jungen“ ruthenischen Radikalen und den polnischen Aktivisten aus dem Umfeld Lembergs - die bekanntlich eine etwas andere Linie vertraten als die Parteiführung in Krakau - Tradition hatten (hier wäre Jan Kozakiewicz zu erwähnen, der eng mit der Zeitschrift *Narod* arbeitete, Anzelm Mosler mit seiner Arbeit in Buczacz, Herman Lieberman in Przemyśl oder Mykola Hankiewicz auf der ruthenischen Seite, der sich als Verbindungsmann zwischen beiden Fraktionen auszeichnete).³⁰⁸ Übereinstimmungen wie z. B. die Befürwortung einer übernationalen Position oder ein verstärktes Engagement in der sonst stiefmütterlich behandelten Agrarfrage verbesserten das Klima sogar mit der älteren Generation der ruthenischen Radikalen.

In Krakau war man im Gegensatz zu Lemberg weniger überzeugt von dem möglichen parteipolitischen Einfluss des linken Flügels der Radikalen auf die linken patriotischen Elemente in der Großen Ukraine, daher sah man hier einer eventuellen Trennung von den

³⁰⁶ NAJDUS, PPSD..., S. 171.

³⁰⁷ *Narod* 20-21(24.10.1891) ; Zum linken Flügel der ruthenischen Radikalen gehörten u.a. Roman Jarosiewicz, Wladimir Lewinski, Ostap Terlecki, Lew Turbacki, Semen Wityk.

³⁰⁸ Hankiewicz war eine Zeit lang auch Redakteur des Blattes *Robotnik*.

ruthenischen Sozialdemokraten nicht nur entspannter entgegen, sondern empfand eine solche Entwicklung als günstig.³⁰⁹

Wie schon die Meinungsunterschiede zwischen den „Alten“ und den „Jungen“ hatten vermuten lassen, vollzog sich in diesem politischen Lager in den kommenden Jahren eine weitere Differenzierung. Auf Initiative der aktiver gewordenen ruthenischen Sozialdemokraten wurde auf dem VII. Parteitag der Radikalen im Oktober 1898 ein Versuch unternommen die Fraktion in eine „sozialistische“ umzubenennen. Als nächster Schritt war die Übernahme des Hainfelder Programms und der Beitritt als autonome Partei zur Österreichischen Sozialdemokratie geplant. Als dieser Antrag jedoch zuerst abgelehnt wurde und schließlich in einem zweiten Anlauf im Mai 1899 - trotz der Stimmenmehrheit - für ungültig erklärt wurde, vollzog sich eine Sezession der ruthenischen Sozialdemokraten (u.a. Roman Jarosiewicz, Jacko Ostapczuk, Semen Wityk, Gebrüder Nowakowski).³¹⁰ Als kurz darauf der rechte Flügel im radikalen Lager in die nationale Trommel schlug und eine eigene Zeitschrift *Buducznost* (Die Zukunft) ins Leben rief, war die Spaltung der Partei besiegelt. Am 18. September 1899 konstituierte sich die Ukrainische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Bukowinas (UPSD), die seit Januar 1900 ihr eigenes Blatt *Wolja* herausgab³¹¹. Die Elemente vom rechten Flügel der alten Radikalen versammelten sich in der am 27. Dezember 1899 gegründeten Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei (UPND).³¹² Anfang Dezember 1899 konnten sich die polnischen Arbeitervertreter auf der Parteikonferenz in Przemyśl zum ersten Mal als Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens (PPSD) präsentieren.

Bemüht um die Lösung der nationalen Frage nach eigenen Wünschen und Vorstellungen, konnte die PPSD die Bestrebungen der ruthenischen Genossen nach nationaler Autonomie nicht ignorieren.³¹³ In der Aufbauphase der Parteiorganisation der UPSD gingen die beiden Fraktionen den Weg der Zusammenarbeit und zwar einer engen, wenn man bedenkt, dass manche ruthenischen Sozialdemokraten wie Mykola Hankiewicz oder Semen Wityk selbst nach der Bildung einer eigenen Partei nationaler Färbung auf ihre Mitgliedschaft auch in der polnischen Fraktion nicht verzichteten. Solange sich die Unabhängigkeitspostulate der ruthenischen Fraktion hauptsächlich gegen das Zarentum richteten und die polnische Seite an den klar abgesteckten Einflussbereich der beiden Parteien in Galizien glaubte, war das friedliche Miteinander noch ungestört.

³⁰⁹ Daszyński an Mendelson vom 7.12.1897 und 4.01.1892, CA KC PZPR 305/VII, Nr. 49 und 53.

³¹⁰ NAJDUS, PPSD..., S. 219.

³¹¹ Ab 1907 hieß das Blatt *Zjemia i Wolja*.

³¹² Hier gehörten u.a. Ewgen Lewicki, Teofil Okuniewski, Wolodimir Ochrymowicz, Redakteur des Blattes *Buducznost*. ; Zur UPND siehe auch WASYL W. RASEWICZ, *Ukrainska Nacionalno-Demokratyczna Partia*, Diss. , L'viv 1996.

³¹³ DASZYŃSKI, *Pamiętniki*, Bd. I., S. 223.

Angesichts der um sich schlagenden Nationalismen in dem Vielvölkerstaat Österreich war es naiv zu denken, dass es bei der alten Teilung der Wirkungsbereiche - die ruthenische Sozialdemokratie wie einst die Partei der Radikalen auf dem ostgalizischen Land, die PPSD im städtischen Bereich - ewig bleiben würde. Die Bauernschaft war lange Zeit ein Ersatz für das fehlende industrielle Proletariat, aber einige Elemente unter der UPSD glaubten auch in der ruthenischen Bevölkerung einen Prozess der sozialen Differenzierung registriert zu haben (Proletarisierung der Landbevölkerung, Ausbildung des Kleinbürgertums) und damit auch stärker zum Vorschein tretende Klassengegensätze.³¹⁴

Wenn es bei den Ruthenen hieß, dass sich der Charakter der Sozialdemokratie vom Bauernsozialismus - gefärbt mit der revolutionären Ideologie der ukrainischen Intelligenz - zum Arbeitersozialismus wandelte, so war das mehr ein Hinweis auf die Differenzierung zwischen den „alten“ Aktivisten, die hauptsächlich unter der Landbevölkerung tätig waren (Mykola Hankiewicz, Melen, Wityk), und den „Jungen“ (Buniak, Lew Hankiewicz, Wladimir Lewinski, Bezpalko) mit ihrer Arbeit im natürlichen Milieu des Proletariats – in den Städten.

Die Expansion der UPSD in die städtischen Regionen Ostgaliziens begann mit der Gründung eines Wahlkomitees in Lemberg und der Aufstellung von zwei Kandidaten bei den ersten Reichsratswahlen nach dem neuen Wahlrecht 1907, allerdings in Bezirken, wo die PPSD kein Interesse hatte (Brzeżany und Świątyń-Buczacz). Die Kandidatur von Mykola Hankiewicz - des wohl engagiertesten Anhänger einer polnisch-ruthenischen Zusammenarbeit - als gemeinsamem Kandidaten der Lemberger Sozialdemokratie wurde von den Parteigremien der polnischen Fraktion abgelehnt, der Vorstoß der ruthenischen Genossen in die städtischen Bereiche ohne Verzicht auf den bisherigen Wirkungsbereich in ländlichen Bezirken als Verletzung der Organisationsaufteilung empfunden. Hankiewicz, der gegen den Willen der PPSD zur Wahl nicht antreten wollte und einen Ersatzwahlbezirk in Drohobycz - wo allerdings schon Semen Wityk als Kandidat aufgestellt wurde - ablehnte, zog sich zurück, diese Angelegenheit sorgte aber für eine schwere Verstimmung nicht nur zwischen der polnischen Partei und der UPSD, sondern auch innerhalb der PPSD, nämlich zwischen Lemberg und Krakau. In den Reichsratswahlen 1907 wurden insgesamt 87 Sozialdemokraten gewählt, davon sechs polnische (Herman Lieberman, Józef Hudec - Lemberg, Jędrzej Moraczewski - Stryj, Tadeusz Reger - Schlesien, Ryszard Kunicki, Cieszyn, Herman Diamand) und zwei ruthenische (Jacko Ostapczuk - Zbaraż und Semen Wityk - Drohobycz).³¹⁵

Die Krise zwischen den zwei Sozialdemokratien erlaubte der UPSD eine organisatorische Konsolidierung. Das Statut der Partei ließ die Handschrift der jüngeren Generation erkennen

³¹⁴ WLADIMIR LEWINSKI, Die Spaltung der ukrainischen Sozialdemokratie. In: *Der Kampf*, Mai(1912), S. 361.

³¹⁵ Im selben Jahr gewann Andrej Szmigielski bei den Ergänzungswahlen in den galizischen Landtag Mandat in der Kurie der Landgemeinden. Er war der einzige Sozialdemokrat im Landtag.

(die Gründung der städtischen Komitees war vorgesehen, die Einführung der Parteisteuer, das Postulat der Teilung Galiziens in einen östlichen, ruthenischen Teil und den westlichen, polnischen wurde vorgebracht). Das Interesse der ruthenischen Sozialdemokratie an einer möglichen Zusammenarbeit verschob sich zusehends von der PPSD auf die ruthenischen Radikalen.

Der Konflikt zwischen der PPSD und der UPSD fand seine Fortsetzung auf der Ebene der Gewerkschaften. Die ruthenischen Sozialdemokraten fühlten sich benachteiligt, weil ihre Vertreter sowohl in den gewerkschaftlichen Organisationen als auch in den Krankenkassen bei der Postenvergabe selten berücksichtigt wurden.³¹⁶ Man forderte eine Aufteilung der Gelder, die der Sozialdemokratie von den Gewerkschaften zukamen und bisher in der Kasse der polnischen Partei landeten, zwischen der PPSD und der UPSD. Die Mängel der gewerkschaftlichen Organisationen (man verfügte nicht über genaue Angaben über die nationale Zusammensetzung der jeweiligen Mitglieder und ihre Parteizugehörigkeit) sorgten schon auf dem tschechisch-deutschen Boden für Zündstoff und endeten mit einer Resolution der tschechischen Sozialdemokratie für getrennte nationale Gewerkschaften.³¹⁷ Nachdem auch die II. Sozialistische Internationale auf dem Kongress in Kopenhagen 1910 den tschechischen Separatismus verurteilte, vollzog sich in der ČSSS eine Spaltung, obwohl sonst ideologisch kaum Unterschiede zwischen den beiden Teilen der Sozialdemokratie bestanden. Die Befürworter einer zentralen gewerkschaftlichen Organisation riefen 1911 die Tschechische Sozialdemokratische Partei ins Leben, der Rest verblieb bei der ČSSS und bekam den Beinamen „Autonomisten“.

Was die PPSD in dieser Etappe des tschechisch-deutschen Konflikts auf die Seite der Wiener Partei brachte, waren weniger die Gewerkschaften - für die polnische Sozialdemokratie besaß dieses Thema nicht denselben Stellenwert wie im Falle der tschechischen Fraktion. Der Widerwille den tschechischen Genossen gegenüber leitete sich vielmehr aus dem Umstand her, dass die polnische Partei in manchen Gebieten des Teschener Schlesiens durch das schwach entwickelte nationale Bewusstsein der polnischen Arbeiter dieses Wählerpotenzial an die ČSSS verlor.³¹⁸ Von manchen Stellen in der

³¹⁶ Solche Krankenkassen wie in Borysławów, wo man beide Sprachen benutzte, waren sonst in Galizien eine Seltenheit. Siehe *Zjemplja i Wolja* 4(30.01.1910); Bei der Sitzung der Exekutive der PPSD im Februar 1913 wurde der Zwist zwischen den Komitees der PPSD, der UPSD und der jüdischen Fraktion erörtert. Die Komitees der beiden letzteren wollten die Besetzung der zwei freigewordenen Mandate in der Krankenkasse in Drohobycz von den Mitgliedern der PPSD nicht akzeptieren. Siehe Parteiprotokolle der PPSD vom 7.02.1913, APKr., St.GKr., IT 1626, S. 87f.

³¹⁷ Die Resolution wurde auf dem Parteitag in Prag am 27.-28.03.1910 gefasst. Siehe OSKAR HOFMANN, *Organisationenentwicklung der Österreichischen Sozialdemokratie bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges*, Wien 1948, S. 157.

³¹⁸ *Robotnik Śląski* 51(27.12.1911); *Naprzód* 289(14.12.1911).

ruthenischen sozialdemokratischen Fraktion ließ sich bei der Beurteilung der Entwicklungen in dem tschechisch-deutschen Streit eine Schuldzuweisung an die deutsche Seite herauslesen (Wladimir Lewinski), im Großen und Ganzen aber deklarierten sich die Ruthenen als Anhänger der zentralistischen Form der gewerkschaftlichen Organisation einzig auf die Berücksichtigung ihrer kulturell-nationaler Rechte pochend.³¹⁹

Blieb der tschechischen Fraktion die Spaltung wegen der geteilten Meinungen hinsichtlich der Gewerkschaften nicht erspart, war das gleiche Schicksal der ruthenischen Sozialdemokratie wegen der unterschiedlichen Haltung zu der PPSD beschieden. Die oben genannten Benachteiligungen der ruthenischen Fraktion ließen die Kritik aus den Reihen der jüngeren Generation im Lager der Ruthenen lauter werden. Vorgeworfen wurden der Parteiführung Nachgiebigkeit gegenüber der polnischen Sozialdemokratie, kritisiert wurde die Doppelmitgliedschaft einiger Funktionäre. All das in Verbindung mit dem von der PPSD demonstrierten Patriotismus beim Feiern nationaler Gedenktage weckte den Widerwillen innerhalb der UPSD. Die Formulierung Daszyńskis auf dem IV. Parteitag der Fraktion, wonach die polnische Sozialdemokratie Erbe des alten revolutionären Adels wäre, wurde sofort mit der „jagiellonischen Idee“ assoziiert und als Gelüste der Polen auf einen Staat in seinen historischen Grenzen ausgelegt. Enttäuscht von der Politik der „Alten“ und ermutigt durch den Separatismus der Tschechen, sahen die jüngeren Vertreter des ruthenischen sozialdemokratischen Lagers den Zeitpunkt gekommen, um Konsequenzen zu ziehen und das Ruder in der Partei an sich zu reißen. Nach dem ersten Schlagabtausch zwischen den Gegnern und den Anhängern einer weiteren Zusammenarbeit mit der PPSD auf der Konferenz der UPSD am 29. Januar 1911 gewannen die ersteren die Oberhand. Die mit den Vorwürfen konfrontierte Parteiführung und die Befürworter einer zwischenparteilichen Kooperation verließen den Sitzungssaal, die restlichen Versammelten fassten eine Resolution, in der die Notwendigkeit der Stärkung des Klassen- und Nationalbewusstseins unter den ruthenischen Arbeitern betont wurde und die bisherigen Verhältnisse zwischen der UPSD und der polnischen Fraktion für falsch erklärt wurden.³²⁰ Es schien, als würde man auf der ruthenischen Seite das in die Praxis umsetzen, was einige Jahre vorher der II. Parteitag der Ruthenischen Radikalen 1891 ins Auge fasste.

Die Konfrontation innerhalb der ruthenischen Sozialdemokratie wurde kurz durch die Wahlkampagne zum Reichsrat unterbrochen und fand ihre Fortsetzung auf dem IV. Kongress der Partei am 3.-4. Dezember 1911. Nach einem Schlagabtausch zwischen den Gegnern der Resolution vom Januar 1911 und den Anhängern einer neuen Taktik, der nationalistische Züge vorgeworfen wurden³²¹, verließ eine Sezessionistengruppe den

³¹⁹ LEWINSKI, Die Spaltung..., S. 365f.

³²⁰ NAJDUS, PPSD..., S. 528.

³²¹ Vgl. Naprzód 283(6.12.1911).

Sitzungssaal. Diese Elemente, die der jungen Generation des Lagers angehörten (außer dem Urgestein Jarosiewicz), waren auf einen Bruch nicht vorbereitet, aber die Fortsetzung der Sitzung und die Wahl eines neuen Parteivorstands, in dem die Anhänger der Zusammenarbeit mit der PPSD vertreten waren, ließ ihnen keine andere Option. Nach der Spaltung versammelten sich die Sezessionisten (auch „Nationalisten“ genannt, u.a. Wladimir Lewinski, Wladimir Temnicki, Lew Hankiewicz, Jacko Ostapczuk, Roman Jarosiewicz) um das Blatt *Vpered* (Vorwärts) und erwarben sich Sympathien in Lemberg, Przemyśl, Stanisławów, Brzeżany, Tarnopol, Rohatyń, in den Bezirken um Zbaraż und Nowe Sióło, Bolechów, Kosiwa, in der Bukowina und Wien. Der „internationale“ Teil der ruthenischen Sozialdemokratie um *Zjemia i Wolja* konnte sich seinen Einflussbereich unter den polnischen Arbeitern in Lemberg, in den ländlichen Bereichen Grodek, Czerkany, in den Dörfern rund um Przemyśl, zum Teil in Drohobycz und Borysław sichern.³²²

Und wieder bekamen die Polen in dem Schlagabtausch zwischen den Nationalitäten Galiziens die Unterstützung der Österreichischen Sozialdemokratie zu spüren als ihre Parteigranden die jüngsten Entwicklungen im ruthenischen Lager kommentierten. Es schien, als würde sich die Ironie des Schicksals von ihrer besten Seite zeigen. Den „Sozialpatriotismus“ der PPSD von der linken Seite her zum Angriffsziel nehmend rutschten die Sezessionisten in der ruthenischen Fraktion selbst in die Rolle der „Sozialpatrioten“, obwohl sie prinzipiell mit den bürgerlichen Parteien, mit den Radikalen und Nationalisten kämpften. Daran knüpfte Otto Bauer in seiner Replik auf die Ausführungen Lewinskis an und stellte die Abtrünnigen im Lager der ruthenischen Sozialdemokraten praktisch mit den tschechischen „Autonomisten“ in einer Reihe als Parteien, die dem Nationalismus Konzessionen machten.³²³

Obwohl mittlerweile auch Daszyński in der Fachpresse der Sozialdemokraten verlauten ließ, dass nationale Autonomie nur eine Zwischenstation auf dem Weg zu einer selbständigen Staatlichkeit sein könne³²⁴, hatte der Nationalismus der Polen in der Einschätzung der österreichischen Partei einen anderen Charakter als etwa der der Tschechen. Im Gegensatz zu dem „kleinbürgerlich-reformistischen“ tschechischen, attestierte man dem polnischen revolutionäre Züge. Die Genossen aus der PPSD vergaßen

³²² WLADIMIR LEWINSKI, Die Spaltung der ukrainischen Sozialdemokratie. In: Der Kampf, Mai(1912), S. 369.

³²³ Die ruthenischen Sezessionisten stritten den ihnen vorgeworfenen Nationalismus ab mit dem Argument, die Arbeiterbewegung wäre nicht in den Kampf um die Revision der Grenzen engagiert. Sie forderten einzig eine Aufteilung Galiziens in den östlichen, ruthenischen Teil und den westlichen, polnischen und strebten die Autonomie für die ukrainischen Gebiete an.

³²⁴ „Nirgends in Osteuropa haben die Nationen auf ihren nationalen Staat entgültig verzichtet(...).Sie würden sich nicht mit dem Traumgebilde der „nationalen Autonomie“ abfinden“. Siehe IGNACY DASZYŃSKI, Die Nationalitätenfrage in der osteuropäischen Sozialdemokratie. In: Sozialistische Monatshefte 14,2 (1910), Berlin, o.J., S. 1070 ; Siehe auch Ders., Nationalität und Sozialismus. In: Ebda 6,2(1902), S. 733-37.

nicht „im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe treu Waffenbrüderschaft mit den Arbeitern der anderen Nationen zu halten“.³²⁵ Das Lob für die polnische Partei kam nicht von ungefähr, denn nach den Reichsratswahlen 1911, als die Bildung eines gemeinsamen sozialdemokratischen Klubs im Abgeordnetenhaus nicht mehr möglich war und die Arbeitervertreter in drei Klubs verteilt waren - den tschechischen, deutschen und polnischen - , konnten die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten dank der Zusammenarbeit der PPSD und des deutschen Klubs die tschechischen Separatisten wirkungsvoll isolieren.³²⁶

Im letzten Jahr vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ist allerdings auch der Musterschüler ein wenig aus der Reihe getanzt in seinem Balanceakt zwischen Internationalismus und Nationalismus. Die polnisch-österreichische Einstimmigkeit kam ins Wanken, als die Exekutive der PPSD im November 1913 eine Einladung an die tschechischen Separatisten zum XIII. Kongress der Partei überlegte. Die Meinungen im polnischen Lager klafften wie schon so oft auseinander. Die Schwierigkeit bei dem Entschluss rührte aus dem Umstand her, dass einerseits die deutschen Genossen ihre Zustimmung für die Anträge der polnischen Seite - etwa hinsichtlich der galizischen Kanäle - verweigerten, andererseits zählte man auf sie bei Beseitigung des Konflikts zwischen der PPS-Preußens mit den deutschen Sozialdemokraten.³²⁷ Daszyński, der selbst zu den Gegnern der tschechischen Anwesenheit auf dem Kongress zählte, versuchte wieder zu schlichten durch die Vermittlung Diamands und beruhigte Adler, dass die Entscheidung für die Anwesenheit eines tschechischen Delegierten in der PPSD nicht einstimmig erfolgte.

Als nicht entschuldigt galt auch eine „zu nationalistische“ Rede von Herman Lieberman, über welche sich Viktor Adler beim sozialistischen Klub im Abgeordnetenhaus beschwerte.³²⁸ Die eigentlichen Gründe für diesen Tadel lagen aber woanders. Lieberman, der eigentlich zu denjenigen Elementen in der polnischen Partei gehörte, die vor einer zu großen Konzentration auf das nationale Moment warnten, blieb der österreichischen Fraktion im Gedächtnis haften, als er als einziger seiner Partei auf dem XII. Parteitag 1912 gegen eine Resolution auftrat, welche die tschechischen „Autonomisten“ verurteilen sollte, und der die Verantwortung für die tschechisch-deutsche Krise der österreichischen Sozialdemokratie gab.³²⁹

Kurz vor dem Ausbruch des Krieges kollidierten die Interessen der polnischen und österreichischen Partei nochmals. Es war die Einstellung zum Krieg selbst, die so gegensätzlich war – das Gespenst eines möglichen Zerfalls der Monarchie auf der einen

³²⁵ OTTO BAUER, Galizische Parteitage. In: *Der Kampf*, Januar (1912), S. 162.

³²⁶ LUDWIG BRÜGEL, *Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*, Wien 1925, S. 108.

³²⁷ Parteiprotokolle der PPSD von der Sitzung der Exekutive am 24.11.1913, APKr. St.GKr., IT 1626, k. 128f.

³²⁸ LIEBERMAN, *Pamiętniki*, S. 86f.

³²⁹ Vgl. GRUCHAŁA, PPSD..., S. 37 ; Lieberman nahm am Kongress der tschechischen Separatisten in Pilsen teil . Siehe Parteiprotokolle der PPSD vom 28.09.1912, APKr. St.GKr. , IT 1626 S. 65f.

Seite und die daraus resultierende Unterstützung einer Friedenspolitik, und die Hoffnung der Polen auf eine neue Ordnung in Europa, die nur der Krieg bringen konnte, und daher das Engagement in den paramilitärischen Organisationen.

Der herannahende Krieg und die Rücksicht auf die Landsleute außerhalb der Grenzen Galiziens schweißte dagegen die zwei getrennten Teile der ruthenischen Sozialdemokratie zusammen. Die Schirmherrschaft der Einigung, die Mitte 1913 begann, übernahmen die „Jungen“, das neue Sprachrohr der vereinigten Elemente trug den alten Namen *Praca*.

3. Die PPSD angesichts des jüdischen Separatismus.

Von den etwa 870 000 jüdischen Bürgern, die Galizien bewohnten, fanden die politisch aktiven Elemente - außer der Bewegung der Zionisten, welche die Gründung und Sicherung eines nationalen jüdischen Staates anstrebten - in verschiedenen polnischen Parteien und Gruppierungen ihre politische Heimat oder einen potenziellen Partner. Die konservativen Kahal-Juden agierten im Einvernehmen mit den tonangebenden polnischen Kreisen. Mit der Öffnung des Zugangs zu den Schulen auch für die jüdische Jugend wuchsen die Scharen der Intelligenz jüdischer Herkunft - bereits assimiliert oder sich im Prozess der Assimilierung befindend - , von welcher die liberal denkenden Elemente oft bei den Demokraten Anschluss fanden. Sporadisch tauchten jüdische Bürger - was von einer gewissen Originalität nicht frei war - auch in den Reihen der polnischen Nationaldemokraten auf. Der blinde Antisemitismus, den einige politischen Gruppierungen an den Tag legten, keine nationalen Vorurteile und Glaubensunterschiede, die die sozialistische Bewegungen auszeichneten, sowie die Überzeugung der Sozialisten eine Avantgarde im Kampf um die Bürgerrechte zu sein, waren alles Faktoren, welche die Sozialdemokratische Partei für die Juden attraktiv machten.

In Galizien entstammten die jüdischen Sozialdemokraten der ersten Stunde der Gruppe der hochqualifizierten, bereits assimilierten Handwerker. Beschäftigt mit dem Aufbau der Parteiorganisation und der internen Opposition der „Unabhängigen“ Breiters, übersah die PPSD die Entwicklungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung. Diese wurden zu einem Problem in dem Maße, als die Arbeiterbewegung in die pauperisierten Ecken des Landes vorstieß. Es stellte sich heraus, dass die Bildungsvereine „Ślō“ die Bedürfnisse derjenigen Elemente, die des Polnischen nicht mächtig waren, nicht deckten. Es mangelte an Zeitschriften im jüdischen Jargon.

Bevor die jüdische Frage 1904 akut wurde, zeigten sich bereits im Frühsommer 1892 erste Emanzipationsversuche sowohl im Bereich der Arbeitervereine - im Juni wurde „Jad Chazuka“ (Starke Hand) in Lemberg, dann in Stanisławów und Kołomyja gegründet - als auch in Form des Aufbaus eigener politischen Organisation. Die im Juli 1892 von einer kleinen Gruppe jüdischer Aktivisten ausgerufene Arbeiterpartei - begleitet von dem Blatt

Arbeiterstimme -, die kaum Zuspruch bekam außer von den ruthenischen Radikalen, überdauerte allerdings kaum ein halbes Jahr.³³⁰

Die polnische Sozialdemokratie wandte sich der Beseitigung der Mängel in der jüdischen Frage zwar zu (z. B. Übernahme des Patronats über „Jad Chazuka“, Organisation der ersten Arbeitervereine „Brüderlichkeit“, Herausgabe der Zeitschrift *Der Arbeiter* in Lemberg (September 1893 - Oktober 1896)³³¹, die Arbeit verlief aber nicht ohne eine gewisse Halbherzigkeit. Jeder Zeitungsgründung gingen unendliche Diskussionen voraus, es mangelte an Leuten, welche Jiddisch beherrschten, sowohl in den Redaktionen als auch als Vortragende bei den Arbeiterversammlungen. Die Arbeit unter den jüdischen Genossen wurde mit der Zeit wieder vernachlässigt, die meist Londoner Verlage in Jiddisch deckten nicht die Nachfrage, was nur den Unmut in den jüdischen Kreisen nährte.

Die jüdische separatistische Bewegung hatte viel Ähnlichkeit mit den Turbulenzen im ruthenischen sozialdemokratischen Lager, obwohl sie weniger spektakulär verliefen. Auch bei den Juden waren es die „Jungen“, von denen die Impulse zur nationalen Selbständigkeit ausgingen, und durch welche auch der jüdische Jargon eine Aufwertung erlebte. Als Anregung für diese Elemente wiederum galt die Arbeit des 1897 in Russisch-Polen ins Leben gerufene „Bund“, der sich gegen die Bestrebungen der Zionisten richtete und der zwar dem Internationalismusprinzip der sozialistischen Bewegung treu blieb, aber die jüdischen Proletarier auf einer selbständigen Basis um sich scharte. Ermutigend wirkten Faktoren wie die Föderalisierung der Österreichischen Sozialdemokratie, der Vorstoß der polnischen Genossen bei der Nationalisierung der Partei sowie Emanzipationsversuche der ruthenischen Fraktion.

Im November 1902 ging von den jüdischen Separatisten ein weiterer Versuch der Gründung einer eigenen politischen Organisation aus (den Vorschlag unterbreitete Samuel Schorr), der auf den Widerstand der assimilierten Juden, der Parteiführung der PPSD und der Wiener Partei stieß. Der von den Zionisten errichtete Verband der Arbeiter und Handelsvertreter für Galizien und Bukowina wurde als ein zusätzlicher Ansporn zum schnellen Handeln auf der jüdischen Seite empfunden. Die unter Druck geratene PPSD wie auch Wien fürchteten eine Schwächung der Arbeiterbewegung durch die Zersplitterung der polnischen Partei und die Entstehung eines neuen Herdes nationalistischer Agitation. Die Gefahr einer Gettobildung wurde als Argumentation verwendet, welche die Juden davon abhalten sollte, auf einer eigenen sozialdemokratischen Fraktion zu bestehen. Ein zusätzliches Dilemma war der Umstand, dass das, was bei den Ruthenen möglich war, nämlich eine national-territoriale Aufteilung, im Falle der im ganzen Land verstreuten Juden

³³⁰ NAJDUS, PPSD..., S. 167.

³³¹ Anstelle des Blattes *Der Arbeiter* kam *Jüdisches Volksblatt* (bis 1889) unter der Redaktion von Maksymilian Zetterbaum.

nicht gangbar war. Daher reduzierte sich die ganze Diskussion auf die Frage, ob die Juden eine Nation waren. In dieser Frage, wie auch in zwei weiteren mit ihr eng verbundenen a) brauchen die jüdischen Genossen eine eigene Partei?, und b) ist die Gründung separater Arbeiterverbände notwendig?, waren die Meinungen auf beiden Seiten geteilt. Eine namentliche Abstimmung während der Parteikonferenz der PPSD in Lemberg im Mai 1903 brachte den Antrag über die Parteigründung mit 39:37 Stimmen vorläufig zu Fall.³³²

Das einberufene Jüdische Agitationskomitee mit Sitz in Lemberg sollte die Wogen glätten. Das erste Indiz, dass das, was eine große Verheißung sein sollte, eher eine Ernüchterung sein würde - das Komitee erwies sich nämlich bald als wenig aktiv -, war schon die Zusammensetzung des Komiteevorstands. Als Mitglieder waren zwar einige von den Separatisten eingebunden (u.a. Abraham Poch), an der Spitze standen aber Herman Diamand, ein deklariert Gegner einer selbständigen jüdischen Fraktion, der auch keine Sympathien für den jüdische Jargon zeigte, und David Salamander, ein gemäßigter Jude, der bereits ein Jahr später auf dem IX. Parteitag der PPSD einer der Initiatoren eines Antrags gegen eine separate jüdische Organisation war.³³³ Als nach dem Tadel für die als „destruktiv“ bezeichnete Arbeit der separatistischen Elemente, die dem Jüdischen Agitationskomitee ein Misstrauensvotum aussprachen, noch ein Beschluss über die Auflösung jüdischer Arbeiterbildungsvereine im März 1905 folgte, war die Abspaltung von der polnischen Partei eine beschlossene Sache.

Obwohl die am 1. Mai 1905 konstituierte Jüdische Sozial-Demokratische Partei (Żydowska Partia Socjalno-Demokratyczna – ŻPSD) den internationalen Standpunkt vertrat - ein konkretes nationales Programm im Unterschied zu anderen Bewegungen dieser Art in

³³² NAJDUS, PPSD..., S. 395; Interne Kritiken an der Taktik der Parteiführung gehörten inzwischen zur festen Begleiterscheinung der Parteikongresse der PPSD. Neben dem brennenden Problem des jüdischen Separatismus, mit dem man sich auf dem IX. Parteitag der PPSD am 30.-31. Oktober 1904 beschäftigte, wurde auch das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu der PPS in Russisch-Polen behandelt. Die Mehrheit der Mitglieder der PPSD stand dem rechten Flügel der PPS näher, welcher im Gegensatz zu dem linken eine enge Zusammenarbeit zwischen der polnischen und der russischen Arbeiterbewegung im Kampf gegen das Zarentum und um den Sieg der Revolution bevorzugte. Als die Partei im Königreich Polen kurz vor der Spaltung stand aufgrund der Differenzen hinsichtlich der Taktik (der linke Teil sprach sich für Massenstreiks und Demonstrationen aus, der rechte dagegen für punktuelle Proteste), unterstützte Daszyński in einem offenen Brief an das inzwischen von den „Jungen“ aus dem linken Flügel dominierten Zentralkomitee der PPS die Taktik der „Alten“ mit Józef Piłsudski an der Spitze. In der Abstimmung auf dem Kongress der PPSD gewann die Linie, die sich für eine Zusammenarbeit mit der PPS aussprach mit dem Stimmenverhältnis 52:26 zwar die Mehrheit, aber die Verstimmung bei denjenigen Funktionären, welche auch gute Kontakte mit der PPS-Linken pflegten (u.a. Zygmunt Marek) oder sich gute Kontakte mit der SDKPiL wünschten (u.a. Anzelm Moser), saß tief. Siehe dazu STANISŁAW KALABIŃSKI, FELIKS TYCH, *Czwarte powstanie czy pierwsza rewolucja. Lata 1905-07 na ziemiach polskich* [Der vierte Aufstand oder die erste Revolution. Die Jahre 1905-07 in den polnischen Gebieten], Warszawa 1976, S. 465; Vgl. auch *Naprzód* 303(1.11.1904) und 305(3.11.1904).

³³³ Der Antrag fand mit 64 :15 Stimmen eine Mehrheit. Siehe *Naprzód* 305(3.11.190).

Galizien war nicht vorhanden - vollzog sich die Absonderung doch auf einer nationalen Grundlage. Die auf dem Standpunkt der Assimilation der Juden stehende Parteiführung der PPSD wie auch die Österreichische Sozialdemokratie, die sich auf das Brünner Programm stützte, klammerten sich gerade an dieses Fehlen des nationalen Programms bei der jüdischen Sezession in ihrer Argumentation warum sie ihre Existenz nicht anerkannten.³³⁴

Die polnische Partei erkannte schnell, dass eine politische Hetze - diese wurde auf den Spalten der Zeitschrift *Naprzód* ausgetragen³³⁵ -, und die Herabsetzung der jüdischen separatistischen Bewegung als eine Tat des jugendlichen Überschwangs keine konstruktive Methode war, um mit dem Problem fertig zu werden, um so mehr als die organisatorische Expansion der ŻPSD von den Kreisstädten ausgehend (Czortków, Chrzanów, Jarosław, Rzeszów, Sanok, Stanisławów) auch die kleineren Ortschaften erfasste. Seit Oktober 1905 startete in Krakau eine Jargonzeitschrift der Partei *Der Sozialdemokrat* unter der Redaktion von Henryk Grossman. Um der Abwanderung der Mitglieder der PPSD jüdischer Abstammung in den jüdischen Sektionen - solche waren in Drohobycz, Lemberg, Przemyśl, Krakau, Kołomyja und Brody vorhanden - in die ŻPSD vorzubeugen, fasste man in der polnischen Fraktion Anfang Oktober 1907 den Entschluss, eine jüdische Sektion innerhalb der PPSD ins Leben zu rufen. Die Führung in der Jüdischen Sozialdemokratie (ŻSD), die autonom in allen politischen und kulturellen Fragen diejenigen Arbeiter organisieren sollte, die des Polnischen nicht mächtig waren, übernahmen Rafał Ruber, Henryk Loewenherz, Roth, Leon Stengl und David Salamander.³³⁶ Skeptiker der Meinung, dass sich in diesem Rahmen die Arbeit des jüdischen Proletariats unterbringen ließe, wie Emil Haecker, Emil Bobrowski oder Żuławski, meldeten ein *votum separatum* gegen diesen Beschluss an.³³⁷

Die kommenden Jahre waren von den Lagerkämpfen zwischen der PPSD und ŻPSD sowie zwischen der ŻPSD und der ŻSD gekennzeichnet. Die jüdischen Separatisten sagten der Assimilation den Kampf an, es ließen sich in ihren Reihen Stimmen nach einer „kulturellen Autonomie“ vernehmen. Trotz der Temperamentunterschiede – die Sektion ŻSD war wenig aktiv, was ihr das wenig schmeichelhafte Attribut „die Maroden“ einbrachte -, hatten die beiden jüdischen Gruppierungen doch etwas gemeinsam. Es waren die Defizite, die sie in ihrer Arbeit hinderten: Der jüdischen Sektion mangelte es an Mitteln und eigenem

³³⁴ Der Vorstand der PPSD verurteilte diese Probe einer Verselbständigung der jüdischen Elemente am 8. Mai 1905. Siehe *Naprzód* 127(11.05.1905); Dieselbe Position vertrat die österreichische Partei. Siehe Parteiprotokoll, Wien 1905, S. 16; *Arbeiter-Zeitung* vom 17.05.1905 und 136(20.05.1905).

³³⁵ Kritik ernteten u.a. die „Verteidiger“ des jüdischen Separatismus wie Dr. Birnbaum (alias Mathias Acker), ehemaliger Redakteur der zionistischen Zeitschrift *Selbstemanzipation* und Autor einer Broschüre „*Das Stiefkind der Sozialdemokratie*“, sowie David Balakan aus Czernowitz, der „*Die Sozialdemokratie und das Jüdische Proletariat*“ verfasste. Siehe *Naprzód* 282(14.10.1905).

³³⁶ Vgl. NAJDUS, PPSD..., S. 466; Siehe auch Parteiprotokolle der PPSD, APKr. StGKr., S. 86f.

³³⁷ *Naprzód* 291(16.12.1911).

Sprachrohr, der ŽPSD fehlte - trotz der Übernahme des Programms der Österreichischen Partei im Juni 1906 - die Anerkennung der Gesamtpartei. Dieser Umstand nährte den Gedanken einer Vereinigung der Fraktionen.

Für die polnische Sozialdemokratie, die aus parteipolitischen Gründen eine Änderung der Taktik gegenüber den jüdischen Separatisten überlegte, stellte weniger die organisatorische Umgestaltung der Partei ein Problem dar. Es war die Haltung der ŽPSD zu der PPSD, die vor der Einigung zu klären war. Einerseits wollte man in der polnischen Fraktion nicht, dass die separatistische Gruppierung selbständig über ihre Kandidaturen in Kreisen mit jüdischer Mehrheit entschied und wollte das alleinige Recht auf die Entscheidung über die Repräsentanz der Partei auf den zentralen und internationalen Kongressen behalten. Andererseits legte der politische Alltag nahe, dass für die PPSD ohne die Unterstützung der ŽPSD, die weit mehr Einfluss besaß als die „Sektionisten“, die Durchsetzung eigener Kandidaten bei den kommenden Wahlen sehr schwierig sein würde.

Trotz der unterschiedlichen Vorstellungen über den künftigen Charakter der neuen Partei - die ŽPSD bestand auf die Selbständigkeit ihrer Organisation, die PPSD wollte sie als einen Teil der eigenen Partei sehen zuständig für die Mobilisierung derjenigen Elemente des jüdischen Proletariats, die nur in Jiddisch erreicht werden konnten³³⁸ - kam nach einem Hin und Her in den Verhandlungen im Oktober 1911 ein Kompromiss zustande. Das Bestehen der vereinigten Fraktionen sah man als Ausdruck einer nationalen Eigenart, die ŽPSD musste auf die national-kulturelle Autonomie nach ihrem Verständnis verzichten.³³⁹ Die zwei Teile, aus denen die neue jüdische Partei (ŽPSD) entstand, wurden auch in dem gewählten Parteivorstand verdeutlicht: Die Führungspositionen wurden doppelt besetzt (Karl Einäugler und David Salamander). Als Parteiblatt wurde *Der Jüdische Sozialdemokrat* der alten ŽPSD übernommen.

Die Taktik der PPSD bei der jüdischen Vereinigung ging nicht auf. Schon im Moment des Kompromisses war die Position der polnischen Fraktion geschwächt. Die Einigung der jüdischen Gruppierungen stärkte nur das Selbstbewusstsein der ŽPSD, die jetzt ihren Wirkungsbereich erst recht nicht auf einen kleinen, der polnischen Sprache nicht mächtigen Teil des jüdischen Proletariats beschränkt wissen wollte, um so mehr als sich auch einige frühere Anhänger der Zusammenarbeit mit der polnischen Sozialdemokratie unter der ŽSD von der Mutterpartei abwendeten (u.a. Anzelm Mosler). Am schmerzlichsten wurde der PPSD ihre Niederlage bewusst, als die mit ihr im Konflikt stehende UPSD die neue jüdische Partei als eine gleichberechtigte Organisation anerkannte. Es war eine provokative Infragestellung der Oberhoheit der polnischen Partei über andere sozialdemokratische Fraktionen nationaler Färbung in Galizien.

³³⁸ Vgl. OTTO BAUER, Galizische Parteitage. In: *Der Kampf*, Januar (1912), S. 159.

³³⁹ NAJDUS, PPSD..., S. 535.

Bereits im März 1912 nahm die PPSD eine Korrektur ihres Kurses vor und zeigte ihre Bereitschaft, sich dem Kampf um die Gunst der jüdischen Arbeiter zu stellen.³⁴⁰ Die Fronten zwischen den Parteien verhärteten sich, als nach dem Anschluss der Juden aus der Bukowina an die ŽPSD die Hardliner in der Letzteren (u.a. Nussbrecher) das Postulat der national-kulturellen Autonomie wiederaufnahmen. Bei der Debatte der Exekutive der PPSD im Oktober 1913 über die Entsendung eines Delegierten auf den Kongress der Jüdischen Jugend zeigte sich das polnische sozialdemokratische Lager, trotz der destruktiven Arbeit der jüdischen Partei in Krakau, Drohobycz, Stryj und der Bekämpfung der Kandidatur Diamands in Lemberg während des Landtagswahlen 1913, uneinig. Daszyński lehnte das Beschicken des jüdischen Kongresses mit einer Delegation der polnischen Fraktion ab. Andere Stimmen (u.a. Zygmunt Marek) plädierten für ein Bemühen um eine Entspannung der Situation. Im Endeffekt fasste man den Entschluss, in geheimen Unterredungen mit Buber und Salamander nach Lösungen zu suchen.³⁴¹ Dazu ist es allerdings nicht mehr gekommen, denn unter dem Druck der separatistischen Elemente kam es in der ŽPSD zu einer Sezession, die mit der PPSD Anfang Dezember 1913 definitiv brach. Die assimilierten Juden wie Buber, Drobner oder Zetterbaum kehrten zu der polnischen Fraktion zurück. Damit vollzog sich in Galizien nach der ruthenischen auch die Emanzipation der jüdischen Partei vom Einfluss der PPSD.

C. Zur Bilanz der Taktik der PPSD.

Selbst wenn sich die Sozialisten nicht einig waren, wie die künftige Gesellschaft aussehen sollte - manche konnten sich gewisse Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems vorstellen -, verstanden sie sich als „Avantgarde der Geschichte“.³⁴² In Galizien tauchte die Arbeiterbewegung in einer organisierten Form auf der politischen Bühne auf als Alternative zu den Konservativen, die den alten, längst anachronistischen sozialen Formen nachtrauerten, und den liberalen Demokraten, die mit ihrer Vision von der sozialen und politischen Ordnung irgendwo auf dem halben Weg zur vollen Emanzipation steckengeblieben waren.

Nach der Einführung der V. Wahlkurie konnten die Sozialdemokraten, trotz des Alterszensus und der Bedingung eines einjährigen Aufenthaltes in der Wahlgemeinde, die vielen die Stimmberechtigung vorenthielten, zum ersten Mal bei den Reichsratswahlen 1897 aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Auf den Bannern standen ganz oben Postulate

³⁴⁰ Vgl. *Naprzód* 286-290 (11.-15.12.1911).

³⁴¹ Parteiprotokolle von der Sitzung der Exekutive der PPSD am 17.10.1913, APKr. StGKr. IT 1626, S. 125.

³⁴² ANTHONY GIDDENS, *Poza lewicą i prawicą (Beyond Left and Right: The Future of Radical Politics.)*, Poznań 2001, S.61.

wie das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in alle parlamentarischen Körperschaften, Beachtung der Bürgerrechte, Einschränkung des Präsenzdiensts auf ein Jahr, Wahl der Gerichte auf dem Wege einer allgemeinen Abstimmung, kostenlose Gerichtsbarkeit und Bildung, Einführung einer Taxe für den geistlichen Dienst, Reduzierung der Zölle und indirekter Steuern, Gemeindereform (u.a. Einverleibung der Gutshöfe in die Gemeinden). Wie waren aber die Arbeitervertreter gerüstet gegen die von den politischen Gegnern verbreitete Idee des sozialen Solidarismus, gegen die Richtlinien der Konservativen und die Lehre der katholischen Kirche? Die christlich-soziale Bewegung mit solchen geistlichen Aktivisten wie Jan Badeni, Łobaj, Pelczar, Załęski an der Spitze griff nicht nur in der Publizistik zu schweren Geschützen (u.a. in den Blättern *Grzmot*(Der Donner), *Prawda*(Die Wahrheit), *Krzyż*(Das Kreuz)) und rüstete gegen die Sozialdemokratie mit der Gründung eigener Arbeitervereine „Przyjaźń“ (Die Freundschaft), sondern machte bereits 1894 Gebrauch vom kirchlichen Bann, der sich gegen *Naprzód* richtete.

Die Struktur des Landes mit seinem schwachen Arbeiteranteil zwang die Partei zur Ausdehnung ihrer sozialen Basis. Die verbreitete Theorie von einer nicht zu vermeidenden Proletarisierung kleiner Betriebe lud die Kaufleute und Handwerker nicht gerade dazu ein, den Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Der soziale Radikalismus bei gleichzeitiger Distanz von revolutionären Methoden waren jedoch Faktoren, die in den Kreisen des Kleinbürgertums und der Intelligenz - vor allem in Krakau - auf Resonanz stießen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen hinsichtlich des Verhältnisses zur Intelligenz - neben Stimmen, die ihr sogar eine Führungsrolle einräumen würden (z.B. Artur Górski), war auch Distanz und Misstrauen vorhanden - war der Verzicht auf die Bezeichnung „Arbeiterpartei“ 1892 als ein Zeichen der Öffnung der politischen Organisation der Sozialdemokraten für Repräsentanten anderer sozialen Schichten, auch der Intelligenzelemente, die den Proletariatsvertretern nahe standen, zu sehen.

Reale Chancen auf Mandate konnte nur die Unterstützung des Kleinbürgertums und der Bauern bringen. Die Sozialdemokraten attestierten den bisherigen Zeitschriften für die bäuerlichen Leser einige Defizite: hier fehlte der Hinweis auf den Agrarstreik als Druckmittel oder darauf, dass der städtische Arbeiter, der meistens bäuerlicher Herkunft war, nicht als potenzieller Gegner der Bauern anzusehen sei. Die Herausgabe eines neuen Blattes *Prawo Ludu* ab 1896 sollte das bisherige Verständnis der Dorfbevölkerung zurechtrücken und die Arbeit von Stapiński und Stojalowski „ergänzen“.³⁴³ In Wirklichkeit ging es um die Konkurrenz im Kampf um die Bauern als Wählerpotenzial. Die Entstehung des Bauernbundes der Gebrüder Potoczek 1893 und ein Jahr später 1894 der Polnischen Demokratischen Gesellschaft (PTD) machte der sozialdemokratischen Fraktion bewusst, dass eventuell ein separates Programm für die Bauern von Vorteil wäre. Die zahlreichen Diskussionen

³⁴³ *Prawo Ludu* 1(10.10.1896).

allerdings sowohl auf der Parteiebene - ausführlich beschäftigte sich damit der IV. Kongress der Österreichischen Sozialdemokratie im März 1894 und der III. Parteitag der polnischen Sozialdemokratie im August 1894 - als auch auf dem internationalen Forum (Londoner Kongress der II. Internationale 1896) in dieser Causa zeigten, dass man sich mit der Materie schwer tat. Angeregt von den französischen Lösungsvorschlägen der Agrarfrage und dem Programm der ukrainischen Radikalen erarbeitete Jan Kozakiewicz einen Programmentwurf, der sich auf das Kollektivismusprinzip stützte.³⁴⁴ Seine Idee und der Vorschlag der Agitation unter den Kleinbauern fand aber nicht die Zustimmung Daszyńskis, der die Rückkehr zur Gemeindegemeinschaft als veraltet und den kleinen Bauernbesitz sowieso als dem Untergang geweiht ansah. Gleiche Interessen zwischen dem städtischen und dem ländlichen Proletariat machten seiner Meinung nach ein Agrarprogramm überflüssig. Diese Auffassung untermauerte zusätzlich der Umstand, dass keine politische Gruppierung in Galizien, nicht mal die volkstümlichen, welche die Interessenunterschiede innerhalb der Bauernschicht leider übersahen, über ein solches Programm verfügte. Mit der Durchsetzung der marxistischen Strömung (u.a. Daszyński, Haecker, Leser, Zelt, Engels) in der II. Internationale verlor die Idee eines sozialistischen Agrarprogramms an Attraktivität.

Mit einem energischen Auftreten gegen antisemitische Emotionen punktete Daszyński beim jüdischen Kleinbürgertum, eine Hilfeleistung für den vom Klerus und den Konservativen verfolgten Stojałowski sicherte der Partei einen weiteren verbündeten in der Wahlkampagne 1897. Das kleine Intermezzo mit dem Geistlichen, das von Badeni wohl im Züge einer Revanche an den Sozialdemokraten, die an seinem Sturz beteiligt waren, unterbrochen wurde, löste Kontroversen innerhalb des sozialdemokratischen Lagers im Lande und in der Emigration aus. Besonders als Stojałowski nach seiner Aussöhnung mit der Kirche und der Regierung zusammen mit christlich-sozialen Gruppierungen eine antisemitische Welle in Gang setzte und in Folge eines 1898 in Westgalizien und Przemyśl eingeführten Ausnahmezustands die Tätigkeit der Sozialdemokraten eingeschränkt wurde, empfanden nicht nur die von Anfang an einer solchen Verbindung skeptisch entgegenblickenden Lemberger Aktivisten (Kozakiewicz, Diamand, Sziffler, Daniluk) das Bedürfnis, sich von dem Geistlichen zu distanzieren. Scharfe Kritik an einer derartigen Taktik der Fraktion übten auf dem V. Parteitag in Lemberg auch einige Vertreter des Krakauer Flügels der PPSD (u.a. Emil Bobrowski, Kazimierz Kaczanowski). Daszyński wies in seiner Stellungnahme zu dieser Causa auf die Vorteile dieser Kooperation hin und diese waren nicht gering, wenn der Parteiobmann an einer anderen Stelle sagte, dass Stojałowski der PPSD „den Weg zu den

³⁴⁴ Zur Agrarfrage siehe MICHAŁ ŚLIWA, Kwestia rolna[Die Agrarfrage]. In: *Studia Historyczne* 28(1985), S. 245-265. *Przedświt* 2(1898); *Naprzód* 37(12.09.1895); Programm Kozakiewiczs *Naprzód* 18(15.09.1894).

Bauern ebne“.³⁴⁵ Das Abstreiten eines Bündnisses bei der Parteisitzung kann ein Hinweis darauf sein, dass Daszyński selbst in dem Kontakt mit dem Geistlichen von vorn herein nichts anderes als eine kurze strategische Partnerschaft sah.

Um Bündnisse ging es Daszyński auch als er 1898 mit seiner programmatischen Broschüre *„Szlachta a odrodzenie Galicji“* (Schlachta und die Erneuerung Galiziens) der Herrschaft der Schlachta in Galizien den Kampf ansagte.³⁴⁶ Die Konzeption des Parteiführers war es, eine konkurrenzfähige Alternative aus fortschrittlichen Elementen zu etablieren als Gegengewicht zum Polenklub. Während 1897 die Volkspartei von den Sozialdemokraten kritisiert wurde wegen ihres Wankelmuts, sprich ihren Kontakten mit den städtischen Demokraten, denen man wiederum eine zu geringe Opposition gegenüber den Konservativen vorgeworfen hatte, und der Kandidat der bäuerlichen Fraktion aus dem rechten Flügel der bäuerlichen Partei, Szczepan Mikołajski, sich von der Arbeiterbewegung distanzierte, machte der antiklerikale Kurs der PSL 1898 diese wieder paktfähig. Dasselbe galt für den linken Flügel der polnischen Demokraten. Die Zusammenarbeit während der Wahlkampagne 1900 und 1901 hielt sich jedoch in Grenzen. Man wollte sich im Grunde genommen nicht schaden. Eine kleine Unterstützung beim Abblocken der klerikalen Kandidaten zeichnete sich zwischen der Volkspartei und der PPSD bei den Reichsratswahlen 1900 ab, als die Sozialdemokraten auf die Kandidatur von Sułczewsk zugunsten des Abgeordneten der bäuerlichen Partei Franciszek Winkowski verzichteten, der gegen den Geistlichen Żygulinski auftrat. Als Gegenleistung dafür bekam Daszyński die Empfehlung der Volkspartei an ihre Wähler in den ländlichen Regionen rund um Krakau.³⁴⁷ Um einer Zersplitterung der Stimmen vorzubeugen, die den Stańczyken zugute kommen würde, verzichtete Daszyński und Adolf Gross auf eigene Kandidaturen zugunsten des Demokraten Jan Rotter in den Zusatzwahlen zum Reichsrat im Oktober 1901.³⁴⁸

Wenn man bedenkt, dass schon die Ausgangsposition der PPSD um 1900 viel schwieriger war als 1897 - solche Faktoren wie Repressalien seitens der Regierung gegen die Einrichtungen der Sozialdemokraten, Nachlassen der Streikbewegung und verstärkte behördliche Überwachung der Wahllokale trugen zur Senkung der Sympathiewerte für die

³⁴⁵ Daszyński an ZZSP in London vom 27.11.1896, CA 305/VII/44, Nr. 133.

³⁴⁶ Schon während der Wahlkampagne 1897 nutzten die Sozialdemokraten den Wahlkandidaten der Stańczyken aus, Fürst Aleksander Poniński, um diesmal den Patriotismus im Verständnis der Konservativen aufs Korn zu nehmen. Poniński gehörte nämlich einer polnischen Adelsfamilie an, die sich in der Geschichte des Landes keinen ehrenhaften Namen machte. Als Mitunterzeichner der 1. Teilung Polens war ein Urahne von Aleksander Poniński nicht nur in der Literatur (in Adam Mickiewiczs *„Pan Tadeusz“*) und Malerei (Jan Matejko *„Rejtan“*) als Verräter verewigt. Auch seine Nachkommen waren in der polnischen Gesellschaft so gemieden, dass sie vorwiegend im Ausland lebten und dort auch heirateten. Der Kandidat der Stańczyken aus dem Jahr 1897 hatte eine italienische Mutter, eine deutsche Ehefrau und lebte in Italien.

³⁴⁷ CzaS 303(13.12.1900).

³⁴⁸ Bericht der Polizeidirektion vom 12.09. 1901, APKr. St.GKr. 798.

Proletariatsvertreter bei -, so muteten die Kandidaturvorschläge in diesem politischen Lager etwas seltsam an. In Lemberg wurde Józef Hudec in den Wahlkampf geschickt, der bekanntlich für einen „Aristokraten“ gehalten wurde und dazu in der V. Kurie, für die er als Politiker eine viel zu sanfte Beschaffenheit besaß. Ein dafür viel geeigneter Aktivist, Jan Kozakiewicz, wurde von der Parteiführung in seiner Kandidatur gehindert zugunsten von Kazimierz Mokłowski. In den Wahlkampf wurde ein „Sozialdemokrat“ geschickt ausgerechnet in Lemberg, wo diese politische Orientierung schon immer sehr umstritten war. Da es Daszyński am taktischen Geschick nicht fehlte, irrten aufmerksame Beobachter des politischen Geschehens nicht, wenn sie vermuteten, dass im Lager der Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt innerparteiliche „Grabenkämpfe“ stattgefunden hatten. Daszyńskis Wahlempfehlung für Hudec ließ sich in diesem Fall vielmehr auf die Freundschaft zwischen den beiden zurückführen und den Wunsch des Parteiobmanns, sich mit vertrauten und ergebenen Leuten umzugeben. Der begabte Publizist Kozakiewicz, der aus seinem Misstrauen gegenüber den bürgerlichen Gruppierungen keinen Hehl machte, Kontakte mit Stojałowski ablehnte, Eigeninitiative beim Erarbeiten eines sozialistischen Agrarprogramms zeigte und im Gegensatz zur Behauptung Daszyńskis von vielen durchaus für einen guten Redner - auch in deutscher Sprache - gehalten wurde, bewies mehrmals selbständiges Denken, was ihn in den Augen der Parteiführung offensichtlich zu einem „unbequemen“ Element machte. Stimmen, die Daszyński autoritäre Neigungen vorwarfen, fühlten sich in ihrer Annahme bestätigt.

Die Niederlage der PPSD 1900 - sie konnte nur das Krakauer Mandat Daszyńskis behalten - war nicht nur den demagogischen Auftritten Breiters zuzuschreiben. Mit der Verschiebung des Zentrums der Arbeiterbewegung von Lemberg nach Krakau und gleichzeitig der verstärkten Konzentration auf das Blatt *Naprzód* wurde die Arbeit in der „Provinz“ vernachlässigt. Damit *Naprzód* eine Tageszeitung werden konnte, opferte man das Lemberger Blatt *Robotnik*.³⁴⁹

Das Jahr 1901 brachte Daszyński zwei Enttäuschungen. Zum einen stellte sich heraus, dass die Verhältnisse in Galizien für die Konzeption einer Konsolidierung demokratischer Kräfte nicht reif waren. Im Lager der polnischen Demokraten gab es zwar Anzeichen für eine Differenzierung der politischen Kräfte, sprich eine Sezession der Elemente, die dem Polenklub fern bleiben wollten, es fehlte aber an Mut und Konsequenz dieses Vorhaben auch durchzuziehen. Karol Lewakowski, den die Sozialdemokraten während der Reichsratswahlen 1891 unterstützten, hat sich wieder Erwarten nicht zu einem zweiten Ferdinand Kronawetter entwickelt, der konservative Geist, der vielen Mitgliedern des

³⁴⁹ Kozakiewicz wanderte 1901 nach Argentinien und später 1903 nach Amerika aus, wo er sich in der sozialistischen Bewegung engagierte. Vgl. dazu Briefe Kozakiewiczs an KZPPS seit 28.11.1902 bis 26.12.1906, CA 305/VII-44, Nr. 44-52.

bürgerlichen Lagers anhaftete, führte die Sezessionisten wieder in gesicherte Positionen, die nur ihre Mitgliedschaft im Polenklub garantieren konnte. Der zweite Hoffnungsträger, die Volkspartei, verständigte sich mit Stojałowski, der wiederum kurz darauf seine Leute in den Polenklub führte. Auch der Einsatz um den Einzug in den galizischen Landtag 1901 brachte trotz voller Konzentration - was wiederum Vernachlässigung der sozialen Fragen nach sich zog und für interne Verstimmung sorgte - keinen Erfolg.

Nichtsdestotrotz bestätigte die Niederlage Daszyńskis, dass nur verstärkte Bemühungen um eine demokratische Wahlreform auch in den Landtag die bisherigen Hürden, an denen die Arbeitervertreter scheiterten (Kuriensystem, Besitz- und Bildungszensus, öffentliche Abstimmung, indirekte Wahlen in der Kurie der Landgemeinden), abschaffen konnten. Mittlerweile wurde die politische Bühne, auf der der Kampf der nächsten Jahre ausgetragen wurde, um einen Akteur, einen politischen Kontrahenten der Sozialdemokraten reicher. Nichts scheint besser die gegenseitigen Verhältnisse zwischen der PPSD und den Nationaldemokraten widerzuspiegeln als zwei Aussagen der führenden Politiker dieser zwei Lager. Dmowskis Charakterisierung der nationaldemokratischen Konzeption bestätigte Daszyński, dass hinter dem anfänglichen sozialen Radikalismus und der Anti-Regierungshaltung der Allpolen doch der Kampf mit dem Sozialismus steckte : „(...) Diese Bewegung entstand und entwickelte sich als Kampf mit dem Sozialismus“ – schrieb Dmowski - „(...) ein Kampf um die Seelen der Jugend, um die Seelen des Volkes, um den moralischen Zustand der Nation, also um die wichtigsten Grundlagen der Zukunft“.³⁵⁰ Wenn Daszyński dagegen zu sagen pflegte: „Zeigt mir eine Schweinerei bei den Konservativen und ich werde euch zwei solche bei den Nationaldemokraten zeigen“³⁵¹, so bedeutete es, dass die Allpolen, die ihre Fühler nach der städtischen Intelligenz und der akademischen Jugend ausstreckten - trotz der ihnen oft vorgeworfenen Programmlosigkeit -, sogar die Stańczyken, die in Form einer neokonservativen Bewegung sich der „sozialen“ Politik zu widmen versuchten, von der Liste der sozialdemokratischen Kontrahenten auf Platz zwei verdrängten.

Das Jahr der ersten demokratischen Wahlen in den Wiener Reichsrat bildete eine Zäsur nicht nur im Hinblick auf die Machtverschiebung von den Konservativen hin zu einer demokratischen Konzentration im Polenklub, nämlich der zwischen den polnischen Demokraten und den Allpolen. Auch in der Taktik der Sozialdemokraten ließ sich eine sichtbare Veränderung feststellen. Der anfangs scharfe oppositionelle Ton gegenüber der Regierung wurde milder. Da in den Parlamentarismus große Hoffnungen gesetzt wurden - auch eine Haltung, die intern von solchen Abgeordneten wie Marek, Englisch oder Mosler kritisiert wurde -, galt der Sorge um einen gut funktionierenden Reichsrat oberste Priorität. Daraus resultierte das Vermeiden heikler Situationen, die zur Obstruktionen und zur

³⁵⁰ Robotnik 238(2.08.1909).

³⁵¹ DASZYŃSKI, Pamiętniki, Bd. II, S. 10.

Auflösung des Parlaments führen konnten.³⁵² Wurden Bobrzyńskis Entscheidungen in seiner Amtszeit als Vorsitzender des Landesschulrats für Galizien (1891-1901) oft einer scharfen Kritik von Seite der Sozialdemokraten unterzogen, so konnte die PPSD in seiner Politik als Statthalter für Galizien in manchen Fragen Gemeinsamkeiten entdecken. Dazu gehörten etwa Bobrzyńskis Bemühungen um die Entschärfung der polnisch-ruthenischen Spannungen. Damit wollten die Sozialdemokraten u.a. auch den Nationaldemokraten, die durch eine brutale, chauvinistische Propaganda ihren Einfluss vergrößern wollten, den Wind aus den Segeln nehmen. Auch die der PPSD und dem Statthalter gemeinsame Orientierung auf Österreich-Ungarn bei der Lösung der polnische Frage, die gerade angesichts des 1908 drohenden Krieges sehr realistisch wurde, spielte eine Rolle in den gegenseitigen Beziehungen. Für die wohlwollende Haltung Bobrzyńskis gegenüber der paramilitärischen Organisationen, in denen sich auch die Sozialdemokraten engagierten, zeigte man sich mit einer stillen Hilfe für den Statthalterblock erkenntlich, u.a. durch Verzicht auf offene Angriffe. Dieses „Entgegenkommen“ wurde deutlich während der Reichsratswahlen 1911. Daszyński zog Konsequenzen aus den vergangenen Wahlen, wo die Mitwirkung der Verwaltungsbehörden am Verhindern sozialdemokratischer Kandidaten sichtbar war, und sicherte sich die Zusage des Statthalters, dass auf solche Maßnahmen verzichtet werde.³⁵³

Eine zweite Veränderung in der Taktik der PPSD lag darin, dass man sich im Wahlkampf auf die Wahlbezirke konzentrierte, wo der Sieg auch realistisch war. In den Reichsratswahlen 1907 wurden aus 35 Kandidaten 6 gewählt. Tadeusz Reger, der im Wahlkreis Frysztad-Bogumin sein Mandat gewann, legte es wieder zurück, damit Daszyński, der diesmal an der Propaganda Stojałowskis scheiterte, seine Arbeit im Reichsrat fortsetzen konnte. In der Wahlkampagne 1911 widmete man sich mehr der Absicherung der aufgestellten Kandidaten in Verhandlungen hinter den Kulissen. Der Umstand, dass in Krakau Daszyński gleich in der ersten Abstimmung erfolgreich aus den Wahlen hervorging, und ein weiterer Kandidat (Marek) in die engere Wahl kam, wie auch die Tatsache, dass auch zwei fortschrittliche Demokraten wie Śliwiński und Lisiewicz viele Stimmen gewannen, machte vor allem die Nationaldemokraten stutzig.³⁵⁴ Obwohl Daszyński in seinen Tagebüchern von einem harten Kampf mit Leo und Fedorowicz berichtet, galt Leo in anderen Quellen als Regisseur der Wahlen in Krakau, wo auch den Sozialdemokraten geholfen wurde. Nicht nur hinter vorgehaltener Hand wurde gemunkelt über Absprachen zwischen Leo und Adolf Gross. Auch aus den Berichten der Polizei ging hervor, dass Leo Daszyński in

³⁵² Bericht der Polizeidirektion 538/pr/1911, APKr. StGKr. 27.

³⁵³ Polizeidirektion an die Statthalterei vom 10.04.1911 und vom 19.04.1911, APKr. StGKr. 77; DASZYŃSKI, Pamiętniki, Bd.II, S. 91.

³⁵⁴ Słowo Polskie 284(20.06.1911.

Krakau nicht schaden sollte und Gross dem Polenklub beitreten sollte.³⁵⁵ Als Gegenleistung erzwang die Parteiführung der PPSD die Zurücklegung des Mandats bei Józef Drobner, der in der Kurie des Kleinhandels in den Wahlen zum Krakauer Stadtrat kandidierte. Da Drobner mit der Entscheidung des Parteivorstands nicht einverstanden war, wurde er zuerst von der Exekutive der Fraktion entfernt und dann aus der Partei.³⁵⁶ Auch eine deutliche Zurückhaltung der Volkspartei in den ländlichen Bezirken rund um Krakau zugunsten eines sozialdemokratischen Kandidaten war sichtbar. Die Wahlbilanz ergab Zuwächse für die Sozialdemokraten. Außer zwei Mandaten in Lemberg (Diamand, Hudec), in Przemyśl (Lieberman), und Stryj (Moraczewski) kamen der PPSD noch zwei in Krakau (Daszyński, Marek), in den ländlichen Bezirken aus der Umgebung Krakaus (Klemensiewicz) und in Schlesien (Reger). Damit stieg die Zahl der polnischen Abgeordneten dieses politischen Lagers um zwei Mandate im Vergleich zu 1907.

In der internationalen Arbeiterbewegung erweiterte sich die Zahl der Strömungen, die miteinander um die überragende Rolle rangen, von ursprünglich zwei - dem Reformismus auf der rechten Seite und der äußersten Linken - auf drei - radikale Linke, marxistisches Zentrum und revisionistische Rechte. Anhand aller Debatten um Bündnisse mit anderen Parteien und Auseinandersetzungen um Methoden des politischen Kampfes konnte man innerhalb der PPSD drei Hauptrichtungen erkennen und weitere drei Orientierungen, die sich zwischen diesen platzieren ließen: 1) Die links-radikale Strömung, die sich ausschließlich den Arbeiterinteressen verschrieb und sich vom Nationalismus und Reformismus distanzierte (z.B. Mosler), 2) Die Gemäßigten, die alle legalen Möglichkeiten ausschöpfen wollten, die der konstitutionelle Staat bieten konnte, die aber Kontakte mit anderen politischen Gruppierungen mieden, durch welche das Wesen der PPSD schwer erkennbar wäre (z.B. Lieberman). Diese Gruppe bestand lange auf dem alten Namen der Partei. 3) Die patriotische Strömung, die um den polnischen Charakter der Fraktion kämpfte und sich sowohl kurz- als auch langfristige Bündnisse mit bürgerlichen Parteien vorstellen konnte (z.B. Mokłowski). Der Verzicht Daszyńskis nach 1901 auf einen erneuten Versuch, eine demokratische Konzentration bilden zu wollen, stellte ihn zwischen die zweite Orientierung und jenen Elementen der dritten, die für gelegentliche Kontakte mit anderen Fraktionen plädierten, welche der Durchsetzung wichtiger Gesetze im Reichsrat dienen sollten, bzw. Mandate der Opposition sichern würden (zu diesen Elementen würde Zygmunt Marek zählen).³⁵⁷ Am schwierigsten ist Jan Kozakiewicz zuzuordnen, denn in seiner Orientierung finden sich sowohl Merkmale der ersten Richtung (z.B. Klassenkampfstandpunkt,

³⁵⁵ Polizeidirektion an die Statthalterei vom 8.04.1911 und 19.04.1911, APKr. StGKr. 77.

³⁵⁶ Vgl. NAJDUS, PPSD..., S. 474.

³⁵⁷ Vgl. WALENTYNA NAJDUS, Zygmunt Marek, prawnik i polityk 1872-1931 [Zygmunt Marek, Jurist und Politiker 1872-1931], Warszawa 1992, S. 28.

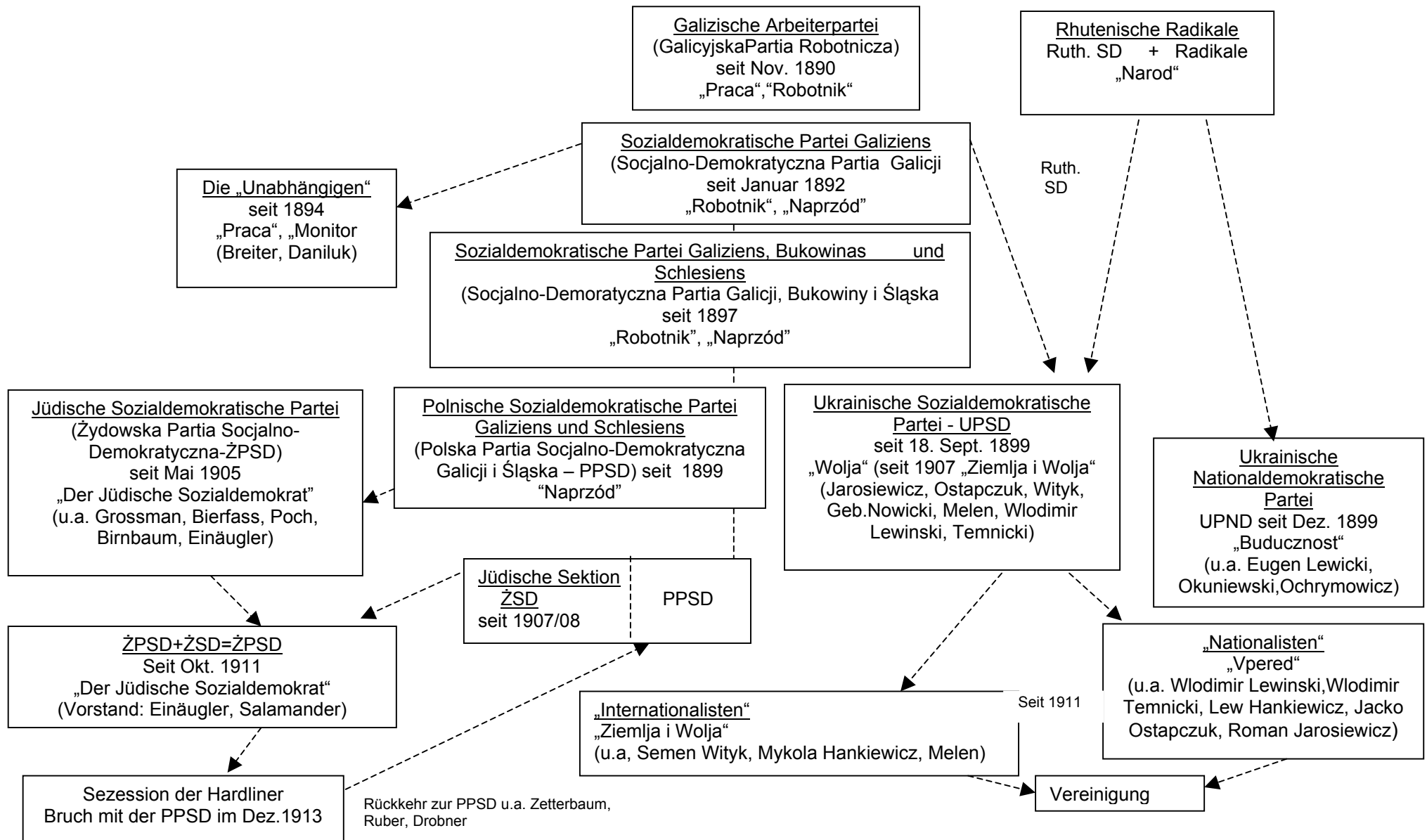
Aufmerksamkeit den Problemen der Landbevölkerung gegenüber, Zusammenarbeit mit den ruthenischen Radikalen) als auch patriotische.

Je näher der Krieg rückte, desto mehr brachen die Bande zwischen den Sozialdemokraten der verschiedenen Nationalitäten der alten Monarchie ab.³⁵⁸ Die tschechischen näherten sich dem Bürgertum ihrer eigenen Nation an, die polnischen entschieden sich am 23. März 1916 - gegen ihre bisherige Haltung - dem Polenklub beizutreten. Es war der Preis dafür, dass die Konservativen, die den Löwenanteil an den Entscheidungen über das Schicksal Polens 1915 - dem Jahr, in dem die Hoffnungen auf eine polnisch-österreichische Lösung der polnischen Frage ihre Renaissance erlebte - in die Hand nehmen wollten, von ihren Intrigen gegen die Legionen abließen.³⁵⁹ Diesen Schritt diktierte den Sozialdemokraten ihr oberstes Ziel, der Wunsch der Zusammenfügung Galiziens und des Königreichs Polen.

³⁵⁸ RAIMUND LÖW, Die Kleine Internationale. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich 1889-1914, Wien 1984, S. 177.

³⁵⁹ IGNACY DASZYŃSKI, Cztery lata wojny. Szkice z dziejów PPSD Galicji i Śląska [Vier Jahre Krieg. Eine Skizze aus der Geschichte der PPSD Galiziens und Schlesiens], Kraków 1918, S. 33.

ENTWICKLUNGEN IM SOZIALDEMOKRATISCHEN LAGER GALIZIENS; PARTEIGRÜNDUNGEN, SEZESSIONEN, SPALTUNGEN 1890-1914



VI. „Politische Überspanntheit“ oder maßgebender Faktor? – Zur politischen Weltanschauung der Nationaldemokraten.

A. Zwischen Freiheitsromantik und Realpolitik.

Der allgemeine Trend in Europa um die Wende des 19. zum 20. Jh. ging auch an Galizien nicht vorbei - auch hier wuchs das nationale Element heraus. Es war eine logische Konsequenz der gesellschaftlichen Entwicklung, die neue demokratische Elemente aufkommen ließ, und Ausdruck der Sensibilisierung einer unterdrückten Nation. Dieses zum Teil schon vorhandene und zum Teil durch das Einwirken der nationalistischen Propaganda zum Leben erweckte nationale Element machte allerdings einige Umwandlungen durch, bevor es eine eigene politische Konzeption entwickelte, sich endgültig in der Nationaldemokratischen Partei formierte und schließlich den Rang eines nicht nur in der Publizistik gefährlichen Gegners - besonders für die *Stańczyken* - erreichte.

Die Anfänge der nationaldemokratischen Bewegung fallen in die 80er Jahre des 19. Jh. Die auf Initiative des im Exil lebenden Veteranen des Aufstandes von 1863, Zygmunt Miłkowski, in der Schweiz gegründete elitäre Organisation *Liga Polska* (Polnische Liga) (seit 1893 *Liga Narodowa*/ Nationale Liga) mit ihren führenden Köpfen wie Jan Ludwik Popławski, Zygmunt Balicki und Roman Dmowski sollte das nationale Gefühl unter dem Polentum quer durch alle gesellschaftlichen Schichten aller drei Teilungsgebiete entfachen, um dieses den fremden Einflüssen entgegenzusetzen. Während das Hauptgewicht der Arbeit an der Konsolidierung des nationalen Lagers im Königreich Polen lag, war Galizien vor allem ein Zufluchtsort für zahlreiche ins Visier der Polizei geratene Aktivisten. Aber auch hier hatte die Liga ihre Zweige. Es waren kleine Gruppierungen der Organisation „Zet“, die in Krakau und Lemberg die akademische Jugend um sich sammelte. Das publizistische Sprachrohr - allerdings gerichtet immer noch nur auf das russische Teilungsgebiet - war die seit 1895 in Lemberg unter der Redaktion Dmowskis und später Popławskis herausgegebene Zeitschrift *Przegląd Wszechpolski* (Allpolnische Rundschau).

Liga Narodowa, die der nationaldemokratischen Inspiration und Koordination aller Aktivitäten den organisatorischen Rahmen gab, gruppierte um sich unterschiedliche Elemente. Hier fanden sich neben den Demokraten alten Schlages - Mitglieder des *Towarzystwo Demokratyczne Polskie* - , Ehemalige Teilnehmer des Aufstands von 1863, welche die Aufstands- und Freiheitsromantik unter dem Polentum verbreiteten (u.a. Zygmunt Miłkowski), fortschrittliche Demokraten, und Sympathisanten, die außerhalb der organisatorischen Strukturen standen (u.a. Tadeusz Cieński, Albin Rayski, Erzbischof Józef

Teodorowicz). Auch der Spruch des alten Clemenceau: „Wer in seinen jungen Jahren kein Sozialist war, wird zum Schluss ein Schurke“, schien hier seine Berechtigung zu finden. Denn für viele spätere Führungskräfte im nationaldemokratischen Lager war die sozialistische Schule ein Ausgangspunkt in ihrem Evolutionsprozess.³⁶⁰ Nicht zuletzt stießen auch Elemente aus der bäuerlichen Strömung zu diesem Lager. Dieses Konglomerat sorgte für Spannungen im Inneren der Organisation und erschwerte auch den Außenstehenden diese neue moralisch-politische Bewegung richtig zu beurteilen. Die Palette der Betrachtungen reichte von einer konservativen Bewegung, über eine bourgeoise, bis hin zum Vergleich mit der preußischen Hakata – wohl wegen des bewunderungsvollen Aufblickens Dmowskis zur preußischen Politik der Gewalt.

Die Etappen der ideologischen Entwicklung im nationalen Lager lassen sich nicht nur an den einzelnen Biografien, sondern auch an sozialen und politischen Fragen ablesen. Ein Paradebeispiel war hier die Aufstands- und Unabhängigkeitsfrage. Die Haltung der Nationaldemokraten in der Frage der nationalen Souveränität ist eine komplexe Angelegenheit, deren genaue Schilderung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. In groben Zügen ist festzuhalten, dass sich im Laufe der Zeit eine wesentliche Wendung von der ursprünglich manifestierten Position vollzogen hatte. Die Phasen reichen von der absoluten Priorität der Freiheitsidee - präsent in dem ersten Statut der Liga von 1887 aus der Feder Miłkowskis -, über Visionen des künftigen Polens in einem territorialen Umfang von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer (sichtbar in den Jahren 1891-95), bis hin zur realpolitischen Ernüchterung und Ablehnung der Aufstands-idee, die im Programm der Liga 1897- allerdings nur für das russische Teilungsgebiet formuliert - zu beobachten ist.³⁶¹ Abgesehen von einem kurzen Aufleben des Gedankens an einen aktiven Kampf um die nationale Unabhängigkeit und der Pläne zur Formierung einer polnischen Legion in England 1900 - wohl unter den Eindrücken der England-Reise Dmowskis im Jahre 1898 - zeigt sich im nationalen Lager ab 1901 eine Tendenz zur Ablehnung jeglicher Aufstandsagitation.³⁶²

³⁶⁰ Zygmunt Balicki war von dem russischen „Narodnitschewstwo“ geprägt und schrieb für die in London erschienene Zeitschrift *Przedświt* (Mirgenröte). Er war Vertreter jener Richtung, die eine Brücke zwischen Patriotismus und der sozialistischen Ideologie in der Liga zu bauen versuchte.

Sogar Roman Dmowski ließ sich zu einem Artikel in der Erstausgabe des sozialistischen Blattes *Naprzód* verleiten; Vgl. ROMAN DMOWSKI, *Pisma*[Schriften], Częstochowa 1938, Bd. 4, S. 47.

³⁶¹ ZYGMUNT MIŁKOWSKI, *Rzecz o obronie czynnej i Skarbie Narodowym* (Über die aktive Verteidigung und den nationalen Schatz), Kraków 1910; Kritisch über diese fehlende Konsequenz äußert sich WŁADYSŁAW POBÓG-MALINOWSKI, *Narodowa Demokracja 1887-1918. Fakty i dokumenty* [Die Nationaldemokratie 1887-1918. Fakten und Dokumente], London 1998.

³⁶² Vgl. *Przegląd Wszechpolski* 16(1895), 7(1900) „*Vivo voco*“, 8(1900) „*Podwójna polityka*“ [Doppelte

Diese Mäßigung, welche die politischen Gegner der Allpolen zur Kritik veranlasste, wirft auch für die Wissenschaft die Frage auf, ob es sich hier um einen klassischen Bruch mit dem ideologischen Grundprinzip handle. Die Beantwortung dieser Frage setzt eine Analyse der äußeren Umstände und die Beleuchtung des Verhältnisses der Nationaldemokraten zu den Teilungsmächten voraus. Die schwache politische Position Österreichs und auch die von der Monarchie nur halbherzig geteilte polnische Überzeugung von einer Interessenverknüpfung der beiden - in Österreich richtete man das Augenmerk eher auf Bosnien als auf die polnische Vision, aus dem russischen Teilungsgebiet einen polnischen Staat bilden zu wollen - machte den Führungskräften der Liga klar (Popławski), dass nur Russland und Preußen zur Wahl standen als künftiger Partner, an den man sich in der polnischen Frage anlehnen sollte.³⁶³ Das anfängliche Vertrauen in die slawische Solidarität und die Idee der Anlehnung an Russland aus Angst vor der gefürchteten preußischen Unterdrückung machte 1903 einer Orientierung an Preußen Platz.³⁶⁴ Dies sollte allerdings nicht das letzte Wort im Lager der Allpolen sein.

Trotz aller Kritik an der österreichischen Gesamtpolitik, mussten aber auch die Nationaldemokraten einsehen, dass der Autonomiestatus Galiziens für die Polen eine Chance auf die Vorbereitung für eine eigene Staatlichkeit bot. Die nationale Arbeit in dem gegebenen Rahmen konnte nach Ansicht des nationalen Lagers noch gefördert werden durch einen Beitrag zur inneren Entwicklung und Stärkung Österreichs.³⁶⁵ In Anbetracht dieser versöhnlichen Töne an die Adresse der Donaumonarchie - was vor kurzem noch als die „größte Niederträchtigkeit“ galt - und der gleichzeitiger Verschärfung der „chronischen Revolution“, wie der Kampf gegen die Regierung im Kongresspolen bezeichnet wurde, machten die Allpolen in Galizien den Anschein einer „loyal gewordenen Irredenta“ und das nicht nur bei ihren politischen Widersachern.³⁶⁶ Die sich seit 1895 abzeichnende fallende Intensität in der Beschäftigung der *Liga Narodowa* mit der Unabhängigkeitsfrage und das Einlenken auf einen Weg, welcher der von den Konservativen bevorzugten „Kleinarbeit“ ähnelte, veranlasste eine Gruppe der Nationaldemokraten unter der Führung von Bohusz-

Politik], 3(2.03.1902).

³⁶³ Vgl. JAN LUDWIK POPLAWSKI, *Polityka polska Austrii* [Die polnische Politik Österreichs] In: *Przegląd Wszechpolski* 11(Nov. 1903).

³⁶⁴ *Przegląd Wszechpolski* 7(Juli 1903).

³⁶⁵ „*Nasze potrzeby a nasze stronnictwa*“ [Unsere Bedürfnisse und unsere Parteien] In: *Przegląd Wszechpolski* 12(Dez. 1903).

³⁶⁶ Als Formen des Widerstands der russischen Regierung gegenüber waren Manifestationen, Gedenktage, Protestaktionen, Ablehnung der Steuerzahlung sowie Bekämpfung aller Formen der Russifizierung denkbar.

Potocki Anfang 1898 zur Sezession. Zu einem späteren Zeitpunkt wird der Spagat zwischen dem ursprünglichen revolutionären Charakter der Bewegung und ihrer späteren Mäßigung zu viel schlimmeren Spaltungen und Verlusten führen. Aber was die einen für ein Abweichen von den ideologischen Prinzipien hielten, sahen die anderen als ein rein taktisches Vorgehen, als ein Bemühen um die „Anpassung der Formulierungen des Statuts der Organisation an die Bedürfnisse der nationalen Bewegung im Rahmen der Autonomie in Galizien“.³⁶⁷ Auch Historiker der Zwischenkriegszeit, die mit dieser politischen Richtung nicht verbunden waren, hielten dieses scheinbare Verlassen des Bodens der eigenen Grundsätze für ein rein taktisches Kalkül.

Der Unabhängigkeitsgedanke war bei den Nationaldemokraten sicher mehr präsent als bei den Stańczyken. Die gegebenen Umstände zwangen aber auch die radikalen politischen Elemente zu anderen Vorgangsweisen. Der führende Kopf im polnischen nationalen Lager, Roman Dmowski, war in seinen utilitaristischen Berechnungen sehr nüchtern. Alles das, was ihm als undurchführbar erschien, lehnte er ab und widersetzte sich mit einer ungeheuren Konsequenz selbst der bisherigen Position ganzer Generationen und der historischen Tradition. Dazu gehörte nicht nur die hier behandelte Aufstands- und Unabhängigkeitsidee, sondern in der späteren Entwicklung auch die Theorie der Anlehnung Polens an Russland, sowie die Revision eigener ausgedienter Ansichten. Trotz seiner Unbeständigkeit in den politischen Überlegungen und manchen unpopulären Konzeptionen, ist es Dmowski gelungen, sich auch so starke Persönlichkeiten in der Bewegung wie z. B. Balicki oder andere bedeutende Theoretiker wie etwa Popławski unterzuordnen.³⁶⁸ So machte auch die Wiederherstellung des polnischen Staates auf dem Wege eines nationalen Aufstands der Umwandlung Galiziens zur Wiege des eigenen Staatswesens - der Vorstufe der künftigen nationalen Selbständigkeit - Platz. Nicht ohne Einfluss auf diesen Schwenk war die internationale politische Situation. Mit einer radikalen antirussischen Politik im Kongresspolen wollten die Nationaldemokraten bei Österreich punkten in Anbetracht des sich abzeichnenden Konflikts mit Russland.³⁶⁹

Von Anfang ihres Bestehens an, setzte sich die *Liga Narodowa* das Ziel, ein sehr breites gesellschaftliches Spektrum mit der allpolnischen Weltanschauung zu beeinflussen. Man war sich dessen bewusst, dass hier die patriotische Phrase allein nicht ausreichen würde. Denn unter den

³⁶⁷ ROMAN WAPIŃSKI, *Narodowa Demokracja (1893-1939)* [Die Nationaldemokratie 1893-1939], Warszawa-Kraków-Gdańsk 1980; Dmowski selbst hatte dazu geraten, die Artikel in der Presse, die unter dem wachsamen Auge der Zensur verfasst wurden und die scheinbar die Unabhängigkeitsaktionen kritisierten, zwischen den Zeilen zu lesen; Vgl. TADEUSZ BIELECKI, *W szkole Dmowskiego* [In der Schule Dmowskis], London 1968, S. 237.

³⁶⁸ Zur Person des Chefideologen der polnischen Nationaldemokraten siehe ANDRZEJ MICEWSKI, *Dmowski*, Warszawa 1971 sowie KRZYSZTOF KAWALEC, *Roman Dmowski 1864-1939*, Wrocław-Warszawa-Kraków, 2002.

³⁶⁹ *Przegląd Wszechpolski* 125 (Februar 1902).

verschiedenen sozialen Schichten war das Gefühl der nationalen Einheit hier und da sicher vorhanden. Was allerdings fehlte, war eine ähnliche Einheit im ökonomischen Sinne. Die widersprüchlichen Interessen dieser sozialen Gruppen verlangten nach einem nicht geringen programmatischen Spagat und eine vorsichtige Vorgangsweise.

Als eine Strömung ohne vorhandene Parteistruktur bevorzugten die Liga-Anhänger die Methode des Einsickerns in alle in Galizien tätigen gesellschaftlichen Institutionen und übten Einfluss auf Erziehungs- und Bildungsformationen aus, welche die Volksbildung deutlich mit der Tradition der Freiheitskämpfe verbanden, wie z. B. der Turnverein „Sokół“ (Der Falke) oder Towarzystwo Szkoły Ludowej (Volksbildungsverein), wo die Mitglieder der Liga bereits 1900 im Raum Krakau und zwei Jahre später in Lemberg eine Mehrheit bildeten. Über alle Erwartung derjenigen, die Anfang 1900 die nationaldemokratische Bewegung für eine Überspanntheit hielten, und aller gemäßigten Blätter, die nach der Kritik der Untergrundsarbeit der Allpolen im Kongresspolen jetzt mit dieser Erscheinung fertig zu sein glaubten, begann sich diese Idee in Galizien erst recht zu etablieren.³⁷⁰

Das Jahr 1902 bildete eine Zäsur in der Entwicklung des nationalen Lagers in Galizien. Mit der Übersiedlung der Zeitschrift *Przegląd Wszechpolski* 1901 von Lemberg nach Krakau rückte die westgalizische Hauptstadt in die Rolle einer Drehscheibe in den allpolnischen Aktivitäten.³⁷¹ Die ganze Aufmerksamkeit der Chefideologen (Dmowski und Balicki) galt zwar nach wie vor dem Raum Russisch-Polen, engagierte Leute wie Popławski arbeiteten aber zunehmend an der Vorbereitung aller Grundlagen für eine künftige politische Organisation in Galizien. So wie die Zeitschriften *Przegląd Wszechpolski* und *Polak* der Verbreitung des nationaldemokratischen Gedankenguts im Kongresspolen dienten, so übernahmen das von Popławski geführte Blatt *Wiek XX* (1901-02) und das von ihm für die ländliche Bevölkerung herausgegebene Organ *Ojczyzna* (Heimat) dieselbe Rolle im österreichischen Teilungsgebiet.³⁷²

Im selben Jahr gelang den Anhängern der Liga ein großer Wurf im publizistischen Bereich. Nach einem misslungenen Versuch im Jahre 1898 übernahmen sie die einst von Szczepanowski gegründete und inzwischen vielgelesene Zeitschrift der polnischen Demokraten *Słowo Polskie*. Diese Errungenschaft bot für das nationale Lager Chancen, verbarg aber auch Gefahren. Zum einen verärgerte die Art der Übergabe des Blattes zuerst die liberalen Demokraten, die jetzt ihre besten journalistischen Kräfte wie Rutowski und

³⁷⁰ Mehr darüber siehe SCRIPTOR (Erazm Piltz), *Nasze stronnictwa skrajne*, Kraków 1903.

³⁷¹ Das Blatt wurde allerdings noch bis 1902 in Lemberg gedruckt.

³⁷² Das Interesse Popławskis an den Bauern leitete sich aus dem sozialen Umfeld, das ihn in seiner Kindheit umgab, heraus. Der mit allen Wesenszügen eines Wissenschaftlers ausgestattete Theoretiker im nationalen Lager wuchs in der Atmosphäre des Landhofes auf.

Romanowicz aus der Redaktion entfernten und eine neue Zeitschrift *Nowy Głos Polski* (Neue Polnische Stimme) ins Leben riefen.³⁷³ Zum zweiten weckte man damit die Aufmerksamkeit anderer Parteien und Gruppierungen und zog Kritik auf sich. Abgesehen von Meinungsverschiedenheiten und Querschüssen aus den eigenen Reihen konnte die Liga bisher auf eine ziemlich unbeschwerte Tätigkeit zurückblicken. Der wachsende Einfluss in den wichtigsten Institutionen sowie die Expansion in ein breites gesellschaftliches Spektrum mit Hilfe des Blattes *Słowo Polskie*, das Leser aus den Reihen der Universität, des Beamtentums, der Bourgeoisie, des Klerus und der akademischen Jugend um sich gruppierte, provozierte Konfrontationen mit den Konservativen.

Die Befürchtungen, die bei den Führungskräften des nationalen Lagers im Zusammenhang mit dem Betreten des Terrains der praktischen Politik aufkamen, waren durchaus berechtigt. Im Moment hatten die Allpolen nicht nur mit der Neubesetzung der Redaktion ihrer neuerworbenen Zeitschrift zu tun. Sie verfügten nicht über genügend Leute, die mit der Ideologie vertraut waren, geschweige Parteistrukturen.³⁷⁴ Vorsichtige Elemente an der Spitze der Bewegung wie Popławski legten Wert auf eine gründliche Vorbereitung, eine stufenweise erfolgende soziale Erziehung der Gesellschaft, Hebung des Nationalbewusstseins.³⁷⁵ Dmowski befürchtete, die nationaldemokratische Idee könnte in dem übermäßig politisierten Galizien - Politik wurde hier oft als die einzige Möglichkeit gesellschaftlich aufzufallen, als ein Sprungbrett für private Karrieren gesehen - ihren übergeordneten Zweck, nämlich eine gesamtnationale Bewegung zu bleiben, fern vom Klassenseparatismus, verfehlen.³⁷⁶ Das Programm war schließlich der Wertmaßstab der Parteiarbeit. Die Devise der Nationaldemokraten lautete dagegen einfach – Gleichheit im Sinne der rechtlichen Gleichstellung aller sozialen Schichten durch die Einheit. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, ob die nationale Komponente als politischer Faktor in dem schon vorhandenen Parteienspektrum einen Platz hatte?

Auf dem rechten Flügel stand das intern eher zerrissene Lager der Konservativen, das die Interessen der kleinen Gruppe der Großgrundbesitzer verteidigte und welche die Regierung für Partei- und Privatzwecke nutzte. Das bürgerliche Lager präsentierte sich abgesehen von

³⁷³ Das Blatt wurde am 2. März 1902 von der Pachtgesellschaft Wacław Wolski und Zygmunt Wasilewski übernommen.

³⁷⁴ Siehe Berichterstattung von der Tätigkeit der Liga Narodowa für den Zeitraum 1.07.1902-1.07.1903, In: *Niepodległość*, Bd. IX., S.448.

³⁷⁵ Vgl. TERESA KULAK, Jan Ludwik Popławski (1854-1908). *Biografia polityczna* [Jan Ludwik Popławski 1854-1908. Eine politische Biografie], Wrocław 1989, Bd.I, S. 349; Siehe auch JAN LUDWIK POPLAWSKI, *Pisma polityczne* [Politische Schriften], Kraków-Warzawa 1910, Bd.I, S. 2f.

³⁷⁶ Vgl. *Przegląd Wszechpolski* 9(Sept. 1902) „*Nasz program*” [Unser Programm].

den hochstilisierten Phrasen und dem Versuch eine demokratische Konzentration auf die Beine zu stellen eher farblos, so dass es von den Allpolen für einen bürgerlichen Flügel der Konservativen gehalten wurde, der zunehmend unter den Einfluss der Juden und der Sozialdemokraten geriet. Politische Höhepunkte bei der Sozialdemokratie dagegen, wie etwa die Parlamentswahlen von 1897, gehörten der Vergangenheit an. Sichtbare Desorganisation nach diesem Erfolg, vor allem aber keine positiven Resultate der Agitation im galizischen Dorf, das Verlorengelien des Mandates in Lemberg und die allgemeine Stagnation und Armut im Lande machten den Eindruck einer Depression im Lager der Arbeiter, das bis vor kurzem noch alle in Galizien befindlichen fortschrittlichen Elemente zu radikalisieren versuchte. Die Sozialdemokraten zeigten für die politische Richtlinie der Nationaldemokraten zwar nie Sympathie, es gab aber seinerzeit Hoffnung auf eine mögliche Annäherung der beiden Bewegungen auf revolutionärer Basis.³⁷⁷ Während der „sozialistischen Etappe“ in der nationaldemokratischen Bewegung, die von dem russischen „Narodnitschestwo“ geprägt war, richtete sich die Strömung ja auch gegen den Klerus und die Schlachta. Einige Anhänger des nationalen Lagers, die mit der sozialistischen Idee in Berührung kamen, wünschten in ihrem Programm dem kosmopolitischen Sozialismus den nationalen entgegensetzen. Andere sahen für beide Lager eine klare Trennlinie und Teilung der Agitationsarbeit: Die Sozialdemokraten unter den Arbeitern, die Allpolen unter der Intelligenz und der Dorfbevölkerung.³⁷⁸ Gerade aber diese Interessenverteilung wurde zum Zankapfel zwischen beiden politischen Richtungen. Denn ein Monopol auf die Agitationsarbeit im ländlichen Raum Galiziens wollten die Sozialdemokraten den Allpolen nicht überlassen.³⁷⁹ Die Abrechnung fand ihren Niederschlag in der Publizistik.

Mit der sich rege entwickelnden Bauernbewegung verbanden die Nationaldemokraten die meisten Hoffnungen, denn in diesen Reihen hatte sich das Nationalgefühl am besten erhalten. Der Versuch, die Entwicklungen im bäuerlichen Lager in die von den Allpolen gewünschten Bahnen zu richten, verlief jedoch nicht zufriedenstellend. Im September 1901 starteten sie noch eine Kampagne für Jakub Bojko während der Reichsratswahlen aus der Stadt Lemberg, nachdem der Kandidat der Volkspartei in der Kurie der Landgemeinden zu Fall gebracht wurde.³⁸⁰ Das anfangs gute Verhältnis zwischen Wysłouch und Popławski, das sich in der Zeit von 1896 bis 1900 abzeichnete, war aber bereits getrübt. Gründe dafür lieferten demagogische Ausritte der bäuerlichen Partei im Wettstreit mit der Gruppierung

³⁷⁷ „Program ugody“ [Aussöhnungsprogramm], Londyn 1898.

³⁷⁸ Przegląd Wszechpolski 473(August 1901).

³⁷⁹ Ebda 197(April 1900).

³⁸⁰ Siehe Przegląd Wszechpolski 9(Sept.1901); Wiek XX 479-485(1901).

Stojałowski und schließlich ein kurzer Kuschelkurs mit dem Geistlichen - der noch dazu ins Feuer der Kritik wegen seiner Zusammenarbeit mit den Moskalophilen geriet - in der Phase der Suche der Volkspartei nach ihrer politischen Positionierung. Das sprichwörtliche Tüpfelchen auf dem „i“ in den Beziehungen zwischen den Aktivisten der *Liga Narodowa* und dem bäuerlichen Lager stellte die distanzierte Haltung der Zeitschrift *Kurjer Lwowski* zu den Vorfällen zwischen polnischen und ruthenischen Studenten der Lemberger Universität 1902 dar.

Die Bauernbewegung, die auf den politischen Emanzipationskurs hinsteuerte, geriet ihrerseits zwar hin und wieder auf Irrwege, war aber weit davon entfernt, den Nationaldemokraten, die schon aufgrund der von ihnen verbreiteten Parole des gesellschaftlichen Solidarismus nicht den Anschein einer Oppositionspartei vermitteln wollten, über die Geschicke des bäuerlichen Lagers entscheiden zu lassen. Lewakowski, der nicht zuletzt wegen seiner Mitgliedschaft in der Liga Narodowa von den Allpolen seinerzeit als ein möglicher Verbündeter in ihren Plänen für die Übernahme der Bauernbewegung gehandelt wurde, ließ bald mit Kritik am nationalen Lager aufhören. Diesem wurde ein Weichen von demokratischen Prinzipien attestiert.³⁸¹ In dieselbe Kerbe schlug auch Bojko, der zwar 1901 zur Freude der Nationaldemokraten den Wunsch äußerte, im galizischen Landtag „möge es weniger Stańczyken, Demokraten und sogar Volksparteiler geben, daher aber mehr anständige Polen“, jetzt aber eher nicht mehr daran dachte, sich den Allpolen für ihre Wahlunterstützung erkenntlich zu zeigen.³⁸² Die Positionierung der Volkspartei mit ihrem neuformulierten Programm von 1903 setzte dem Werben der Nationaldemokraten ein endgültiges Ende. Ein Bruch vollzog sich in den Kreisen der akademischen Jugend. Anhänger der Volkspartei und andere links orientierte Elemente kehrten der Lemberger Organisation Czytelnia Akademicka (Akademischer Leseverein), die verschiedene akademische Verbände um sich gruppierte, den Rücken.³⁸³

Ein Bündnis mit der Bauernvertretung, den Sozialdemokraten oder einem Teil der fortschrittlichen Demokraten würde die Allpolen ohne Zweifel stärken, aber nur als Opposition. Die Bilanz der Situation sah für das nationale Lager folgendermaßen aus: Die demokratische Intelligenz versagte mit ihrem eigenartigen Programm bei der Konsolidierung der volkstümlichen Kräfte, die Sozialdemokraten wussten zwar, was sie wollten, das nationale Faktum blieb bei ihnen aber unberührt, die Volkspartei war eine sozial-politische Bewegung, driftete aber zwischen sehr allgemein formulierten und kleinlichen

³⁸¹ Wacław Zaleski an seinen Vater Filip (ohne Datum), Ossol., 7089 I, S.543-547.

³⁸² *Ojczyzna* 36(6.09.1903).

³⁸³ Über die wachsende Unzufriedenheit mit der Führung des Vereins vgl. *Kurjer Lwowski* 198(19.07.1903).

praktischen Postulaten.³⁸⁴ Alles zusammen stellte zwar ein Potential dar, konnte allerdings in der Einschätzung der Nationaldemokraten nicht die Rolle einer schöpferischen Kraft übernehmen. Die gewünschte Position eines maßgebenden Faktors im politischen Leben Galiziens ließ die Annäherung an das regierende Lager empfehlenswerter erscheinen. Es ist den Nationaldemokraten zwar gelungen, den Platz zwischen der rechten Seite und der Mitte im politischen Spektrum einzunehmen, das Land als ein sozial-ökonomisches Phänomen bildete jedoch nicht den idealen Rahmen für die Entfaltung der allpolnischen Vision. Hier ist vor allem die gesellschaftliche Realität zu erwähnen, wo die Schlachta immer noch politisch und wirtschaftlich dominierte, schwache bzw. keine Entwicklung der Industrie, sowie die katastrophale wirtschaftliche und kulturelle Situation, in der sich das galizische Dorf befand. Kein geringes Hindernis auf dem Wege der ideologischen Durchdringung war das im österreichischen Teilungsgebiet fest verwurzelte Bewusstsein einer gewissen Stabilität, das sich auf einige Elemente der Gesellschaft destruktiv ausgewirkt hatte und in politischer Trägheit und Abgestumpftheit äußerte.

Eine Annäherung an das konservative Lager war mit Sicherheit nicht leicht zu bewerkstelligen, aber als Idee nicht ganz so abwegig. Es waren nämlich einige Voraussetzungen, oder besser gesagt günstige Anhaltspunkte in den Ideologien der Konservativen und der Nationaldemokraten, sowie einige äußere Voraussetzungen dazu vorhanden. In der Zeit des rapiden Entstehens der Links-Parteien in den Jahren 1893-97 und der starken Verluste der konservativen Kräfte stellte die allpolnische Bewegung für einen Teil des reaktionären Lagers ein Gegengewicht zu der linken Gefahr dar. Besonders reizvoll war dabei die Tatsache, dass die Nationaldemokraten zwar revolutionäre Parolen unter der Bevölkerung verbreiteten, dabei aber nicht die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den gesellschaftlichen Schichten ins Spiel brachten. Einige gemäßigte Elemente des Konservativen Klubs, die ihre Tradition mit dem *Hotel Lambert* aus der Zeit der Emigration verbanden, kokettierten mit dem Gedanken eines näheren Kontakts mit den Allpolen aus einem anderen Grund. Sie zogen einen solchen in Betracht, um auf diesem Wege die nationaldemokratische Bewegung zu überwinden, und die Gefahr, die von ihr dem Land drohe, zu bannen.³⁸⁵

Neben den gemeinsamen Gegnern (Sozialdemokraten, Bauernbewegung) gehörte Kritik des Individualismus - obwohl mit unterschiedlicher Begründung - zu den verwandten Merkmalen des konservativen und des nationaldemokratischen Lagers. Der klassische Konservatismus ging von der These aus, die Gesellschaft sei von Natur aus differenziert. In dem hierarchischen System galt die Überordnung der sozialen Gemeinschaft über das Individuum als Garant des Wohles der Gesellschaft. Die Nationaldemokraten gingen in ihrer

³⁸⁴ Die Nationaldemokraten waren über einige Vorschläge der Volkspartei erzürnt, wie etwa durch den Antrag auf die Einführung der ruthenischen Sprache in der Eisenbahndirektion in Stanisławów, den Stapiński und Winkowski unterzeichneten. Vgl. *Słowo Polskie* 221(8.05.1902).

³⁸⁵ Vgl. SCRIPTOR (Erazm Piltz), *Nasze...*, S. 214.

politischen Philosophie weiter. Angefangen mit der Kritik der Vorfahren aus der Zeit der Adelsrepublik und der Weltanschauung, die bei den literarischen Schöpfern der Epoche der Romantik entstand, schufen die Allpolen eine Vision des Polen der Neuzeit, in dessen Grundeinstellung solche Kategorien wie Nationalismus, Chauvinismus und nationaler Egoismus eine zentrale Stellung einnahmen, wobei dieser Egoismus als Wir-Patriotismus der Gesamtheit der Nation gelten sollte und nicht als Prinzip des Individuums verstanden wurde.³⁸⁶

Das Bauen auf gemeinsame aber zweitrangige Grundlagen trug in sich die Gefahr des Bruchs. Und in den prinzipiellen nationalen Fragen nahmen die Nationaldemokraten und die Konservativen - zumindest die Stańczyken - an den entgegengesetzten Polen ihren Platz ein, wie etwa in der ruthenischen Frage.

Als das Nationalbewusstsein der Ruthenen in Galizien eine Stufe erreichte, wo die ruthenische Frage aus der Position einer fast ausschließlich sozialen Bewegung und im gewissen Sinne Glaubensangelegenheit zu einer nationalpolitischen angewachsen war, wollten die Alarmglocken der Nationaldemokraten rund um den gefährdeten "polnischen Besitzstand" in Ostgalizien nicht verstummen. Die Entwicklung der ruthenischen Eigenart begleitete der Ankauf von Grundstücken, die aus der Parzellierung des polnischen Großgrundbesitzes stammten, durch die ruthenische und jüdische Bevölkerung. Diese beiden fremden Elemente wurden von den Nationaldemokraten auch für eine Bedrohung der zahlenmäßig schwachen urpolnischen Intelligenz der Städte gehalten, die von den Beamten und den Vertretern der sogenannten freien Berufe repräsentiert wurde. Aufgrund der zahlenmäßigen Überlegenheit der Ruthenen - in den neunundvierzig Kreisen Ostgaliziens entfielen auf 1,5 Millionen Polen 3 Millionen Ruthenen - und ihrer fortgeschrittenen nationalen Emanzipation hielt man die Assimilation der „gente Rutheni“ für unrealistisch. Skeptisch war man auch bei der jüdischen Bevölkerung. Selbst Juden, die sich zur polnischen Seite bekannten, galten für die Allpolen wegen ihrer kultur-ökonomischen und konfessionellen Eigenart als ein in nationaler Hinsicht "ungewisses Element".³⁸⁷ Die Nationaldemokraten erklärten sich die Assimilation dieser Kreise nicht als einen Akt der Sympathie für die polnische Kultur und Tradition, sondern als einen Faktor der Interessenartikulation der Juden.³⁸⁸

³⁸⁶ Näheres zur wissenschaftlichen Begründung des nationalen Egoismus bei den Allpolen siehe ZYGMUNT BALICKI, *Egoizm narodowy w świetle etyki* (Der nationale Egoismus aus der Sicht der Ethik), Lwów 1902.

³⁸⁷ Vgl. *Przegląd Wszechpolski* 11(November 1902).

³⁸⁸ Eine Stimulation der Emigration dieser Elemente und Aktivierung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der polnischen Bevölkerung schwebten den Allpolen als Gegenmaßnahmen vor. Vgl. KULAK, Jan Ludwik Popławski,

Viel differenzierter betrachtete das nationale Lager die ruthenische und jüdische Bevölkerung Galiziens hinsichtlich der Pläne zur Einführung einer neuen Wahlordnung für den Landtag. Mit der Wahlreform befürchtete man die Verstärkung der ruthenischen Kräfte im Landtag und damit eine Erschütterung der bisherigen Verhältnisse. Anders betrachteten die Nationaldemokraten die mögliche Vermehrung der Mandate auf der jüdischen Seite. Diesem Element schrieb man eine Schlüsselstellung bei dem polnisch-ruthenischen Tauziehen um die Mandate in Ostgalizien zu. Aus diesem Grund tauchten in den Presseorganen der Allpolen neben der antisemitischen Haltung, z. B. im *Przegląd Wszechpolski*, auch Artikel auf, welche die Assimilierung der jüdischen Bevölkerung mit der polnischen begrüßten.³⁸⁹

Die Haltung der Nationaldemokraten der ruthenischen Bevölkerung gegenüber teilten die Krakauer Konservativen nicht. Welche Position dieses politische Lager hier manifestierte, fasste am besten Dzieduszycki in Worte. Man war an einer "kalten", "neuzeitlichen" Beziehung zwischen Grundbesitzern und Landarbeitern nicht interessiert. Viel lieber war ihm ein "warmes", "patriarchalisches" Verhältnis, für das man bereit war, einige Konzessionen in Kauf zu nehmen.³⁹⁰ Diese Toleranz, welche die Ideologie der Stańczyken hinsichtlich der "fremdstämmigen Elemente" in Galizien zuließ, wurde zum Objekt nicht nur der allpolnischen Attacken. Auch der ostgalizische Flügel der Konservativen wollte bei diesem Trend nicht mitmachen, was den Nationaldemokraten einen willkommenen Anhaltspunkt bot, an der Polarisierung des konservativen Lagers weiter zu feilen. Die Tatsache, dass Lemberg demokratischer war als Krakau und der wachsende Radikalismus der Ukrainer ein lokales Problem der ostgalizischen Schlachta darstellte, erweckte bei den Nationaldemokraten die Hoffnung auf einen Schulterschluss zwischen ihnen und den Konservativen Ostgaliziens. Das, was vom Abgeordneten Studnicki als vorsichtig formuliertes Projekt einer Verständigung ausgesprochen wurde, war in Wirklichkeit der Anfang einer neuen politischen Allianz, einer Konsolidierung, die sogar die Monarchie überlebte.

Das Jahr 1902 bildete tatsächlich eine Zäsur in der politischen Tätigkeit der polnischen Nationaldemokraten. Die *Liga Narodowa*, die bisher mit dem Vorwurf leben musste, in ihren Reihen hauptsächlich Jugendliche zu versammeln, konnte in der Phase der Unruhen an der Lemberger Universität den Ökonomieprofessor Stanisław Głabiński für sich gewinnen.³⁹¹

Bd. I, S. 561; *Polak* 5(1903).

³⁸⁹ Ebda 587 (August 1902); *Słowo Polskie* (1905)

³⁹⁰ Zitiert nach *Słowo Polskie* 8(19. 02. 1903).

³⁹¹ STANISŁAW GŁABIŃSKI (1862-1943) – polnischer Nationaldemokrat. Seit 1892 Professor für Ökonomie an der Lemberger Universität; 1902-1918 Abgeordneter im Reichsrat (gewählt aus der Stadt Lemberg); 1904-1914

Eine Artikelserie über die Geschichte der Universität in Lemberg und gleichzeitig ein Plädoyer für den polnischen Charakter der Bildungsstätte war das journalistische Debüt des früheren Mitarbeiters der *Gazeta Narodowa* in der Zeitschrift der Allpolen.³⁹² Deren Presseorgan, *Słowo Polskie*, unterstützte ihn im Gegenzug erfolgreich während der Wahlkampagne in den Reichsrat um das Mandat aus der Stadt Lemberg.

Die nationalen Ausschreitungen an der Universität in Lemberg und die sozial-ökonomische Unruhen in Ostgalizien unter Berücksichtigung der Kräfteverteilung in diesem Teil des Landes - hier stand dem durch die Parzellierung schrumpfenden polnischen Großgrundbesitz einerseits und den polnischen Bauern, die zwar zahlreich vertreten waren, aber unter dem Gesichtspunkt des nationalen Empfindens eher kraftlos erschienen, eine unzufriedene, auf soziale Verbesserungen und politische Rechte bestehende ruthenische Majorität gegenüber - verstärkten die Bemühungen der polnischen Nationaldemokraten, sich als neue politische Kraft in Galizien zu positionieren.³⁹³ Das polnische nationale Lager sprach den Ruthenen das Recht auf ihre kulturelle Entwicklung - soweit die polnische Kultur dabei keinen Schaden nahm - nicht ab. Durch die Art der Forderungen jedoch - Postulat der Aufteilung Galiziens, des allgemeinen Wahlrechts und die Forderung nationaler Vertretung in den wichtigen Landesinstitutionen -, die noch dazu wegen der außenpolitischen Konstellation bei der österreichischen Regierung in Wien Gehör fanden, sah man die bisherige Ordnung bedroht. Aus dieser Bedrohung schöpfte das nationale Lager seine Legitimation, als eine den polnischen Besitzstand verteidigende Kraft in das politische Geschehen einzugreifen. Mit dieser Haltung stießen die Allpolen auf Resonanz bei den Vertretern des Großgrundbesitzes, der Bourgeoisie und der städtischen Intelligenz, die mit der ruthenischen

Landtagsabgeordneter; 1905-1907 Obmann der Nationaldemokratischen Partei in Galizien; 1907 Vorsitzender des Polenklubs; 1911 Eisenbahnminister im Kabinett Stürgkh.

³⁹² Die Ruthenen forderten Änderung der Sprachgesetze, die am 24.06.1868 beschlossen wurden. Aus der Sicht des polnisch-nationalen Lagers trat in den Kämpfen an der Universität weniger das Bestehen der Ruthenen auf eigene Hochschule (dazu verfügten sie in der Beurteilung der Polen nicht über genügend qualifizierte Lehrkräfte) in den Vordergrund, sondern die Absicht, den polnischen Charakter der Universität zu untergraben. Głabiński wies in seinen Artikeln darauf hin, dass an der vom König Jan Kazimierz gegründeten Ausbildungsstätte in den Jahren 1661 bis 1848 nie auf Ruthenisch, sondern in polnischer Sprache und auf Lateinisch gelesen wurde. In den Jahren 1849-1879 fand der Unterricht in der deutschen Sprache statt (einige wenige Vorlesungen wurden auf Polnisch und Ruthenisch abgehalten) und schließlich seit 1879 hauptsächlich auf Polnisch.

³⁹³ *Przegląd Wszechpolski* 4(April 1902) „*Nasze siły*“ (Unsere Kräfte); Siehe auch Rede Głabińskis zu den Agrarstreiks in Ostgalizien, In: STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATHES, XVIII. Session, 165. Sitzung, S. 15124-15139, 166. Sitzung, S. 15195-15244.

und jüdischen Konkurrenz rechnen musste.³⁹⁴ Die Angst, die polnische Intelligenz könnte von den ruthenischen Elementen überragt werden, trieb auch breite Kreise der akademischen Jugend in die Arme der Nationaldemokraten.

Es begann nicht nur das politische Liebäugeln der Allpolen mit den ostgalizischen Konservativen, denen jegliche Hilfe während der Agrarstreiks in Ostgalizien willkommen war. Übrigens interpretierte das nationale Lager diese Unruhen, die alleine 1902 1/5 des Gesamtgebietes Galiziens umfassten, nicht als ein Resultat eines wirtschaftlichen Kampfes um ein besseres Dasein und Ausdruck des wachsenden nationalen Bewusstseins der ruthenischen Bauern.³⁹⁵ Als Auslöser dieses sozialen Aufruhrs sahen die polnischen Nationalisten den wirtschaftlichen Ruin des Landes, Versäumnisse der polnischen Schlachta im galizischen Dorf, sprich die Trennung der Gutshöfe von den Gemeinden, und die zahlreichen „unvernünftigen Konzessionen an die ruthenische Pseudo-Intelligenz“.³⁹⁶ Das Liebäugeln der Allpolen mit dem konservativen Lager Ostgaliziens verlief nicht ohne Zwischenrufe. Aus den Artikeln der Zeitschrift *Gazeta Narodowa* sprach die Besorgnis über eine mögliche Wandlung der nationaldemokratischen Bewegung zum Chauvinismus, von „Fehlender politischer Nüchternheit“ war die Rede.³⁹⁷ Es kam nämlich zu einem harten Schlagabtausch im Parlament zwischen Głabiński und dem ruthenischen Abgeordneten Wassilko. Dieser warf den Polen eine maßlose Verbissenheit vor, die nicht mal davor

³⁹⁴ Über den Zulauf dieser gesellschaftlichen Schichten zum nationaldemokratischen Lager legen auch Informationen über die Finanzierungen der Parteikasse Zeugnis ab. Neben der finanziellen Hauptquelle, den Skarb Narodowy (Nationaler Schatz), tauchten als Wohltäter Privatpersonen aus dem Petroleumgeschäft, Geschäftsmänner aus anderen wirtschaftlichen Bereichen und aus der Finanzwelt, sowie Vertreter des ostgalizischen Großgrundbesitzes auf.

Einer der einflussreichen Vertreter des ostgalizischen Großgrundbesitzes, der in manchen Bereichen mit den Nationaldemokraten die gleiche Position vertrat, war Tadeusz Cieński. Als dieser an die Spitze des zentralen Wahlkomitees avancierte, legte man das in der Politikwelt als Ankündigung einer harten Linie gegenüber den Ruthenen aus. Das stimmte nicht ganz. Cieński gehörte zwar zu den Gegnern eines ruthenischen Gymnasiums in Stanisławów, bemühte sich aber auch in der Landtagssession 1903 und 1904 um die Einführung zweisprachiger Schulen. Er galt auch als Initiator eines Gremiums aus bäuerlichen Abgeordneten, das im Namen des polnischen wie auch ruthenischen Volkes dessen Anliegen vorbringen würde. Der ostgalizische Konservative blieb aus diesem Grunde ohne Parteizugehörigkeit.

³⁹⁵ Laut statistischen Berichten handelte sich um die Kreise Ostgaliziens Tarnopol, Zbaraż, Trembowla, Husiatyn, Czortków, Borszczów, Zaleszczyki, Buczac, Kamionka, Brody, Złoczów, Przemyślany, Brzeżany, Podhorce.

³⁹⁶ Siehe Ausführungen Studnickis in *Słowo Polskie* 463(5.09.1903).

³⁹⁷ Vgl. *Słowo Polskie* 288(15.06.1902); *Gazeta Narodowa* 106(9.05.1903).

zurückschreckte, den eigenen Minister zur Demission zu zwingen, weil dieser nicht verhindern konnte, dass die Ruthenen ein Gymnasium bekamen.³⁹⁸

Einen wichtigen Verbündeten bekam das nationale Lager in der Person des damaligen Statthalters für Galizien, Leon Graf Piniński, der im Gegensatz zu den Krakauer Konservativen den Entwicklungen in der ruthenischen Frage kritisch gegenüber stand.³⁹⁹ Es war wohl dem wichtigsten Mann im Land Galizien zu verdanken, dass der Versuch der Stańczyken den politischen Gegner unter dem Vorwurf der Illegalität des Landes zu verweisen, misslang.⁴⁰⁰ Das Werben um Sympathisanten in einem breiten gesellschaftlichen Spektrum schlug sich in gewissen Abstrichen von der bisherigen Haltung der Nationaldemokraten nieder. 1902 gab das Sprachrohr der Bewegung, *Słowo Polskie*, andere Töne von sich, als die politischen Gegner in Galizien von ihnen gewöhnt waren. Der Statthalter war nicht nur kein „Diener der fremden Regierung“ mehr. Die Allpolen nahmen ihn in Schutz vor den Attacken der linken Blätter und ernteten dafür Kritik.⁴⁰¹ Äußerst ungewöhnlich hörte sich die Behauptung der Nationaldemokraten an, dass nur die Konservativen die bisherige Politik in Galizien von einer provinziellen in eine nationale umwandeln könnten, wo gleichzeitig die Verteidiger der Schlachtainteressen durch dieses politische Lager einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Die taktische Schlauheit Dmowskis bestand darin, dass er bei aller Kritik am konservativen Lager es verstand, geschickt aus diesem diejenigen Elemente auszufiltern, welche ein von den Ansichten der Stańczyken unangetastetes nationales Denken zu erkennen gaben, sprich die ostgalizischen Autonomisten.⁴⁰²

Mochten die demokratischen Kräfte das nationale Lager für seine Affinität zu den Vertretern des Großgrundbesitzes und das Abweichen von der radikalen demokratischen Linie tadeln so viel sie wollten, so mussten auch sie sich mit der ruthenischen Frage auseinandersetzen. Um so mehr, da die Ruthenen erneut von der Zentralregierung in Wien

³⁹⁸ *Gazeta Narodowa* 269(31.10.1902).

³⁹⁹ LEON GRAF PINIŃSKI (1857-1938)- ostgalizischer Konservative. Seit 1891 ordentliche Professor des Römischen Rechts an der Lemberger Universität. Seit 1888 Reichsratsabgeordneter zuerst aus der Kurie des Grundbesitzes aus dem Wahlkreis Tarnopol, später aus der Kurie der Landgemeinden im selben Kreis. Vom 7. April 1898 bis 8. Juni 1903 Statthalter für Galizien. Seit 1903 Mitglied des Herrenhauses.

⁴⁰⁰ Erinnerungen Grabskis an die Arbeit in der *Liga Narodowa*, APAN Warszawa, 30, S.33.

⁴⁰¹ Piniński geriet unter Beschuss, als er u.a. eine Änderung im Unterrichtssystem vorgeschlagen hatte, die der Jugend die Teilnahme an den Kundgebungen erschweren sollte; Vgl. auch SCRIPTOR, Nasze..., S. 208.

⁴⁰² Vgl. ROMAN DMOWSKI, *Upadek myśli konserwatywnej* [Der Untergang der konservativen Idee], Częstochowa 1938, S. 12; Siehe dazu auch *Czas* 265(18.11.1902).

Konzessionen erlangten.⁴⁰³ Nicht ohne Stolz konnten die Allpolen auf ihre bisherige Tätigkeit zurückblicken, als der Vertreter des ostgalizischen Konservativen, Włodzimierz Kozłowski, eine Aktion in Ostgalizien startete und Vertreter verschiedener politischen Richtungen zusammenzutrommeln versuchte unter dem Motto der Einigung aller Kräfte im Sinne der nationalen Arbeit. Am 31. Mai 1903 fand in Lemberg eine „Nationalversammlung“ statt, bei der ein breites gesellschaftliches Spektrum von der Aristokratie und der Intelligenz über das Bürgertum verschiedener Schattierung, Bürger aus dem ländlichen Bereich, zahlreiche repräsentierte Frauen bis zu den Landtags- und Reichsratsabgeordneten aller politischen Gruppierungen - außer dem Klub der Krakauer Konservativen - vertreten war. Bei dieser Zusammenkunft wurde eine Reihe von Anträgen vorgebracht, Beschlüsse wurden gefasst, die alle dem Ziel dienten, das polnische Element zu stärken. Zu den wichtigsten gehörte der Antrag über die Beibehaltung des polnischen Charakters der Lemberger Universität, der Antrag über die Einführung der polnischen Sprache in denjenigen Behörden Galiziens, wo bisher noch Deutsch als Amtssprache galt, vorgeschlagen wurde eine Reform des Landeschulrates (Rada Szkolna Krajowa) im mehr autonomen Sinne, Hebung des nationalen Empfindens in den Schulen durch den Unterricht in polnischer Geschichte, und schließlich Schutz der Emigration im Lande und in Übersee (Brasilien, insbesondere Parana war Ziel der polnischen Emigration).⁴⁰⁴ Die Sorgen um den polnischen Besitzstand lassen auch die Stellung des nationalen Lagers zum Problem der Emigration in einem anderen Licht erscheinen. Während die Erwerbsemigration für die Kleinbauern oft die einzige Einnahmequelle und Möglichkeit zum Erwerb von Grundstücken bedeutete, die Konservativen sie wiederum aus Sorge um das Abhandenkommen billiger Arbeitskräfte für den Großgrundbesitz bekämpften, wollten die Nationaldemokraten eine weitere Schwächung des polnischen Elements durch eine Entvölkerung des Landes vermeiden.⁴⁰⁵ Die nationale Arbeit umfasste weiter die Gründung von Lesezirkeln, Raiffeisenkassen, freiwilligen Feuerwehren und landwirtschaftlichen Vereinen.⁴⁰⁶ Da Hebung der Bildung und Entwicklung der Industrie als Wege zur Stärkung der nationalen Kraft langwierige Prozesse waren,

⁴⁰³ Das Bildungsministerium legte folgende Sprachgesetze fest: 1). Studienbücher sollten in lateinischen Sprache gedruckt werden, 2). Formulare sollten auf Polnisch ausgefüllt werden (außer den Seminarzeugnissen und Scripten), 3). Alle schriftlichen Ansuchen an die Universitätsführung durften auf Ruthenisch gestellt werden. Siehe *Słowo Polskie* 167(9.04.1902).

⁴⁰⁴ Vgl. *Słowo Polskie* 252(2.06.1903).

⁴⁰⁵ Vgl. POPEŁAWSKI, Pisma, Bd. II, S. 224.

⁴⁰⁶ Vgl. *Ojczyzna* 19(10.05.1903).

tauchten bei den Allpolen sogar Vorschläge einer planmäßigen Kolonisation Ostgaliziens auf.

Angeregt durch die Idee einer „Nationalversammlung“ gingen Aktivisten rund um das Blatt *Kurjer Lwowski* in ihren Überlegungen weiter und schlugen die Gründung einer überparteilichen nationalen Organisation vor. Am Ende einer Diskussion rund um dieses Projekt wurde schließlich aus einem „Komitee der nationalen Arbeit“ ein „Komitee der Initiative“, d.h. die Rolle der Organisation, die das Werk der nationalen Versammlung weiterführen sollte, wurde auf die Einberufung der Zusammenkünfte der Parteien, Gruppierungen, der Presse und der Vereine, und die Durchführung von Enqueten beschränkt. Da an der Endfassung des Beschlusses die nationaldemokratischen Abgeordneten einen erheblichen Anteil hatten (Anträge der Abgeordneten Adam und Tarnawski), schien es, als würden diese Handlungsräume bevorzugen, wo man sich freier bewegen konnte, ohne dabei ständig kontrolliert zu werden und sich unterordnen zu müssen.⁴⁰⁷

Die Aktion Kozłowskis stieß auf den Unmut des Ministerpräsidenten Körber und der Spitze des Polenklubs. Der ostgalizische Konservative gehörte zu den Kritikern des Obmannes der polnischen Vertretung im Wiener Abgeordnetenhaus, Apolinary Jaworski, wegen dessen ergebener Politik der Zentralregierung gegenüber. Dabei sprach Kozłowski offen nur das aus, was im Polenklub längst Gesprächsthema war. Schon seit 1893, dem Zeitpunkt, wo von Jaworski zum ersten Mal eine selbständige Entscheidung als Vorsitzender des Polenklubs verlangt wurde, wurden seine politischen Fähigkeiten in Zweifel gezogen. Als am 10. Oktober 1893 im Abgeordnetenhaus das Steinbach'sche Projekt der Wahlreform vorgelegt wurde, wurde vom Präses des Polenklubs die Chance nicht genutzt, von Taaffe gewisse - für die Polen günstige - Änderungen im Projekt auszuverhandeln. Schlimmer noch, Jaworski reichte der deutschen Linken die Hand zum Bündnis. Das hatte Folgen. Nicht nur dass die alte Rechte zerschlagen wurde. Damit hatte man dazu beigetragen, dass die Kluft zwischen den deutschen Gruppierungen, nämlich zwischen den Konservativen und den Liberalen, die aus dem polnisch-nationalen Blickwinkel betrachtet ein günstiger Zustand war, verringert wurde. Nicht zu vergessen war der Verlust der Tschechen als alte Verbündete, während neue Kontakte von der polnischen Vertretung in Wien noch nicht aufgebaut werden konnten. Auch der weitere Kurs des Polenklubs zur Zeit des neuen Kabinetts - diesmal unter dem Landsmann Badeni - stieß oft auf Unverständnis. Dieser war von der persönlichen Spannung im Verhältnis zwischen Jaworski und Badeni geprägt, was in der Folge zu

⁴⁰⁷ Vgl. *Kurjer Lwowski* 153(4.06.1903); *Słowo Polskie* 5(3.01.1906); Siehe auch Erinnerungen von Zdzisław Próchnicki, APAN 30-3, S. 8f.

falschen Entscheidungen der nationalen Repräsentanz der Polen führte und zur Schwächung ihrer Position, während die deutschen Flügel immer mehr miteinander liebäugelten und die Jungtschechen unter der Führung Kaizls eine den Polen gegenüber unfreundliche Haltung manifestierten. Der Polenklub rutschte unter der Regierung Thuns und Körbers immer mehr in die politische Bedeutungslosigkeit, wobei der Klub der Polen unter dem Letzteren mit seinen 62 solidarisch entscheidenden Stimmen zahlenmäßig die stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus bildete.⁴⁰⁸ Jaworski wurde seitens der Allpolen auch ein gewisses Zaudern bei den Bemühungen um die Änderung der Geschäftsordnung im Abgeordnetenhaus zur Last gelegt, von welcher man sich die Bildung einer klaren parlamentarischen Mehrheit versprach, die dem „maskierten Absolutismus“ einen Riegel vorschieben würde.

Eine Imagekorrektur des Polenklubs wurde von dem autoritär entscheidenden hochbetagten Jaworski oft sabotiert. Kozłowski versuchte die parlamentarische Kommission des Polenklubs dazu zu bewegen, von dem Regierungschef eine Erklärung zu verlangen für seine Kritik an der Rede Dzieduszyckis, der in einer durchaus gemäßigten Form die antipolnische Politik der preußischen Regierung angesprochen hatte. Als Jaworski dieses Vorhaben torpedierte, legte Kozłowski sein Mandat zum Reichsrat nieder und zog sich auch von der Mitgliedschaft in der parlamentarischen Kommission zurück. Da das Kabinett Körber gerade grünes Licht für ein ruthenisches Gymnasium in Stanisławów gab und dies auch im Budget berücksichtigte, hatten auch die polnischen Nationaldemokraten einen Grund mehr, mit der Politik Wiens hart ins Gericht zu gehen und bei dieser Gelegenheit erneut eine Lanze für den scheidenden Statthalter Piniński zu brechen.⁴⁰⁹ Auch dieser, wegen seiner antiukrainischen Haltung unbequeme Politiker, fiel einer schlaunen Intrige des Vorsitzenden des Polenklubs zum Opfer. Eine von Jaworski im Mai 1903 initiierte Diskussion im Polenklub ließ den Eindruck entstehen, der Statthalter lege sein Amt nieder auf Wunsch der Vertreter der Polen und nicht auf Verlangen des Ministerpräsidenten Körber. In Wien machte nämlich das Gerücht die Runde, dass Kozłowski mit stillschweigender Unterstützung Pinińskis unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die ruthenische Agitation an einem starken Block

⁴⁰⁸ Auch die Berichterstattung des Abgeordneten Garapich vor seinen Wählern aus der Kurie des Großgrundbesitzes des Wahlkreises Tarnopol war Ausdruck dieser Kritik an der Führung des Polenklubs. Siehe Kurjer Lwowski 198(19.07.1903).

⁴⁰⁹ Im Gegensatz zu Piniński wurde von den Nationaldemokraten Badeni kritisiert, der während der Landtagssession 1903 der Ruhe wegen den Ruthenen ihre Wünsche hinsichtlich ruthenischer Schulen erfüllen wollte. Vgl. Ojczyzna 41(11.10.1903).

gegen die Zentralregierung und die Politik des Polenklubs arbeite.⁴¹⁰ Wegen der willkürlichen Führung der nationalen Vertretung der Polen in Wien durch Jaworski, der gleichzeitig auch an der Spitze des Landtags-Polenklubs stand, überlegte man Verbesserungen in der Organisation. Die Allpolen wollten das Hauptgewicht der Entscheidungen von Wien in den Landtag verlagern.

B. Auf dem Weg zu einer politischen Organisation.

Der Kampf um ihren Einfluss in Galizien verlief für die Nationaldemokraten nicht immer so zufriedenstellend wie etwa in der Publizistik im Jahre 1902. Als viel schwieriger erwies sich die Situation im programmatischen Bereich. Die Rücksicht auf eine so unterschiedliche Klientel, ließ das politische Programm des nationalen Lagers in den Augen der politischen Konkurrenz als nicht näher konkretisiert erscheinen. Dabei sollte die nationaldemokratische Idee keine leere Phrase sein, sondern ein Programm der Taten. So ein Programm musste jedem Adressaten die Möglichkeit einer freien Interpretation lassen. Władysław Studnicki erinnerte sich an die Anfänge seiner kurzen Zusammenarbeit mit Dmowski und dessen Überlegungen: "Wir müssen das eine Postulat für die Gesellschaft und das zweite für unsere Gegner aussprechen."⁴¹¹

Das im Programm der Allpolen von 1887 formulierte Postulat, wonach es keine gesellschaftliche Schicht geben sollte, die eine Vormachtstellung über andere ausübte, und der Wunsch, dass sich jede soziale Schicht selbständig mit allen ihren Bestrebungen, dem Zeitgeist entsprechend, entwickeln könne, war ein Versuch, ein demokratisches Konkurrenzprogramm, sowohl zu dem der Linken, als auch zu dem der Konservativen, zu schaffen.

Mit dem Schwung einer neuen Kraft bewegte sich das nationale Element von Anfang an nicht nur in die Richtung eine moderne Massenpartei zu werden. Das Ziel war vielmehr eine geistige Strömung und "Schule des politischen Denkens" zu werden, die sich auf die ganze Nation beziehen würde und nicht nur auf eine bestimmte soziale Komponente.⁴¹² In dieser Diktion war auch die von Dmowski geschriebene und 1903 erschienene Broschüre „*Myśli nowoczesnego Polaka*“ (Gedanken eines modernen Polen) verfasst.

Die Ergänzungswahlen in den Landtag 1904 bescherten den Nationaldemokraten wieder einen Erfolg. Die Niederlage der ukrainischen Partei - der führende Kopf Barwinski verlor in seinem Wahlkreis

⁴¹⁰ Vgl. *Słowo Polskie* 218(12.05.1903) und 226(16.05.1903).

⁴¹¹ WŁADYSŁAW STUDNICKI, *Z przeżyć i walk* [Aus den Erlebnissen und den Kämpfen], Warszawa 1928, S. 69-70.

⁴¹² *Słowo Polskie* 92(25.02.1903).

Brody, die Abgeordneten Mogilnicki und Hurko konnten ihre Mandate in Rohatyn und Stanisławów nur mit Hilfe der Moskalophilen halten - bedeutete, dass der Sezession der zehn ruthenischen Abgeordneten (von insgesamt dreizehn) von November 1903 ihre Pläne durchkreuzt werden konnten. Die Allpolen konnten nicht nur mit der Entscheidung des galizischen Landtags hinsichtlich des ruthenischen Gymnasium in Stanisławów - diese Angelegenheit wurde von dem polnischen nationalen Lager als „Reifeprüfung der öffentlichen Meinung“ betrachtet - zufrieden sein, die eben diese Sezession ausgelöst hatte. Man wollte diesen Erfolg als eine Absage an die Politik der Gewinnung der Ruthenen durch Konzessionen verstanden wissen. Die abtrünnigen ruthenischen Mandatäre, die ihre Rückkehr auf die Abgeordnetenbänke im Landtag von der Wiederwahl aller Sezessionisten abhängig machen wollten, mussten unter den gegebenen Umständen auf ihre Obstruktion verzichten, wenn sie weitere Verluste bei den kommenden Wahlen verhindern wollten.⁴¹³

Die Bemühungen Głąbińskis um das Landtagsmandat aus der Stadt Lemberg von dem Ende Mai 1903 verstorbenen polnischen Demokraten Romanowicz löste Empörung bei den anderen Parteien aus. Das Lemberger Mandat hatte in der galizischen Politikwelt einen besonderen Stellenwert, schließlich war es einst im Besitz so verdienter Persönlichkeiten wie Smolka, Ziemiałkowski, Gołuchowski. Obwohl sich der Nationaldemokrat als Wissenschaftler und Experte auf dem Gebiet der Ökonomie bereits einen Namen gemacht hatte, assoziierte man ihn in der Politikwelt allem voran mit dem Blatt *Słowo Polskie*. Die Gegenkandidatur in der Person von Dr. Jan Dylewski, welche die regierenden Kräfte aufgestellt hatten, vermochte jedoch Głąbiński, dem wiederum die Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft sicher war, nicht sonderlich zu schaden. Der Vizepräsident des Lemberger Appellationsgerichts war im politischen Leben ein ziemlich unbeschriebenes Blatt, den die Elemente rund um die Zeitschrift *Dziennik Polski* dazu benutzten, die Aufmerksamkeit der Wähler von der Kandidatur des Nationaldemokraten abzulenken.⁴¹⁴

Nicht zuletzt bereitete der breiten Öffentlichkeit ziemliches Kopfzerbrechen die Rolle des Nationaldemokraten bei dem Versuch der Zusammenführung der beiden demokratischen Gruppen im Wiener Abgeordnetenhaus: der „Linken“, der Głąbiński selbst angehörte, und der „Konzentrierten“. Da dies im klaren Widerspruch zu der bisherigen Position der Allpolen stand, spekulierte man, ob es sich hier um eine Änderung des Kurses im nationalen Lager oder um eine selbständige Aktion des Ökonomen handle. Der Gedanke einen starken Klub der Demokraten im Reichsrat zustande zu bringen und ihnen dadurch mehr Einfluss zu verschaffen - die neuzehnköpfige Gruppe könnte alleine Interpellationen an die Regierung stellen - , war um so verlockender, da in manchen Fragen eine Zusammenarbeit mit der Zentrums-Partei möglich war. Da die Zusammenführung der Demokraten eine

⁴¹³ Ebda 282(16.06.1904).

⁴¹⁴ Sogar das Sprachrohr der ostgalizischen Konservativen sprach von einem „Wahlmanöver“ der Stańczyken.

eigene Organisation und eine programmatische Verständigung voraussetzte, wurde vorerst ein Komitee aus sechs Abgeordneten gewählt, das die Führung im Klub übernehmen sollte.

Die Rede Głabińskis auf der Wählerversammlung im September 1904 ließ erkennen, in welche Richtung die Bemühungen der Nationaldemokraten in der nahen Zukunft gehen würden. Wie schon in der programmatische Skizze von 1901 angekündigt wurde, sollte sich die Aufmerksamkeit auf die Selbständigkeit Galiziens konzentrieren. Damit war neben der bisher bewusst betonten gesamtpolnischen Orientierung auch ein Element der galizischen Lokalpolitik angesprochen. Es handelte sich dabei keineswegs um neue Aspekte, vielmehr um ein Farbekennen des nationalen Lagers in der seit langem andauernden Diskussion rund um die Zukunft Galiziens.⁴¹⁵

Das Postulat der Sonderstellung bzw. Selbständigkeit Galiziens hatte in der Einschätzung der Allpolen einen unterschiedlichen Stellenwert bei lokalen Parteien und Gruppierungen. Während man hinter dieser Forderung den einen Utilitarismus attestierte (Volkspartei, Krakauer Konservativen), stellten die Nationaldemokraten nicht Personen, nicht ihre Gruppierung, sondern eine Mission in den Vordergrund. An die ablehnende Haltung der ruthenischen und jüdischen Bevölkerung knüpfte die Führung der Sozialdemokraten an. Daszyński zeigte sich besorgt, dass durch die Sonderstellung Galiziens die Ruthenen der Gnade und Ungnade der polnischen Schlachta ausgesetzt wären, die Juden dem Antisemitismus zum Opfer fallen würden. Die Gefahr einer Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung im selbständigen Galizien schlossen die Allpolen aus, denn sie sahen ein wesentliches Mittel des Einflusses der Juden in der Wiener Börse. Nicht die politische Abhängigkeit Galiziens von Wien bote Schutz vor dem Antisemitismus, sondern die finanzielle Abhängigkeit Galiziens von der Wiener Börse.⁴¹⁶ Als zweites Argument bei der Ablehnung des Postulats gaben die Sozialdemokraten Bedenken an, ob die polnischen Agrarier imstande wären, für die Entwicklung der Industrie zu sorgen.

Der Gedanke der Abnabelung von Österreich war auch den Stańczyken, die ihre Machtstellung in Galizien den herrschenden Verhältnissen verdankten, nicht geheuer. Es stimmt, dass die Polen seit der Einführung der zentralistischen Dezember Verfassung stets die Selbstverwaltung Galiziens im Auge behielten und dies im Parlament und auf dem Forum des Landtags zur Sprache brachten. Manche Mitglieder des Polenklubs in Wien gingen allerdings in ihrem Kalkül von dem Wunsch nach einer Vergrößerung der Mandatszahl für Galizien aus. Sollte dieser Plan scheitern, war die Forderung nach Ausdehnung der Autonomie der nächste Schritt. Dabei rechnete man mit der Unterstützung der Deutschen. Es war nicht schwer vorauszusehen, dass dieses Vorhaben auf einen massiven Protest der Tschechen stoßen würde, die lieber den Polen die gewünschten Mandate gönnten, statt einem separatistischen Weg grünes Licht zu geben. Eine Diskussion im

⁴¹⁵ Siehe *Słowo Polskie* 323(14.07.1903), 325(15.07.1903), 570(10.08.1903), 372(11.08.1903).

⁴¹⁶ *Słowo Polskie* 440(21.10. 1903).

Klub der Neokonservativen Anfang 1903 zeigte, dass die regierende Kraft schon aus Gründen der Schwierigkeit, die eine Aussonderung Galiziens aus dem österreichischen Gesamtstaat mit sich bringen würde, eher an das Projekt der Verwaltungsreform, wie sie Dunajewski 1876 vorgeschlagen hatte, anknüpfen wollte. Dies sah die Zusammenlegung der Statthalterei mit dem Landesausschuss (Wydział Krajowy), also der Staatsverwaltung mit dem autonomen Organ, und die Verantwortung des Statthalters für jedes Überschreiten des budgetären Rahmens vor. Der Referent der Neokonservativen, Leopold Jaworski, forderte dabei die Verwaltung der direkten Steuern und der Bahn für die Kronländer.⁴¹⁷

Die Haltung des nationalen Lagers zum Thema der künftigen Gestalt Galiziens selbst ist erklärungsbedürftig. Erklärungsbedürftig deswegen, weil hier in den Diskussionen sowohl Begriffe wie „Aussonderung“, „Ausdehnung der Autonomie“, und sogar Formulierungen vorkommen, aus welchen man schließen könnte, die Allpolen würden auch einen Antrag, so wie ihn die Volkspartei vorgelegt hatte, unterstützen.⁴¹⁸ Zwischen allen drei Vorschlägen lagen erhebliche Unterschiede. Das Postulat der Verschiebung des Schwerpunkts der staatsrechtlichen Ordnung von Wien in die Provinz Galizien, so wie ihn Smolka vor seinem geistigen Auge seit 1848 sah und 1866 als einen konkreten Antrag gefasst hatte, bedeutete eine grundlegende Änderung des Regierungssystems zum Föderalismus und einer Stellung des Landes, so wie Ungarn sie besaß. Der Ökonom Głabiński und Autor der Abhandlung *„Idea samodzielności a finanse Galicji“* (Die Idee der Selbstverwaltung und die Finanzen Galiziens) sah hier allerdings vor allem im finanziellen Bereich Probleme bei der Umsetzung. Hier wäre etwa die Beteiligung Galiziens an der Verschuldung des österreichischen Gesamtstaates zu klären, denn der Nationaldemokrat wollte eine solche ausschließen, wie auch die Regelungen im Bereich der Bahn. In dem letzten Punkt wollte man die Erhaltung der strategisch wichtigen Linien aus dem Budget der Monarchie.⁴¹⁹ Der Wunsch nach Ausbau der Autonomie beinhaltete dagegen solche Postulate wie das Recht auf Entscheidung über die Wahl der Abgeordneten in den Reichsrat, Selbstverwaltung in den Bereichen Schulwesen, Gerichtsbarkeit, Verwaltung, Ernennung der polnischen Sprache zur Amtssprache in allen Bereichen, Bestimmung der Gelder aus dem Budget der Monarchie für die Bedürfnisse des Landes sowie Ernennung einer vor dem Landtag verantwortlichen Landesregierung und eines Statthalters.

⁴¹⁷ Ebda 62(7.02.1903).

⁴¹⁸ Als eine rein theoretische Überlegung tauchte auch die Idee der Aussonderung Galiziens und sein Anschluss an die ungarische Krone auf. Vgl. POPLAWSKI, Usamodzielnienie Galicji jako zmiana w ustroju Austrii [Selbständigkeit Galiziens als Änderung im System Österreichs], In: Przegląd Wszechpolski 7(Juli 1903), S. 489-499.

⁴¹⁹ Vgl. Czas 27(4.02.1903).

Das Postulat der Aussonderung Galiziens, das die Volkspartei zum ersten Mal auf ihrem Kongress in Tarnów am 30. Juni 1901 verlauten ließ, war hingegen mit der Forderung des gleichen und direkten Wahlrechts gekoppelt. Und einen solchen Vorschlag konnten die Allpolen schon aus Rücksicht auf die Situation in Ostgalizien nicht unterschreiben. Wie Głąbiński in seiner Kandidatenrede vor der Ergänzungswahl in den Landtag 1904 andeutete, plädierte das nationale Lager eher für die Ausdehnung des Wahlrechts in dem Umfang, wie es im Reichsrat der Fall war.

Abgesehen von all den Schwierigkeiten, mit welchen die Verwirklichung des Postulats der Sonderstellung Galiziens verbunden war - hier wäre auch die Frage der Bukowina und des Teschener Schlesiens sowie die Gewinnung einer Mehrheit im Parlament für dieses Projekt zu erwähnen - ließ die Terminologie, welche die Allpolen im Umgang mit diesem Thema benutzten, erkennen, dass sie auf jeden Fall den Umfang der Selbständigkeit des Landes offen ließen. Das gab natürlich ihren politischen Konkurrenten einen Grund zu Spekulationen, ob hinter dieser Forderung überhaupt ein ernst gemeintes Ziel steckte.

Das Postulat der Selbstverwaltung Galiziens fand einen zentralen Platz in dem im Dezember 1905 verkündeten Programm der Allpolen für Galizien. Es war ein neuer Einschnitt in der Geschichte der nationaldemokratischen Bewegung und zwar im doppelten Sinne. Von nun an war das nationale Element in einer offiziellen Partei formiert, die als gleichberechtigte politische Fraktion ein Kräftemessen mit anderen Parteien und Gruppierungen im Land aufnahm. Während der zweitägigen Gründungsversammlung am 8. und 9. Dezember wurde das Hauptkomitee der Partei gewählt mit Dr. Stanisław Głąbiński als Obmann, Dr. Leonard Tarnawski und Dr. Jan Gwalbert Pawlikowski als seine Vertreter, sowie Dr. Ernest Adam, Dr. August Balasits, Stanisław Bal, Dr. Adam Głazewski, Jan Ludwik Popławski, Dr. Zdzisław Próchnicki, Dr. Jan Rozwadowski und Władysław Turski als Mitglieder. Im gewissen Sinne waren die Endeks damit ihrem Hauptgegner, den Stańczyken, voraus, denn diese agierten auf der politischen Bühne immer noch in der Form eines elitären Klubs, bis sie sich erst 1907 in der Partei der Nationalen Rechten (Stronnictwo Prawicy Narodowej) formierten.

Mit der Ankündigung des Programms setzten die Allpolen keineswegs neue Akzente. Neben dem Schwerpunkt der Selbständigkeit des Landes in den Bereichen Gesetzgebung, Finanzen, Wirtschaft und Verwaltung hat das nationale Lager die Vergrößerung des Einflusses der Polen auf die Politik der Donaumonarchie auf ihr Banner geschrieben. Angestrebt war der Ausbruch der Polen aus der Position eines Werkzeugs fremder Pläne und Interessen, zu der sie während des ganzen 19. Jh. degradiert worden waren. Angefangen wurde mit dem Postulat der Vergrößerung der Anzahl der galizischen Abgeordneten im Wiener Reichsrat entsprechend der prozentuellen Bevölkerungszahl in

Galizien und der Vermehrung der Anzahl der polnischen Beamten in den Ämtern und Zentralbehörden. Die Allpolen sprachen sich für die Beibehaltung des Solidaritätsprinzips in der polnischen Vertretung in Wien aus, sowie für die Ausdehnung dieses Prinzips auf alle polnischen Abgeordneten. Die politische Verantwortung des Polenklubs vor dem Landtag sollte zur Wirklichkeit werden mittels Versammlungen des Landtags-Polenklubs, in denen die Wiener Politik diskutiert werden sollte.⁴²⁰ Unter den ökonomischen Postulaten standen Forderungen nach einer Steuerreform, Beseitigung der Steuerveruntreuung, Hebung der Landwirtschaft, Stärkung der Bauernschaft auf dem Wege der gesellschaftlichen Selbsthilfe, Industrialisierung des Landes, Ausbau der Arbeitergesetzgebung.

Nicht nur die Position der Nationaldemokraten hinsichtlich der Wahlreform, wo das Prinzip der Gleichheit fehlte, erschien den liberalen Demokraten als „konservativ“. In dem Programm war zwar von der Autonomie der Gemeinden die Rede, konkret von der Zusammenlegung kleinerer Gemeinden und der Gründung einer gemeinsamen Verwaltung für Angelegenheiten, welche die Gemeinden und die Gutshöfe betrafen, die demokratische Linke sah jedoch darin nur eine leere Phrase. Eine solche Zusammenlegung würde nämlich die Position der Gutshöfe deutlich schwächen und den ruthenischen Gemeinden einige finanziellen Begünstigungen bringen, was in beiden Fällen nicht im Interesse der Allpolen lag. Mehr noch. Gerade die Angst vor dem Separatismus der Ukrainer ließ die Nationaldemokraten zu Maßnahmen greifen, bei denen sich der demokratische Charakter der Partei verflüchtigte.

In dem Ringen um politische Einflüsse im Lande zwischen den Stańczyken und den Allpolen ist es den Letzteren gelungen, viele offene Fragen bezüglich der konservativen Ideologie in den Raum zu stellen, welche die Krakauer Konservativen schmerzlich an die unaufgearbeiteten Punkte ihrer Doktrin erinnerten. Die zentrale Frage war: Welche Aufgaben haben die Konservativen nach dem Untergang eines souveränen Staates? Was soll dieses politische Lager "konservieren"? Auf der ideologischen Ebene konnten sich die Stańczyken auf die Historiographie, oder noch besser auf die konservative Tradition der anderen Teilungsgebiete oder der Emigration (Wielopolski, Zamoyski, Czartoryski) berufen und auf diese Weise ihr Bestehen und ihre Aktivitäten legitimieren. Was waren sie aber in der politischen Praxis? Erben der Urheber dieses Staatsuntergangs? War das Paktieren der Konservativen mit den Teilungsmächten aus Gründen der Staatsräson und nicht aus Interessenwahrung der Schlachta erfolgt?

Aber auch die nationaldemokratische Bewegung ist von widersprüchlichen Merkmalen geradezu durchdrungen. Die Allpolen bewegten sich in ihrer Entwicklung zwischen

⁴²⁰ Programm der Nationaldemokratischen Partei, In: *Przegląd Wszechpolski* 11-12 (Nov.-Dez. 1905).

Konspiration (russisches Teilungsgebiet) und dem legalen Rahmen (Galizien). Einerseits war es eine elitäre Bewegung, andererseits bediente sie sich Parolen, die Massen anziehen sollten. In fünfzehn Jahren wechselten die Nationaldemokraten das Objekt ihres leidenschaftlichen Interesses. In Zukunft werden sie auch keine Berührungsängste mit früher kritisierten Demagogen und politischen Bankrotteuren zeigen, die ihren Platz in dem nationalen Lager finden werden. Sobald sie der "sozialistischen" Phase den Rücken gekehrt hatten, suchten die Allpolen alle mit der Loyalitätspolitik Unzufriedenen unter ihrer Ägide zu versammeln, bis sie schließlich auch gemeinsame Interessen mit der Schlachta entdeckten, wobei hier hinzugefügt werden muss, dass das eine Presseorgan der Allpolen Parolen gegen die Schlachta im Kongresspolen verbreitete (*Polak*), während das andere diese in Galizien heiß umwarb (*Przegląd Wszechpolski*).⁴²¹ Schon der Versuch des nationalen Lagers die Bauernbewegung lenken zu wollen, ähnelte täuschend der These der Konservativen – Integration der bäuerlichen Elemente in der Gesellschaft, aber nicht ihre völlige Emanzipation. Auch einige weitere Aktionen der Nationaldemokraten erschienen ihren politischen Gegnern sehr originell. Hier wäre etwa die volle Anerkennung des Zentralen Wahlkomitees – desselben, dem vor ein paar Jahren die alten Demokraten den Gehorsam aufkündigten –, oder die Abstimmung für das Projekt der Vergrößerung der österreichischen Armee zu nennen.

An dieser Stelle drängt sich die Frage nach dem tatsächlichen Wesen der Allpolen auf. Der Versuch dieses an anderen Richtungen der europäischen Politik (konservative, reaktionäre, klerikale, bürgerliche, polnische Form der preußischen *Hakata*) zu messen, schafft jedoch keine klaren Erkenntnisse. Die allpolnische Richtung war keine, die sich in voller Weise mit einer dieser Formen identifizieren könnte, trug aber gleichzeitig Merkmale von jeder dieser politischen Orientierungen in sich. Man kann vorsichtig behaupten, dass diese Mischung ein Anzeichen der Suche der nationaldemokratischen Bewegung war nach einer polnischen politischen Idee, einem Leitgedanken für eine Nation, die von eigenen Interessen auf "Irrwege der österreichischen, bzw. slawischen Politik geriet".⁴²² Diesbezüglich lag das Erfolgsrezept der Nationaldemokratischen Partei in der Überzeugung Dmowskis in der Bereitschaft zur Revision eigener Ansichten und in dem Primat des nationalen Wohls über das der Partei.⁴²³

Der Dynamik in den Bestrebungen der Allpolen, die auf eine wachsende Rolle in der Landespolitik und die Position eines wichtigen Faktors in der polnischen Vertretung im Reichsrat hinauslief, schauten die *Stańczyken* mit Besorgnis entgegen. Was einst als

⁴²¹ Einer der gemeinsamen Redakteure der beiden Zeitschriften war Jastrzębiec-Popławski.

⁴²² *Słowo Polskie* 323(14.07.1903).

⁴²³ DMOWSKI, *Upadek myśli...*, Bd. IV., S. 58.

Rettungsanker im Kampf gegen den Sozialismus gedacht war, schien selbst zum Problem zu werden. An dieser Stelle ist zu bemerken, dass der Versuch des nationalen Lagers den Sozialdemokraten den Patriotismus mit dem Vorwurf des Internationalismus absprechen zu wollen, nicht wirklich gelang. Schließlich schmückten Freiheitsparolen gerade die Banner der Arbeitervertretung.

Die erste Etappe des Kräftermessens zwischen den Stańczyken und den Allpolen endete 1905 mit dem Schwenk der Nationaldemokraten nach rechts und war zugleich der Beginn der zweiten Phase des Ringens, die weit komplexer war. Denn hier zeichnete sich der Einfluss äußerer Erscheinungen, wie der Konflikt unter den polnischen Parteien um sog. "Orientierungen" ab. Dazu kam die Veränderung der politischen Struktur Galiziens durch die Einführung der neuen Wahlordnung in den Reichsrat. Einiges hatte sich jedoch nicht geändert. Während die Konservativen den Anforderungen der neuen Zeit weiterhin scheu entgegenblickten, steuerten die Nationaldemokraten auf das Ziel eine moderne Massenpartei zu werden, eine Partei, die in den neuen, auf demokratische Werte orientierten Zeiten, auch den in Bedrängnis geratenen besitzenden Schichten ihr Überleben sichern konnte. Was dieses Duell noch spannender machte, war die Tatsache, dass der Nationalismus nicht nur traditionsfähig war, sondern wie es Michael Jeismann schön formulierte, „er war traditionsfähig und übertraf darin selbst den Konservatismus, da er Tradition in höherem Maß zu dynamisieren Verstand und dadurch nicht in den Geruch der Reaktion kam.“⁴²⁴

⁴²⁴ MICHAEL JEISMANN, *Alter und neuer Nationalismus*, In: *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*, Hrsg. Von Michael Jeismann und Hennig Ritter, Leipzig 1993, S. 23.

VII. Die Reichsratswahlen von 1907 – Ein Umschwung in der politischen Landschaft Galiziens.

A. Rada Narodowa – eine Nachfolgeorganisation des alten Zentralen Wahlkomitees und die Positionierung der galizischen Parteien am Vorabend der demokratischen Wahlen in den Reichsrat.

Nationale Spannungen, die unter dem Einfluss der russischen Revolution neue Nahrung bekamen, suchte man in Österreich mit Hilfe der neuen Wahlordnung in den Reichsrat zu entladen. Die Versuche der Machthaber in Galizien, die sich vor dem Gespenst einer möglichen Majorität des einfachen Volkes fürchteten, dieses Vorhaben der Zentralregierung in Wien durch ein ewiges Hinauszögern zu Fall zu bringen, nutzten nichts.⁴²⁵ Als Gegenleistung für die Aufgabe ihrer oppositionellen Stellung bekamen die Polen schließlich die Erweiterung der Landesautonomie im Bereich des Schulwesens und der Kultur, eine größere Zahl der Mandate als ursprünglich für Galizien vorgesehen, freie Hand bei der Einteilung des Landes in Wahlbezirke, sowie die Entscheidung über das Wahlsystem.

Wie schwer sich die vom Machtmonopol verwöhnten Konservativen damit taten, auch ihre Politik den Anforderungen der Zeit anzupassen, spiegelte sich in den Reden und Haltungen der Politiker aus diesem Lager wider, auch nachdem sie bereits in der Resolution vom 5. Mai 1906 dem allgemeinen Wahlrecht zugestimmt hatten. So verließen einige konservative Mandatare den Sitzungssaal, als in der zweiten Lesung über das neue Wahlrecht abgestimmt wurde, um dort nicht Positionen vertreten zu müssen, die nicht die ihren waren. Andere wiederum brachten ihre Bedenken über die neuesten Entwicklungen bei ihren parlamentarischen Auftritten zum Ausdruck, wie etwa dies Wojciech Graf Dzieduszycki in seiner Rede im März 1906 tat.

Nichtsdestotrotz versuchte man in diesen Kreisen zu retten, was zu retten war. In der Verschiebung des Akzents von einer Klassenpolitik zu den nationalen Interessen erblickte man die Chance, das politische Dasein der Adelspartei in veränderten sozialen Verhältnissen sichern zu können. Jetzt, wo die Entscheidung über die künftige Wahlordnung in das Wiener Parlament bereits gefallen war, blieb dem bisher politisch führenden Lager in Galizien nichts anderes als den radikalen Aufwieglern das Handwerk zu vereiteln.

Mit der Aktivierung neuer gesellschaftlichen Kräfte und ihrem Pochen auf die Demokratisierung der Verhältnisse stand auch eine solche maßgebende Organisation im

⁴²⁵ STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATHES, X. Wahlperiode, XVII. Session, 355. Sitzung vom 6.10.1905, S. 32272.

Lande wie das Zentrale Wahlkomitee vor der Aufgabe, seine Tätigkeit und seine Strukturen an die neue Situation anzupassen. In ihrem fünfundvierzigjährigen Bestehen konnte die hauptsächlich von den Konservativen beider Schattierungen dominierte Wahlorganisation auf eine recht unbeschwerte Vergangenheit zurückblicken. Jahrzehnte lang verhinderte man erfolgreich die Vertretung des Bauernvolkes in den parlamentarischen Körperschaften und reduzierte die Repräsentanz der Ruthenen auf das Minimum. Mit der Entwicklung der Bauernbewegung erwuchs den Konservativen zwar ein nicht zu unterschätzender Gegner und mit dem Auftauchen eines bäuerlichen Wahlkomitees 1895 eine Konkurrenz für die Zentrale Wahlleitung, diese Hindernisse wusste man jedoch mit Hilfe des Machtapparates im Zaum zu halten. Eine geschickte Wahlführung zugunsten gemäßigter Elemente auf Seiten der Ruthenen im Osten des Landes dagegen sicherte die nationalen Interessen der Polen.⁴²⁶

Seit den Reichsratswahlen von 1897 und der Einführung der Kurie des allgemeinen Wahlrechts wurde die Aufteilung des Zentralen Wahlkomitees in den westlichen und östlichen Teil aufgehoben und ein neues Reglement der Organisation eingeführt. Die wachsende Präsenz der Sozialdemokraten und der bäuerlichen Elemente auf der politischen Bühne, welche von den Konservativen als „nicht national empfindende Kräfte“ eingestuft wurden, und der aufsteigende Nationalismus der Ukrainophilen führten zur verstärkten Konzentration der Wahlleitung auf die Verteidigung der nationalen Interessen während der Wahlen mit dem Ziel, eine breite Front von Abgeordneten aus dem nationalen Lager unabhängig von der Parteizugehörigkeit durchzusetzen.⁴²⁷ Vielleicht wäre dem Kampf der demokratischen Kräfte in Galizien gegen die Wahlorganisation mehr Glück beschert gewesen, wenn die Proben einer „demokratischen Allianz“ um 1900 tiefere Spuren in der galizischen Politik hinterlassen hätten. Die damaligen Entscheidungen im Lager der polnischen Demokraten spielten eine wesentliche Rolle. Nach ihrer Spaltung nahm ein Teil der Abgeordneten, die dem rechten Flügel angehörten, wieder an den Arbeiten des von ihnen so oft kritisierten Zentralen Wahlkomitees teil. Dieses konnte während der Reichsratswahlen 1900 und den darauf folgenden Landtagswahlen 1901 erneut Erfolge verbuchen. Sechzig (aus insgesamt 78) von den Vertretern der polnischen nationalen Repräsentanz waren Schützlinge der polnischen Wahlorganisation, die das Prinzip der nationalen Solidarität zur höchsten Priorität erhob. Auf der Landesebene zeichnete sich eine Vereinnahmung der Kurie der Landgemeinden durch die Konservativen ab (von 74

⁴²⁶ Die gemäßigten ruthenischen Kräfte konnten 10 von insgesamt 14 Mandaten für sich gewinnen.

⁴²⁷ Das Gremium des Zentralen Wahlkomitees, das bisher aus zwanzig Mitgliedern bestand, wurde um sechs Vertreter verstärkt (10 Mitglieder wurden aus den Delegierten gewählt, weitere sollten kooptiert werden).

Mandaten fielen 50 der führenden politischen Kraft im Lande zu).⁴²⁸ Unter diesen Umständen war der Widerwille der im Lande tonangebenden politischen Kräfte hinsichtlich der demokratischen Veränderungen durchaus verständlich. Mit jeder Ausdehnung des Wahlrechts auf breitere gesellschaftliche Schichten zerbröselte die bisher scheinbar unantastbare Machtposition der adelig-konservativen Kreise.

Selbst wenn man unter den polnischen Parteien Galiziens gewisse Übereinstimmungen in der nationalen Arbeit feststellen konnte – z.B. den Einklang der Podolier und der Nationaldemokraten in der ruthenischen Frage, hervorgerufen durch die immer größer werdenden Forderungen der Ruthenen, gepaart mit den sozialen Konflikten, die ihren Niederschlag in den Agrarstreiks der Jahre 1902/03 fanden – und den Schulterschluss verschiedener politischer Orientierungen auch als eine Unterstützung für die zentrale Wahlorganisation im Osten des Landes auslegen konnte (das Einschalten der Organisation in Westgalizien, wo die polnischen Mandate in nationaler Hinsicht nicht gefährdet waren, war noch nach wie vor kritisiert!), so konnte man nicht überhören, dass sich die Stimmen mehrten, die nach der Demokratisierung der Strukturen der Wahlbehörde riefen.

Impulse wie etwa die der Demokraten im August 1906 fanden schließlich Gehör. Mit dem Projekt einer neuen nationalen Organisation wurde im November 1906 eine Kommission aus Vertretern der drei Landtagsgruppierungen, der Konservativen, der Zentrums-Partei und der Landtagslinken, betraut.⁴²⁹ Die am 29. Dezember 1906 entsandten fünfzehn Delegierten der drei politischen Lager bildeten den Ansatz der neuen Organisation, *Rada Narodowa* (Nationalrat).⁴³⁰ Für viele politischen Beobachter war dieses Gebilde, zumindest nach den Zielen zu urteilen, die es verfolgte, eine Kopie des alten Wahlkomitees. Schließlich setzte man sich die Unterstützung der Kandidaten aus dem „nationalen Lager“ – womit im Grunde genommen die Abgeordneten gemeint waren, die sich zum Prinzip der Solidarität im

⁴²⁸ Siehe dazu Korrespondenz Bobrzyńskis TB BJ 8109 III, S. 98-101.

⁴²⁹ Die Konservativen wurden darin von Józef Milewski, Artur Zaremba-Cielecki, Leon Graf Piniński, Stefan Sękowski, Stanisław Graf Stadnicki und Antoni Graf Wodzicki vertreten. Das demokratische Lager wurde von Stanisław Głabiński, Godzimir Małachowski und Tadeusz Rutowski repräsentiert. Die Zentrums-Partei entsandte in die Kommission Włodzimierz Czerkawski und den Geistlichen Leon Pastor. Siehe Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien, Ministerium des Innern, F. 46: KK. Statthalterei Präsidium in Lemberg, Zl. 16968/Pr, 22.11.1906, S. 776.

⁴³⁰ Mitglieder des „Verbands des Nationalrates“ waren: Von den Konservativen – Leo, Kozłowski, Skalkowski und als Vertreter Milewski, Vivien; von der Zentrums-Partei – Rostworowski, Pastor, Skołyszewski und als Vertreter Stojalowski, Kramarczyk; Als Repräsentanten der Linksparteien – Głabiński, Michalski, Loewenstein und Vertreter Pawlikowski, Ciuchciński; Als Parteiloser war Tadeusz Cieński dabei. Siehe *Nowa Reforma* 296(29.12.1906).

Polenklub in Wien bekannten - zum Ziel.⁴³¹ Die Sitzung des Polenklubs im Landtag hinsichtlich der Gründung einer Nachfolgerorganisation des alten Wahlkomitees Ende Dezember 1906 wurde zwar auf Drängen der Nationaldemokraten und der Zentrums-Partei einberufen, nichts konnte den durchschnittlichen Wähler in Galizien allerdings darüber hinwegtäuschen, dass hier nach wie vor Elemente versammelt waren, die nach dem alten ungeliebten Kuriensystem gewählt wurden. Auch der Schlüssel, wonach in der neuen Institution entschieden werden sollte, bestätigte die Opposition in ihrer Überzeugung von einer Fortsetzung der alten Mandatspolitik. Laut § 14 der Geschäftsordnung des *Nationalrats* zählten die Beschlüsse der Institution, gefasst mit der 2/3 Mehrheit der Stimmen bei 2/3 der anwesenden Mitglieder, auch in Regionen, wo die Mandate der Polen in nationaler Hinsicht nicht gefährdet waren. Nur bei den Landtagswahlen sollte sich der Rat auf diejenige Wahlbezirke beschränken, wo eine solche Gefahr gegeben war.

Der Name der Institution, „Nationalrat“, versprach mehr, als sie im Moment war. Die Umsetzung des Vorhabens, aus *Rada Narodowa* eine überparteiliche Organisation zur Verteidigung der nationalen Interessen der Polen in Galizien zu machen - noch dazu bei gleichzeitiger Beibehaltung der agitatorischen Selbständigkeit der einzelnen Parteien -, stellte sich als nicht einfach heraus. Außer den Gruppierungen, die den Kern der *Rada* bildeten, meldeten am 19. Januar 1907 nur die Nationaldemokraten ihre Bereitschaft, diese unterstützen zu wollen.⁴³² Ihre Beteiligung darin verweigerten dagegen die Volkspartei, die Sozialdemokraten, die als Zeichen ihrer mangelnden Überzeugung über die Reformierbarkeit des alten Wahlkomitees immer noch den alten Namen der Organisation benutzten⁴³³, und die „Konzentrierten“, also die Gruppe der Demokraten rund um das Blatt *Nowa Reforma* mit den Abgeordneten Danielak, Grek, Stwiernia und der als radikale Krakauer Mandatare bezeichneten Rotter, Doboszyński und Petelencz. Auch was die gerechte Kräfteverteilung in der *Rada Narodowa* anging, die sich am 5. März 1907 unter dem Vorsitz von Tadeusz Cieński konstituierte, stellte sich die Aufgabe als problematisch dar. Es war schwer, die Zentrums-Partei als die alleinige Vertreterin des volkstümlichen Lagers zu sehen, schließlich

⁴³¹ Der Historiker Adam Wątor, der sich mit der Gründung, organisatorischen Strukturen und der Tätigkeit der *Rada Narodowa* in Galizien ausführlich beschäftigte, unternahm einen Versuch, die Organisation mit anderen Augen zu betrachten als es etwa die frühere Forschung tat (z.B. Feldman, Najdus). Hier wird *Rada Narodowa* nicht so sehr als eine Wahlorganisation zur Beschaffung der Mandate angesehen, sondern als eine Art überparteilicher Bürgerplattform. Siehe ADAM WĄTOR, *Galicyjska Rada narodowa w latach 1907-1914. Z dziejów instytucji obywatelskiej* [Der Galizische Nationalrat in den Jahren 1907-1914. Aus der Geschichte einer bürgerlichen Institution], Szczecin 2000, S. 8.

⁴³² *Czas* 19(23.01.1907); *Słowo Polskie* 35(21.01.1907).

⁴³³ Vgl. DASZYŃSKI, *Pamiętniki*, Bd. I., S. 279.

existierte noch die Volkspartei und auch die Allpolen wollten in ihrem Vorhaben, breite gesellschaftliche Schichten in ihrer Partei beheimatet zu wissen, auf das einfache Volk nicht verzichten. Den Nationaldemokraten, die als junge politische Formation ähnlich wie das Zentrum auf ihr eigenständiges Profil pochten, gelang es übrigens, sich im „Nationalrat“ neben ihrem bisher einzigen Repräsentanten, Głąbiński, weitere drei ihrer Vertreter zu sichern (Dr. Zdzisław Próchnicki, Stanisław Biega, Dr. Jan Rozwadowski).⁴³⁴

Die ersten Reichsratswahlen nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht waren eine ausgezeichnete Schule des politischen Lebens nicht nur für verschiedene Nationen - wenn man etwa an die Tschechen oder die Deutschen denkt -, sondern auch für einzelne Parteien. In Galizien bildeten sie eindeutig eine Zäsur im politischen Leben und zwar in dreierlei Hinsicht. Sie erschütterten die dominante Position der Konservativen im Polenklub im Abgeordnetenhaus, stärkten die fortschrittlichen Parteien in ihren Bemühungen um eine demokratische Reform auch für den Landtag und gaben der erfolgreichen polnischen Volkspartei den Anstoß zur Änderung ihrer bisherigen Politik, was wiederum für eine Verschiebung der politischen Achse in Galizien sorgte.

Die Wahlkampagne erweckte verschiedene Instinkte und entfesselte die alten Antagonismen zwischen den einzelnen Parteien aufs Neue. Das Wort "Demokratie" war eindeutig das meist benutzte in diesem Wahlkampf. Jeder Kandidat, der sich um ein Abgeordnetenmandat bemühte, vergaß nicht "sich vor der Demokratie zu verbeugen".⁴³⁵ Nachdenklich zeigten sich selbst die Stańczyken. Ein Teil ihrer Anhänger nahm an diesem Ringen um die Mandate nicht teil, und die, die kandidierten, schienen ihren Konservatismus etwas zu zügeln, wie etwa Abrahamowicz, Bobrzyński, Starzyński oder Biliński. Der Letztere zeigte sich plötzlich gemäßigt mit seinem großen Verständnis für die nationalen Bestrebungen und das fortschrittliche politische und ökonomische Programm der Nationaldemokraten.⁴³⁶ Von dem Appell an die Sozialisten um Verzicht auf ihre „antinationaler Linie“, den Bilińskis Kandidatenrede in Rzeszów enthielt, waren selbst seine Parteikollegen peinlich berührt. Das konservative Lager sah sich nämlich zu diesem Zeitpunkt mit denen, die dem Internationalismus huldigten, bereits mitten im politischen

⁴³⁴ Czas 53(5.03.1907).

⁴³⁵ Czas 124(3.06.1907).

⁴³⁶ Nowa Reforma 249(3.06.1907), Kurjer Lwowski 213(8.05.1907); Es kandidierten bei den Konservativen nicht: Popowski, Struszkiewicz, Gebrüder Błażowski, Breza, Szeptycki, Gniewosz, Paniński, Sozański, Henzel, Wielowiejski, Wiktor, Czaykowski, St. Piniński, M. Piniński, Komorowski, J. Potocki, Tyszkowski, Gizowski, Starzeński, Merunowicz, Weiser, Chamiec, Gołuchowski, Sapieha, Niementowski. Siehe Nowa Reforma 249(3.06.1907).

Kampf begriffen.⁴³⁷ Angesichts der herrschenden Stimmung in der Bevölkerung bevorzugten manche Politiker des führenden politischen Lagers im Lande vorsichtshalber die Bezeichnung „Agrarier“ anstatt „Konservativer“ (z.B. Professor Antoni Górski), wenn sie sich an die Wahlbürger wandten. Die Idee der Gründung einer großen Agrarplattform, in der sowohl die Schlachta als auch das Bauernvolk vertreten sein würden, mit der der ostgalizische Konservative Teofil Merunowicz noch Anfang 1907 in den Spalten des Blattes *Gazeta Narodowa* aufhorchen ließ, rief nur Spott bei den Oppositionsparteien hervor, die hier einen Rettungsversuch des politischen Bankrotteurs orteten.⁴³⁸

Der Ausgang der Parlamentswahlen im Detail war schwer vorauszusehen, denn die Wahlordnung stützte sich auf neue, vorher nicht ausprobierte Grundlagen. Außerdem konnten die Doppelwahlkreise, die im Westen den konservativen und im Osten des Landes den polnischen Kandidaten zum Sieg verhelfen sollten, bis auf den letzten Moment für Überraschung sorgen. Dennoch deutete die allgemeine Stimmung darauf hin, dass die Konservativen um ihre Position fürchten müssen. Für einige Klubmitglieder (Leo, Fedorowicz, Staniszewski, Sare) war das der gegebene Moment, um das konservative Lager zu verlassen.⁴³⁹ Die herannahende Niederlage der Konservativen sah auch der Klerus kommen. Man nahm hier eher eine abwartende Haltung an, auch dem frisch aus der Taufe gehobenen *Nationalrat* gegenüber.

Zum Kampf um die Mandate in Galizien rüsteten politische Kräfte, die sich in zwei Blocks zu positionieren begannen. Auf der einen Seite Gruppierungen, die in der *Rada Narodowa* vertreten waren, auf der anderen polnische, ruthenische und jüdische Sozialisten, das ruthenische nationale Lager rund um das Blatt *Dilo*, ruthenische Radikalen unter der Führung Trylowskis, die Altruthenen, und die polnische Volkspartei. Schon der erste Auftakt der Wahlkampagne deutete auf einen eher chaotischen Verlauf hin. Die Agitation wurde zusätzlich durch ein fünfwöchiges Zusammentreffen des galizischen Landtags erschwert, wo

⁴³⁷ Czas 106(10.05.1907).

⁴³⁸ Vgl. Nowa Reforma 26(10.01.1907), Kurjer Lwowski 29(17.01.1907).

⁴³⁹ Sie gaben als Grund ihres Seitenwechsels von dem rechten auf den linken Flügel die Rückständigkeit des Wahlreformprojekts, das am 26. September 1907 vom Bobrzyński im Landtag vorgelegt wurde, an. Dieses Projekt sah folgende Mandatverteilung vor: 12 Virilstimmen, 56 Großgrundbesitzer, 30 Beamte, 16 wohlhabende Industrielle und Kaufleute, 102 Mandate aus der allgemeinen Wahl. Die "allgemeine Wahl" bekam zwei Bedingungen - vollendetes 35. Lebensjahr und Abitur. Dieser Vorschlag sicherte sichtbar die Hälfte der Mandate in Galizien den gemäßigten Elementen, was Empörung nicht nur bei den Demokraten, der Volkspartei, sondern auch bei einigen Anhängern der Krakauer Konservativen auslöste. Nach dem Bündnis der Konservativen mit der Volkspartei zog Bobrzyński dieses Projekt zurück.

heftig über eine demokratische Wahlreform diskutiert wurde. Fast alle Parteien hatten dazu noch mit ihren internen Wehwehchen zu kämpfen.

Die Wahlvorbereitungen in der Zentrums-Gruppe standen ganz im Zeichen des Bekenntnisses zur Solidarität der polnischen Abgeordneten im künftigen Polenklub. Während der Diskussionsprozess in dieser Angelegenheit quer durch das ganze Parteienspektrum noch im Gange war - viele sträubten sich gegen eine so verstandene Solidarität, wie es das Reglement der *Rada Narodowa* festhielt -, wurde dieses Prinzip von den Vertrauensmännern des Zentrum, die am 5. April 1907 in Krakau tagten, zum Garant dafür erkoren, dass die erste Abstimmung nach dem neuen Wahlgesetz nicht als Gespenst, sondern als Erneuerung des politischen Lebens angesehen werden konnte.⁴⁴⁰ Was die Gemüter allerdings trübte, war der Andrang der Wahlkandidaten. Das lag nicht zuletzt an der Zusammensetzung der Partei, die bekanntlich ein Konglomerat verschiedener Elemente war. So warben jetzt um den Einzug in den Wiener Reichsrat neben den zahlreichen Geistlichen, volkstümliche Elemente, weltliche Agitatoren aus dem Umfeld der Universitäten, dicht gefolgt von politischen Neulingen, hier vor allem Gerichtsbeamte, die in der jungen politischen Formation nach Selbstverwirklichung suchten. Durch die große Anzahl der Kandidierenden drohte eine Zersplitterung der Stimmen, von der nur die politischen Kontrahenten des Blocks rund um *Rada Narodowa*, die Bauernpartei und die Sozialdemokraten, profitieren konnten. Einer Flut an Kandidaten, die im Klassendenken verhaftet waren, versuchte man durch Unterstützung der aus der Gruppe der Intelligenz stammenden Elemente vorzubeugen.⁴⁴¹

Parteidisziplin vermissten die Konservativen auch bei den Nationaldemokraten, die im Rausch ihres Wahldebüts in Ostgalizien neben dem gemeinsamen Wahlkomitee auch eigene Wahlzentren unterhielten, ungeachtet des geltenden Prinzips, dass die vom *Nationalrat* nicht bestätigten Kandidaten verpflichtet waren, ihre Kandidatur niederzulegen.⁴⁴²

In der Kampfstimmung arbeitete man nicht nur an wirkungsvollen Wahlparolen, sondern man hielt Ausschau nach möglichen Verbündeten. Von dem Gedanken an einen Kompromiss mit den ukrainischen Nationalisten mussten sich die *Stańczyken* angesichts der provokativen Politik von *Rada Narodowa*, wo die Konservativen Ostgaliziens und die polnischen Nationaldemokraten überwogen, schnell verabschieden. Der Präses der Organisation, Tadeusz Cieński, der sein Augenmerk vor allem auf Ostgalizien richtete, würde

⁴⁴⁰ *Gazeta Narodowa* 80(7.04.1907).

⁴⁴¹ Vgl. *Kurjer Lwowski* 163(8.04.1907).

⁴⁴² Ein prominentes Beispiel dieser Regelung war hier Jerzy Graf Baworowski, der auf sein Mandat im Wahlkreis Trembowla-Czortków verzichten musste zugunsten von Dr. Jan Socha, dem Kandidaten von *Rada Narodowa*. Siehe *Gazeta Narodowa* 86(14.04.1907) und 89(18.04.1907).

lieber ein Bündnis mit den Moskalophilen schließen, als irgendein Mandat an die Ukrainer abgeben.⁴⁴³

Schon in der Aufteilung der Wahlkreise durch den *Nationalrat* spiegelte sich eine gewisse Niederlage der Konservativen wider. In Westgalizien waren sie von dem klerikalen Lager abhängig. In Anbetracht der Tatsache, dass hier das proportionale Wahlsystem herrschte, konnten die Wahlergebnisse hier für die bisherigen Machthaber eher unvorteilhaft ausfallen. Die Städte teilten sich alle in *Rada Narodowa* vereinten Parteien untereinander, wobei auch hier zu bemerken sei, dass die Ambitionen der Konservativen in diesem Raum deutlich kleiner wurden. Die Mandate in Ostgalizien teilten sich die Konservativen mit den ungeliebten Nationaldemokraten.⁴⁴⁴

Bereits im Sommer 1906 bemühte sich Statthalter Potocki um den Beitritt der Volkspartei zum Polenklub, aber der Zeitpunkt war schlecht gewählt.⁴⁴⁵ In Ostgalizien dauerten Agrarstreiks an und in Westgalizien verschärften sich die Antagonismen zwischen dem Dorf und dem Gutshof. Damals war der Vorsitzende der Volkspartei, Stapiński, eher für ein Bündnis mit den Sozialisten und den ruthenischen Radikalen und sprach von einem regelrechten "Kreuzzug gegen die Großgrundbesitzer, der nicht eher enden sollte, bevor alle Straßen in den Städten (vor allem die in Warschau) mit ihren Schädeln gepflastert werden".⁴⁴⁶ Der Beitritt zum Polenklub war seitens der Volkspartei an Bedingungen gekoppelt. 1897 verlangten die Vertreter des bäuerlichen Lagers eine Reform des Polenklub-Statuts. 1900 konnte sich die Partei ihre eventuelle Mitgliedschaft in der Vertretung der Polen in Wien vorstellen, vorausgesetzt die politischen Machthaber im Lande würden auf den Missbrauch des Verwaltungsapparats während der Wahlen verzichten. Die Debatte der Vertrauensmänner der Volkspartei im Januar 1907 ließ keinen Zweifel offen, dass es in dem bäuerlichen Lager zwei Strömungen gab. Ein Teil der Intelligenz mit Wyslouch und Dr. Mikołajski an der Spitze, die den Beitritt der Fraktion zum Polenklub befürwortete, blieb gegenüber einer radikalen Opposition (darunter solche Mandatäre wie Kubik, Dr. Moskwa, Bomba, der Großteil der Abgeordneten aus dem galizischen Dorf, eine Schar der Vertreter der Intelligenz) in der Minderheit. Stapiński, der von den Insidern der politischen Szene für einen stillen Sympathisanten der Idee eines Beitritts zum Polenklub gehalten wurde und ursprünglich einen Mittelweg vorgeschlagen hatte - ein Bekenntnis zur Solidarität im Polenklub, aber Bestehen auf der Verteidigung der ökonomischen und politischen Interessen der Bauern -, musste aber schnell seine Resolution im Sinne der Polenklub-Skeptiker verfassen und letztendlich die alte Haltung der Volkspartei gegenüber der immerdauernden Diskussion zum Ausdruck bringen.⁴⁴⁷ Die Suche nach einem Konsens

⁴⁴³ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 133.

⁴⁴⁴ Kurjer Lwowski 120(12.03.1907), Nowa Reforma 136(22.03.1907).

⁴⁴⁵ Potocki an Bobrzyński, BJ., 8089.

⁴⁴⁶ WITOS, Moje wspomnienia, S. 252.

⁴⁴⁷ Die Differenzen zwischen der Position Stapińskis und der der Lemberger-Gruppe betrafen im Grunde

zwischen den beiden Linien in der Partei als auch die Überlegungen über die Zugehörigkeit zum Polenklub gingen hinter den Kulissen weiter. Nach Außen hin wurden die Gespräche mit den Konservativen vorsichtshalber unterbrochen, um die Chancen der bäuerlichen Partei bei den Wahlen nicht zu gefährden. Ein Gerücht über den Beitritt zum Polenklub könnte die Partei um wichtige Mandate im Raum rund um Krakau bringen zugunsten der Sozialdemokraten. Ein Hintertürchen ließ man sich während der Verhandlungen mit den Konservativen jedoch offen, indem man den Eindruck erweckte, von den Forderungen, die das Prinzip der nationalen Solidarität verletzen könnten, vielleicht zurückzutreten.⁴⁴⁸ Die Entscheidung über die künftige Linie der Volkspartei wurde auf den Kongress der Partei vertagt.

Während die eine Seite des Parteienspektrums um die Abschwächung der politischen Differenzen im „nationalen Lager“ bemüht war - dies im Hinblick auf die Stärkung des künftigen Polenklubs -, suchten Kritiker des herrschenden Systems bzw. der bisherigen Politik der polnischen Vertretung im Wiener Abgeordnetenhaus ihre Kräfte zu vereinen. Am 22. Januar 1907 erfuhr die Öffentlichkeit von einem Wahlbündnis zwischen den „konzentrierten“ Demokraten und der Volkspartei, einem Pakt, den viele Kritiker nicht nur wegen der unterschiedlichen Parteiinteressen - die einen mit Augenmerk gerichtet auf die Städte, die anderen mit Interessen im galizischen Dorf - schwer nachvollziehen konnten.⁴⁴⁹ Die Schwierigkeit dieser Koalition und auch ihr eher geringes politisches Gewicht leitete sich aus der verzwickten Situation heraus, in der dieser Teil der Demokraten steckte. Für die Reichsratsabgeordneten bildete der Landtagsklub der Demokraten einen Teil der demokratischen Linken im Polenklub gebunden an dessen Beschlüsse, was formell auch den Beitritt zum *Nationalrat* und ein Bekenntnis zum Solidaritätsprinzip in der Vertretung der Polen in Wien bedeutete. Aus der Sicht des Krakauer Flügels im Lager der Demokraten, der sich rund um das Blatt *Nowa Reforma* gruppierte, repräsentierte diesen Teil der Demokraten nur im Landtag einzig der Abgeordnete Rotter, der nach ihren Angaben im Landtagsklub als Hospitant fungierte. So kam es, dass die Konservativen, die den „Konzentrierten“ schon die Schuld daran gaben, dass das Projekt Gautschs und die Wahlreform verwirklicht werden konnte, ihnen auch den Bruch der Klubsolidarität vorwarfen. Denn in ihrem Verständnis existierte jetzt im Landtag eine Gruppe von Demokraten, die der *Rada Narodowa* angehörte, und eine andere, die eine Opposition gegenüber dieser betrieb.⁴⁵⁰

genommen den Termin und die Bedingungen, unter welchen der Kompromiss mit den Konservativen stattfinden sollte, nicht jedoch seine Zulässigkeit.

⁴⁴⁸ Potocki an Bobrzyński vom 31. 04. 1907, BJ 19/35.

⁴⁴⁹ Vgl. *Nowa Reforma* 98(28.02.1907), *Kurjer Lwowski* 90(22.02.1907).

⁴⁵⁰ Vgl. *Kurjer Lwowski* 92(17.01.1907), *Słowo Polskie* 92(23.02.1907); Die Zeitung *Kurjer*

Eine andere Angriffsfläche bot das von den „konzentrierten“ Demokraten Ende Februar 1907 neuformulierte Programm. Die Nationaldemokraten kritisierten an der liberalen Doktrin die Huldigung dem staatlichen Sozialismus und Ignoranz den nationalen Interessen gegenüber. Als einzig positive Stellungnahme in der programmatischen Linie der Demokraten - allerdings nur ihres rechten Flügels - attestierten die Allpolen deren Bekenntnis zum Solidaritätsprinzip im Polenklub.⁴⁵¹

B. Wahlbilanz und der neue Polenklub im Reichsrat.

Die hohe Wahlbeteiligung in Galizien, die deutlich höher war als etwa in Böhmen, in Oberösterreich oder Istrien, sollte man jedoch nicht mit einem hohen politischen Bewußtsein der Bürger gleichsetzen. Es war immer noch möglich, dass eine Anzahl von Landbewohnern leere Zettel in die Urne hineinwarf in der Überzeugung, dass nur solche ungefälscht wären. Das Gros der Wähler bildeten eindeutig die Unaufgeklärten, die man durch Einschüchterung, Versprechungen oder Bestechung beeinflussen konnte. Es wäre aber falsch zu behaupten, dass nur die Landesregierung von dieser Unwissenheit profitierte. Ohne ein schlechtes Gewissen zu haben, nutzten auch viele Volksvertreter diese Situation aus.

In Galizien ließen sich sichtbar leichter Wahlen "machen" als in den westlichen Ländern der Donaumonarchie. Auch bei den Parlamentswahlen von 1907 ließ man keine von diesen berühmt-berüchtigten galizischen Wahlpraktiken unversucht. Sie verliefen nach dem altem Muster: Man fälschte den Willen der Bevölkerung, nutzte das komplizierte Wahlsystem und die für Galizien drei vorgesehenen Wahltermine (14., 17., und 23. Mai) aus. Einem besonderen Terror wurden die ruthenischen Bezirke in Ostgalizien ausgesetzt. In Brody etwa erzwangen die Gendarmen die Wahlzetteln, in Sambor lieferten sie Wahlkarten mit schon gedrucktem Namen Dzieduszyckis.⁴⁵² Von einem Terror während der Wahlen seitens der Sozialdemokraten sprachen dagegen die Konservativen.

Manchen Voraussagen zufolge, zeichneten sich Wahlerfolge bei denjenigen Parteien ab, die über eine solide Organisation und Taktik verfügten. Der Sieg der Sozialdemokraten auf der gesamtösterreichischen Ebene machte sich schon nach der ersten Abstimmung am 14. Mai bemerkbar

Lwowski, die *Rada Narodowa* als eine konservative Formation mit einem kleinen Ansatz Demokratie hielt, sah die Koalition der „konzentrierten“ Demokraten und der Volkspartei als ein Gegengewicht zu den konservativen Elementen. Siehe Kurjer Lwowski 98(27.02.1907).

⁴⁵¹ Vgl. *Słowo Polskie* 104(2.03.1907), 106(4.03.1907), 108(5.03.1907).

⁴⁵² *Naprzód* 188(5.07.1907).

(56 Mandate). Die Entwicklung der Industrie und die daraus resultierende Struktur der Wahlbezirke war ein wichtiger Faktor dabei. Politische Konkurrenten der Arbeitervertreter schrieben diesen Erfolg der sozialistischen Demagogie zu. Bei den Christlichsozialen, dem zweiten Wahlsieger, sah man die Parolen des christlichen Idealismus dafür verantwortlich.

In den städtischen Wahlbezirken Galiziens war das sozialdemokratische Lager neben den jüdischen Separatisten der Hauptgegner der Parteien, die sich zum Prinzip der nationalen Solidarität im Polenklub bekannten. Hier fand am 24. Mai die Abstimmung in siebzehn Einmandat-Kreisen statt. In sieben Wahlkreisen waren engere Wahlen erforderlich, u.a. in Stryj, wo nach der Niederlage des Kandidaten von *Rada Narodowa*, Aschkenaze, in der entscheidenden Runde des Kampfes um den Parlamentssitz zwischen dem Zionisten Dr. Salz und dem Sozialdemokraten Moraczewski schließlich der Letztere gewann. Wichtige Wahlziele für die „nationale Kräftevereinigung“ war Tarnów mit dem Spitzenkandidat Battaglia (ND), Nowy Sącz, wo in der engeren Wahl der Nationaldemokrat German gegen den Sozialdemokraten stand, und natürlich die Hauptstadt des Landes. Ausgerechnet in Lemberg, einem Ort geprägt vom polnischen Wesen, kam es zur Zersplitterung der nationalen Stimmen. Hier kreuzten nämlich ihre Lanzen im Wettstreit um Parlamentssitze nicht weniger als sechs Sozialdemokraten, ein unabhängiger Sozialist (Breiter), ein Konservativer, vier Demokraten, vier Allpolen, sieben Anhänger der unabhängigen Ukraine und ein Zionist.

Für einen Aufschrei der Entrüstung in den Reihen der Sozialdemokraten sorgten die Entwicklungen in Krakau. Hier kam es nämlich zu einer Allianz zwischen PSD (*Polskie Stronnictwo Demokratyczne*) und dem bürgerlichen Klub mit Leo an der Spitze, der in manchen Kreisen, trotz der vor kurzem inszenierten Abspaltung von den Krakauer Konservativen, immer noch als Mann des *Stańczyken*-Lager galt. Da beide Gruppierungen außer dem Bekenntnis zum Solidaritätsprinzip der polnischen Mandatare im Abgeordnetenhaus über keine programmatischen Gemeinsamkeiten verfügten, verstand man diesen Schulterschluss als Mittel zur Abwehr der Sozialdemokraten. Das Wahlbündnis der „konzentrierten Demokraten“ rund um das Blatt *Nowa Reforma* mit dem Leo-Flügel änderte entschieden die Wahlsituation in Krakau zum Nachteil der Arbeiterpartei. Im Zuge dieser Verständigung wurden die Kandidaturen von Petelenz und Sikorski in zwei Bezirken Krakaus bestätigt (Wesoła, Stradom), zwei weitere (Śródmieście, Kleparz) den Kandidaten des Bürgerkomitees überlassen und in einem (Kazimierz) ein gemeinsamer Kandidat, Sare, unterstützt. So kam es, dass der Demokrat Petelenz, der sich vor kurzem von der antikonserverativen Strömung hinreißen ließ und mit den Sozialdemokraten sympathisierte, im offenen Kampf mit Daszyński stand⁴⁵³. Im Zusammenhang mit dieser Kräfteverschiebung sprach man auf Seiten der linken Opposition von einem „Bankrott der galizischen Demokratie“. Auch von Postenschacher war die Rede. Man vermutete, dass dem Demokraten Dr.

⁴⁵³ Der Austritt des Advokaten Dr. Hermann Steinfeld aus der Partei der polnischen Demokraten, war ein Beweis, dass solche Methoden selbst innerhalb der Partei umstritten waren. Vgl. *Naprzód* 155(2.06.1907).

Ernest Bandrowski das Amt des Vizepräsidenten der Stadt Lemberg versprochen wurde.⁴⁵⁴ Das war allerdings nicht die einzige ungewöhnliche Allianz in diesen Wahlen. Seltsam muteten lokale Abkommen an, wie etwa der Kahal-Juden (assimilierte jüdische Bevölkerung) mit den Antisemiten, Wahlunterstützungen zwischen dem adelig-konservativen Lager und den bäuerlichen Kandidaten (etwa zwischen dem Klerikalen Bujak und Wójcik im ländlichen Wahlkreis rund um Krakau), oder das Liebäugeln zwischen den polnischen Nationaldemokraten und den Moskalophilen (z. B. die Rede des Abgeordneten Buzek über „vier Nationalitäten Galiziens“).

Die polnischen Sozialdemokraten und die jüdischen Separatisten (außer im Wahlkreis Stryj-Kałuż⁴⁵⁵), bzw. die Lemberger Arbeitervertreter und der Radikale Ernest Breiter sorgten dagegen in der entscheidenden Wahletappe (engere Wahlen) für die Niederlage des „nationalen Blocks“ in den Mischkreisen mit Doppelmandaten - hier vor allem in den Städten Lemberg, Przemyśl, Stryj, Brody, wo sich die Polen zehn Mandate versprochen. Von den drei Lemberger Mandaten der Sozialisten gingen zwei an die Sozialdemokraten (Diamand, Hudec), eines an den Radikalen Breiter. Die Arbeiterpartei konnte außerdem Erfolge in Przemyśl (Lieberman), Krakau (Moraczewski) und in Schlesien (Kunicki, Reger) verbuchen.

Im Lager der polnischen Juden gingen die Meinungen um die Positionierung im Wahlkampf auseinander. Neben der jüdischen Wahlorganisation rund um das Blatt *Jedność* (Einheit) mit Loewenstein an der Spitze, die der Solidarität der polnischen Abgeordneten im Polenklub beipflichtete⁴⁵⁶, bildete das Lager der jüdischen Separatisten unter der Führung von Dr. Adolf Sand, das im Falle eines für ihn positiven Wahlausgangs die Gründung eines eigenständigen Parlamentsklubs beabsichtigte, die zweite größere Formation der jüdischen Bevölkerung Galiziens. Zwei weitere Gruppierungen bildeten die Sozialisten und Radikale. Besorgnis erregte das Faktum, dass auf Verlangen der polnischen Juden separate Wahlkreise in den Städten mit überwiegend jüdischer Bevölkerung errichtet wurden, trotz der Tatsache, dass in ganz Ostgalizien (außer Lemberg) die katholischen Polen ohne die Juden keine absolute Mehrheit hatten. Die Befürchtung war, die Organisation könnte sich trotz der besten Intentionen in eine unabhängige, überparteiliche Institution umwandeln. Mehr als politische Hetze der Allpolen dürfte allerdings dahinter nicht stecken, denn im Großen und

⁴⁵⁴Nowa Reforma 198(30.04.1907); Vgl. auch Czas 98(29.04.1907), Gazeta Narodowa 98(28.04.1907).

⁴⁵⁵ Hier spielten bei dem Wettstreit um die Mandate zwischen den Sozialdemokraten und den Zionisten die ruthenischen Stimmen eine große Rolle. Da die Ruthenen in diesem Kreis in der Minderzahl erschienen (etwa 7000 auf 30000 Einwohner) und keinen eigenen Kandidaten aufstellen konnten, waren ihre Stimmen für beide Kontrahenten begehrenswert. Siehe Słowo Polskie 183(20.04.1907).

⁴⁵⁶ Vgl. Ein Plädoyer für den Beitritt jüdischer Abgeordneten zum Polenklub im offenen Brief des Rabbiners Samuel Aaron Taubeles aus Tarnów, In: Gazeta Narodowa 97(27.04.1907).

Ganzen zeigten sich die galizischen Juden von den zionistischen Wahlparolen wenig beeindruckt. Es wurden insgesamt sieben jüdischen Kandidaten gewählt, die dem national-polnischen Flügel entsprangen. Es schien, als würden - um einen Ausdruck der Presse zu gebrauchen - „die realen Lebensverhältnisse über die kämpferischen Gelüste der Vertreter einer jüdischen Renaissance siegen“. ⁴⁵⁷

Die zionistische Bewegung, die 11% der Stimmen in den Städten für sich beanspruchen konnte, stellte ihre Kandidaten in Lemberg (Dr. Markus Brande) , Brody (Dr. Adolf Sand), Drohobycz (Dr. Dawid Malz), Kołomyja (Dr. Ozyasz Thon), Stryj-Kałuż (Dr. Abraham Salz) auf. Sie kämpften um Mandate hauptsächlich mit anderen polnischen Juden⁴⁵⁸, konnten allerdings eine bedeutende Stimmenzahl gegen die drei Konservativen Moysa-Rosochacki, Bobrzyński und Abrahamowicz gewinnen. Von der Wahlarithmetik konnten die Zionisten auch in ländlichen Bezirken Galiziens, Buczacz und Trembowla, profitieren (Mahler, Gabel). Mitverantwortlich für die Wahlschlappe des polnischen Kandidaten in Trembowla machten die Nationaldemokraten vor allem die Volkspartei, die hier ihren eigenen Kandidaten aufstellte und so mit Hilfe eines Teils der Ruthenen dem Zionisten Mahler den Weg zum Parlamentssitz ebnete.⁴⁵⁹ Die bäuerliche Partei und die polnischen Konservativen gaben wiederum die Schuld an dem Wahlausgang den Allpolen, die in Trembowla und Buczacz auf den Kandidaturen ihrer eigenen Leute bestanden. Ihre Willkür in Bochnia, wo sie den Sieg Stojałowskis zu verhindern suchten, führte zum Fall des Konservativen Antoni Górski. Der Sieg der Parteipolitik über den nationalen Schulterschluss schmerzte um so mehr, da der jüdische Separatist aus Prag stammte und weder Polnisch noch Ruthenisch konnte, was wiederum nur den Antisemitismus nährte.⁴⁶⁰

Anders als auf der gesamtösterreichischen Ebene fielen die Wahlergebnisse im Lager der galizischen Arbeitervertreter aus. Obwohl sich die Wahlorganisation bei den Sozialdemokraten in einigen Städten wie Krakau, Tarnów oder Nowy Sącz als sehr wirksam erwies, und die Partei einen nicht zu unterschätzenden Gegner abgab, konnte sie nur vier Mandate gewinnen (Diamand, Hudec, Lieberman, Moraczewski).⁴⁶¹ Im Kampf um Krakau,

⁴⁵⁷Zitiert nach *Świat* 24(15.06.1907).

⁴⁵⁸In Lemberg richteten sich die Bemühungen der Zionisten gegen Horowitz, in Brody gegen Wollener, in Tarnopol gegen Gall, in Stanisławów gegen Rauch, in Stryj gegen Aszkenaze, in Kołomyja gegen Kollischer und in Drohobycz gegen Loewenstein.

⁴⁵⁹ Siehe *Gazeta Narodowa* 125(4.06.1907).

⁴⁶⁰*Czas* 116(23.05.1907); Als „zionistischen Zuwanderer“ nannten die Nationaldemokraten abschätzig den Abgeordneten Mahler. Siehe *Słowo Polskie* 239(25.05.1907).

⁴⁶¹Zusammen mit den zwei schlesischen Mandaten (Kunicki, Reger) zählten die Sozialdemokraten insgesamt 6

wo die Wahlbeteiligung 97% betrug, trug die geschickte Allianz zwischen zwei Flügeln der Demokraten zur Niederlage des moralischen Anführers und einer der herausragendsten Persönlichkeiten im sozialdemokratischen Lager bei, nämlich Daszyński. Die schwerste Wahlschlappe der Sozialisten spielte sich in den ländlichen Bezirken ab. Keiner von den fünf hier aufgestellten Kandidaten konnte sich durchsetzen.

Der Kampf um die Mandate in den ländlichen Regionen Galiziens spielte sich zwischen der Volkspartei und dem Zentrum ab. Die Bauernpartei konnte hier fast 40% der Stimmen für sich beanspruchen, das Zentrum 23%, der Rest ging an die Nationaldemokraten und Konservativen zu gleichen Teilen. Die Wahlen haben gezeigt, dass die eigentliche Stärke der Zentrums-Partei im Klerus lag. Dieser konnte Sympathisanten gewinnen mit Hilfe desselben Faktors, der einst die Volkspartei so erfolgreich machte. Geschickt nutzte man den Antagonismus zwischen dem Großgrundbesitz und den Bauern aus, was sich in vielen ländlichen Bezirken in einem direkten Schlagabtausch mit den konservativen Kandidaten widerspiegelte.⁴⁶² In seinen Attacken auf die Volkspartei und die Sozialdemokraten versuchte das Zentrum wiederum das Land der Stadt und die Bauern den Arbeitern entgegensetzen. Das schwankende Bürgertum wollte die christlich-soziale Fraktion mit der Parole der "Verteidigung des Besitzstandes" zu sich locken.

In der Zentrums-Partei zeigten sich aber die ersten Anzeichen des Zerfalls. Schon während der letzten Landtagstagung verließen ihre Reihen zwei Abgeordneten, Skołyszewski und Kramarczyk. In die Reichsratswahlen von 1907 ging die Stojałowski-Gruppe als unabhängige Plattform, die sich besonders demagogisch zeigte. Sie versprach den Bauern eine Steuerreform, Änderung des Grundkatasters, Flussregulierung. Im Reichsrat wollte diese Gruppierung als Fürsprecher der brennenden Forderungen des Proletariats auftreten.⁴⁶³

Der eigentliche Sieger der Reichsratswahlen von 1907 war die Volkspartei, die mit 17 gewonnenen Mandaten die stärkste unter den polnischen Fraktionen war. Dass die Partei keinerlei Unterstützung von Seite der Regierung bekam, und durch die Doppelwahlkreise - in denen die Mandate der Minderheit an die politischen Gegner gingen - benachteiligt war, stärkte zusätzlich die Position der bäuerlichen Fraktion. Selbst der schlechte Wahlausgang in den städtischen Wahlkreisen, wo die Partei nicht einmal ihren aussichtsreichsten Kandidaten,

Sitze im Reichsrat.

⁴⁶² JAWORSKI, Po wyborach, S.12f.

⁴⁶³ Wahlauf Ruf der christlich-sozialen Partei In: Dokumente von B. und M. WYSŁOUCH t. LVI, Ossol. 7230 II, k. 519-520.

den Abgeordneten Hoser durchsetzen konnte, vermochte es nicht, die allgemeine Überzeugung vom steigenden politischen Bewusstsein bei den Bauern zu erschüttern.

Die Wahlaktion der Volkspartei in den Kreisen Westgaliziens trug mehr Früchte als in den östlichen Teilen des Landes, wo das soziale und politische Bewusstsein des Bauernvolkes zu wünschen übrig ließ. Aus der Sicht der Konservativen waren die Erfolge der Volkspartei, vor allem in Mittelgalizien, solchem strategischen Stützpunkt wie die Parzellierungsbank zuzuschreiben, deren Mitarbeiter zu den Agitatoren der bäuerlichen Partei zählten. Die Tatsache jedoch, dass die Volkspartei vor den Wahlen in Ostgalizien zur Wahl der konservativen Polen riet (anders als bei den letzten Wahlen, wo die bäuerliche Partei die ukrainischen Kandidaten gegen die polnischen Großgrundbesitzer unterstützte), ließ andererseits vermuten, dass der Kompromiss zwischen der Volkspartei und den Konservativen in Sache Polenklubbeitritt nur eine Frage der Zeit war. Im Moment schienen aber einige Vorfälle während des Wahlkampfes die Verständigung zwischen beiden politischen Lagern zu erschweren. *Rada Narodowa* bestätigte nämlich für den Wahlkreis Krosno-Strzyżów die Kandidatur des Klerikalen Paweł Nawrocki, wo auch Stapiński kandidierte. Während die Konservativen diesen Umstand mit den in der Wahlorganisation geltenden Regeln erklärten, wonach die Wahlunterstützung in erster Linie den Befürwortern des Solidaritätsprinzip im Polenklub galt, sah *Kurjer Lwowski* die Aufstellung der Kandidatur von Nawrocki gegen Stapiński in einem Wahlkreis, der weder von Seite der Ruthenen noch von den Sozialisten oder Zionisten gefährdet war, als Provokation und "Aufwühlung der Kluft zwischen dem Polenklub und der bäuerlichen Opposition".⁴⁶⁴

Die Reihen der traditionellen konservativen Rechten wurden bei den Wahlen deutlich gelichtet. Die Wahlorganisation bei den Stańczyken ließ zu wünschen übrig, denn z. B. im Wahlkreis Tarnobrzeg führte die Aufstellung von ein paar konservativen Kandidaten den Sturz aller herbei.⁴⁶⁵ Die Mehrheit der Mandate verloren die bisher führenden politischen Kräfte in Galizien an die „Tiroler des Ostens“, d.h. die Ruthenen, und die Allpolen.

Alle vier politischen Lager der Ruthenen führten ihren Wahlkampf aus der Position der Opposition gegen das herrschende politische System bzw. wie im Falle der Radikalen und Sozialisten gegen die sozialen Verhältnisse. Einigkeit zwischen der Intelligenz und dem Grundadel sowie Parteidisziplin gehörten eindeutig zu den Stärken der ruthenischen Wahlorganisation.⁴⁶⁶ Bei den Moskalophilen, die mit fünf Mandaten zu den Verlierern in Ostgalizien zählten, sah das publizistische Sprachrohr *Holyczanin* in seiner Analyse der

⁴⁶⁴ *Czas* 91(20.04.1907).

⁴⁶⁵ JAWORSKI, Rede, S.6f.

⁴⁶⁶ Ebda, S.12.

Wahlergebnisse den Grund für das schlechte Abschneiden der Partei in der versäumten Annäherung der Intelligenz an die breiten Bevölkerungsschichten und in der hier fehlenden Arbeit an der gesellschaftlichen und ökonomischen Hebung des ruthenischen Volkes. Alle ruthenischen Fraktionen gewannen insgesamt 26 Mandate.⁴⁶⁷ Neben den fünf Mandaten, die an die Russophilen gingen (Dawydiak, Hlibowicki, Korol, Kurylowicz, Markow), gewannen drei Sitze die Radikalen (Baczynski, Petrycki, Trylowski 2x gewählt) und zwei die Sozialisten (Ostapczuk, Semen Wityk). Als stärkste Partei ging aus den Reichsratswahlen von 1907 die Fraktion der ukrainischen Nationaldemokraten mit fünfzehn Mandaten hervor (Budzynowski, Ceglinski, Dniestranski, Folis, Kolesza, E. Lewicki, K. Lewicki, Ochrymowicz, Olesnicki, Okuniewski, Onyszkiewicz, Petruszewicz, Romanczuk, Stachura, Wojnarowski), denen die Wahlreform neue Möglichkeiten eröffnete, ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Die Führung der Partei, die von einem demokratischen Klub im Abgeordnetenhaus träumte und sich in Galizien gegen die Ausdehnung der Landesautonomie aussprach, suchte in drei Bezirken Ostgaliziens, Drohobycz, Żółkiew und Stryj, eine Verständigung mit den Moskalophilen. Im letzteren Wahlbezirk musste allerdings das Abkommen bald aufgelöst werden, den die Anhänger einer unabhängigen Ukraine wollten weder der Kandidatur Dudykiewiczs zustimmen, noch den zweiten Vorschlag der Russophilen (den Geistlichen Kostecki) akzeptieren.⁴⁶⁸ Ohne Zweifel konnten die Ruthenen auch in den überwiegend polnischen Wahlkreisen Ostgaliziens von der Zersplitterung der polnischen Stimmen profitieren, die durch die außerhalb der traditionellen Parteien stehenden und auf eigene Hand agierenden Kandidaten hervorgerufen war.⁴⁶⁹

Auf Kosten der Konservativen stärkten die polnischen Nationaldemokraten ihre Reihen. In der letzten Sitzungsperiode saßen im Reichsrat nur vier Nationaldemokraten, jetzt legten sie zu, kamen auf 13 Mandate und waren damit die erfolgreichste Fraktion unter den Parteien im nationalen Lager. Die traurigsten Wahlergebnisse erzielten die Allpolen in den gemischten Wahlkreisen. Es waren überhaupt die polnischen Nationaldemokraten, die von der Kampagne der Konservativen Galiziens zur Stärkung der gefährdeten Stellung der Polen im

⁴⁶⁷Im Hinblick auf die soziale Herkunft der Mandatäre bildeten Juristen die Hälfte des ruthenischen Klubs. Darüber hinaus befanden sich hier 4 Geistliche, 2 Universitätsprofessoren, 2 Professoren der Mittelschule, 3 Journalisten ohne akademischen Titel, 1 Bauer (Staruch) und 1 Bauer sozialistischer Herkunft (Ostapczuk). Vgl. *Gazeta Narodowa* 125(4.06.1907). Zu den 26 in Galizien gewählten Ruthenen stießen noch 5 aus der Bukowina.

⁴⁶⁸Vgl. *Gazeta Narodowa* 73(29.03.1907) und 76(3.04.1907).

⁴⁶⁹*Słowo Polskie* 251 (2.06.1907).

neuen Reichsrat - welche von der eigentlichen Krise der adlig-konservativen Kreise unter den neuen sozialen Verhältnissen ablenken sollte - jetzt profitierten.

Unter den 106 gewählten galizischen Abgeordneten befanden sich 26 Ruthenen (darunter 15 ruthenisch-ukrainischer Prägung, 4 Radikale, 5 Altruthenen, 2 ruthenische Sozialisten), 3 Zionisten und 77 Polen (darunter 15 Konservative, 8 Demokraten, 13 Nationaldemokraten, 4 Krakauer oder „Konzentrierte“ Demokraten (Łazarski, Petelencz, Sikorski, Stwiertnia), 15 Abgeordnete der Zentrums-Partei, 16 Mitglieder der Volkspartei, 4 Sozialdemokraten und 2 unabhängige Sozialdemokraten (Ernest Breiter, Adolf Gross)).⁴⁷⁰

Nicht nur das Abhandenkommen von Persönlichkeiten mit Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit im neuen Reichsrat beschäftigte die Politikwelt Galiziens, sondern die künftige Linie des neuen Polenklubs, wo jetzt demokratische Parteien und Gruppierungen die Mehrheit bildeten. Im alten Reichsrat zählte der Polenklub 65 Mitglieder, was 15% der gesamten Abgeordnetenzahl bildete. Die Wahlen nach dem neuen Wahlgesetz brachten eine Verringerung der Zahl der Mitglieder, die an das Prinzip der nationalen Solidarität gebunden waren, auf 54 - was nur 10,8% von den insgesamt 516 Abgeordneten im Reichsrat ausmachte.⁴⁷¹ Der Polenklub verlor insgesamt neun seiner Mandate. Vier davon gingen an die Sozialdemokraten, drei an die Zionisten, eins an den Radikalen Breiter und eins an unabhängigen Juden. Einen Zugewinn gab es dagegen von den rein ruthenischen Bezirken.

Was die politische Qualität der Mitglieder des Polenklub anging, schieden sich die Geister. Dank der Unterstützung der kleinen Städte, wo sich eine große Anzahl jüdischer Bevölkerung befand, tauchten zwar die herausragendsten Köpfe des konservativen Lagers (Abrahamowicz, Bobrzyński, Dzieduszycki, Starzyński), sowie des Zentrums (Pastor) auf der parlamentarischen Arena wieder auf und erhielten zum Teil das alte Niveau der polnischen Vertretung, aber von den 77 gewählten Polen waren nur 27 mit der parlamentarischen Arbeit vertraut.⁴⁷² Fast 2/3 des Klubs, der am 15. Juni 1907 seine erste Sitzung abgehalten hatte,

⁴⁷⁰Gazeta Narodowa 124 (2.06.1907) .

⁴⁷¹ GŁĄBIŃSKI STANISŁAW, Wspomnienia polityczne, Pelplin 1939, S.89.

⁴⁷² Unter den gewählten polnischen Abgeordneten befanden sich 19 Bauer (14 kandidierten unter der Ägide der Volkspartei, 3 aus dem Zentrum und 2 von den Nationaldemokraten), 8 Latifundienbesitzer (in Wirklichkeit betrieben von denen nur zwei Ackerbau), 8 Geistliche, die im Lager des Zentrums kandidierten und alle im westlichen Teil Galiziens. Vgl. Czas 125 (4.06.1907); Namentlich befanden sich im Polenklub: Abrahamowicz (2x gewählt), Battaglia, Biały, Biliński, Bobrzyński, Bujak, Buzek, Czaykowski, Dietzius, Dobija, Dulęba, Dzieduszycki, Fiedler, Fijak, Gall, German, Głabinski, Gold, Hanusiak, Jabłoński, Kolischer, Kopyciński, Korytowski, Loewenstein, Londzin, Lubomirski, Łazarski, Łuszczkiewicz, Małachowski, Męski, Moysa, Obertyński, Pastor, Pawluskiewicz, Petelencz, Potoczek, Ptaś, Rzeszódko, Sikorski, Staniszewski, Starzyński, Stohandel,

war also völlig neu. Ihm gehörten jetzt an: 13 Konservative, 13 Nationaldemokraten, 13 Zentrums-Abgeordnete, 9 sog. "unadjektivischen" Demokraten, 4 Demokraten der sog. „Konzentration“, ein Parteiloser und der Abgeordnete Łuszczkiewicz von der Volkspartei, der am 24. Juni 1907 den Klub der Volkspartei verlassen hatte.⁴⁷³ Außerhalb des Klubs standen noch: die Volkspartei (16), 5 sozialdemokratische Abgeordnete, der unabhängige Radikale Ernest Breiter, sowie die ukrainischen und jüdischen Abgeordneten.

Da sich das demokratische Element in der Mehrheit befand, vermutete man auf der polnischen Seite, dass sich der bisherige Charakter des Polenklubs ändern würde. Von einem radikal-nationalen Kurs durch den Einfluss der Allpolen war die Rede und von Ausritten ins Demagogische – angetrieben von der Zentrums-Partei.

In dieselbe Kerbe schlug die Zeitschrift der ukrainischen Nationalisten *Dilo*. Diese attestierte den drei gewichtigen Klubs im Parlament - den deutschen Liberalen, Jungtschechen und dem Polenklub - eine deutliche Schwächung und sah den Platz der eigenen Partei in den Reihen der fortschrittlichen Opposition. Da die Einigkeit der polnischen Parteien im Polenklub in sozialen und politischen Fragen schwer zu erzielen schien, kündigte die Fraktion Budzyniowskis bei den künftigen politischen Auseinandersetzungen - nicht zum ersten Mal - einen Schulterschluss mit den polnischen Sozialdemokraten und der Volkspartei an. Das nationale Ziel der stärksten unter den ruthenischen Parteien blieb nach wie vor die Verhinderung der Autonomie Galiziens, die man mit dem politischen Tod der Ruthenen gleichsetzte, und die Gründung einer ethnisch-ruthenischen Provinz im Rahmen der österreichischen Monarchie.

Im Unterschied zu *Dilo* sah das Presseorgan der Altruthenen, *Holyczanin*, die neue Kräfteverteilung im Polenklub nicht als einen schwächenden Faktor, sondern als einen möglichen Anziehungspunkt für andere demokratische Parteien, besonders die polnische Volkspartei. Bis es allerdings so weit war, bedurfte die demokratische Mehrheit im Polenklub

Stojałowski, Stwiernia, Szajer, Szponder, Tomaszewski, Wiącek, Zagórski, Zamorski, Zieleniewski, Żarański, Żyguliński.

⁴⁷³ Vgl. *Nowa Reforma* 249(3.06.1907); Die Angaben über die Mandatsverteilung im Polenklub weichen in den Quellen ab. Dazu vgl. *Świat* 24(15.06. 1907): Konservativen(13), Nationaldemokraten(13), Zentrum (12), gemäßigte Demokraten(9), fortschrittliche Demokraten(4); Das konservative Blatt *Czas* zählt auch den Geistlichen Londzin aus Schlesien zu den Mitgliedern des Polenklubs, der hier 56 Mitglieder beträgt. Siehe *Czas* 136(16.06.1907); Die Zeitschrift der Sozialdemokraten *Naprzód* spricht von 16 Konservativen, 15 Abgeordneten des Zentrum, 14 Nationaldemokraten, 5 „quasi Demokraten“ , 3 Kahal-Juden und zählt zu den Mitgliedern des Polenklubs auch die Volkspartei . Vgl. *Naprzód* 155(2.06.1907).

einer Festigung, um der weiteren Politik der polnischen Vertretung in Wien und künftig auch darüber hinaus, in Galizien, ihren eigenen Stempel aufdrücken zu können.

Ein solcher Plan reifte in den Kreisen der Demokraten im Oktober 1907. Das gemeinsame Ziel, nämlich die Verdrängung der Konservativen von den Schalthebeln der Macht in Galizien und der Wunsch nach Demokratisierung der Landespolitik, ließ über die ideologischen und programmatischen Differenzen zwischen den ungleichen Parteien - hier stand die liberale Doktrin der unadjektivischen Demokraten auf der einen Seite im Weg, die aggressive Arbeitsmethode der Nationaldemokraten sowie auch das Sympathisieren eines Teils ihrer Anhänger mit den ostgalizischen Konservativen auf der anderen Seite - hinwegzusehen.

Den Spekulationen quer durch das politische Spektrum Galiziens angesichts der Taktik der Demokraten waren keine Grenzen gesetzt. Manche Gerüchte hatten allerdings mehr Unterhaltungswert als Substanz. Es wurden Mutmaßungen laut, dieser lockeren Verbindung sollten nicht nur demokratische Mandatare des Polenklubs (Demokraten, Nationaldemokraten und die „Wilden“) angehören, sondern auch Elemente, die außerhalb der polnischen Vertretung im Abgeordnetenhaus standen, d.h. die Volkspartei und auch die Sozialdemokraten.⁴⁷⁴ Die Journalisten des Blattes *Kurjer Lwowski* zerbrachen sich die Köpfe über die Frage, wie man die Konzeption einer lockeren Union mit dem Prinzip der nationalen Solidarität und die Zusammenarbeit der Arbeitervvertreter mit dem Polenklub verbinden könne. Kritiker aus dem volkstümlichen Lager glaubten, dass eine echte Demokratisierung des Landes einzig im Falle der Verständigung der Städte mit den Landgemeinden und einer Zusammenarbeit zwischen den städtischen Demokraten und der Volkspartei möglich sei, so wie dies die „demokratische Union“ aus dem Jahre 1901 zwischen der bürgerlichen Vertretung und dem Klub der Landtagslinken versucht hatte.

Die Allianz für die Demokratisierung der Landespolitik, die sich zwischen den Demokraten rund um die Zeitschrift *Nowa Reforma* unter der Führung des Abgeordneten Petelencz - welche sich am 4. Januar 1908 mit anderen demokratischen Gruppen vereinigte⁴⁷⁵ - und den

⁴⁷⁴ Vgl. *Gazeta Narodowa* 242(20.10.1907); Offenbar steckte in diesem Gerücht ein Quäntchen Wahrheit, denn auch in den Kreisen der Nationaldemokraten war man sich nicht sicher, ob solche Verhandlungen mit der Volkspartei nicht im Gange waren. Der Abgeordnete Battaglia verlangte eine Erklärung von Pawlikowski, der angeblich einen solchen Verdacht in Bezug auf Battaglia geäußert haben sollte. Siehe Roger Battaglia an Jan Gwalbert Pawlikowski vom 26.11.1908, BPANK, Akte Zieliński 7818, S. 94.

⁴⁷⁵ Laut dem Presseorgan der Konservativen bildeten das stärkste Glied in dieser Verbindung die Krakauer Demokraten(*Polskie Stronnictwo Demokratyczne*). Weiter gehörten hier die alten Demokraten an, die bisher unorganisiert waren, wie etwa die Abgeordneten Dulęba und Małachowski, die Landtags-Linke und die neue Krakauer Gruppierung, die sich nach der Sezession von drei Mandataren aus der Krakauer Gruppierung gebildet hatte, die sog. Unabhängigen Demokraten, siehe *Czas* 5(8.01.1908); Von den 55 Abgeordneten des Polenklubs

Nationaldemokraten in Form einer „Demokratischen Union“ gebildet hatte, war trotz mancher gemeinsamer Ziele tatsächlich nicht ungefährdet. Die Ersteren hatten die Dominanz der erstarkten Allpolen zu befürchten - hier wurden die Ängste geschickt von den Konservativen geschürt ⁴⁷⁶ -, im Lager der Nationaldemokraten waren interne Spannungen vorprogrammiert nicht zuletzt aufgrund des sich jetzt ändernden Kurses den ostgalizischen Konservativen gegenüber. ⁴⁷⁷

Trotz aller Vorbehalte und Kritik der politischen Widersacher war die am 22. Oktober 1907 beschlossene engere Zusammenarbeit der demokratischen Lager die logische Konsequenz der stattgefundenen Kräfteverschiebung infolge der Wahlreform und der letzten Wahlergebnisse, ganz zu schweigen von den rein rechnerischen Möglichkeiten der Bildung einer anderen Mehrheit und der programmatischen Verwandtschaft zwischen den vielen gleichgroßen Parteien und Gruppierungen. Hier braucht man nur auf die Turbulenzen in der Zentrums-Partei hinweisen, die durch das übermäßig große Eingreifen der Bischöfe in das politische Leben einerseits und die persönliche Rivalität zwischen Stojalowski und Pastor andererseits provoziert wurden und am 24. Oktober 1907 in der Spaltung der Partei gipfelten, was das einst gewichtige Element ins Bedeutungslose abrutschen ließ. Außerdem lehrte die letzte Krise im Polenklub, hervorgerufen durch Konzessionen der Zentralregierung an die Ruthenen angeblich unter der Mitwisserschaft der polnischen Vertretung, dass es bei den Polen an Einigkeit und Durchsetzungskraft mangelte. Unter Beschuss der Nationaldemokraten geriet der Vorsitzende des Polenklubs, der Konservative Abrahamowicz

zählte die demokratische Union 30 Mandatare. Über 16 Stimmen verfügten die Nationaldemokraten (Battaglia, Buzek, Dietzius, Władysław Dębski (an Stelle von Obertyński), Gall, german, Głabiński, Gold, Fiedler, Pfarrer Kopyciński, Maślanka, Ptaś, Tomaszewski, Wiącek, zamorski), 14 Stimmen gehörten darin den polnischen Demokraten (Bujak, Dulęba, Kolischer, Loewenstein, Łazarski, Łuszczkiewicz, Małachowski, Pawluszkiewicz, Petelenz, Sikorski, Staniszewski, Stwiertnia, Zaráński, Zieleniewski) Vgl. *Gazeta Narodowa* 245(24.10.1907).

⁴⁷⁶ Siehe Jaworski an Bobrzyński vom 26.10.1907, BJ. 8089, S. 438f.; *Nowa Reforma* 493(25.10.1907).

⁴⁷⁷ Auf Drängen der Demokratischen Union wurde Dzieduszycki, der sich der Sympathie der Nationaldemokraten nicht erfreute, von Abrahamowicz als Minister für Galizien ersetzt. Als Ausdruck gegenseitigen Misstrauens in der Demokratischen Union kann man dagegen die Wahl des Konservativen Abrahamowicz zum Obmann des Polenklubs am 16.06.1907 sehen. Auch bei der Besetzung zwei weiteren wichtigen Funktionen stimmten die Nationaldemokraten für konservative Vertreter. So wurde der ostgalizische Politiker Kozłowski zum Vorsitzenden der Kommission der Initiative gewählt, obwohl in diesem Gremium die Demokraten eine Mehrheit bildeten, und auch Starzyński bekam Unterstützung als Anwärter für das Amt des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses. (Vgl. *Czas* 24.06.1907); Im Lager der Allpolen wurden auch Stimmen laut, die diese Verbindung - die Demokratische Union - als schädlich für das nationaldemokratische Programm empfanden. Siehe Stefan Dąbrowski an Jan Gwałbert Pawlikowski vom 19.02.1908, BPANK 7818, S. 40.

und der Minister für Galizien Dzieduszycki.⁴⁷⁸ Kritik hagelte es an die Adresse des Obmannes der Zentrums-Partei und Vizeobmannes des Abgeordnetenhauses Pastor, wegen seiner allzu eifrigen Guthessung der Zugeständnisse an die Ruthenen. Es schmerzte die Allpolen nicht nur die Tatsache, dass in der Causa der Verhandlungen hinter den Kulissen ihr Mann, der Vizeobmann des Polenklubs, Głabiński, auch als Mitwisser ins Gerede kam, sondern dass der ruthenische Ruf der Strasse mehr Gehör in Wien fand als die polnische Diplomatie. Versprochen wurde den Ruthenen eine Hypothekbank mit einem Startkapital von 3 Millionen Kronen, eine Subvention für ökonomische Zwecke für die Gesellschaft „Proswita“, die Gründung zweier ruthenischer Lehrstühle für Chemie und Römisches Recht an der Universität Lemberg, Sprachliche Bestimmungen betreffend die Immatrikulation, die Inskription und Regelung bei disziplinarischen Vergehen seitens der Studenten, sowie die Freiheit bei der Bestimmung der Verwaltungssprache in den Gemeindeämtern.⁴⁷⁹ Jetzt musste sich die demokratische Linke bemühen, ihre Vorbehalte gegen die bereits gemachten Zugeständnisse an die Ruthenen wirksam zum Ausdruck zu bringen oder zumindest eine entsprechende Vergütung dafür ausverhandeln. Mit dem Antrag Głabińskis und der verfassten Resolution, dass man den Bericht des Präsidiums des Polenklubs nur mit Vorbehalt angenommen hatte und auf eine rechtlich verankerte Sicherung des polnischen Wesens der Lemberger Universität pochte, war der erste Schritt in diese Richtung getan.

Getrieben von der Befürchtung, die demokratische Union könnte ähnlich wie die am 7. September 1907 im galizischen Landtag geschlossene konservative Union einen entscheidenden Einfluss auf den politischen Kurs des Polenklubs in Wien und dann auch auf die ganze Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse in Galizien haben, versuchten vor allem die Kritiker der Nationaldemokraten das neue Gebilde zu diskreditieren. Für die Konservativen war die Gründung einer Organisation innerhalb des Polenklubs, wo das Prinzip der Solidarität herrschte, schädlich für das Ansehen der polnischen Vertretung im Wiener Abgeordnetenhaus. Ein Schulterschluss bei kleinen Gruppierungen, die sich vor der Majorität großer Parteien fürchteten, wäre verständlich, nicht aber im Falle einer aus den Wahlen deutlich ans Licht tretenden Mehrheit. Die Struktur des tschechischen Klubs im Reichsrat - diese Repräsentanz war ein Konglomerat aus selbständigen Parteiorganisationen - und auch Versuche etwa des Kabinetts Körber, Verhandlungen mit den einzelnen Parteien des Polenklubs und nicht mit diesem als ganzen zu führen, waren abschreckende Beispiele der Schwächung der nationalen Solidarität. Die Konservativen als

⁴⁷⁸ PROTOKOLLE VON DEN SITZUNGEN DES POLENKLUBS vom 17, 22, 29, 30 Oktober 1907, BJ 8109, S. 8-29.

⁴⁷⁹ Słowo Polskie 519(7.11.1907).

auch die linke Opposition, darunter den Bauern nahe stehende Presseorgane und die der Sozialdemokraten (*Kurjer Lwowski* und *Naprzód*), sahen in der Union ein Mittel der politischen Ausbeutung mit dem Zweck des „Austausches der Köpfe“, d.h. der politischen Umfärbung in den einflussreichen Ämtern und Positionen der Verwaltung, von denen auch die Hardliner im Lager der Allpolen (Grabski) laut sprachen.

Die auch wegen des noch fehlenden detaillierten Programms von anderen Parteien heftig unter Beschuss geratene demokratische Union ließ sich jedoch nicht beirren. Sie bedurfte keiner Fixierung der Postulate. Diese bildeten nämlich aktuelle Angelegenheiten, die nach Lösungen förmlich schrieen, vor allem die Festigung des nationalen Lagers, Umbau der sozial-politischen Verhältnisse, Schaffung der Grundlagen für die ökonomische Entwicklung Galiziens.⁴⁸⁰ Die Zusammenarbeit der Mitgliedsparteien der Union sollte sich innerhalb des Statuts des Polenklubs bewegen, in allen anderen Angelegenheiten behielt man sich Eigenständigkeit vor. Mit dem Verzicht auf das Solidaritätsprinzip innerhalb der Union, welches die Beschlüsse des Polenklubs, wo dieses Prinzip bindend war, erschweren würde, konnte zwar die größte Angst der Konservativen zum Teil entschärft werden, man setzte trotzdem die ganze Hoffnung auf die Unvereinbarkeit der programmatischen und ideologischen Ziele bei den Demokraten verschiedener Schattierung.

Die versprochenen Konzessionen Wiens an die Ruthenen und die entbrannten Diskussionen im Polenklub darüber, wer von der Klubführung wie viel davon wusste, blieb nicht ohne Einfluss auf den baldigen Wechsel an der Spitze der polnischen Vertretung. Was man Ende Oktober 1907 zu vermeiden suchte, nämlich dem Obmann des Polenklubs ein Misstrauensvotum auszusprechen im Moment, wo das Ansehen der Organisation der polnischen Delegation ohnehin beschädigt wurde, wurde im November als Notwendigkeit erklärt, die sich aus den neuen Verhältnissen ergab. Abrahamowicz, von den deutschen Liberalen zur Zeit seiner Präsidentschaft im Abgeordnetenhaus wegen seiner reaktionären Gesinnung auch „schwarze Seele“, genannt, trat als Vorsitzender der polnischen Repräsentanz in Wien zurück und übernahm am 20. November 1907 das Ministerium für Galizien, was in Angesicht der Umstände ironischerweise für ihn noch ein Aufstieg bedeutete. Die neue Kräfteverteilung im Polenklub machte auch Graf Dzieduszycki als Minister für Galizien untragbar. Der Doyen des konservativen Lagers wusste selbst, dass er als einer der schärfsten Kritiker des neuen Wahlrechts in der neuen Regierung unpassend

⁴⁸⁰ Stefan Dąbrowski an Jan Gwałbert Pawlikowski vom 19.02.1908, BPANK 7818, S.40; *Słowo Polskie* 498(25.10.1907).

gewesen wäre und nahm den Hut mit einer zynischen Bemerkung an die Adresse einiger der neuen Ministern: „Das Kabinett ist rekonstruiert, aber nicht ... gebildet“.⁴⁸¹

Der Nationaldemokrat Głabiński, der als erster Demokrat in der parlamentarischen Ära jetzt das Steuer im Polenklub übernahm, kündigte jedoch vorerst keine gravierenden Veränderungen seines politischen Kurses an.⁴⁸² Nach wie vor galt hier die loyale Haltung Wien gegenüber⁴⁸³, weiterhin behielt man die Ausdehnung der Autonomie für Galizien im Auge. Als wichtiges Ziel galt die Hebung bzw. Beibehaltung des alten Ansehens des Polenklubs, ein größeres Gehör für die Beschlüsse des Landtags, die Gewinnung der Volkspartei als Mitglied im Polenklub und das Erzielen einer Verständigung mit den Ruthenen. Die Tatsache, dass der Polenklub in seinen politischen Zielen unverändert blieb, war in mancher Hinsicht um so beunruhigender für die Konservativen.

Wie an den Aussagen vieler Parteien und Gruppierungen ersichtlich war, fiel unter diesen Umständen der Volkspartei eindeutig eine Schlüsselrolle in der künftigen Politik Galiziens zu. Eine Bauernpartei, die außerhalb des Polenklubs verbleiben würde, wäre in manchen Fragen ein potenzieller Partner für die Sozialdemokraten, ruthenische Radikale und die Zionisten.⁴⁸⁴ Für die Allpolen, die so oft betonten nicht so sehr die Parteiinteressen, sondern die gesamtpolnischen Ziele zu verfolgen, wäre die Mitgliedschaft der Volkspartei im Polenklub in Wien aus der nationalen Sicht ein wichtiger Gewinn - worauf die Rede Stapińskis im Abgeordnetenhaus am 28. Oktober hinsichtlich der einseitigen Zugeständnisse an die Ruthenen auch hoffen ließ -, trotz aller Attacken seitens der bäuerlichen Mandatäre. Der Widerstand Stapińskis gegen die Wahl Głabińskis zum Obmann des Polenklubs und seine

⁴⁸¹ Vgl. *Nowa Reforma* 519(11.11.1907).

⁴⁸² Der neue Vorsitzende bekam 44 von 50 abgegebenen Stimmen, 6 Zettel waren leer; Bisher an der Spitze des Polenklubs standen: Kazimierz Grocholski (1867-1889), Apolinary Jaworski (1889-1893), Filip Zaleski (1893-1895), Apolinary Jaworski (1895-1904), Wojciech Dzieduszycki (1904-1906), Dawid Abrahamowicz (1906-1907); Dem Graf Wojciech Dzieduszycki wurde es hoch angerechnet, dass er die Funktion des Vizepräsidenten des Polenklubs angenommen hatte, obwohl er schon an der Spitze dieser parlamentarischen Körperschaft stand und 1906-07 Minister für Galizien war. Er hat mehrmals bewiesen, dass der Polenklub im Wiener Abgeordnetenhaus unter seinem Vorsitz eine nicht zu unterschätzende Macht wurde, um hier nur den Sturz des Kabinetts Gautsch zu erwähnen; Głabińskis Rede als neuer Obmann des Polenklubs vom 17. 02. 1907 zerstreute die Befürchtungen der Konservativen. Siehe *Czas* 45(24.02.1907).

⁴⁸³ Der damalige Minister für Galizien, Wojciech Graf Dzieduszycki charakterisierte die bisherige Politik des Polenklubs: „Der Polenklub im Abgeordnetenhaus huldigte immer einer Vermittlungspolitik und Gemäßigkeit in diesen Angelegenheiten, die zu einem Konflikt zwischen Ungarn und Österreich führten. Der Polenklub war bemüht, die Gegensätze beizulegen und bei voller Berücksichtigung der partikularen Interessen beider Seiten die Großmachtstellung der Monarchie zu sichern.“ Siehe *Gazeta Narodowa* 101(1.05.1907).

⁴⁸⁴ Siehe Gespräch mit dem Anführer der Zionisten Adolf Sand, In: *Czas* 128(7.06.1907).

Abqualifizierung als „Regierung der Beamten“, die noch schlimmer gewesen wäre als die alte der Konservativen, zeigte dagegen, dass der Pakt der Volkspartei mit den Vertretern des Großgrundbesitzes sich der Vollendung näherte. Für eine erstarkte politische Bauernorganisation, die ihre Legitimation aus dem Kampf gegen die politischen Vertreter des Großgrundbesitzes schöpfte und sich dieser Taktik nach Belieben bediente - Bündnisse hin oder her -, schien im Moment der Vormarsch der Nationaldemokraten auf der politischen Arena weit beunruhigender zu sein. Diese nämlich widmeten sich jetzt intensiver auch den bäuerlichen Angelegenheiten. Ende Oktober 1907 wurde im Polenklub eine Art Informationsstelle, eine Sektion der Kenner der bäuerlichen Anliegen gegründet unter dem Vorsitz des Abgeordneten Ptaś, welche von der Volkspartei durchaus als Konkurrenz angesehen werden konnte. Unter den Mitgliedern dieses neunzehnköpfigen Gremiums befanden sich Mandatare aus der Stojałowski-Gruppe, der Abgeordnete Potoczek, sowie die Geistlichen Szponder, Hanusiak, Żyguliński und Rzeszódko.⁴⁸⁵ Dazu muss gesagt werden, dass die Verhandlungen im galizischen Landtag über das langersehnte Jagdgesetz abgeschlossen werden konnten, was einige soziale Spannungen abbauete und was die Volkspartei eines Themas beraubte.

Eine Bauernorganisation innerhalb der polnischen Vertretung in Wien wäre ein begehrtes Ziel der Konservativen. Trotz des Richtungswechsels der politisch angeschlagenen Vertreter des Großgrundbesitzes, der sich in der Gründung der Organisation „Partei der Nationalen Rechten“ unter der Führung von Zdzisław Graf Tarnowski nach außen manifestierte und der Stärkung der nationalen städtischen und ländlichen Kräfte im Kampf gegen alle demagogischen und im Klassendenken verhafteten sozialen Elemente dienen sollte, glaubte die breite Öffentlichkeit wohl kaum an diese Metamorphose. In aller Munde waren die Verhandlungen zwischen der Volkspartei und den Konservativen, die in dieser Verbindung gemeinsame Interessen, nicht nur als zwei Agrargruppen sahen.⁴⁸⁶ Diese Verbindung würde ein Gegengewicht zu der Demokratischen Union schaffen und die Ambitionen der Allpolen bremsen.

Aus der Volkspartei, die am 24. Juni 1907 ihren eigenen Parlamentsklub mit Stapiński an der Spitze gründete, sickerte durch, dass sie die Entscheidung über den eventuellen Beitritt

⁴⁸⁵Słowo Polskie 569(6.12.1907).

⁴⁸⁶ Im Hinblick auf die geplanten Verhandlungen zwischen dem Präsidium des Polenklubs und dem Präsidium der Volkspartei kam wieder einmal Stapińskis schwankende Einstellung zu Tage hinsichtlich des Beitritts der bäuerlichen Fraktion zum Polenklub. Einfluss auf diese Haltung konnte die Ablehnung des Antrags der Volkspartei vom 28. Juni 1907 auf die Untersuchung des Wahlmissbrauchs während der Reichsratswahlen durch den Polenklub mit Unterstützung der tschechischen und deutschen Abgeordneten haben. Siehe Stapiński an Karol Lewakowski vom 28.06 1907, AZHRL, ZL-11;

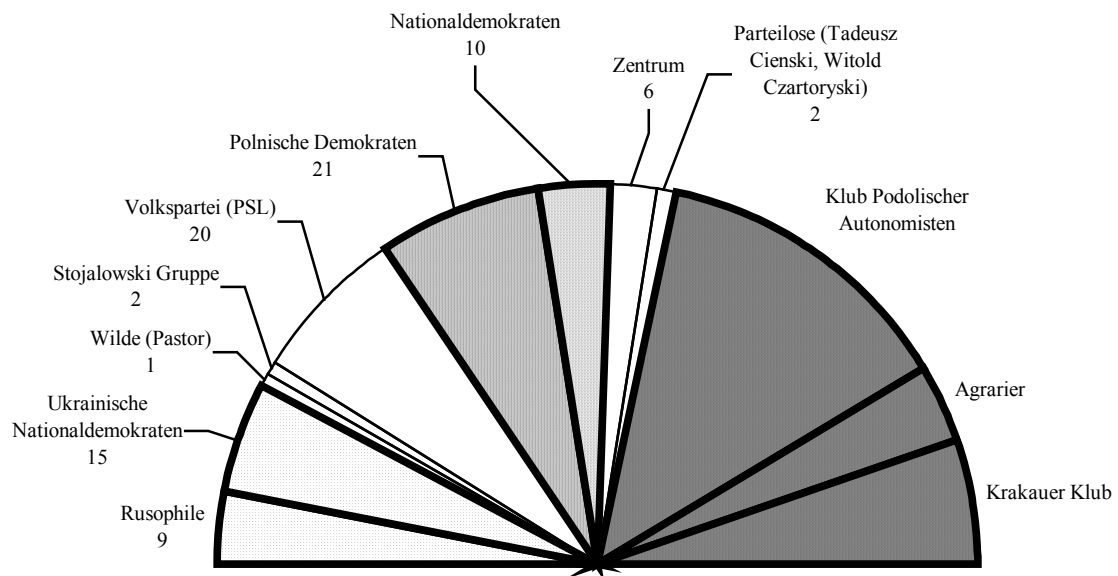
zum Polenklub dem Parteikongress überlassen wolle. Die Bedingungen, von denen ihre Mitgliedschaft abhing, waren aber klar präzisiert: Der Machtmissbrauch seitens der Konservativen sollte unterlassen werden, demokratische Wahlen in den Landtag nach dem Beispiel der letzten Wahlen in den Reichsrat eingeführt und die Statuten des Polenklubs geändert werden. Da die Mehrheit der bäuerlichen Abgeordneten der deutschen Sprache nicht mächtig war, nahm die Volkspartei gleich in der ersten Sitzung des Klubs den Kampf um Gleichstellung der polnischen Sprache mit der deutschen auf und kündigte ihre Unterstützung für diejenigen Kandidaten für die Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses an, die ihre Bemühungen unterstützen würde.⁴⁸⁷

Während die Politikwelt Galiziens voller Spannung auf die künftige Positionierung der bäuerlichen Vertreter wartete, hielt man an der rechten Seite des galizischen Parteispektrums Ausschau nach günstigen Gelegenheiten, die dem gemäßigteren Teil des nationaldemokratischen Lagers zur Mehrheit verhelfen würden.⁴⁸⁸

⁴⁸⁷ Die Volkspartei stimmte für Weisskirchner. Siehe Stapiński an Wysłouch vom 13.07.1907, Ossol. 7183, S. 247-250.

⁴⁸⁸ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 141.

Parteien im galizischen Landtag 1907

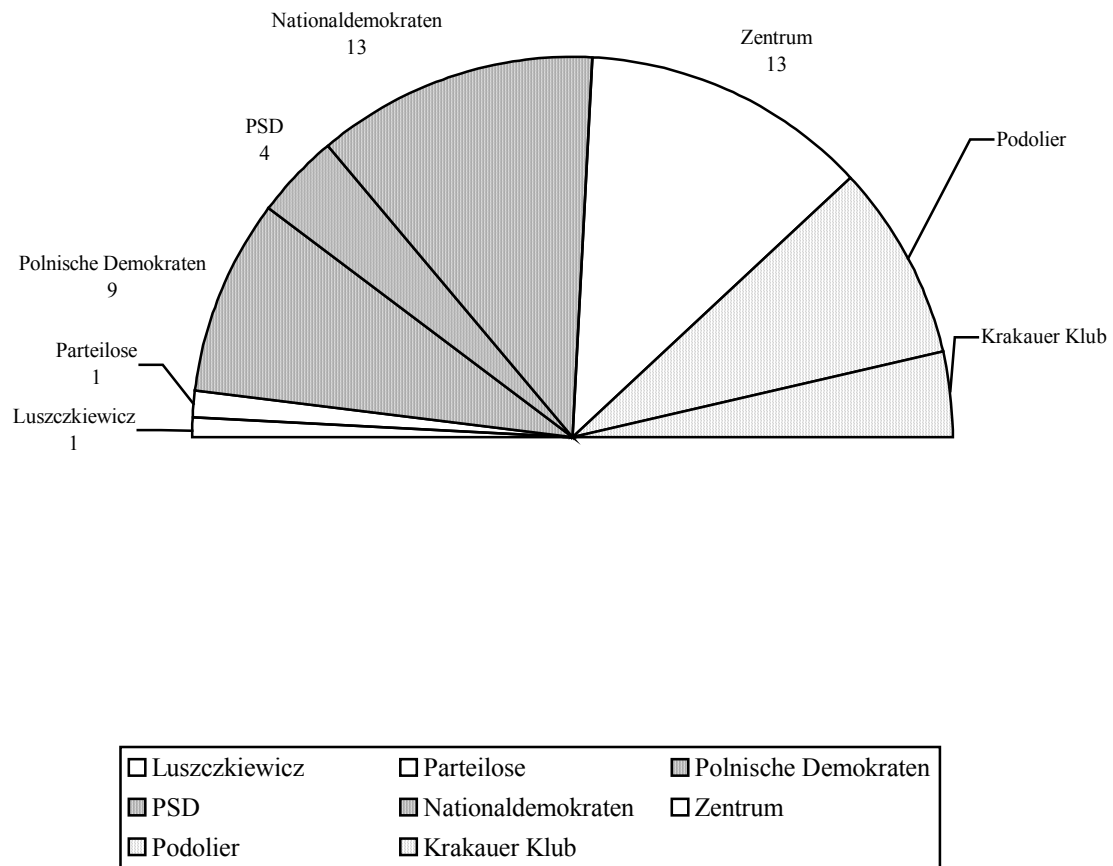


☒ Rusophile	☒ Ukrainische Nationaldemokraten
☐ Wilde (Pastor)	☐ Stojalowski Gruppe
☐ Volkspartei (PSL)	☒ Polnische Demokraten
☒ Nationaldemokraten	☐ Zentrum
☐ Parteilose (Tadeusz Cieski, Witold Czartoryski)	☒ Klub Podolischer Autonomisten
☒ Agrarier	☒ Krakauer Klub

* Klub Podolischer Autonomisten + Agrarier + Krakauer Klub = Landtags-Rechte (66 Mandate)

Quelle: Michał Bobrzyński, Z moich pamiętników, Wrocław 1957
 Entwurf: Teresa Stochel-Nabielska, Grafik: Piotr Galler

Polnische Parteien des Polenklubs im Abgeordnetenhaus 1907



* Podolier + Krakauer Klub = 13 Mandate

Außerhalb des Polenklubs standen: Volkspartei (16), Sozialdemokraten (6) - darunter 4 polnische und 2 ruthenische, Zionisten (3), Wilde(Breiter und Gross) (2), Ruthenen(25) ohne zwei Sozialdemokraten

Quelle: *Nowa Reforma* 249(3.06.1907)

Entwurf: Teresa Stochel-Nabielska , Grafik: Piotr Galler

VIII. Alte Ziele – neue Wege. Das konservative Lager auf dem Weg der Konsolidierung.

Das Verdrängen der Konservativen von der Spitze des Polenklubs in Wien 1907 bedeutete zwar nicht das Ende ihrer Bedeutung und ihres Einflusses in Galizien, löste aber in besitzenden Kreisen große Besorgnis aus. Da dem Polenklub nur die Hälfte der galizischen Abgeordneten angehörte, machte sich jetzt die pessimistische Stimmung breit, dass die zweite Hälfte "ohne klare politische Gedanken" nur auf den Kampf mit dem Polenklub ausgerichtet sei. Nachdem das Privilegienparlament dem Ansturm des Volkes erlag, fürchteten die Konservativen den wachsenden Druck in der Frage der Einführung einer demokratischen Wahlreform auch für den Landtag.⁴⁸⁹ Die Position der *Stańczyken* war besonders ungünstig. Auf der einen Seite wuchs die Bedeutung ihres Intimfeindes, der Allpolen, auf der anderen musste die Bauernbewegung im Auge behalten werden. Was den Krakauer Konservativen ein zusätzliches Kopfzerbrechen bereitete, waren die ostgalizischen Konservativen - die *Podolier*. Zwar füllten die beiden Teile der Konservativen die rechte Seite des galizischen Parteienspektrums aus und waren bemüht, nach außen hin homogen zu wirken, innerlich war das konservative Lager kein monolithischer Block. Schon unter dem Begriff "konservativ" schienen die beiden Gruppierungen jeweils anders zu verstehen.

A. Die Ultrakonservativen in Ostgalizien.

Der Klub der Ultrakonservativen - der politische Arm der ostgalizischen Schlachta, die in diesem Teil des Landes Politik und Wirtschaft für sich monopolisierte - war bunt zusammengewürfelt. Hier fanden sich geadelte Armenier und Emporkömmlinge wie Kajetan Agopsowicz und Emil Torosiewicz, Grundbesitzer wie Aleksander und Kornel Krzeczunowicz⁴⁹⁰, Vertreter der Schlachta mit einigen bekannten Namen wie Leon Graf Piniński, der 1898-1903 das Amt des Statthalters von Galizien innehatte und seit 1903 Mitglied des Herrenhauses war, oder wie die Gebrüder Adam und Agenor Gołuchowski, Apolinary Ritter von Jaworski, Jerzy Graf Dunin-Borkowski oder Jerzy Graf Baworowski.

⁴⁸⁹ Bobrzyński an Władysław Gnięwosz vom 2.06. 1907, Ossol. 6815.

⁴⁹⁰ KORNEL KRZECZUNOWICZ (1813-1881) – Podolischer Grundbesitzer und ostgalizischer Konservative. Fachmann von Steuerangelegenheiten und Katastermessungen, spezialisierte sich auf die Verteidigung der Interessen der Großgrundbesitzer vor den Forderungen der Bauern. Inhaber eines der schönsten Landgüter, Bolszowiec, in Ostgalizien. Vgl. WŁADYSŁAW POBÓG-MALINOWSKI, *Najnowsza historia polityczna Polski* [Neueste Geschichte Polens]. London 1963, Bd.I, S. 328; Siehe auch CHŁĘDOWSKI, *Pamiętniki*, Bd.I, S. 268.

Dieses politische Lager machte nicht nur im direkten Vergleich mit dem Ursprung und den Verdiensten der Mitglieder des Krakauer Klubs eine deutlich schlechtere Figur. Im Gegensatz zu den Krakauer Konservativen, deren politische Weltanschauung sich auf einem höheren niveau befand – sie belegten ihre Ausführungen über die Notwendigkeit einer „moralischen Regierung“ als *antidotum* auf die Anarchie der Schlachta und einen Führungsanspruch der Konservativen darin in zahlreichen Schriften –, reduzierte die ostgalizischen Konservativen ihre scheinbar engere ideologische Sichtweise, die sich auf die Beibehaltung des herrschenden *Status quo* in den gesellschaftlichen Verhältnissen konzentrierte – noch dazu, wenn diese künstlich am Leben erhalten wurden – auf eine gedankenträge Spezies – die ewig im Alten Verbliebenen „mit einem Hang zum Opportunismus und Intrige“⁴⁹¹.

Etwas leichter zu verstehen waren die Poldolier, wenn man die sozialen Verhältnisse im Osten des Landes betrachtete. Für die polnischen Herren, die unter der vorwiegend ruthenischen Bauernbevölkerung eine kleine Minorität waren, konnte jedes Zugeständnis der Regierung an die Ruthenen oder eine demokratische Wahlreform zu einer existenziellen Bedrohung sowohl im ökonomisch-sozialen als auch im nationalen Sinn werden. Vielleicht wäre uns eine größere Chance beschert, das schlechte Image der ostgalizischen Konservativen, das sich in der polnischen Historiographie fest verankert hatte, zu widerlegen, wenn wir über ähnliche persönliche Erinnerungen der führenden Persönlichkeiten in diesem politischen Lager verfügen würden, wie etwa im Falle der Stańczyken.

Das krasse Gegenteil eines engstirnigen ostgalizischen Konservativen – aber in seiner Ausnahme gleichzeitig eine gewisse Bestätigung der verbreiteten Meinung – war Wojciech Graf Dzieduszycki, den wir bereits als Befürworter der Kontinuität der „jagiellonischen Idee“ in der österreichischen Politik als Remedium für die Nationalitätenkonflikte kennen gelernt hatten.⁴⁹² Schon die vielseitigen Interessen und die enorme Begabung dieses

⁴⁹¹ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 175; Bobrzyński meinte hier DAWID ABRAHAMOWICZ (1839-1926) – 1869-1914 Landtagsabgeordneter, 1875-1918 Reichsratsabgeordneter, Präses im Abgeordnetenhaus und Vorsitzender des Polenklubs, Minister für Galizien 1907-09; Abrahamowicz, der kaum Ausbildung hatte, galt als besonders Intrigen liebend. Opportunismus allerdings konnte man ihm vorwerfen nur hinsichtlich der Wahl der Mittel, die zum Ziel führten, nie aber im Bezug auf das Ziel und politische Grundsätze selbst. Siehe RYSZARD SADAJ, Kto... S. 32, sowie CHŁĘDOWSKI, Bd. II, S. 93.

⁴⁹² WOJCIECH GRAF DZIEDUSZYCKI (1848-1909) – begann seine politische Tätigkeit als Landtagsabgeordneter, gewählt 1876 in der Kurie des Großgrundbesitzes im Kreis Stanisławów; Reichsratsabgeordneter (1879-1886, 1895-1909); seit dem 4. März 1900 Vizeobmann des Polenklubs, 1904-06 Vorsitzender des Polenklubs und seit 1907 bis zu seinem Tod wieder Vizepräses in diesem Gremium; Minister für Galizien im Kabinett Beck seit 1906 bis zum 20. November 1907; Autor zahlreicher politischen Schriften und philosophischer Betrachtungen, u.a. „Ateny“ 1877, „Stosunki wyborcze w Galicji“ (Wahlverhältnisse in Galizien)

Politikers(Dzieduszycki war Historiker, Archäologe, Kunsthistoriker, Universitätsprofessor, Parlamentarier, Minister, Poet, Journalist, Landbesitzer, Kunstmäzen, Pferdezüchter) weckte die Neugierde der Zeitgenossen. Den Beinamen „der letzte Athener im griechischen Tempel am Franzensring“ verdankte der polnische Adelige nicht nur seiner klassischen Ausbildung und Vorliebe für philosophische Weisheiten der Antike, sondern auch seinen geschichtsphilosophischen Überlegungen, Zukunftsvisionen eines Europäers, festgehalten u.a. in dem Buch *„Dokąd nam iść wypada“*(Wohin sollen wir gehen).⁴⁹³ Als überzeugter Konservativer - aber kein hartnäckiger Gegner anderer politischen Überzeugungen - huldigte Dzieduszycki den klassischen konservativen Grundsätzen: 1) der Tradition als Garant wenn schon notwendig dann evolutionärer Veränderungen, 2) der politischen Exklusivität, gestützt auf den Zensus der bürgerlichen Tugend, des Wissens und der Kompetenz (daher auch bei ihm die Ablehnung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1905-06 und kritische Worte an den Sozialismus als Nährboden für destruktive Kräfte), 3) dem sozialen Solidarismus als Garant einer gut funktionierenden Gesellschaft, und 4) der Religion als moralische Stütze gesellschaftlichen Zusammenlebens (Lösungen für soziale Probleme etwa bei den Arbeitern, jedoch hauptsächlich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen betreffend, sah Dzieduszycki ähnlich wie die katholischen Organisationen, die auf der Grundlage der Ideen der großen päpstlichen Enzykliken entstanden).⁴⁹⁴

Als Politiker mit Weitblick war Dzieduszycki eine Autorität und Liebling ausländischer Berichterstatter wie *Times*, *Daily Telegraph*, *Temps* oder *Frankfurter Zeitung*. Berühmt wurde das Interview des englischen Journalisten, Henry W. Steed, mit dem Grafen, in dem der Konservative seine kühle Einschätzung der österreichischen Politik abgab: „Studieren sie die Geschichte, Bräuche und Bedürfnisse der Völker, die der Monarchie angehören als Ganzes. Daraus kann man schließen, in welchen Umständen welche Politik erforderlich wäre. Dann

1879, *„Listy ze wsi“*[Briefe aus dem Dorf] 1891-92, *„Listy czytelnika“*[Lesebriefe]1892, *„Listy o wychowaniu“*[Briefe über die Erziehung] 1893. Vgl. Nachruf in *Gazeta Narodowa* 68,69,71(1909), *Słowo Polskie* 137,142(1909), *Naprzód* 87(1909), *Przyjaciół Ludu* 14(1909), sowie BOBRZYŃSKI, *Z moich...*,S. 142; Siehe auch CHŁĘDOWSKI, *Pamiętniki*, Bd. II, S. 225-228 und STEFAN KENIEWICZ, *Wojciech Dzieduszycki*; In: *Polski Słownik Biograficzny*, Kraków 1948, Bd. VI, S. 127.

⁴⁹³ WOJCIECH DZIEDUSZYCKI, *Dokąd nam iść wypada* [Wohin sollen wir gehen], Brody 1910.

⁴⁹⁴ WOJCIECH DZIEDUSZYCKI, *Listy czytelnika*, Lwów 1892, S. 273-275; siehe auch KRZYSZTOF KAROL, *Osobliwy Podolak. W kręgu myśli historiozoficznej i społeczno-politycznej Wojciecha hrabiego Dzieduszyckiego* [Ein seltsamer Podolier. Rund um den geschichtsphilosophischen und sozio-politischen Gedanken Wojciech Graf Dzieduszyckis], Kraków 1993.

gehen sie davon aus, dass Österreich immer an einer entgegengesetzten Meinung festhalten wird.“⁴⁹⁵

Als Befürworter einer Zusammenarbeit mit der österreichischen Monarchie, aber kein Verfechter einer lakaienhaften Haltung gegenüber der Regierung auf Kosten der polnischen Interessen, beäugte Dzieduszycki kritisch sowohl die übertriebene Loyalität der Stańczyken als auch die Politik des Anführers der ostgalizischen Konservativen Grocholski, der stur an seiner Linie der Ablehnung jeglicher innerer Reformen im Lande festhielt. Die um Wojciech und Tadeusz Dzieduszycki und die Fürsten Jerzy und Roman Czartoryski seit 1880 versammelte zwanzigköpfige „Athener-Gruppe“ - eine Fraktion der jüngeren konservativen Landtagsabgeordneten aus Podolien und Pokucie - war Ausdruck dieses Mittelwegs zwischen beiden Haltungen.⁴⁹⁶ Drei Jahre später wurde diese Gruppierung zur tragenden Säule einer Partei der Mitte, die sich wieder auf Initiative Dzieduszyckis und Tadeusz Pilats im galizischen Landtag konstituierte.

Die Vorkommnisse Im Juli 1883 veranlassten programmatisch nahestehende Gruppierungen dazu, sich zu größeren Formationen zusammenzuschliessen. Und dies sollte nicht nur eine größere Durchschlagskraft beim Umsetzen der eigenen Vorhaben bewirken. Hauptgrund für diese rege Betriebsamkeit sechs Wochen vor der Einberufung des neuen Landtags war das geplante Zusammenrücken der 14-köpfigen „Athener-Gruppe“ mit der Sezession aus dem Stańczyken-Lager, die zusammen 22 Abgeordnete zählen würde. Diese Zentrums-Fraktion⁴⁹⁷ sollte - wie man betonte - keine Opposition gegenüber der Regierung

⁴⁹⁵ Gazeta Narodowa 71(28.03.1909).

⁴⁹⁶ Das Presseorgan der ostgalizischen Konservativen, Gazeta Narodowa, gab keine Stellungnahme dazu ab. Im Zusammenhang mit der Eröffnung der Landtagssession tauchte einzig die Nachricht auf, dass in einer vertraulichen Sitzung des Polenklubs das Faktum ans Licht kam, im Landtag wären vier politische Klubs vorhanden: der Fortschrittliche Klub mit 32 Mitgliedern unter der Führung von Dr. Euzebiusz Czerkowski, der Klub der Podolier mit über 20 Mitgliedern mit Grocholski an der Spitze, der Klub der Stańczyken oder „Reformenklub“ mit dergleichen Anzahl der Angehörigen, und schließlich die Gruppe der „Athener“. Siehe dazu Gazeta Narodowa 131(10.10.1880).

Die Tageszeitung Gazeta Narodowa (1862-1915) wurde anfänglich unter der Redaktion von Jan Dobrzański im demokratischen und liberalen Ton geführt, richtete sich jedoch nicht gegen Österreich. Erst seit 1886 wurde sie zum Organ der Ultrakonservativen.

⁴⁹⁷ Die Krakauer Konservativen, denen es zwar bewusst war, dass im Landtag gewisse Aufteilung in „Sippschaften“, Unterschiede privater Natur und Differenzen hinsichtlich der Vorgangsweise in bestimmten Fragen vorhanden waren, haben der angeblichen Teilung in vier einzelne Fraktionen anfangs wenig Bedeutung beigemessen. Für sie war die Tatsache wichtig, dass die Fraktionen konservativer Prägung, die im Landtag die Majorität hatten, hinsichtlich der politischen Ziele und Interessen - und hier war die Politik der Anlehnung an Österreich ausschlaggebend - in einer Linie standen. Siehe Czas 136(17.06.1883).

sein, sie strebte allein mehr Unabhängigkeit von ihr im politischen Handeln an. Angesichts dieser Entwicklung bemühten sich wiederum die durch die Abspaltung dezimierten Stańczyken, denen aufgrund der geschwächten Position im Lande und im Landtag nicht mal die Unterstützung der Regierungskreise gesichert wäre, um den Schulterschluss mit dem alten Klub der Podolier. Was den beiden Gruppierungen am Herzen lag, war die Haltung der Landtagsmehrheit und des Polenklubs in Wien gegenüber der österreichischen Regierung. Der Reform der Gesetzgebung im Lande allerdings, der sich die Stańczyken verschrieben hatten, standen viele ideologisch belastete Kräfte im Wege, vor allem bei Grocholski stieß man in dieser Materie auf Granit. Aus opportunistischen Gründen - die Verbindung mit den alten Ostkonservativen würde einen Klub mit fast vierzig Abgeordneten zustande bringen und damit ein Gegengewicht zu der neugegründeten Zentrums-Partei und dem eben so großen fortschrittlichen Lager schaffen - wurde bei den Stańczyken das Gemeinsame vor das Trennende gestellt, reformatorische Vorhaben zurückgeschraubt und der Klub der Stańczyken unter das Kommando Grocholskis in dem neu gegründeten gemeinsamen Block der „Autonomisten“ gestellt.⁴⁹⁸

Der Klub der Unabhängigen, auch Zentrum genannt, mit dem Führungskomitee Jerzy Fürst Czartoryski, Wojciech Graf Dzieduszycki, Józef Fürst Męcinski, Apolinary Ritter von Jaworski und Stanisław Madeyski (als Mitglieder des Klubs waren hier u.a. Matkowski, Graf Rej, Stanisław Graf Badeni, Zawadzki, Gorajski, Abrahamowicz, Tadeusz Pilat, Struszkiewicz versammelt) konnte sich im Landtag von Anfang an einen größeren Einfluss sichern, jedoch keine entscheidende Stimme.⁴⁹⁹ Eine starke Ausgangsposition brachte der Gruppierung schon die Wahl der Hauptkommission, die über alle Vorschläge hinsichtlich der Zusammensetzung aller Landtagskommissionen und überhaupt aller Wahlen, die im Landtag durchgeführt werden sollten, entschied. Von dreizehn Mitgliedern dieses entscheidenden Gremiums fielen vier dem Klub der Mitte zu: der alte Klub der Stańczyken bekam eine Stimme (Artur Graf Potocki), der alte Klub der Fortschrittlichen zwei (Czerkawski, Romanowicz), die Podolier zwei (Grocholski, Antoni Graf Golejewski), die „Wilden“ vier (Dr. Rybicki, Otto Hausner, Leon Chrzanowski, Adam Graf Sapieha) und der Zentrum Klub vier (Graf Rej, Józef

⁴⁹⁸ Vizepräsident in dieser Gruppierung wurde Alfred Graf Potocki, Sekretäre Władysław Łoziński und Stanisław Jędrzejowicz; Es ist wichtig festzuhalten, dass Grocholski, der 1868 als Anhänger der Autonomie für Galizien galt, 1883 der Ausgleichspolitik huldigte.

⁴⁹⁹ Auf Antrag Dzieduszyckis wurde schon 1878 von dem Landtagsklub beschlossen, dass der Polenklub in Wien Vermittler politischer Ansichten des galizischen Landtags zu sein hatte. In der Zeit von 1883 bis 1886 dagegen war die Unterstützung Dzieduszyckis für den „roten Fürsten“, Adam Sapieha, der den Stańczyken den Krieg erklärt hatte, unverkennbar.

Fürst Męciński, Matkowski, Wojciech Graf Dzieduszycki).⁵⁰⁰ Vom Vorteil für die Zentrums-Partei konnten auch Übereinstimmungen in bestimmten Fragen mit dem Klub der Fortschrittlichen sein - es zeichneten sich schon früher gute Kontakte zwischen den „wilden“ Abgeordneten und der alten Athener-Gruppe ab (z.B. zwischen Chrzanowski, Hausner, Adam Fürst Sapieha) -, wäre dieser durch interne Gärungen zwischen den Anführern nicht zerrissen worden. Am 24. September 1883 löste sich der fortschrittliche Klub auf, nachdem Czerkawski seine Funktion als Vorsitzender der Gruppierung niederlegen wollte und ein Teil der Klubmitglieder, darunter u.a. Dr. Hoszard, Lenartowicz, Janko, Dr. Skalkowski, Dr. Gross, Edward und Józef Simon, sich als „Wilde“ deklarierte.

Diese Ereignisse zogen auch Entscheidungen im Lager der Parteilosen nach sich, das sich ein Tag später zusammenfand, geleitet von der Absicht, über den weiteren Vorgang zu beraten. Die Tatsache, dass in dieser Versammlung auch die führenden Persönlichkeiten aus der Konkursmasse des soeben zerfallenen Klubs der Fortschrittlichen aufgetaucht waren, veranlasste die „Wilden“ auch ihren Zirkel zu reorganisieren. Zu groß war die Gefahr, den ursprünglichen Charakter, nämlich als Mittelpartei zwischen den konservativen Gruppierungen und der äußersten Landtagslinken (hier u.a. Romanowicz, Goldman, Fruchtmann, Rosner) zu verlieren und ausschließlich mit dem alten fortschrittlichen Klub in Verbindung gebracht zu werden. Nach der Spaltung des Klubs traten neun Abgeordnete (Bobczyński, Mieczysław Graf Borkowski, Gniewosz, Klucki, Korytowski, Polanowski, Popiel, Tomisław Rozwadowski, Władysław Wolański) dem Klub der Podolier bei.⁵⁰¹

Seit dem Tode Grocholskis 1889 verfügte das Gros der Parlamentarier wieder über keine Organisation - außer der Landtags-Linken und den Ruthenen -, denn die konservativen Gruppierungen waren erneut in einzelne Klubs aufgeteilt – die Krakauer Konservativen, Autonomisten und der Klub der Agrarier. Trotz des Widerwillens gegenüber den Stańczyken überlegte man auch in den Kreisen der Zentrums-Partei Möglichkeiten einer Festigung des rechten Flügels im Landtag. Dem Presseorgan der ostgalizischen Konservativen, *Gazeta Narodowa*, zufolge gewannen die gemäßigten Elemente in der Zentrums-Gruppierung, u.a. Stanisław Graf Badeni, Apolinary Jaworski, Antoni Chamiec und Stanisław Madeyski, die von so viel Selbständigkeit im Denken und Handeln selbst beunruhigt wurden, die Oberhand.⁵⁰² Das Vorhandensein einer Zentrums-Partei nach dem alten Muster bedeutete, die konservativen reaktionären Elemente dem Einfluss der Stańczyken zu überlassen. Außerdem war es zu befürchten, ein festgebundener Zentrums-Klub würde durch den starken Zustrom

⁵⁰⁰ *Gazeta Narodowa* 212(18.09.1883).

⁵⁰¹ Vgl. Ebda 220(27.09.1883).

⁵⁰² *Gazeta Narodowa* 218(22.09.1908).

ganz neuer, mit dem parlamentarischen Getriebe wenig vertrauter Abgeordneten im Landtag zur Steigerung der Zahl der „wilden“ Parlamentarier führen und sich schlecht auf den Verlauf der Arbeit auswirken. Wieder unter der Vermittlung des Grafen Wojciech Dzieduszycki, eines Mannes, der in der öffentlichen Meinung als der letzte galizische Politiker galt, der über die Gabe verfügte, gleichzeitig zu imponieren und ein breiteres Publikum mitreisen zu können, entschied man sich zu einer anderen Option, nämlich der Idee des Krakauer Klubs zuzustimmen und eine locker gebundene Union der konservativen Kräfte ins Leben zu rufen.⁵⁰³

Das Entgegenkommen der ostgalizischen Konservativen gegenüber der am 19. Oktober 1889 geschlossenen Union, die „der Stärkung der gesellschaftlichen Harmonie“ dienen sollte, welche als Voraussetzung für die „Wahrung der nationalen Tradition und Sicherung des gesunden Fortschritts“ galt,⁵⁰⁴ war mit einer Bedingung verbunden. Die Gruppierungen konservativer Prägung waren zwar im Großen und Ganzen an dieselben Ideen gebunden, in manchen Fragen und Bereichen kam es aber immer wieder zu einem Schlagabtausch. Die Konservativen Ostgaliziens warfen den Stańczyken einen ungesunden Konservatismus vor, der nur Reaktion sei und das Ziel hätte, „eine starke Regierung zu bilden und eine machtlose Gesellschaft“.⁵⁰⁵ Daher war für sie die Schaffung eines wirksamen Gegengewichts zu den Gelüsten des jüngeren Teils der Krakauer Konservativen, ständig den Ton anzugeben, von großer Wichtigkeit. Um ein besseres Funktionieren der Koalition zu ermöglichen, verzichtete

⁵⁰³ Der Klub der Krakauer Konservativen mit seinen 27 Abgeordneten war in allen wichtigen Kommissionen vertreten und hatte die bedeutendsten Referate inne (1/3 der Mitglieder gehörte der Budgetkommission an, dazu gehörte Tätigkeit in der Gemeinde- und Ackerbaukommission, Infrastrukturressort, die Spitze im Landesschulrat); Die Autonomisten Ostgaliziens bildeten dagegen den zahlenmäßig stärksten Klub in der Verbindung. Die 33 Abgeordneten kamen aus der früheren Partei der Mitte und einigen Abgeordneten aus dem Kreis Sanok. Die Letzteren gehörten ursprünglich der sogenannten „Gruppe“ an, einem Gebilde aus 17 Parlamentariern (u.a. Puzyna, Z. Kozłowski, S. Graf Zamoyski, A. Skrzyński). An der Spitze dieses Klubs, dem die Ehre zufiel, den Vorsitzenden der konservativen Union und später dem Landtag zu stellen, stand bis 1890 Kazimierz Fürst Sanguszko. Als dieser zum Landmarschall ernannt wurde, ging der Vorsitz an August Gorayski (Vizepräsident wurde Jan Graf Szeptycki). Nachdem 1892 Gorayski seine Funktion niederlegte, löste sich der Klub nach einer Abstimmung auf. Ein Teil der Abgeordneten ging zum Klub der Autonomisten über (darunter auch die Mandatare aus dem Kreis Sanok), ein anderer zu den Krakauer Konservativen; Die letzte größere konservative Gruppierung bildeten 20 Abgeordneten des Klubs der Agrarier unter dem Vorsitz von Stanisław Graf Stadnicki. Hier gehörten u.a. Pilat, Onyszkiewicz, Brykczyński, Schnell, Krzysztofowicz, Krański, Męcinski, Ignacy Graf Krasicki, Stecki, Gnoiński, Białoskórski, Czaykowski, Tadeusz Skrzyński). Siehe JAN TRZECIESKI, O stronnictwach sejmowych [Über die Landtagsfraktionen], Kraków 1900, S. 42.

⁵⁰⁴ Zu den Statuten der Koalition siehe *Kurjer Lwowski* 295(24.10.1889).

⁵⁰⁵ *Gazeta Narodowa* 244(22.10.1889)

man auf die obligatorische Klubsolidarität; jedem Mitglied der Union wurde die Freiheit der Beratungen in den Arbeitsgruppen und die Ungezwungenheit der Abstimmung in den einzelnen Angelegenheiten gewahrt. Das Zusammenrücken aller Gruppierungen konservativer Prägung sollte eine separate Kommission, zusammengesetzt aus den Delegierten jeder Gruppe, erleichtern und über die Arbeit im Landtag wachen. Im Statut der Union behielt man sich vor, dass die Bildung der konservativen Koalition in keiner Weise die Aufgaben und die Kompetenz des Polenklubs antaste.⁵⁰⁶

Obwohl es seit der Gründung der konservativen Landtags-Rechten 1889 keine Zentrums-Partei gab⁵⁰⁷, blieb Dzieduszycki immer ein Exponent des Wegs der Mitte. Er kritisierte sowohl alle anarchischen Bewegungen als auch absolutistische Gelüste und rühmte stets die Vorzüge des Konstitutionalismus und Parlamentarismus. 1897 machte der Graf von sich reden, als er in seinem „Autonomisten-Programm“ die Ausdehnung der Landtagskompetenzen und eine sprachliche Vereinheitlichung im Schulwesen Galiziens forderte.⁵⁰⁸

B. Ideologisch gefestigt – „modern“ eingestellt? Die Neokonservativen und ihre Versuche zur Stärkung des rechten Parteienspektrums.

In ihrem Konservatismus übertrafen die ostgalizischen Konservativen die Stańczyken an rückschrittlicher Gesinnung und Eigennutz. Als Befürworter der Selbständigkeit Galiziens unterstützten sie die Beschlüsse von 1868. Die Richtung und Formen dieser Autonomie sollten natürlich ihren Interessen angepasst werden. Vor allem in den Bereichen Gemeinde, Straßen und Schule hatten die ostgalizischen Konservativen einige für sie günstige Gesetze durchgesetzt, die sie mit allen Kräften verteidigten.

⁵⁰⁶ Hier wurde dem Vorschlag des Abgeordneten Chamiec zugestimmt.

⁵⁰⁷ Das frühere Zentrum verlor von den alten Mitgliedern, die sich keiner anderen Gruppierung anschlossen, zwei Abgeordnete (Alfons Czaykowski, Franciszek Hoszard). Geblieben war der Adlige JERZY CZARTORYSKI (1828-1912) - ein „Schöngest“ und Stammgast der Wiener Kunstwelt, dem man nachsagte, sein Geschlechtsstolz würde ihm nicht erlauben, sich einem Vereinsleben zu verschreiben. In die Politik ging Czartoryski unter dem Einfluss seiner Frau, einer gebürtigen Tschechin. Als Landtags- und Reichsratsabgeordneter blieb er ohne größeren Einfluss, daher aber seinen Prinzipien treu. Im Landtag liebäugelte der Adelige mit den Ruthenen, im Reichsrat mit den Tschechen und agierte auf eigene Hand je nach Laune mal nach links, mal nach rechts. Siehe CHŁĘDOWSKI, Pamiętniki, Bd. I, S. 270.

⁵⁰⁸ Czas 67(23.03.1909).

Obwohl beide Schattierungen des galizischen Konservatismus als Bremse der gesellschaftlichen Entwicklung wirkten und liberale Regungen am liebsten im Keime erstickten, zeigte sich bei der jüngeren Generation der Stańczyken eine neue Ideologie. Die Neokonservativen waren bereit - selbst auf Kosten einiger politischen Zugeständnisse - die reicheren Bauern bei der politischen und gesellschaftlichen Arbeit in Galizien mitwirken zu lassen. Dieses Vorhaben wurde angesichts des drohenden Mehrheitsverlustes im Polenklub sowie der wachsenden Selbständigkeit der Bauern wieder aufgenommen und signalisierte wenn nicht gleich eine gravierende Wandlung in der bisherigen Haltung der Stańczyken, dann zumindest eine größere Kompromissbereitschaft, was man von den ultrakonservativ Gesinnten nicht behaupten konnte.

Obwohl der Reformwille von Seiten der Stańczyken am Beharrungsvermögen der Partei der Erhaltung nicht nur einmal zerschellte, kam es nie zu einem offenen Kampf zwischen den beiden Flügeln im konservativen Lager. In dem jahrzehntelangen Ringen gewannen die Podolier - ähnlich wie etwa 1883 - die Oberhand.⁵⁰⁹ Für Irritationen und Auflockerung der konservativen Union sorgten Schwergewichtsthemen, wie die ruthenische Frage und die Versuche der Stańczyken, einige Reformen in Galizien vorzunehmen. Die podolische Schlachta betrachtete die ruthenische Frage als eine regionale, ostgalizische und nicht gesamtpolnische Angelegenheit. Von dem wachsenden ukrainischen Radikalismus fühlte sie sich direkt betroffen. Im Namen "der Verteidigung des polnischen Besitzes" torpedierten die podolischen Konservativen alle Projekte der Stańczyken, bei denen auch die ruthenische Bevölkerung Galiziens in irgendeiner Weise begünstigt werden könnte. Im Jahre 1897 schlugen die Krakauer Konservativen die Übergabe der Schulen unter die Aufsicht der Geistlichen vor, was bei den Podoliern die Befürchtung hervorrief, die Volksschulen würden durch den ruthenischen Klerus beherrscht.⁵¹⁰ Die ostgalizischen Konservativen dämpften auch das Vorhaben der Verbreitung von Gymnasien in Galizien, um ähnlichen Forderungen von Seite der ruthenischen Bevölkerung vorzubeugen. Auch bei dem Terrorsystem der Verwaltung den Ruthenen gegenüber, das sich vor allem in den Wahlkampagnen äußerte, waren die Podolier federführend. Das Krakauer Lager versuchte vergeblich, ihren ostgalizischen Koalitionspartner von der Wichtigkeit einer Lösung des wichtigsten Problems im Westen des Landes zu überzeugen, nämlich der Notwendigkeit der Beilegung des ewigen Konflikts zwischen den Bauern und dem Gutshof.

Aber auch Ostgalizien hatte seine sozialen Unruhen, die nicht ohne Einfluss auf die schwindende Einigkeit im Lager der podolischen Konservativen blieben. Die ungeheure Ausbeutung der Landarbeiter

⁵⁰⁹ BOBRZYŃSKI, Z moich ..., S. 117.

⁵¹⁰ POBÓG-MALINOWSKI, Najnowsza..., S. 328.

und die ungelöste Angelegenheit der Servitute trieb die Bauern in die Rebellion. Trotz der Enttäuschung über die Haltung des Statthalters, der den geforderten Belagerungszustand in Ostgalizien während der Agrarstreiks des Jahres 1902 nicht einführte, stand die ältere Generation der Podolier nach wie vor treu zur Regierung und ihren Institutionen. Sie konzentrierte sich in ihrer Politik auf die ländlichen Elemente der Gesellschaft, es ging schließlich um die Mandate aus der Kurie der Landgemeinden bei den Wahlen. Die Interessen der jüngeren Generation gingen über diese natürlichen Einflussgrenzen des Großgrundbesitzes hinaus zu der städtischen Intelligenz. In dieser suchten sie nämlich Hilfe im Kampf mit den wachsenden sozialen und nationalen Emanzipationsbestrebungen der Ruthenen. Da sich aber ein Teil des Bürgertums zu dem nationaldemokratischen Lager bekannte, wurde auch ein Teil der ostgalizischen Konservativen ein fruchtbarer Boden für das polnisch-nationale Gedankengut.⁵¹¹

Für die um eine Homogenität im konservativen Lager bemühten Krakauer Konservativen erwies sich als äußerst beunruhigend auch eine andere Tatsache. Einige konservativen Elemente, die sich als Parteilose ausgaben, u. a. Witold Czartoryski und Tadeusz Cieński, pflegten enge Kontakte mit den podolischen Autonomisten und versuchten sie von jeglichen Zugeständnissen an die ruthenische Bevölkerung und die polnische Volkspartei abzubringen. Da die Stańczyken ein weiteres destruktives Einwirken dieser Elemente auf die Landtags-Rechte fürchteten, wandten sie sich wieder intensiver den Volksparteilern zu und setzten die Verhandlungen rund um den Beitritt der bäuerlichen Fraktion zum Polenklub fort. Wie viel von diesem Beitritt abhing, wird aus der Meinung einiger Politiker aus dem Lager der Krakauer Konservativen deutlich. Man war bereit, den Bauern "goldene Brücken" zu bauen, um sie für die neokonservative Politik zu gewinnen.⁵¹² Was sich die Stańczyken von diesem politischen Schachzug versprochen, war die Stärkung der Position der Polen im Abgeordnetenhaus in Wien und die Neutralisierung der polnischen Opposition im Landtag. Vor allem erhoffte man sich, dass die Frage der Wahlreform für den Landtag von der Position der absoluten Priorität zum bloßen Diskussionsstoff in den Wandelgängen des Parlaments abrutschen würde.

Ein Teil der galizischen Schlachta empfand aber eine solche Verbindung der Konservativen mit der bäuerlichen Fraktion als sehr radikal. Die besitzenden Kreise fürchteten, dass die Kosten für alle Zugeständnisse an die Volkspartei vom Adel getragen werden müssten. Der Schwierigkeit des Unterfangens waren sich selbst die Autoren des Projekts bewusst, auch hier zeigten sich Bedenken.⁵¹³ Bobrzyński fürchtete eine mögliche Verschiebung des Gleichgewichts nach links und damit eine Änderung der politischen

⁵¹¹ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S.179.

⁵¹² Gniewosz an Bobrzyński vom 8.06.1907, BJ19/35, Nr. 13.

⁵¹³ HENRYK OLSZEWSKI, Historia doktryn politycznych i prawnych [Geschichte der politischen und rechtlichen Doktrinen], Warszawa 1984, S. 360.

Richtung im Polenklub.⁵¹⁴ Politische Gegner Bobrzyńskis mutmaßten noch dazu, diese Allianz würde auf der Bestechung von Abgeordneten basieren und das Ansehen der Regierung untergraben.

Es ist wichtig festzuhalten, dass die Ideen Bobrzyńskis nicht zum ersten Mal unpopulär wirkten. Der Pessimismus, der aus seinen historischen Schriften sprach, gepaart mit dem trockenen Wesen des Rechtswissenschaftlers und seiner apodiktischen Art waren nicht gerade Faktoren, die das Einleben eines Historikers in der politischen Szene erleichterten.⁵¹⁵ Davon legte der Fall der Kandidatur des Juristen bei den Gemeindewahlen in Krakau 1883 am Anfang seiner politischen Karriere Zeugnis ab. Da die Herstellung des Kontakts mit den Wählern sich als schwierig herausstellte, Bobrzyński aber im Lager der Krakauer Konservativen als Autorität galt, verhalf man ihm bei den Reichsratswahlen im Juni 1885 in der Kurie des Großgrundbesitzes zum Erfolg (hier waren vor allem die Einflüsse Adam Potockis zu spüren sowie die Einigkeit der kleinen Wählergruppe).⁵¹⁶ Auch als Vizepräsident des Landesschulrates 1890-1901 machte sich der Konservative durch seine unpopulären Maßnahmen, die ihn österreichischer wirken ließen als die Österreicher selbst, im Kreis der Lehrer kaum Freunde.

Der Kalkül der Stańczyken 1907/08 musste also darauf hinsteuern, dass man die Bauern für die eigene Politik gewinnt, ohne die eigenen Interessen zu sehr zu gefährden. Damit knüpfte man an die Idee an, die eine Gruppe junger Anhänger der Stańczyken 1896 zu verwirklichen suchte. Von der schnellen Entwicklung der Bauern- und Arbeiterbewegung am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jh. beunruhigt, sahen diese Elemente einen Wechsel der bisherigen politischen Taktik und eine Modifizierung des Programms als notwendig an.

Dass die Monopolisierung der Macht in Galizien in ausschließlich konservativen Händen auf lange Sicht nicht möglich sei, war manch einem Abgeordneten aus dem Lager der Krakauer Konservativen bewusst. In welche Richtung die künftige Politik gehen sollte, drückte Adam Potocki schon 1868 in einer seiner Landtagsreden aus: „An die großen Volksmassen sollten wir uns anlehnen und diese in die politische Tätigkeit einbinden, weil einzig dort die

⁵¹⁴ Bobrzyński an Gniewosz vom 2.06.1907, Ossol. 6815/11, S. 9-13.

⁵¹⁵ MICHAŁ BOBRZYŃSKI (1849-1935) - Historiker und konservativer Politiker. Doktor der Rechtswissenschaften an der Jagiellonischen Universität in Krakau und 1879 im Alter von 30 Jahren bereits ordentlicher Professor. Seine historische Arbeit *Dzieje Polski*, die sein politisches Bekenntnis zum Klub der Stańczyken war, löste wie keine andere viele Kontroversen aus. Kritik dieses Werks kam von Liske, Szujski und Koźmian; Parlamentarische Tätigkeit seit 1885. Kam hier als ein Widersacher der Demokraten (Romanowicz, Asnyk, Pawlikowski); Seit 1890-1901 Vizepräsident des Landesschulrats. Seit 1903 wieder im Abgeordnetenhaus bis zu seiner Nominierung zum Statthalter für Galizien von 1908-1913; Seit 1914 Mitglied des Herrenhauses.

⁵¹⁶ Vgl. WALDEMAR ŁAZUGA, Ostatni Stańczyk. Michał Bobrzyński – portret konserwatysty [Der letzte Stańczyk. Michał Bobrzyński – das Porträt eines Konservativen], Poznań 1982, S. 75.

Kraft und Macht liegt, und hier [im Landtag – Anmerkung T.S-N.] sind wir nicht nur einer sozialen Klasse Repräsentanten, sondern der ganzen Gesellschaft.“⁵¹⁷ Nun schritten die Neokonservativen von theoretischen Projekten zur politischen Tat und versuchten das konservative Lager in eine „elastischere“ gesellschafts-politische Bewegung umzuwandeln und Verbündete aus anderen Parteien - Verfechter gemäßigter Reformen - für sich zu gewinnen. Bobrzyński, der als Brücke zwischen den Stańczyken und den Neokonservativen galt, hegte selbst ehrgeizige Pläne hinsichtlich der bäuerlichen Bewegung. Ihm schwebte vor, eine Partei des mittleren Besitzes zu bilden, die reichere Bauern um sich scharen würde - denn nur solche hätten mit dem Großgrundbesitz gemeinsame Interessen -, und die gleichzeitig eine Art Schutzdamm vor destruktiven, volkstümlichen Kräften bilden würde.

An der Spitze dieser neokonservativen Bewegung standen Grundbesitzer wie Piotr und Antoni Górski, Jan Hupka⁵¹⁸ sowie junge Wissenschaftler - spätere Professoren der Jagiellonischen Universität in Krakau - Adam Krzyżanowski und Władysław Leopold Jaworski. Sie gründeten 1896 den Klub Społeczny (Gesellschaftlicher Klub) und gaben ihre Zeitschrift *Ruch Społeczny* (Gesellschaftliche Bewegung) heraus, wo die konservativen Ideen in einer liberalen Verpackung verbreitet wurden. Die Neokonservativen erarbeiteten kein separates Programm. Nach wie vor lautete ihre Devise "Loyalität dem österreichischen Kaiser gegenüber", aber verbunden mit der Idee der Erhaltung der Einheit des Volkes und der Arbeit an der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.⁵¹⁹ Interessant ist, dass diese junge Generation der Stańczyken die Wiederherstellung der polnischen Unabhängigkeit in der Zukunft zwar nicht ausschloss, in ihrer Presse aber solche Begriffe wie "polnischer Staat" oder "Unabhängigkeit" nicht verwendete.⁵²⁰

Anstatt polizeilicher Maßnahmen und Verwaltungsdruck im Umgang mit der Bauernbewegung, die die Konservativen der alten Schule angewendet haben, schlugen die Neokonservativen eine durchdachte ökonomische Politik vor, die zu einem Umbau der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Struktur des Landes führen sollte. „Arbeit im großen Stil bedeutet Reform der Gesetzgebung im Agrarbereich, der Frage der Emigration, der inneren Kolonisation, Parzellierung und Kredite; Lokale Arbeit dagegen heißt kennen lernen jedes einzelnen Kreises, Verbesserung der lokalen Verhältnisse, Ausnutzung der Naturschätze

⁵¹⁷ STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 20. posiedzenia, II. sesji, II. periodu vom 22.09.1898, S. 411.

⁵¹⁸ JAN HUPKA (1866-1952)- konservativer Politiker aus dem Klub der Stańczyken; Landtagsabgeordneter 1901-1913, Mitglied des Landesausschusses 1906-1914; Beschäftigte sich mit den Problemen der Emigration.

⁵¹⁹ *Czas* vom 19.07.1896.

⁵²⁰ FIGOWA F., *Polskie stronnictwa burżuazyjne w latach I wojny światowej* [Polnische bürgerliche Parteien in den Jahren des Ersten Weltkrieges], Katowice 1962, S.24.

und schließlich Bildung einer Reihe von landwirtschaftlichen Vereinen als Hilfe zur Selbsthilfe“ - so lauteten die Richtlinien dieser vorwiegend auf Agrarinteressen zugeschnittenen konservativen Bewegung.⁵²¹

Auf die Vergrößerung ihrer gesellschaftlichen Basis bedacht, versuchten die Neokonservativen einen Spagat zwischen Tradition und Innovation. Der Antrag von Jan Hupka, die so genannte "lex Hupka", über die Unteilbarkeit der Bauerngrundstücke war einer der ersten Projekte, welche die Allianz zwischen dem konservativen Großgrundbesitz und den wohlhabenden Bauern begünstigen sollten. Dieser Vorschlag ist gefallen, da die Bauern darin die Rückkehr zu den Fronzeiten sahen. In dem neokonservativen Vorhaben stand der Faktor "Tradition" deutlich im Vordergrund. Man hat die Interessen des Großgrundbesitzes nicht aus den Augen gelassen. Das spiegelte sich etwa in dem Vorschlag der Bildung von Sammelgemeinden, den Gebilden von einigen Gutshöfen und einigen Dorfgemeinden, wider. Da der Gemeindevorsteher von der Verwaltung ernannt werden sollte und nicht wie bisher gewählt, hätten nach diesem Modell die Großgrundbesitzer nach wie vor die entscheidende Stimme in der Gemeinde gehabt und würden weiterhin keine Gemeindelasten tragen.

Nicht nur die misstrauischen galizischen Bauern schüttelten ablehnend die Köpfe hinsichtlich mancher Ideen des jüngsten Teils der Krakauer Konservativen, auch die Überzeugungsarbeit bei den Konservativen im Osten des Landes für diese Art Politik trug kaum Früchte.⁵²² Die Ultrakonservativen lehnten die Vorschläge zur Bildung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, welche die Neokonservativen zum ersten Mal noch vor der Gründung ihres Klubs 1894 machten und später 1899 und 1902 wieder aufnahmen, ab.⁵²³

Im Februar 1908 löste sich der Klub der Neokonservativen zwar auf, da die Struktur der Organisation dazu nicht geeignet war, sich mit anderen Parteien und Gruppierungen zu verständigen⁵²⁴, doch im Lager der Stańczyken widmete man sich, trotz all Hindernisse und gegen erheblichen Widerstand, dem Abschluss eines Kompromisses mit der Volkspartei. Nach den Reichsratswahlen von 1907 war der Zeitpunkt für Verhandlungen günstiger.⁵²⁵ Da mit der

⁵²¹ Vgl. Beilage zu *Czas* 166(1899).

⁵²² Was die Bauern mit der Zeit und mit gewissen Änderungen akzeptierten, war der Vorschlag von Stanisław Potoczek über die Bildung größerer Grundgüter, die günstige Kredite bekommen sollten, vorausgesetzt, sie würden keiner Teilung innerhalb von mehr als fünfzig Jahren erlegen. Vgl. *Przyjacieł Ludu* 26 und 32(1901).

⁵²³ ANTONI GÓRSKI, *Dwanaście lat istnienia Klubu Konserwatywnego* [Zwölf Jahre des Bestehens des Konservativen Klubs], Kraków 1908, S. 25.

⁵²⁴ Ebda, S. 55.

⁵²⁵ Über die Notwendigkeit der Einbindung der Volkspartei in die Regierungsverantwortung siehe Andrzej Potocki

Durchsetzung des neuen Wahlrechts ins Parlament die bäuerliche Fraktion einen ihrer wichtigsten Programmpunkte realisierte, verlor die frühere radikale Stimmung in der Partei deutlich an Intensität. Viele Funktionäre der Volkspartei, vor allem die wohlhabenden, waren jetzt auf ihren Nutzen bedacht. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen würde der Beitritt zum Polenklub der relativ jungen Partei die Möglichkeit geben, sich von einem kleinen Wirkungsbereich, der sich auf die lokalen Bauernsorgen begrenzte, auf eine größere politische Arena zu begeben. Stapiński, der die Verhältnisse im galizischen Dorf ausgezeichnet kannte, berührte sehr geschickt die empfindlichen Saiten der bäuerlichen Mentalität. Er lobte die Bauern, schmeichelte ihnen, ermutigte sie zur Arbeit in eigener Sache und dort, wo gute Argumente nicht reichten und seine Überzeugungskraft auf der Strecke zu bleiben schien, schwor der Parteiobmann auf alles, was ihm heilig war - was auf der Dorfbevölkerung eindeutig einen Eindruck machte. So gelang es Stapiński, eine Schar ihm treu ergebener Parteifunktionäre um sich zu sammeln. So viele von diesen Anhängern, wie es nur ging, wollte der Parteiführer in den Oberrat (Rada Naczelna) einführen, der über die politische Richtung der Volkspartei entschied.⁵²⁶ Parteifunktionäre wie Bojko, Olszewski, Budzyń oder Bernadzikowski standen Stapiński sehr nah und waren oft als erste über seine Entscheidungen und mögliche neue Taktik unterrichtet.

Die Erfolge der Volkspartei bei den Parlamentswahlen 1907, und das Engagement Stapińskis in der Bauernbewegung überhaupt stärkten das Ansehen des Parteiführers. Das bedeutete aber nicht, dass seine Politik und die Methoden, mit denen er arbeitete, auf keine Opposition innerhalb der eigenen Reihen stieß. Diese Opposition, obwohl nicht immer von langer Dauer, schien organisierte Formen anzunehmen. Initiiert wurde sie von den wenigen Vertretern der Intelligenz, die in der Volkspartei mitwirkten. Um Michał Olszewski und seine zwischen 1907 und 1908 herausgegebene Zeitschrift *Gazeta Chłopska* (Bauernzeitung) scharrten sich die radikalen Elemente in der Volkspartei, die den Beitritt zum Polenklub ablehnten und viel schärfer gegen den Klerus vorgingen.⁵²⁷ Jan Dąbski, Vertreter einer anderen oppositionellen Gruppe, war jedoch der Meinung, dass die Opposition Olszewskis mit Stapiński abgemacht und die Anträge mit seinem Einverständnis gestellt wären.⁵²⁸ Die Tatsache, dass sich Olszewski relativ schnell der Führung der Partei wieder unterwarf, könnte die Vorwürfe Dąbskis bestätigen.

Dąbskis und Wysłouchs "Lemberger Fronde" rund um die Zeitschriften *Kurjer Lwowski* und *Gazeta Ludowa* (Volksblatt) hatte einen anderen Charakter. Ihre Anhänger setzten sich vor allem aus der

an Bobrzyński vom 13.03.1907, KB, XIII/I 8089, S. 282f.

⁵²⁶ WINCENTY WITOS, *Moje wspomnienia*, Paris 1964, Bd. I, S. 248.

⁵²⁷ Wałęga an Bobrzyński vom 18.02.1908, BJ. Nr.19/35, S.13; MICHAŁ OLSZEWSKI (1868-1924) – 1901-1911 Abgeordneter im Reichsrat; Seit 1901 Mitglied des Oberrates (Rada Naczelna) PSL; Nach der Spaltung der Partei 1913 Mitglied der PSL-„Piast“.

⁵²⁸ WITOS, *Wspomnienia*, Bd.I, S.251.

städtischen Intelligenz zusammen, die mit den Bauern keinen größeren direkten Kontakt hatte.⁵²⁹ Konfliktpunkte mit Stapiński waren im Falle Wyslouchs theoretischer Natur, im Falle Dąbskis persönlicher und taktischer. Dąbski kritisierte Stapińskis diktatorische Ausritte, sein Blatt *Gazeta Ludowa* stellte eine Konkurrenz für *Przyjaciół Ludu* dar. Im Gegensatz zu der - wie es sich herausstellte - gemäßigten Opposition Olszewskis, dauerte der Kampf Dąbskis mit dem Anführer der Volkspartei bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges.⁵³⁰

Nicht zu übersehen war die Unzufriedenheit bei den Kleinbauern, die sich nach einem Sturm der Entrüstung nicht selten den Sozialisten zuwandten. Das Vorhaben der Parteispitze, dem Polenklub beitreten zu wollen, löste auch Verwunderung und Apathie unter der akademischen Jugend bäuerlicher Herkunft aus.⁵³¹

In Wirklichkeit war der Beitritt der Volkspartei zum Polenklub im Abgeordnetenhaus Mitte November 1907 eine beschlossene Sache. Im Dezember gab der Oberrat der Fraktion grünes Licht für die parlamentarische Tätigkeit. Am 11. Januar 1908 schlossen die Konservativen und die Volksparteiler einen Kompromiss.⁵³² Da Galizien vor den herannahenden Landtagswahlen stand, konzentrierte man sich bei der Verständigung auf die Punkte, die das Wahlbündnis betrafen. Auf andere Forderungen der Volkspartei wollte man nach dem Beitritt näher eingehen. Die bäuerliche Partei verpflichtete sich, die Konservativen in Ostgalizien und in sechs weiteren, von beiden Seiten abgestimmten, Wahlkreisen Westgaliziens bei den Wahlen zu unterstützen.

In der Wahlkampagne 1908 spiegelte sich nicht nur das Kräftemessen zwischen der konservativ-bäuerlichen Koalition und der demokratischen Fusion wider, die Landtagswahlen wurden auch zu einer Feuerprobe für die Bündnispartner innerhalb der jeweiligen Blocks selbst. Die scharfen Töne, welche die bäuerliche Organisation gleich zum Wahlauftritt an die Adresse der Nationaldemokraten richtete, eine allpolnische Regierungsverantwortung wäre schlimmer als die konservative, löste nicht nur einen verbalen Wirbelsturm zwischen den beiden Parteien aus.⁵³³ Das Paktieren der Konservativen mit einer Partei, die bisher ihre radikale Spitze gegen den Volksrat (Rada Narodowa) richtete und sich dem Prinzip der nationalen Solidarität nicht unterwerfen wollte, war auch einer der Gründe für den Rückzug

⁵²⁹ Ebda, Bd.I, S.251.

⁵³⁰ Vgl. STANISŁAW SZCZEPAŃSKI, *Z dziejów ruchu ludowego w Polsce. Wspomnienia, przeżycia, fakty* [Aus der Geschichte der Bauernbewegung in Polen. Erinnerungen, Erlebnisse, Fakten], Kraków 1924, S. 25.

⁵³¹ Brief der akademischen Jugend an Wyslouch, Ossol. 7175, S.30.

⁵³² Bobrzyński gab in der ersten Fassung seiner Erinnerungen das Datum 15.02.1908 an.

⁵³³ *Przyjaciół Ludu* 46(10.11.1907); Stützte sich in der Einschätzung der Volkspartei der Kampf gegen die Konservativen und sogar gegen den Stojałowski und die Zentrums-Partei auf einen ideologischen Boden, so ging es in der Auseinandersetzung mit den Nationaldemokraten um den Kampf gegen persönliche Untergriffe und Verleumdungen. Siehe Rede Stapińskis auf der Wahlversammlung in Lemberg, In: *Kurjer Lwowski* 103(1.03.1908).

der nationaldemokratischer Repräsentanz am 15. Januar 1908 von den Sitzungen des Volksrats für die Dauer der Landtagswahlen.⁵³⁴ Ausschlaggebend war hier auch die Tatsache, dass in Ostgalizien, wo die Mandate von der Haltung des Verwaltungsapparates abhängig waren und auch keine starke Organisation der Demokraten vorhanden war, die Konservativen die Einzigen waren, die im Wahlkampf gegen die Ruthenen Aussichten auf Sieg hatten. Und die Konservativen wollten die Allpolen nicht noch unterstützen. Ein völliges Verlassen der *Rada Narodowa* war unmöglich, denn die Tätigkeit dieses Gremiums beschränkte sich nicht nur auf die Landtagswahlen. Das Statut umfasste auch noch die kulturelle Arbeit und Angelegenheiten, die alle politischen Richtungen betrafen, wie z. B. die Erhaltung des Informations- und Pressebüros und natürlich die Reichsratswahlen.⁵³⁵ Von allen Tätigkeiten, wo die Zusammenarbeit der Parteien im nationalen Interesse nötig war, konnten und wollten sich auch die Allpolen nicht zurückziehen. Dennoch war diese Taktik der Nationaldemokraten, die quer durch die Parteien als Befriedigung rein parteipolitischen Interessen und Bruch der nationalen Solidarität bezeichnet wurde, nicht ungefährlich für sie selbst. Sie setzte nämlich die demokratische Union aufs Spiel, stiftete Verwirrung in der Wahlaktion und nutzte auf keinem Fall der Position Głabińskis im Polenklub. Ein rechtzeitiges Rundschreiben der Führung des nationaldemokratischen Lagers mit der Anordnung an seine Mitglieder in den Kreisorganisationen zu verbleiben und die polnischen Kandidaten im Wahlkampf zu unterstützen, verhinderte ein noch größeres Chaos. Da auch die Anwesenheit der Abgeordneten aus dem während der Reichsratswahlen 1907 zerschlagenen katholischen Zentrum im Volksrat nicht sicher war und das Komitee, das über die nationalen Interessen der Polen walten sollte, während der Landtagswahlen seine Intervention einzig auf die ländlichen Kreise Ostgaliziens konzentrieren wollte, sahen sich die Nationaldemokraten gezwungen, durch ihre Absenz im Volksrat die Verantwortung für die Wahl der Kandidaturen und ihre Durchsetzung auf die Konservativen zu schieben, die mit ihrer bisherigen Majorität im Landtag an einer undemokratischen Wahlordnung festhielten.⁵³⁶

Besorgt um ihr Vorhaben des "Tauschs der Köpfe", versuchten die Allpolen einen Keil zwischen die Partner der „mit Hass und Widerwillen gekitteten Koalition“ der Konservativen zu treiben. In Westgalizien verbreiteten sie die Parole über das "Aushungern der Städte" - das Gespenst eines angeblichen Bündnisses aller landwirtschaftlichen Faktoren gerichtet gegen die Städte. In Ostgalizien stifteten die Endeks gehörig Verwirrung, indem sie unter dortigen Konservativen die Nachricht verbreiteten, dass die Volkspartei als Gegenleistung für

⁵³⁴ In diesem aus 31 Mitgliedern zusammengesetzten Gremium waren die Nationaldemokraten durch 6 Abgeordnete vertreten: Dr. Jan Gwałbert Pawlikowski, Stanisław Biega, Dr. Józef Gold, Dr. Zdzisław Próchnicki, Dr. Jan Rozwadowski und Dr. Stanisław Schätzel.

⁵³⁵ *Czas* 21(27.01.1908).

⁵³⁶ Vgl. *Słowo Polskie* 24(15.01.1908). Siehe auch DASZYŃSKI, *Pamiętniki*, Bd. I, S. 279.

die Unterstützung der Stańczyken in Westgalizien sich in Ostgalizien einen Spielraum verschaffen und hier die Ruthenen unterstützen könnte.⁵³⁷

An die Adresse der Volkspartei schleuderten die Nationaldemokraten ein beträchtliches Bündel an Vorwürfen. Neben der Beschuldigung, die bäuerliche Fraktion stehe auf dem Boden des Kampfes mit den Städten, stand der Einwand, dass sich die Partei gegen das Beamtentum stelle, die Bauern gegen die Juden hetze und eine feindliche Stellung dem Kleinbürgertum gegenüber einnehme.⁵³⁸ Nicht alle im polnisch-nationalen Lager jedoch rieten zu einer solchen Taktik gegenüber der Volkspartei. Der Abgeordnete Kopyciński schlug Pawlikowski vor, die Zeitschrift *Słowo Polskie* möge auf ihre scharfe Kritik verzichten: „Meine Empfindungen - schrieb er - richten sich gegen die Volkspartei, der kühle Verstand diktiert mir große Vorsicht. Die Konservativen treten an die bäuerliche Fraktion die Kreisräte, Kassen und sogar landwirtschaftliche Vereine ab. Auf eine solche Macht muss man zur Zeit Rücksicht nehmen“ [die Worte „zur Zeit“ wurden im Brief unterstrichen – Anmerkung T. S-N.]⁵³⁹

Mittlerweile kündigte der Aufruf der demokratischen Union im Januar 1908 Änderungen in der Landespolitik an. Unter den Forderungen fanden sich: Reform des Wahlsystems für den Landtag, Autonomie des Landes, Reform der Gemeindeordnung (betont wurde die Notwendigkeit der Zusammenlegung der Gutshöfe mit den Gemeinden und selbständiges, von der Regierung weniger beeinflusstes Handeln der Gemeinden), eine mutige Industrialisierungspolitik für Galizien, Regelung der Angelegenheit der Emigration und Parzellierung, Reform der ungerechten Aufteilung der Steuerlasten. Zu den Zielen der vereinigten Demokraten gehörte auch die Verlagerung der Nationalitätenfrage in die Landtage. Die Formulierungen in dem Aufruf, die diese Materie betrafen, ließen allerdings vermuten, dass die Nationaldemokraten in ihrer Haltung den Juden und den Ruthenen gegenüber unverändert hart bleiben würden. Die Besorgnis wegen separatistischer Bewegungen unter der jüdischen Bevölkerung klang fast wie eine Rechtfertigung für den Antisemitismus der Nationaldemokraten. Ein ähnlicher Ton war im Verhältnis zu den Ruthenen zu vernehmen. Die Demokraten sprachen sich für ein friedliches Zusammenleben der beiden Nationalitäten in Galizien aus und erkannten die Bestrebungen der Ruthenen hinsichtlich ihrer kulturellen Entwicklung an, betonten aber, dass sie von der Position der Verteidigung des polnischen Besitzstandes nicht abrücken werden.⁵⁴⁰

⁵³⁷ *Czas* 9 (13.01.1908).

⁵³⁸ Fragmente der Rede Stapińskis In: *Czas* 5 (2.03.1908).

⁵³⁹ Kopyciński an Pawlikowski von 12.03.1908, PAN Kraków, Teki Zielińskiego 7818, S. 90.

⁵⁴⁰ Vgl. *Słowo Polskie* 20 (13.01.1908); Die Rede des Nationaldemokraten Roger Battaglia im galizischen Landtag im Oktober 1908 bestätigte, dass bei der angenommenen Haltung gegenüber der Ruthenen die Allpolen federführend waren: „Wir wollen Eures nicht, aber vom Unseren wollen wir auch nichts abgeben. Unsere Tätigkeit

Die Volkspartei kündigte ihrerseits in dem Wahlprogramm vom 16. Februar 1908 ihre neue politische Richtung an. Die Partei verlangte, dass die Zahl der bäuerlichen Mandate der tatsächlichen zahlenmäßigen Kraft und Bedeutung dieser politischen Gruppierung entspreche. An dieser Stelle kam prompt ein Vorwurf des Opportunismus aus den Reihen der Nationaldemokraten, die bäuerliche Fraktion wolle von diesem Landtag keine Wahlreform, weil sie daran interessiert sei, diesen ihren eigenen Stempel aufzudrücken zu einer Zeit, wo die Volkspartei über eine größere Zahl an Mandaten als bis dato verfügen würde. In dieselbe Kerbe schlug das Krakauer Blatt *Prawda*, herausgegeben von dem Geistlichen Wądzioł. Seiner Meinung nach würde die Einführung einer geheimen und direkten Wahl in den Landtag der polnischen Volkspartei und auch den Ruthenen eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Agitation nehmen. Außerdem waren die beiden politischen Lager gerade dabei, in zahlreichen Gemeinden die Ämter mit Leuten, die ihnen nah standen, zu besetzen. Bei der öffentlichen Abstimmung würde das eine bessere Kontrolle jeder Stimme ermöglichen und in der Kurie der Landgemeinden die Durchsetzung der erwünschten Kandidaten erleichtern.⁵⁴¹

Die Volkspartei verschrieb sich sichtbar Bestrebungen ökonomischer Natur. Ein besonderes Augenmerk galt der Volksbank, den Parzellierungskrediten, der Flussregulierung und Melioration.⁵⁴² Noch vor kurzem setzten die Bauern oft die Wahlreform gleich mit der Teilung des Großgrundbesitzes. Von solchen radikalen Parolen im Sinne der Einziehung des von den Großgrundbesitzern besessenen Landes zugunsten der Bauern war jetzt nichts zu spüren. Die *Stańczyken* atmeten unter diesen Umständen ein wenig auf und meldeten in ihrem Presseorgan, dass die Führung der Volkspartei sie, die Konservativen, zum "Vermittler beim Erleichtern der Schwenkung in der bisherigen Politik der bäuerlichen Fraktion" gemacht habe.⁵⁴³

Die Anhänger des bäuerlichen Lagers, die mit den Einzelheiten des Kompromisses nicht vertraut waren, konnten an dem regen Treiben in den einzelnen Wahlbezirken einiges ablesen. Da im Bezirk Tarnów die Wahlarbeit zu spüren war, ging man davon aus, dass die

ist keine Polonisierung Ostgaliziens, aber ein Instrument eines Schutzes der Polen von der Ruthenisierung.(...)Ihr könnt Euch weiterentwickeln! Aber Stärkung und Ausdehnung eines politischen Einflusses, Erlangung eines größeren Einwirkens auf die Regierung ist *rebus sic stantibus* solange es keinen Zustand des nationalen Friedens gibt, und dieser wird solange nicht eintreten, solange es in Euren Händen Waffen gibt, die gegen uns gerichtet sind – das kann nur Hand in Hand mit der Stärkung und Sicherung unseren nationalen Besitzstands mit der Stärkung unserer Kräfte und politischen Einflusses gehen.“(Siehe STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 27. posiedzenia, XI. sesji, IX. periodu vom 26.10.1908, S. 1396.

⁵⁴¹Gazeta Narodowa 244(23.10.1907).

⁵⁴²Przyjaciół Ludu 7(16.02.1908).

⁵⁴³Czas.45(24.02.1908).

Volkspartei diesen Wahlkreis an die Konservativen nicht abtrat. Anders sah es in den Kreisen Bochnia, Chrzanów und Tarnobrzeg aus, wo die bäuerliche Fraktion den konservativen Kandidaten, Antoni Górski, Andrzej Graf Potocki und Zdzisław Graf Tarnowski Platz machte. Äußerst ungewöhnlich für die Bauern war, dass die Kreishauptmänner jetzt einige bäuerlichen Kandidaten unterstützten.⁵⁴⁴ Im Rahmen des Wahlkompromisses durfte PSL zwei ihrer Kandidaten in der Stadt Lemberg (Michał Grek) und in Sambor (Jan Ziemniak) auf die Wahlliste setzen.

Die Landtagswahlen von 1908, die ganz im Zeichen der Reform der Wahlordnung für den Landtag standen, erweckten unter der galizischen Bevölkerung sichtbar weniger Interesse als die Parlamentswahlen von 1907. Die Absenz der Wähler betrug mehr als fünfzig Prozent. Die geringste Frequenz war in der Kurie des Großgrundbesitzes zu beobachten (von 2176 Wahlberechtigten hier gaben nur 1049 ihre Stimme ab), die Hälfte der Wähler in den Städten blieb zu Hause.⁵⁴⁵ Die Tatsache, dass in Lemberg nur 30% der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgaben, legte man als Missbilligung des Kuriensystems und Rückgang des politischen Bewusstseins in der Galizischen Hauptstadt aus. Stürmisch verlief die Abstimmung am 25. Februar in der Kurie der Landgemeinden, wo 96% der Wähler zu den Urnen ging. Hier war die schwere Niederlage, welche die Konservativen einstecken mussten, am deutlichsten zu sehen. Bekamen sie noch 1901 in der IV. Kurie 46% der Stimmen, so schrumpften sie jetzt auf 24,8% (laut Kompromis beschränkten sich die Konservativen in Westgalizien auf fünf Mandate). Ein Teil von den insgesamt hier erreichten 25 Landtagssitzen konnte dank dem Wahlbündnis mit der Volkspartei gerettet werden.⁵⁴⁶ Der Löwenanteil der verlorenen Mandate (14) ging andererseits gerade an die bäuerliche Partei. Vor einer völligen Schlappe in der vierten Kurie konnten sich die Konservativen nur durch

⁵⁴⁴ WITOS, Wspomnienia, Bd.I, S.256.

⁵⁴⁵ Analyse der Landtagswahlen 1908 von Ernst Bandrowski. STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 98. posiedzenia, I. sesji, IX. periodu von 18.10.1910, S. 5589.

⁵⁴⁶ Von allen gewonnenen Mandaten in der IV. Kurie fielen 55 Landtagssitze auf die Polen und 19 auf die Ruthenen. In den gemischten Wahlkreisen konnten die Polen 4 neue Mandate dazugewinnen, insgesamt verloren sie hier 6 Sitze. Laut *Słowo Polskie* wurden gewählt: 24 Konservative, 2 Demokraten, 1 Abgeordnete des katholischen Zentrum, 2 Wilde, 17 PSL-Mandatare, 2 Abgeordnete der Stojałowski-Gruppe, 5 Nationaldemokraten, 10 Moskalophile, 9 Ukrainische Nationaldemokraten, 2 ruthenische Radikale. Vgl. *Słowo Polskie* 95(26.02.1908) ; Die demokratische Zeitschrift *Nowa Reforma* nennt 25 gewählte Konservative und zwar (zum ersten Mal gewählt) Stanisław Henryk Badeni, Witold Graf Czartoryski, Antoni Górski, Władysław Graf Sapieha, Henryk Weiser, (wieder gewählt) Stanisław Graf Badeni, Graf Baworowski, Brunicki, Cielecki, Tadeusz Cieński, Władysław Czajkowski, Czarkowski-Golejewski, Wincenty Kraiński, Kazimierz Fürst Lubomirski, Moysa, Mycielski, Andrzej Graf Potocki, Roman Graf Potocki, Graf Piniński, Sezański, Jan Graf Szeptycki, Zdzisław Skrzyński, Zdzisław Graf Tarnowski, Teodorowicz, Graf Tyszkiewicz. Siehe *Nowa Reforma* 94(26.02.1908).

Bestechungen retten⁵⁴⁷, die relativ günstigen Wahlergebnisse in Ostgalizien in nationaler Hinsicht dagegen ersparten ihnen ein Pogrom seitens der Opposition im Lande.

Die Wahlergebnisse in den ländlichen Wahlkreisen verschoben zwar die politischen Kräfte von der rechten Seite im Landtag auf die linke, die Konservativen erhofften sich aber trotzdem, dass die Wahlen auf dem linken Flügel wenn nicht einen konservativen, dann doch einen gemäßigten Einfluss ausüben würden. Die Stańczyken setzten ihre Hoffnung auf solche Mitglieder in der Volkspartei wie Kędzior, Stefczyk oder Wassung, die jetzt zu der Partei stießen. Erfreulich für die Konservativen war die Tatsache, dass Stapiński und Bernadzikowski ihren Radikalismus zügeln sowie, dass von den sechs Abgeordneten, die im letzten Landtag der demokratischen Linken angehörten, die drei sichtbar zu den Nationaldemokraten tendierenden (Buynowski, Husa, Wurst) jetzt nicht gewählt wurden.

Neben der Gründung der demokratischen Union unter der Führung Głabińskis und Petelencz im Polenklub waren die Vorkommnisse im katholischen Zentrum ein weiterer Faktor, der nach dem Verständnis der Konservativen die Stellung des polnischen Klub im Wiener Parlament schwächte. Nachdem diese Fraktion einen herben Rückschlag bei den Reichsratswahlen 1907 bekommen hatte und die Rivalität zwischen den Geistlichen Pastor und Stojalowski um die Führung der Partei nicht enden wollte, verbreitete sich die Meinung, die Fraktion befände sich in einer schweren Krise. Ende Oktober 1907 fand diese in der Spaltung der Gruppierung ihren Niederschlag. Den letzten Anstoß zur Zerschlagung des katholischen Zentrum gab die Wahl des Präsidiums, die man ewig hinauszögerte eben aus Angst vor der Spaltung der Partei. Der zahlenmäßig stärkere Flügel unter der Führung Pastors, dem hauptsächlich Geistliche aus dem Polenklub angehörten (Hanusiak, Londzin, Rzeszódko, Męski, Żyguliński, Szponder) sowie der Abgeordnete Stanisław Potoczek (zwei andere Mandatare, Czajkowski und Dr. Bujak kündigten bereits ihren Beitritt an) hatte einen katholisch-agrarischen Charakter. Der andere, demokratisch-volkstümlicher mit Pfarrer Stanisław Stojalowski an der Spitze (darunter Mandatare wie Dobija, Stohaldel, Szajer und Fijak) hatte sich einem christlich-sozialen Programm verschrieben.⁵⁴⁸

⁵⁴⁷ Im Nachlass der Familie Tarnowski befinden sich Bestätigungen über Geldbeträge, die direkt an die Wähler, Wojwoden, Pfarrer, Starosten und Schankwirte ausbezahlt wurden, sowie Vormerkung über Leute, die als bestechlich galten (WAP Kr. Oddz. Wawel, Archiwum Tarnowskis aus Dzików, RZ 42).

Über Bestechungen und Druck während der Wahlkampagne von Seite des Klerus lieferte ein Bild die Prozessakte des Ordensbruders M. Kruk aus dem Orden der Dominikaner in Prądnik Czerwony (WAP Kr.1513/907).

⁵⁴⁸ Zur Zeit der Spaltung im katholischen Zentrum wurde das politische Spektrum Galiziens um noch eine Gruppierung reicher. Es wurde eine Sektion der bäuerlichen Abgeordneten der nationaldemokratischen Organisation unter der Führung des Abgeordneten Ptaś ins Leben gerufen. Hier waren u.a. Pfarrer Adam

Die Parteiführung des alten katholischen Zentrums ließ sich die Krise aber nicht anmerken, und dementierte, dass die Lossagung einiger Abgeordneten von dem Fraktionsklub im Abgeordnetenhaus und im Landtag dem Zentrum einen größeren Abbruch getan habe.⁵⁴⁹ Angekündigt wurde eine Organisationsarbeit im Land im großen Ausmaß. Die Wahlkampagne zu den Landtagswahlen verlief in diesem politischen Lager unter dem Motto des Rundschreibens von Papst Leo XIII. und "moto proprio" des Papstes Pius X. Man hat sich der Interessen der Bauern und Arbeiter angenommen in der Überzeugung, dass die Entwicklung dieser gesellschaftlichen Schichten ein Garant der Harmonie zwischen den einzelnen Gruppen und Berufen wäre.⁵⁵⁰ Um so deutlicher trat nach diesem Statement die Diskrepanz zwischen dem Wunschdenken des Parteiapparates und der politischen Wirklichkeit zu Tage. Die Wahlschlappe bei den Reichsratswahlen 1907 und das schwache Ergebnis bei den Landtagswahlen 1908 (4 Mandate (-6)) schrieb man der wankelmütigen Gesinnung Pastors zu. Man war in der Fraktion der Meinung, dass sich dieser zum Anführer einer größeren Partei nicht eigne und sah sich nach einem Nachfolger um.⁵⁵¹ Als geeigneten Kandidaten hat man in dem am 12. November 1907 neukonstituierten katholischen Zentrum mit den Abgeordneten Pastor, Londzin, Szponder, Męski, Rzeszódko, Potoczek, Kozłowski, Bujak und Zagórski, Włodzimierz Kozłowski angesehen.

An einem weiteren Bestehen des katholischen Zentrums waren die Konservativen interessiert nicht nur, weil andere Nationen über eine solche politische Organisation im Abgeordnetenhaus verfügten (bei den Deutschen waren die Christlichsozialen zahlenmäßig am stärksten vertreten, aber auch die Tschechen hatten ihren national-katholischen Klub unter der Führung Hrubans), sondern weil es mit seinem konservativ-agrarischen und katholischen Wesen eine natürliche Ergänzung und Gegengewicht zu den Parteien bilden sollte, die in der demokratischen Union vereint waren und einen mehr liberalen Charakter hatten, oder - um sich der Worte des Nestors der Stańczyken zu bedienen - um „ein Verbindungselement

Kopyciński sowie die Mandatare Fiedler, Maślanka und Wiącek versammelt. Siehe *Słowo Polskie* 500(26.10.1907).

⁵⁴⁹ *Gazeta Narodowa* 16(21.01.1908).

⁵⁵⁰ In der Kurie der Landgemeinden stand jedem Zentrum-Kandidaten ein Volksparteiler als Gegenkandidat gegenüber: Im Kreis Krakau kämpfte der Geistliche Szponder um ein Mandat gegen F. Ptak, in Limanowa J. Marszałkowicz gegen W. Orzeł, in Myślenice St. Syc gegen J. Rusin, in Nowy Targ Dr. J. Bednarski gegen F. Gut, in Tarnów der Geistliche Dr. Żyguliński gegen W. Witos, in Wadowice F. Węd gegen A. Styła, in Wieliczka Dr. F. Bujak gegen Skołyszewski und in Żywiec W. Szwed gegen J. Kubik. Siehe *Kurjer Lwowski* 76(14.02.1908).

⁵⁵¹ BOBRZYŃSKI, *Z moich...*, S. 230.

zwischen der rechten und der linken Plenumseite zu erschaffen“.⁵⁵² Im Gegensatz zu den meisten politischen Analytikern schrieb Bobrzyński die Schuld an den schlechten Wahlergebnissen im katholischen Zentrum nicht nur Pastor zu, der durch die Aussage im Landtag, die Partei unterscheide sich nicht von der Volkspartei außer im religiösen Bereich, sich seiner Chancen selbst beraubte. Eine deutlichere Betonung des eigenen Charakters, eine klare inhaltliche Positionierung, welche die Partei von anderen volkstümlichen Organisationen abheben würde, fehlte im wichtigsten Bereich – auf der sozialen Ebene.

Hoffnungen auf eine Parteierneuerung hinsichtlich des Programms und der Taktik - anscheinend aber nur für das konservative Lager - knüpfte man an Włodzimierz Kozłowski, der die Führung des katholischen Zentrums in der Nachfolge Pastors übernahm.⁵⁵³ Das Vorhaben, Verbesserungen in der Organisation der Fraktion durchzuführen, löste sich jedoch relativ schnell in Nichts auf und hinterließ einzig das Gefühl des Unmuts bei dem Parteivorsitzenden. Verantwortlich dafür war die Insubordination einer Gruppe von Geistlichen, versammelt um die Blätter *Gazeta Niedzielną* in Lemberg und *Prawda* in Krakau. Diese lehnte nicht nur die Idee einer mit der bäuerlichen Partei verbündeten, aber fest auf katholischen Grundsätzen stehenden Partei ab, die das Zentrum in seinem neuen Programm zu verfolgen im Begriff war. Um den Rückstand auf den Intimfeind, die Volkspartei, aufzuholen, schreckten diese Elemente nicht davor zurück, schrille und populistische Töne anzuschlagen und entfachten zusätzlich den Antisemitismus, den die neue Führung dann im Landtag 1908 verurteilte.⁵⁵⁴

Schwer angeschlagen aus den Landtagswahlen kam die christlich-volkstümliche Plattform mit Stojałowski an der Spitze, die in den Kreisen Żywiec, Wadowice, Nisko, Jarosław und Rzeszów um Mandate gekämpft hatte. Das Ergebnis von zwei gewonnenen Mandaten war vor allem für Stojałowski niederschmetternd. Ihm blieb jetzt die Anlehnung an die Nationaldemokraten übrig, um nicht ins Bedeutungslose zu versinken.

Die polnischen und ukrainischen Sozialdemokraten spielten bei diesen Wahlen keine größere Rolle, denn schon das Kuriensystem brachte viele Arbeiter um das Wahlrecht.

Der absolute Wahlsieger war die Volkspartei. Die bäuerliche Fraktion hat im Vergleich zum Jahr 1901 ordentlich aufgeholt. In der vierten Kurie kam sie von 7,3% auf 23,5% der

⁵⁵² BOBRZYŃSKI, Stronictwo Prawicy Narodowej. Rede von der 36. Sitzung bei der Generaldebatte über das Budgetprovisorium 1908.

⁵⁵³ WŁODZIMIERZ KOZŁOWSKI (1858-1917) - Jurist und Ökonom, ultrakonservativer Politiker, einer der Anführer bei den ostgalizischen Konservativen, stand den Nationaldemokraten nahe.

⁵⁵⁴ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S.188; Der von den Zuständen im katholischen Zentrum abgestoßene Kozłowski widmete sich bald der Organisation eines anderen Zentrum im Landtag zu, nämlich einem konservativ-podolischen.

Stimmen.⁵⁵⁵ Trotz der schwierigen Arbeit in den Kreisen Rzeszów, Wieliczka, Jasło und Nowy Sącz, organisatorischen Mängeln im Raum Żywiec, Nowy Targ und Bielitz sowie der Niederlage in Łańcut, Gorlice und Myślenice, konnten die bäuerlichen Vertreter von den vierundzwanzig gestellten Kandidaten neunzehn erfolgreich durchsetzen (Bernadzikowski, Bis, Bojko, Cieluch, Długosz, Jampolski, Jedynak, Kędzior, Krężel, Lewakowski, Myjak, Skołyszewski, Stapiński, Stefczyk, Styła, Wassung, Witos, Wójcik, Żardecki).

Die Nationaldemokraten waren sich während der Wahlkampagne ihrer Schwachstellen bewusst. In der Stadt Sambor tauchten schon bei den Reichsratswahlen Schwierigkeiten auf. In Lemberg, wo die Kandidatenliste der Demokraten gewöhnlich ein Kompromiss zwischen verschiedenen Schattierungen war, kam es zu Spannungen. Da die Augen der Kritiker der demokratischen Union auf das Verhalten der Bündnispartner gerichtet waren, drängte sich die Frage auf, ob das Bürgertum während der Landtagswahlen unter der Ägide der Union in die Wahlen gehen oder eine eigenständige Initiative starten würde. Politische Beobachter sprachen von der zunehmenden Kritik in den Reihen der städtischen Demokraten an der demokratischen Führung des Polenklubs, die aus einem so wichtigen Staatsakt wie den Verhandlungen zwischen Österreich und Ungarn, welche 1907 auf zehn Jahre beschlossen wurden, kein politisches Kapital für die Polen schlagen konnte. Der Unmut gegen Głąbiński äußerte sich darin, dass sich in einer öffentlichen Versammlung in Lemberg Stimmen erhoben, die den Nationaldemokraten von der bürgerlichen Kandidatenliste streichen und durch Rutowski ersetzen wollten.⁵⁵⁶ Im Endeffekt setzte das bürgerliche Komitee zwar Głąbiński auf seine Wahlliste aus Rücksicht auf die von ihm bekleidete Funktion als Obmann des Polenklubs, von weiteren Kandidaten der Nationaldemokraten wollte man hier aber nichts wissen (vertreten waren hier der Präsident und Vizepräsident von Lemberg Ciuchciński, Neuman, Loewenstein, Małachowski, Głąbiński). Als Antwort darauf stellten die Allpolen in Lemberg eine eigene Kandidatenliste auf, ohne Rücksicht auf ihren Unionspartner (Głąbiński, Adam, Battaglia, German), was man wiederum in den konservativen Kreisen bereits als das Ende der demokratischen Union deutete. Erzürnt zeigten sich die Nationaldemokraten auch über das Einvernehmen des bürgerlichen Wahlkomitees - das zusammen mit dem nationaldemokratischen Komitee und dem der polnischen Demokraten eine Union bildete - mit der Volkspartei in Lemberg, infolge dessen der Kandidat der Volkspartei, Michał Grek, in die Liste des bürgerlichen Wahlkomitees aufgenommen wurde.⁵⁵⁷

⁵⁵⁵ Nadobnik. Wybory do sejmu 1908. Wiadomości statystyczne [Landtagswahlen 1908. Statistische Informationen] 1910 t. XXIII, H. 1.

⁵⁵⁶ Vgl. Kurjer Lwowski 116(16.03.1908); Naprzód 34(4.02.1908); Czas 29(5.02.1908).

⁵⁵⁷ Der Abgeordnete Michał Grek fiel bei den Nationaldemokraten schon 1906 in Ungnade als er dem

Im Kreis Lemberg, wo der Nationaldemokrat Maślanka dem liberalen Demokraten Merunowicz gegenüberstand, spielte sich ein zweites Kapitel der Auseinandersetzung ab, die die Veröffentlichung des Aufrufs der Union nach sich zog. Als Mitglied des linken Flügels im Landtag und im Polenklub, der im Namen der nationalen Solidarität handelnd mit den Abgeordneten aus dem rechten Spektrum zusammenarbeitete, sträubte sich Merunowicz dagegen, seinen Namen unter ein Memorandum zu setzen, wo es hieß, die bisherige Tätigkeit des Landtags und der polnischen Repräsentanz im Reichsrat habe zur „Desorganisation der nationalen Kräfte geführt“.⁵⁵⁸ Die Aufstellung eines Gegenkandidaten schien ein Rachefeldzug für diese Insubordination zu sein.

In Stanisławów richtete sich der Unmut der Allpolen wiederum gegen Biliński, den mit Głabiński freundschaftliche Beziehungen verbanden und dessen Wahl hier so gut wie gesichert war.⁵⁵⁹ Originell wirkte die Kandidatur des Konservativen Korytowski in der Kurie der Städte (Nowy Sącz), das Faktum dagegen, dass ein weiterer Konservative (Gorayski) im Kreis Sanok-Krosno als Mandatsgewinner aus den Wahlen herauskam, nur weil kein Gegenkandidat ins Rennen geschickt wurde, wies auf die Mängel in der Organisation des demokratischen Lagers hin. Die Landesregierung trug ihrerseits zur Verhinderung der nationaldemokratischen Mandate in Przemyśl, Nowy Sącz, Sambor und ein paar ländlichen Wahlkreisen Westgaliziens bei.

Die Nationaldemokraten, die positive Ergebnisse einzig in der Kurie der Städte erzielten und insgesamt auf neun Mandate kamen (Głabiński, Battaglia und Adam in Lemberg sowie Halban, Jabłoński, Kleski, Graf Skarbek, Tertil und Wrześniowski), mussten nicht nur die schmerzhafteste Erfahrung machen, dass die Städte keine Domäne der Demokraten waren (im Kreis Gorlice-Jasło wurde Pastor gewählt, die Mandate aus Sambor und Drohobycz gingen an parteilose Kandidaten). Voller Sorge richteten sie ihr Augenmerk auf den Wahlverlauf in Ostgalizien, wo die Ruthenen in 46 ländlichen Wahlkreisen durch die herrschende Wahlordnung das Übergewicht hatten, und die Wahlkampagne viel stürmischer verlief als im Westen des Landes. Eine größere Schar der ukrainischen Nationaldemokraten zusammen

Ministerpräsident Gautsch versprechen sollte, dass 26 Abgeordnete den Polenklub verlassen würden im Falle einer negativen Abstimmung über die Einführung der Wahlreform. Eine geschlossene Front der polnischen Mandatäre aus der Landtagslinken und der Zentrums-Partei, die kein Abrücken von dem Solidaritätsprinzip unmissverständlich manifestierte, konnte damals einer arroganten Haltung der Regierung den Polen gegenüber einen Riegel vorschieben, wonach das Kabinett Gautsch bald scheiterte. Vgl. *Słowo Polskie* 100(28.02.1908); *Kurjer Lwowski* 78(15.02.1908).

⁵⁵⁸ Vgl. Wahlauf Ruf der Demokratischen Union, In: *Ojczyzna* 3(19.01.1908); *Słowo Polskie* 24(15.01.1908).

⁵⁵⁹ Stanisław Głabiński an Jan Gwalbert Pawlikowski von 5.02.1908, PAN K, Teki Zielińskiego 7818, S. 77.

mit den ruthenischen Radikalen würde nämlich allen Versuchen der Ausdehnung der Autonomie Galiziens im Wege stehen.

Statthalter Potocki, der den Podoliern sehr nahe stand, betrieb in Ostgalizien eine vorsichtige Politik. Seine Wahlkampfstrategie war, die ukrainischen Elemente in ihren zu ausgeprägten Bestrebungen mit Hilfe des moskalophilen Flügels zu zügeln, und hier unter den ruthenischen Kräften ein gewisses Gleichgewicht zu halten. Dass er den ukrainischen Nationalisten gegenüber keine radikale Politik betrieb, versuchte man zu unterstreichen etwa mit seiner Unterstützung des Vorhabens, das Amt des Vizemarschalls des galizischen Landtags und stellvertretenden Landesmarschalls im Wydział Krajowy (Landesabteilung) dem Präses des ruthenischen Klubs, Eugeniusz Oleśnicki, anzuvertrauen.⁵⁶⁰

Die Moskalophilen gingen unabhängig in die Wahlen. In drei Kreisen, wo die Parteidisziplin versagte, führte die Konsolidierung mit den Ukrainern zur Niederlage der russophilen Kandidaten.⁵⁶¹ Im Endeffekt ging die ruthenische Bevölkerung aus den Landtagswahlen um sechs Mandate gestärkt hervor (von Gołuchowski, J. W. Korytowski, Lityński, Stadnicki, Tarnowski, sowie von der gefallenen Kandidatur Mandyczewskis). Der moskalophile Flügel wurde intellektuell gestärkt, unter den zehn gewählten Abgeordneten waren zwei Anwälte, drei Staatsanwälte, zwei Geistliche und drei Landbesitzer.⁵⁶²

Die ukrainischen Nationaldemokraten, die früher den Ton unter den ruthenischen Fraktionen angaben, zählten jetzt zusammen mit den drei Radikalen elf Abgeordnete und konzentrierten ihre ganze Unzufriedenheit auf die Person des Statthalters Potocki. Die chauvinistischen Parolen während der Wahlkampagne auf der ruthenischen und der polnischen Seite verschlimmerten die ohnehin schwierige Situation in Bezug auf den Verständigungsversuch zwischen den beiden Nationalitäten. Die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Landesregierung und dem Ukrainischen Klub ähnelten denen zwischen den Krakauer Konservativen und der polnischen Volkspartei. Der Ukrainische Klub verzichtete auf die Forderung nach dem demokratischen Wahlrecht in den Landtag und die Gemeinden, und was die ökonomischen Konzessionen anging, konzentrierte man sich auf die Interessen des wohlhabenden Dorfteils.

⁵⁶⁰ Czas 91(18.04.1908); Siehe auch Nachruf an Andrzej Graf Potocki In: Czas 87(14.04.1908), 88(15.04.1908) und 89(16.04.1908).

⁵⁶¹ In Nisko wurde der ukrainische Nationaldemokrat Staruch gewählt, in Tarnopol der Radikale Pawlo Dewuka, und in Sanok ist die Kompromisskandidatur des Moskalophilen Polanski gefallen. Siehe Gazeta Narodowa 49(28.02.1908).

⁵⁶² Gazeta Narodowa 48(27.02. 1908).

Nach den Landtagswahlen ging der Kompromissakt der Konservativen mit der Volkspartei in seine letzte Etappe. Dem Vergleich zwischen den beiden Parteien fehlte noch das sprichwörtliche Tüpfelchen auf dem "i". Stapiński musste noch vor der obersten Instanz seiner Partei, dem Kongress in Rzeszów, das Einverständnis zur Änderung des bisherigen politischen Kurses bekommen. Die Parteimitglieder, die bis jetzt in die Details des Kompromisses mit den Stańczyken nicht eingeweiht waren, mussten noch von der Notwendigkeit bzw. Wichtigkeit des Beitritts der bäuerlichen Fraktion zum Polenklub überzeugt werden. Hier zeigte sich Stapiński noch einmal als guter Stratege, seine Argumente waren mit Bedacht gewählt. Er appellierte zuerst an das Nationalgefühl. Die Parteiführung setzte auf eine neue Gemeinsamkeit, und versuchte zu überzeugen, dass die Festigung aller Polen, vor allem in Galizien, wo die realen Möglichkeiten dazu am günstigsten waren, ein Gleichgewicht zur antipolnischen Politik Preußens und Russlands wäre. Stapiński hob die Rolle der Volkspartei bei der Durchsetzung der demokratischen Wahlreform in den Reichsrat hervor und betonte in seiner Argumentation die Notwendigkeit einer Reform der Polenklubpolitik und die besondere Rolle der bäuerlichen Fraktion darin durch ihre Mitgliedschaft. Für den Beitritt der Volkspartei zum Polenklub sprach vor allem die Überzeugung, dass die bisherige Taktik des Großgrundbesitzes enden würde und man sich mehr den Sorgen der Bauern zuwenden würde. Außerdem glaubte man, dass die Kompromisspolitik dem Klerus im gegenseitigen Kampf den Wind aus den Segeln nehmen und die Einflüsse der Geistlichen in den Kurien verringern würde. Die Parteiführung versprach, trotz des geltenden Solidaritätsprinzips im Polenklub, weiterhin politische Selbständigkeit der Volkspartei und durch den Einfluss in der Landesverwaltung ein noch erfolgreicherer Agieren.⁵⁶³

Nach außen hin hieß es, die Resolution über den Polenklubbeitritt sei einstimmig beschlossen worden. In Wirklichkeit waren die Versammelten auf dem Kongress unterschiedlicher Auffassung. Die Tatsache, dass eine Partei mit Wurzeln im galizischen Dorf ihren Kampf mit dem traditionellen Feind, dem Großgrundbesitz, aufgab, löste bei einigen tiefe Bestürzung aus.⁵⁶⁴ Neben denen, die den „Kuschelkurs“ mit den konservativen kritisierten (u.a. die Abgeordneten Moskwa, Mączka, Budzyn), meldeten sich Stimmen, welche die Durchsetzung der Wahlreform für den Landtag und die politische Autonomie der Partei zur Bedingungen für diesen Schritt stellten (Dąbski). Der Vorsitzende der Volkspartei bewies aber einmal mehr, dass er über die Mobilisierungskraft, die vonnöten war, verfügte.

⁵⁶³ Rede Stapińskis vor dem Kongress in Rzeszów, In: *Czas* 57(9.03. 1908); *Kurjer Lwowski* 116(9.03.1908).

⁵⁶⁴ WITOS, *Moje...*, Bd. I, S. 258.

Die Oppositionsstimmen konnten sich bei der Abstimmung nicht durchsetzen, denn von den 1300 Anwesenden stimmten nur 15 dagegen.⁵⁶⁵ So wurde am 9. März 1908 der Beitritt der bäuerlichen Partei zum Polenklub im Abgeordnetenhaus in Wien beschlossen. Bevor der offizielle Beitritt gefeiert werden konnte, nutzte die Volkspartei ihre Position des Zünglein an der Waage aus, und handelte einige Änderungen im Statut des Polenklubs aus.

Die bäuerliche Partei stellte mit ihrem Kompromiss mit den Konservativen die Weichen für einen neuen Kurs. Es endete die Etappe des Kampfes um die politische Gleichberechtigung der Bauern mit anderen gesellschaftlichen Schichten Galiziens, und es begann die Ära der "positiven Arbeit" - eine Zeit, in der die Früchte dieser schwer erkämpften Position geerntet werden sollten. Es war allerdings ein Erfolg mit Abstrichen, denn für viele politischen Beobachter war es ein Schwenk nach rechts seitens einer Partei, deren Entstehen sich gerade aus dem Kampf mit dem konservativen Großgrundbesitz herleitete. Über die Tragweite dieser Weichenstellung legten die kommenden Jahre Zeugnis ab.

⁵⁶⁵ SZCZEPAŃSKI., Z dziejów..., S. 25.

IX. In Wechselstimmung zwischen Aufbruch und Skepsis – Der galizische Landtag des Jahres 1908.

A. Die Physiognomie des Landtags des Jahres 1908.

„Ich fühle mich verpflichtet, das Volk zum Sieg zu führen und daran muss ich die Parolen anpassen“ – schrieb Jan Stapiński an seinen Parteikollegen Stanisław Szczepański im September 1906⁵⁶⁶ und es schien, als würde der taktische Kompromiss der Volkspartei mit den Konservativen, der in der zweiten Hälfte Novembers 1907 zwischen den Spitzen beider Lager endgültig ausverhandelt und am 11. Januar 1908 schriftlich festgehalten wurde, einer der Schritte auf diesem Weg zu sein. Ein Kurs allerdings, den manche Akteure des politischen Geschehens in Galizien nicht gut hießen. Die Öffentlichkeit war zwei geteilt. Die einen sprachen vom Gang der Volkspartei unter das Kommando der Konservativen, die anderen vom Fall der Konservativen und ihrer Abhängigkeit vom bäuerlichen Lager. Selbst Stapiński wollte die Sache nicht groß publik machen und Kommentare über den möglichen Schaden für die Interessen des Volkes und der Volkspartei, wie dies die den Bauern nahe stehende Zeitschrift *Kurjer Lwowski* tat, vermeiden.⁵⁶⁷ Über alle Schwierigkeiten einer reibungslosen Verständigung mit dem eigenwilligen und temperamentvollen Anführer der Volkspartei waren sich führende Persönlichkeiten im Lager der ostgalizischen Konservativen im Klaren.⁵⁶⁸ Und ein alter Gegner der größten Fraktion unter den Vertretern des Volkes, nämlich die hohe Geistlichkeit der Diözese Tarnów, wollte von einer Aussöhnung der Konservativen mit diesen überhaupt nichts wissen.

Die Ergebnisse der Reichsratswahlen von 1907 und Landtagswahlen von 1908 waren die Krönung einer zwanzigjährigen Arbeit an der Bauernbewegung und bestätigten die Führung der Bauernpartei in ihrem Entschluss. Überzeugt von ihrer Kraft – 19 Abgeordnete im Landtag und 17 Mandatare im Reichsrat – hielt die Volkspartei die Zeit für gekommen, die Kraft, die einst in den Kampf gegen die Konservativen gesteckt wurde, jetzt in eine energische Arbeit an der Gestaltung der Landespolitik zu konzentrieren und zwar als gleichberechtigter politischer Partner – schließlich gingen die Konservativen von der Position des alleinigen Tonangebers ab, deklarierten sich einzig als Repräsentanten des rechten Parteispektrums ohne ständisches Wesen und schafften dadurch eine Art „Konstitution der

⁵⁶⁶ Stapiński an Stanisław Szczepański vom 5.09.1906, Ossol. 7183, S. 245f.

⁵⁶⁷ Stapiński an Jan Dąbski vom Oktober 1907, Ossol.7195, S. 409f.

⁵⁶⁸ Stapiński an Michał Grek vom 8.07.1907, BPAN K 7740, S.9.

zwischenparteilichen Verhältnisse“.⁵⁶⁹ Das bedeutete, dass die bäuerlichen Vertreter in den Landesorganisationen und in der Regierung jetzt soviel Mitsprache verlangen konnten, wie ihnen aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke zustand. Neben der Überzeugung von der eigenen Kraft, der Angst vor dem „Vorstoß der Beamten“ - wie man die Regierungsverantwortung der Nationaldemokraten im Polenklub bezeichnete - spielten auch zwei weitere Faktoren eine wesentliche Rolle bei der Entscheidung der Volkspartei über den Polenklubbeitritt. Mit der polnisch-nationalen Eintracht wollte man dem blinden Hass der Ukrainophilen und der aggressiven preußischen Politik in Posen und Westpreußen den Polen gegenüber vehement entgegentreten.⁵⁷⁰

Mit Erleichterung reagierten die besitzenden Kreise Galiziens auf die Entscheidung der Volkspartei, denn das Gespenst einer starken bäuerlichen Opposition schien gebannt zu sein. Im Zuge der Verständigung haben die Konservativen die meisten ihrer Ziele erreicht: sie konnten sich als Architekten des Beitritts der bäuerlichen Abgeordneten zum Polenklub feiern, die Spannungen zwischen dem Gutshof und dem Dorf konnten entladen werden und ein solidarisches Auftreten der polnisch-nationalen Kräfte gegenüber den ruthenischen Kandidaten während der Landtagswahlen erreicht werden.

Trotz aller Antipathie zwischen der Volkspartei und den Nationaldemokraten, die in der Landtagswahlkampagne 1908 neue Nahrung bekam, empfanden die Allpolen den Entschluss der bäuerlichen Fraktion dem Polenklub beitreten zu wollen – dieser würde jetzt auf 71 Abgeordneten vergrößert werden (etwa 14% des Reichsrats) - als einen Triumph der Idee der nationalen Einheit. Das instabile Gleichgewicht in der polnischen Vertretung im Wiener Abgeordnetenhaus – die Gruppierung der Konservativen verringerte sich zwar nach den letzten Reichsratswahlen 1907, aber ihr stand zum einen der Regierungs- und Verwaltungsapparat zur Seite, zum zweiten hatten sie noch die Virilstimmen auf ihrer Seite, das demokratische Lager dagegen verfügte über eine kleine Mehrheit, enthielt jedoch in seinen Reihen auch unsichere Elemente – machte die Bauernpartei zu einem von beiden politischen Lagern sehr umworbenen Faktor.⁵⁷¹

⁵⁶⁹ Vgl. Kurjer Lwowski 128(16.03.1908).

⁵⁷⁰ Der Schlagabtausch zwischen Stapiński und Budzynowski im Wiener Abgeordnetenhaus am 25. Mai 1908, in dem der Anführer der Bauernpartei sein Temperament und oratorisches Talent demonstrierte, fand Gefallen selbst bei Wojciech Graf Dzieduszycki, der Stapiński sonst kritisch beäugte.

Auf die Unterdrückung der Polen in Posen und Westpreußen wies wiederum Głębiński in seiner Rede während der Budgetdebatte im Parlament am 21. Dezember 1908 hin. Siehe STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN RECHSRATHES 41. Session, 2. Sitzung am 21.12.1907, S.23.

⁵⁷¹ Interessant ist, dass der Konservative Leon Biliński, der oft mit dem Vorwurf konfrontiert war, er würde sich zu

Es waren zwar nicht die Allpolen, die die Volkspartei in den Polenklub führten, mit der Durchsetzung der Nationaldemokraten bei den Verhandlungen über die Bedingungen, zu denen der Beitritt der Volksparteier zum Polenklub erfolgen sollte – an der Spitze des Komitees, das sich mit dieser Angelegenheit nach den Landtagswahlen 1908 beschäftigte, stand der Nationaldemokrat Roger Battaglia⁵⁷² –, konnte sich das demokratische Lager zumindest hier seinen Etappensieg sichern. Dass die Volkspartei beim Feilschen um günstige Rahmenbedingungen nicht mit dem ganzen Polenklub verhandelte, sondern mit den einzelnen Gruppierungen darin, war ein kluger Schachzug und bewies, dass die Führung der bäuerlichen Vertretung über die Verhältnisse in der polnischen Repräsentanz in Wien sehr gut unterrichtet war. Man konnte davon ausgehen, dass die liberalen Demokraten gegenüber den Forderungen der bäuerlichen Partei hinsichtlich der Änderung des Statuts des Polenklubs eine wohlwollende Haltung einnehmen würden, da schon 1901 Romanowicz und Rotter um ähnliche Änderungen bemüht waren. Auf ihr Drängen behielt man sich damals die Rechte der Minderheit durch die Stimmenthaltung vor. Auch mehr Freiheit bezüglich des Einbringens von Interpellationen und mehr Unabhängigkeit in der Tätigkeit der Mitglieder in den Kommissionen wurde erkämpft.⁵⁷³

Trotz einiger Vorbehalte der Konservativen und des Zentrums – etwa im Hinblick auf die Freiheit bei der Verifikation der Wahlen, oder der Notwendigkeit einer qualifizierten Mehrheit bei der Entscheidung, ob es sich bei der behandelten Angelegenheit um eine nationale handelte – konnten die Wünsche der bäuerlichen Vertretung zum Großteil befriedigt werden. Die einen Zugeständnisse sprachen mehr die Ambitionen der Führung der Volkspartei an: a).

wenig um seine Wähler kümmern, sei es während der Wahlkampagne, sei es bei den Versammlungen, in denen über seine Tätigkeit als Abgeordneter berichtet werden sollte, eben wegen seiner Regierungsarbeit und des ständigen Aufenthalts in Wien nicht genau wusste, wann so ein wichtiges Ereignis wie der Beitritt der Volkspartei zum Polenklub erfolgte. In seinen Erinnerungen schrieb Biliński im Zusammenhang mit einem Bankett zur Feier des Beitritts: „Ich erwähne den Herrn Stapiński, der mit seiner Partei 1907 oder Anfang 1908 zur Zeit des Kabinetts Beck, angeblich unter der Mitwirkung des Minister Korytowski dem Polenklub beigetreten ist.“ Biliński, der bekanntlich mit Bobrzyński an dem neuen Statut des Klubs gearbeitet hatte, welches den Beitritt der Volksparteier ermöglichen sollte, hatte wohl einen Grund, dieses Ereignis kleiner zu reden, da seine Bemühungen als Vorsitzender des Polenklubs in derselben Angelegenheit am Widerstand Stapińskis scheiterten. Vgl. LEON BILIŃSKI, *Wspomnienia i dokumenty* [Erinnerungen und Dokumente], Warszawa 1924, Bd.I. 1846-1919, S. 168f.

⁵⁷² In der Kommission, die sich mit dem Beitritt der PSL in den Polenklub beschäftigte, waren von der bäuerlichen Seite vertreten: Bojko, Bomba, Grek, Ruebenbauer, Stapiński, Średniawski. Von Seite des Polenklubs wurde ein Subkomitee gebildet (Bobrzyński, Battaglia Staniszewski, Kozłowski), das alle Antworten auf die Vorschläge der Volkspartei bearbeitete.

⁵⁷³ Vgl. *Nowa Reforma* 155(3.04.1908).

Die Führungskompetenz wurde vom Präses zum Präsidium verlagert (der Obmann der bäuerlichen Fraktion wurde zum dritten Stellvertreter ernannt), b). Eine entsprechende Repräsentanz der bäuerlichen Vertreter bei der Wahl in die Kommissionen konnte gesichert werden (wegen der fehlenden Deutschkenntnisse der Abgeordneten stellte diese Errungenschaft nicht wirklich einen großen Gewinn für die Volkspartei dar). Mehr Bedeutung hatten weitere vier Konzessionen: c). Die Freiheit des Einbringens von Interpellationen wurde ausgedehnt auch auf die Anträge (außer Dringlichkeitsanträge), d). Bei der Verifizierung der Mandate und bei anderen persönlichen Angelegenheiten, wie etwa Verweiserteilungen oder Auslieferung der Mandatare an Gerichte, konnte eine einfache Mehrheit von der Solidarität entbinden (an dieser Stelle verlangten die Volksparteiler die völlige Freiheit), bei allen anderen Fragen entschied eine 2/3 Mehrheit, e). In den Konfessionsfragen konnten die Mitglieder des Polenklubs abstimmen und handeln nach eigener Überzeugung, bei anderen Angelegenheiten stand dem Klub das Recht zu, mit der 3/5 Mehrheit der im Klub anwesenden Mitglieder diejenigen Abgeordneten von der Solidarität bei der Abstimmung im Reichsrat zu entbinden, die bei der Abstimmung im Polenklub in der Minderheit blieben, f). Der nationalen Solidarität hat man in dem Abkommen einen besonderen Platz eingeräumt.⁵⁷⁴ An dieser Stelle ist festzuhalten, dass die Vorstellungen über die Voraussetzungen für den Beitritt der Abgeordneten der Volkspartei zum Polenklub selbst im bäuerlichen Lager – zumindest bei den führenden Persönlichkeiten – ursprünglich differierten. Während Stapiński auf die Erneuerung des Polenklubs durch Änderung seiner Statuten bestand, würde nach der Ansicht etwa des Blattes *Kurjer Lwowski* und der hier um Wysłouch gruppierten Vertretern der Intelligenz die neue Wahlreform die zwei Hauptgründe für die bisherige Absenz der bäuerlichen Parlamentarier in der nationalen Vertretung der Polen im Wiener Reichsrat beseitigen: 1). Den Missbrauch des zentralen Wahlkomitees bei den Wahlen und, 2). Die konservative Majorität im Polenklub, die nie dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit entsprach.⁵⁷⁵

Sehr unzufrieden mit dem Lauf der Dinge waren die Sozialdemokraten, die ihrer Enttäuschung und Verbitterung Luft machten. Die linke Presse ließ sich hinsichtlich dieses Ereignisses etwas ganz originelles mit viel Aussagekraft einfallen. Die sozialistische Zeitschrift *Prawo Ludu* (Volksrecht) brachte auf der ersten Seite eine schwarz umrahmte

⁵⁷⁴ Vgl. GŁĄBIŃSKI, Wspomnienia polityczne[Politische Erinnerungen], Pelplin 1939, S. 103; *Słowo Polskie* 159(3.04.1908).

⁵⁷⁵ Vgl. dazu Stapiński an Wysłouch vom 3.09.1906, Ossol. 7183, S.243f und *Kurjer Lwowski* 238(2.09.1906).

Todesanzeige mit folgendem Wortlaut an⁵⁷⁶ : "Hier ruht ewig die Volkspartei, geboren aus der bäuerlichen Armut, gestorben und beigesetzt in dem finsternen Abgrund des Polenklubs in der Umarmung der Stańczyken. Schlafe den ewigen Schlaf und den Händlern der bäuerlichen Haut möge ihre Schuld vergeben werden!"

Der neu gewählte galizische Landtag (dieser setzte sich aus 12 virilen und 149 gewählten Vertretern zusammen – darunter 127 Polen, 21 Ruthenen und ein deutscher Abgeordnete aus dem Kreis Biała (Haempel) -, von denen 44 in der Kurie des Großgrundbesitzes, 28 aus den Städten, 3 aus den Handelskammern und 74 aus den Landgemeinden gewählt wurden)⁵⁷⁷ trat am 15. September 1908 unter der Führung des Marschalls Stanisław Graf Badeni zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Sejm des Jahres 1908 war von zwei Merkmalen gekennzeichnet:

a). Keine der politischen Formationen verfügte über die absolute Mehrheit, was zur Politik der Kompromisse zwang.

Im Unterschied zum Polenklub im Reichsrat bildeten die Konservativen im Landtag die politische Hauptformation, die sich nach wie vor des Einflusses einer Reihe ausgezeichneter Parlamentarier und berühmter Persönlichkeiten erfreute. Mit den in den letzten Wahlen gewonnenen 73 Mandaten (44 in der Kurie des Großgrundbesitzes, 4 in den Städten – Korytowski in Nowy Sącz, Gorayski im Kreis Sanok-Krosno, Halban in Drohobycz und Biliński in Stanisławów – und 25 Mandaten in der Kurie der Landgemeinden), bildeten sie zwar mit den Virilstimmen die Hälfte des Landtags, in Anbetracht der Tatsache jedoch, dass Landmarschall Badeni seine Stimme nur bei den Wahlen abgab, der Kardinal Puzyna sich selten im Landtag blicken ließ und die Mandatäre Baworowski und Szeptycki sich aus gesundheitlichen Gründen auf längere Zeit beurlauben ließen, konnte das einst in der galizischen parlamentarischen Körperschaft dominierende Lager nur mit einem hauchdünnen Übergewicht von höchstens 2-3 Stimmen rechnen.⁵⁷⁸ Um die Interessen, welchen sich ihre Mitglieder verschrieben hatten, besser verteidigen zu können und den

⁵⁷⁶ Prawo Ludu 11(1908).

⁵⁷⁷ Der sozialen Herkunft nach waren darunter 68 Großgrundbesitzer, 17 Bauer, 14 Anwälte, 4 Priester, 4 Ärzte, & Professoren, etwa 50 Abgeordnete verschiedener Berufe vom Minister bis zum Gemeindeschreiber. Nach der Religionszugehörigkeit waren hier 131 römisch-katholisch, 24 griechisch-katholisch und 6 Juden. Vgl. Naprzód 256(16.09.1908).

⁵⁷⁸ Vor den Landtagswahlen 1908 zählte die Landtagsrechte 96 Abgeordnete (60%des Landtags). Diese bildeten 43 Mandatäre aus der Kurie des Großgrundbesitzes, 41 Konservative, die in der Kurie der Landgemeinden gewählt wurden, 7 virile Mitglieder und 15 Abgeordnete aus den Städten.

konservativen Kräften mehr Einheit zu verleihen, schlossen sich diese im September 1908 zu einem Klub der Landtags-Rechten zusammen.⁵⁷⁹ Ihr so konstituierter Klub unter dem Vorsitz des Ex-Ministers für Galizien, des Grafen Wojciech Dzieduszycki (Vertreter wurden Leon Graf Piniński, A. Wodzicki und A. Stadnicki), zählte ohne Virilstimmen 66 Mitglieder.⁵⁸⁰

Außerhalb dieses Gebildes standen die wilden Abgeordneten, die den Konservativen nahe standen (hier Tadeusz Cieński, Gniewosz, Witold Fürst Czartoryski) und das neuformierte Zentrum mit Kozłowski an der Spitze, mit den Abgeordneten Adolf Brunicki, Marszałkowicz, F. Sobolewski, und T. Wrześniowski.

Was unterschied die frühere konservative Union, die 1889 geschlossen wurde, von der jetzt ins Leben gerufenen Landtags-Rechten, außer dem Faktum, dass die erste gerade zum Zweck der Herstellung einer Majorität im Landtag diene?

Die konservative Union setzte sich aus drei einzelnen Klubs zusammen - dem Krakauer Klub unter der Führung Bobrzyńskis, der podolischen Formation mit Leon Graf Piniński an der Spitze und der Gruppe der Agrarier unter dem Vorsitz Stanisław Graf Stadnickis -, die jeder innerhalb seiner Organisation in den wichtigsten Landtagsangelegenheiten berieten und entschieden und mittels einer gemeinsamen parlamentarischen Kommission die Entscheidungen schließlich auf einen gemeinsamen Nenner brachten. In dem Bündnis von 1908 war der Zwang der Klubsolidarität mehr präsent. Dem provisorischen Statut des neuen Klubs der Landtags-Rechten nach, das vom Abgeordneten Starzyński am 15. September 1908 ausgearbeitet wurde, konnten die Mandatare, die sich in ihren politischen Ansichten nahe standen, zwar die Angelegenheiten in einzelnen Gruppen besprechen, es war ihnen aber untersagt, Beschlüsse zu fassen und bei Plenarsitzungen schon an diese gebunden zu erscheinen. Die jeweiligen Arbeitsuntergruppen durften auch nicht einzeln irgendwelche

⁵⁷⁹ Stanisław Tarnowski an Bobrzyński vom 7. 09.1908, KB XIV, 8091/I, S. 224.

⁵⁸⁰ Ihren Beitritt erklärten: Kazimierz Badeni, S. Henryk Badeni, Baworowski, Julian Brunicki, Brykczyński, Cielecki, Leszek Cieński, Czarkowski-Golejewski, Czaykowski, Ciecz, Dąmbowski, Dembowski, Dzieduszycki, Fierich, Garapich, Głębocki, Gołuchowski, Gorayski, Górski, Götze, Haempel, Horodyński, Hupka, Jaworski, Jędrzejowicz, Julian Korytowski, Wincenty Kraiński, Wł. Kraiński, Krzeczunowicz, Krzysztofowicz, Laskowski, Andrzej Lubomirski, Kazimierz Lubomirski, Mars, Męciński, Milewski, Moysa, Edward Mycielski, Stanisław Mycielski, Niezabitowski, Obortyński, Onyszkiewicz, Paygert, Pilat, Piniński, Potocki, Sapieha, Schnell, Sękowski, Skalkowski, Skrzyński, Stadnicki, Starzyński, Stanisław Tarnowski, Zdzisław Tarnowski, Antoni Theodorowicz, Trzeciecki, Tyszkiewicz, Urbański, Vivien, Weiser, Wodzicki, Wereszyński. Als Hospitanten meldeten sich: Halban, Sozański, Zamoyski. Zum rechten Spektrum sollte man zusätzlich noch Mandatare zählen, die bis dato ihre Zugehörigkeit dem neuen Klub noch nicht meldeten (Abrahamowicz, Witold Korytowski, Jan Szeptycki), Virilstimmen (Bilczewski, Pelczar, Puzyna, Teodorowicz, Walęga), sowie diejenigen, die das höchste Amt im Lande bekleideten und aufgrund dessen keiner Organisation angehörten (Stanisław Badeni und Michał Bobrzyński). Siehe *Czas* 228(4.10.1908).

Übereinkünfte mit anderen Parteien treffen. Abgeordnete, die sich gegen einen Beschluss aussprachen, konnten im Plenum nicht gegen ihn stimmen, nicht mal sich hier dagegen äußern. Sie konnten sich allein der Stimme enthalten.⁵⁸¹ Der wesentliche Unterschied zwischen der konservativen Union von einst und der neuen Partei der nationalen Rechten, die sich am 17. September 1908 im Landtag konstituierte, war die Tatsache, dass die Union aus dem Vorgehen gegen das 1883 ins Leben gerufene, zu selbständig agierende Zentrum entstanden ist, und dass diese über eine deutliche Mehrheit im Landtag verfügte. Das konservative Gebilde des Jahres 1908 konnte diese Machtposition nicht mehr nutzen, denn es besaß keine Majorität. Außerdem setzte man sich als Ziel nicht Unterwerfung einer bestimmten Gruppierung, sondern die Suche nach Verständigung zwecks Durchsetzung der für das Land wichtigsten Vorhaben. Mit der Einsetzung des Grafen Dzieduszycki an der Spitze der Partei der nationalen Rechten, der in seinem Handeln stets überparteiliche Züge erkennen ließ und für viele als Symbol der Modernität galt, hoffte man in den konservativen Kreisen, dass diese neuen Signale von der Öffentlichkeit richtig gedeutet und gewürdigt würden.

Die Lehre, welche die Reichsratswahlen von 1907 den bisher erfolgsverwöhnten Konservativen erteilt hatten, zwang dieses politische Lager zur Änderung nicht nur der bisherigen Methoden, sondern auch der Inhalte ihrer Politik. Ankündigungen zur programmatischen Weichenstellung ließen sich an den Reden der Spitzenpolitiker aus dem Klub der Krakauer Konservativen ablesen. Das Programm der Landtagsarbeiten umfasste das Erzielen einer Verständigung zwischen den Fraktionen hinsichtlich der Wahlreform für den Landtag. Auf der Agenda stand auch die Gemeindereform und zwar von dem Prinzip ausgehend, dass die Gutshöfe als Organe der öffentlichen Verwaltung ausgedient hatten.⁵⁸²

Während Stanisław Tarnowski von dem „Zustand sozialer Veränderungen, in der sich die polnische Nation befand“, sprach – die Landtags-Rechte sollte zumindest dem Verständnis des Krakauer Flügels nach eine Kontinuität der „Reformpartei“ sein, mit dem Ziel, einige Umgestaltungen, die dem Geist der Zeit entsprechen würden, in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durchzuführen –, nahm das Lager der ostgalizischen Konservativen nur vorsichtig Stellung zu diesen Ankündigungen, was den Koordinator des rechten Parteienspektrums, Bobrzyński, nicht gerade erfreute. Piniński zeigte sich in seiner Eröffnungsrede zwar nicht als Fortschrittsgegner, deponierte aber einige Vorbehalte. Keine überstürzten Innovationen und Kompromisslösungen hinsichtlich der Wahlreform, finanzielle

⁵⁸¹ Gazeta Narodowa 218(22.09.1908).

⁵⁸² Vgl. BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 118.

Ausgewogenheit, keine zu wagemutige Investitionspolitik – lautete die Position der Podolier.⁵⁸³

Die zweitgrößte Gruppierung im galizischen Landtag war die demokratische Linke mit ihren 30 Abgeordneten. Trotz der Unterschiede versammelten sich hier die Nationaldemokraten und die polnischen oder unadjektivischen Demokraten.⁵⁸⁴ Der frühere (noch bis 1907) Anhänger der Konservativen, Dr. Leo, der mit drei weiteren Mandataren das politische Lager gewechselt hatte, war Präses der gesamten Linken.⁵⁸⁵

Auch in dieser Interessenverbindung mangelte es nicht am Konfliktstoff. Schon im Februar 1908 sickerte Kritik der liberalen Demokraten an die Adresse der Allpolen durch. Es berührte unangenehm, dass die Nationaldemokraten lieber den Konservativen Abrahamowicz im Amt des Ministers für Galizien sahen als einen Kandidaten ihres Unionspartners aus dem Polenklub. Abgesehen von der Haltung des nationalen Lagers zu den Ruthenen und Juden, die die Demokraten nicht teilten, störte es, dass die Nationaldemokraten fremde Errungenschaften auf das Konto der eigenen Verdienste schrieben. Zuallerletzt munkelte man von den Intrigen der Endeks, die den Sturz des Statthalters Potocki und des Ministers Korytowski zum Ziel hätten. Die Allpolen versicherten ihrerseits, dass ihr Unwille gegenüber Korytowski, der sich in der Bekämpfung der Kandidatur des Konservativen in Nowy Sącz äußerte, einzig mit seiner Haltung in der ruthenischen Causa zu tun habe und nicht mit seiner Person als Minister. In diversen Gerüchten, die jetzt ihre Blütezeit erlebten, tauchte immer wieder auch der Name des Konservativen Leon Biliński auf, den man in manchen Kreisen für den faktischen Vorsitzenden des Polenklubs in Wien hielt, wegen der wie es hieß „mangelnden Erfahrung“ Głąbińskis. Hier sahen die Nationaldemokraten wiederum die Finger der Konservativen im Spiel, denen das loyale Verhalten Bilińskis dem Obmann des Polenklubs und der ganzen demokratischen Mehrheit gegenüber ein Dorn im Auge sei, nicht zu vergessen den alten Groll, den die Konservativen gegen Biliński hegen sollten, wegen seiner einst geäußerten kritischen Worte an den angewendeten Mitteln zur Machtsicherung in den Reihen seines politischen Lagers.

Freundschaftliche Beziehungen zwischen Głąbiński und Biliński sorgten schon vor den Landtagswahlen 1908 für Irritationen. Dass auch Biliński der Meinung war, sein konservativer Parteikollege Abrahamowicz wäre der bessere Kandidat für das Amt des Ministers für Galizien

⁵⁸³ Ebda, S. 123; *Słowo Polskie* 501(27.10.1908).

⁵⁸⁴ Der demokratischen Linken gehörten an: Adam, Bandrowski, Battaglia, Bednarski, Biliński, Ciuchciński, Doliński, Fedorowicz, Fruchtmann, Głąbiński, Jabłoński, Jahl, Kleski, Kolischer, Laudon, Leo, Loewenstein, Maiss, Maryewski, Merunowicz, Michałowski, Niementowski, Rayski, Rittel, Rutowski, Sala, Sare, Schätzel, Skarbek, Tertil.

⁵⁸⁵ In der Überzeugung der Öffentlichkeit galt Leo als "Mitarbeiter" der Stańczyken, der zu den Demokraten "abkommandiert" wurde, um die konservativen Grundsätze hier zu verbreiten.

als der Demokrat Dulęba, war nicht verwunderlich. In der Personalrochade um den Vorsitz im Polenklub setzte sich Biliński allerdings für die Wahl Głabiński ein, mit der sich anfänglich selbst der Kaiser schwer getan hatte und auf der polnischen Seite ein Widerstand gegen den Anführer der Allpolen vor allem seitens der klerikalen Gruppierung rund um den Geistlichen Pastor zu spüren war. Ob der Einsatz Bilińskis für Głabiński dem nahen persönlichen Kontakt zuzuschreiben war, oder ob es sich hier um eine Art Danksagung des Konservativen für die Hilfe seines ehemaligen Studenten und späteren Dozenten der Krakauer Universität bei der Wahl in den Wiener Reichsrat 1907 in Rzeszów handelte (Bilińskis traditioneller Kreis Stanisławów war nämlich schon besetzt, als sich der Konservative auf Drängen des Statthalters Potocki schließlich zu einer Kandidatur entschlossen hatte), oder ob es schlicht und einfach eine opportunistische Haltung des Konservativen war, der nach hohen Ämtern strebte, lässt sich mit Sicherheit nicht sagen.⁵⁸⁶ Das gute Verhältnis zwischen dem Konservativen und dem Nationaldemokraten kühlte allerdings während der Zeit, in der Głabiński den Vorsitz im Polenklub innehatte, deutlich ab. Biliński, der nach seiner Funktion als Gouverneur der Österreichisch-Ungarischen Bank seit 1908 als Finanzminister im Kabinett Bienerth tätig war, rückte mit einem originellen Vorschlag aus, in dem er für sich als Minister das Recht auf so genannte „Rückstellungen“ beanspruchte. Damit hätte er im Namen der Sicherung des budgetären Gleichgewichts die Möglichkeit gehabt, gewisse Ausgaben entweder zurücknehmen, streichen oder auf spätere Zeiten verschieben zu können. Zum großen Missfallen Bilińskis stellte sich hinter Głabiński, der gegen diesen Vorschlag schon aus Gründen der wirtschaftlichen Interessen Galiziens opponierte, der ganze Polenklub.⁵⁸⁷

Die ganze polnische Linke im Landtag des Jahres 1908 (außer den Demokraten und den 19 Mandataren der Volkspartei gehörten dazu weitere 3 Abgeordneten, die an keinen Klub gebunden waren - Stojałowski, Pastor, Szwed) zählte zusammen 53 Stimmen.

Aggressive Wahltaktik der Ukrainophilen - gerichtet vor allem gegen die *Rada Narodowa* -, die sich von den radikalen unter Trylowski unterstützen ließen, ging in Ostgalizien nicht auf. Auch die Politik des Klubs im Reichsrat schreckte den ruthenischen und polnischen Wähler ab, so dass sie ihre Stimme während der Landtagswahlen den gemäßigteren ruthenischen Kräften gaben, was schließlich bei den ruthenischen Parteien den Schwerpunkt zu den Altruthenen verschob. Die Tatsache, dass sich die Befürworter einer unabhängigen Ukraine jetzt nicht als Sprecher des ruthenischen Volkes betrachten konnten und der sich abzeichnende Wechsel an der Führungsspitze im Klub der Altruthenen vom Korol zum

⁵⁸⁶ BILIŃSKI, Wspomnienia..., S. 157.

⁵⁸⁷ Głabiński spricht in seinen Erinnerungen, dass Bilińskis die Bekanntschaft mit dem Nationaldemokraten zur Betreibung der Vetternwirtschaft ausnutzen wollte.

konservativen Dudykiewicz, der eine härtere Gangart gegenüber den Ukrainophilen vermuten ließ, blieb nicht ohne Einfluss auf die traditionelle Solidarität der ruthenischen Gruppierungen im galizischen Landtag. Die Ukrainophilen, die zusammen mit den Radikalen 11 Mandate hatten, gründeten am 6. März 1908 auch hier, ähnlich wie im Wiener Reichsrat, ihren eigenen Klub. Mit den 10 altruthenischen Abgeordneten, unter denen auch die Vertreter des ruthenischen Klerus anwesend waren, und drei Virilstimmen (den Geistlichen Andrzej Szeptycki, Czechowicz und Chomyszyn) zählten die Ruthenen zusammen 24 Landtagssitze.⁵⁸⁸

Gemeinsam mit den ruthenischen Stimmen kamen die demokratischen Kräfte im galizischen Landtag auf 77 Sitze, von denen man wiederum zwei abziehen konnte, nämlich den Abgeordneten Biliński und den Geistlichen Chomyszyn, die selten an den Sitzungen des Landtags teilnahmen. Die neuen Verhältnisse im Landtag, sprich ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen der konservativen und der demokratischen Plenumseite, bot die besten Voraussetzungen dafür, dass aus dem Sejm des Jahres 1908 ein Sejm der Reformen werden könnte. Worauf die Konservativen bei dieser Mandatsarithmetik hoffen durften, um bei manchen Fragen nicht überstimmt zu werden, war die Tatsache, dass das polnische demokratische Lager nicht immer mit dem ruthenischen Klub Hand in Hand gehen konnte (einzig in den Fragen, wo das nationale Interesse keine Rolle spielte, war eine demokratische Mehrheit möglich). Dasselbe galt für die polnische Bauernpartei. Hier konnten nämlich die bevorzugten Interessen der ländlichen Bevölkerung mit denen der städtischen schnell kollidieren. Außerdem waren sich auch die Konservativen dessen bewusst, dass ohne die Machtaufteilung auf der Ebene der Landesinstitutionen mit der bäuerlichen Partei ihre führende Position im Landtag ohnehin in Gefahr sei, womit wir beim zweiten wichtigen Merkmal des neuformierten Landtags angelangt wären.

b). Der Verzicht der Volkspartei auf ihre oppositionelle Haltung im Reichsrat und in dem galizischen Sejm ließ auf Beilegung des sozialen und nationalen Kampfs hoffen.

Die bäuerliche Vertretung, die im letzten Landtag nur über vier Sitze verfügte, konnte jetzt die Zahl ihrer Mandate auf 19 aufstocken und wurde zu einem wichtigen politischen Faktor,

⁵⁸⁸ Dem ruthenisch-ukrainischen Klub gehörten an: Dumka, Kiweluk, Kurowiec, Lewicki, Makuch, Oleśnicki, Sandaluk, Skwarko, Sodomora, Antoni Staruch, Tymoteusz Staruch, Winniczuk und die Virilisten Andrzej Szeptycki, Czechowicz, Chomyszyn.

Um den altruthenischen Klub gruppierten sich: Dudykiewicz, Hanczakowski, Kolpaczkiewicz, Korol, Krynicki, Krysowaty, Myroniuk-Zajanuk, Senyk, Tracz; Seitdem der Abgeordnete Michal Korol den Klub verlassen hatte und zu der ukrainischen Gruppierung gewechselt hatte, verlor das moskalophile Lager an Bedeutung.

der einem Zünglein an der Waage gleich bei vielen Angelegenheiten entscheidend wurde. Gestärkt wurde die Partei von ein paar Leuten, die aus anderen gesellschaftlichen Schichten stammten und nicht immer die Anliegen der Bauern verstanden. Ihr Berufswissen und Erfahrung in der öffentlichen Arbeit sah man aber im Moment als Bereicherung der Partei an, als ein Element, das aus der bäuerlichen Partei eine angesehene, zum Mitregieren fähige Formation machen könnte.

Trotz der Mandatsstärke wollte die Euphorie in der Volkspartei jedoch nicht so richtig aufkommen. Bei manchen bäuerlichen Abgeordneten machte sich das Gefühl breit, die Konservativen würden sie von oben herab behandeln und als Eigentum betrachten.⁵⁸⁹ Mit Respektlosigkeit und Spott wurden die Volksparteiler von Seite des ruthenisch-ukrainischen Klubs konfrontiert. Der Beitritt der bäuerlichen Fraktion zum Polenklub stärkte bei diesem nur die Befürchtung einer verstärkten polnischen "Kampffront" gegen die Ruthenen.

Die Haushaltsplandebatte im Landtag hat das Befinden der Volksparteiler nur verschlimmert. Gewohntermaßen war die Budgetdebatte in Parlamenten und Landtagen ein politischer Disput zwischen den Oppositionsparteien und der Regierung bzw. den im Land regierenden Fraktionen. Die Rede Stapińskis hörte sich aber mehr wie eine Beichte über seine bisherige politische Tätigkeit an.⁵⁹⁰ Der Vorsitzende der bäuerlichen Partei betonte die Verdienste der konservativen Parteien für das Land und die Bevölkerung. Versöhnliche Worte richtete er auch an den Klerus und bezeichnete seinen früheren Kampf mit den Geistlichen als einen „tragischen Irrtum“. Wer sich an dieser Stelle irgendwelche Katharsis-Wirkung erwartete, wurde eines Besseren belehrt. Stapińskis Auftritt war Wasser auf die Mühlen seiner politischen Gegner. Demütigende Worte seitens Stojalowskis und Zurufe der ruthenisch-ukrainischen Elemente riefen bei den bäuerlichen Mandataren das Gefühl von Scham und Ratlosigkeit hervor. Der empörte Journalist Jan Dąbski, der mit dem Parteivorsitzenden im Clinch lag, spottete, die Abgeordneten der Volkspartei mögen sich diese kompromittierende "Lakaienrede" zum Andenken abschreiben lassen.⁵⁹¹ Dem Druck der kritischen Stimmen, die sich auch in den eigenen Reihen erhoben, konnte selbst der erfahrene Parteivorsitzende nicht standhalten. Sein Ohnmachtfall in der Sondersitzung des Volksparteiklubs ließ die Opposition jedoch unbeeindruckt, man quittierte den Vorfall als einen von den nicht selten benutzten Täuschungsmanövern der Parteispitze. Den "Krankenstand" des Obmanns nutzte vor allem Dąbski aus, um die Parteibasis gegen die „verräterische“ Politik Stapińskis aufzustacheln.

⁵⁸⁹ WITOS, *Moje...*, Bd. I, S.271.

⁵⁹⁰ Siehe Rede Stapińskis in: *Przyjacieł Ludu* 47(22.11.1908) und 48(29.11.1908).

⁵⁹¹ Die Rede Stapińskis verschwand aus dem Stenogramm und konnte nicht mehr gefunden werden. Vgl. WITOS, *Moje...*, Bd. I, S. 273.

Treue Wegbegleiter des Parteiobmannes wie etwa der Abgeordnete Olszewski versuchten den negativen Beigeschmack seiner Landtagsrede zu reduzieren, indem sie auf Stapińskis Verdienste bei der Gründung der Parzellierungsbank hinwiesen. Diese 1899 gegründete Bank sollte die Bauern aus der sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit anderer gesellschaftlichen Schichten befreien. Der Wunsch nach einer Bank in Galizien, die voll und ganz in den bäuerlichen Händen liegen würde, leitete sich aus den schlechten Erfahrungen der ländlichen Bevölkerung mit dem 1869 in Lemberg ins Leben gerufenen Geldinstitut der Großgrundbesitzer her. Nicht nur die Geschäftsabwicklungen, die zu Wucherpreisen erfolgten, stürzten so manchen Bauern in Schwierigkeiten. Ernsthafte Probleme kamen auf sie zu, als die Bank 1884 zu Grunde ging und die Grundstücke der Schuldner in Mitleidenschaft gezogen wurden. Einer energischen Initiative des Anführers der PSL 1899, die einen langen, fast fünfzehnjährigen Liquidierungsprozess der Bank schließlich 1900 beendet hatte, verdankten etwa ein Tausend bäuerliche Landwirtschaften ihre Existenz.⁵⁹² Als jetzt 1908 auch der bäuerlichen Parzellierungsbank wegen eines leichtsinnigen Wirtschaftens der Direktion selbst ein ähnliches Schicksal drohte, versuchte der Intimus des Parteivorsitzenden, Olszewski, die Volksparteiler davon zu überzeugen, dass der Schwenk der bäuerlichen Fraktion in die Nähe der Konservativen einem Zweck diene, nämlich der Rettung der Bank. Darüber hinaus sprach man von dem beabsichtigten Bau der Kanäle in Westgalizien, in den die Regierung eine Summe von 125 Millionen Kronen investieren wollte.⁵⁹³

Mit der Zeit glätteten sich langsam die Wogen in der Volkspartei. Die Konservativen beobachteten mit Spannung das Verhalten der bäuerlichen Fraktion im Polenklub. Bobrzyński ließ sich über jeden Schritt der Partei informieren, die jetzt an das Prinzip der nationalen Solidarität gebunden sich in ihrer nicht-oppositionellen Haltung übte.⁵⁹⁴

Noch mehr als im Polenklub zeichnete sich der Schwenk in der Politik der Volkspartei in den Landtagssitzungen ab. Die früheren Antipathieausbrüche gerichtet an den Großgrundbesitz und den Klerus reduzierten sich sichtbar. Die bäuerliche Fraktion strebte jetzt danach, ihrer Stimme sowohl in der Regierungs- als auch Landesverwaltung mehr Gewicht zu verschaffen. Unter den autonomen und halbautonomen Institutionen und Organisationen wurde der Landesschulrat und die Landesbank (Bank Krajowy) ins Visier

⁵⁹² Über die Sorgen mit der Großgrundbesitzer-Bank klagte Stapiński in seinem Brief an Karol Lewakowski vom 17.12.1899, AZHRL, ZL-11.

⁵⁹³ Die Vorbereitungsarbeiten für den Kanalbau begannen zwar 1910 in einigen Kreisen Westgaliziens, wurden aber bald darauf unterbrochen.

⁵⁹⁴ Dzieduszycki an Bobrzyński vom 6. und 28. Mai 1908, TB BJ, 8090, S. 88-89.

genommen. Der Parteiboss stellte zwar in einer der ersten Sitzungen des galizischen Landtags einen Dringlichkeitsantrag auf eine rasche Durchführung der Wahlreform für den Landtag, ließ aber sehr schnell damit aufhören, dass die Erledigung einiger brennenden Angelegenheiten, welche die ländliche Bevölkerung direkt betrafen, Priorität hätte.⁵⁹⁵ Ganz oben auf der Liste der bäuerlichen Sorgen stand die Einführung eines Gesetzes zur Regulierung der Parzellierung, Gründung einer landwirtschaftlichen Organisation, Vergrößerung der Regierungssubventionen für Agrarzwecke, Steuererhöhung auf Spirituosen und Nutzung dieser Einnahmen für die Bedürfnisse des Landes.⁵⁹⁶

Einer der ersten Schritte der Volkspartei in dieser Etappe der „positiven Arbeit“ war die Revision ihres Verhältnisses zu den höheren geistlichen Würdenträgern - die Kirche und Glaubensfragen als solche standen nämlich bei der meist katholischen bäuerlichen Bevölkerung nie zur Diskussion. Der Abgeordnete Leon Pastor war einer der ersten Verhandlungspartner in diesem Verständigungsprozess zwischen den verfeindeten Lagern. Der Beitritt der früheren führenden Persönlichkeit aus der katholischen Zentrums-Partei zum Klub der Volkspartei am 27. Oktober 1908 sollte die neue Ära in den gegenseitigen Verhältnissen zementieren.⁵⁹⁷ Die enthusiastische Begrüßung Pastors in der Volkspartei durch Stapiński und der schmeichelhafte Artikel in *Przyjacieł Ludu* an die Adresse des Geistlichen löste aber nicht bei allen Volksparteilern Begeisterung aus. Man stellte sich vielmehr die Frage, ob eine solche plötzliche Zuneigung langen Bestand haben könne? Die bäuerlichen Abgeordneten, die zusätzlich von Dąbski gegen Pastor aufgehetzt wurden, zeigten kein Verständnis für die Einmischung des neuen Mitglieds in die internen Parteiangelegenheiten. Der gereizte und von Stapiński - der ihn angeblich hinsichtlich der in der Volkspartei herrschenden Stimmung irregeführt hatte - schwer enttäuschte Pastor verließ nach nur ein paar Wochen dauernder Mitgliedschaft die Reihen der bäuerlichen Partei. Bei dieser Angelegenheit kam auch die unglaublich schnelle Wendung in der Positionierung Stapińskis zum Vorschein. Er konnte das, was noch vor kurzem den Wert eines Dogmas für ihn hatte, leicht ins Lächerliche ziehen. Der schnelle Austritt Pastors aus der Volkspartei ging nicht ohne bössartige Bemerkungen in dem bäuerlichen Presseorgan ab. Der Parteivorsitzende zeigte eine spürbare Erleichterung.⁵⁹⁸

⁵⁹⁵ Der Antrag Stapińskis bekam nicht die notwendige 2/3 Mehrheit der Stimmen. Auf 116 der anwesenden Abgeordneten stimmten in einer namentlichen Abstimmung 64 Mandatäre mit „ja“, 52 mit „nein“. Siehe STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 2. posiedzenia, I. sesji, IX. periodu vom 16.09.1908, S. 101, 105f.

⁵⁹⁶ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 121.

⁵⁹⁷ Gleichzeitig mit Pastor schloss sich auch der Abgeordnete Szwed der Volkspartei an.

⁵⁹⁸ WITOS, Moje..., Bd.I, S.281.

Unnachgiebig zeigten sich bei dem Verständigungsversuch der Volkspartei die Geistlichen der Diözese Tarnów. Die einen mehr, die anderen weniger eifrig fügten sich die Kirchenmänner im allgemeinen den Entscheidungen des Bischofs. Einige wenige Klerikale waren stille Sympathisanten der Bauernbewegung und die anderen, die sich in keiner der galizischen Parteien und Gruppierungen engagierten, arbeiteten unentgeltlich für die Bauern in den Raiffeisenkassen oder landwirtschaftlichen Genossenschaften. Zweifellos zeichnete sich im Laufe der Zeit eine Wandlung unter den Geistlichen, zumindest hinsichtlich ihrer Stellung zu den Bauern ab. Die Geistlichen der älteren Generation, bei denen Beruf und Berufung noch im Einklang standen, stammten in der Mehrheit aus dem Adel. Sie schauten auf die Bauern zwar von oben herab, hielten sich aber dabei in gewissen Grenzen des Anstands. Ihre Nachfolger, Beamten- und Handwerkersöhne, arbeiteten zunehmend um des Verdienstes wegen und achteten darauf, dass diese Arbeit vor allem dem Vorgesetzten gefiel. In ihrem kleinbürgerlichen Verhalten manifestierten sie ihre Überlegenheit gegenüber den Bauern. Nicht zu übertreffen in ihrem blinden Gehorsam dem Bischof gegenüber waren die bäuerlichen Absolventen des theologischen Seminars in Tarnów. Es schien Ironie des Schicksals zu sein, dass gerade sie die Bauern am meisten ignorierten und sich im Kampf gegen die Bauernbewegung durch die größte Verbissenheit auszeichneten. So sah zumindest Witos die Dinge.⁵⁹⁹

Auf solche Leute stützte sich der 1901 zum Bischof ernannte Wałęga. Sein Amt machte ihn in den Augen der einfachen Bauern zu einer überirdischen Erscheinung. Die führenden Persönlichkeiten der sich gerade in diesem Kreis Galiziens sehr stark entwickelnden Bauernbewegung hatten in der Person des Bischofs ein schweres Hindernis zu überwinden. Wałęga war der Meinung, dass es ihm im Interesse des Glaubens frei stehe zu entscheiden, wer als Aufrührer zu bestrafen sei und handelte auch danach. Der kirchliche Bann erreichte 1903 unter anderen das Presseorgan der Bauern *Przyjacieł Ludu*.

Einer Verständigung zwischen den Geistlichen und der Volkspartei 1908 standen zu viele und zu harte Forderungen des Klerus im Wege. Es genügte nicht, dass Stapiński nach dem Beitritt der bäuerlichen Fraktion zum Polenklub versöhnliche Worte an die hohe Geistlichkeit richtete, selbst auf die Gefahr hin, Kritik aus dem eigenen politischen Lager dafür zu ernten. Denn hier ging es nicht um das Bekehren von Ungläubigen, sondern um politischen Konkurrenzkampf. Es schmerzte das katholische Oberhaupt der Diözese Tarnów, das von Anfang an zu den schärfsten Gegnern der Bauernbewegung zählte, dass die Volkspartei bei den letzten Landtagswahlen einen schönen Erfolg eingefahren hatte. Es beunruhigte ihr

⁵⁹⁹ Ebda, Bd. I, S. 236-240; Über die Haltung des Klerus zur Bauernbewegung siehe auch JAKUB BOJKO, *Dwie dusze*, S. 85-88.

Vorstoß bei der Änderung der bisherigen Gepflogenheiten im Polenklub, während der christlichsoziale Versuch auf dem politischen Parkett nicht so richtig in Schwung kam. Unter Beschuss geriet wieder die Zeitschrift der bäuerlichen Partei. Verlangt wurde eine Erklärung der Volkspartei, dass sie im katholischen Sinne agieren würde, was mit anderen Worten mehr Gehorsam dem Klerus gegenüber bedeutete. Darüber hinaus forderte Walęga den Verzicht auf jegliche Redewendungen im bäuerlichen Presseorgan, die ein Ausdruck des Triumphs der Partei über die Geistlichen gewesen wären.

Kritisch betrachtete Bobrzyński die Methode des sich Einander-Übertreffen-Wollens im Radikalismus, zu dem sich der Klerus im Wetteifern mit der Bauernpartei hinreißen ließ. Obwohl der Nestor im Klub der Stańczyken der Ansicht war, die Geistlichen hatten es selbst in der Hand, durch eine geschickte Annäherung an die volkstümlichen Elemente diese unter ihren Einfluss zu bekommen – die Zerschlagung des katholischen Zentrum galt hier als ein Beweis für eine vergebene Chance –, versuchte auch er, die verhärteten Fronten mit Hilfe der Erzbischöfe Bilczewski und Teodorowicz zu lockern. Aber weder die Bemühungen Bobrzyńskis noch Zusicherungen von ehrlichen Versöhnungsabsichten Stapińskis vermochten es, Verbesserungen im Verhältnis des Bischofs zu den bäuerlichen Vertretern herbeizuführen. Zu diesem Zeitpunkt konnte wohl keiner von den beiden um Entspannung bemühten Politikern vermuten, dass Walęga in naher Zukunft eine Gelegenheit dazu bekäme, aus der Drohgebärde, die er im Mai 1908 an den Statthalter für Galizien richtete, sowohl für den unbequemen Rivalen im Kampf um die Gunst der bäuerlichen Basis und noch mehr für den Vollstrecker des Pakts der Konservativen mit der Volkspartei bitteren Ernst zu machen.⁶⁰⁰

Im Endeffekt scheiterte der Verständigungsversuch in der Diözese Tarnów. Obwohl die Volkspartei versöhnlich gesinnt war, konnte sie sich nicht mundtot machen und politische Attacken der Geistlichen nicht unbeantwortet lassen. Die politische Tätigkeit Walęgas gipfelte in der Gründung einer Partei, die fast ausschließlich in seinem Amtsbereich agierte. Aber auch in seiner geistlichen Organisation ging nicht alles mit rechten Dingen zu. Viele Parteimitglieder missbrauchten ihr Amt (Beichtstuhl, Kanzel) unter der Mitwisserschaft des Bischofs.⁶⁰¹ Auch nach der Spaltung der Volkspartei im Jahre 1913 führte der Geistliche einen regelrechten Kreuzzug gegen die "Piast"-Gruppe. Die Einschaltung des Statthalters

⁶⁰⁰ Der Bischof schrieb in seinem Brief: „Im Moment können die Volksparteiler den Triumph feiern, den sie zur Schau tragen. In der Zukunft aber kann das traurige Folgen haben was den religiösen Aspekt, aber auch den sozialen betrifft“. Siehe Walęga an Bobrzyński vom 3.05.1908, BJ, t. XIV, 8091, S. 25f; Vgl. auch BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 185.

⁶⁰¹ WITOS, Bd. I, S.345-349.

Korytowski, der den Erzbischof Bilczewski als Vermittler gewinnen konnte, brachte auch keine positiven Ergebnisse. Im Kriegsjahr 1914 wiederholte Walęga dieselben Forderungen an die Volkspartei wie 1908, was zur Verschärfung des Konflikts führte. Als einzig positives Ergebnis für die Volkspartei erwies sich die Tatsache, dass der Geistliche Michał Żyguliński, der schon 1897 durch seine scharfe klerikale Agitation gegen die bäuerliche Fraktion herausragte, jetzt 1908 Mitglied des Parlamentsklubs der Volkspartei wurde.

B. Die ruthenische Frage und die Politik des neuen Statthalters Bobrzyński.

Nicht nur dieses angespannte Verhältnis zwischen der bäuerlichen Partei und der hohen Geistlichkeit trübte die Freude, die bei den Konservativen der Schwenk des bäuerlichen Lagers in der Sozialpolitik hervorgerufen hatte. Da waren noch die politischen Divergenzen im konservativen Lager, wie etwa die unterschiedliche Reformbereitschaft, genährt nicht selten durch persönliche Abneigung, wie z.B. zwischen Bobrzyński und Piniński. Eine der größten Herausforderungen, die vor den Politikern Galiziens stand, war die ruthenische Frage.

Seit Mitte des 19. Jh. schien es, als würde die ruthenische Bevölkerung in Galizien - vor allem in Ostgalizien, wo sie die ethnische Mehrheit bildete (63%) - aufhören, eine nicht näher definierbare Erscheinung zu sein. Die aus Moskau eingesickerten russischen Einflüsse versammelten rund um den griechisch-katholischen Klerus die altruthenischen Elemente, feindlich gesinnt dem Polentum, aber noch loyal Wien gegenüber. In den 60er Jahren des 19. Jh. richtete sich das nationale Bewusstsein eines anderen Teils der Ruthenen Galiziens auf die Ukraine. Mit ihrem Bekenntnis zur Kosaken-Tradition und einer eigenen uralten Volkssprache begann sich diese Bewegung Moskau zu widersetzen. Die ukrainischen Nationalisten suchten Verständigung mit den Polen im Sinne der Beibehaltung der Landeseinheit bei völliger Gleichberechtigung beider Nationalitäten. Dieses Projekt, vorgeschlagen von Julian Lawrowski 1872, nutzte man aber nicht. Wien zeigte sich eher gleichgültig, die Polen passiv. Erst als der mit den Abmachungen des Berliner Kongresses unzufriedene Zar seine Aktionen in Galizien verstärkte, schien sowohl Österreich als auch das Polentum aus ihrer Lethargie aufzuwachen.

Die Bekämpfung der ukrainischen Nationalbewegung von Seite der Moskalophilen nahm an Intensität zu. Das Verbot der ukrainischen Sprache sowie die Wahlniederlage der Nationalisten 1879 entmutigte diese aber nicht bei ihren Bestrebungen. Mit der Gründung des

Presseorgans *Dilo* wurde die ukrainische Propaganda verstärkt. Die unter dem Einfluss eines polnischen und eines ukrainischen Schriftstellers Michał Pawlik und Iwan Franko 1880 gegründete Gruppe der Radikalen sprach sich für eine Zusammenarbeit mit der polnischen Linken (Volkspartei) aus. Mittlerweile zog die Idee des Panslawismus immer größere Kreise. Als ein kleines Dorf Hniličzki 1882 zum russisch-orthodoxen Glauben übertrat, schlug die österreichische Regierung Alarm. Ukrainophile Verbände in Kiew schlugen eine Verständigung mit der polnischen Regierung in Galizien vor. Das Einvernehmen von 1889 brachte den ukrainischen Nationalisten einige Konzessionen: Amtliche Einführung der phonetischen Schrift, neue Mittelschulen, mehr Mandate. Die kleine Gruppe der ukrainischen Abgeordneten mit Julian Romanczuk an der Spitze bekam im galizischen Landtag die Unterstützung des Statthalters. Bobrzyński, der im Landesschulrat den Vorsitz hatte, führte in diese Organisation Alexander Barwinski ein, den Redakteur der Zeitschrift *Prawda* (Wahrheit) und einen der Initiatoren der Verständigung von 1889. Es wurden Änderungen in den Schulbüchern vorgenommen (die kyrillische Sprache wurde abgeschafft). Dem auf die Universität Lemberg berufenen Historiker Michał Hruszczewski ist es zu verdanken, dass sich der Begriff "ukrainisch" statt "russisch" durchsetzte.

Einer solchen Politik waren aber bald Grenzen gesetzt. Was unter der "eisernen Hand" Badenis noch möglich war, nämlich die Unterstützung der beiden Teile der polnischen Konservativen für diese Richtung, sah ganz anders aus unter den Nachfolgern des Statthalters. Sanguszko und Piniński, beide Großgrundbesitzer aus Ostgalizien, zeigten sich mehr besorgt um den polnischen Besitz in diesem Landesteil, der aufgrund der wachsenden Forderungen der ukrainischen Nationalisten zu schrumpfen drohte. Die ostgalizischen Konservativen waren es, die dem "Aufkeimen der selbständigen Ukraine" ein Ende setzen wollten. Diese Position, die auch die polnischen Nationaldemokraten tatkräftig unterstützten, indem sie sich ein Entgegenwirken dem "fremdstämmigen inneren Element"⁶⁰² als *suprema lex* vornahmen, entfachte nur den Nationalismus auf der anderen Seite. Nicht nur heftigere Attacken auf den polnischen "Lachen" (Schlachta) waren die Folgen. Schon 1894 traten einige unter den früheren Verfechtern einer polnisch-ruthenischen Verständigung auf Seite der Ruthenen in die Opposition gegenüber der Landesregierung in Galizien. Die ruthenische Nationalbewegung erlebte eine Radikalisierung im sozialen Sinne. Bei den Radikalen unter Franko und Trylowski, die früher in der polnischen Bauernbewegung noch einen Verbündeten sahen, kam es zu einer Spaltung, wobei der nationale Teil der Fraktion sich den ukrainischen Nationaldemokraten anschloss und den Kampf mit dem Polentum aufnahm.

Die führenden Kräfte unter den polnischen Demokraten, Sozialdemokraten, sowie den Stańczyken sahen in der wachsenden national-ukrainischen Bewegung unter der ruthenischen Bevölkerung

⁶⁰² Die Bezeichnung für die ruthenische Bevölkerung in Galizien bei dem Ideologen der polnischen Nationaldemokratischen Partei Balecki.

Galiziens immer noch einen eventuellen Verbündeten im Kampf gegen die Moskalophilen, die man als gefährlich sowohl für Galizien als auch für die Donaumonarchie ansah. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Nationalitäten um die Führungsrolle in Ostgalizien hielt man aufgrund der gemeinsamen Siedlung, des gemeinsamen historischen Schicksals und nicht selten Familienbande für einen lösbaren "Familienstreit". Diese „Familienauseinandersetzung“ spitzte sich jedoch zu und die Ereignisse nahmen einen anderen Ausgang. Der ukrainische Nationalismus wurde aggressiver, was einen Niederschlag in den Agrarstreiks und Bauernaufständen besonders der Jahre 1902/03 fand, und schließlich unversöhnlich, als 1903 mit der Hilfe der ostgalizischen Konservativen die Altruthenen bei den Wahlen Erfolge verbuchten. Die Podolier, die noch unter Badeni in dem ukrainischen Nationalismus einen Verbündeten bei der Bekämpfung der radikalen Strömungen sahen, waren zu keinen Zugeständnissen mehr für diese Elemente bereit. Beibehaltung und Stärkung des polnischen Besitzes in Ostgalizien lautete jetzt die Devise der dortigen Konservativen. Auch die kleine Gruppe um Stojałowski und das klerikale Zentrum vertraten diese Richtung. Die Welle des nationalen Egoismus entfachten mit ihren chauvinistischen Parolen zusätzlich die Allpolen.

Nach den Reichsratswahlen von 1907 zog eine stattliche Gruppe der ukrainischen Nationaldemokraten ins Parlament und unterstützte die Regierung. Diese entdeckte aber schnell die Drohung mit der Obstruktion als eine wirksame Methode bei der Er kämpfung von Konzessionen. Auch die Herbstsitzung des Landtags von 1908 wurde gleich am Anfang mit dieser Erpressung der Ukrainer konfrontiert. Unter der Führung des Abgeordneten Tymoteusz Staruch versuchten sie die Budgetdebatte zu unterbrechen mit dem Lärm verschiedener Musikinstrumente. Die aggressive Stimmung der ukrainischen Parlamentarier übertrug sich auf ruthenische Abgeordnete aus anderen Fraktionen. Die Landtagsdebatten wurden unter diesen schwierigen Umständen so lange durchgeführt, bis die Zeit, die für die Budgetfragen vorgesehen war, abgelaufen war.⁶⁰³

Neben der heiklen Sache der Wahlordnung für den Landtag gehörte die Forderung nach einer eigenen Universität zu den Brennpunkten im polnisch-ruthenischen Verhältnis in Galizien.⁶⁰⁴ Nach einem langen Tauziehen wollten die Polen schließlich dem Wunsch der Ukrainer nachgeben, widersetzten sich aber dem Standort der Hochschule in Lemberg. Es

⁶⁰³ Der Abgeordnete Witos aus der Volkspartei sprach sechs Stunden ohne Unterbrechung. Witos konnte sich zu dieser Zeit trotz seines jungen Alters als "politisches Talent" profilieren.

⁶⁰⁴ Dazu siehe KRZYSZTOFA MICHAŁEWSKA, *Sprawa uniwersytetu ukraińskiego w latach 1848-1914* [Die Frage der ukrainischen Universität in den Jahren 1848-1914], In: *Studia Historyczne* 27(1984) sowie HARALD BINDER, *Der nationale Konflikt um die Universität Lemberg*, In: *Místo národních jazyků ve výchově, školství a vědě v Habsburské Monarchii 1867-1918. Práce z dějin vědy*, Svazek 11, Prag 2002, S. 183-215.

kam zu stürmischen Aktionen unter der akademischen Jugend beider Nationalitäten, unterstützt auf beiden Seiten von den nationaldemokratischen Fraktionen. Die Ermordung des Statthalters Potocki am 12. April 1908, der um eine Kompromisslösung in den strittigen Fragen bemüht war, überspannte den Bogen.⁶⁰⁵ Eine Welle der Empörung ging durch das Land, als der Inhalt eines Telegramms, das zwischen Eugeniusz Lewicki – der einer der führenden Persönlichkeiten im ukrainischen Lager und gleichzeitig Schwager des Attentäters Siczyński war – und seiner Frau an die Öffentlichkeit kam.⁶⁰⁶ Die Polen waren durch die Wortwahl („Die Nachricht ist wahr. Andreas ist hin. Der nationale Stolz wird Dich stärken“) entrüstet.

Eine dauerhafte Versöhnung zwischen den Polen und Ruthenen in Galizien zu erzielen, auf die Wien jetzt drängte, war eine äußerst delikate Angelegenheit, die nicht nur guten Willen, sondern auch Opferbereitschaft von beiden Seiten forderte. Die allgemeine Stimmung war im Moment aber nicht dazu geschaffen. Die Taktik der Zugeständnisse an das ukrainische Lager, zu der die österreichische Außenpolitik gezwungen war, stieß vor allem bei den polnischen Nationaldemokraten, dem Intimfeind des neuen Statthalters für Galizien Bobrzyński, auf heftigen Widerstand. Erzürnt zeigten sich diese über den unglücklichen Verlauf des Prozesses gegen den Attentäter des Ex-Statthalters, der im Endeffekt mit einem Freispruch endete. Frisch in Erinnerung blieb der Jubel der ukrainischen Nationaldemokraten in den Strassen Lembergs nach der Bluttat. Die Nachricht von einer Verständigung der Anhänger einer selbständigen Ukraine mit Berlin gegen das Polentum bestärkte nur das polnisch-nationale Lager in seiner Überzeugung, dass man eher die Altruthenen in Galizien unterstützen sollte.

Auf den Schultern des neuen Statthalters für Galizien, der am 18. April 1908 dieses Amt offiziell übernahm, lag eine nicht geringe Verantwortung. Unter anderen Umständen würde im Zuge dieser Nominierung ein gewaltiger Aufschrei des Protests auch durch die Reihen

⁶⁰⁵ ANDRZEJ POTOCKI (1861-1908) – Konservativer Politiker, Sohn des 1872 verstorbenen Adam Potocki, des Autos der Adresse an den Kaiser von 10. Dezember 1866; Studium der Rechtswissenschaften in Krakau, hier 1884 Promotion *sub auspiciis imperatoris*; 1886 tätig als Attache der österreichisch-ungarischen Botschaft in Paris; Musste auf die diplomatische Karriere verzichten wegen der Krankheit seines Bruders Artur. Wieder in Krakau widmete er sich der Verwaltung des gewaltigen Familienbesitzes und der öffentlichen Arbeit, z.B. im wirtschaftlichen Bereich als Präses der Landwirtschaftlichen Gesellschaft; 1896 gewählt zum Gemeinderat in Krakau; 1891 Reichsratsabgeordneter gewählt aus der Kurie des Großgrundbesitzes im Kreis Kraków-Chrzanów-Wieliczka, später Landtagsabgeordneter aus dem Kreis Chrzanów; Seit Herbst 1901 Landesmarschall nach der Resignation von Stanisław Graf Badeni; Seit 8.06.1903 Statthalter für Galizien; Ausgezeichnet mit dem Titel eines Geheimrats und dem Orden des Goldenen Vlieses, Mitglied des Herrenhauses auf Lebzeiten; Zu Potocki siehe auch STANISŁAW TARNOWSKI, Andrzej Potocki (ein Nachruf), Kraków 1908.

⁶⁰⁶ Vgl. *Słowo Polskie* 181(16.04.1908).

anderer Parteien gehen. Die Konservativen Ostgaliziens machten noch nie ein Hehl daraus, dass Bobrzyński bei ihnen unbeliebt war, aber es gab einfach keinen besseren Kandidaten für dieses Amt und die, die eventuell in Frage kämen, hatten sich entweder durch unpopuläre Maßnahmen unbeliebt gemacht (Korytowski als Finanzminister) oder gaben keine klare Zugehörigkeit zu einer Partei zu erkennen und machten politische Karriere auf eigene Faust (Biliński). Auch bei der Volkspartei würde man unter anderen Umständen in dem neuen Statthalter nur einen Konservativen sehen, der sein Handeln an die Ziele seines politischen Lagers anpasse. Im Augenblick jedoch, wo die Aktionen der Ukrainophilen über das Maß schlugen, sah man in Bobrzyński auch in diesen Kreisen den Hüter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit oder schlicht und einfach war man froh, dass es nicht noch schlimmer kam und etwa ein Kandidat aus dem Lager der Podolier dieses Amt übernahm.⁶⁰⁷

Der Spannungsbogen der Reaktion unter den ruthenischen Parteien auf die Wahl des Stańczyken Michał Bobrzyński reichte zwar von einer wohlwollenden Haltung der Tageszeitung der ruthenisch-ukrainischen Konservativen *Ruslan*, über die sanfte Opposition der galizischen „Russen“, die sich in dem Blatt *Holyczanin* widerspiegelte, bis hin zu einem sehr leidenschaftlich kritischen Ton des ukrainisch-nationalistischen Blattes *Dilo*, im Großen und Ganzen nahmen sie aber eine abwartende Haltung ein.⁶⁰⁸ Die Moskalophilen verstanden nicht die Empörung der ukrainischen Nationalisten, die in der Ernennung Bobrzyńskis zum Sprachrohr der österreichischen Regierung eine Provokation sahen. Für sie war nämlich der Nachfolger Potockis einer der fähigsten Verfechter der Linie von 1890, die von Badeni als die so genannte „neue Ära“ eingeschlagen wurde. Da sich der Stańczyke schon im Bereich des Schulwesens als Wegbereiter für die Entwicklung der ruthenisch-ukrainischen Bewegung gezeigt hatte – hier wies man auf die Verdienste Bobrzyńskis bei der Bildung der Gymnasien und die Einführung des für die Ukrainer so wichtigen sprachlichen Identitätszeichens (phonetische Schreibweise) hin -, war man in den altruthenischen politischen Kreisen davon überzeugt, dass diese Richtung fortgesetzt werden würde.⁶⁰⁹

Die Moskalophilen lagen richtig in ihrer Annahme. In die Amtszeit Bobrzyńskis als Statthalter für Galizien fielen die größten Bemühungen der österreichischen Politik um die Gewinnung der Ukrainer als Verbündete für den Fall eines immer wahrscheinlicheren

⁶⁰⁷ Bei einer vertraulichen Sitzung der Abgeordneten der Volkspartei in Łańcut, wo Stapiński eine Erklärung zu seiner politischen „Beichte“ bei der Budgetdebatte abgab, gab der Vorsitzende der bäuerlichen Partei zu erkennen, dass man hier noch mehr Angst vor Abrahamowicz hatte. Siehe Kurjer Lwowski 16(11.01.1909).

⁶⁰⁸ Zu den Zeitschriften der Altruthenen gehörten außerdem die Blätter *Russkaje Rada* und *Narodnyj Sowit*.

⁶⁰⁹ Siehe das Gespräch mit dem altruthenischen Abgeordneten Hlibowicki, In: *Słowo Polskie* 201(30.04.1908).

Krieges mit Russland. Der Auftrag des ersten Mannes im Lande lautete daher, die Ukrainophilen mit ihren Forderungen möglichst zufrieden zu stellen. Wider Erwarten einer breiten Öffentlichkeit wurde über die ukrainische Bewegung kein Verbot und in Galizien kein Ausnahmezustand verhängt. Bobrzyński ging noch weiter. Er legalisierte die ukrainischen Turnverbände (Sicze), wodurch sie den Reiz des Verbotenen verloren. Von Beilegung des Nationalitätenstreites in Galizien konnte zwar keine Rede sein, die Wogen haben sich aber so geglättet, dass man - wie der Statthalter formulierte - „die Gendarmen anderen Ländern der Monarchie, die diese nötiger hatten, zur Verfügung stellen konnte“.⁶¹⁰

Mit der Politik der Konzessionen an die Ruthenen reizte man aber den polnischen Nationalismus. Für die Allpolen war die Politik Bobrzyńskis viel zu riskant, die Ruthenen – mit Hinweis auf die zwei letzten Wahlen - ein „unsicheres Element“, das einmal mit den Zionisten gegen die Polen und einmal mit den Polen gegen die Ukrainophilen stimmte. Es gefiel nicht nur die Tatsache nicht, dass die Angelegenheit der ukrainischen Universität in Lemberg bessere Fortschritte als im Falle anderer Nationalitäten zu machen schien. Mit wachsender Besorgnis hörte man von solchen Vorschlägen wie etwa dem des Abgeordneten Oleśnicki, der im Landtag einen Antrag über die Schaffung neuer Gymnasien mit ruthenischer Unterrichtssprache in Ostgalizien und zwar in Stryj, Brzeżany, Sambor, Rohatyń und Jaworów stellte. Stein des Anstoßes war auch, dass die Budgetkommission der Landwirtschaftlichen Gesellschaft (Towarzystwo Kółek Rolniczych) anstatt der erwarteten Summe von 34.000 Kronen nur 3.500 Kronen erhielt, während die 1868 gegründete Volksbildungsgesellschaft *Proswita*, die nur einer ruthenisch-ukrainischen Partei angehörte, Subventionen in der Höhe von 10.000 Kronen bekommen sollte.⁶¹¹

Auch die Wahl der Mitglieder des *Wydział Krajowy* (Landesausschuss), mit der sich der galizische Landtag des Jahres 1908 beschäftigte, war zum Teil enttäuschend für die Art Politik, der die polnischen Nationaldemokraten huldigten. Das Exekutivorgan des galizischen Landtags in autonomen Fragen setzte sich aus sechs Mitgliedern zusammen. Fast ausschließlich blieb es in den Händen der konservativen Schlachta, gewohnheitsmäßig ging ein Sitz darin an den Vertreter der ruthenischen Bevölkerung.

⁶¹⁰ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S.135.

⁶¹¹ Vgl. *Słowo Polskie* 496(23.10.1908); Eine ähnliche Politik prägte auch die kommenden Jahre, um hier nur die Reichsratswahlen von 1911 zu erwähnen, die so durchgeführt wurden, dass die Mandate des ukrainischen Lagers unantastbar blieben. Die größte Empörung bei den Polen lösten aber die Worte des Kaisers an die ruthenische Bevölkerung vom 18.06.1912 aus, die hinter den Rücken des Polenklubs erfolgten. Der genaue Wortlaut des kaiserlichen Appells wurde vom Graf Heinold mitgeteilt, wonach die ruthenischen oppositionellen Elemente ihre Obstruktion gegen das neue Militärgesetz beendeten. Siehe *Gazeta Narodowa* 156 (11. 07.1912).

Die Frage, aus welchem politischen Lager dieser Vertreter jetzt stammen sollte, konnte spontan nur Wien beantworten – einer aus dem ukrainischen Lager. Unter den polnischen Parteien kam es in dieser Causa zu einer Polarisierung. Selbst diejenigen, die im Landesausschuss gerne einen als „ruhiger“ geltenden Altruthenen gerne sehen würden, mussten bedenken, dass das als ein grundsätzlicher Wechsel der polnischen Politik Russland gegenüber interpretiert werden könnte. Nach langen Diskussionen, in welchen auch auf der ruthenischen Seite eine heftige Meinungsverschiedenheit zwischen den Fraktionen zu Tage trat, welche eine kulturelle Einheit der ruthenischen Bevölkerung guthießen, und denjenigen Abgeordneten, die sich zu einer nationalen (ukrainischen) Eigenart bekannten, fiel schließlich am 24. Oktober 1908 die Wahl auf einen eher unscheinbaren Abgeordneten aus dem Lager der Letzteren, Iwan Kiweluk.⁶¹²

Das Jahr 1908 brachte dem Statthalter Bobrzyński einige Erfolge. Im Reichsrat setzte sich der Polenklub aus einem Parteienblock (von den Konservativen über die Demokraten bis hin zu der Volkspartei) zusammen und gewann an Bedeutung. Die größte polnische Oppositionspartei, die bäuerliche Fraktion, wurde in das Programm der „positiven Arbeit“ eingeschlossen, womit die sozialen Spannungen auch im Landtag entschärft wurden und zwar so sichtbar, dass die Nationaldemokraten bereits politische Auseinandersetzungen vermissten.

Und doch hatte diese scheinbare Ruhe, welche die Sitzungen einer ungewöhnlich langen Periode des Landtags 1908 auszeichnete, etwas trügerisches an sich. Dass manche wage Parolen und Richtungen, die von der linken Seite des Parteienspektrums kamen, oft gern oder nur mit kleinen Einwänden von der anderen Hälfte der parlamentarischen Körperschaft angenommen wurden – der Sejm peitschte alleine in seiner 14. Sitzung in einem Eiltempo siebzehn Anträge durch –, lag an dem Inhalt der behandelten Materien. Aufgrund der schwachen Konstruktion des Landtags, sprich der Schwierigkeit eine 2/3 Mehrheit in manchen Fragen zu erreichen, wurden schwierige Brocken politischer Natur entweder vertagt oder man wick kontroversen Themen geschickt aus. Den Vorrang gab man der Wirtschaft und Angelegenheiten, die sich aus den Nöten einiger Institutionen im Lande herleiteten. Der Beschluss eines neuen Jagdgesetzes, wo sich sehr widersprüchliche Ansichten doch auf

⁶¹² Kiweluk wurde mit 85 Stimmen gewählt, der Moskalophile Bohdan Krywicki bekam 33 Stimmen, 15 Zettel waren leer. Siehe SPRAWOZDANIA STENOGRAFICZNE Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 26. posiedzenia, I. sesji, IX. periodu z 24.10.1908, S. 9-11; Vgl. auch BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 128; Insgesamt wurden als Mitglieder und Stellvertreter zum Landesausschuss gewählt: Sz. Bernadzikowski, Dr. Wł. Jahl, Dr. T. Pilat, Dr. S. Dąbbski, M. Onyszkiewicz, I. Kiweluk, Dr. Jabłoński, Skołyszewski, Hupka, Schnell, Sala. Vgl. Nowa Reforma 490(24.10.1908).

eine Lösung einigen konnten, war ein kleiner Einstieg in die Politik der Kompromisse.⁶¹³ Der Landtag beschloss das Budget für die Jahre 1908 und 1909 und erhöhte die Dotationen für Landwirtschaft, Industrie und Bildung sowie für die Ressorts Gesundheit und Verkehr. Eine genügende Unterstützung bekam z.B. der Vorschlag Stapińskis über die Eröffnung eines Kredites an der Landesbank und damit eine Änderung der Resolution von 1905, die eine solche finanzielle Hilfe für Institutionen, welche sich mit der Parzellierung von Gütern beschäftigten, beendet hatte. Mit diesem Vorschlag wollte man dem Abgang der Interessenten zu fremdem Kapital verhindern, gerade in der Zeit, wo etwa 540 Güter mittlerer Größe zum Verkauf angeboten wurden.⁶¹⁴

Im Vergleich dazu bewegten sich die Diskussionen etwa in den Bildungs- und Schulfragen deutlich nur an der Oberfläche, weil jede Vertiefung hier gefährliche Differenzen zwischen den Konservativen und der Volkspartei provozieren würde. Obwohl das Liebäugeln mit den bäuerlichen Vertretern für die Konservativen keine besonders angenehme Methode war, so schien sie bereits Früchte zu tragen, als die Volkspartei, die jetzt auf Ziele mehr ökonomischer Natur fokussierte, einen einst so wichtigen Programmpunkt wie die demokratische Wahlreform für den Landtag auf einen späteren Zeitpunkt, nämlich auf die Landtagssession 1910 zu verschieben bereit war.

Dass es dem konservativen Lager gelungen war, die Verantwortung für die Demokratisierung der Wahlordnung von sich auf das fortschrittliche Lager abzuschieben, schmerzte am meisten die Nationaldemokraten. Ihnen ging auch das Hinarbeiten der polnischen Parteien auf die Autonomie Galiziens nicht im gewünschten Umfang voran. Das polnisch-nationale Lager, das selbst am Anfang der Landtagssession eine Reihe von Anträgen in dieser Angelegenheit vorgelegt hatte – es handelte sich dabei um die Ausdehnung der gesetzgebenden Kompetenz des Landtags, die Einführung der

⁶¹³ Früher hatten nur die Großgrundbesitzer das Recht auf Jagen. Die Bauern waren bei der alten Regelung vom 5.03.1897 sehr benachteiligt, denn sie konnten nicht nur auf eigenem Stück Land jagen, sondern bekamen auch keine Entschädigung für den Schaden, den das Wild angerichtet hatte. In dem neuen Jagdgesetz wurde das minimale Areal der selbständigen Jagd von 115 auf 60 ha verringert. Das gab den benachbarten Bauern die Möglichkeit, Gemeinschaftskreise zur selbständigen Jagd zu bilden. Dieser Beschluss bekam in der zweiten Hälfte des Jahres 1908 die kaiserliche Sanktion. Siehe *Słowo Polskie* 458(1.10.1908) sowie die Beschlüsse des Oberrates der PSL in *Przyjacieł Ludu* 35(30.08.1908); Die für die galizischen Bauern so wichtige Angelegenheit erwähnt Jan Stapiński in seinem Brief an Zygmunt Lasocki vom 27.08.1908, PAN Krakau 4046, S. 128; Siehe auch *SPRAWOZDANIA STENOGRAFICZNE Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO* 26. posiedzenia, I. sesji, IX. periodu z 24.10.1908, S. 4-9 und 28.10.1908, S. 15.

⁶¹⁴ Vgl. *STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO* 10. posiedzenia, I. sesji, IX. periodu z 1.10.1908; Siehe auch *Słowo Polskie* 458(1.10.1908).

Verantwortung des Statthalters vor dem Landtag und die gesetzliche Bestimmung der Amtssprache im Lande -, vermisste bei anderen Parteien ein klares Bekenntnis zur Sonderstellung Galiziens. Der Vorwurf richtete sich vor allem gegen diejenigen, die unter der „Politik“ einzig den Kampf unter den Parteien verstanden, gesehen unter dem Gesichtspunkt eines Klassengegensatzes. Gemeint waren hier bäuerliche Vertreter, die mit der Aussonderung des Landes ursprünglich eine Rückkehr zur Fronzeiten assoziierten.⁶¹⁵ Aber auch anderen politischen Lagern attestierten die Allpolen eine Abschwächung dieses Programmpunkts von einer einstigen Forderung zu einem bloßen Wunsch.

Hinter der Parole der Sonderstellung für Galizien darf man aber nicht eine ehrliche Absicht der polnischen Nationaldemokraten zur Demokratisierung des Landes vermuten. Es ist festzuhalten, dass mit diesem Vorschlag spätestens seit dem vom Ministerpräsident Gautsch im Februar 1906 angekündigtem Projekt einer Wahlreform in den Wiener Reichsrat viele Parteien und Fraktionen sowohl im Parlament als auch in dem östlichsten Kronland der österreichischen Monarchie ihre eigenen politischen Ziele verfolgten. Zum einen waren es die deutschen Nationalisten, deren Sieg schon in den Reichsratswahlen von 1901 - die „Schönerianer“ wuchsen von einer kleinen Gruppierung zu einem 23-köpfigen Klub - den demokratischen Fraktionen die Freude an einer Schwächung der reaktionären Kräfte zu trüben vermochte. Die Deutschnationalen, die sich vom Loswerden der Polen aus dem Wiener Abgeordnetenhaus die Sicherung eines Übergewichts des deutschen Elements erhofften, waren bereit den Polen das Recht auf die Lösung eigener nationalen und sozialen Angelegenheiten in ihrem Land zu überlassen.

Auch die polnischen Konservativen, die der Demokratisierung der gesetzgebenden Institutionen und der Selbständigkeit ohne die „schützende“ Hand der Zentralregierung, die immerhin die Vormachtstellung in Galizien und einflussreiche Positionen auch in den Wiener Institutionen sicherte, ursprünglich ängstlich entgegenblickten, stimmten schließlich dem Antrag der Abgeordneten Wolf und Schönerer zu, um wenigstens in Galizien ihr Machtmonopol sichern zu können.

An dasselbe Junktim – Sonderstellung Galiziens als *antidotum* gegen die Änderung der bisherigen Abstimmungsordnung (die Endeks sprachen einzig von einer „Ausdehnung“ des Wahlrechts) – hielten auch die polnischen Nationaldemokraten fest. Ihr Motiv für die

⁶¹⁵ Schon 1906 charakterisierte Stapiński die Haltung der Öffentlichkeit zu diesem Thema: „Die Parole gegen Aussonderung Galiziens ist stärker als für die Wahlreform.(...) Tief steckt der Widerwille und die Angst vor der Loslösung von Wien.“ Siehe Stapiński an Wyslouch vom 29.03.1906, Ossol. 7183, S. 229-232.

Behinderung der Wahlreform leitete sich allerdings aus der Angst vor der Erstarkung des ruthenischen Elements im öffentlichen Leben Galiziens her.⁶¹⁶

Keinen positiven Abschluss versprach die polnisch-ruthenische Verständigung. Obwohl die programmatischen und ökonomischen Differenzen eine Kluft zwischen den ruthenischen Parteien bildeten, gaben sich die regierenden Schichten in Galizien der Illusion hin, dass irgendwann aus den Altruthenen eine konservative und aus den Ukrainophilen eine respektable gemäßigte Partei hervorginge und eine erfolgreiche Zusammenarbeit ermöglichen würde. Solche Hoffnungen wechselten jedoch mit der nüchternen Frage ab, ob diese Aussicht überhaupt realistisch wäre. Denn man war sich dessen bewusst, dass extreme Fraktionen, die sich ihrer radikalen Kampfspitze entledigten, an ihrer Popularität und Attraktivität in der Bevölkerung verlieren.

Rückten in manchen Positionen die polnischen Parteien im Landtag 1908 etwas näher zusammen - durch den Beitritt der Volkspartei zum Polenklub wurde dem katholischen Zentrum ein wichtiges Argument in gegenseitigen Vorwürfen genommen -, so schien durch die ruthenische Frage die Kluft zwischen den Parteien weiter zu bestehen bzw. sich sogar zu vertiefen. Denn hier hat sich während der Diskussion rund um die Wahl eines ruthenischen Mitglieds in den Landesausschuss zum ersten Mal eine Mehrheit und eine Minderheit gebildet, die der Landtagsteilung in links und rechts nicht entsprachen - die Demokraten, Volkspartei und die *Stańczyken* auf der einen Seite, die Konservativen Ostgaliziens und die Allpolen auf der anderen - eine Verteilung also nach sog. "Orientierungen", die weit über die Grenzen Galiziens hinausgingen.

Wegen des Nachgebens der *Stańczyken* in der ruthenischen Frage wurde Statthalter Bobrzyński zum ständigen Reibebaum für die Nationaldemokraten, mit der Umgestaltung der *Rada Narodowa* im Landtag vergrößerte sich der Kreis seiner Widersacher zumindest um einen, der den Allpolen sehr nahe stand, den Vorsitzenden des Volksrats Tadeusz Cieński. Der Beitritt der Volkspartei zum Polenklub in Wien brachte mit sich nicht nur Änderungen des Statuts der polnischen Vertretung im Abgeordnetenhaus, sondern verlangte nach Umgestaltung in der Institution, die im Januar 1907 vor den ersten allgemeinen Wahlen das alte zentrale Wahlkomitee abgelöst hatte.⁶¹⁷ Vorläufig bis zur nächsten Landtagssession

⁶¹⁶ Im Vergleich zu dieser Haltungen strebte die polnische Volkspartei sowohl mehr Selbstverwaltung für Galizien als auch Demokratisierung der Verhältnisse an; Über die Zerrissenheit der polnischen Konservativen und der Nationaldemokraten zwischen der Autonomie des Landes und der Wahlreform siehe u.a. Kurjer Lwowski 277(11.10.1906) und 284(18.10.1906).

⁶¹⁷ Über diese galizische Institution siehe ausführlich ADAM WĄTOR, *Galicyjska Rada Narodowa* [Der galizische Nationalrat], Szczecin 2000.

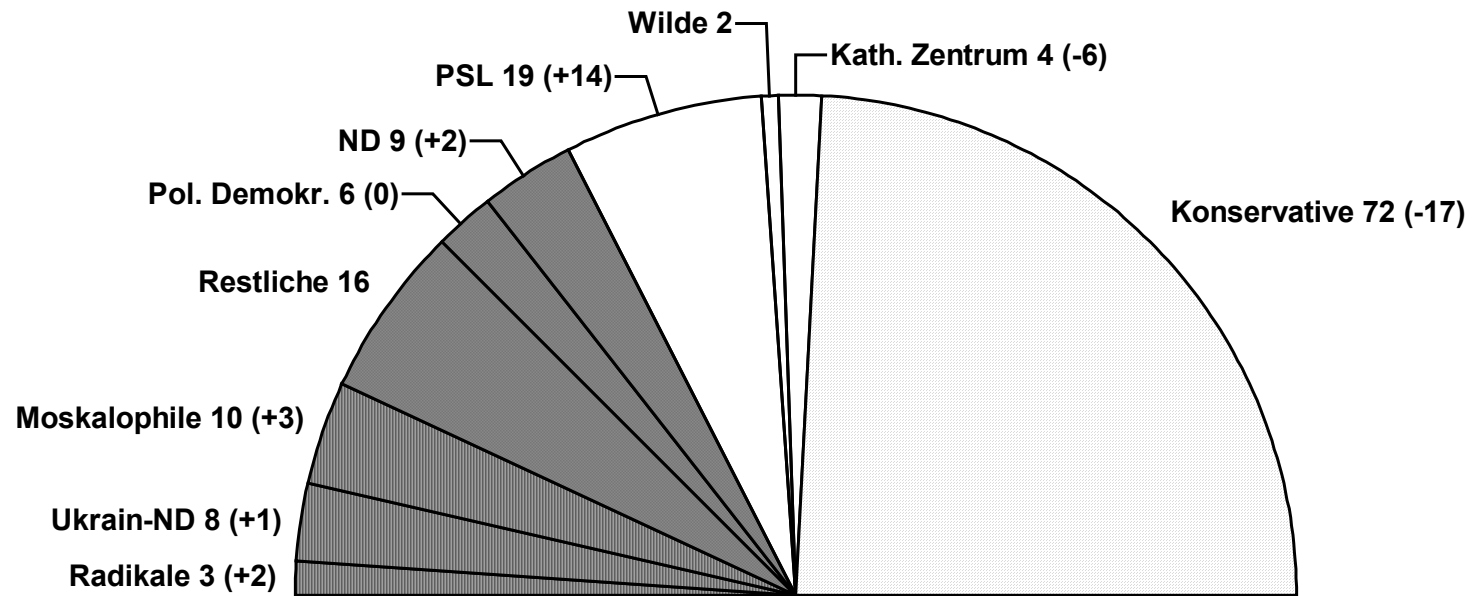
sollte alle Aufgaben des polnischen „Areopags“ zur Verteidigung der nationalen Interessen, in dem bisher die Konservativen, die Demokraten beider Schattierungen und das katholische Zentrum vertreten waren, ein provisorisches Komitee übernehmen, das sich aus sieben Delegierten der Rechtsparteien, sieben Delegierten der demokratischen Linken, sieben Mitgliedern der bäuerlichen Vertretung, zwei Mandataren aus dem katholischen Zentrum und einem wilden Abgeordneten zusammensetzte.⁶¹⁸ Bei der konstituierenden Zusammenkunft dieses Komitees, die nach der Sistierung des Landtags im November 1908 stattfand, kam es allerdings zu gravierenden Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die künftigen Kompetenzen des Volksrats. Das neue Mitglied im Rat, die Bauernpartei, überlegte sogar eine Namensänderung der Organisation und verlautete seinen Protest gegen die Wiederwahl von Tadeusz Cieński als Vorsitzenden. Jetzt richtete sich auch das kämpferische Temperament des bisherigen Präses, der in seiner Funktion von Dr. Józef Milewski ersetzt wurde, gegen den Statthalter. Neben der Haltung in der ruthenischen Frage, unterschiedlichen Sympathien zu anderen polnischen Parteien und allgemeinem Wettstreit um den Führungsanspruch in Galizien, zeigte auch dieses Beispiel deutlich die Divergenzen im konservativen Lager, die nicht mal das politische Gebilde „Partei der nationalen Rechten“ zu vertuschen vermochte.

Die Radikalisierung der ukrainischen Nationalbewegung und das Benehmen der ukrainischen Abgeordneten im Landtag blieb nicht ohne Einfluss auf die Stellung einiger polnischer bäuerlicher Abgeordneten in nationaler Hinsicht. Bis jetzt standen der polnische und der ukrainische Bauer ohne nationale Unterschiede auf derselben Seite – gegen die politische Benachteiligung ihrer gesellschaftlichen Schicht. Aufgrund der wachsenden ukrainischen Forderungen stellte man sich auf der polnischen Seite zunehmend die Frage, ob der Wunsch der ruthenischen Bevölkerung in Ostgalizien, der sich ursprünglich in der Parole „polnische Schlachta hinter den San“ äußerte, nicht bald in „alle Polen hinter den San“ umschlagen würde. Ein Moment, wo in manchen Köpfen der polnischen Bauern der nationale Gegensatz Resonanz fand.⁶¹⁹

⁶¹⁸ Namentlich waren hier vertreten: Klub der Rechten: Brykczyński, Cielecki, Jędrzejowicz, Moysa, Milewski, Skalkowski, Sękowski (Stellvertreter – Mycielski, A. Theodorowicz); Aus der demokratischen Linken: Rayski, Bandrowski, Loewenstein, Rutowski, Adam, Skarbek (Vertreter – Doliński und Michałowski); PSL: Stapiński, Pastor, Bojko, Witos, Stefczyk, Wasung, Żardecki (Stellvertreter – Jampolski); Katholisches Zentrum: Kozłowski, Marszałkowicz (Vertreter – A. Brunicki); Wilde: Tadeusz Cieński. Siehe *Słowo Polskie* 517(5.11.1908).

⁶¹⁹ WITOS, *Moje...*, Bd. I, S.285.

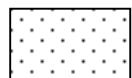
Mandatenverteilung im Galizischen Landtag 1908



Ruthenen 21 (+6)



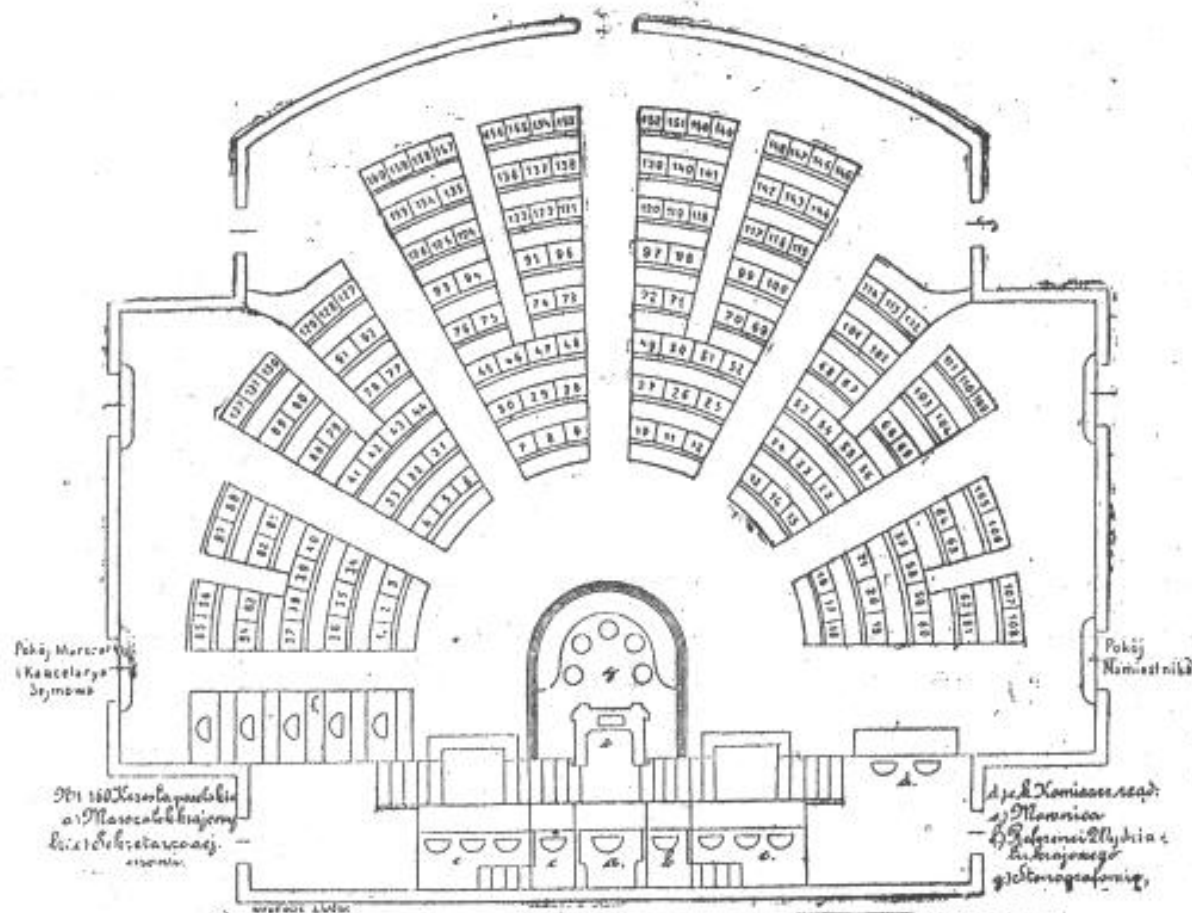
Demokraten verschiedener Schattierung 31 (-1)



Landtagsrechte

Sitzungssaal des galizischen Landtags 1908 (Quelle: *Słowo Polskie* 437(18.09.1908))

- 1 Cluchciński
- 2 Rektor Techniki
- 3 Rektor Uniwersytetu, Lwów
- 4 Leo
- 5 Bandrowski
- 6 Sare
- 7 Chomyszyn
- 8 Czechowicz
- 9 Szeptycki Metropolita
- 10 Bilczewski arcyb.
- 11 Teodorowicz Arcyb.
- 12 Pelczar
- 13 Wałęga } biskupi.
- 14 Puzyna
- 15 Abrahamowicz
- 16 Tarnowski St.
- 17 Korytowski Witold
- 18 Bobrzyński
- 19 Wodzicki
- 20 Potocki
- 21 Rektor Uniwersytetu, Kraków
- 22 Milewski
- 23 Gorayski
- 24 Badeni Kazimierz
- 25 Bieliński
- 26 Stadnicki
- 27 Piłat
- 28 Pastor
- 29 Marszałkowicz
- 30 Sobolewski
- 31 Landau
- 32 Federowicz
- 33 Merunowicz
- 34 Ołabiński
- 35 Sala
- 36 Adam
- 37 Rutowski
- 38 Rayski
- 39 Skarbek
- 40 Jabłoński
- 41 Tertil
- 42 Schätzel
- 43 Maiss
- 44 Maryewski
- 45 Wasung
- 46 Witos
- 47 Bojko
- 48 Bernadzikowski
- 49 Czartoryski
- 50 Cieński T.
- 51 Sapieha
- 52 Brykczyński
- 53 Piniński
- 54 Dembowski
- 55 Mycielski St.
- 56 Starzyński



- 57 Męciński
- 58 Czecz
- 59 Sekowski
- 60 Skrzyński
- 61 Tarnowski Zd.
- 62 Hupka
- 63 Dąbski
- 64 Götze
- 65 Mycielski E.
- 66 Badeni Henryk
- 67 Krański Winc.
- 68 Leskowski

- 69 Niezabitowski
- 70 Kozłowski
- 71 Krański Wł.
- 72 Wereszczyński
- 73 Jedynak
- 74 Stapiński
- 75 Stelczyk
- 76 Kędzior
- 77 Zipser
- 78 Rittel
- 79 Haempel
- 80 Fruchtmann

- 81 Kolischer
- 82 Loewenstein
- 83 Doliński
- 84 Jaki
- 85 Battaglia
- 86 Kleski
- 87 Michałowski
- 88 Bednarski
- 89 Senyk
- 90 Kolpaczkiewicz
- 91 Dudykiewicz
- 92 Korol

- 93 Stojalowski
- 94 Szwed
- 95 Długosz
- 96 Lewakowski
- 97 Skalkowski
- 98 Onyszkiewicz
- 99 Sozański
- 100 Urbański
- 101 Obertyński
- 102 Cieński L.
- 103 Baworowski
- 104 Halban

- 105 Górski
- 106 Jaworski
- 107 Tyszkiewicz
- 108 Jędrzejowicz
- 109 Olebocki
- 110 Oniewosz
- 111 Brunicki J.
- 112 Paygert
- 113 Orluchowski
- 114 Horodyski
- 115 Lubomirski K.
- 116 Lubomirski A.
- 117 Trzeciński
- 118 Szeptycki Jan
- 119 Korytowski
- 120 Vivien
- 121 Krężel
- 122 Bis
- 123 Skolyszewski
- 124 Kurowiec
- 125 Lewicki
- 126 Oleśnicki
- 127 Winniczuk
- 128 Kryśowaty
- 129 Myroniuk
- 130 Tracz
- 131 Hanczakowski
- 132 Krynicki
- 133 Skwarko
- 134 Makuch
- 135 Kiwełuk
- 136 Jampolski
- 137 Cieluch
- 138 Styła
- 139 Dzieduszycki
- 140 Cielecki
- 141 Czaykowski
- 142 Bruński
- 143 Krzysztofowicz
- 144 Schnell
- 145 Krzczunowicz
- 146 Teodorowicz A.
- 147 Garapich
- 148 Czarkowski
- 149 Wrześniowski
- 150 Welser
- 151 Moysa
- 152 Zamoyski
- 153 Ptak
- 154 Myjak
- 155 Zardecki
- 156 Sandulak
- 157 Sodomora
- 158 Dunika
- 159 Staruch A.
- 160 Staruch T.

X. Nutznießer und Verlierer des Kompromisses von 1908.

A. Zwischen wirtschaftlichen Zugewinnen und programmatischen Einbußen – ein Balanceakt der Volkspartei.

Kaum konnten die vereinten Demokraten ihre Akzente in der galizischen Politik setzen, schon brachte die Verschiebung der Achse im Zuge der Aussöhnung der Volkspartei mit den Konservativen eine Ernüchterung und zwang sie – wie es die Krakauer Konservativen formulierten – zur „Politik des Miteinanders“. Die Gewinne der Vertreter des Großgrundbesitzes aus dem Kurswechsel der bäuerlichen Partei waren sofort sichtbar. Der Weg, auf dem die Beibehaltung ihrer alten Position im galizischen Landtag und eine deutliche Verbesserung der politischen Lage im Polenklub zustande kam, spricht die Offenlegung des Wahlabkommens, wonach sich die Vertreter des Großgrundbesitzes während der letzten Landtagswahlen in 23 Wahlbezirken bäuerliche Kandidaten zu unterstützen verpflichteten, mochte selbst im konservativen Lager für Unmut sorgen, aber 29 Mandate in der Kurie der Landgemeinden und der Städte als neueste Errungenschaft waren nicht zu verachten. Wenn die Demokratisierung der Verhältnisse in Galizien schon unvermeidbar war, wollten die Stańczyken dieser ihr eigenes Exempel aufdrücken. Man sprach von einer "wahren Demokratie", die man der schädlichen, von den Agitatoren entfachten und zu sozialen Spannungen und dem Konflikt mit der Kirche führenden, liberalen entgegenstellte.

Dass sich die Argumentation der Vertreter der obersten gesellschaftlichen Schichten in punkto der Gleichstellung der politischen Rechte stets nach demselben Muster bewegte und dem Bauer die politische Reife lange Zeit abgesprochen wurde, lag zum Teil an dem bäuerlichen Demokratieverständnis selbst. Einblicke in die Struktur des bäuerlichen Wesens lieferte der volkstümliche Literat und Aktivist der Volkspartei, Jakub Bojko, in seinem Buch *„Dwie dusze“* (Zwei Seelen). Er deutete auf zwei Züge im Wesen des galizischen Bauern hin.⁶²⁰ Während die eine Seite, verhaftet in der Überzeugung von der eigenen Schwäche, zur Untertänigkeit neigte, hatte die andere ihre eigene Tradition und fühlte sich befriedigt, solange sie ihre Dominanz über andere soziale Gruppen im volkstümlichen Umfeld (Mägde, Knechte) spüren konnte. Auch der Bauer fühlte sich in einer notwendigen Hierarchie verankert. Nicht große Änderungen des herrschenden Systems schien er anzustreben, sondern Verbesserungen dieses durch Beseitigung der feudalen ökonomischen

⁶²⁰ JAKUB BOJKO *Dwie dusze*, Warszawa 1949; Das Bild des galizischen Bauern zeichnete in der polnischen Literatur treffend STANISŁAW WYSPIAŃSKI in seinem Werk *„Wesele“* (Die Hochzeit).

Überbleibsel. Der Landtag diene als Mittel zum Zweck. Hier spielte sich der Kampf um die Servitude und um die gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten unter den sozialen Schichten ab. In allen übrigen Fragen war der galizische Bauer kein Partner bei den politischen Auseinandersetzungen. Unsicher auf dem parlamentarischen Parkett aufgrund der fehlenden Ausbildung (auch Disqualifizierung durch die Unkenntnis der deutschen Sprache) überließ das Bauernvolk die nationalen Interessen des Landes lange Zeit den "Herren" und als die Macht dieser zu weit griff, suchte er die schützende Hand des Kaisers.

War der galizische Bauer aber auch nach dem langen Weg zur politischen Emanzipation – von den Mühen der Aufklärungsarbeit, die mit einem neuerlichen Einzug der bäuerlichen Vertreter in die parlamentarischen Institutionen gekrönt wurde, über die stufenweise erreichten Wahlsiege bis zum Erlangen der Position eines Zünglein an der Waage in den sozial-politischen Verhältnissen Galiziens – immer noch in dieser Denkweise verhaftet? War das Bauernvolk – um die Worte einer Aktivistin der Bauernbewegung zu benutzen – immer noch keine politische Kraft und nur ein Material, welches diverse Politiker für ihre Pläne nutzten und sich dabei profilierten?⁶²¹ An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, welche Vorteile konnte die Volkspartei aus dem Kompromiss mit ihrem bisherigen sozialen und politischen Gegner ziehen? Konnten sie überhaupt größer sein als die Tatsache selbst, dass die bäuerliche Fraktion es in der Hand gehabt hatte, die reaktionären Kräfte ein für allemal ins politische Abseits zu stellen? Oder sollte die Frage vielmehr lauten, ob die politische Existenz des geborenen Agitators, wie Stapiński einer war, nach einem Schulterschluss mit den demokratischen Elementen noch gesichert wäre?

Die Etappe der „positiven Arbeit“ in der Volkspartei eröffneten Bemühungen der Parteiführung um die Ausdehnung der Tätigkeit dieses politischen Lagers auf den finanz-ökonomischen Sektor. Schnelle wirtschaftliche Errungenschaften eigneten sich am besten als Rechtfertigung der Aussöhnung mit den Konservativen vor all denjenigen Elementen in den eigenen Reihen, die diesen Schwenk nach rechts als unbegreiflich empfanden, und boten materielle Unabhängigkeit der Partei. Mit der Konzession zur Gründung der bäuerlichen Feuerversicherungsgesellschaft „Wisła“ in Krakau (seit 1. September 1910 übersiedelte sie nach Lemberg), die die Volkspartei 1908 von der Regierung auf den Namen Stapińskis bekam und deren Gründungskapital von dem Petroleumindustriellen Długosz stammte⁶²², schuf sich die Partei eine wichtige finanzielle und organisatorische Stütze.

⁶²¹ Siehe Artikel von IRENA KOSMOWSKA (schrieb unter dem Pseudonym Jasiak z Lipnicy) *“Zło leży głębiej”* [Das Böse steckt tiefer], In: *Materiały źródłowe do historii ruchu ludowego* [Quellenmaterialien zur Geschichte der Bauernbewegung], Hsg. von Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Stanisław Kowalczyk, Jan Molenda, Witold Stankiewicz, Warszawa 1966, Bd. I (1864-1918), S. 123.

⁶²² In der Überzeugung der breiten Öffentlichkeit stammte das finanzielle Hinterland für die Volkspartei von den

Durch den Kompromiss mit den Konservativen wurden einige Verwaltungspraktiken in Galizien etwas gemildert. Die Zentral- und Landesregierung konnten über die Beschwerden der Bauern wegen Schikanierung durch die Beamten nicht mehr hinwegsehen wie bisher, sondern mussten entsprechend reagieren, so dass eine Optik entstand, die bäuerliche Partei habe einen Einfluss auf die Versetzung von Beamten in andere Städte oder Kreise. Auch eine gewisse Anzahl von Posten in der Landesverwaltung ging an die Vertreter der Bauern, jedoch ausschließlich an die, die zu den wohlhabenden zählten bzw. der Intelligenz angehörten und mit der Bauernbewegung sympathisierten (z.B. wurde Bernadzikowski Mitglied im *Wydział Krajowy*, wo er das Gesundheitsressort übernahm, Długosz wurde 1909 Vorsitzender im Aufsichtsrat der Versicherungsgesellschaft „Wisła“, Lasocki bekam eine Stelle im Ministerium für Galizien⁶²³).

Die ökonomische Expansionspolitik der Volkspartei sah die Gründung einer Volksbank vor. Die Konzession wurde der Partei zwar zugesprochen, das Gründungskapital konnte aber nicht aufgebracht werden, so dass die Konzession an die Länderbank in Wien verkauft wurde. Politische Gegner der Volkspartei bzw. ihres Parteiobmannes (z.B. Stojałowski) schätzten den Preis, für den die Vertreter der Bauern von ihren ideologischen Prinzipien zu Gunsten der Aussöhnung mit dem Großgrundbesitz und dem Klerus abließen, auf eine halbe Million Kronen. Darunter zählte man zu den Errungenschaften der Volkspartei neben der schon erwähnten Versicherungsgesellschaft mit dem Startkapital von 150.000 Kronen, der Volksbank und einer Druckerei in Krakau (etwa 150.000), ein Zinshaus für Stapiński (80.000) und die Gründung einer Tageszeitung *Gazeta Powszechna* in Krakau (100.000).⁶²⁴

Der Beitritt der Volkspartei zum Polenklub schlug eine Brücke für zahlreiche Vertreter anderer gesellschaftlichen Schichten, die in der jungen und dynamischen Partei einen geeigneten Terrain für persönliche Karrieren erblickten. Viele aus dem neuen Zustrom entstammten der Reihen des Großgrundbesitzes, des Bürgertums und der höheren Bürokratie. Immerhin genoss die bäuerliche Partei jetzt die Gunst der Regierung und "es war besser ein Volksparteiler zu sein als ein von allen verhasster *Stańczyk*".⁶²⁵ Im November 1907 fand der Adelige Zygmunt Graf Lasocki in der Volkspartei seine politische Heimat, zu Anfang des Jahres 1908 stieß hier der Mitgründer der Raiffeisenkassen in Galizien, Franciszek Stefczyk sowie Andrzej Kędzior, Direktor einer Meliorationsfirma aus Lemberg,

Stańczyken und Biliński. Vgl. *Wieniec-Pszczółka* 40(2.10.1910).

⁶²³ Vgl. STANISŁAW GŁĄBIŃSKI, *Wspomnienia polityczne*, Pelplin 1939, S. 102.

⁶²⁴ *Wieniec-Pszczółka* 1(1.01.1909); Im Dezember 1910 stellte Stapiński die Herausgabe der Zeitung *Gazeta Powszechna* ein, wegen einer zu kleinen Zahl der bäuerlichen Leser. Die Abonnenten des Blattes wurden von dem Demokraten Ludwik Szczepański und seiner Zeitung *Nowiny* übernommen.

⁶²⁵ *Ojczyzna* 20(17.05.1908).

und schließlich zu Beginn der Landtagssession 1908 der Beamte aus der Forstwirtschaft, Stefan Cipser. Nach einem kurzen Gastspiel bei den Nationaldemokraten 1907 schloss sich dem bäuerlichen Lager Władysław Długosz an, ein Landgutbesitzer und Inhaber einer Petroleumgrube im Kreis Gorlice und wohl eines der besten Beispiele eines Karrieremachers, der es in der bäuerlichen Partei bis zum Minister für Galizien schaffte (1911-1913).

Obwohl die Führung der Volkspartei die wahren Beweggründe dieses regelrechten Ansturms kannte⁶²⁶, wollte man sich davor nicht versperren. So wie der Beitritt des Geistlichen Pastor der bäuerlichen Organisation eine gewisse Aufwertung und einen moralischen Kredit bei einem Teil des Klerus brachte, so wollte man auch dieses Potential, das man in dem Fachwissen der neuen Mitglieder in der PSL vermutete, zu Gunsten der Partei nutzen. Aber auch andere Akteure des politischen Geschehens hatten mit dem neuen Zustrom in der Volkspartei ihre eigenen Pläne. Für die Krakauer Konservativen, die allerhand Schritte unternahmen, um den Vorstoß der Nationaldemokraten einzudämmen – nach der Niederlage bei den Reichsratswahlen 1907 und der Umwandlung zur *Partei der nationalen Rechten* folgte der Schulterschluss aller konservativen Kräfte im *Klub der Rechten* im Landtag –, war das Bündnis mit Stapiński im Moment zwar nützlich, auf lange Sicht aber nicht berechenbar, wegen seines Verhaftetseins im Klassendenken – was oft genug auf dem Wiener Parkett zum Vorschein kam. In Leuten wie Lasocki, Kędzior, Rey, Angerman oder Długosz sahen die Stańczyken das "vernünftige Element" in der Bauernorganisation, das ein Garant für ein gemäßigtes Agieren der Partei war.⁶²⁷

Dieser Plan der Krakauer Konservativen schien relativ schnell aufzugehen. Der neue Kurs der Volkspartei unter dem etwas skurril lautenden Motto „Kleine und große Agrarier vereint euch“ sprach den wohlhabenden Teil der galizischen Bauern an. Die radikalen Parolen von Einst rückten unter dem Einfluss der Verfechter des sozialen Solidarismus und in der Folge der Fokussierung der Parteiführung auf wirtschaftliche Ziele deutlich in den Hintergrund. Auch steigende Korruption und sinkende politische Moral zählten bald zu den Nebenerscheinungen der politischen Wende in der bäuerlichen Partei. Wohlhabende Unternehmer wie Długosz unterstützten nicht nur die Parteikasse, sondern erkaufte sich durch geleistete finanzielle Hilfe an einige Abgeordneten der Partei immer mehr Einfluss darin. Fälle von Bestechung kamen im Zusammenhang mit der Verteilung tausender Schankkonzessionen 1910 ans Tageslicht, für welche die Parteiführung verantwortlich war.

Die Verschärfung der Töne zwischen der Volkspartei und den Nationaldemokraten artete in eine ansteigende Zahl von Verleumdungsprozessen aus. Die Allpolen, die die bäuerliche Partei aus zwei Gründen unter Beschuss nahmen – zum einen als Gegner um die Gunst der

⁶²⁶ Stapiński an Wysłouch vom 13.07.1907, Ossol. 7183, S. 247-250.

⁶²⁷ Vgl. BOBRZYŃSKI, Z moich..., S.229

Wähler im westgalizischen Dorf (von Vorschlägen einer geografischen Teilung des politischen Einflusses zwischen den Parteien wollte man nichts wissen), zum zweiten als Verbündete ihres Intimfeindes, der Stańczyken –, nutzten die finanziellen Probleme der Volkspartei bei der Gründung der Volksbank aus, um einmal mehr die krummen Wege der Parteifinanzierung zu beleuchten. Dem Bericht eines Geschäftsmannes zufolge soll Stapiński für die Abtretung der Konzession an die Länderbank eine Summe von 200.000 Kronen bekommen haben. Den Prozess wegen der Nichteinhaltung des Vertrags konnte der Obmann der Bauernpartei zwar gewinnen, die Sache war für ihn noch lange nicht ausgestanden.⁶²⁸ Es folgten rufschädigende Artikel in der Zeitschrift *Ojczyzna*, welche die Nationaldemokraten für das Bauernvolk herausgaben. Stapiński revanchierte sich im Gegenzug mit einem Prozess wegen Ehrenbeleidigung, beließ aber bald bei den entlastenden Aussagen einiger Zeugen (u.a. Bilińskis und Długoszs) und zog die Klage zurück, was seine Gegner nur in ihrer Überzeugung von der Käuflichkeit des Obmannes der Volkspartei bestätigte.⁶²⁹

Auf die Möglichkeit einer Revanche mussten die Volksparteiler nicht lange warten. Ins Kreuzfeuer der Kritik kam wieder einmal der Obmann des Polenklubs, Głąbiński, dem man Kontakte mit Bernard Wetzler, einem Geschäftsmann zweifelhaften Rufes, vorgeworfen hatte. Der Nationaldemokrat sollte dem Unternehmer dazu verholfen haben, dass dieser nach fünfzehn Jahren Bemühungen schließlich im April 1910 einen Sitz im Herrenhaus bekommen hatte für eine Gegenleistung von 200.000 Kronen, die der Gründung eines allpolnischen Blattes dienen sollten.⁶³⁰ Und es schien, als wäre das nicht der einzige Berührungspunkt zwischen dem Nationaldemokraten und dem Wiener Kommerzialrat gewesen. Kritiker Głąbińskis stoßen sich auch daran, dass die Verpachtung der Eis- und Konservenfabriken in Przemyśl und Krakau durch das Kriegsministerium an die Geschäftspartner Wetzler-Głąbiński nicht auf dem gewöhnlichen Wege, durch eine öffentliche Ausschreibung, sondern ganz im Geheimen mit Ausschluss des Krakauer Magistrats und der Handelskammer vor sich ging.⁶³¹

Der Balanceakt Stapińskis zwischen der wachsenden Unzufriedenheit mit der Politik der Volkspartei, die unter den Landlosen und Kleinbauern wuchs, und den Kompromissbestimmungen mit

⁶²⁸ Von den 200.000 Kronen, die die Länderbank für die Abwicklung des Geschäfts der Volkspartei angeboten hatte, wurden 20.000 Kronen dem Vermittler Dr. Eugeniusz Szajnowicz versprochen. Kurz vor dem Finale der Verhandlungen verzichtete jedoch Stapiński auf die Dienste Szajnowiczs, der enttäuscht gegen den Obmann der bäuerlichen Fraktion vors Gericht zog. Siehe *Kurjer Lwowski* 68(11.02.1911).

⁶²⁹ Ebda, S. 182; Siehe auch *Kurjer Lwowski* 129(19.03.1912) und *Naprzód* 39(1912).

⁶³⁰ *Przyjaciół Ludu* 20(15.05.1910), BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 183; GŁĄBIŃSKI, *Wspomnienia...*, S. 170.

⁶³¹ Das Pachtrecht für diese Objekte sollte dann an Głąbiński bzw. die Allpolen abgetreten werden. Siehe *Naprzód* 94(26.04.1910).

den Stańczyken wurde immer schwieriger. Mit dem wachsenden Druck der politischen Gegner wurde auch der Ton des bäuerlichen Presseorgans *Przyjaciół Ludu* rauer, eine allgemeine Herabsetzung des politischen Niveaus machte sich bemerkbar.

Die Verschärfung der Töne seitens der Volkspartei traf mit der Regierungskrise in Wien Mitte November 1908 zusammen. Die Ernennung Bilińskis zum Finanzminister im Kabinett Bienenrths schien nicht nur die alte Fehde zwischen Korytowski, der seinen Ministerposten behalten wollte, und dem scheidenden Gouverneur der Österreichisch-Ungarischen Bank zu vertiefen, sondern war einer der Auslöser der Krise im Polenklub. Der schlaue Biliński, der nicht ohne Grund den Spitznamen „der weiße Fuchs“ bekommen hatte, galt als Karrieremann. Als Konservativer, der in seinem politischen Lager unbeliebt war, machte Biliński den Eindruck als würde er keiner Partei so richtig angehören – ein Zustand, der beim Verfolgen gewisser politischen Ziele ganz nützlich sein konnte. Er suchte vielmehr die Gunst einzelner einflussreichen Persönlichkeiten, unabhängig von der politischen Gesinnung (u.a. auch Głabińskis), was dem Politiker sogar den Beinamen „konservativer Allpole“ brachte. Auch in der Personalrochade um das Finanzministerium sicherte sich Biliński Unterstützung außerhalb der polnischen Vertretung in Wien, nämlich der klerikalen Elemente.

Dass manche Mandatare im Polenklub mit der Person des Konservativen im Amt des Ministers wegen seiner Kontakte zu den Nationaldemokraten, sprich Głabiński, ihre persönlichen Probleme hatten (Stapiński), war aber nur eine Seite der Medaille. Das Präsidium der polnischen Vertretung fühlte sich nicht ausreichend genug über die Regierungsbildung informiert und richtete seinen ganzen Unmut gegen Minister Abrahamowicz. Dieser soll dem Vorstand des Polenklubs auch eröffnet haben - alles mit dem Ziel, einen Einfluss auf ein weiteres Vorgehen des Präsidium auszuüben -, man plane die Auflösung des Parlaments. Als Bienenrth nach einer direkten Anfrage des Polenklubs ein solches Vorhaben verneinte, sprach das Präsidium dem Minister für Galizien das Misstrauen aus. Abrahamowicz aber wollte nicht kampfflos seinen Platz räumen, denn in seinem Verständnis konnte nur die Krone über seinen Rücktritt entscheiden, womit er einmal mehr einen sensiblen Punkt im Polenklub berührte. Der Gang an die Öffentlichkeit und Erklärungsversuche des Ministers in der *Neuen Freien Presse* brachten das Fass zum Überlaufen. Bis zur Klärung der Causa übergab das Präsidium des Polenklubs die Interessen des Landes in die Obhut Bilińskis, der paradoxerweise an dieser Krise nicht unbeteiligt war. Die Tatsache, dass der Polenklub Abrahamowicz zum Rücktritt zu bewegen versuchte, obwohl auch hier bekannt gewesen sein musste, dass man über eine solche Kompetenz allein nicht verfügte, nährte weitere Spekulationen. Es lag nahe, dass man im neuen Kabinett die Anwesenheit zwei polnischer Minister aus dem konservativen Lager, die sich noch dazu persönlich nicht leiden konnten, zu vermeiden suchte. Bienenrth, der Abrahamowicz im Kabinett ohne die Unterstützung aller Fraktionen im Polenklub nicht halten konnte, musste unter diesen Umständen seine Demission

entgegennehmen.⁶³² Während der scheidende Minister wutschnaubend einige unschöne Dinge über seine ehemaligen politischen Freunde in Umlauf setzte und sogar sein Mandat zurücklegte, zeigten sich die Polen sichtbar erleichtert, als der Demokrat Władysław Dulęba am 3. März 1909 neuer Minister für Galizien wurde.⁶³³

Das Vorgehen des Polenklubs gegen einen amtierenden Minister und die Suche nach einem geeigneten Nachfolger löste eine öffentliche Diskussion über die Besetzung des Amtes aus.⁶³⁴ Dies nutzten die Ruthenen aus, die sich durch die Sonderstellung des Ministers für Galizien, sprich sein Vetorecht in der Regierung, der Gnade und Ungnade der Polen ausgesetzt fühlten. Eugeniusz Lewicki verlangte mit seinem Dringlichkeitsantrag die Aufhebung des Ministeriums für Galizien bzw. die Aufteilung dieses in eine polnische und eine ruthenische Sektion.⁶³⁵ Der Antrag stieß allerdings auf keine Gegenliebe sowohl seitens des Polenklubs als auch der Regierung.

Die Arithmetik der Parteien - die Suche nach Mehrheiten im Reichsrat bei gleichzeitiger Nichtbeachtung der Kompetenzen einiger Minister schon im Kabinett Beck - erweckte auch bei der polnischen Volkspartei Ambitionen auf Ministerportefeuilles. Den Rest tat das Verhalten einiger Konservativer, die bei der stärksten unter den polnischen Fraktionen Unterstützung bei ihren Bemühungen um Spitzenpositionen suchten (z.B. Korytowski, Biliński). Das alles trug zur wachsenden Überzeugung von der Kraft der bäuerlichen Partei bei. Enttäuschte Hoffnungen auf höhere Ämter in der Politik und Landesverwaltung wirkten sich sofort auf die Haltung der Volkspartei und die allgemeine Stimmung in der parlamentarischen Arena aus. Ausritte gegen Minister Biliński und Torpedierung der Regierungspläne gehörten bald zum gewohnten Bild in der polnischen Vertretung im Wiener Abgeordnetenhaus. Wenig Freude hatten die Krakauer Konservativen dabei mit den unbedachten Zurufen Kozłowskis, der im Namen der Zentrums-Partei Forderungen für die Bauern stellte und die Volkspartei, die sich als Anwalt dieser Gesellschaftsteile verstand, zu noch resoluteren Forderungen geradezu animierte.⁶³⁶

⁶³² Siehe Unterredung des Präsidiums des Polenklubs mit Abrahamowicz, APANW III-84, Mappe 39, S.22-25.

⁶³³ WŁADYSŁAW DULĘBA (1851- 1930); Jurist; Studium in Lemberg und Wien; Mitglied des Lemberger Stadtrats; Abgeordneter seit 1892; Mitglied der parlamentarischen Kommission, Vizeobmann des Polenklubs; Inbegriff der politischen Korrektheit; Zog seine Kandidatur für den Obmann des Polenklubs zurück, als sich in der demokratischen Union eine Mehrheit für Głąbiński abzeichnete.

⁶³⁴ Neben Dulęba wurde auch Dzieduszycki und Kozłowski als möglicher Nachfolger Abrahamowicz's erwähnt. Kozłowski, der sich der Unterstützung der Podolier und Nationaldemokraten erfreute, war als Kompromisskandidat gehandelt.

⁶³⁵ STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATHES 13. Sitzung, XIX. Session vom 27.04.1909.

⁶³⁶ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 147.

Die Opposition Stapińskis gegen Biliński, die sich bei der Diskussion über die bosnische Bank abzeichnete⁶³⁷, ging bald in eine Grundsatzdiskussion über, so dass in dem sonst um ein einheitliches Vorgehen bedachten Polenklub der Eindruck entstand, hier gäbe es zwei Richtungen – eine anti- und eine proslawische. Bei den internen Überlegungen in der Causa der Agrarbank für Bosnien sprach sich die Mehrheit der polnischen Repräsentanten in Wien zwar für die Pläne der Regierung, denn nur die Volkspartei stimmte dagegen (nur zwei Mandatare, Łuszczkiewicz und Pastor, schlossen sich der Mehrheit an), bei der Abstimmung im vollen Plenum kippte aber die polnische Volkspartei fast die Entscheidung zu Gunsten der Opposition. Da die bäuerlichen Mandatare den Sitzungssaal verließen, der Abgeordnete Mleczo sich auch zu einem solchen Schritt entschied, obwohl er seit dem 10. Dezember 1908 der Volkspartei nicht mehr angehörte, die Abgeordneten Hanusiak, Łazarski und Stohandel nicht anwesend waren und Adolf Gross sich der Opposition anschloss, stimmte der Polenklub gegen den Antrag Sustercics mit nur 45 Stimmen, so dass die Regierung gerade noch eine knappe Mehrheit von fünf Stimmen erhielt. Die Volkspartei bewegte sich bei dieser Entscheidung zwar im Rahmen der Klubstatute und war nicht, wie die tschechische Zeitung *Novi Listy* bereits spekuliert hatte, im Begriff den Polenklub zu verlassen, aber wenn sogar die polnischen Sozialdemokraten – gegen welche sich u.a. der Deal der Konservativen mit der bäuerlichen Partei richtete – die Haltung Stapińskis begrüßten, machte man sich im Polenklub Sorgen um das Ansehen der polnischen Vertretung in Wien.

Die Situation erinnerte an die Zeiten Badenis, wo es zu hitzigen Diskussionen über die Taktik des Polenklubs kam. Jetzt mussten die Polen Stellung nehmen angesichts der Forderungen der zu Beginn des Jahres 1909 entstandenen „Slawischen Union“, die sowohl liberale als auch konservative Elemente um sich gruppierte von den Tschechen, über die Ruthenen, Kroaten bis hin zu den Slowenen und mit ihren 125 Stimmen die größte Organisation im Reichsrat bildete. So wie die Mehrheit des Polenklubs bei der Causa der Agrarbank für Bosnien ohne sichtbaren Grund nicht gegen Finanzminister Biliński stimmen und womöglich eine neue Kabinettskrise provozieren wollte, so vertrat sie auch eine andere Meinung als die Führung der „Slawischen Union“ was den Beschluss des Budgets anging. Obwohl auch den Stańczyken – ähnlich wie einigen anderen Parteien – die Auflösung des Reichsrats bei ihren parteipolitischen Zielen durchaus behilflich sein könnte, plädierte der allgemeine Tenor im Polenklub für einen gut funktionierenden Parlamentarismus. Denn nichts konnte dem Projekt der Ausdehnung der Autonomie der Länder mehr schaden als eine Regierung der Beamten, ein Zustand *ex lex* und das Inkrafttreten des §14. Die Kabinette Clary und Bienerth I, die in zwei für Galizien wichtigen Bereichen – Bau der Wasserkanäle und Sanierung der Landesfinanzen – ein Fiasko waren, blieben unangenehm in Erinnerung. So verstand man auch die Vermittlerrolle des Polenklubs zwischen den Deutschen und

⁶³⁷ BILIŃSKI, Wspomnienia..., Bd. I, S. 176f.

Tschechen und zwischen den politischen Lagern und der Regierung, mit der Głabiński am 17. August 1909 betraut wurde, als eine hartnäckige Obstruktion den Reichsrat lahm legte.

Eine stabile Mehrheit ohne die Deutschen oder die Tschechen war nicht möglich, die Positionen der beiden aber entgegengesetzt und stur, separate Verhandlungen Głabińskis mit einzelnen politischen Lagern erzeugten wiederum eine negative Stimmung den Polen gegenüber. Die Deutschen waren für den Beschluss eines Budgetprovisoriums und erst dann wollten sie über ein weiteres Arbeitsprogramm mit sich reden, die „Slawische Union“ stellte ein Junction zwischen dem Abschluss der Verhandlungen mit den Deutschen und dem Budgetbeschluss her. Die Reaktivierung des böhmischen Landtags schien ebenso wenig Aussicht auf Erfolg zu haben wie der Verzicht der Deutschen auf Hochenburger und Schreiner in der Regierung. Obwohl sich nach außen hin nur Stapiński und Pastor⁶³⁸ auf die Bedingungen der „Slawischen Union“ einzugehen trauten, waren es bei weitem nicht die einzigen Stimmen im Polenklub, die vom Doppelspiel der Deutschen empört waren. Denn während sich das deutsche Lager in der Öffentlichkeit nach wie vor unversöhnlich zeigte, waren hinter den verschlossenen Türen bereits Kämpfe um die Ministerposten im Gange.⁶³⁹

Im Großen und Ganzen verschloss man auf der polnischen Seite nicht die Ohren für Anliegen anderer slawischer Völker. Eine Intervention im Interesse der Slowenen 1895 wegen der Parallelklassen für das Gymnasium in Cylei kostete Madeyski sogar das Amt des Ministers und auch 1902 fiel Minister für Galizien Piętak bei den Deutschen in Ungnade. Die Polen unterstützten auch, so gut es ging, die Tschechen bei ihren Bestrebungen, obwohl sich diese nicht immer dankbar dafür zeigten (hier wären etwa die Sprachregelungen Badenis zu erwähnen und im Gegenzug das Auftreten der Tschechen gegen den Kanalbau in Galizien sowie die Tatsache, dass die Tschechen ihre Beamten dem zentralistischen Apparat zur Verfügung stellten und so zur Germanisierung Galiziens ihren Beitrag leisteten). Bei der Lahmlegung des Reichsrats konnten und wollten die Polen die Tschechen auch nicht unterstützen. Unter den gegebenen Umständen war eine polnische Politik, d.h. die Politik der freien Hand sowohl der Zentralregierung als auch den anderen Fraktionen gegenüber die einzig vernünftige Taktik. Vier Aspekte konnte man anhand der dreitägigen Debatte im Polenklub, die zur Untermauerung der anschließenden Resolution dienten, herauslesen:

- Die Polen konnten keine Bündnisse mit denjenigen schließen, die zentralistische Ziele verfolgten.
- Die polnische Vertretung im Wiener Abgeordnetenhaus wollte ihre langerkämpfte Position im Reichsrat nicht opfern für eine Opposition in der Minderheit, da eine slawische Mehrheit schwer möglich war ohne die Schlüsselrolle der Sozialisten – was dem Polenklub unliebsam wäre, da man bereits gute Kontakte zu den Christlichsozialen pflegte.

⁶³⁸ Ursprünglich gab sich Pastor als Gegner der Slawischen Union zu erkennen.

⁶³⁹ *Gazeta Narodowa* 270(25.11.1909).

- Das Hinsteuern auf die Majorisierung der Deutschen empfand man als schädlich für die slawischen Interessen selbst. Denn das provozierte nur das deutsche Element zum engeren Schulterschluss unter dem Kommando der Deutschnationalen und trieb Österreich in die Umarmung Preußens (man durfte nicht vergessen, dass die Donaumonarchie von Deutschland bereits Unterstützung in der Balkan-Frage bekommen hatte).
- Ein slawischer Block müsste auch die Ruthenen einschließen. Da den Polen die ruthenische Deklaration „30 Millionen Ruthenen der preußischen Regierung zur Verfügung stellen zu wollen“ aus der Broschüre des Ruthenen Sembratowycz frisch in Erinnerung war, war man im Polenklub überzeugt, dass die Ruthenen durch die Angebote sowohl von Seiten der Slawen als auch der Deutschen eine enorme Aufwertung erleben würden auf Kosten der Polen. Die Tatsache, dass drei ruthenische Mandatare während der Abstimmung über den Antrag Sustercics den Saal verließen und so die Entscheidung zu Gunsten der Regierung mitentschieden, sah man als einen kleinen Vorgeschmack auf einen solchen Kurs.

Was der Vermittler in der deutsch-slawischen Auseinandersetzung, Głąbiński, allerdings im Moment wollte, war, Biliński nicht opfern zu müssen, auf dessen Abmontierung Sustercic bestand und welcher sowohl bei den Tschechen als auch den Deutschen keine guten Karten hatte. Es ist allgemein zu bemerken, dass die Polen bei der Aufteilung der Ministerien nach so genannten „ökonomischen Portefeuilles“ Ausschau hielten, von denen sie sich auch materielle Gewinne für ihr Land versprachen. Die polnischen Politiker waren sich dessen bewusst, dass auch ein Landsmann-Minister eine Steuererhöhung nicht vermeiden konnte, aber wenn schon schwerere finanzielle Lasten, dann wenigstens gerecht verteilt auf die einzelnen Länder. Das hat man in Galizien von Biliński erwartet und die Ankündigung einer Steueranhebung auf Bier, von der die Tschechen und die Deutschen hauptsächlich betroffen waren, war ein erstes Anzeichen dieser erwünschten Finanzpolitik. Dass sich Głąbiński schließlich zu einem anderen Weg der Sanierung der Zustände im Reichsrat als durch die Umgestaltung des Kabinetts entschieden hatte, war nicht nur auf die Loyalität des Obmannes des Polenklubs seinem früheren Professor gegenüber zurückzuführen. Głąbiński wollte nicht den Verdacht aufkommen lassen, er selbst würde Ambitionen auf den Platz Bilińskis im Finanzministerium hegen, was dieser dem Nationaldemokraten oft vorgeworfen hatte.⁶⁴⁰

Der weitere Verbleib des Konservativen in der Regierung trieb allerdings den Anführer der Volkspartei, Stapiński, zu immer neuen Angriffen und Aktionen, von denen sich die Mehrheit im Polenklub provoziert fühlte und welche die Arbeit an der Festigung der polnischen Vertretung im Wiener Abgeordnetenhaus erschwerte. Im bäuerlichen Lager gab man Bienerth die Schuld an der Pattsituation im Reichsrat, seinem Verhalten dem böhmischen Landtag gegenüber und dem

⁶⁴⁰ GŁĄBIŃSKI, Wspomnienia polityczne, S. 125; Siehe auch BILIŃSKI, Wspomnienia i dokumenty, Bd. I, S. 202.

Ausnahmezustand. Man belächelte auch die deklarierte Politik der freien Hand des Polenklubs. Im Verständnis der bäuerlichen Mandatare war eine bedingungslose Unterstützung der Regierung gleichzusetzen mit einer Verbrüderung mit den Deutschen gegen die Slawen.⁶⁴¹ Hinter dem Vorwurf, Biliński sei ein Freund der Deutschen - nicht zuletzt wegen der Ehe des Konservativen mit einer Deutschen -, stand bei weitem einiges mehr, als nur ein Streit um nationale Sympathien und Gesinnungen. Stapiński wollte von dem Finanzminister zwei Millionen Kronen für die Rettung der Parzellierungsbank erpressen, die kurz vor dem Bankrott stand. Da hier die Zukunft der kleinen galizischen Sparer und das Ansehen der Volkspartei auf dem Spiel standen, scheute der Obmann der bäuerlichen Fraktion nicht davor zurück, zu seinem stärksten As – der Obstruktionsdrohung zu greifen. Selbst wenn es zu Neuwahlen kommen sollte, könnte das vielleicht noch die Stimmen der Wähler für die Volkspartei retten, noch bevor die bäuerlichen Anleger über die Details der katastrophalen Lage des Geldinstituts erfahren würden. Die Berührungsängste mit „einem Klerikalen und Moskalophilen“ - wie Sustercic von Stapiński 1901 bezeichnet wurde, als der mit der Volkspartei in einem Bündnis stehende Stojalowski damals eine Anlehnung der bäuerlichen Mandatare an das slawische Zentrum vorgeschlagen hatte - schienen in der gegebenen Situation plötzlich wie weggewischt.

Das Desaster der Parzellierungsbank wurde zu einer *cause célèbre*, an der fast keine politische Gruppierung uninteressiert vorbeiging. Viele versuchten die Affäre auszunutzen, um Stapiński den Eselstritt zu verpassen. Die Gunst der Stunde nutzten die Nationaldemokraten, die fest davon überzeugt waren, dass sich der Obmann der Volkspartei von den Konservativen im Polenklub manipulieren ließ, um Głabiński darin die Arbeit zu erschweren.⁶⁴² Stapiński wiederum war der Ansicht, die Allpolen selbst wären diejenigen, die zu den finanziellen Nöten der Parzellierungsbank beigetragen hätten, als es ihnen 1905 nicht gelungen war, sich einen eigenen Einfluss in dieser Institution zu sichern. Mit der Gründung von Bank Ziemiński in Łańcut auf Initiative der Allpolen wuchs der Parzellierungsbank eine große Konkurrenz, die schließlich die Preise für die Gutshöfe in die Höhe steigen ließ. Da mit dem Landtagsbeschluss vom 9. November 1905 der bäuerlichen Bank auch der

⁶⁴¹ Vgl. Kurjer Lwowski 282(19.06.1909).

⁶⁴² Dem Obmann des Polenklubs wurde keine Schonfrist zur Einarbeitung gewährt. Er stand vom ersten Tag an unter Beschuss - sogar noch früher, wenn wir die Bemühungen Stapińskis berücksichtigen, welche diese Wahl überhaupt zu verhindern suchten. Und wenn Głabiński als Obmann des Polenklubs unter Beschuss kam, so geschah es in erster Linie, weil man die Nationaldemokraten treffen wollte. Er musste gerade stehen für den Abgang der Partei von den ursprünglichen revolutionären Haltung, für die unkonventionelle Taktik des Kampfes an allen Fronten und doktrinäres Verhalten der Partei bei der Wahlreform. Bobrzyński, der beschuldigt wurde, Stapiński gegen Głabiński auszuspielen, bemühte sich nach eigenen Angaben in seinem Kontakt zum Obmann des Polenklubs um Objektivität und beschränkte sich einzig auf die Besprechung der für Galizien wichtigsten Angelegenheiten. Er weigerte sich auch, die Bemühungen der Volkspartei, die auf den Sturz des Nationaldemokraten von der Führung der polnischen Repräsentanz in Wien ausgerichtet war, in irgendeiner Weise zu unterstützen. Siehe BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 210f.

Schutz der Länderbank entzogen wurde, war diese auf fremde Kredite oft zu Wucherzinsen angewiesen.

Beim Verbreiten negativer Schlagzeilen über die Volkspartei half den Nationaldemokraten Stojałowski, der im Mai 1909 wieder einen neuen politischen Kurs eingeschlagen hatte.⁶⁴³ Im Wiener Abgeordnetenhaus kam es zu einer Annäherung zwischen der Stojałowski-Gruppe und den bäuerlichen Mandataren aus dem nationaldemokratischen Lager und der Gründung von *Związek Narodowo-Ludowy* (National-Volkstümlicher Bund), einer Gruppierung, die sich dem Schutz des Kleinbürgertums, der Bauern und der Arbeiter widmen sollte.⁶⁴⁴ Was machte zwei erbitterte Gegner plötzlich zu Verbündeten? Es war kein taktisches Bündnis - wie man beteuerte -, sondern ein programmatisches. Denn während man sich noch in der Wahlkampagne der letzten Reichsratswahlen verbal voneinander abzugrenzen versuchte, stellte man in dem politischen Alltag Gemeinsamkeiten in den wichtigsten Punkten der Politik des Polenklubs fest.⁶⁴⁵ Im Einklang befand man sich beim direkten Kontakt mit der Bevölkerung auf den Volksversammlungen im westgalizischen Dorf und im Arbeitermilieu. Eine andere Tatsache war es, dass seit der Spaltung des Zentrum 1907 die Mandate der Stojałowski-Gruppe sowohl im Reichsrat (4) als auch im Landtag (1) schrumpften und die Partei, trotz der Mitgliedschaft im Polenklub, zunehmend in die politische Bedeutungslosigkeit rutschte. Eine Anlehnung an die Nationaldemokraten, die voll und ganz im politischen Geschehen Galiziens standen und mit ihren Ambitionen den bisherigen Machthabern schlaflose Nächte bereiteten, konnte der Partei Stojałowskis verhelfen, aus dem Schatten der letzten Jahre wieder rauszukommen. Als Bereicherung für die Arbeit auf dem Sektor der volkstümlichen und der nationalen Arbeit empfand Stojałowski auch die Scharen der Intelligenz, über welche die Allpolen verfügten und welche in der Bauernbewegung nicht so breit vertreten waren. Andererseits waren das agitatorische Potential des Geistlichen und vor allem sein Bekanntheitsgrad unter der ländlichen Bevölkerung nach wie vor wichtige Trümpfe, welche die Nationaldemokraten bei ihrem Eroberungszug im ländlichen Milieu durchaus verwerten konnten. Als verbindend galt, dass sowohl die christlich-volkstümliche Partei als auch die Allpolen die Wiederherstellung des polnischen Staates auf dem Wege des gemeinsamen Mitwirkens der ganzen Nation anstrebten, beide wollten an der vielseitigen Hebung des Volkes auf der Grundlage christlicher Gerechtigkeit arbeiten.

⁶⁴³ Zur Kritik Stojałowskis an der Politik Stapińskis in der Parzellierungsbank siehe auch STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 68. posiedzenia, I. sesji, IX. periodu vom 27.01.1910, S. 4061-4068; Nur sieben Tage jünger war die Interpellation Cieńskis an den Landesausschuss, die eine Erklärung in dieser Causa verlangte. Vgl. Ebda vom 20.01.1910.

⁶⁴⁴ *Czas* 132(14.06.1909).

⁶⁴⁵ STANISŁAW GRABSKI, *Pamiętniki*, Warszawa 1989, Bd. I, S. 191-193; Vgl. auch *Kurjer Lwowski* 269(11.06.1909) und *Słowo Polskie* 271(12.06.1909).

Was war aber mit Gegensätzen in der jüdischen und slawischen Frage? Konnte man auch hier über das Trennende hinwegsehen? Der Antisemitismus war bei beiden politischen Lagern vorhanden, aber anders motiviert. Bei Stojałowskis Attacken gegen die jüdische Bevölkerung Galiziens spielten ökonomische Aspekte eine Rolle. Der dortige Bauer bedürfte seiner Ansicht nach eines Schutzes vor den Wucherpreisen des jüdischen Händlers und die christliche Bevölkerung ökonomische Hilfe. Die Nationaldemokraten standen dagegen selbst assimilierten Juden skeptisch gegenüber und wehrten sich oft, diese als einen Bestandteil der polnischen Bevölkerung anzusehen.

Etwas schlimmer war es um den Einklang der beiden Parteien in der slawischen Frage bestellt, aber auch hier schien sich einiges geändert zu haben. Ausschlaggebend für die Annäherung zwischen den Widersachern von Einst war mit Sicherheit die Abkehr der Nationaldemokraten von ihrer ursprünglichen Position in der slawischen Frage unter dem Einfluss der Geschehnisse in Russland, insbesondere das Inkrafttreten der dortigen Verfassung und später die neoslawische Bewegung. An der Seite der Allpolen sprach man von der gewonnenen Erkenntnis, dass der Geistliche nicht mehr „im Sold Moskaus“ stehe.⁶⁴⁶

Unter dem Strich schien es, als würde diese Annäherung den Nationaldemokraten mehr Vorteile bescheren. Sie gewannen zusätzliche Stimmen im Polenklub, konnten während der Wahlen die Mandate teilen und hielten den Fuß in der Tür, die zum westgalizischen Dorf führte und das alles ohne ein formell existierendes Bündnis zwischen den Parteien. Denn das Abkommen vom 18. Mai 1909 unterzeichneten nur Teile des nationaldemokratischen Lagers und auch diese sicherten sich ihre separaten Programme und selbständige Führung.⁶⁴⁷ Allerdings war selbst eine solche Verbindung im nationaldemokratischen Lager nicht unumstritten. Und nicht nur der moralische Aspekt wie im Falle Stojałowskis rief kritische Stimmen auf den Plan. In der politischen Linie Grabskis war wesentlich mehr Sprengstoff enthalten. Die aus den Mitgliedern der ehemaligen Jugendorganisation der Allpolen „Zet“ bestehende Gruppe der „*Rzeczpospolita*“⁶⁴⁸, die sich 1908/09 zu Wort meldete, stand Kompromissen jeglicher Art - außer der Verbindung mit den Podoliern, wo sich die Linie der beiden politischen Lager in der ruthenischer Frage deckte - skeptisch gegenüber. Das Engagement im parlamentarischen Leben als führende Kraft im Polenklub in Verbindung mit den liberalen Demokraten führte nämlich zu

⁶⁴⁶ Siehe Stellungnahme Grabskis zum Bündnis der Nationaldemokraten mit der Stojałowski-Gruppe zitiert in *Naprzód* 148(2.07.1910).

⁶⁴⁷ Dem Verband *Związek Narodowo-Ludowy* gehörten die Mandatäre Dobija, Stohandel, Stojałowski, Szponder, Hanusiak, Szajer, Bieniowski, Fiedler, Krupka, Maślanka, Ptaś, Wiącek und Zamorski an. Siehe Kurjer Lwowski 269(11.06.1909); Das Presseorgan der Nationaldemokraten zählte zu den Mitgliedern des Bundes auch die Abgeordneten Styła und Fijak aus der Stojałowskis-Gruppe. Siehe *Słowo Polskie* 271(12.06.1909).

⁶⁴⁸ Dieser Gruppierung gehörten u.a. S. Dąbrowski, S. Kasznica, S. Koźmiański, A. Skalkowski, S. Stroński, E. Dubanowski, J.L. Popławski, B. Bator, S.W. Szczepanowski an.

Kompromissen und gefährdete im Verständnis dieses Teils der Allpolen somit die „ideologische Reinheit“ ihrer Doktrin.

B. Allein gegen alle – die „Sturm- und Drangperiode“ der Nationaldemokraten. Interne Opposition in der Volkspartei.

Dieser kleine Zugewinn, der aus dem Zusammenrücken der volkstümlichen Teile der Nationaldemokraten mit den christlich-sozialen Elementen resultierte, sollte ein wenig den Verlust der Allpolen aus der gescheiterten Demokratischen Union kompensieren. Die Atmosphäre in diesem politischen Gebilde war nämlich zu Beginn des Jahres 1909 sehr getrübt. Die polnischen Demokraten meldeten erneut ihren Unmut an über die Alleingänge der Nationaldemokraten und die Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg. Der Kampf um das Mandat aus dem Kreis Sambor-Gródek von dem verstorbenen Dzieduszycki wurde schließlich zum Kräftemessen zweier demokratischen Programme und Ideologien, die die Allpolen mit dem Sieg von Skarbek⁶⁴⁹ am 7. Juli 1909 für sich entscheiden konnten.⁶⁵⁰ Der Sprengsatz für das Scheitern des demokratischen Projekts war u.a. in dem unmöglichen Spagat des nationalen Lagers angesiedelt, eine politische Heimat für alle gesellschaftlichen Schichten sein zu wollen. Während sich die liberalen Demokraten auf ihre Klientel in den städtischen Zentren konzentrierten, mussten die Nationaldemokraten ihre Aufmerksamkeit zwischen der Wahrung der städtischen und dörflichen Interessen und der Schlichtung des großen Gegensatzes Bauern-Großgrundbesitzer teilen. Das kostete Substanz und verleitete zu emotionalem Überschwang – wie sich anhand der kommenden Ereignisse zeigen wird. Vorerst überlegte man im demokratischen Klub, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, in der die zwei Gruppen nach dem Prinzip der freien Hand agieren sollten. Bei einer Zusammenkunft der vereinten Demokraten einigte man sich vorerst darauf, dass eine Stimmenmehrheit von der Pflicht der Solidarität bei behandelten Angelegenheiten entbinden sollte.⁶⁵¹

Im Lager der Allpolen selbst zeichnete sich zu dieser Zeit eine immer deutlichere Spaltung in zwei Flügel ab, den gemäßigten, galizischen (u.a. German, Battaglia) und den radikaleren, gesamtpolnisch

⁶⁴⁹ ALEKSANDER SKARBEK (1874-1921) - nationaldemokratischer Politiker, Großgrundbesitzer; 1898-1903 Dienst in der Statthalterei ;Seit 1903 Präses des Kreisrates Rudki; 1906-1918 Landtagsabgeordneter aus der Kurie der Städte; 1909-1918 Reichsratsabgeordneter.

⁶⁵⁰ BOBRZYŃSKI, Moje..., S. 143; Da zu den Anhängern des Demokraten Doboszyński neben der städtischen Intelligenz auch die jüdische Bevölkerung zählte, den Nationaldemokraten Skarbek dagegen neben der Intelligenz aus dem Sektor des Beamtentums und des Gewerbes das katholisch-nationale Komitee unterstützte, machte es den Anschein als würde hier ein Wettstreit zwischen Judenfreunden und Antisemiten stattfinden. Vgl. *Gazeta Narodowa* 153(8.07.1909) und *Wieniec-Pszczółka* 24(13.06.1909).

⁶⁵¹ *Gazeta Narodowa* 220(25.09.1909).

orientierten Teil, verkörpert durch die Parteiführer Grabski⁶⁵² und Pawlikowski. Der Versuch, Grabskis ganze Aufmerksamkeit auf die ihm ermöglichte Universitätskarriere zu lenken, den Głabiński und auch die Konservativen Biliński und Bobrzyński unternahmen, ging nicht auf und sorgte nachhaltig für Konsequenzen. Grabski zog sich nicht nur nicht aus der aktiven Politik zurück, sondern entmachtete Głabiński immer mehr in den eigenen Reihen und zog auch die Kritiker Bobrzyńskis aus dem Lager der ostgalizischen Konservativen in seinen Bann.⁶⁵³

Dass es in den Reihen der Nationaldemokraten Elemente gab, die sowohl nach rechts (z.B. einige von den Spitzenleuten der Akademischen Lesehalle *Czytelnia Akademicka*) als auch nach links tendierten (akademische Jugend, die radikal-national gesinnt war), hat sich schon früher manifestiert. Die damalige Spaltung spiegelte mehr Divergenzen auf der sozialen Ebene wider. Wirrungen, die 1910 an die Oberfläche kamen, leiteten sich aus den wachsenden Spannungen zwischen den Allpolen und der Landesregierung, insbesondere dem Statthalter ab. Die Nationaldemokraten, die fixiert darauf waren, die innere Kraft der Gesellschaft in verschiedenen Bereichen anzukurbeln und die nationale politische Idee zu propagieren, sahen in den politischen Entscheidungen Bobrzyńskis stets die Untergrabung der polnisch-nationalen Interessen. So wurde unter anderen das Projekt der Gründung einer Bank für die Wirtschaft für Galizien kritisiert, dass bei der letzten Session des Landtags behandelt wurde. Trotz der Tatsache, dass hier das Kronland durch die Mittlerrolle des Landesausschusses (*Wydział Krajowy*) die absolute Mehrheit hatte und die Beteiligung, die Zusammensetzung des Vorstands und der Direktion in polnischer Hand lag, befürchteten die „Verteidiger des nationalen Besitzstandes“ die Ingerenz der Wiener Kapitalisten. Beim zweiten Vorschlag, dem Projekt der *Rada Kultury Krajowej* (*Landeskulturrat*), kritisierten die Nationaldemokraten dagegen die Privilegien für die Ruthenen.⁶⁵⁴ Außerdem waren die Gemüter immer noch durch den Bankrott der Parzellierungsbank

⁶⁵² STANISŁAW GRABSKI (1871-1949) - Politiker (nach den Anfängen bei den Sozialdemokraten überzeugter Nationaldemokrat), Ökonom. Studium der Ökonomie in Warschau, Berlin, Paris und Bern (hier promovierte er zum Dr. phil. 1894); Ausgewiesen aus Preußen und Österreich hielt sich bis 1903 in Ungarn und der Schweiz auf. Seit 1903 wieder in Galizien. Hier Habilitation in Krakau; Seit 1905 einer der führenden Aktivisten der *Liga Narodowa*; Seit 1907 Mitglied im Landesausschuss (*Wydział Krajowy*); Vizeobmann der nationaldemokratischen Partei in Galizien und Redakteur des Blattes *Słowo Polskie*; Seit 1910 bis 1939 Professor für Ökonomie an der Universität Lemberg. Einer der Hardliner in dem nationaldemokratischen Lager. Vertreter der prorussischen Orientierung in der Partei.

⁶⁵³ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 142; Głabiński dagegen zeigt Bobrzyński als denjenigen, der Grabskis Universitätskarriere zu verhindern suchte. Vgl. GŁABIŃSKI, Wspomnienia..., S. 167f.

⁶⁵⁴ *Rada Kultury Krajowej* sollte ein Zentralorgan der landwirtschaftlichen Vereine sein, ein Organ für die Vereinheitlichung aller Tätigkeiten auf dem Gebiet der Unterstützung für die Landwirtschaft. Hier war auch die Verteilung der Subventionen für die Ruthenen und ihre Vertretung in der Verwaltung der dazu zuständigen Organisation vorgesehen. Siehe BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 152-167; Zur Organisation von Rada Kultury Krajowej siehe auch Antrag des Abgeordneten Skwarko, In: SPRAWOZDANIA STENOGRAFICZNE Z POSIEDZEŃ

aufgewühlt. Allerdings muss an dieser Stelle gesagt werden, dass mit der Rettungsaktion des Geldinstituts durch Bobrzyński nicht nur die Allpolen keine Freude hatten und ihr Anführer, Grabski, nicht allein Schuldbeweise gegen das leichtsinnige Wirtschaften der Volkspartei sammelte und die Beschädigten zu Privatklagen animierte. Auch von Seite des konservativen Gesinnungskreises war ein gewisser Druck auf den Statthalter zu verspüren. Józef Milewski, seit 1906 Direktor der Länderbank in Lemberg, versuchte Bobrzyński zu überreden, die Parzellierungsbank fallen zu lassen, sie dann zu übernehmen und so die Konservativen als Retter der bäuerlichen Ersparnisse erscheinen zu lassen.⁶⁵⁵ Einige Zeit später werden die Gegenspieler des Statthalters auf diese versäumte Chance zurückkommen und gegen ihn verwenden.

Angekündigt wurde diese härtere Opposition der Nationaldemokraten gegenüber der Politik Bobrzyńskis in einer Resolution vom 22. Mai 1910, der sich allerdings nicht alle beugen wollten. Einer der ersten Gegner des sich seit zwei Jahren unter dem Einfluss des Hardliners Grabski abspielenden Kampfes des nationalen Lagers an allen Fronten war Ludomił German. Missstände in einigen Komitees der Partei, die German ortete - hier vor allem das Vorgehen einiger Fraktionsmitglieder gegen Andersdenkende im Namen der Partei, die in Wirklichkeit Aktionen waren, hinter welchen private Motive standen -, zeigten, dass auch die Mandatare der Allpolen nicht selten der Verführung unterlagen, individuelle Interessen über die der Partei zu stellen.⁶⁵⁶

Das nationale Lager, das nicht zwischen den „Herren“ und den Bauern unterschied, sondern einzig den Bürger mit seiner Vision ansprechen wollte, musste vielleicht nicht in dieser Weise zur Taktik der Kompromisse greifen, um sein politisches Dasein in den sich veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen zu sichern, wie dies die Parteien rein ständischen Charakters taten, aber es erwies sich als nicht leicht, auch in einer modernen Partei diese Vielfalt an sozialen Elementen zusammenzuhalten. So verhielt es sich auch im Falle Germans. Er war seiner Orientierung nach ein konservativ und klerikal Gesinnter, den mit Bobrzyński eine lange Bekanntschaft und jahrzehntelange Arbeit im Schulwesen verband (Bobrzyński war einst als Vorsitzender des Landesschulrats Vorgesetzter Germans, der zuerst als Gymnasiallehrer und dann als Schulinspektor tätig war). Da sich der Nationaldemokrat der Linie der Lemberger Parteizentrale widersetzte, für seine gemäßigte Haltung aber in den parlamentarischen Vertretungen seiner Fraktion keine entsprechende Unterstützung fand, legte er seine Funktionen als Vorsitzender der parlamentarischen Gruppe und als Vizeobmann der

SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 84. posiedzenia, I. sesji, IX. periodu z 19.02.1910.

⁶⁵⁵ Ebda, S. 170.

⁶⁵⁶ German sprach von dem stillen Bündnis der Stadträte in Jarosław mit den Ruthenen und der gemeinsamen Opposition gegen Bürgermeister Dr. Dietzius. Siehe Stellungnahme Germans, In: *Czas* 421(16.09.1910); Auch im Parteikomitee in Tarnopol schienen private Interessen die Oberhand zu gewinnen. Vgl. *Przyjacieł Ludu* 32(7.08.1910).

nationaldemokratischen Partei nieder. Gleichzeitig setzte sich German mit anderen Vertretern der galizischen Demokratie in Verbindung mit der Absicht, eine neue, gemäßigte Gruppe innerhalb der polnischen Vertretung in Wien zu gründen.

Obwohl die Differenzen im nationalen Lager nicht im programmatischen Bereich lagen, sondern rein taktischer Natur waren und die Aktion Germans auf die Vereinfachung der parlamentarischen Arbeit im Polenklub ausgerichtet war, die mit der Ausdehnung des Wahlrechts auf breitere gesellschaftliche Schichten und der Präsenz unterschiedlicher Weltanschauungen und Positionen komplizierter wurde, so dass eine Geschlossenheit der Vertretung der Polen schwer zu erzielen war, reagierte die Führung der Nationaldemokraten auf diese Aktion mit dem Ausschluss Germans aus der Partei.⁶⁵⁷ Die Oppositionsparteien, welche die Arbeit der Landesregierung mit Argusaugen beobachteten, sahen in der Idee des abtrünnigen Nationaldemokraten, dem die Parteikollegen Battaglia⁶⁵⁸ und Kopyciński folgten, allzu deutliche Parallelen zu der reaktivierten ungarischen liberalen Partei (1875-1905) unter Kuhen-Hedervary - entstanden aus der Verbindung der Deák-Partei mit dem linken Zentrum des Koloman Tisza - zur Unterstützung der Regierungspartei.⁶⁵⁹ Gleichzeitig schrieben politische Beobachter in Galizien der neuangestrebten „Partei der Arbeit“ oder „Partei der Solidarität“ - wie man sie bereits nannte - wenig Chancen auf politische Selbständigkeit und Erfolg zu. Das lag nicht zuletzt am Wesen der polnischen Demokraten, die eine ziemlich lockere Erscheinung waren, ohne eine straffe Organisation und ein klares, eigenständiges Profil⁶⁶⁰, da ihre politische Tätigkeit im Polenklub fast ausschließlich in einer wohlwollenden Haltung der Regierung gegenüber endete. Während sich die einen hinsichtlich der künftigen Positionierung der neuen Formation entweder im Bereich abenteuerlicher Spekulationen bewegten⁶⁶¹ und die anderen ihre Meinung bzw. eigene Pläne im

⁶⁵⁷ Im Juni 1910 hielt man sich mit dem Rauswurf Germans noch zurück, weil man eine weitere Abspaltung nicht provozieren wollte. Einige Wochen später, kommentierte der Verbündete der Nationaldemokraten, Stojalowski, die Bestrafung des Abtrünnigen als „das erste gute Beispiel und beginnende Genesung der politischen Verhältnisse Galiziens“. Siehe *Wieniec-Pszczółka* 34(21.08.1910).

⁶⁵⁸ Der Abgeordnete Battaglia schlug im März 1909 eine Änderung der Organisation der parlamentarischen Gruppierungen der nationaldemokratischen Partei vor, die eine Dezentralisierung der Macht zum Ziel hatte. Siehe *Ojczyzna* 44(31.10.1909); Battaglias Stellungnahme zur Abspaltung siehe *STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO* z 14.11.1910, 110. posiedzenia, I. sesji, IX. periodu, S. 5979-5995.

⁶⁵⁹ *Słowo Polskie* 352(1.08.1910).

⁶⁶⁰ Unterschiede in der Führung und Organisation der zerstreuten demokratischen Elemente spiegeln gut die demokratischen Klubs in Krakau wider. Der „Demokratischer Klub“ war zwar zahlenmäßig schwächer als der „Bürgerliche Klub“, aber organisatorisch viel geschlossener und setzte sich fast ausschließlich aus den Räten zusammen, die aus dem Kreis der Intelligenz stammten.

⁶⁶¹ Aufgrund der stark betonten Nähe zum städtischen Element, waren Szenarien kolportiert, bei der neuen Fraktion würde es sich um eine rein ständische Organisation handeln.

Verborgenen hielten (Krakauer Konservativen)⁶⁶², wagte sich der Obmann der Volkspartei neben den Kommentaren der Sozialdemokraten noch am weitesten vor. Er sah die neue Organisation der Demokraten zusammen mit der bäuerlichen Fraktion und den Konservativen bereits als die neue Mehrheit im Polenklub und erklärte sich bereit, German als den neuen Obmann der polnischen Vertretung zu unterstützen.⁶⁶³

Der Anführer der Bauernfraktion sprach das laut aus, was die Nationaldemokraten längst befürchteten, nämlich, dass die neue Formation nach den unliebsamen Erfahrungen der unadjektivischen Demokraten mit den Allpolen auf die Schwächung ihres Einflusses ausgerichtet sei und zum Wechsel an der Spitze des Polenklubs beitragen könne. Da die Stańczyken schon früher versucht hatten, zuerst durch die Person Kozłowskis aus dem katholischen Zentrum, und zuletzt aus der bäuerlichen Fraktion eine Hilfstuppe für sich im Kampf gegen das nationaldemokratische Lager zu organisieren, verwunderte es wohl niemanden, dass die Allpolen die Krakauer Konservativen auch für die Architekten der neuesten politischen Formation hielten im Hinblick auf die herannahenden Wahlen.

Mittlerweile nahm das, was vor kurzem noch den Status eines Projekts hatte, etwas konkretere Formen an. Am 21. September 1910 fand unter dem Vorsitz des Abgeordneten Jahl eine Zusammenkunft der demokratischen Abgeordneten statt, die sich für eine Vereinigung derjenigen demokratischen Elemente aussprachen, die nationale Interessen verfolgten, programmatische Gemeinsamkeiten aufwiesen und nicht dem Lager der Nationaldemokraten angehörten.⁶⁶⁴ Diese ständige Konferenz sollte in allen wichtigen Fragen beraten.

⁶⁶² Im Gegensatz zu den Allpolen und den Sozialdemokraten, die die neue demokratische Fraktion für ein Werk Bobrzyńskis hielten und offen darüber sprachen, sprach der Statthalter in seinen Erinnerungen einzig davon, dass von der Sezession im nationalen Lager die polnischen Demokraten profitierten und das sich diese jetzt ihm und den Krakauer Konservativen näherten. Siehe BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 213; Vgl. auch Naprzód 190(21.08.1910); Es gibt allerdings Indizien, dass Bobrzyński doch beim „Abwerben“ einiger Nationaldemokraten beteiligt war bzw. einige Anwärter aus dem Lager der Allpolen zu wichtigen Ämtern verhindert hatte. Über Roger Battaglia, der als „rechte Hand“ Głębińskis in ökonomischen Fragen galt, setzte man Gerüchte im Umlauf, er mache Geschäfte mit jüdischen Spekulanten. Nachdem sein Ruf in der eigenen Partei angekratzt wurde und dieser kurz darauf zu den liberalen Demokraten wechselte, gründete Battaglia zwei Zeitschriften *Gazeta Wieczorna* (Abendblatt) und *Gazeta Poranna* (Morgenblatt) und richtete seine Spitze gegen den Antisemitismus und die Zeitschrift der Nationaldemokraten *Słowo Polskie*. Głębiński nennt in seinen Memoiren Bobrzyński als denjenigen, der die finanziellen Mitteln für die Gründung der Zeitschriften zur Verfügung stellte. Siehe GŁĘBIŃSKI, Wspomnienia..., S. 168; Vgl. auch Buzek an J.G. Pawlikowski vom 25.02.1910, BPANK 7818, S. 112; Auch dem Abgeordneten Gold versprach man ein Mandat in der Nationalen Rechten für sein Lossagen von den Nationaldemokraten. In diesem Fall waren jedoch die Allpolen selbst an einem weiteren Verbleib Golds in der Partei nicht interessiert. Er verließ schließlich die Reihen der Partei auf Druck der jüdischen Bevölkerung.

⁶⁶³ Siehe Interview mit Stapiński für das Blatt *Wiek Nowy*, In: *Gazeta Narodowa* 195(27.08.1910).

⁶⁶⁴ Anwesend waren die Mandatäre Bandrowski, Battaglia, Ciuchciński, Doliński, Fedorowicz, German, Jahl, Laudon, Leo, Loewenstein, Kleski, Maiss, Merunowicz, Pastor, Rittel, Rutowski, Sikorski, Staniszewski, Zarański,

Nicht nur für die Nationaldemokraten versprach der politische Sommer des Jahres 1910 heiß zu sein. Auch in einem anderen Winkel des galizischen Parteienspektrums kam man immer mehr in die Enge. Der Spagat, in dem sich die Führung der Volkspartei aufgrund des neuen politischen Kurses befand, forderte immer mehr Opfer, die auf Kosten der schwächsten Bestandteile der Bauernschaft ausgetragen wurden. Das Abweichen von der ursprünglichen ideologischen Linie manifestierte sich krass bei wichtigen wirtschaftlichen Angelegenheiten und führte zur Anspannung des Verhältnisses der Partei vor allem mit den Sozialdemokraten. Das Veto gegen die Einfuhr vom billigen Fleisch aus Serbien und Rumänien, das den Sozialschwachen zugute kommen würde, stellte die Volkspartei in der Einschätzung der politischen Beobachter auf die Seite der galizischen Viehzüchter unter den reicheren Bauern, für die diese Regelung eine unerwünschte Konkurrenz war.⁶⁶⁵ Angeprangert von der Opposition wurde das Vorgehen der bauerlichen Partei gegen das Projekt einer obligatorischen Altersversicherung. Im Falle einer Verabschiedung dieses Gesetzes müssten die Landbesitzer, die Bauern bei sich beschäftigten, einen Beitrag zu dieser Vorsorge leisten. Auch die Regierung müsste zu jeder Altersrente 90 Kronen jährlich nachzahlen. Insgesamt dürfte diese Investition - wenn man die Versicherung der Bauern, Arbeiter, kleiner Unternehmer und Kaufleute zusammenzählt - dem Wert von etwa 100 Millionen Kronen aus den Steuergeldern entsprechen.⁶⁶⁶ Zur Taktik der Kompromisse glaubte die Volkspartei auch Arbeiter bauerlicher Abstammung zu bewegen. Als die Arbeiter aus der Petroleumbranche in Borysław 1910 einen 8-stündigen Arbeitstag forderten und mit Streik drohten, die Erdölproduzenten dagegen im Tauschgeschäft eine Geldsumme von 40.000 Kronen für die Installierung eines billigen Lebensmittelladens oder einer warmen Küche für Arbeiter

Zieleniewski. Ihre Abwesenheit entschuldigten Maryewski, Petelenz, Roszkowski, Stwiertnia, Sare. Siehe *Nowa Reforma* 431(22.09.1910); Dem Blatt der Volkspartei zufolge zählte die demokratische Vereinigung zwölf Mandatare im Polenklub und achtzehn im Landtag. Vgl. *Przyjacieł Ludu* 40(2.10.1910).

⁶⁶⁵ Der Polenklub konnte in beiden Artikeln des Antrags nicht einheitlich dagegen stimmen, obwohl diese Entscheidung für die heimische Wirtschaft in Galizien ungünstig war. Zum einen wegen der außenpolitischen Situation und der Verpflichtung Österreichs, das einen Krieg mit Serbien vermeiden wollte, zu Handelskonzessionen im Frühjahr 1909. Zum zweiten sollte Galizien eine Wiedergutmachung bekommen ganz im Sinne des Landtags und zwar eine Erhöhung der Dotation für Viehzucht von ursprünglich einer Million auf sechs neun Jahre lang. Traktate mit anderen Ländern außer Serbien und Rumänien lehnte der Polenklub ab. Gegen einen Import vom argentinischen Fleisch trat Stapiński im Herbst 1910 auf. Siehe *STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO*, 91. posiedzenia, I. sesji, IX: periodu z 6.10.1910, S. 5269-5273; Vgl. auch *Gazeta Narodowa* 230(8.10.1909).

⁶⁶⁶ *Ojczyzna* 5(31.01.1909); DUNIN-WĄSOWICZ, *Dzieje...*, S. 192.

vorschlugen, riet die Bauernpartei diesen Vorschlag anzunehmen, was bei den Sozialdemokraten eine Welle der Empörung auslöste.⁶⁶⁷

Der Erfolg der Volkspartei bei den Reichsratswahlen 1907, ihre Handschrift bei der Reform der alten Statute des Polenklubs aus dem Jahre 1901 stärkten ohne Zweifel das Ansehen Stapińskis in der Partei. Das bedeutete aber nicht, dass seine Politik und Methoden, mit denen er zu arbeiten pflegte, auf keinen Widerstand in den eigenen Reihen stießen. Diese Opposition hatte unterschiedlichen Charakter - es ging um Inhalte, Taktik und persönliche Animositäten - , mehr oder weniger organisierte Formen und unterschiedliche Intensität. So rührte z.B. Michał Olszewski und sein Blatt *Gazeta Chłopska* (Bauernzeitung) von der linken Seite zwischen 1907 und 1908 die radikale Trommel gegen den Polenklubbeitritt der Partei und für eine schärfere Gangart dem Klerus gegenüber, lenkte aber relativ schnell ein und unterwarf sich der Parteiführung.⁶⁶⁸

Mehr persönliche Züge hatte die Opposition der städtischen Intelligenz, die sich um Bolesław Wysłouch und Jan Dąbski⁶⁶⁹ und ihr publizistisches Sprachrohr *Kurjer Lwowski* und *Gazeta Ludowa* (Volksblatt) gruppierte. Wysłouchs Auseinandersetzung mit Stapiński in der Frage der Richtung der bäuerlichen Partei zeichnete sich schon während der Landtagssession des Jahres 1892 und dann 1895 ab, als man über die Beifügung der Bezeichnung „christliche“ im Namen der Partei diskutierte, und schließlich auf dem Parteikongress in Krakau im Dezember 1908, wo die bäuerliche Intelligenz das konservative Gedankengut in der Politik der Volkspartei und die schwankende Haltung des bäuerlichen Klubs in der Frage der Wahlreform für den Landtag anprangerte.⁶⁷⁰ Mit Aufklärungskampagnen, welche die Parteiführung mit Hilfe der Funktionäre aus dem rechten

⁶⁶⁷ Vgl. DUNIN-ŹASOWICZ, *Dzieje...*, S. 192; *Naprzód* 164(21.07.1910); Auch satirische Blätter nahmen die Käuflichkeit des Obmannes der Volkspartei aufs Korn. Siehe *Cepy* (Dreschflegel) 7,8 (18.09.1910).

⁶⁶⁸ Wałęga an Bobrzyński vom 18.02.1908, BJ 19/35, S. 13; WITOS, *Moje wspomnienia*, Bd. I, S. 251; *Ojczyzna* 15(11.04.1909).

⁶⁶⁹ JAN DĄBSKI (1880-1931) - Journalist, Publizist, Politiker des volkstümlichen Lagers, enger Mitarbeiter Wysłouchs. 1912 Sekretär in PSL- Vereinigung der Unabhängigen Volksparteiler (*Zjednoczenie Niezawisłych Ludowców*). Ab 1913 in PSL-„Piast“. In der Zwischenkriegszeit links-radikal orientiert setzte sich bei der Vereinigung der Bauernbewegung ein. Seine Opposition gegen Stapiński fing auf dem Kongress der Volkspartei im März 1908 ein und dauerte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges an.

⁶⁷⁰ Stapiński rechtfertigte die Verschiebung der Wahlreform auf das Jahr 1910 mit der „Wahlmüdigkeit“ der Politikleute und Wähler, um nach der auf die Schnelle durchboxten Wahlreform wieder in eine neue Wahlschlacht einzusteigen. Seine Kritiker dagegen sahen darin ein Entgegenkommen den Konservativen gegenüber. Die Optik verschlimmerte zusätzlich die Tatsache, dass im Umlauf ein Programm der Volkspartei war, in dem das Prinzip der „Gleichheit“ bei der Forderung der Wahlreform in den Landtag fehlte. Stapiński erklärte dies zwar als Druckfehler, aber die ganze Angelegenheit machte einen schlechten Eindruck.

Parteiflügel startete⁶⁷¹, versuchte man damals den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Wähler zu beruhigen. Bei Volksversammlungen und Zusammenkünften der Anhänger der Volkspartei legte man Berichte von der parlamentarischen Tätigkeit der bäuerlichen Mandatäre vor, betonte positive Errungenschaften. Trotz interner Turbulenzen, Parteiausschlüsse (Paduch) und einzelner Austritte (Pastor, Mleczko) war Stapińskis Position in der Partei nicht leicht zu erschüttern, schließlich konnte man ihm sein Engagement in der Bauernbewegung nicht absprechen. Bei der Hauptversammlung der Volkspartei 1908 konnte der Obmann die Vertrauensfrage noch für sich entscheiden, aber das Handgelenk zwischen dem Abgeordneten Mleczko und Olszewski beim Rücktritt des Ersteren aus der Fraktion im Dezember 1908 zeigte, wie angespannt die Stimmung im bäuerlichen Lager bereits war.⁶⁷² Im Laufe der Zeit machte die „Lemberger Fronde“ - von Stapiński als „kleine Gruppe Aufständischer mit kriminellen Methoden“ bezeichnet⁶⁷³ - neben der alten Forderung der Rückkehr zu den Wurzeln auch mehr Druck auf die Teilung der Macht in der Partei. Da Stapiński alle wichtigen Funktionen in seiner Hand vereinte und auch die Zeitschrift *Przyjaciół Ludu* ihm gehörte, hielt man diesen Umstand demokratiepolitisch für bedenklich.

Stapiński seinerseits führte die herrschende Stimmung in der Volkspartei auf die Nicht-Erkennung des Ernstes der politischen Situation, d.h. der wachsenden Gefahr, die von Seite der Nationaldemokraten käme, zurück. Da die Lemberger Fronde schon einmal mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, sie öffne den Allpolen so manche Tür zum galizischen Dorf, und auch in der ruthenischen Frage gewisse Übereinstimmungen zwischen den beiden zu entdecken waren, vermutete die Führung der Bauernpartei in den Attacken ihrer Widersacher zu Unrecht eine gemeinsame Aktion.⁶⁷⁴ Ein zweites Manko ortete der Obmann in der Organisation der Partei. Ihr fehlten die Strukturen einer Statuteninstitution. Die Kreiskomitees waren tätig einzig vor den Wahlen, man stützte sich vor allem auf die Vertrauensmänner und den Propagandachef Stapiński. Man verfügte immer noch nicht über genaue Angaben was die Zahl der Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten der bäuerlichen Partei anging – hier war einzig der Verkauf des Blattes *Przyjaciół Ludu* ein Hinweis darauf. Da sich die Zeitschrift bekanntlich in privater Hand befand, war es an der Zeit, dass auch die Partei im Besitz eines publizistischen Organs wäre. Zusätzliche Sorgen machten die Parteifinanzen.⁶⁷⁵

⁶⁷¹ Solche Berichtserstattungen von der Tätigkeit der Mandatäre fanden 1909 u.a. in Krakau, Brzesk, Łańcut und Kolbuszowa statt. In Jasło bekamen Stapiński und Stefczyk den Unmut der Basis zu spüren. Siehe *Naprzód* 332(1.12.1908).

⁶⁷² Siehe dazu Stapiński an Michał Bobrzyński vom 4.12.1908, BJ 8090, 617f.

⁶⁷³ Stapiński an Zygmunt Lasocki vom 6.01.1909, PAN K, 4064, S. 130f.

⁶⁷⁴ Stapiński an Karol Lewakowski vom 23.06.1910, AZHRL, ZL-11.

⁶⁷⁵ *Przyjaciół Ludu* 16(17.04.1910); Die finanzielle Lage der Partei verschlechterte sich mit den

Die innerparteiliche Opposition in der Volkspartei ließ nicht locker. Der große Schlagabtausch zwischen Stapiński und der Lemberger Fronde fand auf dem Parteikongress in Tarnów am 12. Juni 1910 statt. Wysłouch und Dąbski kritisierten den Abgang der Parteiführung von den ursprünglichen radikalen Postulaten und gaben zum Ausdruck, dass man den alten Biss in der Haltung des Parteiobmannes hinsichtlich der Wahlreform für den Landtag vermisste. Stapiński konnte sich auch in dieser Konfrontation behaupten, aber diesen Erfolg führte man bereits auf die Anwesenheit einer großen Anzahl von Leuten unter den Delegierten zurück, die in die Geschäfte rund um die Schankkonzessionen involviert und in ihrem Urteilsvermögen nicht ganz unbefangen waren.

Nichtsdestotrotz gelang es auch den Verfechtern einer „selbständigen, prinzipientreuen, moralischen und patriotischen Politik“, der auch die bäuerliche Jugend beipflichtete, einen kleinen Etappensieg davon zu tragen. Der Aufruf der Opposition, die Partei möge sich auf ihre bäuerliche Ursprungsidee besinnen, wurde in Form einer Resolution einstimmig angenommen. Ein paar Tage später am 17. Juli 1910 bekräftigte eine Gruppe der Aktivisten diesen Akt, indem sie ein „Komitee der programmtreuen Volksparteiler“ ins Leben rief. In der Kommission, die über die Arbeit des Komitees wachen sollte, tauchten bekannte Namen der Mitglieder der Lemberger Fronde auf (Jan Babicz, Jan Dąbski, Jan Hozer, Jan Kubik, Szczepan Mikołajski, Franciszek Wielgus und Bolesław Wysłouch).⁶⁷⁶ Darin konnte man eine Art Kontrollorgan sehen, das das künftige politische Handeln der Parteiführung genau unter die Lupe nahm.

Obwohl Stapiński in seiner Rede beim Budgetbeschluss im Landtag am 17. Januar 1910 wiederholt nur ein Wahlabkommen mit den Krakauer Konservativen betreffend der Landtagswahlen 1908 bestätigte und alle anderen Kompromisse schon aufgrund der Unvereinbarkeit der politischen Ansichten bestritt, machten es ihm die letzten Ereignisse schwer, den unter Druck der Lemberger Fronde vor kurzem deklarierten Prinzipien treu zu bleiben. Mitte August 1909 erreichte Stapiński nämlich eines seiner wichtigsten Ziele – er bekam von Biliński zwei Millionen Kronen für die Sanierung der Parzellierungsbank.⁶⁷⁷

Turbulenzen der Parzellierungsbank, da die Annoncen des Geldinstituts in der Zeitschrift *Przyjaciół Ludu* endeten. Die Zeitschrift selbst war ab 1. Juli 1910 im Besitz der Partei.

⁶⁷⁶ *Nowa Reforma* 327(21.07.1910) und *Naprzód* 165(22.07.1910).

⁶⁷⁷ Da Biliński allein diese Summe aus den „Kassenbeständen“ nicht gewähren konnte, weil Bienerth angeblich nur „auf Wunsch des Obmannes des Polenklubs bereit war, die Staatskasse zu leeren“, fingierte der Finanzminister laut Angaben Głabińskis seine Bewilligung und ließ das Geld durch die Vermittlung der galizischen Sparkasse weiter zu überreichen. Siehe Głabiński, *Wspomnienia...*, S. 123; Neben den Finanznöten der Parzellierungsbank, die Stapiński beim Treffen mit Biliński am 20. August 1909 erwähnte, ging es dem Obmann der Volkspartei um die Verstaatlichung des Privatgymnasiums in Łańcut. Vgl. BILIŃSKI, *Wspomnienia...*, Bd. I, S.

Obwohl solche Transaktionen nicht ungewöhnlich waren, wollte man diese Angelegenheit nicht an die große Glocke hängen. Aus gutem Grund, wie es sich bald zeigte. Nachdem diese Nachricht doch an die Öffentlichkeit durchsickerte, musste sich nicht nur Stapiński unangenehme Fragen seitens der Slawischen Union gefallen lassen. Schwerwiegend waren die Konsequenzen für Biliński, der in Ungnade bei den Nationaldemokraten fiel und sein gutes Verhältnis mit dem Polenklub aufs Spiel setzte. Die Annahme des Geldes vom Finanzminister durch Stapiński dagegen erlaubte es ihm nicht nur keine sofortige Änderung des politischen Kurses, sondern trieb den Obmann der Volkspartei immer mehr in die Arme der Stańczyken.

Stapiński vergaß die Fehde mit Biliński zu jener Zeit, als der Polenklub gerade die Forderung einer unverzüglichen Ausführung des gesetzlich längst abgesegneten Projekts des Baus von Wasserstrassen in Galizien an die Regierung richten wollte. Laut Gesetzesbeschluss vom 11. Juni 1901 sollte das Land über 340 Millionen Kronen für diese Investition sowie 104 Millionen für die Regulierung der Flüsse bekommen. Davon haben die Polen jedoch wenig gesehen. Es wurde viel gesprochen, Vermessungen durchgeführt, Versteigerungen für die Bauträger ausgeschrieben, die Polen mussten zusehen wie in ein ähnliches Projekt in Böhmen in den Jahren 1906-09 50 Millionen Kronen investiert wurde, und schließlich bekamen sie mit, dass man ihnen das Versprochene zu streichen versuchte. Die Enttäuschung war um so größer, da gerade ein Finanzminister-Landsmann sich eifrig darum bemühte, den Polen ein Tauschgeschäft schmackhaft zu machen.⁶⁷⁸ Biliński enttäuschte die in ihn gesetzten Hoffnungen Galiziens sowohl in der Causa der Wasserkanäle als auch hinsichtlich des vom Polenklub am 15. April 1910 einstimmig angenommenen Beschlusses über die Sanierung der Landesfinanzen. Der Minister versprach nämlich im Zusammenhang mit der Erhöhung der Steuer auf Spirituosen die Sanierung der Finanzlage so durchzuführen, dass Galizien eine von der Staatskasse unabhängige Finanzgrundlage bekäme, strich aber auch diesen Punkt von seinem Finanzplan.

Angesichts dieses Vorgehens seitens der Regierung in Wien braute sich im Polenklub eine Opposition zusammen. Die polnischen Abgeordneten empfanden die Angelegenheit der Wasserstrassen als Feuerprobe für die polnische Vertretung, als Test für ihre politische Kraft. Und hier ging es nicht nur um die Verteidigung einer wirtschaftlichen Investition, in der man einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Industrie in Galizien durch die Nutzung eigener Rohstoffe und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sah, sondern um die Verteidigung „der konstitutionellen Rechte

181.

⁶⁷⁸ Bilińskis und Dulębas Position bei den Verhandlungen mit Bienerth in dieser Angelegenheit wäre vielleicht eine ganz andere, wenn die beiden ihr Amtsantritt von einer positiven Erledigung des polnischen Anliegens abhängig machen würden. Vgl. BILIŃSKI, Wspomnienia..., Bd. I, S. 200.

und parlamentarischen Beschlüsse“.⁶⁷⁹ Um so mehr wollte man hier Einheit demonstrieren, was allerdings nicht einfach war. In Stapiński und dem Konservativen Czaykowski⁶⁸⁰ fand Biliński nämlich die Verteidiger der Regierungspläne, die eine Entschädigung in der Höhe von 120 Millionen Kronen für Galizien vorsahen. Weitere 30 Millionen sollten aus der Finanzkasse des Kronlandes kommen, die restlichen 150 Millionen sollten aus privaten Mitteln aufgetrieben werden.⁶⁸¹ Was allerdings dabei unausgesprochen blieb, war die Tatsache, dass auch dieser Plan noch einer Absegnung des Reichsrats bedurfte.

Mit dieser regierungsfreundlichen Haltung konnte sich der Obmann der Volkspartei in seiner Fraktion jedoch nicht durchsetzen. Schon gar nicht gegen ein gelungenes Elaborat über die Wichtigkeit des Baus der Kanäle für Galizien von einem Mann, der als Kenner in der Materie galt – den Meliorationsfachmann in *Wydział Krajowy* (Landesausschuss), Andrzej Kędzior. Während Stapiński ungewohnte Töne von sich gab – man brauchte sich nur zum Vergleich an seine Kritik erinnern, als Biliński vor kurzem mit der Anhebung der Steuer für Konsumgüter aufhören ließ – und von den Konsequenzen für die Polen bei diesem harten Kurs gegenüber Wien warnte, schlossen sich die bürgerlichen Mandatäre mit ihrem Beschluss vom 3. September 1910 der oppositionellen Haltung des Polenklubs an.⁶⁸²

Tadel hagelte es auch an die Adresse Głębińskiego, dessen mehrmalige Gespräche mit Bienerth und neuerliche Anfragen hinsichtlich der Haltung der polnischen Vertretung nur zur Schwächung ihrer Position beigetragen hätte. Dies wäre eine geeignete Stelle, um ein bisschen auch die politische Taktik der Nationaldemokraten zu erörtern. Es stimmt zwar, dass sie weniger programmatische Abstriche machen mussten, wenn es um politisches Überleben ging, aber auch sie lavierten auf der politischen Bühne auf eigene Weise. Besonders sichtbar war dies beim Vergleich der Reden von Głębiński und Grabski. Während der Hardliner scharf gegen die Landesregierung donnerte und auf diese Weise die

⁶⁷⁹ *Kurjer Lwowski* 575(12.12.1910); Den Angaben Bilińskis zufolge bekam der Finanzminister nach Gesprächen mit einzelnen Parteien im Polenklub grünes Licht von der polnischen Seite für die Vorbereitung eines solchen Ersatzprojektes. Die Änderung der Position schrieb Biliński der gemeinsamen Aktion des Trios Kozłowski-Korytowski- Głębiński zu. Siehe BILIŃSKI, *Wspomnienia...*, Bd. I, S. 201.

⁶⁸⁰ Mit dem Wechsel an der Spitze der parlamentarischen Kommission von dem Abgeordneten Moysa, der Biliński nahe stand, zu Czaykowski hat man im konservativen Lager die beabsichtigte härtere Gangart gegenüber dem Finanzminister offensichtlich nicht erreicht.

⁶⁸¹ *Kurjer Lwowski* 389(23.08.1910); Siehe auch Bericht Bilińskis von seiner Tätigkeit als Abgeordneter vor den Wählern in Rzeszów am 28.05.1911, in: *Gazeta Narodowa* 124(31.05.1911).

⁶⁸² Im Endeffekt gelang es Stapiński das politische Gewicht dieses Beschlusses zu schmälern. Die Fassung, die das k.u.k. Informationsbüro verließ, enthielt eine Bemerkung, die die Befürchtung eines Verlustes der hart erkämpften Stellung der Polen in Österreich zum Ausdruck brachte. Siehe *Kurjer Lwowski* 413(6.09.1910).

Position des nationalen Lagers in Galizien zu stärken glaubte, zeigte sich der Obmann des Polenklubs mehr in der Rolle des Beschwichtigenden zwischen Wien und dem Polenklub im Landtag, um die in Wien erreichte Position nicht zu gefährden. Es muss an dieser Stelle auch gesagt werden, dass sich Głąbiński auch von den Beschlüssen der Nationaldemokraten vom 22. Mai 1910 distanzierte, die sich gegen die Politik des Statthalters richteten.⁶⁸³ Das alles konnte man sowohl auf die zwei Fronten, die sich im nationaldemokratischen Lager auftaten, zurückführen, aber auch als einen Ausdruck der politischen Taktik sehen. Schließlich versicherte auch Grabski eine Zeit lang: „Bezüglich der Haltung der Monarchie gegenüber sind sich alle galizischen Parteien einig“.⁶⁸⁴

Genau diese Loyalität schien zum Teil für die Befindlichkeit der Mandatare im Polenklub verantwortlich zu sein, als kurz nach der Manifestation der polnischen Forderung in der Causa der Wasserstrassen das Kabinett Bienerth am 12. Dezember 1910 seine Demission angeboten hatte. Während so manche Wiener Tageszeitung das Verhalten der polnischen Vertretung als „einen Akt der politischen Brutalität“ abstempelte - obwohl es allen bekannt war, dass Galizien nicht allein für die Regierungskrise verantwortlich war, sondern die allgemeine politische Situation, die vor allem durch den deutsch-tschechischen Machtpoker, die Turbulenzen im christlichsozialen Lager, auf das sich die Regierung stützte, als auch die Causa der italienischen Fakultät hervorgerufen war - , herrschte im Polenklub eine Katerstimmung. Es war weniger die Angst vor der eigenen Courage als die Erkenntnis, dass nicht ganz das Ziel erreicht wurde, das man hier eigentlich verfolgte. Die Aktion der galizischen Mandatare war vielmehr gegen die Finanzpolitik gerichtet und gegen Minister Biliński, der im Ministerrat zusammen mit Minister Duleba gegen den Beschluss des Polenklubs stimmte.⁶⁸⁵ Und wie der Polenklub seine Minister-Landsmänner für ihre Verfehlungen ihm oder den Interessen des Kronlandes gegenüber bestrafte, konnte man bereits beim Sturz von Dzieduszycki und Abrahamowicz sehen.

⁶⁸³ Siehe Głąbiński an Bobrzyński vom 26.05.1910, BJ 8093 III, S. 209-214.

⁶⁸⁴ Zitat aus einem Interview mit Grabski für die *Neue Freie Presse*. Siehe *Naprzód* 190(21.08.1910); Die Nationaldemokraten lavierten auch, wenn es um das Prinzip der „Gleichheit“ bei der Forderung eines neuen Wahlgesetzes für den Landtag ging. Als der Abgeordnete des ukrainischen Klub, Lewicki, am 24. September 1910 einen Dringlichkeitsantrag auf eine schnelle Durchführung der Wahlreform stellte, stimmte an der polnischen Seite die Volkspartei (ohne Stapiński), die Demokraten (ohne Leo) und die Allpolen dafür. Die Nationaldemokraten unterstützten den Antrag nur deswegen, weil sie sich als Demokraten nicht anders vor den Wählern zeigen konnten. Andererseits taten sie dies, weil sie wussten, dass dieser Antrag keine zwei Drittel Mehrheit bekäme. Über den Antrag Lewickis siehe STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 86. posiedzenia, 1. sesji, IX. periodu z 24.09.1910, S. 5096-5099; Über die Taktik der Nationaldemokraten hinsichtlich der Wahlreform vgl. *Gazeta Narodowa* 217(22.09.1910), *Kurjer Lwowski* 446(26.09.1910) und *Wieniec Pszczółka* 39(1910).

⁶⁸⁵ *Czas* 574(17.12.1910).

Dass man in Wien Gehör für eigene Anliegen finden, aber keineswegs eine Störung im parlamentarischen Getriebe herbeiführen wollte, bezeugten die Bemühungen der Polen um den Beschluss des Budgetprovisoriums und das Signalisieren der Bereitschaft auch andere wichtige Vorhaben der Regierung zu unterstützen. Es mochte sich für die politischen Beobachter ein ungewöhnliches Bild anbieten, als die Vertretung der Polen Bienerth, der erneut mit der Bildung des Kabinetts betraut wurde, das Vertrauensvotum aussprach - obwohl die polnische Seite in der Frage der Wasserkanäle nach wie vor nichts Konkretes in der Hand hatte -, aber dies schien ein weiterer Beweis dafür zu sein, dass die Opposition der Polen eine „sachliche“ war und sich etwa von der tschechischen gravierend unterschied. Alles das waren Indikatoren dafür, dass der Polenklub dem Parteienblock der Mehrheit im Reichsrat weiterhin angehören wollte.

Die Ereignisse rund um die neue „Partei der Solidarität“ und die Bemühungen um die Umsetzung des Projekts der Wasserstrassen für Galizien haben gezeigt, dass man auf der polnischen Seite dem alten Polenklub mit seinen alten Statuten nachweinte – auch die Konservativen, deren Teile der neuen Regelung 1908 zugestimmt hatten, als sie die bürgerlichen Mandatare für die nationale Vertretung und ihre eigenen politischen Ziele gewinnen wollten, und so zur Lockerung der Struktur der polnischen Vertretung im Wiener Reichsrat zu Gunsten der Eigenständigkeit der einzelnen Fraktionen beigetragen haben. Die Folge waren die bekannten Ausritte Stapińskis und das Gefühl eines sinkenden Gewichts des Polenklubs auf der parlamentarischen Arena. Einer, der um die nationale Einheit stets bemüht war, Tadeusz Cieński, stellte im Herbst 1910 bei Głębiński einen Antrag auf die Wiedereinführung des alten Reglements und der alten Statuten. Für die „Genesung“ der politischen Verhältnisse in der polnischen Organisation auf demselben Wege plädierte Anfang Mai 1911 auch Abrahamowicz.⁶⁸⁶ Diese Bemühungen würden sich allerdings nicht allein auf die Handlungsfähigkeit des Polenklubs auswirken. Mit der beabsichtigten neuen Regelung auch bei der Gewichtung der Stimmen in der *Rada Narodowa*, wo Cieński seinen unermüdlichen Einsatz zeigte, erwuchs dem Statthalter ein starker Rivale im Kampf um den Führungsanspruch im Lande.

⁶⁸⁶ Vgl. *Gazeta Narodowa* 101(3.05.1911).

XI. Bündnisse und andere Arrangements oder der galizische Machiavellismus des Jahres 1911.

A. Spannungen zwischen den polnischen Parteien. Statthalterblock contra „Antiblock“.

Das Jahr 1911, das mit der Kabinettskrise begann, verlief nicht nur für Wien turbulent. Für die galizische Landesverwaltung war es eine der anstrengendsten Perioden überhaupt. Da die Schilderungen des politischen Geschehens bei den Hauptakteuren - hier vor allem die Erinnerungen Bobrzyńskis, Bilińskis und Głapińskis - sehr widersprüchlich sind und auch eine gründliche Analyse der Zeitungsberichte nicht unbedingt Klarheit schafft, ist es wichtig, die Machenschaften hinter den Kulissen rund um die Regierungsbildung und die Änderungen im Präsidium des Polenklubs ein wenig zu beleuchten.

Bei der Personalrochade bei der Besetzung der Ministerposten haben die Überraschungen seitens Stapińskis schon Ende 1910 einen neuen Höhepunkt erreicht. Bevor er mit einer neuerlichen Kritik an den Konservativen aufhören ließ, die in der Neujahrsausgabe des bäuerlichen Presseorgans in aller Ausführlichkeit erschien, holte sich der Obmann von den entscheidenden Gremien seiner Partei eine Zustimmung für Gespräche mit den Allpolen, welche gegenseitige Unterstützung der Kandidaten für die oben genannten Funktionen betrafen. Aber während Stapiński so tat, als würde die Initiative dazu von den Nationaldemokraten kommen, und bereits die Namen der Unterhändler von beiden Seiten nannte⁶⁸⁷, signalisierte Grabski in einem offenen Brief im Blatt *Ojczyzna*, dass die Allpolen einzig an einer Zusammenarbeit interessiert seien, die sich nicht aus dem politischen Opportunismus der einzelnen Parteien ableite, sondern einzig auf einer soliden Basis aus programmatischen Gemeinsamkeiten ruhte. Die Wahlreform für den Landtag war nur ein Beispiel von vielen, die zeigten, dass programmatische Übereinstimmungen im Endeffekt über die Positionierung der Parteien entschieden, ungeachtet der gerade geltenden taktischen Bündnisse. Was die aktuelle Regierungsbildung betraf, zeichnete sich bei den Nationaldemokraten eine breite Unterstützung für den Kandidaten der Volkspartei Kędzior als einen eventuellen Minister für öffentliche Arbeiten ab.⁶⁸⁸

⁶⁸⁷ Von der Seite der Volkspartei waren dazu beauftragt die Mandatäre Stapiński, Ruebenbauer und Olszewski, seitens der Nationaldemokraten Ptaś, Buzek und Skarbek. Siehe *Przyjacieł Ludu* 3(15.01.1911); Siehe auch Bobrzyński an W.L. Jaworski, APANW III-84, Mappe 39, S. 43.

⁶⁸⁸ *Słowo Polskie* 13(9.01.1911).

Die ersten Sondierungen in den einzelnen Parteien ergaben, dass Głąbiński gute Chancen hatte, eins von den Ressorts zu übernehmen, der Vorschlag German an der Spitze des Polenklubs zu stellen - den die Volkspartei zu unterstützen bereit war - verständlicherweise auf keine Gegenliebe seitens der Nationaldemokraten stieß, und die Aussichten darauf, dass Stapiński selbst irgendeine von diesen Funktionen übernehmen könnte, so gut wie aussichtslos waren wegen seiner Haltung in der Causa der Kanäle.⁶⁸⁹ Es mutete auch etwas seltsam an, dass die polnischen Demokraten, trotz der Enttäuschung über die Haltung Dułębas in der Frage der Wasserstrassen für Galizien, immer noch an diesem festhielten und ihn sogar als „Gegengewicht“ zu Głąbiński und dem Einfluss der Allpolen im Amt eines Ministers behalten wollten. Aber vielleicht war es nur ein Zeichen mehr dafür, dass die Demokraten im Laufe der Zeit immer farbloser wurden und in diesem politischen Lager ein wenig Not an Politikern vom Schlage Smolkas herrschte. Zu Beginn des Jahres 1911 meldete aber auch dieses politische Lager sein Interesse an der Konsolidierung der demokratischen Kräfte, um eine arbeitsfähige Mehrheit im Polenklub zu schaffen. Am 5. Januar tagten in den Räumen der polnischen Vertretung in Wien die Delegationen der drei demokratischen Fraktionen: Leo, Bandrowski, Zieleniewski, Battaglia von den polnischen Demokraten, Adam, Ptaś, Buzek, Skarbek, Grabski, Pawlikowski von den Nationaldemokraten und Stapiński und Olszewski seitens der Volkspartei. Dieser Versuch zeigte einmal mehr, wie dehnbar der Begriff „Solidarität“ in galizischen Verhältnissen war. Durch sie wollten sich die Polen mehr Gehör in Wien in nationaler Hinsicht verschaffen, mit ihr rüsteten die Machthaber gegen die Opposition im Lande. In der Parole der „nationalen Solidarität“ erblickte die konservativ-großgrundbesitzende Clique ein Mittel zur Verlängerung ihrer politischen Existenz in veränderten gesellschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Mit der „demokratischen Konsolidierung“ suchte man 1907 schließlich die konservative Alleinherrschaft zu beenden und 1911 Spannungen zwischen den Fraktionen im Polenklub zu entschärfen.

Das allerdings, was als Kampfansage an die Konservativen Ende 1910 begann - zumindest seitens der Volkspartei - und sich kurze Zeit darauf wieder entschärft als Probe einer demokratischen Konsolidierung präsentierte⁶⁹⁰, endete bald mit dem Sieg des Parteiegoismus. Solche Versuche hinterließen fast traditionell nur noch mehr Risse in den einzelnen Fraktionen, die in Fronden und Parteiaustritten mündeten, und schienen auch die Differenzen zwischen

⁶⁸⁹ Vgl. Kurjer Lwowski 597(24.12.1910) und Gazeta Narodowa 294(25.12.1910).

⁶⁹⁰ Schon eine Woche nach diesem scheinbaren Kurswechsel wollte Stapiński den Konservativen das geben, was ihnen „verhältnismäßig zustand“. Die Rede war von einem Ministerposten bzw. der Führung des Polenklubs. Siehe dazu Nowa Reforma 582(21.12.1910).

den Gruppierungen zu vertiefen. Auch 1911 wollte man sich nichts schenken. Nicht selten wurde übertriebene Kritik an den Vorschlägen der anderen geübt, teilweise entstand der Eindruck, hier handle es sich um Scheinverhandlungen. Selbst zweitrangige Fragen gaben Grund zum Abbruch der Gespräche. Stellten z.B. die liberalen Demokraten neben der Reform der Polenklubstatute und der ruthenischen Frage auch die aktuelle Angelegenheit der Wasserstrassen in den Raum, so wurde diese von den Nationaldemokraten in die parlamentarische Kommission abgeschoben, obwohl die Allpolen vor kurzem nicht müde wurden, Minister Biliński in dieser Materie unter Druck zu setzen. Die wichtigsten Sachfragen für das nationale Lager, wo ein Konsens gefunden werden sollte, war aktuell die ruthenische Frage, die Reform der Gemeinden, Gründung der bäuerlichen Berufsorganisation, Reform im Bereich der Starosteien.⁶⁹¹ Es war sichtbar, dass neben den programmatischen Unstimmigkeiten auch persönliche Überlegungen und Berechnungen der Parteigranden zum Scheitern dieses Projekts beitrugen. Man konnte sich dabei nicht dem Eindruck entziehen, die Nationaldemokraten wollten in der neuen Mehrheit im Polenklub das letzte Wort haben. Um so mehr war die Spannung zwischen den Parteien zu spüren, da mittlerweile die Entscheidung über die polnischen Kandidaten zu den Ministerposten gefallen war und die Ambitionen mancher Politiker dabei nicht befriedigt wurden. Nach einer Rücksprache Bienenrths mit Bobrzyński einigte man sich nämlich auf Głąbiński für das seit dem 15. Januar 1896 bestehende Eisenbahnministerium und Wacław Zaleski⁶⁹² für das Amt des Ministers für Galizien, von dem sich der Statthalter einen besseren Draht zu den ostgalizischen Konservativen versprach.⁶⁹³ Nachfolger Głąbińskis an der Spitze des Polenklubs wurde Stanisław Łazarski⁶⁹⁴, ein konservativ Gesinnter, der nach seiner Mitgliedschaft im Lager der polnischen Demokraten seit einer Weile parteilos war, was auf eine gewisse Entspannung der Situation im Polenklub hoffen ließ.

Dass sich Bobrzyński ein gemeinsames Amtieren mit dem Nationaldemokraten in der Funktion des Ministers für Galizien nicht vorstellen konnte, wirft ein wenig anderes Licht auf

⁶⁹¹ Ojczyzna 3 (15.01.1911).

⁶⁹² WACŁAW ZALESKI (1868-1913)- konservativer Politiker. Sohn von Filip Zaleski, dem ehemaligen Statthalter für Galizien und Obmann des Polenklubs, und Enkelsohn des Gouverneurs von Galizien 1848; 1893 Mitarbeiter im Landwirtschaftsministerium; 1896 Sekretär in der Statthalterei; 1901 tätig im Ministerium des Inneren; 1903 Berater des Statthalters in Lemberg; 1906 Hofrat und Sektionschef im Landwirtschaftsministerium; 1911 Minister für Galizien; 1911-1913 Finanzminister; 1912-1913 Landtagsabgeordneter; 1911-1913 Reichsratsabgeordneter.

⁶⁹³ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 226.

⁶⁹⁴ STANISŁAW ŁAZARSKI (1849-1938) - Studium der Rechtswissenschaften und Philosophie. Auf der politischen Ebene eher unbekannt, machte sich einen Namen als Verteidiger im berühmten Skallon-Mordprozess; Landtagsabgeordneter 1901-1905 aus dem Wahlkreis Biała, gehörte ursprünglich der so genannten Landtagslinken als Mitglied der polnischen Demokraten; Reichsratsabgeordneter 1907-1918 aus dem Kreis Biała-Kęty-Wadowice; Wurde zum zweiten Mal Obmann des Polenklubs 1918 kurz vor dem Zerfall der österreichischen Monarchie.

das gegenseitige Verhältnis der beiden Politiker zueinander, das von dem Konservativen schon mal als ein von Objektivität und Sachlichkeit gekennzeichnete Zusammenarbeit beschrieben wurde.⁶⁹⁵ Diese Aussage nämlich bekräftigt alle Kritiker des Statthalters in der Behauptung, die Verbannung Głabiński in das von dem Nationaldemokraten wenig geliebte Amt war nicht nur eine willkommene Fügung, sondern, dass man daran eifrig gearbeitet hatte.⁶⁹⁶ Die Affäre Wetzler-Głabiński, die 1910 im Abgeordnetenhaus behandelt wurde⁶⁹⁷, zog immer weitere Kreise und wurde noch Mitte 1911 mitten im Wahlgefecht um die Parlamentssitze wieder aktuell, obwohl der Polenklub im Landtag dem Nationaldemokraten im Februar 1910 sein Vertrauensvotum ausgesprochen hatte.⁶⁹⁸ Das, was ans Tageslicht kam, zeigte immer deutlicher, dass die Fäden in dieser Angelegenheit bei dem Polittrio Bobrzyński-Biliński-Stapiński zusammenliefen.

Die Initiative zur Diskreditierung Głabiński ging von Stapiński aus, der schon 1908 im Feuer des Gefechts mit den Nationaldemokraten die „dunklen Machenschaften“ des Obmanns des Polenklubs anprangerte. Informationen über Kontakte Głabiński mit Wetzler machte auf Druck Biliński Bernard Scharlitt zugänglich, ein Journalist, den ein Projekt über eine spezielle Viehzucht in Galizien in die Nähe des Wiener Unternehmers brachte und der auch diesen mit Głabiński bekannt machte. Wie bereits gesagt, konnte sich der Nationaldemokrat, aus dessen Sicht das Geschäft mit Wetzler im Einvernehmen mit dem Polenklub zustande kam und nichts unrechtes an sich hatte, von den Vorwürfen befreien, die Sache hinterließ aber einen negativen Beigeschmack.⁶⁹⁹ Vor allem Scharlitt fühlte sich vom Biliński für seine privaten Zwecke ausgenutzt und durch die Darstellung der Rolle seiner Person von dem Minister vor der Öffentlichkeit diskreditiert. Seinerseits folgten Bemühungen um die Richtigstellung der Sache in den Spalten der Tageszeitungen. Von der obersten Stelle im Lande kam am 7. Juni 1911 einzig eine kurze Presseaussendung, in der alle Behauptungen des Journalisten zurückgewiesen wurden.⁷⁰⁰ Zu einer neuerlichen Replik Scharlitts, der auch kein Mandat der Volkspartei bekam, das ihm vom Stapiński versprochen wurde, geschweige denn eine Unterstützung seiner Kandidatur durch den Statthalter, wurde eisern geschwiegen. Aber wenn noch Zweifel daran bestanden, dass Bobrzyński dem Obmann des Polenklubs Steine in den Weg gelegt hatte - oder darüber zumindest unterrichtet wurde -, so werden diese mit dem Einblick in den

⁶⁹⁵ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 225.

⁶⁹⁶ Vgl. GŁABIŃSKI, Wspomnienia..., S. 141.

⁶⁹⁷ STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATHES, XX. Session, 46. Sitzung, S. 2562-2572.

⁶⁹⁸ Siehe Zamorski an J. G. Pawlikowski vom 25.02.1910, PANK 7818, S. 107.

⁶⁹⁹ GŁABIŃSKI, Wspomnienia..., S. 169f.

⁷⁰⁰ Słowo Polskie 259(4.06.1911) und 269(11.06.1911).

Briefwechsel zwischen dem Abgeordneten Rosner und dem Statthalter endgültig zerstreut. Das Aufbauschen der Affäre Wetzler wurde darin nämlich als politische Bombe gehandelt.⁷⁰¹

Wurde Głąbiński - egal in welcher Funktion er gerade stand, ob als Obmann des Polenklubs oder als aussichtsreicher Kandidat für das Ministerium für Galizien – ausnahmslos als nationaldemokratischer Parteimann gesehen, so konnten auch die Allpolen bei der Person Bobrzyński schwer zwischen dem Statthalter und dem Doyen der Krakauer Konservativen unterscheiden. Besonders nicht, wenn sie sich während der Reichsratswahlen von der Verwaltungsmacht unterdrückt fühlten und die schönen Errungenschaften des Jahres 1907 zu verlieren drohten.

Ende März 1911 wurden nämlich die Karten wieder neu gemischt. Die Tschechen, die bei der letzten Kabinettsbildung nicht berücksichtigt wurden, nahmen beim Beschluss des Budgetprovisoriums und der Ausgaben für das Heer eine oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung ein, was schließlich zur Auflösung des Parlaments führte und die ganze Aufmerksamkeit der Politikwelt wieder auf die unliebsame Wahlagitation lenkte. Aber nicht nur die polnischen Nationaldemokraten blickten den Wahlen mit sichtbarer Nervosität entgegen. Auch der Statthalter von Galizien sprach von einer „nie da gewesenen schweren Lage, in der sich ein Regierungsvertreter je befand“⁷⁰². Zum einen sah es ziemlich aussichtslos aus, die Allpolen dazu zu bewegen, dass sie in ihrer Eroberungslust nur seriöse Kandidaten aufstellen, die von der *Rada Narodowa* ohne Vorbehalte bestätigt werden konnten. Zum zweiten bildeten die Elemente, auf die sich Bobrzyński stützte, eine Mehrheit im Landtag, nicht aber im Polenklub. Hier überwogen die konservativen Podolier und Mandatare aus der Gruppe Kozłowski, mit denen der Statthalter seine liebe Not hatte. Der eine, auf den Bobrzyński Acht gab, war Kozłowski. Mit ihm hatte man zwar seinerzeit große Pläne bei der Reorganisation der angeschlagenen Zentrums-Partei im Polenklub, andererseits fiel er auch unangenehm mit oppositionellen Tönen und Kritik an dem Statthalter auf. Und dass Kozłowski als Oppositioneller auch sehr gefährlich sein konnte, hat er am deutlichsten in den 1880er Jahren bewiesen, als er gegen Dunajewski fast alle Vertreter des Großgrundbesitzes mobilisieren konnte. Dazu war er schlau genug, potenziellen Kritikern präventiv aus der Schusslinie zu gehen, indem er wichtige Funktionen ablehnte. Anfang 1911 winkte er ab, als man erwog, ihn zum Obmann des Polenklubs zu wählen.

Das Misstrauen schien symptomatisch für das gegenseitige Verhältnis der beiden konservativen Flügel zueinander. Mal kamen Schuldzuweisungen für die Behinderung bei den Wahlen (*Rada Narodowa* versus Landesregierung) und Kritik an Bobrzyński, dieser greife in die Wahlaktion ein, zwingt seine Kandidaten dem *Nationalrat* auf und treibe so einen Keil

⁷⁰¹ Rosner an Bobrzyński vom 1.05.1910, BJ 8093III, S.171f.

⁷⁰² BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 242.

zwischen die polnischen Parteien - die Podolier waren natürlich besorgt um die Auswirkungen dieser Spannungen im Osten des Landes. Ein anderes Mal zeigte man sich solidarisch, wenn das Ansehen des Statthalters als Landesinstitution durch die Art der politischen Auseinandersetzung gefährdet war und dem Ruf der Wahlorganisation, die als Symbol der Solidarität des Polenklubs begriffen wurde, durch abwertende Kommentare Abbruch getan wurde. Auch *Gazeta Narodowa* übte Kritik an den Methoden der Nationaldemokraten, die in ihrer eigenen Manier den Statthalter attackierten, und tadelte sie wegen ihrer Hetze gegen die Juden. Ein Schlagabtausch zwischen den polnischen und jüdischen Kandidaten war verständlich in allen Wahlkreisen, wo die polnischen Mandate in nationaler Hinsicht nicht gefährdet waren, eine allgemeine antisemitische Politik empfanden die Podolier als kontraproduktiv, weil sie jüdische Elemente in die Fänge der Zionisten trieb. Der Konflikt zwischen den beiden Teilen des konservativen Lagers schwelte an der Oberfläche, wurde aber nie offen ausgetragen. Das lag in der Einschätzung der Allpolen daran, dass den Podoliern eine solide Organisation fehlte. Diese hingegen vertraten die Meinung, „die Organisation sei nur eine Form, aber nie der Inhalt“. Einen kleinen Vorgeschmack auf einen offenen Kampf zwischen den Stańczyken und den Podoliern lieferte allerdings die Verteidigung der Kandidatur Starzyńskis, wo *Rada Narodowa* mit Cieński an der Spitze, unterstützt von den Nationaldemokraten, sich gegen den Statthalter erhob. Damit wären wir aber bei weiteren Sorgenkindern Bobrzyńskis bei den Reichsratswahlen 1911.

Faktum war, dass sich Starzyński, der am 7. April ursprünglich seine Nichtkandidatur bekannt machte, unter Einwirkung seiner Parteikollegen relativ spät zu seiner Wahlbewerbung entschloss und die Krakauer Konservativen im Kreis Żółkiew-Rawa-Sokal bereits den Advokaten Ignacy Steinhaus aufstellten. Eine andere Tatsache war es aber, dass Bobrzyński einen Glaubenskrieg während der Wahlen und mögliche Bündnisse zwischen den Ruthenen und Zionisten verhindern wollte, die schon 1907 für Aufregung sorgten.⁷⁰³ Das gelang zum Teil mit Hilfe eines Kompromisses mit den Juden. Die Juden-Polen, die sich auf ein Abkommen mit den liberalen Demokraten aus der Zeit vor 1907 stützten, beanspruchten für sich neun Mandate, welche von *Rada Narodowa* auch bestätigt wurden. Acht davon waren

⁷⁰³ Ebda, S. 229 ; Es ist zu bemerken, dass die jüdischen Separatisten es nicht nur bei traditionellen Kreisen beließen, sondern eine leidenschaftliche Agitation in ganz Westgalizien starteten. In Angriff wurde der städtische Kreis Nowy Sącz-Stary Sącz-Nowy Targ und das Mandat von Adolf Gross in Krakau genommen. Sie wollten vor allem die Kandidatur ihres Anführers Stand (aufgestellt in den Wahlkreisen Brody, Tarnopol, Lemberg) durchsetzen. Weitere Anwärter auf die Parlamentssitze aus diesen Reihen waren Dr. Zipper (Drohobycz, Kołomyja), Dr. Ringel (Buczacz), Dr. Reich (Stryj). Auch zwei Wiener Advokaten standen zur Wahl, Dr. Zipser im Wahlkreis Złoczów und der Zionist Dr. Laudon in Buczacz allerdings ohne größere Aussichten auf Erfolg. Vgl. Kurjer Lwowski 155(5.04.1911).

nämlich dem Polenklub versprochen (einen Parlamentssitz traten die Juden an den Sozialisten Diamand ab). Außerdem hielten die Stańczyken am Steinhaus fest, da in Folge eines Tauschgeschäfts mit dem Juden der Kreis Jasło-Gorlice dem Konservativen Władysław Leopold Jaworski überlassen wurde.⁷⁰⁴ Der jüdischen Unterstützung verdankte der Statthalter im Endeffekt die Durchsetzung ihm treu ergebenen Gesinnungsgenossen wie Ignacy Rosner, Władysław Leopold Jaworski und Antoni Halban, sowie anderer führenden Politiker dieses Lagers wie Korytowski und Biliński. Die Kandidatur des Letzteren zeigte am besten wie man sich im Regierungslager mit kleinen Abmachungen und Kompromissen zu helfen wusste. Am 6. April 1911 schrieb Battaglia an den Statthalter hinsichtlich der Chancen Bilińskis, der laut Stimmungsbarometer in seinem Wahlkreis Rzeszów-Ropczyce mit mehr Oppositionsdruck als 1907 rechnen musste (hier standen der Demokrat Karas, der Sozialist Dr. Penzling und der Zionist Dr. Freilich als Gegner): "Biliński wird Jabłoński besiegen. Hochfeld schuldet Jabłoński ein Gefallen und wird ihn offiziell nicht bekämpfen können, aber er verpflichtete sich mir gegenüber im Geheimen Biliński nicht nur nicht zu bekämpfen, sondern ihm sogar heimlich bei den Juden Hilfe zu verschaffen (...)."⁷⁰⁵

Eine andere Tatsache war, dass das private Verhältnis zwischen Starzyński und dem Statthalter schon vorbelastet schien. Bobrzyński fühlte sich von dem ostgalizischen Konservativen brüskiert, als der Nachfolger Głabińskis im Referat für die Wahlreform für den Landtag, wo alle Anregungen der Parteien in dieser Materie zusammenflossen, ein von ihm ausgearbeitetes Projekt direkt dem Ministerpräsident übergab und so die Landesstatuten ignorierte. Bobrzyński vermutete hinter diesem Schritt eine Revanche Starzyńskis für die von dem Statthalter abgeschlagene Unterstützung für den Konservativen Wincenty Kraiński bei der Wahl der Kreisräte.⁷⁰⁶ Mit der Präferenz für einen jüdischen Kandidaten machte sich der Statthalter allerdings mehr Feinde. Vor allem fühlten sich die Nationaldemokraten provoziert. Das war aber nicht der einzige Faktor, der die Kandidatur Starzyńskis für das nationale Lager sympathischer machte und ihn zum Symbol für die „Bekämpfung der politischen Heuchelei“ aufsteigen lies (selbst nach der Konfrontation mit einem Kandidaten der *Rada Narodowa* ordnete sich Steinhaus nicht dem Willen der höchsten Wahlinstanz unter und wurde trotz seines Austritts aus der *Nationalen Rechten* am 6. Juni 1911 von ihr unterstützt und schließlich gewählt)⁷⁰⁷. Starzyński fiel bei den Nationaldemokraten angenehm auf, weil er des Öfteren mit der Solidarität im konservativen Lager brach. Er stellte sich einst gegen budgetäre

⁷⁰⁴ W.L. Jaworski an Bobrzyński vom 4.04.1911, BJ 8095, S. 1.

⁷⁰⁵ Battaglia an Bobrzyński vom 6.04.1911, BJ 8097.

⁷⁰⁶ Siehe BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 237.

⁷⁰⁷ Über die Kandidatur von Steinhaus siehe Aktenvermerk, In: AGAD, Justizministerium 320, Z 10452/514 3,9 IV 1911, Verzeichnis Galizien 4,3.

Stereichungen des Finanzministers Biliński, kritisierte demagogische Ausritte Stapińskis und opponierte gegen die Verbindung der Konservativen mit dem Obmann der Volkspartei.⁷⁰⁸ In genau diesen Punkten berührten sich die Interessen zwischen den Nationaldemokraten und den ostgalizischen Konservativen – ein Zustand, vor dem man im Lager der Stańczyken große Angst hatte.⁷⁰⁹ Diese Annäherung wird sich in einer groß angelegten Begrüßung Głapińskis auf dem Lemberger Bahnhof am 9. Juli 1911 und vier Tage später in einer Probe der Reaktivierung der alten Zentrums-Partei im Landtag manifestieren (nicht mit der Zentrums-Partei im Polenklub verwechseln!). Hier formierten sich nach den Wahlen Teile der Podolier und die wilden Abgeordneten wie Cieński, Rayski, Stadnicki und Milewski unter der Führung von Witold Czartoryski. Die Unterstützung Bobrzyńskis für Czartoryski im Kreis Jarosław während der Reichsratswahlen 1911, wo als Gegenkandidat Kozłowski stand, stellte offensichtlich kein Hindernis für den Konservativen dar, gemeinsam mit Kozłowski einer Formation anzugehören, welche die von Wien aus vorgegebene und von Bobrzyński in Angriff genommene Beilegung des Nationalitätenkonflikts in Galizien durch Konzessionen an die Ukrainer ignorierte. Die Zentrums-Partei wurde nicht nur ein Verbindungsstück zwischen den ostgalizischen Konservativen und den Nationaldemokraten, sondern - nicht zuletzt durch die Person Cieńskis - eine wichtige Stütze der *Rada Narodowa*.

In der *Rada Narodowa* hatte seit Oktober 1910 wieder der Widersacher Bobrzyńskis, Tadeusz Cieński, das Sagen und setzte sich gleich nach der Übernahme der Geschäfte die Änderung der Statuten der Wahlorganisation zum Ziel. Vorgesehen war die Wahl eines vierten Präses, was zusammen mit den Plänen zur Ergänzung der *Rada Narodowa* durch Delegierte der einzelnen Kreise Zugewinne für die Nationaldemokraten bedeutete.⁷¹⁰ Die

⁷⁰⁸ Vgl. *Słowo Polskie* 303(1.07.1911).

⁷⁰⁹ Vgl. Waclaw Zaleski an seinen Vater Filip Zaleski vom 14.07.1911, Ossol. 7089 I, S. 551-557 und Grabski an J.G. Pawlikowski o.D., PANK 7818, S. 228.

⁷¹⁰ Siehe BOBRZYŃSKI, *Z moich...*, S. 240.; Nach dem Beitritt der Volkspartei zum Polenklub wollte Stapiński nicht nur Cieński als Obmann der *Rada Narodowa* verhindern, sondern blockierte aus Angst vor wohlwollender Haltung dieses gegenüber der Nationaldemokraten den Beschluss eines fixen Statuts. Das, was man 1908 im provisorischen Reglement auf Wunsch der Nationaldemokraten beseitigte, nämlich die Wahl zusätzlicher 12 Mitglieder (neben den 12 Mitgliedern, die vom Polenklub im Landtag gewählt wurden und 12 weiteren kooptierten), die von den Delegierten der Kreise gewählt wurden, suchte man 1909 unter dem Einfluss Grabskis wieder einzuführen. Siehe dazu *Gazeta Narodowa* 279(5.12.1909).

Im Reglement vom 8. Oktober 1910 sah die Gewichtung der Stimmen in der *Rada Narodowa* folgendermaßen aus: **Demokraten**(5) - Bandrowski, Rutowski, Kleski, Maiss, Kolischer, **Nationaldemokraten**(5) - Adam, Skarbek, Grabski, Pawlikowski, Rozwadowski, **Volkspartei**(5)- Stapiński, Bojko, Witos, Wassung, Stefczyk, **Podolier**(5) - Cielecki, Laskowski, Moysa, Vivien, Vogl, **Krakauer Konservativen**(5) - Halban, Jędrzejowicz, Niezabitowski, Stadnicki, Chyliński, **Zentrum**(2) - Thullie, Wrześniowski, Wilde(2) - Cieński, Rayski, **Christlich-soziale** (1) -

Kräfteverteilung in diesem Wahlgremium verschob sich zusätzlich zu Ungunsten des Statthalters als ihm noch zwei Mandatare aus dem eigenen Lager abhandenkamen – Jędrzejowicz, der zwischen die Fronten geriet und sich vorsichtshalber für einen Urlaub entschied, und Stadnicki, der nach Angaben Bobrzyńskis in die Nähe der Allpolen rutschte (Dies wurde von Stadnicki selbst bestritten. Auf jeden Fall taucht sein Name später unter den Mandataren auf, die sich um die Zentrums-Partei im Landtag sammelten).

Kehren wir aber, nach diesem Exkurs zu den wunden Punkten des Statthalters, zurück zum Wahlgeschehen. Unter den gegebenen Umständen klang die Zusicherung Bobrzyńskis über einen ordnungsgemäßen Verlauf der Abstimmung wenig überzeugend. Nicht für die Nationaldemokraten - selbst nach einer Bestätigung dieser Absicht auch durch Głabiński, die allerdings seltsam anmutete. Für das nationale Lager war es von Anfang an schwer, zwischen ihren ideologischen Prinzipien und den Zielen der österreichischen Politik zu balancieren. Jetzt, wo die Orientierung der Allpolen unter dem Einfluss Dmowskis zu Russland wanderte und sie wegen der Führung des Polenklubs durch einen ihrer Parteigänger nicht mehr befangen waren, ihre wahren politischen Ziele, die nicht mit denen der Monarchie harmonisierten, offen auszubreiten, konnte man davon ausgehen, dass die Bemühungen Bobrzyńskis bei der Dezimierung der Reihen der Nationaldemokraten auch von Wien Unterstützung bekäme. Durch Erfahrung klug geworden, stellte sich auch die Wählerschaft auf gewohnte Gepflogenheiten ein. Schon die Tatsache selbst, dass für die Wahlen in Galizien insgesamt sechs Termine vorgesehen wurden (13, 20, 27. Juni in Westgalizien, 19, 26. Juni und 3. Juli im Osten des Landes) weckte den Verdacht, die Landesregierung wolle die ganze Exekutive bei ihren Machenschaften maximal einsetzen.⁷¹¹

War man als politischer Beobachter nach den ersten Unterredungen Stapińskis mit dem Nationaldemokraten Skarbek in den Gängen des Parlaments Ende 1910 nicht sicher, ob es sich hier um eine taktische Täuschung der Volkspartei, eine ernst gemeinte Aktion zur „Vorbeugung der schädlichen Politik der Stańczyken“ oder tatsächlich um Überlegungen einer Rückkehr zum alten radikalen Kurs handle⁷¹², so endete diese Verwirrung bereits mit der

Stojałowski. Siehe *Nowa Reforma* 461(9.10.1910).

⁷¹¹ Blutige Auseinandersetzungen mit den Gendarmen in Sambor und Drohobycz galten in Augen der Kritiker Bobrzyńskis als Beispiele einer solchen Konzentration der Staatsgewalt, die die Wahl der nationaldemokratischer Kandidaten verhindern sollte. Vgl. *Wieniec-Pszczółka* 26(25.06.1911).

⁷¹² Vgl. *Kurjer Lwowski* 597(24.12.1910) und *Gazeta Narodowa* 294(25.12.1910); Die Stańczyken, die das politische Treiben des Obmannes der Volkspartei mit Argusaugen verfolgten, äußerten mehrmals die Befürchtung, dieser könnte wieder zu der radikalen Keule greifen. Siehe Lasocki an Bobrzyński vom 20.01.1911, BJ 19/35, S. 16; Einige Forscher der Bauernbewegung meinten, der Kontakt der Volkspartei mit den Nationaldemokraten und die zu dieser Zeit aufgetauchten antisemitisch gefärbten Artikel des bäuerlichen

Aufnahme des gewohnten parlamentarischen Betriebes nach der Bildung des Kabinetts Bienerth III. Stapiński unterhielt gute Kontakte zu Biliński, dem die bäuerliche Fraktion einen ihrer Plätze im Bankenausschuss und einen in der parlamentarischen Kommission einräumte, als der scheidende Finanzminister zum Alltag eines einfachen Abgeordneten zurückkehrte.⁷¹³ Auch was die strategische Ausrichtung der Parteien angesichts der Neuwahlen anging, fanden sich die bäuerlichen Vertreter im alten Block wieder, auf den sich der Statthalter stützte. Einem Block allerdings, der nur ein „Eindruck“ war – wie ihn Stapiński umschrieb. Man versprach sich von diesem „informellen Bündnis“ aus Stańczyken, Volkspartei und den polnischen Demokraten eine Entspannung der Atmosphäre im Polenklub, die von den Nationaldemokraten vergiftet wurde, eine gewisse Mäßigung während der Wahlen und eine bessere Kontrolle, was die politische Qualität der künftigen Mandatare betraf.⁷¹⁴ Wieder sah man über die programmatischen Differenzen hinweg in diesem Zweckbündnis und rückte das Verbindende in den Vordergrund. Trotz der Meinungsunterschiede etwa in der Schulpolitik zwischen den Konservativen und den städtischen Demokraten knüpfte man an die gemeinsame proösterreichische Linie in der sog. Orientierungsfrage an, aber auch in anderen Fragen rutschten die polnischen Demokraten zunehmend auf "den Boden der realen und gemäßigten Politik".⁷¹⁵ Für die Unterstützung der Starosten bei den Wahlen revanchierten sie sich mit der Abtretung der Mandate an die Konservativen in vier Wahlkreisen: Bochnia-Wieliczka-Pogórze an Korytowski, Rzeszów-Ropczyce-Sędziszów an Biliński, Mielec-Kolbuszowa-Leżajsk-Tarnobrzeg-Nisko an Rosner und Jasło-Gorlice-Dębica an Jaworski.⁷¹⁶

Die Allianz zwischen der Volkspartei und den Konservativen, die bei weitem keine perfekte Symbiose war, unterschied sich allerdings von der des Jahres 1908, wo sie eine "Geschäftstransaktion" war und zugleich das Ansehen und die Bedeutung des bäuerlichen Parteiobmannes hob. Die politischen und ökonomischen Errungenschaften für die Partei, die dieser Pakt mit sich brachte, machten nicht nur aus Stapiński einen Staatsmann, sondern dienten als Beruhigungsmittel unter dem Bauernvolk bei manchen kritischen Wortmeldungen. In der Abmachung von 1911 ging es um eine reine gegenseitige Absicherung der Mandate. Die Volkspartei garantierte den Stańczyken neun Mandate in

Presseorgans seien ein Manöver, wo man mit Hilfe nationalistischer Töne von den wachsenden wirtschaftlichen Gegensätzen im galizischen Dorf abzulenken versuchte. Siehe KRZYSZTOF DUNIN-ŹĄSOWICZ, *Dzieje...*, S. 193.

⁷¹³ BILIŃSKI, *Wspomnienia...*, Bd.I, S. 206 und 208.

⁷¹⁴ Vgl. *Kurjer Lwowski* 178(20.04.1911) und 194(29.04.1911) sowie *Gazeta Narodowa* 93(23.04.1911); Ziel der konservativen Gruppierung - wo Korytowski den Vorsitz hatte - war es, den Polenklub so zu vereinheitlichen, dass eine Teilung in Fraktionen nicht notwendig wäre. Siehe *Gazeta Narodowa* 162(18.07.1911).

⁷¹⁵ BOBRZYŃSKI, *Z moich...*, S.195.

⁷¹⁶ *Ojczyzna* 19(7.05.1911).

ländlichen Bezirken Westgaliziens im Tausch gegen die Unterstützung der bäuerlichen Kandidaturen durch den Statthalter und die Starosten. Als verbindende Faktoren zwischen den beiden politischen Lagern galt eine versöhnliche Politik gegenüber den Ruthenen und der gemeinsame Gegner. Die Bauernfraktion befand sich nämlich in einem Tauziehen mit den Nationaldemokraten um die Anhänger der 1907 zerschlagenen Zentrums-Partei.

Die Allpolen sahen in dem Statthalterblock nichts anderes als ein Kartell, das sich gegen sie richtete, und rückten mit ihrer ganzen Kraft (etwa 41 Wahlbewerber) gegen alles im Statthalterblock, was Rang und Namen hatte (u.a. gegen Korytowski, Biliński, German, Jaworski, Starowieyski, Rosner) und somit gegen die Festigung der Macht der Stańczyken in Galizien, die durch Konzessionen an die Ruthenen, sprich die Zulassung einer ukrainischen Universität in Lemberg und einer größeren Zahl an Mandaten für die Ruthenen bei der Wahlreform für den Landtag erkaufte werden sollte. Im nationalen Lager war man sich dessen bewusst, dass in diesem ungleichen Kampf - der Statthalterblock genoss die Unterstützung der administrativen Macht - Zugewinne schwer möglich waren. Vielmehr ging es um die Verteidigung der bisherigen Position. Aber in diesem Kampf standen die Nationaldemokraten nicht ganz allein. Die ruthenische Frage versammelte im so genannten Antiblock neben den Allpolen und den Podoliern (*Gazeta Narodowa* verurteilte die Bildung des Statthalterblocks) auch kleinere Gruppierungen wie die Stojalowski-Gruppe, die mit den Nationaldemokraten durch den *Związek Narodowo-Ludowy* verbunden war, zum Teil die Lemberger Fronde und auch die Gruppe der Allpolen, die der Parteiführung kritisch gegenüberstand und sich seit 1908/09 um das Blatt *Rzeczpospolita* gruppierte.⁷¹⁷ Unter dem wirtschafts-politischen Aspekt gesehen trafen sich hier ostgalizische Großgrundbesitzer, Vertreter der Bourgeoisie sowie des Handels und der Industrie, die dem Wachsen des Einflusses der ruthenischen und jüdischen Elemente einen Riegel verschieben wollten. Wohlwollend eingestellt dem Antiblock gegenüber waren beträchtliche Teile des Klerus und des niederen Beamtentums.⁷¹⁸

B. Zurück zur konservativen Führung im Polenklub.

Die Befürchtungen der Nationaldemokraten, die in erster Linie nach den 1907 für die Polen verlorenen Mandaten in Trembowla, Buczacz, Brody, Stryj, Przemyśl und Lemberg griffen,

⁷¹⁷ Die Haltung der Gruppierung der „Rzeczpospolita“ unterschied sich von der Mutterpartei auch in der so genannten „Orientierung“ was die künftige Herstellung der eigenen Staatlichkeit der Polen anging. Anders als die Lemberger Parteizentrale unter der Führung Grabskis, der mehr Disziplin in der Partei einforderte, kritisierten die „Jungen“ im Lager der Nationaldemokraten die Pläne der Zusammenarbeit mit Russland.

⁷¹⁸ KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ, *Dzieje...*, S. 195.

haben sich bewahrheitet. Vier Jahre nach dem schweren Schlag, den das neue Wahlgesetz in den Reichsrat für die galizischen Konservativen mit sich brachte, befanden sich die reaktionären Kräfte wieder auf dem Kurs zur Übernahme der Führung im Polenklub. Durch den Wahlsieg durften die Konservativen eine Delegation in das Abgeordnetenhaus entsenden, die fast das Dreifache dessen ausmachte, was sie 1907 repräsentierten.⁷¹⁹ Darunter befanden sich bäuerliche Mandate aus dem Wahlkreis Tarnów (Matakiewicz), Brzesk (Götz-Okocimski), Łańcut (Lubomirski), Żywiec (Haller) und Sanok (Starowiejski). Stapiński rechtfertigte diesen Umstand vor der Wählerschaft der Volkspartei mit der Unmöglichkeit der Führung eines Kampfes an mehreren Fronten gleichzeitig noch dazu gegen einen starken Gegner, der über kräftige finanzielle Mittel verfügte. Da alle Konservativen - egal ob in den ländlichen Regionen oder in den Städten - als Mandatare der Mehrheit aus den Wahlen hervorgingen, flammten alte Diskussionen über die galizischen Wahlpraktiken neu auf. Einer scharfen Kritik wurde die Agitation für den ostgalizischen Konservativen Abrahamowicz unterzogen. Da man sich oft über die Wirtschaftspolitik in seinem Wahlbezirk beklagte, wurde kurz vor den Wahlen eine Korrektur im vernachlässigten Bereich vorgenommen. Die Vermessungen für künftige Bauten wurden aber nach dem Urnengang genauso schnell beendet, wie man mit ihnen angefangen hatte. Man griff auch zu anderen bewährten Methoden und schickte, wie im Fall der Stadt Gródek, Wahlhelfer mit Biergutscheinen unter die Bevölkerung. So kam es, dass der Podolier, der als Kandidat der Minderheit gedacht war, in seinem Wahlkreis Lemberg-Gródek als Mandatar der Mehrheit aus der Abstimmung hervorging.⁷²⁰

Es war nicht immer leicht bei all diesen Vorwürfen des Machtmissbrauchs zu unterscheiden, ob es sich hier um echte Übertretungen gehandelt hatte oder schlicht und einfach um eine andere Ebene der politischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien. Denn oft rechtfertigten die Wahlverlierer damit ihre eigenen Schwächen.⁷²¹ Als Opfer eines solchen Eingreifens des Verwaltungsapparates in das Wahlgesehen beklagte man den

⁷¹⁹ Das konservative Lager gewann 21 Mandate, darunter Abrahamowicz, Baworowski, Biliński, Czaykowski, Gołuchowski, Götz, Holler, Halban, W.L. Jaworski, Korytowski, Kozłowski, Lubomirski, Matakiewicz, Osuchowski, Rosner, Steinhaus, Serwatowski, Starowiejski, Stern, Wysocki, Zaleski.

⁷²⁰ Ähnlich sah es mit dem Bau eines Gymnasiums in Nowy Sącz. Das Tauziehen um eine Subvention in der Höhe von 100.000 Kronen, das eine geraume Zeit dauerte, nahm plötzlich kurz nach der Ausschreibung der Wahlen eine positive Wende. Kaum hatte der Demokrat German seine Kandidatur in diesem Wahlkreis bekannt gemacht, räumte der Schulrat – mit Betonung der Verdienste Germans dabei – die erwünschte Subvention ein. Vgl. *Słowo Polskie* 19(7.05.1911).

⁷²¹ Vgl. Marian Starzewski an Jan Gwalbert Pawlikowski vom 16.06.1911, BPANK 7818, S. 361 und Wacław Zaleski an den Statthalter Bobrzyński vom 12.04.1911, BJ 8084, S. 20f.

Sturz des nationaldemokratischen Kandidaten Adam Skarbek.⁷²² Auf die Wahl des Regierungsschützling Stesłowicz im Kreis Sambor-Gródek antwortete die Bevölkerung mit Straßenkrawallen. Die seit drei Jahren in einem Bündnis stehenden Nationaldemokraten und die Stojałowski-Gruppe beschwerten sich über angebliche geheime Aufträge des Statthalters an die Bürgermeister und andere Beamte der Verwaltung, welche Lokalverbote für Wahlversammlungen der beiden Parteien zur Folge hatten.⁷²³

Die polnischen Nationaldemokraten waren auch diejenigen, die unter den polnischen Parteien beträchtlich an Stimmen verloren, jedoch nicht in einem solchem Ausmaß, wie man sich das in gewissen Kreisen erhofft hatte. Besonders schwer war die Niederlage in ihrer Hochburg Lemberg. Ein Mandat ging hier verloren, zwei konnten mit Mühe gerade noch gerettet werden. Auch der Sieg Głabińskis gehörte nicht zu den größten, selbst bei geringer Gegenagitation in seinem Wahlkreis. Verloren gingen die Mandate in den Bezirken Bochnia, Chrzanów, Żywiec, Tarnów, (erfolgreich war hier nur Dr. Tertil), Nowy Sącz, Dąbrowa, Tarnobrzeg, Krosno, Jasło, Łańcut, Sanok, Buczacz, Skala, Lemberg.⁷²⁴

In der Analyse der Wahlschlappe orteten die Allpolen, die sich jetzt auf das harte Oppositionsleben einstellen mussten, auch einiges Positive. Dazu gehörte die Wiedergewinnung für den Polenklub der Mandate in Buczacz, Trembowla, das Erringen des Mandats in Drohobycz und Żółkiew, ein gestärkter polnischer Einfluss in den Bezirken Zaleszczyki, Brody, Kołomyja und die Legung eines Grundsteins für die nationale Idee in Przemyśl.⁷²⁵ Was die Nationaldemokraten nach der Wahlniederlage mit einer gewissen Schadenfreude erfüllte, war die Tatsache, dass doch nicht alles zur Zufriedenheit des Statthalters und seiner Parteifreunde verlief. Bobrzyńskis Hoffnungen und Zusicherungen an die nationale Rechte, der Einfluss Stapińskis in der Volkspartei würde sich verringern und die Macht sich zu den gemäßigten Elementen wie Długosz und Lasocki verschieben, bewahrheiteten sich nicht ganz bzw. noch nicht.

⁷²² ADAM SKARBEK (1874-1921) - Präses des Kreisrates in Rudki. Landtags- und seit 1909 Reichstagsabgeordneter (gewann das Mandat in Sambor-Gródek nach dem verstorbenen Wojciech Graf Dzieduszycki im Wettstreit mit dem liberalen Demokraten Dr. Doboszański); Im Reichsrat tätig in zwei Kommissionen, seit Ende 1910 Sekretär in der parlamentarischen Kommission bis zur Auflösung des Reichsrates.

⁷²³ Ein solches Verbot glaubte man in Ropczyce, Dąbrowa, Miłowka und Rzeszów zu spüren bekommen. Siehe dazu *Wieniec-Pszczółka* 19 (5.07.1911).

⁷²⁴ *Ojczyzna* 28 (2.07.1911).

⁷²⁵ *Słowo Polskie* 309 (5.07.1911).

Die Atmosphäre in der Volkspartei war zu Beginn der Wahlen angespannt.⁷²⁶ Das bäuerliche Lager rückte in das Wahlgeschehen mit achtzehn Bewerbern bäuerlicher Abstammung, elf Kandidaten aus den Reihen der Intelligenz und einem Vertreter des Kleinbürgertums, war aber in zwei Flügel gespalten: die Anhänger Stapińskis⁷²⁷ und die dem Parteiprogramm treue Gruppe (u.a. Wysłouch, Dąbski, Jampolski, Moskwa, Babicz). Schlechte Prognosen stellte man dem Parteiobmann in seinem Wahlkreis Rzeszów-Kolbuszowa. Kurz vor dem ersten Urnengang fand am 2. Juni 1911 eine Zusammenkunft der 65 Gemeindevorsteher im Kreis Nowy Sącz statt, die ihrer Unzufriedenheit mit dem Kurs des Parteivorsitzenden freien Lauf ließen. Grund war die sichtbare Verletzung der Bestimmungen, die das Programm der Partei von 1895 enthielt, z.B. Nachlassen im Kampf um das Prinzip der Gleichheit im Wahlgesetz. Auf wenig Verständnis stieß das Kommando Stapińskis an die Wählerschaft der Volkspartei, in den Bezirken Sanok, Przemyśl, Jarosław solidarisch die Konservativen Stanisław Starowiejski, Dr. Władysław Czajkowski und Włodzimierz Kozłowski zu wählen.⁷²⁸ Einen unangenehmen Eindruck hinterließ die Tatsache, dass den ländlichen Wahlkreisen Kandidaten aufgezwungen wurden, die durch das Bündnis der Volkspartei mit dem Großgrundbesitz in den Vordergrund traten (z.B. Graf Lasocki). Die Versammlung in Nowy Sącz endete mit einem Misstrauensvotum gegen Stapiński und einem Verweis der Leser der Zeitung *Przyjaciół Ludu* an die *Gazeta Ludowa* (Die Volkszeitung), die den Kritikern geeigneter als ein Presseorgan der Bauernpartei erschien. Einwände äußerte man gegen die aufgestellten Kandidaten in diesem Wahlkreis, Jan Cieluch und Józef Kubisz. An ihrer Stelle wurden Wincenty Myjak und Tomasz Ciągło vorgeschlagen.⁷²⁹

Dem Protestakt der Gemeindevorsteher schloss sich auch das Wahlkomitee der Lehrer aus dem Kreis Strzyżów an. Anhänger der Fronde starteten hier eine Agitation für den Allpolen Jan Kanty Gruszecki gegen Stapiński. Die Zusammenarbeit der Fronde mit den Nationaldemokraten war auch bei den Kommunalwahlen in Lemberg spürbar. Ein milderer Ton im Umgang mit dem nationalen Lager zeichnete sich in den Spalten des Blattes *Kurjer Lwowski* ab.⁷³⁰ Unter diesen Umständen schienen die Ergebnisse der ersten Abstimmung die

⁷²⁶ Stapiński selbst zeigte vorsichtigen Optimismus, trotz dem Ärger etwa rund um die Parzellierungsbank. Sorgen machten ihm eher Vertreter der Intelligenz im Klub, wie z.B. Zygmunt Lewakowski, der Initiator eines Untersuchungsausschusses gegen den Obmann. Dazu siehe Brief Stapińskis an Karol Lewakowski vom 14.04.1911 AZHRL, ZL-11.

⁷²⁷ Auch in dieser Gruppe waren kritische Stimmen zu vernehmen z.B. von Średniawski und Bardel. Siehe *Ojczyzna* 16 (16.04.1911).

⁷²⁸ *Przyjaciół Ludu* vom 28.05.1911.

⁷²⁹ Vgl. *Kurjer Lwowski* 256 (7.06.1911).

⁷³⁰ Diesen Umstand schrieb Stapiński den finanziellen Nöten der Fronde zu, der die Nationaldemokraten unter die

düsteren Prognosen zu bestätigen. Die Volkspartei kam in Besitz von nur zwei Mandaten (Stapiński, Witos), was bei einer so breiten Unterstützung der Regierung, der Bündnispartner und des ganzen Verwaltungsapparates ein wenig mager ausfiel. Stapiński bekam in seinem Wahlkreis 8862 Stimmen auf 16494 Wahlberechtigte, um 3138 Stimmen weniger, als sich der Obmann der Bauernpartei versprach.⁷³¹ Eine Niederlage erlitten die Kandidaten Bardel in Bochnia-Brzesko und Cholewicki im Kreis Tarnów. Hoch beim ersten Urnengang war auch die Zahl der Nichtwähler. All das bestätigte alle Kritiker der Parteiführung in ihrer Behauptung, die Partei brauche eine Erneuerung.

Diese erste Stimmabgabe führte aber noch keine endgültige Entscheidung herbei. Im weiteren Verlauf der Wahlen holte die Volkspartei zwar sichtbar auf und erzielte mit ihren vierundzwanzig Mandaten (Angerman, Biały, Bis, Banas, Bojko, Bomba, Dugosz, Jachowicz, Jedynak, Kędzior, Kubik, Lasocki, Łyszczarz, Madej, Myjak, Rey, Rusin, Ruebenbauer, Śmiłowski, Stapiński., Średniawski, Tetmajer, Witos, Wróbel) das beste Ergebnis unter den politischen Gruppierungen Galiziens, das selbstgesteckte Ziel von dreißig Mandaten wurde nicht erreicht.⁷³² In der Selbsteinschätzung des Parteivorsitzenden lagen die Ursachen dafür in vier Bereichen: 1) die Wichtigkeit des Wahlakts war innerhalb der Parteibasis noch nicht richtig begriffen worden, 2) der Eigennutz gewann noch zu oft die Oberhand⁷³³, 3) zu wenig einfache Bauern gehörten der Partei an.⁷³⁴ Zum vierten sah Stapiński das geltende Wahlsystem als Ursprung allen Misserfolgs. Die Abstimmung in Zweimandatskreisen war nicht nur für die Wählerschaft umständlich, die sich oft drei mal zu den Urnen bemühen musste. Dieses System öffnete Tor und Tür für jeglichen Machtmissbrauch und war im Falle der Volkspartei äußerst ungünstig für den Einigungsprozess aller volkstümlichen Elemente in einer Partei, da es selten gelang auch das Mandat der Minderheit für sich zu gewinnen. Die

Arme greifen sollten gegen die Unterstützung im Kampf gegen Bobrzyński. Siehe *Przyjaciół Ludu* 23(4.06.1911).

⁷³¹ Ebda 271(16.06.1911).

⁷³² Unter den Mandatsgewinnern befanden sich auch solche, mit denen der Parteiobmann wenig Freude hatte, deren Kandidaturen aber nicht zu verhindern waren. Drei solche wurden in Folge der vorgenommenen Änderungen schon während der Wahlkampagne auf die Bewerberliste aufgenommen (Tetmajer, Bis, Rey), drei weitere wurden gewählt trotz der Einwende der Parteiführung (Banaś, Myjak, Jedynak). Der Letztere kandidierte auf eigene Faust auf Drängen der Nationaldemokraten im Wahlkreis Pilzno-Ropczyce, was zur Zersplitterung der Stimmen für Franciszek Ścibor führte.

⁷³³ Anspielung auf die fehlende Einigkeit, sprich Fronde, die die Partei mehr als 20.000 Stimmen kostete, und die mangelnde Parteidisziplin, die sich in der eigenwilligen Aufstellung von drei und sogar vier Kandidaten in einem Wahlbezirk äußerte. Dazu siehe *Wieniec-Pszczółka* 34 (20.08.1911).

⁷³⁴ Die Vertretung der Volkspartei setzte sich aus 11 Bauern, 2 Grafen, 2 Kapitalisten, 3 Beamten und der restlichen Intelligenz zusammen.

Abschaffung der Zweimandatkreise setzte sich der Obmann der Volkspartei als das unmittelbare Ziel.

Anhand der Wahlanalyse lassen sich folgende Merkmale der Abstimmung von 1911 feststellen:

- Neben den Kandidaten, die vom *Nationalrat* bestätigt wurden, trat eine große Zahl der so genannten wilden Kandidaten auf.

Außer dem schon erwähnten Steinhaus, der im Wahlkreis Żółkiew-Rawa ein Kontrahent des ostgalizischen Konservativen Starzyński war, kandidierten auf eigene Faust u.a. der ehemalige Vizepräsident des Polenklubs Stwiernia gegen den Bewerber des Wahlkomitees Rauch in Stanisławów, der Volksparteiler Jaworski gegen Czaykowski, Fiedler gegen Starowiejski, sowie das Mitglied der Volkspartei Wojewoda gegen den Konservativen Jerzy Baworowski im ländlichen Kreis Trembowla. Im Kreis Jarosław-Cieszanów und im ländlichen Wahlkreis Lwów-Gródek dagegen standen einander die Anhänger der Lemberger Fronde Jampolski und Dąbski und die Vertreter der ostgalizischen Konservativen Kozłowski und Abrahamowicz gegenüber.⁷³⁵

- Die galizischen Städte wählten zunehmend radikal.

Die Vorhersagen der *Neuen Freien Presse*, die Mandatsverschiebung in Galizien würde sich auf Kosten der kleineren Parteien wie Altruthenen, Zionisten und Sozialdemokraten abspielen, trafen nur in zwei ersten Fällen zu. Die galizische Sozialdemokratie war während der Reichsratswahlen des Jahres 1911 eindeutig die Partei der Unzufriedenen. Aussagekräftig war die Wahl des Radikalen Breiter in Złoczów und Lemberg, obwohl die Machthaber in der Hauptstadt Ostgaliziens dies verhindern wollten, und ebenfalls ein zweifacher Sieg Daszyńskis. In Krakau ging ein Sozialist gleich in der ersten Abstimmung aus den Wahlen hervor, ein zweiter klassifizierte sich für die engere Wahl. Als beunruhigend empfanden alle Gegner der Arbeiterpartei das Faktum, dass auch zwei fortschrittliche Demokraten (Lisiewicz und Śliwiński), die in Lemberg eine neue politische Gruppierung gründeten, eine derart große Anzahl an Stimmen für sich gewinnen konnten.

Allgemein zu bemerken ist, dass sich der Sozialismus in Galizien im Wahlkampf gegen drei Nationalismen behaupten musste – den ruthenischen, den jüdischen und den polnischen. Die Organisation der Arbeitervertretung zeichnete sich in der ganzen

⁷³⁵Gazeta Narodowa 126(2.06.1911) und 129(7.06.1911).

Donaumonarchie durch Stabilität und Disziplin aus, obwohl auch hier die nationale Frage - wie etwa im deutsch-tschechischen Konflikt - diese Geschlossenheit zu sprengen drohte. Als Kitt der Solidarität galten eindeutig die Juden, die der Sozialdemokratie in Galizien das größte Wählerkontingent bereitstellten.

Die Behauptungen der stärksten Kritiker des Statthalters Bobrzyński - der Nationaldemokraten -, die Landesregierung stünde in einem geheimen Pakt mit den Sozialdemokraten, entbehrte dagegen jeder Grundlage. Dieser Eindruck konnte allerdings tatsächlich entstehen, da zum einen die Konzentration auf die internen Kämpfe zwischen den polnischen Parteien und Gruppierungen mancherorts die Aufmerksamkeit für das Treiben der Ruthenen, Zionisten und Sozialdemokraten trübte, die gerade zu den Hauptgegnern des polnischen nationalen Lagers zählten. Konkret war hier der Fall des Allpolen Adam gemeint, den die Nationaldemokraten auf das Konto der jüdischen Agitation gegen sie schrieben, oder der Verlust des Mandats in Stryj für den Polenklub, wo in der entscheidenden Phase ein Vertreter der Arbeiterpartei und ein Zionist um den Einzug ins Wiener Reichsrat kämpften. Die Ambitionen Bobrzyńskis dagegen, German in Nowy Sącz um jeden Preis durchsetzen zu wollen, waren aus der Sicht der Allpolen für die Siege der Sozialdemokraten in Krakau verantwortlich. Aber während die Unterstützung von *Rada Narodowa* für den Sozialdemokraten Diamand im III. Lemberger Wahlbezirk den Nationaldemokraten ihre These von einer solchen stillen Vereinbarung zu bestätigen schien (in Wirklichkeit wollte man hier mit Diamand, dessen Erfahrungen auf dem Sektor der Industrie allgemein geschätzt waren, die ungünstige Kandidatur des Zionistenanführers Sand verhindern), war eine andere Wahrheit, dass sich der Statthalter anderorts (z.B. in Przemyśl und im VII. Wahlkreis in Lemberg) gerade der Nationaldemokraten im Kampf gegen die Sozialisten bediente.⁷³⁶

Das Gefühl einer gewissen Nähe zwischen dem Statthalterblock und den Sozialdemokraten, das die Nationaldemokraten empfinden konnten, leitete sich alleine aus der gleichen Positionierung dieser politischen Kräfte - hier waren auch die fortschrittlichen Demokraten inbegriffen - in der „Orientierungsfrage“ ab, die sich in der politischen Auseinandersetzung des Jahres 1911 widerspiegelte.

- Die Ukrainophilen legten auf Kosten der Moskalophilen und anderer radikalen Gruppierungen zu.

⁷³⁶ Vgl. Naprzód 151(1.07.1911).

Im Kampf um die ruthenischen Mandate rangen fünf Parteien untereinander - drei Ukrainophilen (Nationaldemokraten, Radikale und Sozialdemokraten), Altruthenen und Moskalophile - und zwar die ukrainischen Parteien untereinander, die Ukrainophilen gegen Altruthenen und Moskalophilen sowie Altruthenen gegen die Moskalophilen. Anders als 1907 gingen die ukrainischen Nationaldemokraten keine Bündnisse mit den Zionisten und Radikalen ein, aber dort, wo kein geeigneter ruthenischer Kandidat zur Wahl stand, empfahlen sie Kontrahenten der Polen – einen Zionisten oder einen Sozialisten. Die Stimmen der Polen dagegen dort, wo sie entscheidend waren, richteten sich nach der lokalen Lage und dem Verhalten der ruthenischen Parteien. Die ostgalizischen Konservativen, die sich Einbussen bei den Ukrainophilen und Moskalophilen wünschten, enthielten sich für gewöhnlich der Stimme, wenn sich in der engeren Wahl ein Ukrainer und ein Russophiler gegenüberstanden und unterstützten die Altruthenen, sollten sie gegen einen Moskalophilen um das Mandat kämpfen. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen für den Untergang der Altruthenen, Festigung des Einflusses der ukrainischen Nationaldemokraten - diese konnten ein Mandat zulegen, fünf Parlamentssitze gewannen die Radikalen und einen die Sozialdemokraten - und die Verschiebung des Schwerpunkts im Lager der Altruthenen zum radikalen Flügel mit Dudykiewicz an der Spitze (von den bisherigen fünf Mandaten verloren die Altruthenen eins an die Polen (Wysocki) und zwei an die ukrainischen Nationaldemokraten (Holubowicz in Złoczów und Lew Lewicki in Stryj)) war ein weiteres Kapitel im Schlagabtausch zwischen *Rada Narodowa* und der galizischen Landesregierung.⁷³⁷ Aus der Sicht Bobrzyńskis trug die Politik der *Rada Narodowa* wesentlich zu diesem Fall bei, den die Aufstellung der polnischen Kandidaten in Wahlkreisen, wo die Polen eine Minderheit bildeten, hatte eine Zersplitterung der Stimmen für die Altruthenen zur Folge.⁷³⁸

⁷³⁷ Wie bei jeden Wahlen stimmen die Angaben über die Verteilung der Mandate in den einzelnen Fraktionen in den Quellen nicht überein. Laut dem Presseorgan der Stojałowski-Gruppe waren die ruthenischen Mandate folgendermaßen verteilt: **Ukrainische Nationaldemokraten**(16) - Budzynowski, Ceglinski, Dniestranski, Folis, Holubowicz, Kolessa, Lewicki Leon, Lewicki Kost, Okuniewski, Olesnicki, Onyszkiewicz, Petrycki, Petruszewicz, Romanczuk, Siengalewicz, Staruch Tymoteusz; **Radikalen** (5) – Baczynski, Lahodynski, Lawruk, Stefanyk, Tryłowski; **Sozialdemokraten**(1) – Wityk; **Moskalophile**(2) – Kuryłowicz, Markow. Siehe *Wieniec-Pszczółka* 33(13.08.1911). Die Zeitschrift der ostgalizischen Konservativen sprach dagegen von insgesamt 26 ruthenischen Mandaten und zwar **ukrainische Nationaldemokraten** (18), **Radikalen** (5), **Sozialdemokraten** (1) und **Moskalophile** (2). Vgl. *Gazeta Narodowa* 153(7.07.1911).

⁷³⁸ BOBRZYŃSKI, *Z moich...*, S. 244.

Im Vergleich zu den Reichsratswahlen von 1907 fiel in der allgemeinen Analyse eine leichte Verschiebung im Verhältnis der polnischen und ruthenischen Vertretung um zwei Mandate zu Gunsten der Polen auf.

- Von der parlamentarischen Bühne mussten sich neben den Altruthenen auch die Zionisten⁷³⁹, die Stojałowski-Gruppe und das katholische Zentrum⁷⁴⁰ verabschieden.
- Keiner von den galizischen Geistlichen gewann ein Mandat in den Reichsrat.

Als Kozłowski die von den Krakauer Konservativen so erhoffte Umstrukturierung und Festigung des 1907 zerschlagenen katholischen Zentrum nicht unternahm, befanden sich die Geistlichen, die an den Wahlen teilnehmen wollten, in einer ungünstigen Lage. Sie gerieten in ein Spannungsfeld zwischen zwei Parteien – der Volkspartei und der Nationaldemokraten. Der bäuerlichen Fraktion wollten sie nicht beitreten – nicht zuletzt wegen der Kritik der Parteiführung am politisierenden Klerus –, die Hemmschwelle sich zu den Allpolen zu bekennen war für manche einfach zu groß. So standen die Restelemente der Zentrums-Partei am Vorabend der Reichsratswahlen, egal welche Position sie letztendlich einnahmen, als Kandidaten der Minderheit zur Wahl, was von Anfang an nicht viel versprechend war. Die fehlende Geschlossenheit der katholischen Elemente zusammen mit Organisationsproblemen, Schwächen der katholischen Presse im Vergleich etwa zu den Konservativen, die über entsprechende finanzielle Mittel verfügten, gaben den letzten Stoß zum traurigen Scheitern der Partei.⁷⁴¹

Während in anderen Kronländern die Gründe für die Niederlage der christlichsozialen Elemente in der Wendung zum Liberalismus lagen, waren in Galizien lokale und persönliche Verhältnisse für diesen Zustand verantwortlich. Das Schicksal derjenigen, die in die Nähe der Nationaldemokraten rutschten, schien besiegelt. Bobrzyński setzte alles daran, um die Chance Stojałowskis auf ein Mandat im zweiten Durchgang in den ländlichen Wahlkreisen Bochnia und Chrzanów zu verhindern. Der Statthalterblock griff überhaupt nach den ältesten und stärksten Bastionen der Christlich-Volkstümlichen in Bielitz (mit Stanisław Piniński), Żywiec (Cezary Haller) und Bochnia (hier konnte sich der Bewerber der Stojałowski-Gruppe mit dem finanziellen Hintergrund des Grafen Götze-Okocimski nicht messen).⁷⁴²

⁷³⁹ Mandate, die 1907 mit Hilfe der Ruthenen an die jüdischen Separatisten Mahler und Gabel gingen, wurden 1911 von den Konservativen Serwatowski und Jerzy Graf Baworowski für die Polen zurückerobert.

⁷⁴⁰ Nur der Jurist und Ökonom Kozłowski, der an der äußersten Rechten im konservativen Lager zu platzieren war, gewann ein Mandat im Kreis Jarosław-Cieszanów.

⁷⁴¹ Pastor zog seine Kandidatur zurück, Hanusiak musste wegen Krankheit passen.

⁷⁴² *Wieniec-Pszczółka* 20(14.05.1911).

Ein weiterer Geistlicher, Kopyciński, der ein Fürsprecher der Annäherung zwischen den Nationaldemokraten und der Volkspartei war⁷⁴³, konnte in seinem Wahlkreis - der eine Festung der bäuerlichen Fraktion war - seine realen Chancen einschätzen und zog seine Kandidatur zurück. Weitere Geistliche waren entweder durch Verstrickungen in unangenehme Sachen disqualifiziert (Szponder) oder auf Druck des Bischofs an den Wahlen gehindert (Pastor). Selbst bei genehmen, respektablen Bewerbern brachten oft Interventionen Bobrzyńskis - wie etwa im Falle Rzeszódkos - wenig Erfolg. Diese Kandidatur wurde regelrecht zermalmt im Feuer des Gefechts zwischen dem radikalen Bauern Curuś und seinem allpolnischen Kontrahenten Ptaś. Ein „Nein“ zur Kooperation mit der Volkspartei beraubte dagegen den geistlichen Męski im Kreis Gorlice jeglicher Aussicht auf ein Mandat.

Zum Teil waren den Stańczyken selbst bei gutem Willen einfach die Hände gebunden, da sie entweder von der Art der politischen Auseinandersetzung einiger katholischen Blätter wie etwa *Gazeta Niedzielną* oder *Prawda* abgestoßen waren, oder mit ihrem Beistand für die Überbleibsel der Zentrums-Partei eigene Leute in Bedrängnis bringen würden. Die Unterstützung für Pfarrer Wesoliński im Kreis Łańcut stellte sich als schwierig heraus, da hier auch der Konservative Andrzej Fürst Lubomirski gegen den Bewerber der Volkspartei Jachowicz um den Einzug ins Parlament kämpfte.⁷⁴⁴ Zählte der bisherige Polenklub sechs Geistliche unter den polnischen Abgeordneten, so kam es, dass von der alten Zentrums-Partei 1911 nur zwei Mandatare zu Parlamentssitzen kamen (Kozłowski und Jan Potoczek) allerdings kein einziger Geistlicher.⁷⁴⁵ Ein Moment, in dem der unerfüllte Traum von der Zerschlagung der Volkspartei wegen ihrer Verstrickung in die Bankaffäre und die Schaffung einer größeren christlich-volkstümlichen Partei noch mehr schmerzte und der ganze Unmut der katholischen Elemente sich gegen den Statthalter Bobrzyńsis richtete.⁷⁴⁶

- Die Führung im Polenklub übernahmen wieder die Konservativen.

Der neue Polenklub im Wiener Abgeordnetenhaus kehrte zu seiner alten Größe von 71 Mandataren zurück, jedoch verändert in seiner Zusammensetzung (insgesamt 31 Abgeordneten waren darunter völlig neu). Im Gegensatz zum letzten Stand, wo die polnische Vertretung in sechs Klubs aufgeteilt war, waren jetzt nur vier politische Gruppierungen vertreten. Die **Volkspartei**, die 1911 200.000 Wähler allein in Westgalizien unter ihrem Banner vereinigen konnte, war am stärksten vertreten. Unter den 25(+6) Mandataren tauchten solche Gesichter wie Rey, Długosz, Lasocki, Tetmajer, deren Anwesenheit hier vor allem die Konservativen erfreute, da diese zu den gemäßigeren Gemütern zählten. Die **Konservativen** mit ihren 21 Abgeordneten (+13) - darunter acht Krakauer Konservative -,

⁷⁴³ Vgl. Kopyciński an Pawlikowski vom 12.03.1908, BPANK 7818, S. 45.

⁷⁴⁴ Vgl. BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 235.

⁷⁴⁵ Abgestoßen von dem Wahlmissbrauch überlegten die Geistlichen, die in Schlesien gewählt wurden (Londzin und Michejda) ihren Beitritt zum Polenklub. Siehe *Naprzód* 154(5.07.1911).

⁷⁴⁶ *Gazeta Narodowa* vom 24.06.1911.

die ihren alten Einfluss in Westgalizien wieder erlangten, setzten sich zur Hälfte aus Großgrundbesitzern zusammen, den Rest bildeten Beamte und Vertreter der freien Berufe. Im Klub fehlten solche Persönlichkeiten wie Starzyński, Górski, Moysa und Biesiadecki, andererseits kehrten in den Reichsrat u.a. Abrahamowicz, Adam Gołuchowski, Götz-Okocimski, Haller, Halban, Jaworski, Rosner, Starowiejski und Zaleski zurück.

Für die dritte Gruppierung, die **polnischen Demokraten**, war das Wahlergebnis zwiespältig. Nach der Zahl der gewonnenen Sitze zu urteilen (11 Mandate darunter German, Gross, Kleski, Dr. Kolischer, Dr. Loewenstein, Dr. Leo, Rauch, Rychlik, Stesłowicz, Zarański, Zieliński)), gehörten sie zu den Erfolgreichen, denn sie konnten ihre alte Stärke beibehalten und die Nationaldemokraten überholen.⁷⁴⁷ Ein tieferer Einblick in den Wahlverlauf enthüllte allerdings einige Missgeschicke. In Krakau mussten die Demokraten zwei Mandate an die Sozialisten abgeben, in Lemberg erlitt Battaglia eine Niederlage, in Złoczów fiel Gold durch und auch der Ex-Minister Dulęba schaffte keinen Einzug in den Reichsrat. Die Begleitumstände, unter welchen die Wahl von Loewenstein in Drohobycz erfolgte, trübten nicht nur diesen Sieg, sondern das ganze Vorhaben des Statthalters, während der Wahlen Nationalitätenkonflikte zu verhindern. Die Manipulationen der Wahlkommission zu Gunsten des Demokraten hatten blutige Auseinandersetzungen zwischen seinen Anhängern und denen seines Gegenkandidaten, des unabhängigen Demokraten Mateusz Bielecki zur Folge. Aus moralischen Gründen - die Straßenkrawallen forderten dreizehn Tote und mehr als dreißig Verletzte⁷⁴⁸ - legte Loewenstein dieses Mandat nieder, stellte sich aber der Wahl in einer späteren Abstimmung in einem anderen Bezirk und wurde wieder gewählt.⁷⁴⁹

Den polnischen Demokraten folgten die **Nationaldemokraten** mit ihren 10 Mandaten (-7) und schließlich die wilden Abgeordneten, einzelne Vertreter anderer politischer Gruppierungen, die jetzt ohne eigene Klubs da standen, darunter Kozłowski von der Zentrums-Partei, Jan Potoczek, der mit dem Programm der Christlichsozialen in die Wahlen ging, und der Abgeordnete Dobija, der seinen Beitritt zur Volkspartei überlegte. Neu im Polenklub waren zwei fortschrittliche Demokraten, Śliwiński und Lisiewicz, die besonders von den ostgalizischen Konservativen gleich als destruktives Element im Klub ins Visier genommen wurden. Wie aus der Information der Fortschrittlichen hervorging, die am 5. Juli

⁷⁴⁷ Zusammen mit zwei fortschrittlichen Demokraten, Lisiewicz und Śliwiński, die als Hospitanten den Klub der polnischen Demokraten besuchen sollten, kamen diese auf dreizehn Mandate.

⁷⁴⁸ Kurjer Lwowski 277(20.06.1911); AGAD, Ministerium des Inneren 42, Z.5.9.55/MJex1911; P.Nr. 6004/MJex1911, 20-21.06.1911.

⁷⁴⁹ Ojczyzna 26(25.06.1911) und Wieniec-Pszczółka 50(10.12.1911).

1911 in Lemberg tagten, sollte das fortschrittliche Lager nämlich nicht nur als Hospitant an den Sitzungen der liberalen Demokraten teilnehmen, sondern auch gute Kontakte mit der Arbeiterpartei unterhalten.⁷⁵⁰

Außerhalb des Polenklubs standen der radikale Breiter, dessen Erfolg (zwei Mandate, in Lemberg und Złoczów)⁷⁵¹ seine schärfsten Kritiker vor allem der finanziellen Unterstützung der Juden zuschrieben, und sieben Sozialdemokraten. Von den alten Parlamentariern unter den Letzteren wurden neuerlich gewählt Dr. Herman Diamand und Jozef Hudec in Lemberg, Dr. Herman Liebermann in Przemyśl und Jędrzej Moraczewski in Stryj. Zu den Neuzugängen zählte Daszyński in Krakau (von den zwei gewonnenen Mandaten ging das eine aus dem ländlichen Wahlbezirk an Klemensiewicz) und Dr. Marek ebenfalls in Krakau.⁷⁵²

Die Führung im neuen Polenklub übernahm am 15. Juli 1911 Biliński. Da die polnische Vertretung im Wiener Abgeordnetenhaus zu zwei Dritteln aus Parteien mit demokratischen Grundtendenzen bestand, hätte sich eine solche Wahl mit Sicherheit viel schwerer gestaltet, wäre die Volkspartei nicht in die Abhängigkeit der Krakauer Konservativen geraten. Da sie sich aber nach wie vor zur Loyalität gegenüber dem Retter des bäuerlichen Geldinstituts verpflichtet fühlte, reichten die Stimmen der Konservativen und der Volkspartei zur Rückkehr der konservativen Kräfte an die Spitze des Polenklubs. Einige Mandatare aus diesen zwei politischen Gruppierungen dürften sich allerdings ihrer Stimmen enthalten haben, denn gemeinsam verfügten sie über 56 Stimmen, Biliński dagegen bekam von 68 Abstimmenden nur 45. Neben Stapiński (65 Stimmen), Leo (63), Buzek (46) wurde auch Abrahamowicz (mit 35 Stimmen) zu einem der Vizeobmänner gewählt.⁷⁵³ Um Proteste gegen einen weiteren Konservativen in der Führung der nationalen Vertretung der Polen zu verhindern, trat der neue Obmann aus der konservativen Gruppierung aus und fungierte als Hospitant in allen politischen Formationen des Polenklubs.

Der Druck auf den ungeliebten Konservativen - man konnte ihm die Behinderung des Wasserstraßen-Projekts nicht verzeihen, genauso wie die Nichterhaltung des Beschlusses des Polenklubs über die Sanierung der Landesfinanzen vom 15. April 1910 - und die Ermahnung, Biliński möge einen polnisch-nationalen Kurs im Auge behalten, sowie eine neuerliche Infragestellung der Ruthenen-Politik des Statthalters, die allerdings nach einer Debatte im Juli 1911 mit einer Zustimmung endete (40 von den 54 Abgeordneten stimmten

⁷⁵⁰ Vgl. *Gazeta Narodowa* 152(6.07.1911).

⁷⁵¹ Das eine Mandat, das Breiter zurücklegte, ging schließlich an den Zionisten Reizer.

⁷⁵² *Robotnik* 251(27.07.1911).

⁷⁵³ *Słowo Polskie* 328(16.07.1911).

für den Statthalter)⁷⁵⁴, waren Unkenrufe einer Partei, die vor den Scherben ihrer bisherigen Politik stand. Obwohl die Nationaldemokraten nicht müde wurden, bei jeder Gelegenheit zu deklarieren, ihre Organisation lebe nicht von den Wahlen, sondern sei eine „ethische und ideologische Ausrichtung“⁷⁵⁵, mussten sie sich gestehen, dass sie in den letzten Wahlen nicht nur einige Mandate verloren hatten, sondern auch ihre bisherige Taktik überdenken müssten. Schließlich sprachen die internen Spannungen in der Partei eine deutliche Sprache. Es drängte sich überhaupt die Frage auf, ob der Griff nach der Macht für die relativ junge politische Formation nicht zu früh erfolgte? Ob man bei den Gelüsten einer raschen Erweiterung des Einflusses nicht auf die Qualifikationen der Parteimitglieder vergaß? Die Konzentration auf die parlamentarische Arbeit und die Ziele der österreichischen Politik ließ sie die eigentlichen Richtlinien der Nationaldemokraten - die politische Erziehungsarbeit in der Gesellschaft - vernachlässigen. In seiner Funktion als Obmann des Polenklubs konnte Głąbiński zwar einige Akzente setzen - u.a. bekam das Gesetz *lex Sala*, das die Kompetenzen des galizischen Landtags ausdehnte, die kaiserliche Sanktion, die Aufmerksamkeit der Parlamentarier im Wiener Abgeordnetenhaus konnte auf das Unrecht, das den Polen seitens Preußens widerfuhr, gelenkt werden, eine Erhöhung der Ausgaben für Galizien aus der Staatskasse konnte erreicht und die geplanten budgetären Streichungen für das Kronland verhindert werden⁷⁵⁶ - es fehlten aber greifbare Errungenschaften für die Partei selbst, solche etwa, wie die Wohlgeneigtheit der Zentralregierung, die die Konservativen genossen. Dieses Manko gepaart mit der permanenten Kriegsführung gegen den Statthalter wirkte oft abschreckend auf die Parteimitglieder, die auch persönliche Karrieren verfolgten und auf höhere Positionen im öffentlichen Leben abzielten, was sich auch in den Parteiabgängen und Sezessionen der Jahre 1909-12 sichtbar machte.⁷⁵⁷

Nach der Bilanz der Reichsratswahlen von 1911 und der Phase einer gewissen Ratlosigkeit, die sich u.a. im Rücktritt des nationaldemokratischen Abgeordneten Ptaś von der Funktion des Vizeobmanns im Polenklub und einigen lauten Wortmeldungen Grabskis äußerte, richtete die Führung der Partei ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Verbesserung der lokalen Organisationsstrukturen und die brennenden Bedürfnisse Galiziens und damit verstärkt auf die Arena des Landtags. Die Demission Głąbińskis am 24. Juni 1911 war nicht nur eine natürliche Reaktion des Nationaldemokraten auf die Wahlniederlage seiner Partei

⁷⁵⁴ *Słowo Polskie* 348(28.07.1911); Jaworski an Bobrzyński vom 16.07.1911, BJ 8095 III, S. 150f.

⁷⁵⁵ Siehe Referat Pawlikowskis vom 19.04.1911, In: *Słowo Polskie* 182(20.04.1911).

⁷⁵⁶ Vgl. *Słowo Polskie* 280(18.06.1911).

⁷⁵⁷ Siehe Liste der Abtrünnigen bei den Nationaldemokraten, BPANK 7818; Jan Kleski an Jan Gwalbert Pawlikowski vom 12.05.1910, BPANK 7818, S. 124.

und ein Protest gegen die galizischen Wahlpraktiken.⁷⁵⁸ Die Allpolen wollten kein zweites Mal durch die Regierungsverantwortung „Geisel der Höflichkeit“ sein⁷⁵⁹ – womit die Anpassung der Prinzipien der Nationaldemokratie an die österreichische Politik gemeint war –, sondern sich verstärkt der Festigung der Beziehungen zu den Podoliern widmen und damit gleichzeitig den Krakauer Konservativen ihr Handwerk erschweren. Anlass zur Besorgnis für die Stańczyken gab schon der Einfluss der Zentrums-Partei auf die ostgalizischen Konservativen etwa mittels der Zeitschrift *Gazeta Narodowa*, wo Starzyński die Redaktion übernahm. Die wachsende Übereinstimmung in den für Galizien wesentlichen Fragen stellte die gesamte Landtags-Rechte auf eine harte Probe. Ihr bisheriger Vorsitzender Laskowski, der mit dieser Situation nicht zurechtkam, legte seine Funktion nieder und wurde durch Abrahamowicz ersetzt. Eine zusätzliche Spannung kam in diese Situation durch das Dazwischenfunken der Nationaldemokraten und eine wohlwollende Haltung der kirchlichen Würdenträger Galiziens diesem politischen Treiben gegenüber.⁷⁶⁰

Da die Idee des katholischen Zentrum, die als Brücke zwischen dem großen und kleinem Besitz gedacht war, keine zufriedenstellende Eigendynamik entwickeln konnte, trösteten sich die Krakauer Konservativen mit der Annäherung an die Volkspartei. Und diese Allianz sah für die konservativen Elemente viel günstiger aus als noch 1908 kurz nach dem Beitritt der bäuerlichen Mandatare zum Polenklub. Die Letzteren taten es zwar selbstbewusst, wozu ihnen die Kräfteverteilung in der polnischen nationalen Vertretung auch einen Grund gab. Denn sei es in der Verbindung mit den Konservativen, sei es durch die Zusammenarbeit mit den polnischen Demokraten waren im Polenklub Mehrheiten möglich, die aus der Sicht der bäuerlichen Fraktion günstig sowohl für sie als auch für den Polenklub waren (z.B. bei den landwirtschaftlichen Angelegenheiten, beim Verhindern übermäßiger Auswüchse der Bürokratie im Einklang mit den Konservativen, was dagegen die Eindämmung der reaktionären Gelüste und die Verfolgung der Fortschrittsideen anging, ergab sich ein Schulterchluss der Volkspartei mit den Demokraten).⁷⁶¹ Es gab allerdings einen Wehrmutstropfen dabei. Früher war die bäuerliche Fraktion ein starker Verbündeter der geschwächten Konservativen, aus den Reichsratswahlen des Jahres 1911 kamen die

⁷⁵⁸ Głabiński war erzürnt, dass seine Versuche in die Wahlberichte aus den Bezirken Stojałowskis und anderer Kandidaten aus dem Umfeld der Nationaldemokraten einzusehen, die zu Fall gebracht wurden, erfolglos blieben. Laut Aussage des Vorsitzenden der Legitimationskommission Daszyński waren diese unauffindbar. Vgl. GŁABIŃSKI, *Wspomnienia...*, S. 156.

⁷⁵⁹ Siehe *Słowo Polskie* 301(30.06.1911).

⁷⁶⁰ *Prawda* 29(16.07.1911).

⁷⁶¹ *Przyjaciół Ludu* 30(23.07.1911).

Letzteren jedoch erstarkt hervor, was die Volkspartei auf die Rolle eines Juniorpartners reduzierte.

Die Ergebnisse der Reichsratswahlen von 1911 im Vergleich zu 1907

	1907	1911
Polenklub	71	73*
Sozialisten pol.	4	7
Zionisten	2	-
Parteilose	2	2
Ruthenen	28	26

a) Polnische Vertretung

Volkspartei	19	25**
Konservative	8	19***
Nationaldemokraten	16	10
Pol. Demokraten	13	13****
Kath. Zentrum	6	2
Christlichsoziale	5	-
Parteilose	4	2 (schlesische Abg. 2)

b) Ruthenische Vertretung

Ukr. Nationaldemokr.	17	18
Ukr. Radikalen	4	5
Altruthenen	3	-
Moskalophile	2	2
Ruth. Sozialisten	2	1

Quelle: Czas 299 (5.07.1911)

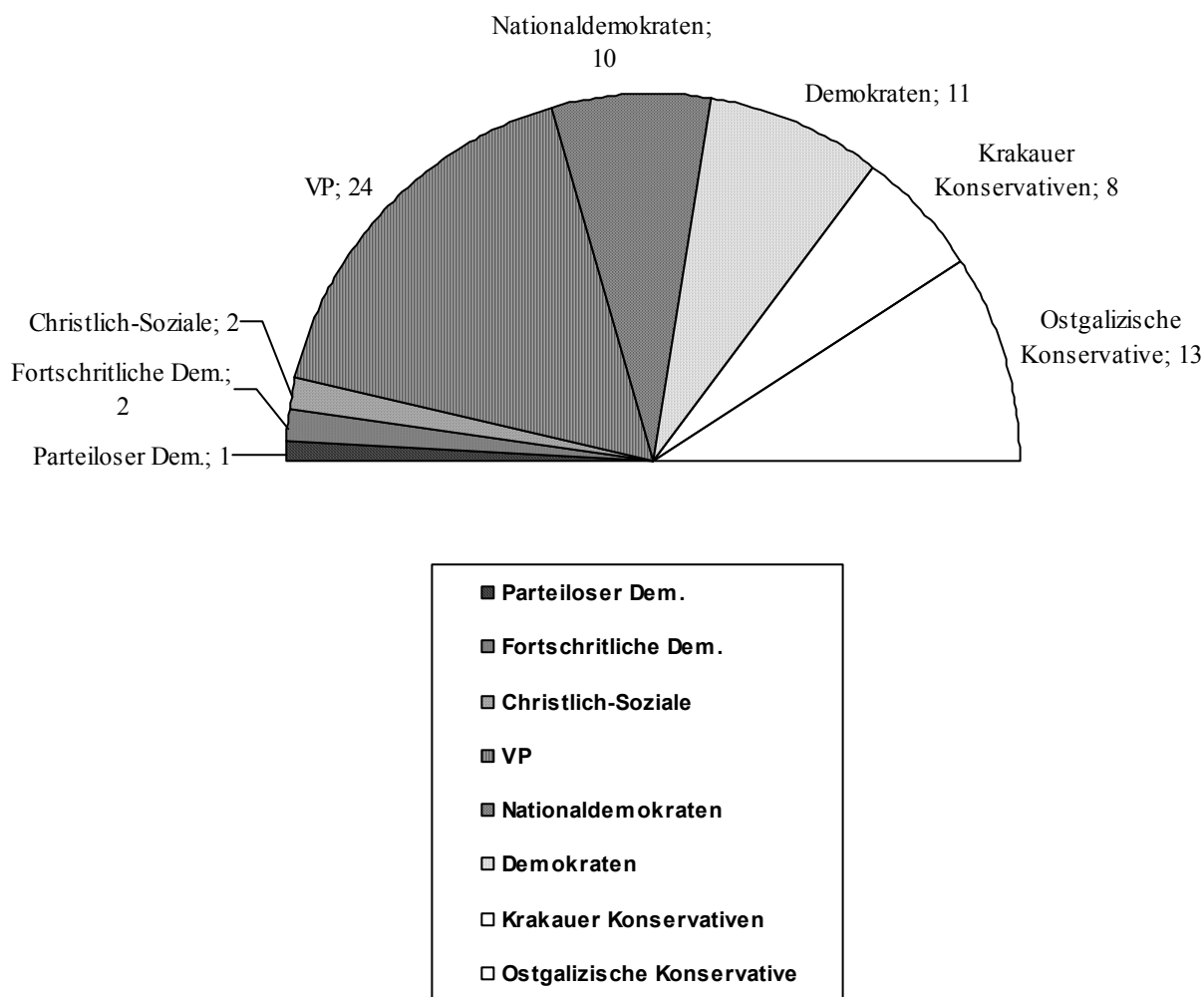
* die konservative Zeitschrift Czas nennt 73 Mandatare im Polenklub, andere Quellen 71

** Im Unterschied zu *Kurjer Lwowski* zählt Czas zu den Mandataren der Volkspartei auch den Abgeordneten Dobija, der seinen Beitritt schon früher angekündigt hatte, daher ist hier die Rede von insgesamt 25 Mandataren. Auch *Przyjaciół Ludu* bestätigt das.

*** *Kurjer Lwowski* zählt zu den Konservativen auch die Abgeordneten Stern und Kozłowski. In anderen Presseorganen wird der Letztere bei der katholischen Zentrums-Partei angesiedelt.

**** *Czas* zählt auch die Abgeordneten Śliwiński und Lisiewicz zu den polnischen Demokraten, obwohl sie zu den fortschrittlichen Demokraten gehörten.

Der Polenklub nach den Reichsratswahlen 1911



Unter den restlichen Mandataren der galizischen Vertretung im Reichsrat (106), die nicht dem Polenklub angehörten, standen 9 polnische Sozialdemokraten (7 + 2 aus Schlesien) und 26 Ruthenen (darunter 18 ukrainische Nationaldemokraten, 5 Radikale, 1 Sozialdemokrat und 1 Moskaophile).

Quelle: *Gazeta Narodowa* 153 (7.07.1911) *Czas* 299 (5.07.1911)

Entwurf: Teresa Stochel-Nabielska

Grafik: Piotr Galler

XII. Der lange Weg zur Reform der Wahlordnung für den Landtag.

A. „Casus belli“, Übereinstimmungen, Resultate der Verhandlungen. Das Ende der Ära Bobrzyński.

Das Ringen um die Demokratisierung des Wahlgesetzes für den Landtag ging in dem östlichsten Winkel der Monarchie 1913 in seine entscheidende Phase. Dass es kein Wahlrecht sein würde, nach dem bereits 1907 im Wiener Reichsrat gewählt wurde, war schon im Vorfeld bekannt. Diese Idee würde weder eine Mehrheit im Landtag finden, noch die Zustimmung Wiens erhaltenen. Es ging also um die Beseitigung der krassesten Anachronismen, wie etwa Doppelwahlen in der Kurie der Landgemeinden oder öffentliche Abstimmung in der Kurie der Städte. Schließlich konnte man die kleinen Änderungen, die 1866 und 1900 vorgenommen wurden und im Zuge welcher zuerst die Zahl der gewählten Mandatare von 141 auf 144 durch zusätzliche drei Stimmen für die Kurie der Städte und später die Virilstimmen um zwei angehoben wurden (von neun auf elf), nicht als Reform ansehen. Es ist gar nicht möglich diese ganze Fülle an diversen Anregungen, Entwürfen und deren Modifizierungen, die von den Parteien vorgeschlagen wurden, einzeln zu beschreiben, ohne den Rahmen der Arbeit zu sprengen und - was schlimmer wäre - noch mehr Verwirrung in die ohnehin schwierige Materie zu bringen. Wir wollen uns daher auf die wichtigsten Etappen konzentrieren, die der Demokratisierungsprozess des Wahlsystems in Galizien durchmachen musste.⁷⁶²

Das Gelingen dieses wichtigen Reformprojekts und zugleich der Schlüssel zum Erfolg der einzelnen Parteien lag irgendwo in einem geschickten Balanceakt zwischen der Nichtüberschreitung einer gewissen eigenen Schmerzgrenze und der Nichtunterschätzung der politischen Kontrahenten. Alles in einem ging es um ein kluges Verhandeln und Taktieren. In all den Jahren, in denen um diese Vielzahl von Entwürfen gefeilscht wurde, ging es für die einen um die Beseitigung der sozialen Gegensätze und der Reform der Landesregierung, die anderen verteidigten dagegen ihre privilegierte Stellung. Neben den parteispezifischen Bestrebungen standen hier auch persönliche Herausforderungen im Vordergrund. Für Statthalter Bobrzyński ging es dabei um den Höhepunkt seines politischen Programms, von dem die Position der Polen in der Monarchie abhing – nämlich um die

⁷⁶² Ausführlich darüber siehe JÓZEF BUSZKO, *Sejmowa reforma wyborcza w Galicji 1905-1914* [Wahlreform für den galizischen Landtag 1905-1914], Warszawa-Kraków 1956; Ders., *Stanowisko galicyjskiego obszarnictwa polskiego i burżuazji wobec reformy wyborczej w latach 1905-07* [Die Haltung der galizischen Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie in der Frage der Wahlreform 1905-07], In: *Przegląd Historyczny* 1955, XLVI, Heft 3. S. 380-419.

Beilegung des Nationalitätenkonflikts und zwar ohne die Vermittlung Wiens. Denn entgegen der Meinung mancher Kritiker war er in diesem Punkt kein bloßer Ausführer der Befehle der Zentralregierung. Besonders nicht, wenn diese von Kabinettschefs kamen, die wenig mit der Situation in Galizien vertraut waren (z.B. Beck).⁷⁶³ Der Kurs, den die Außenpolitik diktierte, deckte sich auch mit der Überzeugung des Krakauer Konservativen.⁷⁶⁴ Da jedoch die Umstände im Lande von einem Wunschbild weit entfernt waren - unter den ukrainischen Nationaldemokraten gab es Elemente, welche die Politik der Zugeständnisse an die Ruthenen für die Hardliner unter den polnischen Parteien schwer erklärbar machten, die Moskalophilen waren keine national-konservative Partei - wählte Bobrzyński die Taktik der kleinen Schritte. Dazu gehörte die Legalisierung der ukrainischen Schützenverbände, die Wahl ihres Vertreters in den Landesausschuss (Wydzał Krajowy), Erleichterungen bei der Besetzung der höheren Ämter mit ukrainischen Kandidaten bis hin zu der geplanten Anhebung der Mandate für die Ruthenen. Der Statthalter ließ sich auch nicht von einigen Einflüsterungen beirren, wie etwa Cieńskis, der empfahl, die Moskalophilen nicht zu bekämpfen⁷⁶⁵, oder Korols, der Bobrzyński zum Bündnis mit den Altruthenen zu überreden versuchte.⁷⁶⁶ Die zweite Option war zu riskant - die Unterschiede zwischen den beiden Flügeln der Altruthenen waren einzig in der Taktik erkennbar, daher könnte die Absicht dahinter von Wien falsch verstanden werden - und wenig gewinnbringend, da die Gemäßigten keine große Kraft an sich darstellten. Daher wählte Bobrzyński einen Mittelweg: er ging nicht gegen diese Elemente vor und gewann einen stillen Verbündeten bei der Schwächung der Moskalophilen.⁷⁶⁷ Zum selben Zweck nutzte der Konservative das Potential einer anderen Partei auf der polnischen Seite. Bobrzyński nahm die Sozialdemokraten nicht ernst oder - wie es manche zu formulieren pflegten - „verstand nicht den Sozialismus“⁷⁶⁸,

⁷⁶³ Bobrzyński an Korytowski vom 23.08.1908, BJ 8102II, S. 47f.

⁷⁶⁴ Bobrzyński an Guido Härdtl vom 30.12.1909, HHStA PA XL/Interna, Liasse XLV/9-RP, 1909 September-1912, Kart, 222, S. 57; Zu polnisch-ruthenischen Beziehungen siehe JAKUB FORST-BATTAGLIA, Die polnisch-ruthenischen Beziehungen zwischen 1865-1873, In: *Studia Austro-Polonica*, Bd. I, Warszawa-Kraków 1978; JANUSZ GRUCHAŁA, Rząd austriacki i polskie stronnictwa polityczne w Galicji wobec kwestii ukraińskiej [Die österreichische Regierung und die polnischen Parteien in Galizien zur ruthenischen Frage 1890-1914], Katowice 1978; KLAUS BACHMANN, Ein Herd der Feindschaft gegen Russland. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Russland (1907-1914), Wien 2001.

⁷⁶⁵ Cieński an Bobrzyński vom 18.06.1911, BJ 8094 III, S. 95f und vom 23.06.1911, ebda, S. 105f.

⁷⁶⁶ Korol an Bobrzyński vom 8.12.1910, BJ 8093III, S. 417.

⁷⁶⁷ Wien wurde darüber von Bobrzyński in Kenntnis gesetzt. Siehe Bobrzyński an Ministerium des Inneren vom 6.04.1910, HHStA PA XL/Interna, Liasse XLV/9-RP, 1909 September-1912, Kart. 222, S.119; Vgl. auch JANUSZ GRUCHAŁA, Rząd ..., S. 115.

⁷⁶⁸ Als Ausdruck dieser Geringschätzung kann der Umstand dienen, dass Bobrzyński in seinen Erinnerungen

aber die Arbeitervertreter konnten die antirussophile Stimmung besser unter der Bevölkerung verbreiteten, als die Konservativen das je vermocht hätten.

Der Ausgleichgedanke, dem sich Bobrzyński in den letzten Jahren seines Amtierens als Statthalter von Galizien intensiv widmete, war allerdings von dem schwierigen Spagat erschwert, den der Krakauer Konservative meistern musste - den breiten Bevölkerungsschichten eine demokratische Vertretung im Landtag sichern und zugleich die konservative Sicht in diesem Projekt akzentuieren. Hier führte an Zweckbündnissen und Kompromissen kein Weg vorbei, was wiederum dem Statthalter und seinem politischen Lager immer wieder neue Gegner bescherte.

Die Politik der Kombinationen verleitete so manchen Politiker dazu, die Situation beim Namen zu nennen und das ganze polnisch-österreichische Verhältnis kritisch zu beleuchten. "Was Österreich betrifft - kritisierte der Mitglied der polnischen Volkspartei Włodzimierz Tetmajer ⁷⁶⁹ - sind wir gewohnt - trotz Erfahrungen - zu glauben, dass zwischen diesem Land und uns eine Sympathie bestünde. Wir glauben daran und in diesem Sinne gehen wir politische Bündnisse ein. Österreich glaubt auch daran, aber nutzt in dieser Überzeugung unsere Naivität und Gefühle auf eine zynische Art mit der widerlichen Heuchelei eines scheinheiligen Egoisten aus. Es liebt und schmeichelt uns, wenn sie die Angst packt, flüstert etwas halblaut wie aus weiter Entfernung, als ob es etwas zeigen wollte, hetzt im geheimen mit unverantwortlichen Faktoren, während es offiziell eine diplomatische Reserve beibehält als Hintertürchen, durch welches es möglich ist, sich jede Zeit aus dem Ungewissen zurückzuziehen und zu tun, als ob nie etwas gewesen wäre."⁷⁷⁰

Die Reform des Wahlgesetzes hätte ein Kompromissprojekt aller Parteien sein sollen, diese gingen allerdings mit unterschiedlichen Positionen an den Verhandlungstisch. Die Landtags-Linke stellte sich hinter die Gleichberechtigung der Landtage mit dem Reichsrat. Die Volkspartei, die 1904 zum erstenmal die Abschaffung des Kuriensystems und die Einführung einer Abstimmung gestützt auf vier demokratische Prinzipien verlangte, zeigte sich im Oktober 1910 bereit - angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse - anstelle der Gleichheit in Richtung einer Pluralstimme zu verhandeln, verteidigte jedoch zugleich in ihrem

Daszyński mit keinem Wort erwähnt, Piłsudski nur ein einziges Mal.

⁷⁶⁹ Als die europäischen Mächte nach dem Ausbruch der Balkankrise in Kriegsbereitschaft standen, bemühte sich Tetmajer neben Piłsudski, Jodko, Daszyński, Sikorski und Śliwinski, die polnischen Kräfte um ein militärisches Zentrum zu organisieren. Aus dieser Initiative konstituierte sich am 1. Dezember 1912 in Wien die Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien (Komisja Tymczasowa Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych) mit dem Ziel, einen aktiven Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit des polnischen Volkes zu starten.

⁷⁷⁰ Zitat aus *Słowo Polskie* 328(16.07.1913).

Einflussbereich, in der Kurie der Landgemeinden, die Zahl der Mandate, die diese bereits besaß. Der ukrainische Klub verlangte für die Ruthenen eine Mandatzahl, die dem prozentuellen Verhältnis der ruthenischen Bevölkerung im Lande entsprach.

Den Konservativen - besonders ihrem ostgalizischen Flügel -, die im Herbst 1909 aus ihrer passiven Haltung herausgingen, ging es weniger um die Demokratisierung der Verhältnisse, sondern um eine praktische Reform. Sie machten von Anfang an klar - und hier kam ihnen die Regierungserklärung vom 27. Juni 1907 entgegen -, dass in den Landtagen das Kuriensystem bzw. die Interessenvertretung beibehalten werden müsse. Das Kompromissprojekt war noch nicht in Sicht, da kreisten ihre Gedanken schon um Mechanismen herum, die den Landtag für längere Zeit vor neuerlichen Änderungen der Wahlordnung schützen würden. Man dachte hier an einen Vorbehalt, dass ein solcher Beschluss auch einer Mehrheit der Abgeordneten jeder Kurie bedürfe, stieß damit aber sowohl bei der Landtags-Linken als auch bei der bäuerlichen Partei auf Ablehnung.⁷⁷¹ Von Beginn der Verhandlungen an stellten sich die Konservativen gegen das aus ihrer Sicht "schädliche" Gleichheitsprinzip, „das der Menge die Oberhand über die Kultur gab“⁷⁷² – anders gesagt wollte man die Majorisierung der Besteuerten durch die Nichtbesteuerten verhindern. In der Argumentation berief man sich an dieser Stelle sogar auf die Haltung der führenden Persönlichkeit im nationaldemokratischen Lager, Roman Dmowski, der in seinem Werk *"Podstawy polityki narodowej"* (Grundlagen der nationalen Politik) das Prinzip der politischen Gleichheit in Angelegenheiten, wo es um die nationalen Aspekte ging, auch ablehnte.

Während der treue Adjutant des Statthalters, Jaworski, die Schmerzgrenze seines Lagers deutlich erkennen ließ, erzwang Stapiński, der noch vor kurzem die Gleichheit im Wahlrecht als unverzichtbare Bedingung der politischen und sozialen Entwicklung der Massen sah, in seiner Fraktion am 10. Oktober 1910 einen Beschluss für eine Pluralstimme für alle, die direkte Steuer zahlten. Die Tatsache, dass die Abstimmung darüber nicht einstimmig angenommen wurde, wurde der Öffentlichkeit vorenthalten. Gegen die Pluralstimmen stimmten die Abgeordneten Jampolski, Pilat und Styła. Witos enthielt sich aus formalen Gründen der Stimme und der Abgeordnete Kędzior, der als entschiedener Befürworter der Programmtreue bekannt war, blieb der Sitzung des Klubs an diesem Tag fern.⁷⁷³

Die angekündigte Aufstockung der Repräsentanz der Städte und Kammern (insgesamt um 14 Sitze) befriedigte vorläufig die Wünsche der polnischen Demokraten und gab den

⁷⁷¹ Siehe *Czas* 489(26.10.1910).

⁷⁷² JAWORSKI, *Listy z sejmu 1910*, Kraków 1911, S.28.

⁷⁷³ *Kurjer Lwowski* 478 (15.10.1910).

Konservativen freie Hand bei der Regelung der Mandatzahl in der I. und IV. Wahlkurie. Bei den Verhandlungen mit der Volkspartei waren jedoch zwei heikle Punkte zu überwinden. Die Stańczyken, bemüht das Wahlgesetz in einer für sie günstigen Form kodifiziert zu bekommen, entwickelten ein Konzept, das auf den ersten Blick ihren guten Willen in Richtung Demokratisierung Galiziens zeigen sollte, gleichzeitig aber nicht frei von einer gewissen Doppelbödigkeit war. Die Konservativen schlugen der bäuerlichen Partei die Beibehaltung der 44 Mandate in der Kurie des Großgrundbesitzes vor, bei vergrößerter Zahl der Abgeordneten im Landtag von 161 auf 195, was in der Optik eine Verkleinerung dieser Interessengruppe von 27,3% auf 22,5% mit sich bringen würde. Im zweiten Atemzug aber wurde dieser Vorschlag an die Schaffung einer zusätzlichen Gruppe, die so genannte Kurie des mittleren Besitzes (für Pfarrer und reichere Bauern mit bis zu 100 Morgen Land) gebunden. Die Volkspartei opponierte heftig gegen diese Konzeption. Als zweites versuchten die Konservativen bei den Verhandlungen rund um die Wahlreform ein brennendes Problem zu lösen, das die beiden politischen Lager seit langem entzweite. Der Versuch, ein Junktim zwischen dem Wahlgesetz und der Gemeindereform herzustellen, war jedoch mit der Gefahr verknüpft, dass die Volkspartei in der bevorstehenden Budgetdebatte zur Opposition abschnellen würde.

Anfang November 1910 war ein Kompromiss der polnischen Parteien zum Großteil erreicht. Der Landtag sollte 198 Abgeordnete zählen, darunter 15 Virilstimmen. Auf die Kurie des Großgrundbesitzes sollten 44 Mandate entfallen, die Handelskammern sollten ihre bisherigen 3 Sitze behalten, dazu kamen 2 Mandate für die Handwerkskammern. Eindeutige Gewinner waren die Städte. Sie bekamen 36 Mandate(+ 8), dazu in der allgemeinen Kurie 10 Sitze (hier galt die Bedingung einer zweijährigen Niederlassung in der Gemeinde und Zweimandatskreise), was zusammen mit den Kammern 51 Mandate ausmachte. Für die Kurie der Landgemeinden waren 88 Mandate vorgesehen und zwar 50 für polnische und 38 für ruthenische Wahlkreise (im Westen des Landes Einmandatskreise, im Osten Zwei- bzw. Dreimandatskreise).⁷⁷⁴ Die Abstimmung hier sollte allgemein sein. Allen, die direkte Steuern zahlten, standen zwei Stimmen zu, für die Nicht-Steuerzahler galt die Bedingung einer zweijährigen Niederlassung in der Gemeinde.⁷⁷⁵ Dieses Projekt bedurfte allerdings noch einer Zustimmung der Ruthenen, die sich aber äußerst unzufrieden zeigten und dies mit der Obstruktion im Landtag laut kundtaten. Die Zentralregierung, an welche die unzufriedenen „Tiroler des Ostens“ appellierten, eilte nicht mit der Lösung des Problems bis zu dem Zeitpunkt, in dem ihre Obstruktion auch den Reichsrat erreichte. Notgedrungen richtete Wien seine Aufmerksamkeit auf das Geschehen in Galizien und zeigte

⁷⁷⁴ Die Aufstockung der Mandate und die Einführung der allgemeinen Wahlkurie modifiziert durch das Pluralsystem mit Steuerzensus gehörte zu den Errungenschaften der Volkspartei.

⁷⁷⁵ Projekt siehe CzaS 489(26.10.1910).

sich bereit, auf Kosten der Polen den Ruthenen Zugeständnisse zu machen. So wurden die Konservativen, die mit der Regierung ein stiller Pakt verband (Wien legte die Führung in Galizien in die konservativen Hände, diese dagegen sorgten dafür, dass mit den polnischen Stimmen bei wichtigen Entscheidungen zu rechnen war) dem wachsenden Erfolgsdruck aus Wien ausgesetzt.

Das Kompromissprojekt der polnischen Fraktionen - zusammengefasst vom Referenten des Komitees für die Wahlreform Starzyński⁷⁷⁶ - war erst im April fertig gestellt, als der Reichsrat schon aufgelöst war und neue Wahlen angesetzt wurden. Nach dem Urnengang zeigte sich fast keine Partei mit ihm zufrieden, außerdem war es änderungsbedürftig hinsichtlich der ruthenischen Wünsche und Forderungen. Diese forderten bereits 30% der gesamten Mandatzahl im Landtag und Einmandatskreise, während das Starzyński-Projekt ihnen nur 25% zugestehen wollte. Die mühsamen Verhandlungen erlebten ein da capo.

Die Probleme in der Volkspartei (Politik der Negation betrieben von der Fronde) und die Situation, mit der die Fraktionen der Landtagslinken konfrontiert wurden (wachsende sozialistische Konkurrenz in größeren Städten und die Radikalisierung eines Teils der jüdischen Bevölkerung), veranlasste diese Kräfte dazu, mehr Druck auszuüben und die Wahlreform verstärkt voranzutreiben. Die internen Beratungen in der bäuerlichen Partei ergaben die Bereitschaft, den Ruthenen 26,4% der Mandate einzuräumen, was ihrer prozentuellen Vertretung im Parlament entsprach. Diese Stellungnahme der Volkspartei, die am 9. Januar 1911 in einen Beschluss mündete, stieß jedoch bei anderen Fraktionen, die darin eine Schwächung der polnischen Position sahen, auf heftige Kritik. Die Allpolen wollten am liebsten die ruthenische Obstruktion mit Gewalt brechen und die Wahlreform ohne ihre Zustimmung durchführen, denn unter den gegebenen Umständen wäre nach ihrem Verständnis jede Konzession seitens der polnischen Parteien kein Kompromiss, sondern eine Kapitulation.⁷⁷⁷ Aber auch die Zentrums-Gruppe wollte sich an den Beschluss des Polenklubs, der fast ein Jahr später am 10. November 1912 gefasst wurde - die Verständigung mit den Ruthenen wurde im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens der zwei Nationalitäten als notwendig erklärt -, nicht binden. Man zeigte sich einerseits in der Absicht verbindlich (z.B. Czartoryski), andererseits in der Sache hart und zu wenig Zugeständnissen bereit (Starzyński).

Zu den wichtigsten Aufgaben bei der Regelung der neuen Wahlordnung gehörte die Absicherung der Mandate. Die Ansiedlung beider Nationalitäten in Ostgalizien ließ nur in den Kreisen östlich und westlich von Lemberg die Bildung von ein paar polnisch-ruthenischen Wahlkreisen zu. In den anderen Bezirken dieses Landesteils waren die Polen in der Minderheit. Ohne eigenen Kataster - ein System der Teilung der Bevölkerung nach Nationalitäten, das schon in Mähren und in der Bukowina

⁷⁷⁶ Starzyński übernahm das Referat für die Wahlreform als Głabiński am 16. November 1911 zum Minister nominiert wurde. Nach Starzyński war Stanisław Henryk Badeni Sprecher der Kommission.

⁷⁷⁷ *Słowo Polskie* 156 (4.04.1913).

angewendet wurde - und der Hilfe der jüdischen Bevölkerung konnte es hier beim allgemeinen Wahlrecht keine polnischen Mandate geben. So sahen zumindest die Nationaldemokraten die Lage.⁷⁷⁸ Man überlegte also ein geeignetes Systems, das die Wegnahme eines ruthenischen Mandats durch die Polen und eines polnischen durch die Ruthenen verhindern würde. Die podolische Schlachta angeführt von Kozłowski bestand auf Dreimandatskreise in Ostgalizien, die bäuerliche Partei und die Demokraten wollten ein Katastersystem und die westgalizischen Konservativen mit dem Statthalter bevorzugten das Proportionalsystem (Zweimandatskreise), um auch im Reservoir der Bauern nach Mandaten zu greifen.⁷⁷⁹

Während die Krakauer Konservativen die Ruthenen zu überzeugen versuchten, dass die 26,4% Mandate für sie durch die Schaffung der Kurie des mittleren Besitzes zu erreichen wäre, verlangten diese bereits 31% und bestanden auf zwei ruthenischen Vertretern im Landesausschuss (Wydział Krajowy) sowie einem Landesmarschall-Stellvertreter (in Wydział Krajowy wollten sie die allgemeine Zahl der Mitglieder von acht auf sieben absetzen). Die mühsamen Gespräche mit den Ruthenen wurden Ende 1912 (vom 12. bis zum 21. Dezember) in Wien fortgesetzt, allerdings ohne die Anwesenheit der polnischen Nationaldemokraten und der Zentrums-Gruppe. Der neue Kompromiss, der sich zwischen dem Statthalterblock und den Ruthenen abzeichnete - selbst die ukrainische Zeitschrift *Dilo* bezeichnete diese Fraktionen als Freunde der Wahlreform -, war allerdings an eine wesentliche Bedingung geknüpft. Im Falle einer Ablehnung, selbst wenn nur von einer politischen Gruppierung, war der Kompromiss nicht bindend. Das neue Modell der Wahlreform beinhaltete einige Abweichungen von dem gemeinsamen Projekt der polnischen Fraktionen. Den Ruthenen wurden zwei Mandate mehr als ursprünglich versprochen. Das frühere Entwurf sah in der städtischen Kurie mit dem Steuerzensus und der Kurie der Handelskammern, welche zwei Abgeordnete wählen sollten, eine Repräsentanz der Minderheit vor. In der neuen Abmachung wurde diese auf Antrag der polnischen Demokraten abgeschafft. Im Landesausschuss wurde die Zahl der Mitglieder auf sieben heruntersgesetzt (auch Vorschlag des Abgeordneten Leo). Für die Änderung des Landesstatuts sollte die Anwesenheit von 125 Mandataren reichen.⁷⁸⁰

Die Entscheidungen, die während der Wiener Verhandlungen über die Köpfe anderer hinweg getroffen wurden, erzürnten die Nationaldemokraten, die besonders darauf achteten,

⁷⁷⁸ Siehe GŁĄBIŃSKI, Wspomnienia..., S. 159.

⁷⁷⁹ Bei der Ablehnung eines Katastersystems beriefen sich die Krakauer Konservativen auf den Willen der Zentralregierung, die Podolier fürchteten in der Konsequenz eine dauerhafte Spaltung zwischen den Polen und Ruthenen. Ebda, S. 159.

⁷⁸⁰ *Słowo Polskie* 157(5.04.1913).

dass keine Fehler oder auch nur Doppeldeutigkeiten in der Kodifizierung des neuen Wahlgesetzes Platz fänden, welche von den Ruthenen als neue Mittel im Kampf gegen die Polen benutzt werden konnten.⁷⁸¹ Die polnischen Nationaldemokraten mischten aber nicht nur mit diesem Zuruf in der Tagespolitik ordentlich mit. Mitten in den polnisch-ruthenischen Verhandlungen wurde die Aufmerksamkeit der Politiker wieder auf die Causa der eigenen Universität für die Ruthenen abgelenkt, da diese das parlamentarische Getriebe mit ihrer Obstruktion störten und die Regierung Stürgkh auf konkrete Zugeständnisse als *antidotum* greifen wollte. Obwohl die Allpolen, die der Idee der Gründung einer ruthenischen Hochschule einst zugestimmt hatten - geleitet allerdings von der tiefen Überzeugung, dass es diesen an entsprechenden wissenschaftlichen Kapazitäten fehlen und die Angelegenheit sich daher ewig hinziehen würde -, jetzt in die Enge kamen, so kam ihnen diese neuerliche Diskussion nicht ganz so ungelegen. Zum einen konnten sie von den Problemen ein wenig ablenken, welche ihnen die lauten prorussischen Sympathien der Parteiführung in der Öffentlichkeit und im eigenen Lager bescherte (hier besonders die Enttäuschung der Jugend, die auf die Lösung der polnischen Frage im Zuge einer kriegesischen Auseinandersetzung zwischen Österreich und Russland hoffte), und sich als harte Widersacher der ruthenischen Pläne zeigen, vor allem, wenn es um den Standort der künftigen Universität in Lemberg und um eine klare Betonung des polnischen Charakters der bereits vorhandenen ging. Mit der Verkürzung der Wartezeit auf eine ruthenische wissenschaftliche Einrichtung auf vier Jahre (bis 1916) endete zwar am 28. Dezember 1912 die Obstruktion der Ruthenen im Reichsrat, die Verhandlungen wurden von ihnen jedoch unterbrochen. Der Teufel steckte wie so oft wieder im Detail. Diesmal konnte man sich auf keine geeignete Wortwahl für den Beschluss einigen, welcher dem polnischen Wunsch nach einer Feststellung des polnischen Wesens der Lemberger Universität bis zum Zeitpunkt der Entstehung einer ruthenischen Hochschule Rechnung tragen würde und gleichzeitig die gegnerische Seite zufrieden stimmen könnte. Der Konflikt hatte für die polnischen Nationaldemokraten jedoch noch eine positive Seite – das Verhältnis mit den podolischen Konservativen⁷⁸² wurde enger und hing wie ein

⁷⁸¹ Diese Kleinlichkeit zeigte sich wohl am deutlichsten als Anfang April 1913 ein Antrag auf Perfektionierung der Wahlreform in der gerade dauernder Session des Landtags zur Abstimmung gebracht wurde. Gegner des Reformprojekts Bobrzyńskis (Głabiński, Piniński und Czartoryski) ließen zusätzlich über den Absatz „aufgrund der Richtlinien beschlossen mit der Mehrheit der Stimmen in der Landtagskommission“ abstimmen. Die ganze Resolution mit der Weglassung der Formulierung wurde einstimmig angenommen, für diese Stelle stimmten 78 Abgeordnete, dagegen 37 (viele Mandatare des Antiblocks waren an diesem Tag abwesend). Mit dem Statthalterblock stimmten einige städtische Mandatare (u.a. Kleski, Rauch, Rittel, Halban, Misiński) und auch die Rektoren der Hochschulen. Siehe dazu *Słowo Polskie* 157(5.04.1913).

⁷⁸² Hingewiesen sei hier auf die oppositionelle Haltung etwa der Konservativen Starzyński und Piniński. Vgl.

Damoklesschwert über einer positiven Wendung in der Causa der Wahlreform für den Landtag.

Da die Ruthenen kein Junktim zwischen der Forderung nach der eigenen Universität und der Neuordnung des Wahlgesetzes herstellten, kehrten die galizischen Parteien wieder an den Verhandlungstisch zurück. Die Hoffnung, dass vielleicht eine Entspannung der polnisch-ruthenischen Verhältnisse durch eine positive Abwicklung der Wahlreform auch eine bessere Stimmung in der Frage der ruthenischen Höheren Schule erzeugen würde, gab man in der Zentralregierung nicht auf.⁷⁸³ Allerdings war die Position der Ruthenen in der zweiten Hälfte des Jahres 1912 durch die Außenpolitik, sprich Spannungen auf dem Balkan, sowie durch die ruthenische Unterstützung für Wien bei der Durchbringung einer neuen Wehrvorlage im Parlament wesentlich begünstigt, auf den Schultern der Polen dagegen lastete mehr Druck.⁷⁸⁴ Dazu waren die galizischen Parteien zu Beginn des Jahres 1913 in zwei Lager gespalten. Die einen orientierten sich an den gemeinsamen Bestimmungen aus dem Jahre 1910 (Allpolen, Zentrum), für die anderen (Statthalterblock, Ruthenen) bildeten die Beschlüsse von 1912⁷⁸⁵ eine Grundlage für weitere Verhandlungen, die aufgrund der Kräfteverteilung noch nötig waren. Nach weiteren mühsamen Gesprächen der Vorsitzenden der polnischen Parteien sollten schließlich diejenigen Konditionen als Grundlage zur Abstimmung in der Kommission für die Wahlreform dienen, auf welche man sich am 27. Februar 1913 einigte. Die Zahl der Sejmadgeordneten wurde auf 226 aufgestockt, darunter waren 13 Virilstimmen (ein Sitz davon sollte den Ruthenen gehören). Die restlichen 213 gewählten Mandatare sollten folgendermaßen aufgeteilt werden: 45 (darunter ein Ruthene) in der I. Kurie, 8 in der Kurie des mittleren Besitzes (hier fanden sich alle, die mindestens 100 Kronen an Grundsteuern zahlten und nicht der Kurie des Großgrundbesitzes angehörten, darunter entfiel die Hälfte der Sitze auf die Ruthenen), 43 in der Kurie der Städte (gewählt wie bisher), 12 für die Städte gewählt in der allgemeinen Kurie (darunter 3 Ruthenen), 5 in den Handelskammern, 2 in den Handwerkskammern, 98 in der Kurie der Landgemeinden gewählt allgemein mit Pluralstimme (davon 44 Ruthenen).⁷⁸⁶

Obwohl die ruthenische Seite diesmal ihre Ansprüche etwas zurückschraubte und nur zwei Mandate über die Latte 26,4% verlangte, scheiterte dieses Projekt bei der Abstimmung über die Regelungen, welche die Kreisräte betrafen. Die Ruthenen stimmten nur dem ersten

BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 311.

⁷⁸³ Stürgkh an Bobrzyński vom 31.12.1913, BJ 8097 III/1913.

⁷⁸⁴ Außenministerium an Stürgkh vom 30.11.1912, In: HHStA PA XL/Interna, Liasse XLV/9, K. 222, S. 329f; Siehe auch AGAD 321 k.k. Justiz-Ministerium. Prezydium c.k. Dyrekcji Policji Lwów 7.06.1912, L 1446/pr.

⁷⁸⁵ Siehe dazu auch Protokolle der Wahlreform-Kommission vom 17.06.1912, BJ 8107 III, S. 19-22.

⁷⁸⁶ Vgl. Czas 99(28.02.1913).

Punkt der Abmachung zu, der besagte, dass die Vertreter der Kreisräte nach dem Kuriensystem gewählt werden sollten. Zwei weitere Bestimmungen, dass das Verhältnis der Stimmen der einzelnen Interessenvertretungen zueinander und das aktive Wahlrecht hier wie bisher bleiben sollte (d.h. gestützt auf die Grundlage des Gesetzes vom 12.08.1866), lehnten sie kategorisch ab. Während die polnischen Nationaldemokraten für dieses neuerliche Scheitern der Verhandlungen die Sturheit der Ruthenen verantwortlich machten - für die Allpolen war das Kompromissprojekt von 1912 sowieso nicht bindend, da es nicht in einer offiziellen Sitzung aller Parteienvertreter stattfand, sondern nur von ein paar Politikern zustande gebracht wurde⁷⁸⁷ -, stieg bei den anderen polnischen Parteien der Unmut den Konservativen gegenüber. Die Abgeordneten der Volkspartei, die statt der Kreisräte - diese Körperschaften gab es nur in drei Kronländern der Monarchie - Aufsichtsräte in den Starosteien vorschlugen⁷⁸⁸, und die polnischen Demokraten demonstrierten dies, indem sie gleich nach der Abstimmung den empörten Ruthenen folgten und den Sitzungssaal verließen. Die Konservativen, die allein mit 13:10 über die Regelung für die Kreisräte entschieden, mochten sich nur doppelt so laut auf die Verteidigung der nationalen Interessen hier berufen und diese Körperschaften als polnische Zentren, die ein autonomes Leben ermöglichten, preisen, die anderen politischen Gruppierungen wussten, dass es sich hier um einen klaren Fall des Schutzes der eigenen Privilegien handelte. Denn außer der Kontrolle über die Gemeinden sicherten sich die reaktionären Kräfte damit vor dem Eindringen der radikalen Elemente ab und hatten Einfluss auf die Finanzwirtschaft.

Trotz der sich mit der Zeit abzeichnenden Bereitschaft der Ruthenen zu kleinen Zugeständnissen - als Berechtigung für das aktive Wahlrecht in der Kurie der Landgemeinden sollte die Entrichtung der Grundsteuer gelten -, führte die Uneinigkeit unter den polnischen Parteien das Schicksal der Wahlreform immer mehr in eine Richtung, die Bobrzyński um jeden Preis verhindern wollte – nämlich zur Intervention der Zentralregierung in einer rein autonomen Angelegenheit Galiziens. Zur großen Zufriedenheit des Statthalters bewies Stürgkh hier ein gewisses Feingefühl. Weitere Gespräche fanden in Wien statt unter der Leitung des Obmanns des Polenklubs Leo, der Ministerpräsident agierte in der Rolle eines Moderators. Man einigte sich mit den Ruthenen auf 62(+2) Mandate und auf die Notwendigkeit der Anwesenheit von 184 Abgeordneten im Landtag bei der Änderung des Wahlgesetzes. Die Abstimmung in den Städten sollte direkt und geheim verlaufen, genauso in der IV. Kurie, allerdings sollte hier für die Wahlberechtigten eine Pluralstimme eingeführt

⁷⁸⁷ Vgl. *Słowo Polskie* 17.03.1913; Gleiche Kritik kam von der Zentrums-Partei. Siehe Interview mit Witold Czartoryski für *Gazeta Warszawska*, in: *Głos Narodu* 130(10.06.1913).

⁷⁸⁸ Siehe *Przyjaciół Ludu* 23(1.06.1913).

werden. Was das Prinzip der Gleichheit anging, hat man sich noch nicht festgelegt, ob und in welcher Höhe der Steuerzensus beibehalten werden sollte.⁷⁸⁹

Diese neue Weichenstellung entschied allerdings noch lange nicht über das Los der Wahlreform. Der Statthalterblock verfügte zusammen mit den Ruthenen über 110 Stimmen. Durch ein Verlassen des Sitzungssaals von ein paar Mandataren konnte das ganze Vorhaben leicht zu Fall gebracht werden. Die gegnerische Seite zählte bereits über 29 Stimmen (Zentrum-18, Nationaldemokraten-8 und Moskalophilen-3), mit Sicherheit konnte man dazu ein paar von den Podoliern zählen, als potentielle Opposition galten zwei Mandatare aus dem bäuerlichen Lager (Jampolski und Myjak), von zwei Konservativen wusste man, dass sie bei der Abstimmung fehlen würden - Roman Graf Potocki (wegen schwerer Krankheit) und Hupka (weilte in Indien), als unsicher galt noch der Rektor der Lemberger Universität, Beck.⁷⁹⁰ Die härtesten Gegner des Wahlprojekts⁷⁹¹, die Zentrums-Gruppe und die Nationaldemokraten, die nicht über die nötigen 41 Stimmen verfügten, welche das Projekt noch kippen konnten, umwarben daher die Gleichgesinnten aus anderen politischen Gruppierungen, wie etwa die Mandatare der Lemberger Fronde und allen voran die Konservativen aus dem ostgalizischen Flügel.⁷⁹² Die Handlungsfreiheit, die man sich bei der Abstimmung in der Landtags-Rechten behielt, erleichterte den Kontrahenten Bobrzyńskis diese Bemühungen ungemein. Und dass die Podolier eigenwillig waren und sich selten etwas vorschreiben ließen, war wohl allgemein bekannt. Auch Jaworski war gut beraten, im Lager der Krakauer Konservativen keinen Druck zu erzeugen und keine Einstimmigkeit von oben aufzuzwingen zu versuchen, wenn man keine typische „jetzt erst recht“ Reaktion und dadurch kein größeres Auseinanderdriften des konservativen Lagers riskieren wollte. Es blieb ihm also nichts anderes übrig, als einzig an die Besonnenheit der Klubmitglieder zu appellieren.

⁷⁸⁹ Naprzód 66(20.03.1913).

⁷⁹⁰ Vgl. Głos Narodu 74(1.04.1913).

⁷⁹¹ An der Spitze der Opposition gegen das Wahlprojekt standen die Großgrundbesitzer aus dem Kreis Przemyśl. Diese widersetzten sich dem Kataster für die Ruthenen, forderten in ländlichen und städtischen Wahlkreisen Ostgaliziens das Proportionalssystem, nicht mehr als 26,4% der Mandate für die ruthenische Bevölkerung, zwei ruthenische Vertreter in der achtköpfigen Landesabteilung und die Sicherung der polnischen Minderheit bei der Wahl der Kreisträte.

⁷⁹² Wenn sich keine Möglichkeit zur Torpedierung des Reformwerks ergab, dann versuchte man sie wenigsten hinauszuzögern. Unter allen möglichen Vorwänden legten ein paar Konservativen, die als Referenten der Kommission für die Wahlreform gedacht waren, der Reihe nach diese Funktion nieder (nach der Absage von Wereszycki, Czaykowski und Halban, übernahm schließlich Stanisław Badeni – der allerdings bei seiner Wahl nicht anwesend war – die unliebsame Aufgabe). Siehe Naprzód 67(21.03.1913).

Gleich bei der Eröffnung der Landtagssession am 18. März 1913 protestierte Fürst Czartoryski im Namen der Zentrums-Partei gegen die Grundlagen, auf welche sich die neue Wahlordnung stützen sollte⁷⁹³, während Cieński einen Antrag auf Einführung eines Proportionalsystems (Zweimandatskreise im Westen und Dreimandatskreise im Osten des Landes) stellte - ungeachtet der Entscheidung der Kommission - und die Zahl der ruthenischen Mandate von der Höhe der von ihnen entrichteten Steuer abhängig machen wollte.⁷⁹⁴ Wie bereits erwartet stellte dem Entwurf das publizistische Sprachrohr der Allpolen ein ganz schlechtes Zeugnis aus. Aus der Sicht der Nationaldemokraten lauerten darin lauter Gefahren: den polnischen Städten drohe eine jüdische Flut, die Kreisräte in den Bezirken Ostgaliziens wären für polnische Bauern unerreichbar, was sie zu Bürgern zweiter Klasse machen würde, das ganze polnische Wesen des galizischen Landtages und des Landesausschusses wäre damit in Frage gestellt genauso wie die Autonomie des Landes. Mit dem Absegnen dieses Projekts wären den nationalen Bestrebungen Grenzen gesetzt, denn eine Änderung des Kompetenzbereiches des Landtags wäre nachher nicht mehr möglich.⁷⁹⁵

Attacken dieser Art, wo man den Stańczyken Dekadenz vorwarf und ihre Ideologie eine kurzsichtige und nur auf das Gebiet Galiziens beschränkte nannte, fielen noch in die Kategorie politischer Alltag. Eine weit tiefere Bestürzung in Teilen der Landtagsrechten rief die Erklärung des Episkopats hervor und einige originelle Töne aus der Reihe der "Verbündeten" von der linken Seite.⁷⁹⁶ Die Bischöfe, die am 26. März 1913 in ihren Gremien tagten, fassten den Entschluss, an der Abstimmung über das Reformprojekt nicht teilzunehmen. Der Überraschungseffekt war wirklich gelungen. Die Taktik der Bischöfe war offensichtlich so gedacht, den Statthalter vor vollendete Tatsache zu stellen, ohne die Möglichkeit eine Korrektur vornehmen zu können. Schließlich hatten die Geistlichen als festes Bestandteil des galizischen Landtags genug Zeit während all den Etappen, in denen dieser Reformentwurf reifte, ihre Bedenken zu äußern. Mehr noch. Die Wortmeldungen in den kirchlichen Zeitschriften (etwa *Głos Narodu*) aus den Jahren der intensivster Verhandlungen konnte man durchaus als Zustimmung für die bisherigen Pläne der

⁷⁹³ SPRAWOZDANIA STENOGRAFICZNE Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO, 120. posiedzenia, I. sesji, IX. periodu z 18.03.1913, S. 6364-6366.

⁷⁹⁴ Vgl. BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 328f; *Czas* 185(22.04.1913).

⁷⁹⁵ *Słowo Polskie* 188 (23.04.1913).

⁷⁹⁶ Der Abgeordnete Rutowski brachte den Sitzungssaal zum Staunen, als er in seiner leidenschaftlichen Rede plötzlich die Vergehen der Schlachta in der ganzen Geschichte Polens aufzuzählen begann.

Wahlreform auslegen, die man in der Causa des neuen Wahlgesetzes hatte.⁷⁹⁷ Nur durch Zufall erfuhr Bobrzyński vom Erzbischof Bilczewski, mit dem den Konservativen auch eine langjährige persönliche Freundschaft verband, von dem beabsichtigten Fernbleiben der Kirchenoberhäupter bei der Abstimmung des Landtags - als Vorwand galten hier entweder Pilgerreisen nach Rom oder Gesundheitskuren -, die für den 27. April 1913 festgesetzt wurde. Während sich die Krakauer Konservativen mittels einer Deklaration des Landtags-Polenklubs um eine Begründung dieses Schritts bei der hohen Geistlichkeit bemühten - wohl in der Hoffnung auch diese Hürden ausräumen zu können, vorausgesetzt es würde sich um politische Gründe handeln - kam die Argumentation "... dieses Projekt ruft ernste Befürchtungen hervor und droht mit einer Flut von Radikalismus, der genauso gefährlich für die Religion und Ethik ist, wie auch für die mit ihnen untrennbar verbundene nationale Kultur"⁷⁹⁸ einem Misstrauensvotum für die Politik des Statthalters gleich, welcher sich als Konservativer in der katholischen Tradition fest verankert verstand.

Damit stellte sich der polnische Episkopat auf die Seite des „Antiblocks“. Dieser Schulterschluss war kein zufälliger. Die Haltung der polnische Bischöfe war ein Resultat der Verflechtung von drei Aspekten im Wesen des galizischen Klerus: des kirchlichen Konservatismus, des Verhaftenseins mancher Klerikalen im nationalen Gedankengut bzw. direkter Wurzeln im nationalen Lager und der persönlichen Abneigung Bobrzyński gegenüber, die meistens durch seinen politischen Stil hervorgerufen war.

In galizischen Verhältnissen war die Nähe der höheren Hierarchie des Klerus zu den großgrundbesitzenden konservativen Kreisen schon immer präsent. Nicht zuletzt da diese mit ihren 129.000 ha Land - davon gehörte die Hälfte dem Episkopat - selbst zu den besitzenden gesellschaftlichen Schichten zählte. Es wunderte daher nicht, dass sich die Interessengemeinschaft der hohen Geistlichkeit mit den Podoliern abzeichnete - wie etwa bei der Ablehnung eines Katastersystems⁷⁹⁹, - und das die Presseaussendung der Bischöfe ausgerechnet in *Gazeta Narodowa*, dem publizistischen Sprachrohr der ostgalizischen Konservativen erschien. Erzbischof Bilczewski verkörperte auch gut die Haltung der Podolier,

⁷⁹⁷ Hier große Töne für einen aufrichtigen polnisch-ruthenischen Ausgleich. Vgl. *Głos Narodu* 56(8.03.1913).

⁷⁹⁸ *Słowo Polskie* 177(17.04.1913); Die Erklärung unterzeichneten: Józef Bilczewski - Erzbischof von Lemberg, Józef Pelczar - Bischof von Przemyśl, Adam Fürst Sapieha - Erzbischof von Krakau, Józef Teodorowicz - Erzbischof der armenischen Kirche von Lemberg und Leon Wałęga - Bischof von Tarnów.

⁷⁹⁹ Es ist zu bemerken, dass in dem Moment, wo die Stellungnahme der polnischen Bischöfe die Schale zu Ungunsten Bobrzyńskis zu kippen schien, gab auch Głabiński andere Töne zum Thema Kataster von sich, als man es von den Nationaldemokraten bereits seit 1907 zu hören gewohnt war. Vgl. dazu GŁABIŃSKI, *Wspomnienia...*, S. 158 und BOBRZYŃSKI, *Z moich...*, S. 370f.

wenn er sich den konservativen Altruthenen gegenüber wohlwollender gab und Sympathien seines griechisch-katholischen Amtskollegen Szeptycki für die radikalen Ukrainer tadelte.

Spätestens bei der geäußerten Befürchtung einer „Radikalisierung“ wusste man, dass dieselben Bischöfe, die beim Amtsantritt Bobrzyńskis dem neuen Statthalter ihre Unterstützung bei der „Herausführung des Landes aus einer tiefen Krise“ versprochen - und hier konnte sich nach der Bluttat an Potocki nur um die polnisch-ruthenischen Spannungen handeln⁸⁰⁰ - wohl eine andere Vorstellung von einem nationalen Ausgleich hatten, als dieser. Wenn das polnische Episkopat mit „radikalen Elementen“ auch die Ruthenen meinte, denen man in neuem Wahlgesetz den Schutz einer Minderheit zugestehen wollte, und von Benachteiligungen der katholischen Bevölkerung durch die nicht-katholische in den Städten sprach, dann waren es Töne ganz in der Diktion der Allpolen. Die Letzteren waren es auch, die den Siegeszug der Reformkritiker von der Straße zum Amtssitz des Erzbischofs in Lemberg anführten und die Oberhäupter der Kirche für ihre Entscheidung hochleben ließen.

Neben allen Gemeinsamkeiten, welche die Allianz der „Antiblock“- Parteien enger werden ließen - die Kontakte einiger Bischöfe zu den Allpolen waren auch früheren Datums, denn über Teodorowicz wusste man, dass er Mitglied der *Liga Narodowa*, der Wiege der Nationaldemokraten war, spielte die Frage des politischen Stils Bobrzyńskis eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle. Der Krakauer Konservative beherrschte nicht nur meisterhaft den Mechanismus des Verwaltungsapparates, den er in Galizien durch Ausbau einiger Sektionen noch effizienter machte⁸⁰¹, er schlug sich auch tapfer als der erste Statthalter-Pole, der nicht der Schlachta angehörte, in einer von Aristokraten dominierten, von Missgunst und politischen Intrigen umgebenen Welt. Politische Kontrahenten konnten im Handumdrehen aus Talenten schwere Laster machen. Als Bobrzyński vom Verwaltungschef immer mehr zum maßgebenden Faktor im nationalen Leben Galiziens wurde, warfen ihm die Nationaldemokraten vor, er stehe zu sehr im Dienste der Zentralregierung und behindere die Entwicklung einer starken Organisation im Lande, die im Stande wäre, mehr für Galizien aus Wien zu bekommen als nur Regelungen, die einzig die Kompetenzen des Statthalters stärkten. Als Untermauerung dieser These berief man sich auf die Entscheidungen, die 1906 während der Verhandlungen um das neue demokratische Wahlgesetz im Reichsrat getroffen wurden. Als Rückvergütung für die polnische

⁸⁰⁰ Erzbischof Józef Teodorowicz sprach nach dem Attentat auf Potocki von *discrimen rationis*, der Notwendigkeit des Verstandes, der über Gefühle die Oberhand gewinnen sollte. Siehe JÓZEF TEODOROWICZ, Obecny moment kwestii polsko-ruskiej[Der derzeitige Stand in der polnisch-ruthenischen Frage], In: Broszury o chwili obecnej[Broschüren zur aktuellen Zeit], Kraków 1907, S. 12.

⁸⁰¹ Bobrzyński studierte sehr genau auch die ruthenischen Zeitschriften und ließ sich von seinen Beamten genau selbst über kleinste Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Verwaltung informieren. Siehe Erinnerungen Alfred Wysockis an Bobrzyński zitiert bei WALDEMAR ŁAZUGA, Ostatni..., S. 108f.

Unterstützung bot man Galizien die Abschaffung der deutschen Sprache in Institutionen, in denen sie noch präsent war, an. Bobrzyński, der hier mit dem Unmut der Deutschen rechnete, schlug dagegen eine Regelung vor, welche die Position des Statthalters stärkte, nämlich die Erweiterung seiner Kompetenz beim Versetzen der Starosten ohne vorherige Absprache mit Wien.⁸⁰²

Den Widerwillen der adeligen Kreise konnte Bobrzyński nicht immer nachvollziehen. Als er sich für die Nominierung von Adam Fürst Sapieha zum Erzbischof von Krakau bei Bilczewski einsetzte - in der Hoffnung, dieser könnte für die Entspannung der Verhältnisse zwischen dem Klerus und Stapiński wirken - , stieß er nicht nur auf kalte Schulter des Aristokraten, der sich mit seinen Gegnern verbrüderte, auch der gute persönliche Kontakt des Konservativen zu Erzbischof Bilczewski bekam Risse. Übrigens durfte sich zu dieser Zeit eine andere Freundschaft weit mehr bewähren. Einen der großen Widersacher Bobrzyńskis, Leon Piniński, kannte Bilczewski seit seinen Gymnasialjahren. Seine Ernennung zum Lemberger Bischof wie auch des Rests des polnischen Episkopats erfolgte zur Zeit, als der ostgalizische Konservative als Statthalter von Galizien tätig war. Daher lag es nahe, dass gerade Piniński der Initiator der bischöflichen Erklärung war.⁸⁰³

Wenn man Bobrzyński kein Vertrauen entgegenbrachte, dann war es eindeutig wegen seiner unkonventionellen Politik. Das Experiment einer engeren Zusammenarbeit mit den jahrzehntelang kaum beachteten Bauern, das die Neokonservativen als Innovation und Belebungversuch für die eigenen versteinerten parteipolitischen Strukturen durchzusetzen versuchten, störte die Pläne anderer Akteure des politischen Geschehens in Galizien. Der Großgrundbesitz sah hier einen klaren Interessenkonflikt und fürchtete Einbußen durch ein solches Abenteuer. Eine moderne Partei, wie es die Nationaldemokraten waren, musste zusehen wie das größte Potential in der Gesellschaft als Juniorpartner der Konservativen archaischen Strukturen das Leben verlängerte und sich mit der Spitze gegen die Allpolen richtete. Die kirchlichen Elemente fühlten sich nicht nur in ihren Plänen zur Schaffung einer eigenen politischen Organisation betrogen, die unter dem Patronat der Kirche auch das ländliche Potenzial, das bisher unter dem Einfluss der Volkspartei stand, in sich aufnehmen würde, sondern empfanden die Politik Bobrzyńskis schädlich für die bisherigen Errungenschaften, d.h. sie machten ihn verantwortlich für die Niederlage der katholischen Zentrums-Partei 1911. Und wenn all diese Elemente jetzt auf den Statthalter zielten, dann ging es auch um die Neutralisierung des gemeinsamen unbequemen Gegners – nämlich Stapińskis.⁸⁰⁴ Man warf Bobrzyński den Machtkult vor und

⁸⁰² Słowo Polskie 188 (23.04.1913).

⁸⁰³ Vgl. Naprzód 88(17.04.1913).

⁸⁰⁴ Charakteristisch war, dass etwa das klerikale Blatt *Głos Narodu* Stapiński „Liebling des Statthalters und der

konnte dem Verfechter einer starken Regierung nicht verzeihen, dass er die Bildung einer starken Mehrheit in Wien und in Galizien mit Hilfe radikaler Elemente zu erreichen versuchte und in dieser Anmaßung noch glaubte, die beiden Flügel des konservativen Lagers näher zueinander bringen zu können.

Die Haltung des Episkopats führte in Galizien eine schwere Krise herbei. Um die Begrenzung des Schadens bemüht, welchen die anfänglichen Attacken auf die Bischöfe verursacht hatten, ging der Krakauer Flügel der Konservativen auf Distanz zum eigenen Wahlreformvorschlag.⁸⁰⁵ Bobrzyński zog die Konsequenzen und reichte am 17. April 1913 seine Demission ein (angenommen wurde sie erst am 20. Mai 1913).

Nachdem die Sitzung der Kommission für die Wahlreform vertagt wurde, kam es zu einem Zwischenfall, der die Trennlinie zwischen dem Statthalterblock und dem „Antiblock“ noch deutlicher machte. Angesichts der herannahenden Landtagswahlen machten sich die polnischen Parteien Gedanken über die weitere Tätigkeit von *Rada Narodowa*. Stapiński machte noch nie einen Hehl daraus, dass er mit der Arbeit Cieńskis unzufrieden war. Jetzt, wo die Angelegenheit der Wahlreform aufgehalten wurde, hat das Misstrauen des Obmanns der Volkspartei gegenüber dem Präses der polnischen Wahlorganisation und den Herren Kozłowski, Starzyński und Czartoryski nur an Stärke gewonnen. Die Volkspartei und die liberalen Demokraten machten ein weiteres Bestehen der Organisation von der Änderung ihrer Zusammensetzung abhängig. Die bauerliche Partei schlug hier sechs Vertreter ihrer Partei vor, sechs aus dem Klub der Krakauer Konservativen, ebenfalls sechs aus der Gruppe der ostgalizischen Konservativen, sechs von den polnischen Demokraten, drei aus dem Lager der Nationaldemokraten und drei aus der Zentrum-Gruppe.⁸⁰⁶ Es besteht kein Zweifel, dass die neue Stimmengewichtung den Parteien des Statthalterblocks in diesem Gremium achtzehn von insgesamt dreißig Stimmen bringen würde und es hier um die Sicherung ihres Einflusses ging. Andererseits bestanden auch wichtige Gründe für die Änderung des Reglements von 7. Oktober 1910: Ableben (z.B. Stojałowski) bzw. Rücktritte von Abgeordneten, eine deutliche Kräfteverschiebung in den Parteien nach den Wahlen von 1911 (hier z.B. Einbusse bei der Zentrums-Partei und im Lager der Nationaldemokraten) und

Konservativen“ nannte, im selben Atemzug kritisierte es aber den Auftritt des Obmannes der Volkspartei gegen die Beibehaltung der Regelung für die Kreisräte – also eine konservative Forderung – als „Reflex eines demagogischen Störenfried“. Siehe *Głos Narodu* 50(1.03.1913).

⁸⁰⁵ In Galizien begriff man schnell, dass eine solche Kritik nicht ungefährlich war, aber in Wien richtete die *Neue Freie Presse* einige scharfe Worte an die Bischöfe.

⁸⁰⁶ Vgl. *Czas* 210(8.05.1913).

Wechsel der Parteizugehörigkeit, wie etwa im Falle Cieńskis, der 1910 als wilder Abgeordneter und jetzt als Mitglied der Gruppe Zentrum auftrat.

Eine prekäre Situation war aufgetreten, denn es entstanden zwei Lager in einer Organisation, die ihr ganzes Dasein gerade auf die Verständigung zwischen den Parteien stützte. Während der eine Teil auf der Auflösung von *Rada Narodowa* bestand und sich für die Gründung einer Interimskommission aussprach, stellte der andere Teil einen Antrag auf Beibehaltung der Institution und Vertagung der Entscheidung. Aller Wahrscheinlichkeit nach spekulierte Abrahamowicz auf die baldige Auflösung des Landtags und suchte die Existenz von *Rada Narodowa* automatisch für die nächsten Landtagswahlen zu verlängern. Als sich gegen die Verschiebung doch eine Mehrheit fand (52:50) - dafür stimmten auch einige Konservative aus dem Krakauer Klub (Halban, Hupka, Jaworski, Jędrzejowicz, Korytowski, Rosner, Steinhaus) -, betrachteten das manche der Anwesenden als Bruch der Kollegialbeschlüsse und verließen der Reihe nach den Sitzungssaal – zuerst Głąbiński, dann die podolischen Autonomisten und schließlich die Zentrum-Gruppe. Daraufhin stimmten die Gebliebenen (die Volkspartei, die liberalen Demokraten und fünf Mandatare aus dem Lager der Krakauer Konservativen) dem Antrag des Abgeordneten Wasung auf Gründung einer siebenköpfigen Interimskommission zu, die sich zwar nationalen Angelegenheiten widmen sollte, nicht aber ausschließlich der Wahlaktion. In seinen Erinnerungen drückte Bobrzyński sein Bedauern darüber aus, dass ein paar Krakauer Konservative - hauptsächlich Großgrundbesitzer - bei der Abstimmung abwesend waren, ein anderer Teil dagegen beeinflusst von Korytowski zu den Podoliern neigte.⁸⁰⁷ Bobrzyński, der sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Landtags-Rechte zu vereinen, musste jetzt zusehen, wie diese von der Spaltung der polnischen Parteien am meisten betroffen war. Als die kaiserliche Verordnung vom 9. Mai 1913 diesem regen Treiben der polnischen Parteien durch die Auflösung des galizischen Landtags vorläufig ein Ende setzte, sah sich der Krakauer Klub nach außen hin von dem Interimkomitee repräsentiert, während der podolische weiterhin an *Rada Narodowa* festhielt. Es ist anzumerken, dass der Klub der Stańczyken seinen Delegierten in das Interimskomitee schließlich doch nicht entsandte. Dies konnte jedoch nichts an der Tatsache ändern, dass die Podolier wegen des Angriffs der Krakauer Konservativen auf die nationale Organisation der Polen verstärkt ihren westgalizischen Lagerkollegen zur Last legten, sie

⁸⁰⁷ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 373; Über die fehlende Einheit im Klub der Krakauer Konservativen und die schwierige Lage der fünf Abgeordneten, die für diesen Antrag stimmten (Jaworski, Halban, Rosner, Steinhaus und Hupka), klagte Władysław Leopold Jaworski in seinen Briefen an Bobrzyński vom 25.01.1913, BJ 8097, S. 19 und vom 11.05.1913, Ebda, S. 145.

würden die sozial-politische Lage im Osten des Landes nicht richtig verstehen. In dieser Atmosphäre der Polarisierung standen die Parteien vor den Landtagswahlen.

B. Kräfteverschiebung nach den Landtagswahlen und der Beschluss der neuen Wahlordnung für den Landtag.

Als neuer Statthalter von Galizien wurde am 14. Mai 1913 Witold Korytowski nominiert.⁸⁰⁸ Der Auserwählte war kein unbeschriebenes Blatt in der Politikwelt. Korytowski konnte seine Kompetenz als Finanzminister - sein Lehrmeister war kein geringerer als der große Dunajewski - unter Beweis stellen, als er im Kabinett Beck die Staatskasse nicht nur mit keinem Defizit belastete, sondern einen beträchtlichen Geldüberschuss hinterließ. Dies mochte ein wichtiger Aspekt für die Wiener Regierung sein, nicht aber für die Länder der Monarchie im Allgemeinen und die Steuerzahler im Besonderen. Und in Galizien stellte man sich die berechnete Frage, ob diese „grässliche Mischung eines österreichischen Finanzbeamten mit einem preußischen Korporal“ (der Konservative stammte aus Großpolen) - denn auch so hat man den „Kory“ Korytowski gesehen⁸⁰⁹ -, der Aufgabe gewachsen sei, den Widerstand der ostgalizischen Konservativen zu brechen und das von Bobrzyński in Angriff genommene Werk der Wahlreform zum Abschluss zu bringen.

Die Tatsache, dass der Nachfolger Bobrzyńskis aus dem gleichen politischen Klub stammte, hob noch mehr die Niederlage des alten Statthalters hervor. Die Designierung Korytowskis selbst ging in die Geschichte ein als die „Affäre Korytowski“, da wieder einmal der Polenklub bei dieser Entscheidung übergangen wurde. Auch die polnischen Minister fühlten sich brüskiert. Władysław Długosz, der seit 1911 im Auftrag der Volkspartei als Minister für Galizien amtierte, drohte sogar mit seinem Rücktritt. Nach der Demission Bobrzyńskis erwarteten die galizischen Parteien nämlich eine Übergangslösung und die Einsetzung eines Beamten für die Zeit der Landtagswahlen und gaben bereits ihre Präferenzen ab: die bäuerliche Partei und die polnischen Demokraten für den Vertrauten des scheidenden Statthalters – Hofrat Ustyanowski, während sich die Bischöfe, Abrahamowicz,

⁸⁰⁸ WITOLD KORYTOWSKI (1850-1923) - konservativer Politiker aus dem Klub der Krakauer Konservativen, Grundbesitzer, Jurist (Studium in Berlin, München, Zürich und Wien); Arbeitete im Büro des Finanzministers Dunajewski; Seit 1891 Vizepräsident des Finanzdirektoriums in Lemberg; 1906-1908 Finanzminister im Kabinett Beck; Reichsratsabgeordneter 1907-1913; Landtagsabgeordneter 1909-1913 aus dem Wahlkreis Nowy Sącz; 1913-1915 Statthalter von Galizien; 1915-1918 Mitglied des Herrenhauses.

⁸⁰⁹ Chłędowski, der seine Zeitgenossen mit sehr kritischen Augen betrachtete, sah in Korytowski einen typischen Karrieremann. Siehe CHŁĘDOWSKI, Pamiętniki, Bd. II, S. 21.

Zaleski u.a. für Keller aussprachen.⁸¹⁰ Dementsprechend vorsichtig fiel auch die Reaktion unter den Gruppierungen des alten Statthalterblocks auf den neuen Mann an der Spitze der Landesverwaltung aus. Der Anführer der Demokraten, Leo, wollte sich zuerst mit dem Polenklub in Verbindung setzen, bevor er seine Stellung zu Korytowski abgab und auch die Ruthenen zeigten sichtbare Zurückhaltung bis auf die Ukrainer, die Rückschläge in der Causa der Wahlreform vermuteten.

Was versprach man sich von einem solchen Wechsel? Es war im gewissen Sinne ein Kompromissakt, denn Korytowski war nicht so stark parteispezifisch orientiert wie Bobrzyński. Hin und wieder meldete er sich mit einem kritischen Wort über die Zustände im eigenen politischen Lager, etwa als er 1908 schrieb: "In der konservativen Gruppierung gibt es keinen, der zuverlässig und gescheit ist."⁸¹¹ Auch der Polenklub in Wien wurde von seiner Kritik nicht verschont.⁸¹² Korytowski war auf jeden Fall viel flexibler, pflegte Kontakte auch zu den Gegnern seines Klubkollegen, hatte keine Berührungsängste mit den Nationaldemokraten – ein Umstand übrigens, den Bobrzyński für einen Tabubruch hielt und ihm dies nie verziehen hatte⁸¹³. Außerdem war es auch fast ein offenes Geheimnis, dass Korytowski weniger Toleranz für so manche Auftritte Stapińskis an den Tag legen würde.

Außer der Verneigung vor den hohen Geistlichkeit – der neue Chef der Landesverwaltung bekannte sich als „Sohn der Kirche“ – versuchte der neue Statthalter die von ihm auch erwartete Unparteilichkeit zu demonstrieren. Wohlgedenkt durfte es weniger der gute Wille des Konservativen als ein Diktat der Vernunft im Hinblick auf die herrschenden Verhältnisse im Reichsrat sein. Die Landtagswahlen sollten daher „neutral“, d.h. ohne Eingriffe der Verwaltungsmacht verlaufen. Was das delicate Thema der Wahlkompromisse und Taktik anging, so ließ man verlauten – wohl um die Bischöfe nicht zu reizen –, dass die Krakauer Konservativen ihr Verhältnis zu anderen Parteien des alten Blocks weiterhin aufrechterhalten wollten, vorausgesetzt die Volkspartei verzichte auf radikale Töne und Angriffe dem Klerus

⁸¹⁰ Siehe *Słowo Polskie* 219(13.05.1913).

⁸¹¹ Korytowskis an Bobrzyński vom 28.05.1908 BJ, t. XIV, 8091/1, S. 55-58.

⁸¹² Diese Kritik bezog sich auf die hier verbreitete Korruption. Wörtlich meinte der Konservative: „Ständig werde ich von den bekannten Abgeordneten gefragt, ob es stimmt, dass im Polenklub alle Korrupt seien. Und hier kann man nicht mal mit Empörung reagieren und dies verneinen“. Siehe Korytowski an Bobrzyński vom 29.04.1910, BJ, T. XVI 8094/I, S. 23-36.

⁸¹³ BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 383; Zum offiziellen Bruch zwischen den beiden Politikern kam es, als Stürgkh Bobrzyński das Portefeuille der Finanzen übertragen wollte.

gegenüber.⁸¹⁴ Die Bauernvertreter griffen dem jedoch vor und beschlossen am 27. Mai 1913 kein Wahlbündnis mit den Konservativen einzugehen.⁸¹⁵

In der bäuerlichen Partei nahmen die internen Turbulenzen nämlich deutlich an Intensität zu. Stapiński, der gerade fünfundzwanzig Jahre seiner Tätigkeit in der Bauernbewegung feierte, geriet immer mehr zwischen die Fronten und verabschiedete sich langsam von der Hoffnung, noch eine Einigung des bäuerlichen Elements zu erzielen. Der eine Teil tendierte nach rechts⁸¹⁶, der andere ließ sich auf die Politik der Parteiführung noch ein, solange es eine reale Möglichkeit gab, auf dem Weg der Kompromisse eine demokratische Wahlreform in den Landtag zu erreichen. Da diese Erwartung mit der Niederlage Bobrzyńskis wieder gedämpft wurde, schlug der Radikalismus im galizischen Dorf wieder höhere Wellen. Die Niederlegung des Landtagsmandats und der Funktion des Vizeobmannes von *Rada Narodowa* durch Stefczyk am 22. März 1913 (sein Name tauchte während der Wahlen auf der Liste der christlich-nationalen Gruppe im Kreis Chrzanów-Jaworzno-Krzeszowice auf) zeigte außerdem, dass das Kompromissprojekt zur Wahlreform für den Landtag nicht nur die Parteien entzweite, sondern einen Keil innerhalb der einzelnen politischen Gruppierungen trieb. Während für die einen der Entwurf unter dem nationalen Aspekt viel weiter griff als bei der Wahlreform im Reichsrat - hier war die polnische Minderheit unter 20% nicht berücksichtigt, im Projekt Bobrzyńskis konnten dagegen Minderheiten schon ab 5% politische Bedeutung haben -, sah Stefczyk hier deutliche Benachteiligungen für die polnische Bevölkerung.⁸¹⁷ Kritisiert wurde das Tauschgeschäft, in dem die Zahl der polnischen Sitze aus der IV. Kurie in Ostgalizien zugunsten Westgaliziens verringert wurde, sowie das Zugeständnis einer national-ruthenischen Kurie und das Privileg einer separaten Wahl zum Landesausschuss. Am schlimmsten traf den Mitgründer der Raifeisenkassen die Zustimmung der Volkspartei für die Einführung der Kurie des mittleren Besitzes, für welche acht Mandate vorgesehen

⁸¹⁴ Siehe *Czas* 217(14.05.1913) sowie BOBRZYŃSKI, *Z moich...*, S. 374.

⁸¹⁵ Vgl. Stapiński an Walery Wryk vom 28.05.1913, PANK, 4079, S. 135.

⁸¹⁶ Der Obmann der Partei beklagte sich über Kontakte des Abgeordneten Witos zu den Nationaldemokraten. Siehe Stapiński an Jakub Bojko vom 27.12.1912, Ossol. 13473; In der Partei meldeten sich Stimmen, die Stapiński Entscheidungen ohne die Zustimmung der Parteigremien vorwarfen. Einer von diesen Kritikern war Lasocki, der am 18. Mai 1913 sein Mandat niederlegte; Über die Konzessionen der Volkspartei an die Konservativen in der Causa der Wahlreform für den Landtag und über die Kampfansage des rechten Flügels in der bäuerlichen Vertretung an den Obmann ist die Rede im Brief Stapińskis an Bobrzyński vom 9.11.1913, BJ 8097, S. 300f.

⁸¹⁷ Vgl. STENOGRAFICZNE SPRAWOZDANIA Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 1910, S. 5681; In seiner Argumentation verglich Stefczyk die Verhältnisse in der IV. Kurie, wo 3.957.160 Polen 54 Abgeordneten wählen sollten und die Ruthenen in der Zahl von 3.125.404 auch 54 Abgeordnete wählen sollten (um etwa 3 Sitze mehr als ihnen verhältnismäßig zustand). Dieselbe Situation ergab sich in der Kurie der Städte.

waren, während die bäuerliche Partei seinerzeit dem Vorschlag Stefczyks über die Schaffung einer ähnlichen Kurie, die aber das ländliche Element stärken sollte, eine Absage erteilte.

Um die negativen Auswirkungen seiner Kompromisspolitik mit den Krakauer Konservativen zu verringern, versuchte Stapiński zu retten, was zu retten war. Aktiviert wurden alte radikale Parolen, der Antiklerikalismus erhielt einen neuen Antrieb.⁸¹⁸ In dem Wahlauf Ruf der Volkspartei griff der Vorsitzende und der ihm getreue Flügel die Virilstimmen der Bischöfe an und schlug die Wahl der kirchlichen Würdeträger durch das Volk vor.⁸¹⁹ Außerdem besann man sich wieder auf die sozialen Grundsätze im Programm und kündigte Postulate wie Zusammenlegung der Gemeinden mit den Gutshöfen sowie die Abschaffung der Kreisträte an. Die Ankündigung einer Bereitschaft zur Verständigung mit allen politischen Parteien und Gruppierungen, die sich für den baldigen Beschluss der Wahlreform einsetzen, löste allerdings eine Kritiklawine aus. Bekanntlich müsste man dazu nämlich auch den ukrainischen Klub zählen.⁸²⁰

Die Landtagswahlen von 1913 standen ganz im Zeichen der Wahlreform und auch die Haltung der Parteien in dieser Causa war das Kriterium, wonach man zwischen Wahlverlierern und Wahlgewinnern unterschied. Allgemein ist festzustellen, dass auf der polnischen Seite die Reformkritiker zu den Erfolgreichen zählten, auf der Ruthenischen ihre Befürworter.

Die Ergebnisse in der Kurie der Landgemeinden, die am 30. Juni ihre 74 Vertreter wählte, also fast die Hälfte des Landtags, war ein Hinweis auf den Wahlausgang überhaupt. Und hier war es sichtbar, dass die bäuerliche Partei in der Wählergunst deutlich absank. Obwohl sich das Selbstbewusstsein der Parteiführung von seiner robusten Seite zeigte und man sogar mit Zugewinnen rechnete, deutete schon das schwache Abschneiden bei der Wahl in die Kreisträte im Raum Tarnobrzg, wo die Volkspartei bisher den größten Einfluss genoss, auf gewisse Schwierigkeiten hin. In der IV. Kurie konnten die Bauernvertreter zwar je ein Mandat den Krakauer Konservativen und der Zentrum-Gruppe abwerben (in Brzozów und Limanowa), verloren aber neun (Stary Sambor, Grzybów, Nowy Sącz, Rzeszów, Wadowice, Cieszanów, Dolina) und zwar an das Christlich-Volkstümliche Bündnis (-6) und die Ukrainer(-3) und konnten von den 21 Mandaten nur 14 behalten. Nicht die Vernachlässigung der

⁸¹⁸ Im Wahlkreis Chrzanów sollte der Geistliche Dąbrowski kandidieren, der mit der Kirchenmacht im Clinch lag.

⁸¹⁹ In Głogów ließ der Abgeordnete Angermann in seiner Wahlveranstaltung mit unerwartet scharfen Kritik am Klerus aufhorchen.

⁸²⁰ Siehe dazu *Przyjacieł Ludu* 15(1913); Das ruthenische Wahlkomitee rief tatsächlich die Wähler auf, für solche Kandidaten wie Rutowski, Olszewski, Lisiewicz, Śliwiński, Hudec, Schaetzel, Kleski, Doliński, Kozicki, Zagórski und Jahl zu stimmen. Siehe *Dilo* vom 2.07.1913. Anderorts ließ sich ein solches Bündnis nicht immer bestätigen. In Sambor etwa wurde Lewakowski gerade von einem Ruthenen zu Fall gebracht.

Wahlorganisation alleine war schuld an dieser Niederlage. Das Ansehen der Partei als Hüterin der Volksinteressen war durch das Paktieren mit dem bisherigen politischen Gegner schwer geschädigt.⁸²¹ Auch die städtische Intelligenz der "Lemberger Fronde" angeführt von Wysłouch und Dąbski, die von Stapiński ständig Programmtreue forderten, wurde von der ländlichen Bevölkerung nicht mit Vertrauen beschenkt und ging bei den Wahlen leer aus.

Verluste erlitten auch die früheren Blockpartner der Volkspartei, die polnischen Demokraten und der Krakauer Klub der Konservativen. Die Ersteren konnten von den alten drei Mandaten hier nur eins verteidigen (jeweils eins ging an die Stańczyken und an den ukrainischen Klub), die Zweiten mussten die fünf verlorengegangenen Sitze mit der Volkspartei(-2), den Christlich-Volkstümlichen(-2) und den Ukrainern teilen.

Wie vermutet drängte der Großgrundbesitz in der I. Kurie alle Sympathisanten der Krakauer Konservativen aus. Die Wahl des Nationaldemokraten Stroński in Złoczów war nur ein Beweis dafür. In Westgalizien konnten die Stańczyken ihren alten Einfluss verteidigen. In den Städten bekamen sogar Reformgegner (z.B. Zaleski) ein Mandat. Dieses Faktum wie auch der relativ halbherzige Vorgang gegen *Rada Narodowa* zeigten, dass die westgalizischen Konservativen eine offene Konfrontation doch scheuten. Symptomatisch war auch das Verhalten den Geistlichen gegenüber. Nach den Erfahrungen von 1911 ließen die Konservativen vom Krakauer Flügel jetzt diesen in den Kreisen Westgaliziens, in denen sie kandidierten, den Vortritt. In Jasło, wo der Pfarrer Męski kandidierte, stellten sich der Wahl weder Jan Gorayski noch Tadeusz Sroczyński. Eine ähnliche Situation bestand in Grzybów, wo der Geistliche Michalik seine Kandidatur bekannt machte, und in Wadowice, wo Graf Bobrowski einem Kandidaten der Christlich-Volkstümlichen wich. Die sechs Zugewinne der Letzteren (zwei von den Stańczyken in Bochnia und Kolbuszowa und vier von der Volkspartei in Grzybów, Nowy Sącz, Rzeszów und Wadowice) schrieben die Allpolen nicht nur der guten Organisation zu, sondern einer richtigen Politik, „die Orientierungen zu geben und Mentalitäten zu initiieren imstande war“. Daraus resultierte ein soziologischer Prozess, der sich in dem ländlichen Bereich vollzog (mehr Ausgebildete, Beamte, Pfarrer, die aus diesen Gebieten stammten) und dokumentierte das wachsende nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Bauern.⁸²²

Die Erfolge der Christlich-Volkstümlichen und der mit ihnen verbündeten Allpolen in der IV. Kurie (11,6% der allgemeinen Stimmen in dieser Kurie) waren auch ein Charakteristikum für die Verschärfung des politischen Klimas in Galizien. In der Kurie der Landgemeinden

⁸²¹ Bojko erreichte nur knappe Mehrheit, 61 Wähler kehrten Bernadzikowski, der bisher großes Ansehen genoss, den Rücken, der Abgeordnete Źardecki erlitt schwere Niederlage im Kreis Przeworsk.

⁸²² *Słowo Polskie* 322(12.07.1913).

verloren die Nationaldemokraten von den früheren zwei Mandaten eins an die Ukrainer, aber gewannen zusammen mit den Elementen der alten Stojałowski-Gruppe acht neue und zwar zwei von den Krakauer Konservativen und sechs von der Volkspartei.

Um einiges schwieriger war die Lage der Nationaldemokraten in Lemberg und Krakau. Obwohl sie in Lemberg in einem Bündnis mit weiteren zwei Gruppierungen nationaler Färbung standen - einer bürgerlichen und einer katholischen -, konnten sie davon nur wenig profitieren. Das Bürgertum im Stadtrat, das unter jüdischem Einfluss stand, ließ sich im Fall von zwei Kandidaten Handlungsfreiheit. Aus diesem Grund fanden sich auf der bürgerlichen Liste nur zwei Allpolen, Głąbiński und Adam. Grabski, der eine solche Unterstützung nicht genoss, und Przygodzki fielen durch.⁸²³ In Krakau sahen die Errungenschaften der Nationaldemokraten im Vergleich mit den Sozialisten bescheiden aus. Während auf die ganze Liste des "Unabhängigen Klubs" etwa ein Tausend Stimmen entfiel, bekam Daszyński alleine 1300 Stimmen. Trotz dieser Hindernisse konnten die Allpolen die Wahlen in den Städten mit einer positiven Bilanz abschließen. Sie konnten ihren Besitzstand verteidigen (fünf Mandate) mit einem leichten Plus in Lemberg. In der Provinz verloren sie zwar Brody, gewannen aber Sambor auf Kosten der Zentrums-Partei. Außerdem konnten sich sowohl die klerikalen Elemente, die jetzt eine eigene Gruppierung im Landtag hatten, als auch die Nationaldemokraten zusätzlich über den Umstand freuen, dass die Juden, die 11% der Bevölkerung in Galizien ausmachten und über ein Drittel der Wähler in der Kurie der Städte verfügten, nur zu vier Mandaten kamen (Aszkenaze in Brody, Sare, Loewenstein, Rittel), von welchen die drei Letzteren noch dazu von den Handelskammern nominiert wurden.

Charakteristisch für die Landtagswahlen des Jahres 1913 war es auch, dass die Ruthenen noch nach dem alten Wahlgesetz ihren Mandatsbesitz deutlich vergrößern konnten (Steigerung von 16 auf 30 Sitze). Anders gesagt holten sie sich während der Abstimmung das, was ihnen im neuen Wahlreformprojekt verwehrt war. Es waren vor allem die Siege des ukrainischen Klubs, denn die Altruthenen und die Rusophilen verschwanden fast gänzlich von der politischen Bühne (von den fünf Mandaten konnte nur Markow in Brody das Mandat behalten). Die Ukrainer verbuchten einen Zugewinn von 16 Mandaten, darunter 12 auf Kosten der Polen (Volkspartei(-2), polnische Demokraten(-1), Krakauer Konservativen(-2), Nationaldemokraten(-1), Zentrum(-3) und podolische Autonomisten(-3)) und der Altruthenen(-2) und Moskalophilen(-2).⁸²⁴ In der Kurie der Landgemeinden erlitten

⁸²³ Gewählt wurden hier Głąbiński, Adam, Neumann, Rutowski, Riedl.

⁸²⁴ Vgl. *Gazeta Narodowa* 153(4.07.1913); Da die Polen in Ostgalizien zwei Mandate dazugewannen (In Mościska und Lisko), betrug der polnische Verlust hier zehn Mandate (darunter auch das Mandat von Jampolski in Cieszanów, das als sicher eingestuft wurde).

alle klingenden Namen unter den polnischen Reformkritikern wie Cieński (gleich in zwei Wahlkreisen), Zaremba-Cielecki, Moysa, Skarbek eine Niederlage. Auch die Tatsache, dass sich im ukrainischen Klub eine Radikalisierung vollzogen hatte, war für diese nicht erfreulich. Neben der ukrainischen Nationaldemokraten und einem Altruthenen (Korol) schafften zum ersten Mal auch ukrainische Radikalen (Trylowski, Baczynski, Lahodynski, Nowakowski) den Einzug in den galizischen Landtag.

Als Trost für die polnischen Verluste in Ostgalizien empfanden die Allpolen den allgemeinen Ausgang der Landtagswahlen im Hinblick auf die neue politische Konstellation, die sich aufgrund der Kräfteverteilung zwischen den Befürwortern und den Gegnern des Wahlgesetzprojekts Bobrzyńskis abzeichnete.⁸²⁵ Die Zahl der Kritiker stieg auf 62 Stimmen (podolische Autonomisten und Zentrum 42, Nationaldemokraten 8, Christlich-Volkstümlicher Bund 9, parteilose Demokraten 3). Ungewiss war die Haltung der Ruthenen. Ihre Zugewinne ließen weitere Forderungen vermuten. Auch ein Teil von den 54 Stimmen des Statthalterblocks (Krakauer Konservativen 19, parteilose Konservativen 2, polnische Demokraten 17, Fortschrittliche Demokraten 2, Volkspartei 12, unabhängige Volksparteiler 2) wackelte hinsichtlich der Situation in der Volkspartei. Von Stefczyk wusste man bereits, dass er die Vorlage ablehnte genauso wie Żardecki, außerdem gingen aus den Wahlen drei inoffizielle

⁸²⁵ Die Zusammensetzung des galizischen Landtags nach den Landtagswahlen von 1913: 125 Polen (darunter 9 Virilstimmen), 1 Deutscher (Haempel), 35 Ruthenen (darunter 3 Virilstimmen). Polnische Parteien und Klubs: podolische Autonomisten und Zentrum(42) – Abrahamowicz, Barański, Biesiadecki, Brunicki, Burzyński, Cielecki, Cieński, Czartoryski, Dąbski Aleksander, Dzieduszycki Władysław, Garapich, Gołuchowski Adam, Gromnicki, Kasznica, Koziembrodzki Ludwik, Kozłowski, Krasicki August, Krzeczunowicz Aleksander, Krzeczunowicz Walery, Krzysztofowicz, Laskowski, Lubomirski Andrzej, Milewski, Moysa-Rosochacki, Niezabitowski, Nowosielecki, Onyszkiewicz, Piniński, Potocki Jan, Rayski, Sapieha Paweł, Schnell, Serwatowski, Sozański, Stadnicki Stanisław, Stadnicki Stanisław Adam, Starzyński Tadeusz, Stroński, Theodorowicz, Tyszkowski, Urbański Mieczysław, Zaremba -, **Nationaldemokraten(8)** – Adam, Bednarski, Głabiński, Jabłoński, Sala, Schmidt, Skarbek, Wójcik -, Bund der Christlich-Volkstümlichen(9) – Górniewicz, Łaskuda, Maciuszek, Pfarrer Michalik, Pfarrer Okoń, Pilch, Tomaka, Pfarrer Wolanin, Zamorski -, **parteilose Demokraten(3)** - Łazarski, Neuman, Riedl -, **Krakauer Konservativen(19)** – Badeni Stanisław Henryk, Bobrzyński, Bzowski, Dąbski Stanisław, Goetz-Okocimski, Halban, Hupka, Jaworski Władysław Leopold, Jedrzejowicz Stanisław, Korytowski Witold, Mars Antoni, Męciński, Mycielski Edward, Pilat, Skrzyński Stefan, Tarnowski Zdzisław, Wodzicki Antoni, Zaleski Wacław -, **parteilose Konservative(2)** - Biliński, Zamoyski Franciszek, **polnische Demokraten(17)** – Bandrowski, Doliński, Fedorowicz, German, Jahl, Kleski, Leo, Lowenstein, Mays, Maryewski, Misiński, Rittel, Rutowski, Sare, Schaetzel, Srokowski, Tertil -, **fortschrittliche Demokraten(2)** – Aszkenaze, Lisiewicz -, **Volkspartei(12)** – Biały, Bernadzikowski, Bojko, Bosak, Długosz, Krężel, Kędzior, Siwula, Stapiński, Witos, Zgórski, Żardecki – **unabhängige Volksparteiler (2)** – Bardel, Serczyk . Siehe *Gazeta Narodowa* 158(10.07.1913).

Kandidaten (Bardel, Łaskuda, Serczyk) als Sieger hervor, über deren Stellung in dieser Angelegenheit noch spekuliert wurde.

Nach dem Rücktritt Bobrzyńskis wandte sich Minister Zaleski der Verabschiedung der Wahlreform zu. Erwartungsgemäß zeigten sich die Ruthenen an die Vereinbarungen von 1912 nicht mehr gebunden. Die Erfolge während der Landtagswahlen bestätigten sie darin, ihre Forderungen über die Grenze von 27,2% der Mandate zu erhöhen. Außerdem wollte man den Eindruck sowohl nach innen wie auch nach außen vermeiden, das Kompromissprojekt begleiche automatisch alle Probleme und Streitpunkte zwischen den beiden Nationalitäten in Galizien.

Während der Verhandlungen rund um den Entwurf des Wahlgesetzes rückten im Sommer 1913 manche Gruppierungen auf der polnischen Seite, die sich ideologisch nahe standen, auch im punkto Organisation etwas zusammen. Nach der gemeinsamen Wahlaktion der Allpolen mit den christlich-volkstümlichen Elementen, die nach dem Tod ihres Anführers Stojalowski unter das Kommando des Nationaldemokraten Zamorski kamen, gründeten die beiden Gruppierungen am 17. Juli 1913 einen gemeinsamen Landtagsklub unter dem Namen "National-Volkstümlicher Klub" (Klub Narodowo-Ludowy).⁸²⁶ In den Vorstand wurden Głabiński, Skarbek und Zamorski gewählt, in die parlamentarische Kommission wurde der Abgeordnete Jabłoński und Pfarrer Wolanin delegiert. In der Causa der Wahlreform orientierte sich der Klub, der zum Großteil aus Allpolen bestand, in die Richtung eines Projekts, das sich auf die Grundlage eines Katastersystems stützte.⁸²⁷ Diese Haltung der christlich-volkstümlichen Elemente, die jetzt eine völlig andere war als vor den Wahlen und sich mit der Haltung des Episkopats nicht deckte, stiftete große Verwirrung. Das alte Stojalowski-Erbe, das aus dem ländlichen Bereich Galiziens den Einfluss Stapińskis verdrängen wollte, konnte diesem besser Paroli bieten und ein Gegengewicht zur Volkspartei schaffen bei Anwendung eines Proportionalsystems in Westgalizien. Das wiederum würde die Christlichsozialen in die Nähe des Zentrums bringen, das für die Einführung eines solchen Systems in der IV. Kurie und teilweise in der Kurie der Städte plädierte.⁸²⁸

Die Mandatare aus dem Klub der podolischen Autonomisten dagegen, die in der Wahlaktion mit der Zentrum-Gruppe im Einverständnis standen, beschlossen während einer

⁸²⁶ Vgl. *Czas* 328(18.07.1913).

⁸²⁷ *Gazeta Warszawska* kolportierte im September 1913 ein von dem Landtagsklub der National-Volkstümlichen verfasstes Projekt der Wahlreform, der für die Ruthenen nur 25,4% der Mandate – mit den Virilstimmen 25,6% - vorsah. Vgl. *Naprzód* 204(5.09.1913).

⁸²⁸ Zentrum schlug eine Proportionalwahl der Mitglieder des Landesausschusses (Wydział Krajowy) vor, die den Ruthenen zwei von acht Sitzen darin sichern würde ohne die Notwendigkeit der Bildung einer nationalen Kurie im Landtag.

Zusammenkunft in Lemberg am 27. Juli 1913 einen separaten Klub im Landtag zu bilden und weiter im guten Kontakt mit Zentrum zu bleiben.⁸²⁹

Unter dem wachsenden Druck aus Wien arbeitete Statthalter Korytowski im Herbst 1913 an der Finalisierung der Wahlreform. Die vorgelegten modifizierten Projekte der einzelnen Parteien unterschieden sich nach wie vor wesentlich voneinander. Mit jeder Unstimmigkeit zwischen den Konservativen Ostgaliziens und den Allpolen wuchs bei den Stańczyken die Hoffnung auf einen Schulterschluss im Konservativen Lager. Die Zusammenkunft der drei konservativen Klubs im September 1913 legte man als neuerliche Gesprächsbereitschaft in diesem Sinne aus.⁸³⁰

Diese gemeinsame Konferenz lieferte überhaupt viel Stoff für Spekulationen. Eine Schlüsselrolle in den Verhandlungen wurde der Haltung des Zentrums zugeschrieben. Schließlich war diese politische Gruppierung sowohl im „Antiblock“ als auch im ganzen Sejm die stärkste Kraft.⁸³¹ Zu den wilden Abgeordneten (u.a. Cieński, Czartoryski, Rayski), den Mitgliedern des alten Zentrum mit Kozłowski an der Spitze und ein paar Abtrünnigen aus der Landtagsrechten (Starzyński, Milewski, Stadnicki), die den Kern der Partei bildeten, stießen nach den Landtagswahlen einige Vertreter der „Rzeczpospolita“-Gruppierung (hier Nationaldemokraten wie Kasznica, Stroński) sowie ehemalige Reichsratsabgeordnete wie Władysław Serwatowski, Aleksander Dąbbski, Jan Gromnicki, Ludwik Graf Koziębrodzki zu. Standen bis vor kurzem die Abgeordneten dieses Klubs in enger Zusammenarbeit mit den Nationaldemokraten, so hieß es nach der Sommerpause, dass dieser zu einer Formation mit den Krakauer Konservativen werden und der Entwurf des Wahlgesetzes des Zentrums als Grundlage für die Verhandlungen der konservativen Gruppierungen dienen sollte. In Umlauf war auch ein Gerücht, dass es der Zentrums-Partei gelungen sei, für ihr Modell Prof. Grabski von den Allpolen zu gewinnen. Beabsichtigt war angeblich, diesen mit Głabiński zu entzweien und das *votum separatum* der Nationaldemokraten (Bestehen auf den nationalen Kataster) zu lockern.⁸³²

Mit dem neuen Zentrums-Vorschlag hatten aber die Krakauer Konservativen in Wirklichkeit noch weniger Freude als mit dem vorherigen. Bedenklich war im Hinblick auf die konservativen Interessen der Verzicht darin auf die Kurie des mittleren Besitzes - wohl in der Hoffnung diesem Teil der Volkspartei, der nach der Spaltung im Polenklub verblieb, den

⁸²⁹ Der Klub der Autonomisten konstituierte sich am 13. Oktober 1913.

⁸³⁰ Brief Jaworskis an Bobrzyński vom 22.09.1913 t, XVII, BJ 8097/1, S. 131-132.

⁸³¹ Zentrum verlor in der Kurie der Landgemeinden von den alten Mandaten vier an die Ukrainer, eins an die Volkspartei, gewann aber fünf neue (zwei von den Ukrainern, eins von der bäuerlichen Partei und zwei von den Krakauer Konservativen).

⁸³² Vgl. Czas 438(23.09.1913).

Kampf gegen Stapiński zu erleichtern -, denn so hatte der galizische Landtag keine Kurienmehrheit mehr (auf 227 Abgeordnete kamen 117 aus den allgemeinen und gleichen Wahlen). Nicht gewahrt war der Schutz der Gutshöfe (zur Änderung des Gemeindesystems war darin die Arithmetik - der ganze Landtag minus 42 Stimmen vorgesehen), eine Reihe der Städte, die durch keine gemeinsamen Interessen aneinander gebunden waren und die bisher jede für sich ihre Abgeordneten wählten, sollten jetzt einen gemeinsamen Vertreter wählen. Außerdem wurden laut Projekt jene Kreise als polnisch definiert, in denen der Anteil der eigenen Bevölkerung (ohne jüdische Mitbewohner) in Zweimandatskreisen 33% und in Dreimandatskreisen 25% betrug. Bei der Verteilung in sieben Zweimandatskreise hatten zwei von ihnen 31% polnische Bevölkerung und von den zwölf Dreimandatskreisen in polnisch-ruthenischen Mischkreisen vier davon 18-20%.⁸³³

Ausgestattet mit „speziellen Befugnissen“ - in Wirklichkeit war es der Druck des Ministerpräsidenten Stürgkh, der die Polen für eventuelle Neuwahlen im Reichsrat verantwortlich machen wollte, sowie die Drohung mit einem Regierungsvorschlag für die Wahlreform und mit der Installierung einer Verwaltungskommission in Galizien⁸³⁴ - versuchte Korytowski mit neuerlichen Verhandlungen im Oktober 1913 - diesmal in Anwesenheit der Bischöfe - die Krise zu meistern.⁸³⁵ Die Wende, die sich langsam abzuzeichnen begann, wurde allerdings vom Skandal rund um den Vorsitzenden der Volkspartei und die Zeitschrift *Ilustrowany Kurier Codzienny* überschattet, der angesichts der oppositionellen Haltung Stapińskis der Regierung gegenüber vom Zaleski publik gemacht wurde (dazu siehe Kap. XIII). In Anbetracht des Umstands, dass über die Wahlreform noch nicht entschieden worden war, war auch die Einberufung des galizischen Landtags am 5. Dezember ein riskanter Schritt. Schließlich konnten die Ruthenen für ihre Zustimmung neue Konzessionen verlangen.

Während in der bäuerlichen Partei Ende 1913 alles auf eine Spaltung deutete, gelang es Korytowski mit dem Entwurf des Wahlgesetzes zwar keine vollkommene Zufriedenheit bei den Parteien zu erreichen, zumindest aber ein *tolerari posse*. Man einigte sich hinsichtlich der städtischen Mandate. In sechs größeren Städten (Tarnów, Przemyśl, Drohobycz, Tarnopol, Stanisławów, Kołomyja) wurden getrennte Kreise für römisch-katholische und jüdische Bevölkerung geschaffen (Forderung der Nationaldemokraten). Auf Wunsch der Sozialisten, für welche in dieser Wahlreform nicht viel zu holen war, wurde in der Kurie des

⁸³³ Ebda 450(30.09.1913).

⁸³⁴ STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES HAUSES DER ABGEORDNETEN ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATHES, XXI Session 1914, S. 8549 und 8645.

⁸³⁵ Czaś 501(29.10.1913).

allgemeinen Wahlrechts das Proportionalsystem aufgehoben. Die acht Mandate, die ursprünglich für die Kurie des mittleren Besitzes vorgesehen waren und der Aufstockung der gemäßigten Elemente dienen sollten, wurden zwischen der Kurie der Landgemeinden und der Kurie der Städte (zwei Sitze) aufgeteilt.

Auch diese letzte Etappe des Einigungsprozesses der polnischen Parteien war nicht frei von dramatischen Momenten, in denen der Statthalter und der Landtagspräsident mit dem Rücktritt drohten.⁸³⁶ Die Polen und Ruthenen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, erschwerte die ständig wechselnde Taktik der Letzteren.⁸³⁷ Die unter der Führung Kost Lewickis stehenden Ukrainophilen, die noch ein Junktim zwischen der Wahlreform und der Frage der ruthenischen Universität herzustellen versuchten und für zwölf Zweimandatskreise in Ostgalizien plädierten, zeigten sich erst nach dem Beschluss eines Budgetprovisoriums im Reichsrat im Januar 1914 bereit, die Verhandlungen rund um die Demokratisierung des Landtags zu finalisieren. Auf der ruthenischen Seite vermittelte erfolgreich Erzbischof Szeptycki.

Den Polen gelang es, die Mandate ihrer Minderheit in den ländlichen Proportionalkreisen im Osten des Landes (30% der polnischen Bevölkerung) zu sichern (der Tausch von zwei Wahlkreisen mit dem Proportionalsystem auf ein Katastersystem verminderte nicht den polnischen Besitz). Die übrigen vierzehn Kreise blieben Zweimandatskreise. Das einzig Unerfreuliche - besonders von den polnischen Nationaldemokraten beklagt - waren 27,2% der allgemeinen Zahl der Sitze im Landtag, die den Ruthenen bestätigt werden mussten, sowie die Vergrößerung ihres Anteils im Landesausschuss von 16,6% auf 25% im Verhältnis 2:6.⁸³⁸

Das Projekt des Wahlgesetzes wurde als Regierungsvorlage präsentiert und am 14. Januar 1914 in einer Sondersitzung des galizischen Landtags von allen Parteien beschlossen.⁸³⁹ Dem verbalen Protest einiger Kritiker dieses Modells folgten auch Taten. Abgeordnete, die diesen Festakt nicht unterzeichnen wollten (Kozłowski, Cielecki) legten ihre Mandate nieder, oder verließen den Sitzungssaal (Starzyński, Krzeczunowicz).⁸⁴⁰ Als

⁸³⁶ Siehe BOBRZYŃSKI, S.379 sowie *Słowo Polskie* 27 (29.01.1914).

⁸³⁷ BILIŃSKI, *Wspomnienia...*, Bd. I, S.226.

⁸³⁸ *Słowo Polskie* 27 (29.01.1914).

⁸³⁹ SPRAWOZDANIA STENOGRAFICZNE Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO 2. posiedzenia, I. sesji, X. Periode z 14.02.1914.

⁸⁴⁰ BOBRZYŃSKI, *Z moich...*, S.380; Aus einer anderen Quelle hieß es, Starzyński behielt sich die Handlungsfreiheit vor. Den Klub der podolischen Autonomisten dagegen verließ Urbański. Vgl. *Czas* 31 (11.02.1913). Vgl. auch SPRAWOZDANIA STENOGRAFICZNE Z POSIEDZEŃ SEJMU KRAJOWEGO GALICYJSKIEGO I. sesji, X. periode z 14.02.1914, S. 193-195 (hier werden Starzyński, Kozłowski, Rayski als diejenigen genannt, die ihre Mandate

Zeichen einer fundamentalen Opposition gegenüber der Regierung stimmte Stapiński gegen diese Vorlage.⁸⁴¹

Warum die Bischöfe jetzt einem Projekt ihre Zustimmung erteilten, der im Grunde genommen kaum gravierende Unterschiede zu dem vom Bobrzyński angepeilten Entwurf aufwies, wurde in aller Knappheit erklärt. Ausschlaggebend für den Segen des Episkopats seien "die gesunden Strömungen in der Gesellschaft" und "die Abwendung von den radikalen Einflüssen" unter welchen das alte Projekt stünde.⁸⁴² Was man nicht laut sagte, was aber für diesen Sinneswandel bei den hohen kirchlichen Würdeträgern entscheidend war, war jedoch die Tatsache, dass in dem Werk der Wahlreform so wie es zum Schluss präsentiert wurde, die Handschrift seines tatsächlichen Architekten, Bobrzyński, verwischt wurde. Und noch etwas gab grünes Licht für das neue Wahlgesetz. Zu dieser Zeit war auch der Fall Stapińskis absehbar.⁸⁴³

Dem Neuen Statthalter gelang es zwar, die Wahlreform in Galizien durchzuführen, die Ereignisse nahmen aber eine andere Wendung, als das in der Konzeption Bobrzyńskis vorgesehen war. Die Reform war nur eine Episode auf dem Weg der Annäherung zweier Nationalitäten und nicht der nationale Ausgleich selbst. Den Ruthenen spielten die politischen Ereignisse in die Hände. Sie wussten die Erfordernisse der österreichischen Außenpolitik gekonnt für sich zu nutzen und den Reichsrat zum Druck auf die Polen zu bewegen. Die neuesten Wahlerfolge ließen jedoch vermuten, dass sie ihr gestärktes politisches Gewicht im Kampf um die bestmögliche Position in Galizien noch einsetzen würden. Daher war auch die Befürchtung verständlich, dass die von den Polen so erhoffte Festigung der ruthenischen Politik nicht so schnell einsetzen würde. In der Konstellation von vier fast gleich großen Elementen (konservatives, volkstümliches, demokratisches und ruthenisches) und vermuteten Schlagabtausch zwischen zwei großen Lagern bei den künftigen Wahlen - einem nationalen und einem radikalen - bedurfte es neuer Methoden, um dem Landtag die Arbeitsfähigkeit zu garantieren.⁸⁴⁴ Auf der Agenda standen nämlich

niederlegten).

⁸⁴¹ Siehe *Czas* 17(24.01.1914).

⁸⁴² Stellungnahme des Episkopats, In: *Czas* 34(14.02.1914); Tatsächlich war das neue Projekt um einiges radikaler als das alte. Die polnischen Bauer z.B. bekamen schließlich 53,2% und die ruthenischen 46,8% Mandate, während die verhinderte Wahlreform den ersteren 54,5% und den zweiten 45,4% sichern wollte. Siehe *Przyjacieł Ludu* 7(15.02.1914).

⁸⁴³ Siehe Artikel von MIGŁUJ MAKSYMILIAN MALINOWSKI (Redakteur des Blattes *Zaranie*) „*I ty ludu miej oczy otwarte*“ [Und du Volk halte deine Augen offen] In: *Materiały źródłowe do historii ruchu ludowego*, S. 114f.

⁸⁴⁴ Am 3. Mai 1914 fand in Lemberg die erste Zusammenkunft der neu gegründeten Partei der Radikalen Demokraten unter der Führung Breiters statt. Die Gruppierung wollte Handwerker, Kaufleute und kleine Beamte

wichtige Vorhaben, die wegen dem langen Ringen um die Wahlreform vernachlässigt wurden (z.B. die Reform der Schulverwaltung oder Reformen im Bereich der Gemeinden).

Die Krise der Mission Bobrzyńskis traf mit der militärischen der Polen zusammen. Der sich 1912 immer deutlicher abzeichnende Konflikt der europäischen Mächte machte aus Galizien ein Zentrum der möglichen Lösung der polnischen Frage und verlangte von den Polen eine einheitliche Linie hinsichtlich ihrer Rolle im Krieg. Zu einer solchen Einigung zwischen den Parteien und Gruppierungen kam es jedoch nicht. Von einer klaren prorussischen Orientierung konnte kaum die Rede sein, obwohl es an Versuchen in diese Richtung nicht fehlte (z.B. in Kongresspolen), aber auch die Übermacht der Deutschen in dem österreichisch-deutschen Bündnis schreckte einen Teil der Polen vor der Anlehnung an Österreich ab.⁸⁴⁵ Eine gemeinsame politische Leitung hat sich genauso wenig herauskristallisiert wie eine Einigung zwischen den entstandenen paramilitärischen Organisationen (Schützenverbände).

Statthalter Bobrzyński, der Galizien auf einen Krieg zwischen Österreich und Russland vorbereitete, hatte Nachsicht mit dem Treiben der polnischen militärischen Verbände und schützte sie sogar eine Zeit lang vor der diplomatischen Intervention der russischen Regierung. Diese Toleranz endete jedoch mit der Entstehung am 10. November 1912 der Interimskommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien (Tymczasowa Komisja Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych) - der auch die Volkspartei beigetreten ist - und dem Gerücht über die beabsichtigte Bildung einer Art polnischer Regierung.⁸⁴⁶ Da sich solche Pläne mit der Konzeption einer starken Regierung und eines starken Staates nicht vertrugen, deren Befürworter Bobrzyński war, versuchte der Krakauer Konservative jetzt die militärische Bewegung der Polen in die Schranken zu weisen. Im Gegensatz zu dieser Haltung waren die österreichischen Behörden für den Fall eines Krieges an jeder Verstärkung interessiert, allerdings dachten sie hier an die Eingliederung der polnischen Kräfte in dem eigenen Landsturm. Diese Idee lehnte wiederum Piłsudski, der inoffizielle Organisator und

in Groß- und Kleinstädten um sich versammeln. Neben den Sozialdemokraten, die die Arbeiterwelt vertraten, den Fortschrittlichen Demokraten, die in ihren Reihen Vertreter der Intelligenz hatten, war es bereits die dritte Kraft radikaler Färbung, die in den Städten gegen die konservativen Einflüsse rüstete unter Beifall der Volkspartei mit Stapiński an der Spitze.

⁸⁴⁵ Konstanty Srokowski prophezeite in seinem 1913 erschienenen Buch „*Upadek imperializmu Austrii*“ (Der Untergang des österreichischen Imperialismus) der Donaumonarchie ein Ende.

⁸⁴⁶ In diesem Verein zählte mehr der Gedanke, denn unter dem Aspekt des politischen Einflusses gesehen stellten die Mietgliedsparteien eher geringes Gewicht dar, mit Ausnahme etwa von großer Popularität mancher Parteizeitschrift (z.B. *Wiek Nowy* (Neuzeit), die der Fortschrittlicher Partei gehörte).

Kommandant der polnischen Schützenverbände, strikt ab. Und damit hatten die Sorgen und die Probleme der militärischen Bewegung erst begonnen.

Kaum war die Entspannung in der Balkankrise im April 1913 da, schon wurde der Kommission ihre Grundlage entzogen. Neben den sozialen und politischen Interessengegensätzen und den Differenzen, was den Charakter des erträumten künftigen Regierungsansatzes betraf, gingen auch die Meinungen hinsichtlich der Verteilung der finanziellen Mitteln zur Unterstützung der Organisation auseinander. Mit der Stabilisierung der internationalen Lage flaute zunehmend auch das Interesse an den militärischen Formationen unter der galizischen Bevölkerung ab. Die als Gebot der Stunde ins Leben gerufene Kommission begann zu zerbröckeln. Am 10. Oktober 1913 verließen sie die Schützenverbände (*Drużyny Strzeleckie*), Nationaler Arbeiterverband (*Narodowy Związek Robotniczy*), Nationaler Bauernbund (*Narodowy Związek Chłopski*) sowie der Unabhängigkeitsbund (*Związek Niepodległościowy*). In der Organisation verblieb die Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens, Polnische Fortschrittliche Partei (*Polska Partia Postępowa*), Bauernbund aus Russisch-Polen (*Związek Chłopski*) und ein Teil der gespaltenen Volkspartei mit Stapiński an der Spitze.⁸⁴⁷

Nicht nur die von Piłsudski so angestrebte Unterstützung der Konservativen für die Kommission blieb aus, die der Organisation helfen sollte, den sozialistischen Hauch aus den Überbleibseln des polnischen militärischen Zentrum zu beseitigen und seine politische Basis auszudehnen. Auch die Aufmerksamkeit des österreichischen Generalstabs - bis auf die Wachsamkeit, die den militärischen Organisationen der Allpolen galt - wanderte in eine andere Richtung. Die Erklärung der Ukrainer vom 11. November 1913 und die Zusicherung einer Unterstützung für die Monarchie im Falle einer kriegesischen Auseinandersetzung mit Russland brachte einen frischen Wind in eine durch Turbulenzen gekennzeichnete Zeit.⁸⁴⁸

⁸⁴⁷ Mehr über die Turbulenzen rund um die Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien siehe ANDRZEJ GARLICKI, *U źródeł obozu belwederskiego* [An den Quellen des Belvedere-Lagers], Warszawa 1981; Die Einigung zwischen der Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien und ihrem Gegenspieler, dem Zentralen Nationalkomitee in Lemberg (*Centralny Komitet Narodowy*) unter der Führung von Tadeusz Cieński und Adam Skarber, das die Parteien aus dem Umfeld der Liga Narodowa um sich versammelte und sich der Unterstützung des Klerus erfreute, erfolgte am 16. August 1914. Im Sinne der österreichisch-polnischen Lösung schlossen sich beide militärischen Zentren zum Nationalen Hauptkomitee (*Naczelny Komitet Narodowy*). Beschlossen wurde auch die Formierung zweier polnischen Legionen unter der polnischen Führung.

⁸⁴⁸ In seiner Rede im Reichsrat im Dezember 1913 wies der Abgeordnete Lewicki auf die Unterstützung der ruthenischen Volksvertreter bei wichtigen Interessenfragen des österreichischen Staates hin (z.B. die Annexion Bosnien-Herzegowinas, die Wehrvorlage) und in Anknüpfung an die Thronrede vom 19. Juli 1907 forderte die Änderung der Länderautonomie in die Richtung der Völkerautonomie, in welcher er den Garant für die Abwehr der russophilen bewegung und „feindliche Untriebe von allen Seiten des Reichs“ sah. Siehe STENOGRAPHISCHE

Ganz in der österreichischen Manier brach man in Lobeshymnen für die eigene ach so kluge Politik aus, deren Beweise man hier zu erblicken glaubte.⁸⁴⁹ Auf der polnischen Seite teilte man diesen Enthusiasmus nicht. Bobrzyński, der natürlich die Schwächung der Position des Polenklubs abzuwenden versuchte, dämpfte die österreichische Euphorie mit dem Hinweis auf die äußerst dünne Schicht der ukrainischen Elemente, auf die man sich verlassen könne und auf das Wesen des ukrainischen Bauern, der nach wie vor dem russischen Zaren ergeben und in dem griechisch-orthodoxen Glauben verhaftet sei. Damit erreichte das polnisch-österreichische Verhältnis seinen tiefsten Punkt, was das ganze politische Leben Galiziens in einer schweren Depression erstarren ließ. Auch die mit größter Mühe zustande gekommene neue Wahlordnung konnte wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges nicht im praktischen Leben angewendet werden. Man war am Ende einer Epoche angelangt.

PROTOKOLLE ÜBER DIE SITZUNGEN DES ABGEORDNETENHAUSES DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATHES 4. Sitzung, 48. Session vom 12.12.1913, S. 123-129.

⁸⁴⁹ Siehe BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 297.

Zusammensetzung des galizischen Landtags nach den drei wichtigsten Projekten der Wahlreform

	1910		1913	1914*
Virilstimmen	15		13	12
Großgrundbesitz	44		45	45
Städte (Zensuskurie)	36		44	46
Handelskammern	5	Kurie des mittleren Besitzes	8 bzw. 7	5
Gewerbekammern	2	Handelskammern	7	2
Städtische Kurie des allgemeinen Wahlrechts	10		12	12
Landgemeinden	80		99	105**
	192		227	277

In dem komplizierten System des Jahres 1914 waren die Wahlkreise folgendermaßen verteilt:
 Großgrundbesitz: 16 polnische, 1 ruthenischer; Städte (Zensuskurie): 11 allgemeine, 12 polnische, 6 ruthenische
 Städte (allgemeines Wahlrecht): 4 allgemeine, 5 polnische, 3 ruthenische
 Landgemeinden: 50 allgemeine, 7 polnische, 34 ukrainische

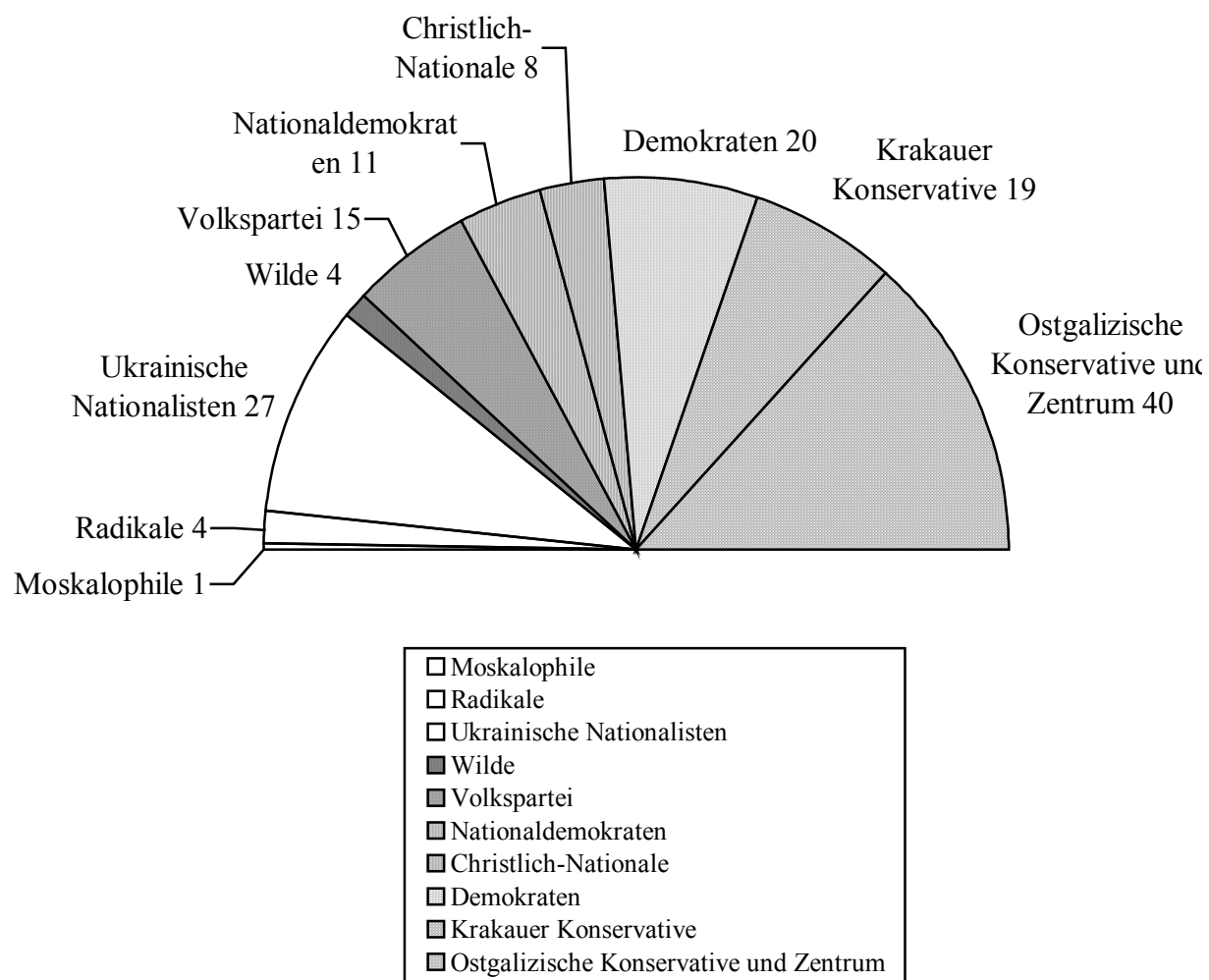
** Bürger mit dem Steuer-oder Bildungszensus bekamen zwei Stimmen

Quellen: *Kurjer Lwowski* 513 (5.11.1910) und 128 (18.03.1913)

Stanisław Głąbiński, *Wspomnienia polityczne*, Pelplin 1939, S. 160f

Konstanty Grzybowski, *Historia państwa i prawa Polski* (Staats- und Rechtsgeschichte Polens), Warszawa 1982, Bd.IV, S.277f

Der galizische Landtag nach den Landtagswahlen 1913



Quelle: *Naprzód* 157 (11.07.1913)
 Entwurf: Teresa Stochel-Nabielska
 Grafik: Piotr Galler

XIII. Die politischen Hintergründe der Długosz-Stapiński-Affäre. Spaltung in der Bauernpartei und die Krise bei den Krakauer Konservativen.

Das Jahr 1913 war ein *annus horribilis* nicht nur für die Krakauer Konservativen, deren Machtgefüge heftig ins Wanken geriet, insbesondere ihren Anführer Bobrzyński, der aus dem Amt des Statthalters für Galizien verdrängt wurde. Politische Widersacher bereiteten auch den Abschied des unbequemen Vorsitzenden der Bauernpartei aus dem politischen Leben vor.

Der Fall Bobrzyńskis, die Ergebnisse der Landtagswahlen, welche die Niederlage des Wahlrechts-Projekts in den Landtag unter der Ägide des Stańczyken-Lagers besiegelten, und die internen Turbulenzen in der Volkspartei waren Anzeichen einer politischen Wende in Galizien. In den Vordergrund rückte ein polnisch-nationales Programm, dessen Autoren sich dem Kampf um ein Wahlsystem verschrieben, das die nationale Einheit des Landes und den Schutz der katholischen Glaubensminderheit im Osten sicherte. Das Scheiden des Statthalters und die darauf folgende Spaltung in der von Stapiński angeführten bäuerlichen Partei waren eng miteinander verkettet, aber fielen die beiden Routiniers der polnischen Politik einer Intrige derselben Kräfte zum Opfer?

Bobrzyński bot seinen Rücktritt infolge eines organisierten Vorgehens der galizischen Bischöfe an - deren politisches Gewicht nun immer schwerer wog -, der Allpolen und der gestärkten Partei der Mitte(Zentrum). Eine Beteiligung der Nationaldemokraten an der Demontage Stapińskis lässt sich aus den Quellen nicht erschließen, mit Sicherheit aber ihre Versuche aus dieser Situation Kapital für sich zu schlagen.

Neben den Allpolen gehörte der Klerus zu den deklarierten Gegnern der Volkspartei. Beide Kräfte verstärkten ihr Werben um die Gunst der Wähler in ländlichen Landesteilen in der Zeit, wo die offizielle Vertretung der bäuerlichen Interessen in einer Krise steckte. Die Wandlung der Volkspartei von einer emanzipierten politischen Kraft zu einer auf unmittelbare Vorteile ausgerichteten - auch von Korruption nicht verschonten Institution -, in der so manches einst hochgesteckte Ziel zum Lippenbekenntnis verkam, die Politik des Lavierens und sich oft ändernder Orientierungen des Parteiobmannes (vom hartnäckigen Panslavismus bis zu einer austrophilen Ausrichtung) vergrößerten die Politikverdrossenheit bei den auch sonst so misstrauischen Bauern.

Für die hohe Geistlichkeit, die den frommen Wunsch hegte, eine eigenständige politische Rolle zu spielen, bot sich jetzt mehr denn je die Gelegenheit, das Ruder an sich zu reißen. Der Klerus verfügte zwar über einen kräftigen Rückhalt bei den im galizischen Dorf agitierenden Pfarrern, einem Teil der Intelligenz und den Beamten der Kleinstädte, der erhoffte größere Einfluss auf die Wähler blieb aber aus. An diesem Zustand war die Kirche

selbst nicht ohne Schuld. Die Überheblichkeit der Geistlichen den Bauern gegenüber und ihre Kontakte zu den Nationaldemokraten lösten Widerwillen unter dem Volk aus. Dazu waren die klerikalen Elemente selbst uneins. Auf der einen Seite stand die politische Allianz der Stojałowski-Gruppe und der Allpolen (Związek Chrześcijańsko-Ludowy) mit ihrem Blatt *Prawda* (Die Wahrheit), auf der anderen der Einzelgänger Bischof Walęga, gefolgt von klerikalen Elementen, die weder der Nähe zu den Nationaldemokraten noch dem Radikalismus des Bischofs von Tarnów etwas abgewinnen konnten, daher aber bereit waren, dem rechten Flügel in der Bauernpartei im Kampf gegen Stapiński behilflich zu sein.⁸⁵⁰

Die lokale Popularität Stapińskis schob nämlich dem politischen Katholizismus wohl den größten Riegel vor. So sehr einige Entscheidungen - wie etwa die Unterlassung der Wahlunterstützung für die Volkspartei durch die Landesregierung - dem Klerus entgegenkamen, sank die Partei in der Wählergunst nicht hinreichend, sondern drohte mit Obstruktion gegenüber der Regierung und griff wieder zu schweren Geschützen in den Auseinandersetzungen mit den Geistlichen.⁸⁵¹ Es ist anzumerken, dass der Anführer des bäuerlichen Lagers, der die radikalen Impulse in der Gesellschaft wahrgenommen hatte, die Absicht eines oppositionellen Kurses gegenüber der Regierung schon im Herbst 1912 hegte.⁸⁵² Die Dinge standen damals allerdings schlecht. Stapiński wollte die ohnehin durch den Widerstand der Wahlreformgegner stark ins Wanken geratene Position des Statthalters nicht zusätzlich verschlimmern. Das rührte daher, dass sich der Obmann der Volkspartei aus mancher schwierigen Lage - diese wurde wiederum durch die für die Bauern so nützlichen aber riskanten Bankprojekte der Parteiführung verursacht - von Bobrzyński bzw. den Krakauer Konservativen helfen ließ, was zum Dank verpflichtete.⁸⁵³ Außerdem war

⁸⁵⁰ Diese klerikalen Elemente gruppierten sich um die Zeitschrift *Głos Narodu* (Die Volksstimme); Siehe dazu ANDRZEJ GARLICKI, PSL-"Piast.", Warszawa 1966, S. 164; *Głos Narodu* 25(31.01. 1914).

⁸⁵¹ Andrzej Garlicki betont zu Recht die historische Bedeutung des Wahlergebnisses für die Volkspartei unter den gegebenen Umständen, trotz der arithmetischen Optik, d.h. der Einbußen was die Mandatzahl angeht; Zur Verschärfung des journalistischen Tons siehe *Przyjaciół Ludu* 18(27.04.1913); Über die zahlreichen Konfiszierungen des Blattes der Volkspartei wegen Kritik am Klerus legen die Akten des Landesgerichts von Krakau Zeugnis ab. Vgl. APKr. Sąd Krajowy Koronny w Krakowie, sygn. 630; Prot. III 89/13, III 94/13, III 104/13, III 107/13, III 119/13.

⁸⁵² Witos erwähnt in seinen Erinnerungen einen Brief Stapińskis an Długosz vom 13. Dezember 1912, der Vorwürfe an die Regierung, den Statthalter und die Konservativen beinhalten sollte. Vgl. WITOS, *Moje...*, Bd. I, S. 324.

⁸⁵³ Siehe Fragmente aus den Erinnerungen Stapińskis, In: *Materiały źródłowe...*, S. 133.

Stapiński überzeugt, dass das Übergewicht der Konservativen aus dem galizischen Landtag auch anders zu vertreiben sei, nämlich auf dem Weg einer demokratischen Wahlordnung.⁸⁵⁴

Vor einer Rückkehr Stapińskis zur alten Linie fürchtete sich nicht nur der Klerus. Auch ein Teil des eigenen Lagers - gemäßigte Elemente, die in den Jahren 1907/08 aus anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schichten in die Partei hineinzuströmen begannen, ohne ein wirkliches Gespür für die Sorgen der Bauern jemals zu erkennen zu geben - wollte solche Gelüste im Keim ersticken.⁸⁵⁵ Diese seit langem existierende Opposition zur Politik des Parteiobmannes meldete sich während der Wahlaktion im Sommer 1913 zu Wort. In einem Aufruf an die Wähler vom 5. Juni fasste Zygmunt Graf Lasocki⁸⁵⁶ - nach vorherigen geheimen Absprachen unter der Leitung Witos' - alle Vorwürfe gegen den zur Demagogie neigenden Parteiführer zusammen.⁸⁵⁷ Ganz oben auf der Liste der Sündenfälle stand Stapińskis hartes Vorgehen gegenüber dem Klerus. Der Briefwechsel zwischen Lasocki und den Bischöfen Wałęga und Teodorowicz zeigte allerdings mehr als nur die Sorge eines gemäßigten Parteimitglieds wegen journalistischer Ausrutscher seines Parteichefs. Die Korrespondenz enthüllt Lasocki als einen Vertrauensmann der hohen Geistlichkeit, der auf ihren Wunsch im Begriff war, die Reihen der Volkspartei noch vor den Wahlen zu verlassen.⁸⁵⁸ Aufgehalten hatten ihn die letzten Versuche, den aus der Sicht des rechten Flügels negativen Trend in der Partei umkehren zu wollen und Stapiński von der Parteispitze zu verdrängen. Denn so sehr die politischen Beobachter in den Vorwürfen Lasockis gewisse sachliche Differenzen herauszuhören vermochten, und - wie aus dem Briefwechsel

⁸⁵⁴ Stapiński an Stanisław Haluch vom 20.02.1914, AZHRL, Ż-40.

⁸⁵⁵ Über die destruktive Einwirkung dieser Elemente auf die Bauern klagte auch die in der Bauernbewegung engagierte Ehefrau Stapińskis, Barbara. Siehe Barbara Stapińska an Genowefa Brzezińska vom 10.12.1913, AZHRL, Ż-40.

⁸⁵⁶ ZYGMUNT LASOCKI (1867-1948); Großgrundbesitzer; Landrat(Starost) von Tarnobrzeg; Befürworter des Bündnisses zwischen dem Großgrundbesitz und den reicheren Bauern; 1911 Reichsratsabgeordneter.

⁸⁵⁷ Siehe Nachlass Lasockis, PAN Krakau, t. 4094, S. 36f; Kurjer Lwowski 324(16.07.1913); Gazeta Narodowa 180(5.08.1913); Über das Komplott der Mandatäre aus dem rechten Flügel der Volkspartei gegen den Obmann siehe Fragmente aus den Erinnerungen Stapińskis, In: Materiały źródłowe..., S. 135.

⁸⁵⁸ Lasocki an Sapieha vom 8.07.1913, PAN K t. 4072; Siehe auch Brief Lasockis an Teodorowicz zitiert bei KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ, Dzieje..., S. 213; Lasocki informierte auch Bobrzyński über die Stimmung in der Volkspartei und Vorhaben Stapińskis. Im November 1911 schrieb er über dem auflebenden Gedanken einer radikalen Opposition: „...Ich fürchte, bei günstiger Gelegenheit wird er [Stapiński – Anm. TS-N] nicht davor zurückschrecken zum Radikalismus und den Parolen eines Klassenkampfes zu greifen und die nationale Solidarität im Polenklub zu brechen.“ Siehe Zygmunt Lasocki an Bobrzyński vom 20.11.1911, BJ, t. XVI, 8094, S.1-2.

ersichtlich - die Überlegungen bezüglich der Zukunft der bäuerlichen politischen Organisation auch in die Richtung einer Abkoppelung eines Teils der Parlamentarier und Parteimitglieder und eines Zusammenschlusses mit anderen Gruppierungen nationaler und katholischer Färbung abschweiften, ging es dem rechten Flügel in erster Linie um die Personalfrage.

Da das Parteiblatt *Przyjacieł Ludu* fest in der Hand Stapińskis lag (nach ihm übernahm die Redaktion sein Sohn Tadeusz), sorgte Lasocki - um allen "Vergehen" des Vorsitzenden mehr Publizität zu verschaffen - für den Zugang zu einer anderen Tageszeitschrift. Kontakte zur Lemberger Fronde Wysłouchs und Dąbskis wurden geknüpft, demselben "Häuflein Aufständischer, das sich Banditenmethoden bediente", über dessen Existenz sich der Obmann der Volkspartei 1909 ausgerechnet bei Lasocki beklagte.⁸⁵⁹ Infolge der Verständigung, die zwischen Wysłouch und dem Grafen während einer Versammlung in Tarnobrzeg im Juli 1913 erfolgte, wurde der Letztere Teilinhaber des Blattes *Gazeta Ludowa* (Volkszeitung).⁸⁶⁰ In seinen Spalten wurde das Verhältnis Stapińskis zu den Ruthenen und seine Judenfreundliche Orientierung an den Pranger gestellt. Solidaritätsbekundungen an die Ruthenen bei den Verhandlungen rund um die Wahlreform für den Landtag wurden jetzt als Agieren des Obmannes auf eigene Faust kritisiert und für manch hartnäckiges Beharren der Ruthenen auf ihren Forderungen verantwortlich gemacht. Die Differenzen in der ruthenischen Frage zwischen den beiden Flügeln zeigten sich als Witos und Lasocki im Januar 1913 den Sitzungssaal verließen, während der Klub für den Antrag über die Eröffnung der ukrainischen Universität mit Sitz in Lemberg abstimmte.⁸⁶¹ Stapińskis Auftreten gegen das Proportionalsystem in Zweimandatskreisen dagegen legten seine Kontrahenten als Sympathiebekundungen an die jüdische Bevölkerung aus. Uneinigkeit herrschte in der Volkspartei auch was den Beitritt zur Kommission der Unabhängigkeitsparteien anging.

Nicht alle Vorwürfe, die an die Adresse des Parteiobmannes gerichtet wurden, ließen sich nachvollziehen. Es ist nicht ganz verständlich, warum ausgerechnet ein Klerikaler wie Lasocki, der gute Kontakte zur hohen Geistlichkeit pflegte, gegen die anfängliche Akzeptanz der Kurie des mittleren Besitzes durch die Parteispitze - die im Grunde genommen für reichere Grundbesitzer und Geistliche vorgesehen war - so heftig opponierte. Andererseits bestätigen gerade solche Vorbehalte, dass man nichts unversucht ließ, um Gründe für eine Kompromittierung Stapińskis zu finden.

⁸⁵⁹ Stapiński an Lasocki vom 6.01.1909, Nachlass Lasockis, PANK, t. 4064, S. 130f.

⁸⁶⁰ Lasocki an Wysłouch vom 16.07. und 31.07.1913, Ossol. 7179II, S. 270-271, 273-274, 277.

⁸⁶¹ KRZYSZTOF DUNIN-ŹASOWICZ, *Dzieje...*, S. 211; *Ojczyzna* 1(1913).

Ein weiterer Akt in der Konfrontation war das Problem der Emigration. Während der Anführer der Partei die Auswanderung der galizischen Bauern nach Kanada für eine Möglichkeit zur Existenzverbesserung und Spekulationen mit Grundstücken für eine wichtige Einnahmequelle hielt, warnte Lasocki vor solchen Experimenten mit der Kolonisationspacht und sah sie als Gefährdung der Parzellierungsidee.⁸⁶² Kritiker der Emigration wie Witos, Lasocki oder Żardecki näherten sich hier der Position der Nationaldemokraten, die eher an eine Besiedlung Ostgaliziens mit Kolonisten aus dem Westen des Landes dachten. Damit wäre den hochverschuldeten und daher im Falle einer Parzellierung teuren Gutshöfen ein Gefallen getan und gleichzeitig durch die Zuwanderung in Ostgalizien ein willkommenes nationales Gegengewicht zu den Ruthenen gebildet worden. Eine Idee, zu der selbst einige ostgalizische Großgrundbesitzer (z. B. Cieński) auf Distanz gingen.⁸⁶³

Die Polemik erhielt eine neue Facette als eine Transportgesellschaft, die sich mit der Fracht der Emigranten von Triest nach Kanada beschäftigte, 1913 Schlagzeilen machte. Die Tätigkeit der Firma "Canadian Pacific Railway Company" und die Rolle Stapińskis darin (Hilfe bei der Gewinnung der Konzession in Galizien, Werbeartikel in der Zeitschrift der Volkspartei und als Gegenleistung der Gesellschaft die angebliche Finanzierung der Parteikanzlei in Ostgalizien) gab den Kritikern der "Alleinherrschaft" des Parteiführers die Gelegenheit, diesen nach moralischen Maßstäben zu beurteilen.⁸⁶⁴ Die Empörung über Geldmittel aus "verdächtigen Quellen" war nur ein Aspekt dieser Angelegenheit. Nähere Untersuchungen der Aktivitäten des Frachters enthüllten enorme Korruption in den Kreisen hoher Politiker. Alleine 14 Millionen Kronen sollten als Schmiergelder ausgegeben werden.⁸⁶⁵ Zu einer echten Affäre, die andere Themen kurzfristig in den Hintergrund verdrängte, wurde die Sache aber, als Anfang Januar 1913 einer der Vertrauensmänner des Kriegsministeriums in einem Restaurant Zeuge eines Gesprächs unter vier Engländern wurde, die sich über die "Canadian Pacifik" unterhielten. Die Formulierung, wonach Österreich infolge solcher Aktivitäten in zwanzig Jahren über keinen Soldaten mehr verfügen würde, löste Panik im Ministerium aus. Die Aufrechterhaltung der Konzession für die Gesellschaft wurde mit einem

⁸⁶² Über schwere Situation der galizischen Emigranten in Kanada siehe Nachlass Lasockis, PANK, t.4094, S. 8f und 12; Vgl. auch Kurjer Lwowski vom 7.08. und 14.08.1913; Stellung Stapińskis zur Emigration Przyjaciół Ludu 37 (6.09.1913); Vgl. auch DASZYŃSKI, Pamiętniki, Bd.I, S.13f.

⁸⁶³ ADAM WĄTOR, Tadeusz Cieński-polityk ziemianin. Z dziejów konserwatyzmu wschodniogalicyskiego. Szczecin 1997.

⁸⁶⁴ Der Leiter der Kanzlei, Władysław Dunin-Wąsowicz, soll 5000 Kronen jährlich von der Gesellschaft bekommen haben. Vgl. Kurjer Lwowski 324 (16.07.1913).

⁸⁶⁵ Kurjer Lwowski 480 (18.10.1913).

planmäßigen Attentat auf die Militärkraft der Monarchie gleichgesetzt. Im Rahmen der Maßnahmen gegen das enorme Ausmaß der Emigration (von 181.426 Militärpflichtigen in Galizien im Jahre 1913 tauchten 80.852 nicht vor der Musterungskommission auf) wurde vom Statthalter Korytowski eine strenge Verordnung herausgegeben.⁸⁶⁶ Im Oktober 1913 wurden die Hauptfilialen des Unternehmens in Lemberg und Krakau geschlossen.⁸⁶⁷

Waren in der Volkspartei Vorfälle wie die Durchsetzung einiger Kandidaten bei den Wahlen von 1911, die nicht dem Wunsch der Parteiführung entsprachen, oder geheime Unterredungen zwischen Witos und dem nationaldemokratischen Abgeordneten Skarbek in den Wandelgängen des Parlaments im Dezember 1912 noch zarte Anzeichen, dass sich in der Partei eine Opposition anbahnte, so konnte sich diese 1913 bei wichtigen Beschlüssen bereits durchsetzen.⁸⁶⁸ Bei der Generalversammlung der Landtags- und Reichsratsabgeordneten in Krakau am 30 August 1913 (anwesend waren etwa 40 Abgeordnete) stellte Stapiński, der einen Tag früher mit jungen Aktivisten in der Partei (Putek, Kazimierzczak, Padło, Bochenek, Sanojca) die Weichen für einen Neubeginn gesetzt hatte, einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Stürgkh auf die Tagesordnung, schlug den Übergang der Volkspartei in die Opposition und den Austritt aus dem Polenklub im Abgeordnetenhaus in Wien vor. Als Motive für diesen Schritt nannte er die Mitschuld der Regierung am Scheitern der Wahlreform für den Landtag, ihr Vorgehen gegen die bäuerliche Fraktion während der Wahlen sowie das Aufwiegeln und die Bestechung von Volksparteilern gegen die Parteiführung.⁸⁶⁹ Der Antrag wurde abgelehnt. Obwohl die Mehrheit der Versammelten - darunter besitzende und reichere Elemente - darin nur die persönlichen Pläne Stapińskis sah, seinem Intimfeind Długosz zu schaden, hätte dieser Schritt bei weitem gravierendere Konsequenzen gehabt. Mit einem Veto gegen den Antrag war die Gefahr der Sprengung des Polenklubs vorläufig gebannt. Der außerhalb des Klubs stehende Block nämlich, der zusammen mit den Ruthenen allen Schätzungen nach etwa 54 Abgeordnete aus Galizien zählen würde, wäre im Stande, die Vertreter in die Delegationen so zu wählen, dass der Polenklub nicht mehr zum Zug kommen würde, da in diese nicht nach Klubs, sondern nach Ländern gewählt wurde. Eine solche Situation würde die Position Stapińskis noch mehr stärken, das Kabinett Stürgkh, das sich - wie auch viele anderen vor ihm - auf den

⁸⁶⁶ Ebda 362(7.08.1913).

⁸⁶⁷ Ebda 480(18.10.1913).

⁸⁶⁸ Spätestens zu diesem Zeitpunkt (Dezember 1912) zog auch Stapiński einen möglichen Rückzug aus den Führungspositionen in Erwägung und wollte nach der Durchsetzung der Wahlreform, im Falle eines gescheiterten Einigungsprozesses unter den Bauer, die Leitung in der Fraktion solchen Leuten wie Witos und Madej überlassen. In der Begründung fügte er in seinem Brief an Jakub Bojko sarkastisch zu: "Arm ist dieser gemeine Stamm, will nicht an der Regierung beteiligt sein, muss wohl im Dienste bei den Skarbeks und der Schlachta - selbst der bankrotten a' la Grabski - bleiben." Siehe Stapiński an Bojko vom 27.12.1912, Ossol., 13473.

⁸⁶⁹ Kurjer Lwowski 398(28.08. und 31.08.1913).

Polenklub stützte, gefährden. Von nun an konnte man also auch die Zentralregierung zu den Gegnern des Obmannes der Volkspartei zählen.

Um das Gespenst des Radikalismus wirkungsvoll zu verbannen, wurde alles daran gesetzt, um Stapiński von der Parteispitze zu verdrängen. Ein Ass im Ärmel, das den Volkstribunen in den Augen der Parteimitglieder und Sympathisanten endgültig diskreditieren sollte, glaubten die besorgten Regierungsmitglieder, Długosz und Zaleski, zu haben. Es handelte sich um eine geheime Abmachung zwischen Stapiński und der Regierung, die Ende 1912 vor den naherückenden Wahlen abgeschlossen worden war, dieselbe, die dem Vorsitzenden der bäuerlichen Partei zu dieser Zeit u.a. nicht erlaubte, zur geplanten Opposition gegenüber der Regierung zu schreiten. Laut dieser sollte der von finanziellen Sorgen geplagte Stapiński aus den Händen der Stańczyken 80.000 Kronen für den Ankauf der Hälfte der Anteile an der vielgelesenen Krakauer Zeitschrift *Ilustrowany Kurier Codzienny* (Illustrierte Tageszeitung) bekommen und sich dafür verpflichtet haben, die Politik der Regierung zu unterstützen.⁸⁷⁰ Mit der Offenlegung der Details dieses Deals zögerte man jedoch - aus einem guten Grund, wie sich später herausstellte - und versuchte, mit anderen Mitteln das Ziel zu erreichen.

Alle bisherigen Bemühungen der Entmachtung Stapińskis schlugen jedoch fehl. Der Obmann, der in seiner langen politischen Tätigkeit mit Ränkespielen bestens vertraut war, ging weder auf das Angebot der ökonomisch Mächtigen in der Partei ein, wie etwa Długoszs, der ihm ein Grundstück in Kanada schmackhaft machen wollte, noch ließ er sich zum Verkauf der Zeitschriften *Przyjaciół Ludu* und *Ilustrowany Kurjer Codzienny* verleiten.

Ein Seitenhieb mit politischem Signal für den Anführer der bäuerlichen Partei und gleichzeitig ein neuerlicher Vorstoß ihres rechten Flügels kam am 12. November 1913 bei den Wahlen in die so genannten gemeinsamen Delegationen. Es gehörte fast zur Tradition, dass einer unter den zwei Vertretern, welche die Volkspartei in diese zehnköpfige Körperschaft aus Galizien entsandte, der Parteivorsitzende selbst war. Nicht aber diesmal, denn die rechte Seite des Parlamentsklubs stimmte für die Abgeordneten Rey und Biały.⁸⁷¹ In der ersten Reaktion auf dieses Misstrauensvotum zog sich Stapiński von der Funktion des Vorsitzenden des Parlamentsklubs der Volkspartei und des Vizeobmannes des Polenklubs am 14. November 1913 zurück.⁸⁷² Begründet wurde diese Entscheidung mit dem internen Zwist bezüglich der Taktik in Causa Wahlreform.⁸⁷³ An die Klubspitze

⁸⁷⁰ Über die Vereinbarung zwischen den Stańczyken und Stapiński siehe Brief Jaworskis an Bobrzyński vom 29.12.1912, BJ, 8095, S.244; Vgl. auch Brief Bilińskis an Bobrzyński vom 6.01.1913, BJ, 8097I, S. 3; Der Teil der Abmachung, in der die Summe von 80.000 Kronen genannt wurde, konnte nicht gefunden werden; Stapiński selbst erwähnt die Höhe des Betrags in seinen Erinnerungen. Siehe Fragmente der Erinnerungen, In: *Materiały...*, S. 133.

⁸⁷¹ Siehe WITOS, *Moje...*, Bd. I, S. 321; MALINOWSKI, „Ty ludu...“, In: *Materiały...*, S. 117.

⁸⁷² *Kurjer Lwowski* 527(16.11.1913).

⁸⁷³ *Przyjaciół Ludu* 48(23.11.1913).

der Partei rückte Andrzej Średniawski, als Vizepräsident des Polenklubs wurde am 21. November 1913 Andrzej Kędzior gewählt.⁸⁷⁴ Gegner Stapińskis in den eigenen Reihen sorgten auch für ein eigenes Sprachrohr und gründeten die Zeitschrift *Piast*.⁸⁷⁵

Da unerwartete Züge bekanntlich schwer zu kontern sind, sahen viele politischen Beobachter in dieser Entwicklung den endgültigen Fall des Volkstribunen. Höchsterfreut über das "Ende einer Periode des Zynismus in der Politik" zeigten sich die Zeitschriften der Allpolen und der Klerikalen.⁸⁷⁶ *Kurjer Lwowski* und die Wiener *Reichspost* legten die Vorfälle in der Volkspartei als Niederlage der radikalen Richtung aus. Ganz anders fielen die Kommentare auf der linken Seite des politischen Spektrums aus. Der Anführer der Sozialdemokraten, Daszyński, behauptete zwar sarkastisch, Stapiński habe dem konservativen Gedanken mehr geholfen als Jaworski und Bobrzyński, weil er das "Ungestüm der Volksmassen aufgehalten habe", sah die Bauernpartei aber als Opfer einer "Mandatspolitik, welche die ungewöhnlichsten Bündnisse fordere" und zeigte sich - trotz aller Vorbehalte und Kritik an der Parteiführung der Volkspartei - solidarisch mit Stapiński.⁸⁷⁷

Einer der wenigen, die von dem politischen Ende des leidenschaftlichen Aktivisten der Bauernbewegung nicht überzeugt waren, war ein anonymen Informant der Krakauer Polizeidirektion.⁸⁷⁸ Wie richtig er mit seiner Einschätzung der Situation lag, zeigte sich bald. Unter all den Arten des politischen Temperaments, die 1913 aneinander prallten - Liebhaber der Intrige hinter den Kulissen, Befürworter schneller Lösungen und Spezialisten von langfristiger Strategie - gehörte Stapiński, der seine politischen Lehrjahre im galizischen Dorf verbrachte, zu den Anhängern eines direkten Kontaktes mit der Parteibasis bei diversen Versammlungen. Nach einer kurzen Niedergeschlagenheit und trotz enormer psychischer Belastung, hervorgerufen durch die Todeskrankheit seiner Frau Barbara, ergriff der Volkstribun die Flucht nach vorne, startete eine Versammlungsaktion und rüstete so zum entscheidenden Kampf, dessen Kulisse der Parteitag in Rzeszów bilden sollte. Derartige Aktivität beunruhigte die Oppositionsgruppe in Anbetracht der Tatsache, dass das

⁸⁷⁴ Anwesend bei der Abstimmung waren die Abgeordneten Długosz, Kędzior, Madej, Średniawski, Jachowicz, Jedynek, Witos, Biały, Rey, Banaś, Rusin, Łyszczaż, Bomba, Wróbel, Kubik. Die Abgeordneten Kubik, Wróbel und Łyszczaż waren einzig mit der Form, in der man Stapiński zum Rücktritt zwang, nicht einverstanden. Vgl. *Kurjer Lwowski* 538(22.11.1913).

⁸⁷⁵ Als Chefredakteur fungierte Bojko, tatsächlich aber wurde das Blatt vom Bardel und Gagatke und ab März 1914 vom Raczkowski geführt. Die finanziellen Mittel stellten Długosz, Lasocki, Rey, Angermann. Siehe DUNIN-WĄSOWICZ, *Dzieje...*, S. 222).

⁸⁷⁶ Vgl. *Słowo Polskie* 534,540,544(1913); *Rzeczpospolita* 108(22.11.1913).

⁸⁷⁷ *Kurjer Lwowski* 542(25.11.1913); *Naprzód* 265 (17.11.1913); Über die Demoralisierung der Bauern siehe DASZYŃSKI, *Pamiętniki*, Bd.II, S.78f.

⁸⁷⁸ APKr. Dyrekcja Policji w Krakowie, 68, 3111/13.

Kräfteverhältnis in der Partei nicht mit dem im Parlamentsklub übereinstimmte.⁸⁷⁹ Anders als im Abgeordnetenhaus in Wien hatte der Vorsitzende der Bauernpartei in Galizien einen Heimvorteil. Hier verfügte er über Stimmenressourcen, die sich in einer kritischen Situation als rettend erweisen konnten. Eine solche Hoffnung ist aus einem Brief Stapiński an Bobrzyński zu spüren, kurz nachdem die Oppositionsgruppe mit der Geschichte von den 80.000 Kronen an die Öffentlichkeit ging.⁸⁸⁰

Die Tatsache, dass die Anwesenden im Sitzungssaal am Tag der Entscheidung (13. Dezember 1913) in der Mehrheit einfache bäuerlichen Parteimitglieder waren, brachte Stapiński den Verdacht ein, das Publikum "fabriziert" zu haben, um sich den Sieg zu sichern.⁸⁸¹ Als besonders hilfreich sollten sich bei diesen Vorbereitungen der Abgeordnete Wąsowicz und einige Delegierten aus Ostgalizien, wie z.B. Baranowski und Smyk erwiesen haben.⁸⁸²

In einer emotionsgeladenen Atmosphäre ließ der redegewandte Stapiński die einzelnen Etappen in der Entwicklung der bäuerlichen Partei nochmals Revue passieren, schätzte die eigene Entscheidung über den Eintritt der Fraktion in den Polenklub und den „Abgang vom Idealismus zum Opportunismus“ als falsch ein, ging zur Kritik am Regierungssystem in Galizien über und beendete seinen Vortrag, der die Züge einer Generalbeichte trug, mit der Ankündigung radikaler Schritte, die für politische und wirtschaftliche Reformen für Galizien nötig waren.⁸⁸³ Die Ansage eines härteren Vorgehens gegen die feudal-klerikalen Elemente im Land überzeugte die Versammelten mehr als die Versuche der oppositionellen Gruppe, deren Teile - manche aus Überzeugung heraus, manche nur aus reinem politischen Kalkül - die Aufmerksamkeit der Delegierten auf die moralische Seite in der Politik zu lenken versuchten, indem sie die Quellen offen legten, aus denen Stapiński Gelder bezog.⁸⁸⁴ Zur

⁸⁷⁹ GARLICKI, PSL-„Past“, S.107.

⁸⁸⁰ Stapiński an Bobrzyński vom 7.12.1913, BJ, 8097I, S.185f.

⁸⁸¹ Die konservative Zeitschrift *Czas* 575(13.12.1913) sprach von 120 Parteimitglieder und 20 Abgeordneten unter den Versammelten, Dunin-Wąsowicz nennt die Zahl von 100 Mitgliedern und 25 Abgeordneten. Siehe DUNIN-WĄSOWICZ, *Dzieje...*, S.222); Über die Befürchtungen des rechten Rands der Volkspartei in diesem Zusammenhang siehe WITOS, *Moje...*, Bd.I, S. 322.

⁸⁸² Vgl. *Kurjer Lwowski* 574(15.12.1913).

⁸⁸³ Siehe Bestimmungen des Oberrates der Volkspartei von Rzeszów, In: *Przyjaciół Ludu* 52(21.12.1913). Vgl. auch Beschlüsse von Rada Naczelna der Volkspartei von 13.12.1913, In: *Materiały źródłowe...*, S. 146-147.

⁸⁸⁴ Von Długosz 194.958 K, von Baron Popper 25.000K, von einer Petroleumfirma 10.000K, von Bobrzyński für die Wahlaktion 1911 30.000K, von Stürgkh für die Landtagswahlen 1913 40.000K, von der Parzellierungsbank 75.000K, von der Volksbank für Konzessionen 100.000K, von der Versicherungsgesellschaft "Wisła" 25.000K -

großen Verblüffung mancher Anwesenden konnte der „Angeklagte“ die Oberhand behalten. Mit der Stimmenmehrheit wurden in Rzeszów wichtige Beschlüsse gefasst - manche auch von Oppositionselementen getragen, um nicht den Eindruck zu erwecken ihnen ginge es um programmatische Differenzen.⁸⁸⁵ Die Umsetzung des bäuerlichen Programms hielt man einzig auf dem Wege der Opposition gegenüber der Regierung und den reaktionären Kräfte im Lande für möglich, die nationale und soziale Politik der Partei sollte daher von diesen unabhängig sein, künftige Bündnisse nur mit fortschrittlichen Elementen stattfinden.

Zum offenen Bruch zwischen den Anhängern Stapińskis und dem rechten Flügel in der Volkspartei kam es bei der Abstimmung über den vierten Punkt des Beschlusspakets, in dem die "Piast"-Gruppe als Erfolg der reaktionären Einflüsse bezeichnet wurde.⁸⁸⁶ Neunzehn Delegierte, die gegen diese Resolution stimmten, verließen daraufhin den Sitzungssaal, die restlichen Anwesenden bestätigten Stapiński als Parteiboss und verurteilten die aus ihrer Sicht für die Partei schädliche Tätigkeit Długoszs in der Regierung.⁸⁸⁷ Der Parteivorsitz nahm die Zugeständnisse zurück, die hinsichtlich des Wahlgesetzes dem Großgrundbesitz und der Regierung gemacht wurden, und forderte allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlen für den Landtag ohne Interessenkurien und Virilstimmen.

An der Basis in Galizien schien Stapiński im Moment das Kräftemessen innerhalb der Partei für sich zu entscheiden. Nicht aber, wenn man das ganze Ausmaß der Spaltung betrachtet. Der alte neue Fraktionsführer verlor mit dem "Piast"-Flügel fast alle Parlamentsabgeordnete aus seinem Team. Der daraufhin erfolgte Austritt der bäuerlichen Vertretung aus dem Polenklub begrenzte sich daher auf Stapiński und fünf weitere Parlamentarier (Bis, Bomba, Kubik, Lyszczyński, Madej).⁸⁸⁸

Die Kräfte rund um Długosz konnten von einem gewissen Erfolg innerhalb der parlamentarischen Arena sprechen, denn die Gefahr einer größeren Sezession aus dem Polenklub wurde verhindert, die Angelegenheit hatte aber weit mehr Dimensionen. Die Offenlegung der Geschichte der 80.000 Kronen stellte sich für den rechten Flügel mehr und mehr auch als ein Schuss ins eigene Tor heraus. Die Sache zog weite Kreise nicht nur in

zusammen 503.958K. Siehe Kurjer Lwowski 573(14.12.13).

⁸⁸⁵ Przyjaciół Ludu 52(21.12.1913); Gazeta Narodowa 289 (16.12.13); GARLICKI, PSL-„Piast“, S. 120.

⁸⁸⁶ Gazeta Narodowa 289(16.12.1913); DUNIN-WĄSOWICZ, Dzieje..., S. 224.

⁸⁸⁷ Długosz wurde vorgeworfen, als Regierungsmitglied nicht konform mit dem Programm der Volkspartei zu handeln. Konkret war hier der Druck auf die Parteimitglieder seitens der Regierung gemeint. Der Minister war auch als Urheber der Intrigen in der Partei angesehen. Als Vizeobmann der bäuerlichen Partei folgte ihm der Abgeordnete Grek; Zur Spaltung in der Volkspartei siehe ausführlich WITOS, Moje..., Bd.I, S. 319-326.

⁸⁸⁸ Kurjer Lwowski 581(19.12.1913).

Galizien, sondern auch im Reichsrat, wo sie vor allem die Neugierde bei den deutschen Abgeordneten weckte. In diesen Kreisen schien man sich für drei Fragen brennend zu interessieren: 1) Waren all diese Gelder von Stapiński privat angenommen worden, oder für den Bedarf der Partei? 2) War Długosz von Stürgkh zu solchen Eröffnungen beauftragt? 3) Aus welchen Quellen stammte tatsächlich die Summe von 80.000 Kronen?⁸⁸⁹ Die polnischen Sozialdemokraten beabsichtigten, die Regierung in den Anklagezustand zu versetzen. Dass eine solche Interpellation angenommen werden konnte, war zwar wenig wahrscheinlich, man erhoffte sich aber wenigstens eine Erklärung.⁸⁹⁰ Die ausweichende Antwort Stürgkhs, das Geld für die Zeitschrift *"Ilustrowany Kurjer Codzienny"* stamme aus dem Dispositionsfonds der Regierung, beruhigte die Gemüter keineswegs. Sie lieferte noch mehr Gründe, sich die Frage zu stellen: Wenn eine Summe von einer derartigen Höhe für nur eine Zeitschrift herausgegeben wurde, die noch dazu im weitesten Osten der Monarchie erschien, wie viel braucht denn die Regierung für die übrigen Blätter, die sie in Wien und anderen Kronländern erhält und unterstützt? Reicht dafür dieser Dispositionsfonds aus? Der sozialdemokratische Abgeordnete Daszyński, der schon einige Missstände im Reichsrat aufgedeckt hatte, stellte aus diesem neuesten Anlass einige Daten zusammen und schätzte die Geldsummen, welche die Regierung allein für die Wahlen in Galizien in der Zeit von 1907-1913 bestimmte, auf etwa 3,5 Millionen Kronen.⁸⁹¹ Auf Antrag Daszyńskis wurde im Abgeordnetenhaus mit der Stimmenmehrheit 150:140 eine Debatte zu den Eröffnungen des Ministerpräsidenten eingeleitet, in der das Korruptionssystem der Zentral- und Landesregierung einer scharfen Kritik unterzogen wurde.⁸⁹²

Für Długosz, der die Regierung durch seine ungeschickte Taktik ins Zwielicht brachte, endete damit die Rolle als Minister für Galizien. Nach seiner Demission am 21. Dezember 1913 versuchte er sich in der Öffentlichkeit als Opfer von Stapińskis dunklen Machenschaften darzustellen.⁸⁹³ Auch sein politischer Kredit in der eigenen Partei schien nicht unbegrenzt zu sein. Długosz wurde nämlich keine Rolle in der Aufbauphase der neuen bäuerlichen Partei zugebilligt, jedenfalls nicht an der Führung.⁸⁹⁴ Im Ausschuss der "Piaśt"-Gruppe saßen Bojko

⁸⁸⁹ Czas 581(17.12.1913).

⁸⁹⁰ Ebda 586 (20.12.1913); Daszyński drängte auf Eröffnung einer Diskussion im Reichsrat über die Vorfälle in Rzeszów.

⁸⁹¹ Vgl. DUNIN-WĄSOWICZ, Dzieje..., S. 224.

⁸⁹² Für diesen Antrag stimmten die Ruthenen, Südslawen, tschechische Agrarier und Radikale, die Italiener und die deutschen Nationalisten. Vgl. Czas 585(19.12.13).

⁸⁹³ Vgl. BOBRZYŃSKI, Z moich..., S. 378; WŁADYSŁAW DŁUGOSZ, „Meine Antwort“, Kraków 1914 (gedruckt auch in Czas vom 19.01.1914).

⁸⁹⁴ Sein Name taucht erst im April 1914 auf als Mitglied des Exekutivkomitees im Parteirat. Vgl. GARLICKI, PSL-

(Obmann), Witos (Vizeobmann), Gabriel Dubiel (Sekretär) sowie die Abgeordneten Józef Bochenek, Michał Jedynak, Pająk, Włodzimierz Tetmajer, Filip Włodek, Ignacy Wróbel, Wielgus. Aus der Ergänzungswahl gingen Krzesiński, Krężel, Smoleń und Bik hervor.⁸⁹⁵

Ungewollt in eine Lage geraten, die im galizischen Dorf zum Kampf gegen den hier angesessenen Stapiński zwang, war man sich in der "Piaśt"-Gruppe dessen bewusst, dass die Etablierung als selbständige politische Kraft in dem vorhandenen Parteienspektrum mehr als schwierig war. Stapiński konnte man nur mit noch radikaleren Parolen übertreffen, was der Gruppierung nur den Unmut der Konservativen und der klerikal-volkstümlichen Elemente einbringen würde. Auf der anderen Seite wusste man, dass sich ohne eine klare programmatische Linie schon bei den nächsten Wahlen für den rechten Flügel der Volkspartei die Existenzfrage stellen würde.⁸⁹⁶ Wie stand sie aber zu den wesentlichen Fragen, die Galizien beschäftigten?

Die erste Ausgabe des Blattes *Piaśt*, die nicht als Spaltungspublikation aufzufassen ist, weil sie noch vor der Generalversammlung der Volkspartei in Rzeszów verfasst wurde (sie erschien nur erst später am 11.01.1914), ließ eine Art Positionierung des rechten Flügels erkennen. Keine Vorurteile, aber eine deutliche Differenzierung zwischen den West- und Ostkonservativen. Hier legte man sich (noch) nicht fest und versuchte die eigene Selbständigkeit zu betonen. Dieselbe Vorsicht sichtbar im Verhältnis zum Klerus, hier war aber ein Spagat zwischen der Eintracht in den Glaubensfragen und der Beibehaltung einer eigener Linie in politischen Angelegenheiten viel schwieriger ausführbar. Ein neutrales Verhalten war nicht möglich etwa bei der Diskussion bezüglich der Änderung des Wahlgesetzes in den Landtag. Hier steckte die "Piaśt"-Gruppe in einem Dilemma, weil sie einerseits mit dem Statthalterprojekt nicht einverstanden war (sie sprach sich gegen die Kurie des mittleren Besitzes aus), andererseits aber auch nicht unter den Einfluss des Klerus geraten wollte.⁸⁹⁷ In ihrer sozialen Orientierung zeigte sich die Sezession als Sprecherin der reicheren Teile der Bauernschaft. Eine Agrarreform wurde in dem programmatischen Abriss mit keinem Wort erwähnt.

Angefangen mit dem Fall Bobrzyńskis zerbröckelte die alte politische Struktur Galiziens, die nach einer konservativer Architektur erbaut wurde, und damit auch die alten Allianzen. In

„Piaśt“, S.100.

⁸⁹⁵ AZHRL, Archiwum Średniawskich, t.IX.

⁸⁹⁶ *Czas* 14 (21.01.1914); Dyrekcja Policji Kraków, sygn. 68 "Informacja poufna" vom 6.01.1914.

⁸⁹⁷ Es gab innerhalb der "Piaśt"-Gruppe auch Stimmen, welche die politische Linie klarer formulierten, wie etwa die von Michał Grabski aus dem Kreis Bochnia, die für einen kompromisslosen Kampf gegen reaktionäre Kräfte jeglicher Art (Stańczyken, Allpolen und Klerikale) war. Siehe dazu *Piaśt* 6(8.02.1914).

der neuen Situation hielt man Ausschau nach neuen Verbündeten. Von Seiten der "Piast"-Gruppe folgte ein Aufruf zur Zusammenarbeit an das Stojałowski-Erbe und ein Vorschlag an die Nationaldemokraten, laut welchem PSL-"Piast" bereit wäre, die Allpolen im Kampf gegen den jüdischen Einfluss zu stärken im Abtausch für den Rückzug des nationaldemokratischen Lagers aus den ländlichen Kreisen Galiziens, was jedoch auf Ablehnung stieß.⁸⁹⁸ Dass auch den Allpolen die Idee einer Zusammenarbeit mit dem rechten Teil der Volkspartei nicht fremd war - allerdings in einer ganz anderen Konstellation -, belegt die Korrespondenz zwischen den führenden Persönlichkeiten der national-demokratischen Partei. Der Vizeobmann des Polenklubs, Józef Buzek, schrieb im Januar 1914 an Jan Gwalbert Pawlikowski: "Ich bin fast sicher, dass im Falle einer längerer Kooperation mit uns, die Volksparteiler(PSL-"Piast" – Anm. TS-N) in unserer Partei aufgehen würden, was für uns einen enormen Vorteil bedeuten würde im Kampf gegen die Ruthenen, Juden, die Linie des Herrn Loewenstein und die der Regierung".⁸⁹⁹ Es ist zu bemerken, dass es zu dieser Allianz erst in der Zwischenkriegszeit kam.

Zu einem Schulterschluss mit dem "Piast"-Flügel zeigte sich die Lemberger Fronde (genannt auch „PSL- Bund der Unabhängigen Volksparteiler“) um Wysłouch bereit, die sich von einem solchen Bündnis einen Ausweg aus der politischen Sackgasse versprach. Einzelne Vertreter des rechten Flügels der Volkspartei kandidierten schon während der letzten Landtagswahlen auf der Liste der Fronde, z.B. Rey und Jedynak im Kreis Ropczyce-Pilzno. Pläne einer Allianz begann man im Dezember 1913 zu schmieden, am 11. Januar 1914 wurde der Beschluss über die Union gefasst und als politische Linie das Programm der Volkspartei aus dem Jahr 1903 übernommen. Das offizielle Bündnis wurde am 1. Februar 1914 bei der Zusammenkunft beider Gruppierungen in Tarnów vollzogen.⁹⁰⁰

Wie stand es aber in diesem politischen Reigen um das einst tonangebende Lager der Stańczyken? War man in diesen Kreisen auf solche Veränderungen vorbereitet? Mit Spannung wartete die Öffentlichkeit auf die Reaktion der Krakauer Konservativen zu den neuesten Ereignissen, sprich zum Rückzug Stapińskis aus dem Polenklub.

⁸⁹⁸ Ebda 4(25.01.1914).

⁸⁹⁹ J. Buzek an J.G. Pawlikowski vom 2.01.1914, BJ 192/61, S.324.

⁹⁰⁰ Präses - J. Bojko, Vizepräses - W. Witos und J. Babicz, Sekretär - J. Dąbski und G. Dubiel. Mitglieder des Hauptausschusses: J. Babicz, F. Badura, M. Baścik, J. Bednarczyk, Dr. Chromiec, Dr. Ćwikowski, J. Chciuk, W. Bieniacz, Bryl, Brzękowski, K. Czarnecki, J. Dąbski, G. Dubiel, T. Dyło, F. Flisowski, J. Gagatęk, L. Gajewski, M. Hawlicki, Dr. J. Horcz, Jaegerman, Jaroszyński, J. Kijak, Dr. Kobyliński, M. Kowalczyk, S. Król, F. Kus, Dr. W. Lewicki, Dr. B. Lacki, F. Maślanka, S. Michalik, Dr. Sz. Mikołajski, T. Młodzanowski, J.Pająk, F. Obwiński, J. Owiński, A. Rączka, W. Roj, Dr. K. Smoleń, Sobek, Dr. L. Staśko, Dr. Strzemiński, Dr. S. Świgośt, L. Szafranski, F. Wielgus, B. Wysłouch, J. Zachara . Vgl. *Piast* 6(8.02. 1914); Siehe auch *Gazeta Ludowa* 1-3(18.01.1914).

Die Ansichten innerhalb des konservativen Lagers bezüglich der Rolle der Bauernpartei im Polenklub waren immer schon geteilt. Während Jaworski die Notwendigkeit ihrer Vertretung betonte und Bobrzyński einmal ohne Umschweife formulierte "ohne diese Kanaille (Stapiński – Anm. TS-N) kann man nicht regieren", empfanden sie viele (z.B. Zaleski) als einen Eindringling.⁹⁰¹ Als besonders anstrengend erwies sich diese Beziehung wohl in den Zeiten, als die alten Ressentiments zwischen Stapiński und den Geistlichen immer wieder ausbrachen. Da gerieten die Stańczyken in eine fatale Lage, denn sie konnten ihrem Juniorpartner weder den Rücken stärken, noch wollten sie ihn offen kritisieren.

In der schwierigen Situation, in welche die Krakauer Konservativen 1913 nach und nach geritten, als Stapiński jetzt offiziell zum Frontalangriff übergang, mussten sie sich vor allem über ihre angeschlagene Position Gedanken machen und den Schaden begrenzen. Und dieser war kein geringer. Mit dem Regierungsprojekt des Wahlgesetzes für den Landtag verloren sie bereits die Unterstützung des Klerus für ihren politischen Kurs. Wie aus dem Briefwechsel ersichtlich, sprachen im Krakauer Flügel der Konservativen Eingeweihte sogar über einen völligen Rückzug der führenden Kräfte aus der Politik. Władysław Chyliński warnte in seinem Schreiben an Zdzisław Tarnowski vor einem solchen Schritt, in der Befürchtung, dieser könnte als eine klare Fürsprache für Stapiński aufgefasst werden.⁹⁰²

Einst ein Lager, das durch seine eiserne "Ideologie" herausragte, schien sich die Krakauer Gruppe zu einem sich immer mehr auflockernden Konglomerat von ein paar Persönlichkeiten zu entwickeln. Politiker der alten Garde wie Stanisław Tarnowski (von 1900-1914 Virilmitglied im galizischen Landtag) fanden mit der jüngeren Generation immer weniger Gemeinsamkeiten. Ihm, Bobrzyński und Koźmian warf Jaworski mangelndes Verständnis für die Bedeutung des Sozialismus vor.⁹⁰³ Die Reihen der Stańczyken wurden noch mehr dezimiert als Jaworski, der nach dem Schlagabtausch zwischen Długosz und Stapiński als Mittelsmann bei der Aushändigung der 80.000 Kronen an den Vorsitzenden der Volkspartei enthüllt wurde, sein Mandat zurücklegte und sich von der aktiven Politik für einige Zeit verabschieden musste.⁹⁰⁴ Und damit war die Krise bei den Konservativen Westgaliziens noch lange nicht vorbei. Die Statthalterschaft, die sie innehatten, sicherte den Stańczyken die Oberhand im Lager der Nationalen Rechten. Mit dem Rücktritt Bobrzyńskis verschob sich

⁹⁰¹ W. L. Jaworski an Bobrzyński vom 19.10.1913, BJ, 8097, S. 152-153.

⁹⁰² Władysław Chyliński an Zdzisław Tarnowski vom 19.05.1913, APKr.,ADz.T, 652.

⁹⁰³ WALDEMAR ŁAZUGA, Stanisław Tarnowski - publicysta. W: Stanisław Tarnowski 1837-1917[Stanisław Tarnowski- ein Publizist, In: Stanisław Tarnowski 1837-1917], Zeszyt PAN Nr.3, Kraków 1999, S. 24; Siehe dazu auch HERMAN DIAMAND, Pamiętniki (Tagebücher zusammengesetzt aus den Briefen an seine Frau Hermina), Kraków 1932, S. 126.

⁹⁰⁴ Gazeta Narodowa 296(24.12.1913).

hier der Schwerpunkt zu den ostgalizischen Podoliern. Im April 1913 gab es Vermutungen über Austrittsabsichten Abrahamowiczs aus diesem Gremium.⁹⁰⁵

Der podolische Teil der Konservativen hatte es wesentlich leichter auf seinem Terrain, Ostgalizien, ihre gewohnte Position zu behalten. Hilfreich dabei waren drei Faktoren: 1) Die Bauernschaft war hier zu passiv, um eine eigene Bewegung zu entwickeln (das Einsickern solcher Strömungen aus dem Westen des Landes wusste man einzudämmen), 2) Die Intelligenzkreise (Beamtentum) waren zu dünn, zu zerstreut und zu sehr von den Nationaldemokraten beeinflusst, um selbständige demokratische Politik zu machen, 3) Es kam zu einer seltsamen "Arbeitsverteilung" - die Intelligenz im Bereich Aufklärung, die Ostkonservativen im Rahmen der Politik -, die nach innen und außen den Anschein einer totalen sozialen Harmonie, einer ideologischen Monokultur machte - und das alles im Namen des "nationalen Interesses". Nicht ohne Bedeutung war die schlaue Taktik der Podolier, die zwischen Theorie und Praxis stark unterschied. Da stand die Parole einer notwendigen Demokratisierung der polnischen Politik im Osten des Landes auf der einen Seite und die absichtliche Positionierung im Schatten der Vormacht der Stańczyken auf der anderen, um in Momenten, wo die polnische Politik Einbußen verzeichnete, mit erhobenem Zeigefinger auf den Verantwortlichen zu zeigen. Bei den letzten Landtagswahlen fand man in der Person Bobrzyńskis den Schuldigen, obwohl es ein offenes Geheimnis war, dass die Gründe für die Mandatsverluste in Ostgalizien woanders lagen.

Die Kommentare der konservativen Zeitschrift *Czas* zum Rücktritt Stapińskis und seiner Getreuen aus dem Polenklub am 19. Dezember 1913 zeigten, dass die Stańczyken zu retten versuchten, was noch zu retten war. Jetzt wurde Stapiński deutlich als "Ballast" für die nationale Vertretung der Polen im Reichsrat bezeichnet und eine Erleichterung wegen seiner Sezession vorgetäuscht: „Die Realpolitik - schrieb das Blatt - erforderte es, auf Stapiński Rücksicht zu nehmen. Sein Fall befreit den Polenklub von der Belastung, welcher dieser Volkstribun für ihn darstellte“.⁹⁰⁶ Die leichte Verbeugung in Richtung der "Piast"-Gruppe - allerdings einer runderneuten, d.h. mit dem Klerus versöhnten (was zur Zeit nicht der Fall war) - und der Gedanke an einen Wiederaufbau des Bündnisses mit der Volkspartei mochte manchen als Zeichen eines Realitätsverlusts im Lager der Krakauer Konservativen vorkommen. Schließlich kündigte die Resolution des „Piast“-Flügels ihren Kampf gegen alle Formen einer reaktionären Haltung an.⁹⁰⁷ Unter den gegebenen Umständen aber erschien diese Idee der Stańczyken als "Prinzip Hoffnung" für die Zukunft. Es war eine taktische

⁹⁰⁵ Władysław Czaykowski an Bobrzyński vom 24.04.1913, BJ 8097I, S.59-64.

⁹⁰⁶ *Czas* 2(7.01.1913).

⁹⁰⁷ *Piast* 6(8.02.1914).

Überlegung, mehr ein Reflex der Wahlaktion - im Herbst 1914 sollte wieder in den galizischen Landtag gewählt werden - als Element einer Strategie, die auf den Ausbau eines größeren politischen Lagers ausgerichtet wäre. Die Krakauer Konservativen schienen hier einen Tätigkeitsbereich für sich zu entdecken und zwar als Vermittler zwischen dem "Piast"-Flügel und dem eigenwilligen Bischof Wałęga.⁹⁰⁸ Aus dieser Position heraus dachte man sich wieder in den Mittelpunkt des politischen Geschehens zu bringen, das angeschlagene Image aufzupolieren, und bei Gelegenheit einen Strich durch die Rechnung der Allpolen zu machen, falls diese auf eine Annäherung an die "Piast"-Gruppe hoffen sollten.

Auch für eine starke Defensive angesichts der radikalen Welle in Galizien (der PSL-Linken, der Sozialdemokraten und der radikalen Demokraten, die ein multinationales polnisch (Breiter)-jüdisch (Reizes)-ruthenisches (Dmyterko) Konglomerat bildeten) war die Eindämmung der inneren Konflikte und ein Zusammenrücken unter einem Kommando auf der Seite der Fraktionen, die sich der nationalen Solidarität verschrieben haben, von größter Wichtigkeit.⁹⁰⁹ Hier war nicht nur das Verhältnis der Demokraten verschiedener Schattierung zueinander (nationaler, liberaler und fortschrittlicher) in den städtischen Gebieten zu klären, sondern auch der christlich-sozialen Gruppierungen, die mehr oder minder mit anderen Fraktionen verbunden waren, aber unter keinem direkten Einfluss des Klerus standen.

Nicht nur Spekulationen über künftige Konstellationen im galizischen Landtag und mögliche Bündnisse zwischen den Parteien und Gruppierungen beschäftigten die Stańczyken. Das Ziel der nächsten Zukunft war die Konsolidierung des Polenklubs, denn dieser war nach der Auflösung des Landtags die einzige parlamentarische Körperschaft mit Einfluss auf die Regierung. Ein geschwächter Polenklub bedeutete eine Verminderung dieses Einflusses. Dieselben Krakauer Konservativen, die nach dem Wahlerfolg des Statthalterblocks 1911 dem Nationalrat (*Rada Narodowa*) einen Todesstoß versetzen wollten⁹¹⁰, lenkten jetzt ein und rührten die Trommel für den nationalen Schulterschluss.

Die Verhandlungen unter den Parteipräsidien am 8. Juli 1914 über die Bildung einer einheitlichen Wahlorganisation brachten jedoch keine Lösung. Die Heranziehung der "Piast"-Gruppe und der liberalen Demokraten an den gemeinsamen Konferenztisch stellte sich als schwierig heraus. Diese Fraktionen wollten bis zur Reorganisation von *Rada Narodowa* - und dies konnte nur der Landtagsklub durchrühren, was die Sache wiederum auf eine ungewisse Zeit verschob, da der Landtag kurz vor seiner Auflösung stand (diese erfolgte schließlich am 17. Juli 1914, die letzte Tagung fand am 4. März statt) - diese nicht gelten lassen und

⁹⁰⁸ Jan Hupka an Jaworski vom 19.03.1914, Archivum PAN Warszawa, lockere Korrespondenz.

⁹⁰⁹ *Czas* 3(8.01.1914).

⁹¹⁰ Jaworski an Bobrzyński vom 8.06.1913, BJ 80971, S. 85f.

plädierten für die Einrichtung einer Wahlkommission. Aber auch diese Entscheidung wollte man noch in eigenen Gremien beraten.

Das einzige, was den Stańczyken unter diesen Umständen übrig blieb, war eine Warnung auszustoßen, dass alle politischen Lager, die ihren Anteil an der Arbeit der nationalen Organisation verweigerten, Gefahr laufen würden als radikal gebrandmarkt zu werden. Im Falle einer Links-Ausrichtung der seit 1907 im Regierungsblock stehenden liberalen Demokraten prophezeiten diesen die westgalizischen Konservativen den Verlust eines Großteils ihres politischen Ertrags seit Smolka und Ziemiałkowski.⁹¹¹

Der Erfolg der Neuorientierung, zu welcher die Krakauer Konservativen Anfang 1914 gezwungen wurden, hing zum Großteil von der künftigen Orientierung des Klerus in den politischen Fragen ab. Die Geistlichen wurden immer mehr zu einer Schlüsselfigur im tagespolitischen Geschehen. Obwohl die Vertreter der Kirche, die ihre Sitze im Landtag hatten, hier mit den Nationaldemokraten einen politischen Klub bildeten, hielt man im Lager der Stańczyken diese Tatsache für eine Episode, keinen dauerhaften Zustand. Zu sehr klammerte man sich an das Faktum, dass die Allpolen im Westen des Landes keine starke Eigenkraft darstellten - selbst mit Unterstützung der Geistlichen wurden in den letzten Wahlen 1913 die nationaldemokratischen Kandidaturen von Górski, Jędrzejewicz und Tyszkiewicz zugunsten der radikalen Demokraten zu Fall gebracht -, um zu sehen, dass diese für den Klerus sehr wohl als ein ernstzunehmender Faktor in Frage kämen.

Die Richtung in den klerikalen Kreisen war schwer durchschaubar. Die Stańczyken schienen auch hier - ähnlich wie bei der "Piast"-Gruppe - zwei Strömungen zu orten, eine gemäßigte und eine radikale. Schon unter den einzelnen Diözesen zeichneten sich Differenzen ab. In dem Sprengel des Bischofs von Krakau agierten Befürworter des sozialen Radikalismus (Zamorski), die auch einen auffälligen Antisemitismus an den Tag legten. In der Diözese Przemyśl, wo unter den Geistlichen viele Anhänger der Allpolen tätig waren, mischten sich alle Ausrichtungen. Der Bereich rund um Tarnów stand ganz unter dem Einfluss des Bischofs Wałęga, der mit der Gründung einer eigenen politischen Organisation am 22. Mai 1914, Związek Katolicko-Ludowy (Katholisch-Volkstümlicher Bund), seine ehrgeizigen Pläne in die Tat umsetzte.

Während die Krakauer Konservativen die klerikalen Blätter *Prawda* und *Gazeta Niedzielna* (Sonntagszeitung) für ihren Radikalismus und ihre Demagogie tadelten, liebäugelte man subtil mit der neuen klerikalen Organisation und streute Rosen für ihre Zeitschrift *Lud Katolicki* (Katholisches Volk). Nicht einmal den Vorfall in Kielanowice, wo am 21. Mai 1914 Stapiński während einer Volkversammlung überfallen und fast ertränkt wurde -

⁹¹¹ Siehe dazu *Czas* 288(20.07.1914) ; Jaworski an Tarnowski vom 21.07.1914 APKr, ADzT., 653.

angeblich von Leuten, die durch das Blatt des Bischofs dazu angestiftet wurden - registrierte man als einen Akt des Radikalismus.⁹¹²

Aber nicht die PSL-Linke war für die Politik der *Stańczyken* von Bedeutung - jetzt, wo die Spannung im politischen Kampf vor den Landtagswahlen nach der neuen Wahlordnung mit jedem Tag stieg -, sondern der "Piast"-Flügel. Mit Argusauge beobachtete man seine ersten selbständigen "Gehversuche", besonders im Umgang mit Bischof Walęga und seiner Zeitung. Das von dem Krakauer Teil der Konservativen erwünschte Stadium der Entwicklung in diesem Bereich der Bauernbewegung ließ jedoch auf sich warten, obwohl auch hier gemäßigte Elemente um ein friedliches Einvernehmen mit dem Klerus bemüht waren. Ihrem Ärger über radikale Ausritte in der Publizistik auf beiden Seiten (z.B. zwischen den Blättern *Głos Narodu* und *Piast*), ließen die *Stańczyken* oft Luft und malten in ihrer Verzweiflung das Gespenst an die Wand nicht nur einer Allianz zwischen den Sozialisten und den Stapiński-Anhängern, sondern auch einer möglichen Wiedervereinigung der Volkspartei.⁹¹³

Obwohl die feindliche Gesinnung mancher Teile des Klerus⁹¹⁴ den Gedanken einer Verständigung im bäuerlichen Lager geradezu provozierte und eine Information der Polizeidirektion von Krakau ein solches Einvernehmen zwischen den beiden Flügeln sogar direkt bestätigte, war im politischen Alltag von einer Annäherung zwischen der Links- und Rechtsorientierung in der Bauernpartei nichts zu spüren.⁹¹⁵ Im Gegenteil, die Spaltung der Partei trug auch zur Schwächung der Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien bei. Nicht nur die sog. „Orientierung“ der "Piast"-Gruppe (sie trat gegen die Anlehnung an das deutsche Element auf) verleitete sie jetzt dazu, eine abwartende Stellung diesem militärischen Zentrum der Polen gegenüber einzunehmen. Obwohl dieser Teil des bäuerlichen Lagers die Unabhängigkeitsidee weiterhin unterstützte - was in ihrem programmatischen Abriss vom Februar 1914 auch klar formuliert wurde⁹¹⁶ -, ließ sie die reale Politik, d.h. der Versuch einer Anlehnung an den "Antiblock" nicht für eine Organisation Partei ergreifen, in der auch momentane Gegner wie PSL-Linke und die Sozialisten Mitglieder waren. Wie bereits erwähnt, zeichnete sich im Frühjahr 1914 ein weiteres Abspringen einiger Verbände der KSSN ab (z.B. Schützentruppen unter der Führung von Młynarski und Januszajtis, Nationaler Bauernbund, Nationaler Arbeiterbund).⁹¹⁷

⁹¹² Über den Vorfall siehe Kurjer Lwowski 212 (23.05.1914); Prawda 22(30.05.1914); Słowo Polskie 210 (25.05.1914); DUNIN-WĄSOWICZ, Dzieje..., S.229.

⁹¹³ Über den sanfteren Ton zwischen Przyjaciół Ludu und Piast siehe Czas 92(20.03.1914); Jaworski an Bobrzyński vom 25.03.1914, BJ 8098, S. 58.

⁹¹⁴ Über die Attacken der Geistlichen aus dem Kreis Tarnów gegen den „Piast“-Flügel siehe WITOS, Moje..., S. Bd. I, S. 340f.

⁹¹⁵ APKr. DPKr., 68/2087/14; Dieser Verdacht wurde endgültig bei dem Parteikongress der PSL-Linken in Krakau am 5.04.1914 zerstreut.

⁹¹⁶ Mehr über das Programm und die Taktik von PSL-„Piast“, In: Materiały źródłowe..., S. 148-150.

⁹¹⁷ Czas 189(20.05.1914); Słowo Polskie 208(19.05.1914); MARIAN KUKIEL, Dzieje Polski..., S. 572; In der

Um keinen Mosaikstein dem Ziel näher rücken wollte die „Piaŝ“-Gruppe und dem Bischof von Tarnów. Am 7. Juni 1914 legte der entmutigte Abgeordnete Rey (gewann das Mandat ins Parlament 1911 im Kreis Ropczyce-Pilzno-Dębica-Brzostek), der um einen Dialog zwischen beiden Seiten bemüht war, sein Mandat nieder. Eine Delegation unter Bojko und Witos, die sich am 12. Juni 1914 für die Klärung der Fronten einsetzte, wurde mit harten Bedingungen von Seiten Wałęgas konfrontiert.⁹¹⁸ Der Bischof nahm sich das Recht heraus, über Zeitschriften, die seiner Ansicht nach einen schädlichen Einfluss auf die Gläubigen ausüben würden, ein Leseverbot zu verhängen. Die Gruppierung sollte auch ihr Bedauern wegen der früheren Unterstützung des Blattes *Przyjaciół Ludu* klar zum Ausdruck bringen. Die Grenzen des Zumutbaren für die PSL-„Piaŝ“-Partei wurden überschritten mit der Forderung nach einer öffentlichen Missbilligung „der Politik der schmutzigen Wege“ und der Aufforderung zum Bruch mit einzelnen Personen und Gruppierungen, die sich mit „Elementen der sozialen und gesellschaftlichen Anarchie“ verbinden würden, was zusammen gesehen praktisch einer Anerkennung der geistigen Obrigkeit im politischen Leben gleich kam.⁹¹⁹ Die internen Beratungen des „Piaŝ“-Flügels am 18. Juni 1914 im Zusammenhang mit diesen unannehmbaren Forderungen endeten mit einem ablehnenden Beschluss.

Einen weiteren Rückschlag erfuhren die Pläne der Stańczyken mit der Stellungnahme des Episkopats vom 22. Juli 1914. All das, wovon die Konservativen überzeugt waren, nämlich dass Bischof Wałęga in seiner politischen Ausrichtung vereinzelt wäre, und dass unter den Geistlichen auch andere, die „Piaŝ“-Gruppe unterstützende, Elemente vorhanden wären (z.B. Bischof Sapieha), stellte sich als ein Wunschdenken heraus.⁹²⁰ Die hohe Geistlichkeit ließ wissen, dass derartige Spekulationen jeglicher Grundlage entbehrten, und dass sich der ganze Episkopat mit dem Bischof von Tarnów völlig solidarisch zeige, womit ein ähnlicher Zustand herbeigeführt wurde, der schon Ende 1913 herrschte.⁹²¹

Das neuerschienene Werk Dmowskis *„Der Niedergang des Konservatismus“* schien den Gemütszustand des Krakauer Lagers wiederzugeben. Es erhob sich hier die Frage, welche Möglichkeiten hatten die Stańczyken noch und für welchen Weg sollten sie sich in diesem politischen Reigen entscheiden?: 1) Für die Stärkung des Polenklubs in Wien und eine Neuauflage des alten Statthalterblocks - diesmal mit *Piaŝ* an Stelle der Volkspartei - und in

Organisation blieben PPSD(Daszyński), PSL-Linke(Stapiński), Polnische Fortschrittliche Partei (mit dem Blatt *Wiek Nowy*), Bauernbund aus dem russischen Teilungsgebiet. Vgl. *Głos Narodu* 137(19.06.1914).

⁹¹⁸ *Głos Narodu* 137(19.06.1914).

⁹¹⁹ Stellung von *Lud Katolicki*, In: *Głos Narodu* 74(1.04.1914).

⁹²⁰ Vgl. Rosner an Bobrzyński vom 13.05.1914, BJ. 8098, S.103.104.

⁹²¹ *Czas* 292 (22.07.1914), *Głos Narodu* 164(22.07.1914).

letzter Konsequenz sogar für eine offene Konfrontation mit dem Episkopat, 2) Für die Politik des Lavierens zwischen allen Seiten und das Offenhalten aller Optionen?(dies wäre allerdings nicht lange möglich, spätestens im Herbst vor den Wahlen müsste hier eine klare Entscheidung fallen),3) Oder für einen völligen Rückzug aus der Politik? Der Briefwechsel zwischen Jaworski und Tarnowski zeigte, dass zumindest einige Vertreter der Neokonservativen die erste Lösung bevorzugten.⁹²² Festlegen mussten sie sich auf keine dieser Optionen, denn die Politik wandte sich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges anderen Dingen zu.

Die Kriegshandlungen unterbrachen in Galizien eine sich herauskristallisierende, interessante Konstellation in der politischen Landschaft. Die Erstellung genauer Prognosen für den Ausgang der Landtagswahlen nach dem neuen Wahlgesetz wäre schon in Anbetracht der Tatsache, dass auch neue Formationen an diesem Kräftemessen beteiligt wären, schwierig. Dennoch lassen sich einige Zäsuren vermuten. Die Wahlen wären vor allem ein Prüfstein für alle Parteien und Gruppierungen, die um das bäuerliche Wählerpotenzial bemüht waren – PSL-Linke mit Stapiński an der Spitze, PSL-„Piast“ und der Katholisch-Nationale Bund (Związek Katolicko-Narodowy) des Geistlichen Wałęga. Vor einer großen Herausforderung stand der linke Flügel der Volkspartei, der sich vor kurzem vom Einfluss der reicheren Bauernschaft emanzipierte und jetzt im größeren Einklang mit der Arbeiterbewegung seine Lanzen für Strukturreformen in Galizien brach⁹²³, ohne jedoch irgendwelche revolutionäre Gelüste gegen das kapitalistische System zu hegen.

Der Kampf um den Kurs der künftigen nationalen Politik im Lade verlagerte sich zwar nach Westgalizien, insbesondere in das galizische Dorf, dennoch war der Nationalitätenkonflikt durch den Beschluss der neuen Wahlordnung für den Landtag nur entschärft, aber nicht völlig neutralisiert. Es gab genügend Zündstoff - die Ukrainophilen, die die Obstruktion zu einem wirksamen Instrument ihrer Politik machten, ließen bereits mit der Absicht der Beschleunigung der Angelegenheit der eigenen Universität aufhorchen - und genügend Kräfte auf der polnischen Seite, die den vermuteten destruktiven Einfluss des

⁹²² Jaworski an Tarnowski vom 25.07.1914, APKr, AdzT, 653.

⁹²³ Über die Annäherung des Stapiński-Flügels der Volkspartei an die Sozialdemokraten siehe *Przyjaciół Ludu* 3(1914); Auf dem Kongress der PSL-Linken in Krakau am 5. April 1914 nahmen auch Vertreter der Fortschrittlichen Demokraten (Laskowski und Śliwiński) sowie der Sozialdemokraten (Daszyński, Klemensiewicz und Diamand) teil; Zu dieser Zeit waren auch verstärkte Attacken der sozialdemokratischen Presse gegen PSL-„Piast“ präsent. Vgl. *Naprzód* 19(1914); Über die zunehmende Radikalisierung der Atmosphäre in Galizien legen auch verstärkte Beobachtungen des linken Flügels der Volkspartei durch die Polizei Zeugnis ab. Siehe Dyrekcja Policji w Krakowie do c. k. Namiestnictwa (Polizeidirektion von Krakau an die k. k. Statthalterei) vom 7.02.1914, AStG WAP Kraków, 735.

ruthenischen Elements auf die Arbeitsfähigkeit des galizischen Landtags mit Sicherheit bekämpfen würden.

Zusammenfassung

In den letzten Jahren des 19. Jh. wandten sich neue gesellschaftliche und politische Kräfte in allen Teilungsgebieten Polens gegen die Programme der positivistischen „organischen Arbeit“, die als Symptome der politischen Resignation betrachtet wurden. In Galizien richteten sie sich gegen die monopolistische Regierung der Konservativen, insbesondere der Stańczyken, die im Lager des Krakauer Kreises seit den späten 70er Jahren eine immer größere Rolle spielten.

Die Ankündigung einer effektiveren Opposition gegenüber der Machthaber seitens der liberalen Demokraten 1889 und der neuerliche Einzug der bäuerlichen Vertreter in den galizischen Landtag desselben Jahres leiteten eine Phase der Entstehung moderner Massenparteien und mit der Umsetzung ihrer programmatischen Ziele einen Prozess der Demokratisierung des Landes ein.

Eine weitere Zäsur im politischen Leben Galiziens bildete das Jahr 1897, als nach der Einführung der V. Kurie des allgemeinen Wahlrechts im Wiener Reichsrat zum ersten Mal eine Gruppe polnischer Mandatare außerhalb des Polenklubs stand, und schließlich das Jahr 1907, in dem die erste Abstimmung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht abgehalten wurde und die Führung in der nationalen Vertretung der Polen zum ersten Mal in der konsitutionellen Ära an die demokratische Mehrheit ging. Die Änderung der Taktik der stärksten unter den polnischen Oppositionsparteien – der Volkspartei –, d. h. ihr Beitritt zum Polenklub 1908 und ihre spätere Zugehörigkeit zum „Statthalterblock“ verlängerte der Regierungspartei zwar für einige Zeit ihre politische Existenz in den sich ändernden sozialen Verhältnissen, diese ungewöhnliche Allianz und die Politik der Zugeständnisse an die Ruthenen rief aber starke Gegner auf den Plan. Im Ringen um den politischen Einfluss im Lande zwischen den Krakauer Konservativen und den Nationaldemokraten ist den Letzteren gelungen, nicht nur den Führungsanspruch der Machthaber in Frage zu stellen. Mit ihrer Rolle als „Verteidiger des polnischen Besitzstandes“ fand das nationale Lager eine Legitimation für ihre politische Existenz im dicht besetzten Parteienspektrum Galiziens und zog Elemente aus dem Kreis der ostgalizischen Konservativen in ihre Bann, was auch der als beschränkt eingestuften Weltanschauung der Podolier eine neue Dimension verlieh. Der Schulterschluss der Nationaldemokraten, der ostgalizischen Konservativen und der hohen Geistlichkeit während der Verhandlungen hinsichtlich der neuen Wahlordnung für den Landtag 1913 stürzte die Krakauer Konservativen in eine tiefe Krise und verschob wieder die politische Achse in Galizien nach den letzten Landtagswahlen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Im

konservativen Lager verschob sich das Gewicht zu den ostgalizischen Podoliern, im bäuerlichen Lager vollzog sich eine Spaltung, was diese Kräfte vor einer neuerlichen Herausforderung stellte, und auf der gesamtgalizischen Ebene bekamen die ruthenisch-ukrainischen Elemente durch die Erfordernisse der österreichischen Außenpolitik einen Rückenwind. Eine Epoche neigte sich dem Ende zu.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivquellen

Biblioteka Jagiellońska w Krakowie, Dział rękopisów (Jagiellonische Bibliothek Krakau, Handschriftenabteilung, abgekürzt BJ)

- Korrespondenz Bobrzyńskis
- Protokolle der Wahlreformkommission

Biblioteka Zakładu Narodowego im. Ossolińskich we Wrocławiu (Bibliothek Ossolineum, abgekürzt Ossol.)

- Dokumente Zaleskis
- Dokumente von Maria und Bolesław Wysłouch (Korrespondenz, Dokumente der Redaktion der Zeitschrift *Kurjer Lwowski*)

Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Krakowie (Staatsarchiv Krakau, abgekürzt WAPK)

- Fragmente der Erinnerungen von Jakub Bojko
- Akta Policyjne Starostwa Grodzkiego w Krakowie (Polizeiakten, abgekürzt Dyr. Pol. APKr.)
- Berichte über die Sitzungen der PPSD (Zespół IT-1626)
- Dokumente von Zdzisław Tarnowski, Archiwum Dzikowskie Tarnowskich, Oddział Wawel, abgekürzt AdzT – 620-714)

Archiwum Główne Akt Dawnych w Warszawie (Hauptarchiv Alter Akten Warschau, abgekürzt AGAD)

- Dokumente des Ministeriums des Inneren/Galizien (abgekürzt Mdl)
- Dokumente des Justiz-Ministeriums

Centralne Archiwum KC PZPR (abgekürzt CA KCPZPR) w Warszawie

- Korrespondenz der Exekutive der PPSD (Zespół 305/VII/44 – Korrespondenz Daszyńskis)

Biblioteka i Archiwum Polskiej Akademii Naukowej w Krakowie (Bibliothek und Archiv der Polnischen Akademie der Wissenschaften Krakau, abgekürzt BPANK)

- Nachlass von Zygmunt Lasocki
- Dokumente von Józef Zieliński

Biblioteka Muzeum Narodowego im. Czartoryskich w Krakowie (Czartoryski-Bibliothek Krakau, abgekürzt MNK)

- Korrespondenz der Fam. Sapieha

Archiwum Zakładu Historii Ruchu Ludowego w Warszawie (Archiv des Instituts für Geschichte der Bauernbewegung, abgekürzt AZHRL)

- Sammlung von Andrzej Średniawski, abgekürzt AZHRL-ZAŚ
- Sammlung von Karol Lewakowski, abgekürzt AZHRL-ZL

Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien

- Ministerium des Inneren, Präsidiale, abgekürzt Mdl 22/Galizien
- Ministerratsprotokolle , abgekürzt AVA MRProt.

Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, abgekürzt HHStA

- Politisches Archiv des Ministeriums des Äußeren, Liasse XL Interna

Gedruckte Quellen

Protokolle

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrathes, Wien 1861-1918.

Stenographische Protokolle der Delegation des Reichsrathes, Wien 1869-1918.

Sprawozdania z posiedzeń Sejmu Krajowego Królestwa Galicji i Lodomerii wraz z Wielkim Księstwem Krakowskim.

Politische Schriften, Abhandlungen

Balicki Zygmunt, Egoizm narodowy w świetle etyki [Der nationale Egoismus im Lichte der Ethik], Lwów 1902.

Biliński Leon, Znamiona polityki krajowej narodowej tzw. Stańczyków [Die Kennzeichen der nationalen Landespolitik der so genannten Stańczyken], Lwów 1882.

Dmowski Roman, Pisma [Schriften], Częstochowa 1938.

Ders., Upadek myśli konserwatywnej [Der Untergang der konservativen Idee], Częstochowa 1938.

Ders., Myśli nowoczesnego Polaka [Gedanken eines modernen Polen], 2. Aufl. Kraków 1904.

Koźmian Stanisław, Pisma polityczne [Politische Schriften], Kraków 1903.

Limanowski Bolesław, Polityczna a społeczna rewolucja [Politische und soziale Revolution], Genewa 1883.

Miłkowski Zygmunt F., Rzec o obronie czynnej i Skarbie Narodowym [Über die aktive Verteidigung und den Nationalen Schatz], Kraków 1910.

Popiel Paweł, Helcel A.Z., Pisma [Schriften], Kraków 1893.

Popławski Jan Ludwik, Pisma polityczne [Politische Schriften], Kraków-Warszawa 1910.

Szujski Józef, Pisma polityczne [Politische Schriften], Bd. I, Kraków 1885 und Bd. II-III, Kraków 1894.

Tagebücher, Erinnerungen, Memoiren

Biliński Leon, Wspomnienia i dokumenty [Erinnerungen und dokumente], Warszawa 1924.

Bobrzyński Michał, Z moich pamiętników [Aus meinen Tagebüchern], Wrocław 1957.

Chłędowski Kazimierz, Pamiętniki [Tagebücher], 2. Bde. (1843-1880) und (1881-1901), Kraków 1957.

Daszyński Ignacy, Pamiętniki [Tagebücher], 2. Bde. Kraków 1925.

Diamand Herman, Pamiętniki z listów do żony [Erinnerungen aus den Briefen an seine Frau], Kraków 1932.

Głębiński Stanisław, Wspomnienia polityczne [Politische Erinnerungen], Pelplin 1939.

Grabski Władysław, Pamiętniki [Tagebücher], Warszawa 1989.

Lieberman Herman, Pamiętniki [Tagebücher], Warszawa 1996.

Limanowski Bolesław, Pamiętniki 1870-1907, Warszawa 1958.

Studnicki Władysław, Z przeżyć i walk [Aus den Erlebnissen und Kämpfen], Warszawa 1928.

Witos Wincenty, Moje wspomnienia [Meine Erinnerungen], 3. Bde., Paryż 1964.

Sekundärliteratur

A. W., Kwestia niepodległości w programach socjalistów [Die Unabhängigkeitsfrage in den Programmen der Sozialisten]; In: Krytyka, März(1901).

Austriacus Justus, Graf Casimir Badeni und das neue Ministerium. Was erwarten und hoffen die kaisertreuen konservativen Katholiken Österreichs von der Regierung des „eisernen Grafen“?. Eine politische Studie, Wien 1895.

Bachmann Klaus, Ein Herd der Feindschaft gegen Russland. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Russland (1907-1914), Wien 2001.

Bartoszewicz Kazimierz, Dzieje Galicji. Jej stan przed wojną i „wyodrębnienie” [Geschichte Galiziens. Seine Lage vor dem Krieg und „Sonderstellung”], Kraków 1917.

Baudouin de Courteney, Sylwetki polityczne [Politische Silhouetten], Kraków 1887.

Bauer Otto, Galizische Parteitage; In: Der Kampf, Januar(1912), S. 154-162.

Bąk-Koczarska Celina, Juliusz Leo. Twórca wielkiego Krakowa [Juliusz Leo. Der Erschaffer des großen Krakaus], Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk-Lódź 1986.

Bielecki Tadeusz, W szkole Dmowskiego [In der Schule Dmowskis], Londyn 1968.

Bilczewski Józef, Die heutige soziale Notlage und die Mittel zu ihrer Heilung. Hirtenbrief des röm.-kath. Erzbischofs und Metropolit von Lemberg. Czernowitz 1903.

Biliński Leon, Znamiona polityki krajowej narodowej tzw. Stańczyków [Merkmale der nationalen Landespolitik der so genannten Stańczyken], Lwów 1882.

Binder Harald, Der nationale Konflikt um die Universität Lemberg, In: Misto národních jazyků ve výchově, školství a vědě v Habsburské Monarchii 1867-1918. Práce z dějin vědy, Svazek 11, Prag 2002.

Bobrzyński Michał, Jaworski Władysław Leopold, Milewski Józef, Z dziejów odrodzenia politycznego Galicji 1859-1873 [Aus der Geschichte der politischen Erneuerung Galiziens], Warszawa 1905.

Ders., Stańczyk. Odczyt publiczny w Krakowie [Öffentliche Lesung in Krakau], Kraków 1883.

Ders., Julian Dunajewski. Charakterystyka historyczna [Julian Dunajewski. Eine historische Charakteristik], Kraków 1908.

Bojko Jakub, Dwie dusze[Zwei Seelen], Warszawa 1949.

Boy-Żeleński Tadeusz, Znasz-li ten kraj? [Kennst du dieses Land?]; In: Pisma [Schriften], Warszawa 1956.

Brandowski Stanisław, Ernst Breiter. Biographische Skizze, Lemberg 1910.

Brügel Ludwig, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Wien 1925.

Buszko Józef, Dzieje ruchu robotniczego w Galicji Zachodniej 1848-1918 [Geschichte der Arbeiterbewegung in Westgalizien 1848-1918], Kraków 1986.

Ders., Sejmowa reforma wyborcza w Galicji 1905-1914 [Die Wahlreform für den galizischen Landtag 1905-1914], Warszawa-Kraków 1956.

Ders., Stanowisko galicyjskiego obszarnictwa polskiego i burżuazji wobec reformy wyborczej w latach 1905-07 [Die Haltung des galizischen Großgrundbesitzes und der Burgeoisie in der Frage der Wahlreform 1905-07], W: Przegląd Historyczny 1955, XLVI, Zeszyt 3, S. 380-419.

Chałasiński Józef, Przeszłość i przyszłość inteligencji polskiej [Die Vergangenheit und Zukunft der polnischen Intelligenz], Warszawa 1997.

Daszyński Ignacy, Wybory galicyjskie przed sądem parlamentu [Die galizischen Wahlen vor dem parlamentarischen Ausschuss], Kraków 1897.

Ders., Die Nationalitätenfrage in der osteuropäischen Sozialdemokratie; In: Sozialistische Monatshefte 14,2(1910), Berlin o. J., S. 1068-1072.

Ders., Nationalität und Sozialismus; In: Sozialistische Monatshefte 6,2(1902), S. 733-737.

Ders., Cztery lata wojny. Szkice z dziejów PPSD Galicji i Śląska [Vier Jahre Krieg. Skizzen aus der Geschichte der PPSD Galiziens und Schlesiens], Kraków 1918.

Długosz Władysław, Moja odpowiedź [Meine Antwort], Wien 1914.

Dunin-Wąsowicz Krzysztof, Czasopismnictwo ludowe w Galicji [Volksschriften in Galizien], Wrocław 1952.

Ders., Dzieje Stronnictwa Ludowego [Geschichte der Volkspartei], Warszawa 1956.

Dybowska Alicja, Żaryn Małgorzata, Żaryn Jan, Dzieje Polski [Geschichte Polens], Warszawa 1996.

Dzieduszycki Wojciech, Listy ze wsi [Briefe aus dem Dorf], Bd.I, Lwów 1889-90.

Ders., Listy czytelnika, Lwów 1892.

Ders., Das Programm der Autonomisten-Partei, Lemberg 1897.

Ders., Dokąd nam iść wypada [Wohin sollen wir gehen], Brody 1910.

Feldman Wilhelm, Stronnictwa i programy polityczne w Galicji (1846-1906) [Politische Parteien und Programme in Galizien 1846-1906], Kraków 1907.

Figowa F., Polskie stronnictwa burżuazyjne w latach I Wojny Światowej [Polnische bürgerliche Parteien in den Jahren des Ersten Weltkrieges], Katowice 1962.

Forst-Battaglia Jakub, Die polnischen Konservativen Galiziens und die Slawen 1866-1879, phil. Diss., Wien 1975.

Ders., Die polnisch-ruthenischen Beziehungen zwischen 1865-1873, In: Studia Austro-Polonica Bd. I, Warszawa-Kraków 1978.

Fras Zbigniew, Demokraci w życiu politycznym Galicji 1848-1873 [Die Demokraten im politischen Leben Galiziens 1848-1873], Wrocław 1997.

Ders., Florian Ziemiałkowski (1817-1900). Biografia polityczna [Florian Ziemiałkowski (1817-1900). Eine politische Biographie], Wrocław 1991.

Garlicki Andrzej, U źródeł obozu belwederskiego [An den Quellen des Belvedere-Lager], Warszawa 1981.

Ders., PSL-„Piast“, Warszawa 1966.

Giddens Anthony, Poza lewicą i prawicą [Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics], Poznań 2001.

Głabiński Stanisław, Dunajewski Julian, In: Polski Słownik Biograficzny [Polnisches Bibliographisches Wörterbuch], Bd. V, S. 465.

Górski Antoni, Dwanaście lat istnienia Klubu Konserwatywnego [Zwölf Jahre Bestehens des Konservativen Klubs], Kraków 1908.

Grodziski Stanisław, Stanisław Tarnowski w Sejmie Krajowym Galicyjskim, W: Stanisław Tarnowski 1837-1917. Materiały posiedzenia naukowego PAU w dniu 14.11.1997 [Stanisław Tarnowski im galizischen Landtag, In: Stanisław Tarnowski 1837-1917. Beiträge vom wissenschaftlichen Symposium der Polnischen Akademie der Wissenschaften am 14.11.1997], Kraków 1999.

Gruchała Janusz, PPSD a socjalisci czescy i niemiecko-austriaccy [PPSD und die tschechischen und deutsch-österreichischen Sozialisten]; In: Z pola walki 25(1982), S. 27-41.

Ders., Rząd austriacki i polskie stronnictwa polityczne w Galicji wobec kwestii ukraińskiej [Die österreichische Regierung und die polnischen Parteien in Galizien zur ruthenischen Frage 1890-1914], Katowice 1978.

Grzybowski Konstanty, Historia państwa i prawa Polski [Staats- und Rechtsgeschichte Polens], Warszawa 1982.

Hofmann Oskar, Organisationsentwicklung der österreichischen Sozialdemokratie bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, Wien 1948.

Höbelt Lothar, Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat; In: Verfassung und Parlamentarismus. Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. VII, Wien 2000, S. 895-1006.

Ders., Die Konservativen Altösterreichs: Politik und Parteien 1848-1918; In: Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute, Hrsg. Von Ulrich E. Zellenberger und Robert Rill, Graz 1999.

Janowski Maciej, Główne tendencje polskiego liberalizmu 1815-1914; W: Tradycje liberalne w Polsce (Symposium historyczne)[Die Haupttendenzen des polnischen Liberalismus 1815-1914; In: Liberale Traditionen in Polen (Historisches Symposium)], Warszawa 1993.

Ders., Inteligencja wobec wyzwań nowoczesności. Dylematy polskiej demokracji liberalnej w Galicji 1889-1914 [Die Intelligenz gegenüber der Herausforderungen der Moderne in Galizien 1889-1914. Das Dilemma der polnischen liberalen Demokratie in Galizien 1889-1914], Warszawa 1996.

Jaskólski Michał, Konserwatyzm-Nacjonalizm [Konservatismus-Nationalismus], Kraków 1989.

Jaszczuk Andrzej, Liberalna Atlantyda. Główne nurty liberalizmu polskiego 1870-1939 [Die liberale Atlantis. Hauptströmungen des polnischen Liberalismus 1870-1939], Warszawa 1999.

Jaworski Władysław, Mowa „Po wyborach”[Rede „Nach den Wahlen”], Kraków 1907.

Jeismann Michael, Alter und neuer Nationalismus, In: Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus, Hrsg. Von Michael Jeismann und Hennig Ritter, Leipzig 1993.

Jobst Kerstin, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien 1890-1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich, Hamburg 1996.

Kalabiński Stanisław, Tych Feliks, Czwarte powstanie czy pierwsza rewolucja? Lata 1905-1907 na ziemiach polskich [Der vierte Aufstand oder die erste Revolution? Die Jahre 1905-1907 in polnischen Gebieten], Warszawa 1976.

Karol Krzysztof, Osobliwy Podolak. W kręgu myśli historiozoficznej i społeczno-politycznej Wojciech hrabiego Dzieduszyckiego [Ein seltsamer Podolier. Rund um den geschichtsphilosophischen und sozio-politischen Gedanken Wojciech Graf Dzieduszyckis], Kraków 1993.

Kawalec Krzysztof, Roman Dmowski (1864-1939), Wrocław, Warszawa, Kraków, 2002.

Kieniewicz Stefan, Wojciech Dzieduszycki, W: Polski Słownik Biograficzny, Kraków 1948, Bd. VI, S. 127.

Komar Edward, Kardynał Puzyna [Kardinal Puzyna], Kraków 1912.

Konefał Jan, Katolicko-ludowe organizacje polityczne w zaborze austriackim, W: Chłopi, naród, kultura [Katholisch-volkstümliche politische Organisationen im österreichischen Teilungsgebiet In: Bauern, Nation, Kultur], Hrsg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, Bd. II.

Ders., Parlamentarna działalność posłów chłopskich Jana i Stanisława Potoczków 1889-1922 [Parlamentarische Tätigkeit der bäuerlichen Abgeordneten Jan und Stanisław Potoczec 1889-1922], „Roczniki Historyczne”, t. XXIX, Heft 2. S. 223-242.

Kosmowska Irena, Zło leży głębiej [Das Böse steckt tiefer], W: Materiały źródłowe do historii ruchu ludowego [Quellenmaterialien zur Geschichte der Bauernbewegung], Hrsg. Von Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Stanisław Kowalczyk, Jan Molenda, Witold Stankiewicz, Warszawa 1966, Bd. I (1864-1918).

Kozłowska-Sabatowska Halina, Stańczycy a problem niepodległości [Stańczyken und die Unabhängigkeit], Zeszyty naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego [Wissenschaftliche Hefte der Jagiellonischen Universität] Nr. 78, Kraków 1986, S. 261-272.

Kowalik J., Historia ekonomii w Polsce 1864-1950 [Ökonomiegeschichte in Polen 1864-1950], Wrocław 1992.

Król Marcin, Stańczycy. Antologia myśli społecznej i politycznej konserwatystów krakowskich [Die Antologie der sozialen und politischen Idee der Krakauer Konservativen], Warszawa 1982.

Kukiel Marian, Dzieje Polski porozbiorowe 1795-1921[Geschichte Polens nach den Teilungen 1795-1921], Paryż 1983.

Kulak Teresa, Jan Ludwik Popławski (1854-1908). Biografia polityczna[Jan Ludwik Popławski (1854-1908). Eine politische Biografie], 2. Bde., Wrocław 1989.

Lato S., Stankiewicz W., Programy stronnictw ludowych [Programme der volkstümlichen Parteien], Warszawa 1969.

Lewinski Wladimir, Die Spaltung der ukrainischen Sozialdemokratie; In: Der Kampf, Mai(1912), S. 360-369.

Ludwikowski Rett R., Szkice na temat galicyjskich ruchów i myśli politycznej 1848-1892 [Skizzen zu den galizischen politischen Ideen und Bewegungen 1848-1892], Kraków 1980.

Ders., Główne nurty polskiej myśli politycznej 1885-1890 [Hauptströmungen der polnischen politischen Idee 1885-1890], Warszawa 1982.

Luxemburg Rosa, Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Österreich; In: Die Neue Zeit 14(1895).

Löw Raimund, Die kleine Internationale. Nationalitätenkonflikte in der Arbeiterbewegung des alten Österreich 1889-1914, Wien 1984.

Łazuga Waldemar, Stanisław Tarnowski – publicysta [Stanisław Tarnowski - Publizist]; In: Stanisław Tarnowski 1837-1917, Zeszyt PAN, Nr.3, Kraków 1999, S. 17-24.

Ders., „Rządy polskie” w Austrii. Gabinet Kazimierza Hr. Badeniego 1895-97 [„Polnische Regierung” in Österreich. Das Kabinett des Grafen Kasimir Badeni 1895-97], Poznań 1991.

Ders., Ostatni Stańczyk. Michał Bobrzyński – portret konserwatysty [Der letzte Stańczyk. Michał Bobrzyński – das Porträt eines Konservativen], Poznań 1982.

Madeyski Stanisław, Nasza opozycja [Unsere Opposition], Kraków 1889.

Malinowski Migłuj Maksymilian, I ty ludu miej oczy otwarte [Und du Volk halte deine Augen offen], W: Materiały źródłowe do historii ruchu ludowego [Quellenmaterialien zur Geschichte der Bauernbewegung], Hrsg. von Krzysztof Dunin-Wąsowicz, Stanisław Kowalczyk, Jan Molenda, Witold Stankiewicz, Warszawa 1966, Bd. I (1864-1918).

Mayer Martin, Drei Konzeptionen von Frankreichs Rolle in der Welt; In: Zukunftsvisionen der Großmächte, Hrsg. Von Sönke Neitzel, Paderborn, München, Wien, Zürich 2002, S. 99-126.

Micewski Andrzej, Dmowski, Warszawa 1971.

Michalewska Krzysztofa, Sprawa uniwersytetu ukraińskiego w latach 1848-1914 [Die Frage der ukrainischen Universität in den Jahren 1848-1914], In: Studia Historyczne 27(1984).

Michnik Adam, Im Schatten des Sokrates. Nationale Identität und moderne Gesellschaft, In: Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus, Hrsg. von Michael Jeismann und Henning Ritter, Leipzig 1993.

Mommsen Hans, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburgischen Vielvölkerstaat, Wien 1963.

Myśliński Jerzy, Inteligencja w polskim ruchu socjalistycznym w okresie zaborów [Die Intelligenz in der polnischen sozialistischen Bewegung zur Zeit der Teilungen]; In: Z pola walki 3-4(1982), S. 39-54.

Mytkowicz A., Oświata w życiu gospodarczym [Bildung im wirtschaftlichen Leben], In: Oświata Ludowa Nr. 1.

Najdus Walentyna, Szkice z historii Galicji [Skizzen aus der Geschichte Galiziens], 2. Bde., Warszawa 1958-60.

Ders., Kwestia narodowa w ujęciu PPSD Galicji i Śląska [Die nationale Frage in der Auffassung der PPSD Galiziens und Schlesiens]; In: Kwartalnik Historyczny 89(1982), S. 271-297.

Ders., Ignacy Daszyński (1866-1936), Warszawa 1988.

Ders., Zygmunt Marek, prawnik i polityk 1872-1931[Zygmunt Marek, Jurist und Politiker 1872-1931], Warszawa 1992.

Olszewski Henryk, Historia doktryn politycznych i prawnych [Geschichte der politischen und rechtlichen Doktrinen], Warszawa 1984.

Ożóg Maria Ewa, Powstanie Stronnictwa Ludowego, W: Chłopi, naród, kultura [Die Entstehung der Volkspartei, In: Bauern, Nation, Kultur], Rzeszów 1996, Bd. II, S. 23-32.

Pelinka Peter, Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1988.

Piltz Erazm (Scriptor), Nasze stronnictwa skrajne [Unsere radikalen Parteien], Kraków 1903.

Pobóg-Malinowski Władysław, Najnowsza historia polityczna Polski [Die neueste politische Geschichte Polens], Londyn 1963.

Ders., Narodowa Demokracja 1887-1918. Fakty i dokumenty [Nationaldemokratie 1877-1918], London 1998.

Polonus (Maurycy Straszewski), Psychologia sejmu galicyjskiego [Die Psychologie des galizischen Landtags], Kraków 1910.

Popławski Jan Ludwik, Polityka polska Austrii [Die polnische Politik Österreichs], W: Przegląd Wszechpolski 11(Nov. 1903).

Ders. , Usamodzielnienie Galicji jako zmiana w ustroju Austrii [Selbständigkeit Galiziens als Änderung im österreichischen System, In: Przegląd Wszechpolski] 7(Juli 1903), S. 489f.

Radzyner Joanna, Stanisław Madeyski 1841-1910. Ein österreichisch-polnischer Staatsmann im Spannungsfeld der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie (=Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 20), Wien 1983.

Rasewicz Wasyl W., Ukraińska Nacjonalno-Demokratyczna Partia, Diss. L'viv 1996.

Romanowicz Tadeusz, Polityka Stanczyków [Politik der Stańczyken], Kraków 1882.

Sadaj Ryszard, Kto był kim w Galicji i Lodomerii [Wer war wer in Galizien und Lodomerien], Kraków 1993.

Scruton Roger, Co znaczy konserwatyzm [The Meaning of Conservatism], Poznań 2002.

Sobolewska B., Sobolewski M., Myśl polityczna XIX i XX w. Liberalizm [Der politische Gedanke des 19. und 20. Jh. Der Liberalismus], Warszawa 1978.

Stojałowski Stanisław, Kiedy będzie Polska? [Wann wird es Polen geben?], Lwów 1878.

Ders., Czy będzie Polska?[Wird es Polen geben?], Lwów 1877-78.

Stapiński Jan, Listy[Briefe], Hsg. Von Janusz Albin und Józef Ryszard Szaflik, Wrocław 1977.

Starzewski Tadeusz, Sursum corda! Partia konserwatywna a ruch ludowy [Sursum corda! Die konservative Partei und die Bauernbewegung], Kraków 1899.

Strasser Josef, Nationalismus und Sozialismus; In: Der Kampf, Dez.(1911), S. 109-112.

Szaflik Ryszard, Ksiądz Stanisław Stojałowski – prekursor ruchu ludowego, In: Chłopi, naród, kultura [Pfarrer Stanisław Stojałowski – Vorläufer der Bauernbewegung, In: Bauern, Nation, Kultur], Hsg. von Stanisław Dąbrowski, Rzeszów 1996, Bd. II.

Szaniewski Michał, Powszechna historia państwa i prawa [Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte], Warszawa 1979.

Szczepanowski Stanisław, Pisma i przemówienia [Schriften und Reden], Lwów 1912.

Szczepański Stanisław, Z dziejów ruchu ludowego w Polsce [Aus der Geschichte der Bauernbewegung in Polen], Kraków 1924.

Szujski Józef, List otwarty z ostatniej sesji sejmiku galicyjskiego [Offener Brief von der letzten Session des galizischen Landtages], Kraków 1882.

Śliwa Michał, Ignacy Daszyński o państwie, demokracji i parlamentarystyce [Ignacy Daszyński über Staat, Demokratie und Parlamentarismus], Warszawa 1997.

Ders., Kwestia rolna w myśli programowej PPSD [Die Agrarfrage im Programm der PPSD]; In: Studia Historyczne 28(1985), S. 245-265.

Tarnowski Stanisław, Andrzej Potocki. Wspomnienie pośmiertne [Ein Nachruf], Kraków 1908.

Teodorowicz Józef, Obecny moment kwestii polsko-ruskiej [Der derzeitige Stand in der polnisch-ruthenischen Frage], W: Broszury o chwili obecnej [Broschüren zur aktuellen Zeit], Kraków 1907.

Tokarczyk Roman, Współczesne doktryny polityczne [Politische Doktrinen der Gegenwart], Lublin 1984.

Trzeciecki Jan, O stronnictwach sejmowych [Über die Landtagsparteien], Kraków 1900.

Tych Feliks, Druga Międzynarodówka 1889-1914 wobec kwestii narodowej [Die II. Internationale gegenüber der nationalen Frage]; In: Kwartalnik Historyczny 89(1982), S. 251-270.

Ders., Słownik biograficzny działaczy polskiego ruchu robotniczego [Biographisches Wörterbuch der Aktivisten der polnischen Arbeiterbewegung],

Wapiński Roman, Narodowa Demokracja (1893-1939) [Nationaldemokratie (1893-1939)], Warszawa, Kraków, Gdańsk 1980.

Wątor Adam, Tadeusz Cieński – polityk ziemianin. Z dziejów konserwatyzmu wschodniogalicyskiego [Tadeusz Cienski – Politiker und Gutsbesitzer. Aus der Geschichte des ostgalizischen Konservatismus], Szczecin 1997.

Ders. Galicyjska Rada Narodowa, Szczecin 2001.

Wereszycki Henryk, Historia polityczna Polski (1864-1918) [Politische Geschichte Polens 1864-1918], Paryż, 1979.

Wityk Semen, Precz z Rusinami! Za San z Polakami! [Weg mit den Ruthenen! Hinter San mit den Polen!], Lwów 1903.

Wojtasik Janusz, Idea walki zbrojnej o niepodległość Polski [Die Idee des bewaffneten Kampfes um die Unabhängigkeit Polens], Warszawa 1987.

Wysłouch Bolesław, Szkice programowe [Programmatische Skizzen], In: Programy stronnictw ludowych [Programme der volkstümlichen Parteien], Hrsg. Von Lato S. und Stankiewicz W. Warszawa 1969.

Żychowski M., Bolesław Limanowski 1835-1935, Warszawa 1971.

Żyguliński Michał, Kilka myśli z kwestii socjalnej na tle encykliki „Rerum novarum” [Ein paar Ideen zur sozialen Frage auf Grund der Enzyklik „Reru novarum”], Tarnów 1899.

Zeitschriften

ARBEITER-ZEITUNG

CZAS

CEPY

DER KAMPF

DIE NEUE ZEIT

DILO
DZIENNIK KRAKOWSKI
GAZETA LUDOWA
GAZETA NARODOWA
GAZETA NIEDZIELNA
GŁOS NARODU
GŁOS WIEDŃSKI
KRYTYKA
KURJER LWOWSKI
KURJER PRZEMYSKI
KWARTALNIK HISTORYCZNY
LUD KATOLICKI
NAPRZÓD
NAROD
NEUE FREIE PRESSE
NIEPODLEGŁOŚĆ
NOWA REFORMA
NOWY GŁOS POLSKI
OBRONA LUDU
OJCZYŻNA
PIAST
POLAK
POSTĘP
PRACA
PRAWDA
PRAWO LUDU
PRZEDŚWIT
PRZEGLĄD HISTORYCZNY
PRZEGLĄD WSZECHPOLSKI
PRZEŁOM
PRZYJACIEL LUDU
REICHSPPOST
ROBOTNIK
ROBOTNIK ŚLĄSKI
RZECZPOSPOLITA

SŁOWO POLSKIE

SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE

STUDIA AUSTRO-POLONICA

STUDIA HISTORYCZNE

ŚWIAT

TYGODNIK

WIEK NOWY

WIENIEC/ NOWY WIENIEC/ WIENIEC-PSZCZÓŁKA

ZJEMLIA I WOLJA

Z POLA WALKI

Curriculum vitae

Ich, Teresa Stochel-Nabielska, geb. Stochel, wurde am 10. November 1964 in Koniecpol in Polen geboren. In den Jahren 1971-79 besuchte ich die achtjährige Volksschule in meinem Geburtsort und anschließend das allgemeinbildende Gymnasium in Koniecpol, wo ich 1983 maturierte. Im Wintersemester 1984 wurde ich außerordentliche Hörerin an der Universität Wien. Nach Ablegung der Ergänzungsprüfungen aus Deutsch und Latein begann ich mit dem Studium der Fächer Deutsche Philologie und Geschichte. Nach dem Abschluss des Studiums und der Verfassung der Diplomarbeit *Deutsch als Mutter- und Fremdsprache in Polen nach der „Wende“ mit besonderer Berücksichtigung Oberschlesiens* setzte ich 1998 meine Ausbildung mit dem Doktoratsstudium in Geschichte fort.